

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1996/1



Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

Herausgeber: Lothar Baar (Berlin), Rainer Fremdling (Groningen), Karin Hausen (Berlin), Hartmut Kaelble (Berlin), Peter Kriedte (Göttingen), Dietmar Petzina (Bochum), Toni Pierenkemper (Frankfurt/Main), Heinz Reif (Berlin), Bertram Schefold (Frankfurt/Main), Reinhard Spree (München)

Unter beratender Mitarbeit von:

Rolf Adamson (Stockholm), Waclaw Długoborski (Breslau), Barry Eichengreen (Berkeley), Patrick Fridenson (Paris), Eiichi Hizen (Tokio), Robert Lee (Liverpool), Yves Lequin (Lyon), Alan Milward (London), Milan Myška (Ostrau), Jan Peters (Potsdam), Sidney Pollard (Sheffield), Gianni Toniolo (Venedig)

Verantwortlich für Teil 1/1996:

Heinz Reif

Geschäftsführender Herausgeber:

Toni Pierenkemper

Redaktion: Wilfried Forstmann, Marie-Luise Georg

Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 31, 60054 Frankfurt am Main

Tel. 0 69 / 79 82-33 71, 79 82-23 69, Fax. 0 69 / 79 82-27 02

Jahrbuch für

1996/1

WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

**Nahrungsmittel und ihre Märkte im
19. und 20. Jahrhundert**



Akademie Verlag

ISBN 3-05-002914-5

ISSN 0075-2800

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1996

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Druck: DH „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza
Printed in the Federal Republic of Germany

I. Abhandlungen und Studien

Jan Bieleman

Dutch agriculture 1850-1920: Responding to Changing Markets..... 11

Christoph Nonn

Fleischvermarktung in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert..... 53

Heinz Reif und Rainer Pomp

Milchproduktion und Milchvermarktung im Ruhrgebiet 1870-1930..... 77

Geneviève Gavignaud

Der Weinmarkt in den Regionen Languedoc und Rousillon 1860-1936.....109

Norwich Rüße

Absatzkrisen und Marketingkonzepte der deutschen Landwirtschaft
nach dem Ersten Weltkrieg.....129

II. Diskussion

Rainer Wirtz

Kontroversen über den Luxus im ausgehenden 18. Jahrhundert.....165

Karin Lehmann

Die Reaktion der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft auf
die Bankenkrise von 1931.....177

Jens Jäger

Innovation und Diffusion der Photographie im 19. Jahrhundert.....191

III. Forschungs- und Literaturberichte

Rüdiger Hachtmann

Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945.
Bemerkungen zum Forschungsstand.....211

Jan Eivind Myhre

From The History of Society to Social History? The Development of
Social History in Norway.....259

Autorenverzeichnis

Abhandlungen und Studien

Nahrungsmittel und ihre Märkte

Vorbemerkung

Von Heinz Reif (Berlin)

Über die Geschichte des Marktes, seine Waren, seine räumliche Ausdehnung, seine Akteure, Organisationsformen und Infrastrukturen, seine Konflikte, Konsensbildungsprozesse und Machthierarchien, seine Erfahrung prägenden Routinen und Krisen wissen wir bis heute nur wenig. Die Wirtschaftshistoriker, insbesondere die deutschen, haben dieses Forschungsgebiet nur selten bearbeitet. Lediglich die Konsumgeschichte, die im vergangenen Jahrzehnt eine neue Dynamik entfaltet hat, rückte das Marktgeschehen wieder ein Stück weit in das Bewußtsein der Historiker und erarbeitete mit anregenden Studien neues Wissen.

Der vorliegende Band entstand aus der Absicht, am Beispiel von Nahrungsmittelmärkten innere Strukturen und prägende Prozesse des Marktgeschehens sichtbar zu machen und in Fallbeispielen so konkret wie möglich als Konfiguration von Akteuren, Institutionen und Organisationen des Marktes zu analysieren. Mit einer Folge von Fallstudien soll belegt werden, daß es spannend und ertragreich sein kann, Marktgeschehen unter einer umfassenden wirtschafts-, sozial- und auch politikgeschichtlichen Perspektive zu erforschen, Agrargeschichte unter Einschluß weiterer gesellschaftlicher Prozesse zu betreiben. Da es nicht um die Fortentwicklung, sondern eher um die Belebung eines Forschungsgebietes geht, können hier nur erste Einsichten vorgestellt werden, die, so ist zu hoffen, weitere Forschungen anregen. Die Aufsätze, die mit zweijährigem Vorlauf von einschlägig arbeitenden, überwiegend jüngeren Wirtschafts- und Sozialhistorikern geschrieben wurden, beziehen sich auf ein Spektrum von Nahrungsmitteln, deren Eigenart, so die Erwartung, ihre Vermarktungsstrukturen mitgeprägt haben: Fleisch (Christoph Nonn), Milch (Heinz Reif u. Rainer Pomp) und Wein (Geneviève Gavignaud). Leider wurde der Aufsatz zur Getreidevermarktung (Michael Kopsidis), trotz zweijährigen Vorlaufs dieses Bandes, nicht fertiggestellt. Ein weiteres Ziel dieser Aufsatzfolge war es, nationale Varianten aufzuzeigen und erste vergleichende Einsichten anzuregen. Bei aller erlaubten Breite des Zugriffs sollten daher fünf Grundperspektiven jede der Untersuchungen leiten:

- der Wandel ländlicher Produktionsstrukturen in der Dynamik aufkommender Massenmärkte für Nahrungsmittel;
- die Infrastrukturen und Raummuster der Vermarktung eines Nahrungsmittels;
- die Ausdifferenzierung, Organisation und Machtteilung der Marktakteure;
- das Gelingen oder Scheitern von genossenschaftlichen Vermarktungsformen, insbesondere solcher der ländlichen Produzenten;
- die Einflußnahme des Staates und der Öffentlichkeit auf die Vermarktung von Nahrungsmitteln.

Auf ein Resümee der Ergebnisse dieser Annäherung an ein Forschungsfeld soll hier verzichtet werden; doch sei auf einige grundlegende Einsichten, die sich beim Lesen der Aufsatzfolge einstellen, kurz hingewiesen. Die Dynamik und Ausdifferenzierung der Massenmärkte für Nahrungsmittel kreierte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein zunehmend komplexeres Netzwerk von Marktpositionen und Marktakteuren, Macht- und Profitchancen, freier und

staatlich regulierter Organisation sehr unterschiedlicher marktbedingter Klassen im Sinne Max Webers. Die Form, in der sich dieser Markt in Konsens, Konflikt und Organisation, in Machtkampf und Hierarchisierung, in räumlicher Ausweitung oder Kontraktion, in Regulierung und Deregulierung schließlich strukturierte und verfestigte, weist von Produkt zu Produkt, von Land zu Land erhebliche Unterschiede auf. Zwar gab es internationale Trends der Produktherstellung, der Produktlagerung und -verteilung, der Hygiene, der Standardisierung und des Marketing, an dem sich alle Länder und Regionen orientierten. Aber unterhalb dieser Modernisierungsebene gab es kein dominantes Modell (z.B. der Marktkonzentration), blieb es bei einer Vielfalt von Modellen und Optionen, die Erfolg versprachen, Erfolg sicherten. Ein Konzentrationsprozeß ist zwar überall zu verfolgen, aber diese Entwicklung ging je nach Land und Produkt unterschiedlich weit und auf recht verschiedenen Wegen voran. Die Vorstellung, daß die Bauern im Kampf um Marktmacht, in ihrem Bemühen um Eroberung (oder zumindest Dominierung) des Handels aufgrund struktureller Nachteile ihrer Marktposition durchweg scheiterten, ist nicht zu halten. Die Entwicklungen in Deutschland kommen dieser Vorstellung recht nahe. Aber dort, wo man, wie in den Niederlanden, auf eine lange Tradition flexibler Anpassung an dynamische, hochkompetitive innere und äußere Märkte zurückgreifen konnte, oder, wie in Südfrankreich, ein Qualitäts- und Markenprodukt national und international absetzen mußte, waren die ländlichen Produzenten mit eigenen Vermarktungsorganisationen in beeindruckender Weise erfolgreich.

Die deutsche Nahrungsmittelproduktion und -vermarktung, die im 19. Jahrhundert in Teilen durchaus Vorbildfunktion besaß, weist im 20. Jahrhundert zunehmend Züge des Zurückbleibens auf. Der stützende Arm des Staates kam den Nahrungsmittelwirtschaften beim Aufbau ihrer Vermarktungsstrukturen seit den 1870er Jahren in allen Ländern zu Hilfe. Für Deutschland scheint im internationalen Vergleich aber, neben der Diskontinuität der Agrarentwicklung, die Inkongruenz von agrarbürokratischem Handeln und realem Entwicklungsstand der Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung gewesen zu sein. Die Vorliebe für mittelständische Strukturen arbeitete der Marktdynamik entgegen, und in den Krisenzeiten fielen die beamteten Agrarexperten - statt, wie in den Niederlanden, den Produktions- und Vermarktungsprozeß zu begleiten und zu stützen - in die preußisch-deutsche Tradition zurück, den Entwicklungen mit Verordnungen und Gesetzen so weit vorzugreifen, daß die noch in relativ kleinteiligen Strukturen befangenen Marktakteure (freiwillig) nicht, bzw. nicht dauerhaft nachfolgten.

Dutch agriculture 1850-1925 - Responding to changing markets

Von Jan Bieleman (Wageningen)

I. Introduction

Ever since the second half of the eighteenth century, population growth in most West-European countries speeded up remarkably: here earlier, there later. In retrospect, it has proved to be the overture to large-scale changes in Europe that together formed the complex process usually called the 'Industrial Revolution'. In the end, the process resulted in an unprecedented increase in urban population, which rose between 1750 and 1940 in Western Europe from 8.6 to 162.0 million.¹ Although an increase like this on its own would have been a major element in the demand for agricultural products, it was not the only factor. The ability of the consumers to pay for food was also vital, and as wages changed, particularly after 1850, this had an influence on the sorts of food purchased to great extent.² Higher incomes meant more meat, more dairy products, more sugar, more fresh vegetables and more fruit.³ The rise of population, of income and thus of factory production also stimulated the demand for other, special agricultural products, as long as these products, the raw material for different kinds of industrial processes, were not yet being supplied by a young and emerging (chemical) industry. And this too influenced developments in certain sectors of agriculture.

Dutch agriculture is known to have responded rapidly and adequately to the challenges offered by changing sales markets, especially foreign markets. The most important customer by far during the first decades was Great Britain. G.J. Hengeveld, one of the leading authorities in the field of cattle farming and, in 1865, the author of the standard work *Het Rundvee* (Cattle), called the British export market 'een bodemlooze put die nooit gevuld kan worden' (a bottomless pit which can never be filled).⁴ Later on, Germany and Belgium also became main buyers of all kinds of agricultural products from the Netherlands. This led to profound shifts in farming and in the rural economy in the Netherlands from the 1850s until the early 1920s.

In this essay I examine the major elements of these prosperous developments, which lead to highly export-orientated forms of agriculture that for a long time were seen as paragons. Which elements contributed to the success of Dutch farming, and in what way was there a historical tradition which generated the socio-economic, mental and other conditioning fac-

1 J. de Vries, *European urbanization 1600-1800*, London 1984; D. Grigg, *The transformation of agriculture in the West*, Oxford 1992, p. 65, Table 6.1.

2 Grigg, *The transformation*, pp. 66-67.

3 W. Abel, *Stufen der Ernährung. Eine historische Skizze*, Göttingen 1981; C. Vandenbroeke, *Kwantitatieve en kwalitatieve aspecten van het vleesverbruik in Vlaanderen*, in: *Tijdschrift voor sociale geschiedenis* 9, 1983, pp. 73-101; *Idem*, *Vlaamse koopkracht, gisteren, vandaag en morgen*, Leuven 1984; J.-C. Toutain, *La consommation alimentaire en France de 1789 à 1964. Economies et sociétés*. Cahiers de l'I.S.E.A., Tome 5 no. 11, Genève 1971; H.J. Teuteberg, *Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer quantitativen Langzeitanalyse*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 19, 1975, pp. 331-388.

4 G.J. Hengeveld, *Het rundvee, zijne verschillende soorten, rassen en veredeling*, 2 vol., Haarlem 1865, here vol. 2, p. 114.

tors forming the basis of this success? How were critical phases and problems that arose met and what solutions were found?

To gain a full insight into these questions, it has proved necessary to go back as far the late Middle Ages and early modern times. Recently it has become clear that, in this period, not only were the foundations laid down for a wide spectre of different, specialized forms of farming in a merely technical sense, but that probably an open attitude towards dynamic market conditions also was brought about. Next I review the main sectors in Dutch farming between 1850-1925 and also look at ways in which the national government took its responsibilities towards the sector after the mid 1880s. Formerly, agricultural publicists saw the string of innovations that began in these years mainly as an answer to the agricultural crisis of that period. More recently, scholars have called for a more nuanced perspective.

II. Dutch agriculture before 1850

For one familiar with the geographical lay-out of the Low Countries, the great variety in geological and pedological landscapes is one of the most striking characteristics of the countryside. They literally formed the basis for an even greater variety in farming systems (see Map 1).⁵ In the past few decades it has become clearer that the historical roots of these qualities go back for a great deal to the late Middle Ages and early modern times. Developments which took place then, appear to have been determinative in many respects, forming the basis for later orientations.

Late Medieval Flanders was a strongly urbanizing economy generating highly productive and particularly labour-intensive forms of agriculture that were geared to the supply of high-graded agricultural products for a refined urban market. And while the rest of Europe suffered under a serious crisis, agriculture in the northern provinces of the Low Countries was already benefiting from the sales potential offered by the Flemish urban economy. This was especially true of the southwestern parts of what was later on to become the Republic, closely situated to Flanders, in particular the sea-clay region of Zeeland with its special arable crops, and the sandy soil region of western Brabant with its wool and, later on, its butter. An important role was also played in parts of Holland by graziers, who supplied meat, butter and cheese to the Flemish cities of Ghent and Bruges, and later on to Brussels and Antwerp.⁶

Around 1580, however, the centre of gravity of the sixteenth century European economy shifted to the northern parts of the Low Countries, in particular to the coastal provinces of Holland', Zeeland and Friesland. This shift involved rapid population growth and a strikingly expanding urban sector of the economy. 'Boomtowns' like Leiden and Amsterdam

5 In 1912 a new division of the Netherlands into agricultural regions was presented as a basis for publishing agricultural statistics. The country was partitioned into 85 different districts, forming 6 main groups. See *Het grondgebruik in Nederland, gevolgd door eene beschrijving der landbouwgebieden. Verslagen en Mededeelingen van de Directie van den Landbouw 1912 no. 3, 's-Gravenhage 1912.*

6 *H. van der Wee, De handelsbetrekkingen tussen Antwerpen en de Noordelijke Nederlanden tijdens de 14e, 15e en 16e eeuw, in: Bijdragen voor de geschiedenis der Nederlanden 20, 1965/66, pp. 267-285, here p. 279; M.J. Boerendonk, Economische aardrijkskunde van Holland omstreeks het jaar 1500', Tijdschrift voor economische geographie 30, 1939, pp. 127-148, here p. 133.*

7 Until 1840 the present provinces of Noord-Holland and Zuid-Holland formed one province, which covered roughly the former County of Holland. At present there are 12 provinces in the Netherlands.

grew from 15,000 inhabitants each in about 1500 to 65,000 and more than 200,000 respectively one and a half centuries later. As a result the already high degree of urbanisation increased. By 1675 as many as 61 percent of the population of the province of Holland lived in towns with more than 2,500 inhabitants.⁸

While the Dutch Golden Age economy flourished, the crystallisation of an economic field of force analogous to the classic 'Isolated State' location model of von Thünen expanded, becoming more encompassing, with the highly urbanizing province of Holland as its core. As this field of force matured, interfering with the great variety in geological/pedological landscapes, an even higher variety of farming systems developed, all closely interwoven with the urban economy in the westernmost part of the United Provinces.

Lately, a growing number of scholars has drawn attention to the transformation which agriculture went through at this time, a process usually described with keywords like diversification, specialisation and intensification, not only through a larger input of labour, but also through an increasing input of capital.⁹ For a long time the splendour of the Golden Age was thought to consist of a prosperous growth of commerce, shipping and industries only. Recently, however, socio-economic and agricultural historians have pointed increasingly to the important role agriculture played in the economic history of the young Republic. In fact, the agricultural transformation in that period is now seen as being one of the main forces behind the economic success of the Dutch Golden Age.

Livestock farming in particular benefited by the rising prices, which - contrary to the general European trend - increased faster than the prices of arable products did. Not only did the domestic demand for meat and dairy products grow, but increasing quantities of agricultural products were also exported. And as the number of cattle grew considerably, many kinds of highly graded and highly productive specialisations in cattle farming emerged for producing retail milk, full-cream cheese and butter. Almost all the cheese shipped from the port of Hoorn, for instance, went to France and other parts of Southern Europe.¹⁰ In 1673, the English ambassador in the Republic, Sir William Temple, wrote: 'They send abroad the best of their own butter into all parts, and buy the cheapest of Ireland, or the North of England for their own use'.¹¹ At the same time the north of Holland became the most important grazing area in Western Europe, meeting an increasing demand for beef, especially from the expanding Dutch commercial and naval fleets. For that reason, several

8 *A.M. van der Woude*, 'Demografische ontwikkeling van de Noordelijke Nederlanden 1500-1800', in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, vol. 5, Haarlem 1980, pp. 102-168, here p. 135.

9 *J. de Vries*, *The Dutch rural economy in the Golden Age*, New Haven 1974; *J.L. van Zanden*, 'Op zoek naar de "missing link": hypothesen over de opkomst van Holland in de late Middeleeuwen en de vroegmoderne tijd', in: *Tijdschrift voor sociale geschiedenis* 14, 1988, pp. 359-386; *Idem*, 'The rise and decline of Hollands economy. Merchant capitalism and the labour market, Manchester 1993, here especially chapter II; *J. Bieleman*, *Geschiedenis van de landbouw in Nederland 1500-1950: veranderingen en verscheidenheid*, Meppel 1992, pp. 33-100; *Idem*, 'Dutch agriculture in the Golden Age', in: *Economic and social history in the Netherlands* 4, 1992, pp. 159-183; also in: *K. Davids/L. Noordegraaf (eds.)*, *The Dutch economy in the Golden Age: nine studies*, Amsterdam 1993, pp. 159-183.

10 *P.N. Boekel*, 'De zuivelexport van Nederland tot 1813', Utrecht 1929, pp. 41-46 and 82; *C.M. Lesger*, 'Hoorn als stedelijk knooppunt: stedensystemen tijdens de late middeleeuwen en vroegmoderne tijd', *Hollandse Studiën* vol. 26, Hilversum 1990, p. 35.

11 *Sir William Temple*, *Observations upon the United Provinces of the Netherlands (Edited by Sir George Clark)*, Oxford 1972, p. 119.

tens of thousands of oxen were driven every year all the way from Denmark and Northern Germany to the grassy pastures of Holland to be fattened and slaughtered.¹² Elsewhere, in the peatland area on the border of Utrecht and Holland, a rather specialized and labour-intensive type of farming developed, as cattle farming (for producing full-cream cheese) was combined with the cultivation of hemp, providing the raw material for rope making, as well as for the making of fishing nets and canvas.¹³

In these highly specialized types of cattle farming, the breeding of young animals was limited to what was necessary for milk production each spring. To replace old, rejected cows, many young milking cows and heifers in calf had to be supplied from elsewhere, especially from Friesland. There, some distance away from what was then the Thünensian focus of the Dutch economy, cattle farmers had applied themselves to breeding and to the production of butter.

The high grade of urbanisation as well as an organized system of inland waterways also stimulated the development of different horticultural centres in Holland in the course of the late sixteenth and early seventeenth centuries, each of them specializing in its own set of products. Elsewhere - near to urban centres - the cultivation of hops flourished.

As the demand exceeded inland production, grain was provided by an increasing flow coming each year from the Baltic and other regions. At the same time, however, this flow of grain permitted farmers in the arable regions to give more attention to the cultivation of special industrial crops. In the southern sea-clay district, the cultivation of crops like flax and particularly madder were able to flourish. The emergence of a staple market in Rotterdam, making it the centre for the European madder trade, was very important. During the late sixteenth century Rotterdam absorbed the madder trade from the smaller regional markets in the southwest. Here, a symbiosis emerged between the primary production of madder by the farmers on the one hand and the madder trade on the other, as England became the most important customer. In the northern sea-clay district - further from the economic core of the Republic - farming retained a more pronounced mixed character, and as far as arable production was concerned, grain growing stayed to the front.¹⁴

Standards of farming in the inland regions, with their predominantly sandy soils, were, of course, lower and more in line with mainstream farming in the rest of Europe. But here also, the rural farming economy became somehow increasingly interwoven with the flourishing urban economy in the westernmost part of the country during the late sixteenth and early

12 *A.M. van der Woude*, Een regionaal historisch onderzoek in de demografische en economisch geschiedenis van westelijk Nederland van de late middeleeuwen tot het begin van de negentiende eeuw, Utrecht 1972; also published as: *A.A.G. Bijdragen* 16, Wageningen 1972, 3 vols., pp. 570-573; *H. Wiese*, Der Rinderhandel im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in: *H. Wiese/J. Böls*, Rinderhandel und Rinderhaltung im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1966; *I. Blanchard*, The continental European cattle trades, 1400-1600, in: *Economic History Review* 39, 1986, pp. 427-460. *W. Gijsbers* (Historisch Seminarium of the University of Amsterdam) is putting the final touches on a study on the oxen trade companies in the Netherlands in the sixteenth and the eighteenth centuries.

13 *H. Hoogendoorn* (Department of Rural History, Agricultural University Wageningen) is preparing a detailed study on the cultivation of hemp in the Holland/Utrecht area in the period between 1500 and 1850.

14 *Bieleman*, *Geschiedenis van de landbouw*, pp. 43-52; *J. de Vries*, *The Dutch rural economy*, pp. 147-149.

seventeenth centuries. By applying the von Thünen classic allocation model, it is possible to observe a striking difference in farming intensity in the distinguishable sand regions, according to the (economic) distance that separated them from the urban core, at first the highly urbanized Flanders and, later, Holland. On the one hand, in the West Brabant region - nearer to Flanders - farmers developed a type of mixed farming where arable land, to a great extent, was mainly used for raising fodder crops, thus enabling the production of a high graded product: butter. On the other hand, in the more remote and peripheral north-eastern sands (such as the province of Drenthe) a much more extensive type of farming developed, based on the sales of grain (rye) and oxen. In between these regions, for instance in de Veluwe region, a (still) cheaper substitute for grains, buckwheat, had been harvested since the late Middle Ages.¹⁵ A fine example of a Dutch commercial-capitalistic initiative was the introduction (by Amsterdam merchants) and first flowering of tobacco cultivation in the western part of the Veluwe region during the first half of the seventeenth century.¹⁶

All these developments in farming involved production methods that were continually increasing in labour intensity and capital intensity. And the increasing profitability in agriculture is not only evidenced by fast rising rents and land prices, but also by investment in the building new (types of) farm buildings and the improvement or expanding of the area of farming land. A well-known example of the latter is the many lakes that were drained (*droogmakerijen*) from the end of the sixteenth to the mid-seventeenth centuries. Another important development was the emergence of a highly sophisticated infrastructure. In a more abstract sense it meant that farmers could make use of the services of comprehensive networks of commission agents, who could give them information about market developments, since they took care of the sales of products on the most important markets and staple markets. Moreover, they had a refined system of inland transport at their disposal in which regular barge services (*beurtschipperij*) played an important role. Though the most dense and sophisticated of these networks were in the westernmost, holocene part of the country, they actually extended much further.

After the middle of the seventeenth century the scene changed. The Dutch urban sector stagnated or even declined and, on a macro economic scale, population growth decreased and agricultural prices fell. This was all part of and symptomatic of the long lasting secular crisis from the mid-seventeenth to the mid-eighteenth century. Consequently Dutch agriculture had to face a long serried period of declining economic development for almost one hundred years. Ironically, farming costs increased at the same time, due to heavy taxation and a relative increase in the cost of labour.

This scissor-like movement of falling income and rising costs did not lead to less developed forms of agriculture, however. On the contrary, Dutch farming retained its high standards, where these were well-known, though farmers were forced to adopt various forms of

15 J. Bieleman, Die Verschiedenartigkeit der Landwirtschaftssysteme in den Sandgebieten der Niederlande in der frühen Neuzeit (with summary), in: K. Fehn u.a. (eds.), Siedlungsforschung: Archeologie/Geschichte/Geographie, vol. 7, Bonn 1989, pp. 119-130.

16 H.K. Roessingh, Tobacco growing in Holland in the seventeenth and eighteenth centuries: a case study of the innovative spirit of Dutch peasants, in: The Low Countries History Yearbook: Acta Historiae Neerlandicae Vol. XI, 1978; *Idem*, Inlandse tabak: expansie en contractie van een handelsgewas in de 17e en 18e eeuw in Nederland, Wageningen 1976; also published as A.A.G. Bijdragen 20, Wageningen 1976.

re-adjustment. Speaking in general terms, we can perceive two strategies by which farmers in the different farming regions tried to cope with the problems they were facing. In the highly urbanized coastal provinces, where highly specialized labour-intensive forms of farming were to be found there are many indications a trend toward extensification which stimulated the introduction of new techniques and equipment.¹⁷ The fattening of boxed calves, for instance, offered cheese producing dairy farmers in Noord-Holland a less labour-intensive way of turning their milk into cash. In certain cases, unmistakable tendencies toward farm enlargement can be found.¹⁸ Labour-saving and therefore cost-cutting devices such as the horse-driven churn mill, the threshing mill and the winnowing machine spread rapidly and helped ease the financial burdens of farmers.

In the inland regions, where labour costs were lower and family farms predominated, farmers generally tried to overcome the secular crisis after 1650 by trying to increase their production through intensification, as a perverse response to their diminishing revenues. Under these circumstances, activities like inland tobacco cultivation, which had been hesitatingly begun on an Amsterdam merchant's initiative in the Veluwe region in the early seventeenth century, boomed after about 1670, reaching its peak in the 1710s. This 'tobacco-boom' production has been estimated as being equal to the value of the output of Noord-Holland cheese, i.e. approximately two million Dutch guilders.¹⁹

Through adaptations of this kind, during this long period of depression, most farming systems underwent important improvements from which farmers were able to benefit when finally, after about 1750, circumstances again became more favourable. Important contributing factors were the sales of livestock products and special arable farming products to early industrializing Britain. Though still shielded by a mercantile trade regime, British demands already offered steady growing sales during the second half of the eighteenth century. For the arable farmers of the southwestern sea-clay district who were largely dependent on their madder, sales conditions improved again as Britain's textile industry expanded. Frisian dairy farmers benefited from the growing overseas demand for butter, becoming dependent on this product to a greater extent than they had ever been before.

After the Napoleonic period, arable farming in particular had to face a dramatic fall in prices, caused by the flooding of European markets by Russian grain. Prices of livestock and livestock products, however, remained fairly stable. Consequently this sector suffered much less during the post-Napoleonic decades than arable farming. In fact, it profited greatly from the increasing sales of its products to Britain, Belgium and Germany. In retrospect, however, it appears only to have been the prelude to things to come.

17 H.K. Roessingh, *Landbouw in de Noordelijke Nederlanden 1650-1815*, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, vol. 8, Haarlem 1979, pp. 14-72; Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, pp. 101-206.

18 Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, p. 151. A.M. van der Woude, 'De contractiefase van de seculaire trend in het Noorderkwartier nader beschouwd', *Bijdragen en mededelingen betreffende de geschiedenis der Nederlanden* 103, 1988, pp. 373-398, here pp. 386-387.

19 H.K. Roessingh, *Tobacco growing in Holland*, p. 42.

III. 1850 - 1925: New markets, farmers and government: a short survey

Around 1850, Dutch farming entered a completely new phase. Rapid developments in transport where an important factor changing the scene, fundamentally reshaping the geographical relations inside and outside of Europe. Another decisive element was the liberalisation of international trading which began to spread across Western Europe after Britain had repealed its Corn Laws in 1846. This new regime of free trade encouraged a fast growing supply of all kind of agricultural products to the early industrializing countries, especially Britain. The abolition of import restrictions meant that imported products became relatively cheaper which, in turn, stimulated demands. Moreover, in the long term, increasing incomes caused important changes in the West European diet, enabling people to buy more luxury food. And when large, rapid steamships brought grain in ever increasing quantities to Europe after the 1860s, its price rose much more slowly than the prices of other agricultural products and thus remained (relatively) lower as did the price of basic foodstuffs like bread. This was yet another factor that encouraged the demand for high-grade, agricultural products. All these factors meant that in Britain, for instance, meat consumption rose by one-third even during the 'Great Depression' and the British became the most important meat consumers in Europe, with an annual consumption of 57.6 kg per capita. And as far the demand for dairy products was concerned, there was a growing shortage of butter and cheese, as British livestock farmers applied themselves primarily to the production of meat, or to the supply of retail milk. The Germans were the next largest consumers of meat after the British, with 44.9 kg per capita. However, they not only remained closer to a cereal-potato diet than the British for a while, they were virtually able to supply their own domestic market themselves, while Britain had to import more than one-third.²⁰ Meanwhile, in Germany, the consumption of vegetables had increased from 38.4 kg per capita in 1850/54, to 52.7 kg in 1880/84, and then to 54.9 kg in 1925/29. After the 1880s the consumption of eggs in that country leaped from of 2.8 kg in 1880/84 to 6.9 kg per capita in 1925/29.²¹

The extension in the Netherlands of the national network of canals and the establishing of new shipping lines to Britain, followed by the emerge of the national railway system - between 1850 and 1890 the length of the national net increased from 176 km to 2,610 km²² - had important consequences for the Dutch situation. Later on, especially in the inland provinces, the railway system was supplemented with a refined network of smaller regional lines and steam tram lines. These systems afforded easy access to the new and rapidly growing markets outside the country (and, reversely, provided farmers with all sorts of basic goods). Consequently the Thünensian field of force which had shaped Dutch agriculture in all its varied qualities in the preceding centuries more or less dissolved - or at least gained completely other dimensions. In a way, the focus of this agro-economic field of force was virtually shifted from the conglomerate of Dutch towns across the North Sea to London (together with other British towns). While the Amsterdam population amounted to fewer than 225,000 inhabitants in 1850, Greater London already had more than 2.5 million people.

²⁰ S.B. Saul, *Studies in British overseas trade 1870-1914*, Liverpool 1960, pp. 24-25.

²¹ Teuteberg, *Der Verzehr*, pp. 344-349.

²² M. Knibbe, *Agriculture in the Netherlands: production and institutional change*, Amsterdam 1993, p. 133, table 5.4.

Not only livestock farming profited from the sudden and growing demand from abroad. Arable farmers also benefited from the increasing demands for (some of) their products. However, the strongest expanding sector of the Dutch agricultural economy in these decades was without doubt horticulture. There was a remarkable growth in the export of vegetables and fruit, and horticulturists were very successful in taking a increasing part of the total agricultural exports.

The sharply increasing demand from abroad resulted in a true revolution in prices in the different sectors of agriculture. However, the price of arable products generally lagged behind the price of livestock and livestock products. In fact, these, as well as the price of horticulture products, rose much faster than did the price of arable products. In the years between 1871 and 1880, the price of butter on the Leeuwarden market - the second most important butter market in the country - had increased by 66 percent compared to the years 1841-50, while the price of Groningen wheat at this time was only 16 percent higher (see Graph 1).²³ Between 1846-55 and 1871-80 the price of cabbage and cauliflower, two of the main horticultural products of that period, rose by 44 percent, and the price of apples increased by some 58 percent.²⁴ Because of the stimulus from a rapidly expanding export market, several sectors of Dutch agriculture took on a completely new appearance from about 1850 onwards, within just a few decades. So far, we have seen the main elements in the changing lines of force as they influenced Dutch farming from 1850 onwards.

Apart from a short period during the Napoleonic era, the Dutch government had for a long time left developments in farming (almost completely) to the hazards of free economic forces. However, as a liberal climate of thought culminated in the 1840s and 1850s, regional agricultural societies were established in every province. They organized meetings, exhibitions and competitions and published brochures and journals, all as attempts to increase knowledge and use of new agricultural technology and to improve the understanding of them by carrying out experiments. After about 1865, following the German example, some of these societies began to appoint agricultural advisers in their districts, and these functionaries appear to have been successful. The Annual National Agricultural Report *Verslag van den Landbouw* for 1873 stated: 'The giving of lectures by competent experts for local societies of farmers is increasingly seen as an excellent way of spreading agricultural knowledge'.²⁵ Generally speaking, these societies were initiated by members of the aristocracy and by gentlemen farmers, and they initially set the tone with a sometimes naïvely optimistic belief in their theoretical knowledge of agriculture. But soon ordinary farmers joined them, and between 1850 and 1880 the number of members of these organisations increased from about 10,000 to between 25,000 and 30,000. To place these figure into some perspective,

23 H.B. Hylkema, *Leerboek der zuivelbereiding*, Leeuwarden 1913³, pp. 620-621; P. Priester, *De economische ontwikkeling van de landbouw in Groningen 1800-1914: een kwalitatieve en kwantitatieve analyse*, Wageningen 1991; also published as: A.A.G. Bijdragen 31, Wageningen 1991 and as: *Historia Agriculturae* 24, Groningen, 1991, pp. 532-538 (Bijlage 5.1).

24 D. Pilat, *Dutch agricultural export performance (1846-1926)*, *Historia Agriculturae* vol. 19, Groningen 1989, table C.2.C.

25 *Verslag over den landbouw in Nederland for the year 1873*, p. 102. This annual report on the state in Dutch agriculture was published for the first time in 1851. However, from 1806 until 1851 a similar report had already appeared as 'De Staat van de landbouw'. Since 1904 it was integrated in the series 'Verslagen en Mededeelingen van de Directie van den Landbouw' and published continuously until 1966.

there were about 100,000 farmers with at least one horse in the Netherlands at this point in time! Of course, one cannot weight these figures in the same sharp way, but they do show something of a spirit for change.²⁶

The establishment of the Dutch Agricultural Congress (*Het Nederlandsch Landhuishoudkundig Congres*) also contributed to the diffusion of new ideas and innovations to a growing audience. This organisation, an initiative of one of the regional agricultural societies, began to organize large national congresses on a yearly basis in 1846. These congresses soon became a forum in which all kinds of actual problems were discussed and solutions were suggested.²⁷ The same can also be said of the emergence of the agricultural press in these years. Being partly in the hands of the agricultural societies, it became an important medium for making the needs and wishes of farmers known.

Almost from the start, attempts were made to establish a unified national organisation based on the regional agricultural societies, in order to represent the interests of the agricultural sector to the national government. But for a long time these efforts failed largely because of regional particularism. Finally, the organisation of a great international agricultural exhibition in Amsterdam in 1884 formed the basis for drawing the regional societies together to organize one national, coordinating body.

This 'green front' formed by the joint agricultural societies managed to convince the national government of responsibilities toward the agricultural sector. It was persuaded to take charge of tasks in a way governments elsewhere were already doing. The lack of an official governmental agency to develop and implement such an official agricultural policy was rectified by the establishment of a state commission in 1886. The commission's terms of reference were to make inquiries into the present state of Dutch agriculture and to suggest concrete ways in which the government could support and stimulate developments in the agricultural sector. Before it had delivered its final report in 1890, the commission had already made several preliminary suggestions which the government hastened to implement.²⁸ It should be said, however, that the proposals and advice the commission put forward did not appear out of the blue. They concurred with facts and trends already in evidence, or with the most serious problems that frustrated developments in the sector at that moment, and the commissions recommendations were generally seen as correct. Thus the government made great strides in its policies towards the agricultural sector catching up on the backlog, after 1886.

In 1889 a law concerning the butter trade (the *Boterwet*) was introduced to address problems of tampering and declining quality. Later it was revised and somewhat sharpened, leading to the introduction of a government control mark on butter (*Rijksbotermerk*) in 1904. In 1913 a similar government control mark was established for full-cream cheese, followed by three control marks on several sorts of non-full-cream cheese in 1918. The establishment

26 J.L. van Zanden, Mest en ploeg, in: H.W. Lintsen a.o. (eds.), *Geschiedenis van de techniek in Nederland: de wording van de moderne samenleving 1800-1890*, vol. I, *Techniek en modernisering, landbouw en voeding*, Zutphen 1992, pp. 53-69, here p. 55.

27 J.M.G. van der Poel/R.J.C. Wessels, *De verslagen van het Nederlandsch Landhuishoudkundig Congres 1846-1953*, s.l. 1953.

28 W.H. Vermeulen, *Den Haag en de landbouw: keerpunten in het negentiende-eeuwse landbouwbeleid*, Assen 1966.

of these control marks should be seen in the light of stricter notions of quality caused by stronger international competition. As result, while some four decennia earlier the adjectives 'Dutch' or '*Holländisch*' were the hall-mark for poor products, before the First World War they had already become a mark of first class quality. In 1920 the export of butter or cheese that had not been approved and fitted with a state control mark was forbidden.²⁹

Another example of the energetic way in which the government accepted its responsibilities towards the agricultural sector were the initiatives in the field of agricultural research. Following the German example, three new Agricultural Research Stations (*Rijkslandbouwproefstations*) were established in 1890 (one already existed), followed by the introduction of a Plant Protection Service (*Phytopatologische Dienst*) in 1899.³⁰ These were the first of a whole series of institutes in many different fields of agricultural research to be established in the following years.

In 1890 the government - again on the advice of the state commission - took over the older initiative of some of the private regional agricultural societies to employ agricultural advisers. The Commission had expressed the opinion that their advisory work would only bear fruit if it were well organized and if advisers were to be appointed as state advisers. Within several years, there was at least one '*rijkslandbouwleraar*' (later on called '*rijkslandbouwconsulent*') appointed to every province. Some time later, special extension officers for the horticultural and fruit-growing sector were also employed. Some provinces also had special dairy advisers ('*zuivelconsulenten*') who were, at first, partly paid by the regional agricultural societies. Later all these functionaries had complete networks of chief assistants and assistants at their disposal. Between 1890 and 1924 the number of such officials grew to 111 (one for every 2,000 farmers/horticulturists), and the countrywide network of experts, each with his own special field, played a crucial role in transferring the results of the young and fast expanding amount of agricultural scientific knowledge.³¹ They made practising farmers and market gardeners familiar with all the new developments in their field.

Steps were also taken in the field of education, again on the instigation of the state commission. In 1888 the government set aside 20,000 guilders to subsidize agricultural education. Also on instigation of the state commission, a separate, special inspector for agricultural education was appointed. Subsequently, in 1893, the first agricultural and horticultural winter schools were established, and winter courses were organized. These were the beginnings of what was to become an extensive system of primary, secondary and higher vocational education, which has been shown to be essential not only for the training of independent farmers and horticulturists, but also for the education of a middle and higher management.³²

29 *W.H.C. Knapp*, *Botercontrole in Nederland. De geschiedenis van de Nederlandsche botercontrole in verband met de boterwetgeving en -handel*, Schiedam 1927; *R.W.J.M. Bos*, *Brits-Nederlandse handel en scheepvaart, 1870-1914: een analyse van machtsafbokkeling op een markt*, s.l. 1978, p. 267; *Bieleman*, *Geschiedenis van de landbouw*, p. 236 and 301.

30 *J.C. Zadoks*, A hundred and more years of plant protection in the Netherlands, in: *Netherlands Journal of Plant Pathology* 97, 1991, pp. 3-24.

31 *P.J.P. Zuurbier*, *De besturing en organisatie van de landbouwvoorlichtingsdienst*, Wageningen 1984, pp. 33-35 and 85-96.

32 *J.M.G. van der Poel*, *Het landbouwonderwijs in Nederland tot 1918*, Wageningen, 1976; *N.B. Goudswaard*, *Agrarisch onderwijs in Nederland 1783-1983. Hoe het wor(s)telde en groeide*, Culemborg 1986.

Previously, in 1876, a small-scale state agricultural school had been established in the small country town of Wageningen. After drastic reorganisations in 1896, in 1904 and finally in 1918, the institution was upgraded to university status.³³ This agricultural university grew to be an educational and research centre with an expanding variety of agricultural disciplines in one place. Together with other new institutions in the field of agricultural research and agricultural extension, and in combination with the system of vocational agricultural schools, the university has made an important contribution to the performance of Dutch agriculture. Only the education of veterinary scientists, which had in fact started earlier, was located elsewhere. In 1821 a state veterinary school was established in the town of Utrecht in order to combat the ongoing quackery. The institute was upgraded to university level in 1918 and finally became a part of Utrecht State University in 1925.³⁴

In addition to all the efforts made in the fields of research, extension and education, and again at the instigation of the agricultural societies, the government promised to gradually concentrate all activities concerning the agricultural sector in a single ministerial department. (Up to then, several different ministries had been responsible for different agricultural matters.) In 1898 a department of agriculture had been set up within the Ministry of Home Affairs, and it was given a more independent position in 1905. In 1935, an autonomous Ministry of Agriculture was established for the first time.

The chain of research, extension and education under the umbrella of one governmental agency, formed the basis for agricultural success after the economy recovered beginning around 1895. By doing so, the government had paved the road to success, though in most of the wide variety of farming regions, the farmers themselves, familiar as they were in responding to the challenges of a changing market, had grasped the opportunities which presented themselves.³⁵

IV. Arable farming

Though the arable sector could not profit from a rise in prices after 1850 as much as the livestock and horticulture sectors did, it also enjoyed the benefits which the open European market offered. Grain prices did indeed rise, although the level they reached between 1850 and 1880 was hardly any higher than it had been during the Napoleonic era, and they now lagged considerably behind the prices for livestock and horticulture products. Nevertheless, exports of arable products, 'unprocessed' or 'processed', now also increased, sometimes even rather spectacularly. This stimulated important changes, making the arable farming sector dynamic.

M. van der Burg, Een half miljoen boerinnen in de klas: landbouwhuishoudonderwijs vanaf 1909, Heerlen 1988.

33 *J. van der Haar/J.A. Faber*, De geschiedenis van de Landbouwuniversiteit Wageningen, 3 vols., Wageningen 1993.

34 *C. Offringa*, Van Gildestein naar Uithof: 150 jaar diergeneeskundig onderwijs in Utrecht, 2 vols., Utrecht 1972.

35 *W. Foorhuis*, Bouwen aan een netwerk 1890-1915. Landbouwkundig onderzoek, voorlichting en landbouwonderwijs in Drentse dorpen, in: *J. Bieleman a.o. (eds.)*, Boerenlandschap in beweging: anderhalve eeuw boerenbedrijf in Drenthe en het Drents Landbouwkundig Genootschap, Groningen 1994, pp. 59-86; *A.W. van den Ban*, Small Farmer Development: Experiences in the Netherlands, in: *Quarterly Journal of International Agriculture* 27, July-December 1988, pp. 215-227.

For instance, to meet the increasing demand for oats from British brewers and the oats groat industry, as well as for horse fodder, arable farmers in the sea-clay district of the northern provinces of Groningen expanded the area of this crop. In 1875, almost half of the area under grains consisted of oats. And because of several technical innovations, the yields of the crop increased importantly.³⁶ The expansion of oats cultivation, like the expansion of the total area under crops at the cost of the area under grass was, however, part of a much more comprehensive and complex process of change in the farming system that made Groningen one of the most progressive farming provinces at that time. It boiled down to a process of intensification of the traditional mixed farming system, held in motion by the changing ratio between land prices and the price of labour, since the latter remained relatively cheap from the early 1800s right up to the 1870s.³⁷

Even before then, from the early 1850s onwards, Groningen farmers had begun to improve the draining of their arable land by means of earthenware pipes. This new system made the traditional open ridge and furrow drainage system redundant. Better drainage systems not only reduced yield risks, but also made arable land better accessible to new machinery like seed drilling machines, at the same time allowing the actual sown area of land to be enlarged considerably.³⁸ Another aspect of the changes in arable farming in this province was the energetic process of mechanisation that started in 1850s with the introduction of new types of ploughs and threshing machines. It accelerated when wages began to increase after about 1870 and even more after 1890.³⁹

During the late Middle Ages a sophisticated farming system had been developed to produce a whole range of special crops like madder and flax, as well as grains like wheat and barley, and pulses in the southwestern sea-clay district. Farmers here also profited from the improving exports after 1850, especially that of madder to Britain. Many new madder kilns were built by groups of farmers to process their raw material. Madder merchants founded factories where the crop was processed to form garancine, a preparation that was much more concentrated than the conventional product. A new symbiosis arose between these commercial garancine manufacturers on the one hand and the traditional madder kilns, owned by corporations of farmers on the other. Because of this and the ever growing demand for madder from Britain, the cultivation of madder steadily increased up to about 1870.⁴⁰

However even before grain prices fell, caused by the flooding of European markets with grain from North America, arable farmers had to face the consequences of the new indus-

36 According to figures provided by Priester the yield of oats increased from 31 hl/ha in 1821/30 to 51 hl/ha in 1881/90. *Priester*, *De economische ontwikkeling*, pp. 539-545 (Bijlage 5.2).

37 *Priester*, *De economische ontwikkeling*, pp. 180-206.

38 By 1890, the area of land drained by earthenware pipes in this province amounted to 34,600 ha (28 percent of the arable), whereas the total in the rest of the country was less than 11,000 ha. See *Verslag over den landbouw*, for the year 1890/91, pp. 308-309 and 363.

39 *J.M.G. van der Poel*, *Honderd jaar landbouwmechanisatie in Nederland*, Wageningen 1967¹ (photo-reprint: Wageningen 1983²).

40 *J.W. Schot*, *De meekrapnijverheid: de ontwikkeling van de techniek als een proces van variatie en selectie*, in: *Jaarboek voor de Geschiedenis van Bedrijf en Techniek* 3, 1986, pp. 43-62; *Idem*, *Het meekrap-bedrijf in Nederland in de negentiende eeuw nader bezien in het licht van het industrialisatiedebat*, in: *Economisch en Sociaal-Historisch Jaarboek* 50, 1987, pp. 70-110.

trial era at hand. After about 1860 the demand for colseed as the raw material for lamp oil fell, because this oil was being replaced by petroleum. Consequently the cultivation of this crop became less profitable and was reduced. Much more serious, however, for the farmers in the southwestern sea-clay district who were heavily dependent on their madder cultivation was the successful introduction by the German chemical industry in about 1870 of a synthetic dye, alizarine, as a substitute for madder.⁴¹ In a very short time madder prices fell sharply. Whereas in 1869 the price was 30 gld per 50 kg, it was 17 gld per 50 kg in 1873 and only 12 gld in 1876. The limit for a profitable production at this time was 20 gld per 50 kg. 3,400 ha of madder were still being harvested in Zeeland in 1872/73, whereas in 1876 there were only 960 ha left, by 1880 decreasing to a mere 133 ha.⁴²

In the long term, however, the cropping of sugar beet was to bring relief.⁴³ In 1858, the first beet sugar factory was established, and from then on a growing number of sugar manufacturers did their best to persuade farmers to integrate sugar beet into their cropping plan, though without much success. Though the consumption of sugar per capita increased considerably, the cultivation of sugar beet, a fairly new crop, did not make much progress at first. But as in the 1880s the price of grains fell further, the area under sugar beet expanded. In the whole country only 6,600 ha were under sugar beet in the years 1866/70; by 1881/90 this had increased to about 20,300 ha and then, in the years 1921/25, to 67,400 ha. In the southwestern sea-clay district, about one-fifth to one-quarter of the total sown area was by then under sugar beet.⁴⁴ In this period the net exports of beet sugar amounted to as much as one-quarter of the total domestic production.⁴⁵

During the agricultural crisis, the cultivation of sugar beet thus had been partly counterbalancing the loss in profitability of the other crops. But as the crisis went on, relations between farmers and the private sugar manufactures worsened, and farmers began their own factories on a cooperative basis. The first of these cooperative factories was founded in 1899, and soon, as the economic climate improved, others followed.

In the northern sea-clay districts of Groningen and Friesland, the cultivation of sugar beet was not developed to the same extent as in the southwest. Groningen arable farmers in particular stuck mainly to their grain cropping. However, it was the straw-board industry that gave these northern farmers the opportunity to sell their straw at a profit when grain prices fell. It helped them to cope with the economic problems they had to face in the 1880s and 1890s. As early as the late 1860, some Groningen farmers had already been selling their straw to straw-board factories in Ostfriesland (Germany). Shortly afterwards, in 1869, the first such factory was established in Groningen, and it was soon followed by others. In 1899, farmers in the Oldambt region in Groningen decided to start their own factory on a cooperative basis. By the eve of World War II there were 9 cooperative straw-board facto-

41 C. Wiskerke, *De geschiedenis van het meekrapbedrijf in Nederland*, Economisch-Historisch Jaarboek 25, 1952, pp. 1-144, here pp. 124-130.

42 Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, pp. 263-264.

43 See also Priester, *Kosten en baten: de administratie van de boerderij Tusschenbeiden te Ouwerkerk, 1832-1891*, in: *Kroniek van het land van de zeemeermin (Schouwen-Duiveland)* 19, 1994, pp. 51-68.

44 Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, table III.11.

45 F. Terlouw, *De geschiedenis van de bietsuikerindustrie in Nederland, met inachtneming van de overheidspolitiek en de verhouding tussen coöperatieve en particuliere industrie*, s.l. 1969, pp. 199-201 and annex C and D.

ries as well as 9 private ones. Being mainly an export industry, about 85 percent of its production was sold abroad in the 1920s, almost entirely to Britain.⁴⁶

In the borderland of the northern provinces of Groningen and Drenthe, another type of mixed arable farming had its hey-day in the second half of the nineteenth century. Ever since the early seventeenth century, the digging of peat in the extensive moors which then covered this area had been followed by the establishment of farming settlements - the so-called *Veenkoloniën* (peat colonies) - and by the cultivation of the former peatlands as farming land. The result was a type of farming which initially must have been quite similar to that in the sandy parts of both provinces. It was stimulated by a definite rational land division and by an excellent transport infrastructure: a refined net of canals initially meant to carry away the turf. Manure was provided by a large-scale supply system of night soil from towns in Holland and elsewhere as return freight in the turf ships.⁴⁷

Initially the main crops were rye, buckwheat and potatoes. Potato cropping had gained importance here since the early eighteenth century, but the cultivation of this crop truly boomed when a fast-increasing number of private potato-starch factories were established after 1865.⁴⁸ These entrepreneurs benefited from the expanding demand from abroad. As the exportation of potato-starch multiplied within a few years (even during the times of the agricultural crises of the 1880s and 1890s), as many as 18 potato-starch factories flourished.

Farmers, of course, also took advantage of that, and therefore farming in the *Veenkoloniën* did not suffer too badly in these years. Nevertheless, declining prices sharpened the already growing tensions between farmers and the private factories, which eventually here too led to the founding of farmers' factories on a cooperative basis. The first was established in 1898. By 1911, the cooperative starch factories produced more than the private factories. Soon the latter were completely outdistanced. In 1919, the cooperatives strengthened their combined sales of starch by founding the central AVEBE-organisation (the Potato-starch Sales Organisation), which later had a virtual monopoly in the field. In the meantime, the export of potato-starch had risen from 6,000 tons in 1870 to some 90,000 tons in the early 1920s, which was about half of the total production at that time. Large quantities were exported to Britain, Belgium and Germany, but also to countries like France and Italy. Though a lot of this starch was used as an additive in different sorts of non-food industries, an increasing part of it was destined for the foodstuff industries, as the basis of a growing range of products like dextrine, glucose, potato syrup, and for the preparation of vermicelli, macaroni, sago and custard powder.

Partly because of the lack of any national chemical industry, artificial fertilizers were not used in the Netherlands until the early 1880s. But after they were introduced, Dutch agriculture very quickly became one of the biggest consumers of fertilizers in Europe, and farmers in the *Veenkoloniën* were among the first to use them, which was partly a result of the work

46 G. Minderhoud, *Ontwikkeling en beteekenis der landbouwindustrie in Groningen*, Groningen 1925, pp. 95-164; Priester, *De economische ontwikkeling*, pp. 372-379.

47 H.J. Keuning, *De Groninger Veenkoloniën: een sociaal-geografische studie*, Amsterdam 1933 (photo-reprint: Groningen 1989).

48 G. Minderhoud, *Ontwikkeling en beteekenis*, pp. 1-94; Priester, *De economische ontwikkeling*, pp. 372-379.

of the agricultural advisers.⁴⁹ Until then the purchase of large quantities of night soil each year had been a major item in their expenditures, as it became even more during the agricultural depression. The rapid way these *Veenkoloniën* farmers turned to the use of these fertilizers can be strikingly demonstrated by the following figures: in 1903, in the Drenthe part of the *Veenkoloniën*, farmers bought fertilizers for an average amount of 3,580 gld per 100 ha of their land. In the Groningen part of the region, it was as much as 4,877 gld per 100 ha. At that time, the national average was only 437 gld per 100 ha land.⁵⁰

The use of fertilizers brought radical changes in the *Veenkoloniën* farming system. Not only could livestock be reduced, but even more importantly, farmers became much freer in their crop rotation system. This allowed potatoes to become ever more important, as arable farming here developed almost as a single-crop (= potatoes) system. At the same time, plant breeding specialists supplied new, highly productive breeds of potatoes.⁵¹

V. Livestock farming

During the second half of the eighteenth century, dairy farmers had taken the advantage of the expanding market Britain offered, and about the beginning of the nineteenth century, in spite of Napoleon's economic policies towards Britain, this sector held almost one-quarter of the British import market for butter.⁵² When agricultural prices fell after the Napoleonic era, livestock prices remained fairly stable as compared with those of arable products. In the 1820s, dairy farming was regarded as one of the most prosperous exporting sectors of the Dutch economy.⁵³

During the first half of the nineteenth century, Germans and Belgians bought much cattle from the Netherlands, as increasingly the British had also done. After 1850, however, the export of livestock and livestock products to Britain increased enormously within a few years, while the demand from the other neighbouring countries did not lessen either. Especially striking was the sudden growth of the export of cattle and sheep alongside the expanding exports of dairy products. For almost two decades, the export of dairy products was even overtaken by that of cattle and sheep. According to figures provided by Van Zanden, the number of exported cattle rose twentyfold, from 8,000 to 153,000 between 1838 and the absolute top year 1864. During the same period, the number of exported calves increased

49 See for instance *Grigg*, The transformation, p. 105, Table 8.6; *W. Foorthuis*, Bouwen aan een netwerk.

50 Overzicht van het landbouwbedrijf in Nederland, 's-Gravenhage 1912, pp. 372-373.

51 According to the observer of the state commission of 1906 (published in 1912), the average yield of industrial potatoes on good soils could amount to as much as 400 to 450 hl/ha. On the best soils, yields could even be some 50 hl higher. Over the years between 1921 and 1930, the statistical average yield of industrial potatoes was 397 hl/ha. Some 50 years before, the average yield of potatoes had been 237 hl/ha. Overzicht, pp. 384-385. See also *J. Bieleman*, Boeren op het Drentse zand 1600-1910: een nieuwe visie op de 'oude' landbouw. Wageningen 1987; also published as: A.A.G. Bijdragen 29, Wageningen 1987, pp. 652-653.

52 *Bos*, De Brits-Nederlandse handel, p. 232.

53 *H. Blink/S. Koenen*, Algemeen overzicht der economische geschiedenis van Nederland in betrekking tot den landbouw van 1813-1913, in: *Directie van den Landbouw*, De Nederlandsche landbouw in het tijdvak 1813-1913, 's-Gravenhage 1913, pp. 1-42, here p. 13.

from less than 2,000 to more than 78,500 (and to almost 93,000 in 1875).⁵⁴ The growth in the export of cattle was only exceeded by that in the export of sheep, which increased from 14,000 in 1838 to 472,000 in 1875. The exports of pigs also increased - although less spectacularly - from 9,200 in 1843 (just before the *Phytophthora* disaster) to 93,000 in 1864. Because of this, the validated exports of livestock amounted to as much as 41 percent of the total agricultural exports in the years 1871/75 (see Table 1). Moreover, the export of cheese increased by 130 percent, that of butter by up to 175 percent. Because the starting level of these dairy exports was already quite high, growth was less spectacular; the economic consequences, however, were just as far-reaching.⁵⁵

In relation to the growing demand from abroad for breeding cattle in particular, the Dutch Herd Book (*Nederlandsch Rundvee-Stamboek*) was established in 1875. The aim was to set up genealogical registers of approved cattle. In order to guarantee a more adequate breeding policy, it was reorganised in 1906, establishing three sharply distinguished breeding directions. In the same period farmers got together in many places to establish local bull societies and breeding societies to help improve their livestock.

The introduction of herd books, however, had not been able to prevent a decline in exports in the mid 1870s after some very successful decades. Nevertheless, livestock farming improved considerably in spite of these problems. The improvement of (ground) water control in the pasture regions, allowing a much more intensive use of the grasslands, proved very important. In the 1880s, with the appearance of steam powered drainage, a real boom occurred. And as water management improved, it also paid to intensify the manuring of grasslands. As a result, grass and hay production increased, and quality improved. Especially after fertilizers became widespread, hay yields rose considerably - in the main livestock regions they increased by some 25 percent between 1890 and 1910.⁵⁶ As well as more farm-produced fodder, the use of concentrates also increased rapidly. Van Zanden calculated that the yearly consumption of concentrates doubled from 31 kg to 62 kg per cow between 1850 and 1880, then rising to 177 kg in 1910.⁵⁷ And indeed the quality of cattle improved considerably. The reporter to the (new) state commission of 1906 wrote: 'Because of a more intensive use of the land and an increased application of concentrates, farmers have been able to keep more cattle than before, while cattle in regions where the lowering of the ground water level has led to a distinct improvement in the soil have become heavier. It was reported that where cows used to weigh up to about 550 *ponden* (= 275 kg), nowadays 650 *ponden* (= 325 kg) is more common'.⁵⁸ The same sorts of comments were made in other regions such as Utrecht and Friesland.

All these factors resulted in a considerable increase in dairy farming productivity. During the first half of the nineteenth century the average milk yield in the dairying regions of nor-

54 J.L. van Zanden, *De economische ontwikkeling van de Nederlandse landbouw in de negentiende eeuw. 1800-1914*, Wageningen 1985; also published as: A.A.G. Bijdragen 25, Wageningen 1985, pp. 220-224. Recently Van Zanden published a revised and somewhat shortened edition of this book entitled: *The transformation of European agriculture in the nineteenth century: the case of the Netherlands*, Amsterdam 1994.

55 Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, pp. 292 and 376.

56 Verslag over den landbouw, for the year 1890, p. 313; Idem, for the year 1910, p. 55.

57 Van Zanden, *De economische ontwikkeling*, p. 226 table 9.9.

58 Schetsen van het landbouwbedrijf in Nederland, 's-Gravenhage 1912, pp. 542-543.

mal cows in good condition was already as much as 2,750 to 3,000 litres per year, as Van der Poel estimated⁵⁹; but after that they increased considerably. In the dairy region of Zuid-Holland, for instance, where the use of concentrates was the highest in the entire Netherlands, milk yields of some 4,000 kg had become more and more common by the early twentieth century.⁶⁰ Milking cows listed in the Frisian herdbook gave an average of 4.130 kg milk (with 3.17 percent fat) in the years 1896/1905. On the eve of World War II (1936/40) these cows were giving 4,760 kg (with 3.80 percent fat) per year.⁶¹

As the British demand for butter increased (it tripled between 1851/55 and 1866/70⁶²), it had opened the door to all kinds of tampering with butter. Although this was not an entirely new problem - complaints had been heard about this sort of fraud as early as the seventeenth century - it now became a serious threat to the position of Dutch dairy exports on the British market, especially as other countries were entering it with increasing quantities of high quality products. Serious problems also arose from the competition from margarine and the way this new product was even added to farm butter that was to be exported. Butter merchants from the Brabant region had taken up the production of margarine in the early 1870s.⁶³ And though the share of Dutch butter exports still amounted 45 percent of British imports in 1885, this is largely to be attributed to the sales of margarine as well.⁶⁴

As more and more Dutch butter of doubtful quality was shipped to Britain to compete with good quality products from elsewhere, problems grew. The price of Dutch farm butter decreased considerably. On the Leeuwarden market, the price of butter dropped from 57 gld per *vierendeel* (= 40 kg) in 1871/80 to 45 gld in 1886/95.⁶⁵ Though in fact the problems dated back to the mid 1860s, the turning point in price development lay at about 1876. From that moment onward, the problems became more serious year by year. Especially after the

59 The best milking cows, however, gave more; in fact, milk yields of 4,000-5,000 litres were no exception at that time. See *J.M.G. van der Poel*, *Landbouw in de Noordelijke Nederlanden 1770-1840*, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, vol. 10, Haarlem, 1981, pp. 159-182, here pp. 180-182; *Idem*, *Het Noordhollandse weidebedrijf in de 19e eeuw*, in: *Holland: regionaal historisch tijdschrift* 8, 1986, pp. 148-157, here p. 155-157.

60 Schetsen van het landbouwbedrijf in Nederland, 's-Gravenhage 1912, p. 564.

61 It should be noted, however, that these last figures concern highly productive animals and should not be taken as typical for Frisian livestock as a whole. *Melkveehouderij*, in: *Jaarboek voor de zuivelbereiding uitgegeven door de Vereniging van Oud-leerlingen der Rijkszuivelschool te Bolsward* 8, 1947, pp. 231-269, here p. 240.

62 *Bos*, *Brits-Nederlandse handel*, pp. 235-236.

63 *W.G. Hoffmann*, *De ontwikkeling van de margarineïndustrie*, in: *J.H. van Stuijvenberg*, *Honderd jaar margarine 1869-1969*, 's-Gravenhage 1969; *C. Wilson*, *Geschiedenis van Unilever: een beeld van economische groei en maatschappelijke verandering*, 2 vols., s.l. 1954 (photoreprint: Den Haag 1970); *N.H.W. Verbeek*, *Margarine*, in: *H.W. Lintsen a.o. (eds.)*, *Geschiedenis van de techniek in Nederland: de wording van de moderne samenleving 1800-1890*, vol. I, *Techniek en modernisering, landbouw en voeding*, Zutphen 1992, pp. 135-169; *M.C.S. Bakker*, *Boter*, in: *H.W. Lintsen a.o. (eds.)*, *Geschiedenis van de techniek in Nederland: de wording van de moderne samenleving 1800-1890*, vol. I, *Techniek en modernisering, landbouw en voeding*, Zutphen 1992, pp. 103-133.

64 Until 1886 export statistics did not distinguish between butter and margarine. In that year, Britain imported 42,400 tons of margarine from the Netherlands as compared with only 18,200 tons of butter, i.e. a ratio of 70 : 30. *M.C.S. Bakker*, *Boterbereiding in de late negentiende eeuw*, Zutphen 1991, p. 21, table 2; also: *Idem*, *Boter*, p. 108, table 4.2.

65 *Hylkema*, *Leerboek der zuivelbereiding*, pp. 620-621.

early 1880s, Dutch dairy farmers rapidly lost their share of the British butter market, particularly to the Danish. In that country, farmers had begun to organize the production of butter through cooperative creameries in 1882, which enabled them to offer a far better, more homogeneous product. While in 1860 the Danish share in the British import market of butter was still only 1 percent, it rapidly increased to 41 percent by 1890 and remained at that level until the eve of World War I.⁶⁶

Cheese exports followed a similar course. After the mid 1860s, the export of Dutch cheese stagnated, its market position crumbled and prices fell. Even in the initial years, the cause of the problem was known, and efforts were made or suggested to improve the quality of dairying. However, dairy farmers had to face the fact that individual attempts to improve the quality of their products were often frustrated and nullified by the distributive and export traders. This was the background for the appearance of the cooperative production of dairy products after the late 1870s. Production of cheese and butter on a cooperative basis not only brought the economic advantages of large scale processing, but also a better quality product. Much more important, however, was the fact that the intermediate trade could be avoided.

As early as the 1870s, cheese producing dairy farmers in Noord-Holland had started to establish small cheese factories. Although the manufacturing process in these factories was very similar to the way cheese had been produced on the farms, the farmers were able to exploit the profits of scale these factories brought. In 1912 Noord-Holland had a total of 130 such cheese factories, of which 112 were run on a cooperative basis. Nevertheless, most of them were rather small, often processing the milk of no more than a hundred cows.⁶⁷ While these factories produced some 9.8 million kg of cheese, another 11.2 million kg were still being produced on farms. In 1912, the proportion of farm produced cheese to factory produced cheese in the Netherlands was at a ratio of 54:46 (see Table 2), though almost three-quarters of the latter was (semi-) skimmed milk cheese, a by-product of the making of butter.⁶⁸

Though cooperative dairying actually began in Noord-Holland, its impact on dairy farming in Friesland was much greater. Frisian dairy farmers were almost completely dependent on the British butter market and were badly hit by the export crisis after about 1876. By 1879, the first of a number of privately owned creameries had been established; in 1886 dairy farmers in the village of Warga united to establish the first cooperative creamery. Others soon followed. Ten years later there were 87 creameries in Friesland, 44 of which were managed on a cooperative basis.⁶⁹ In 1912, nearly all Frisian butter was being produced in creameries. In the other three livestock farming provinces (Utrecht, Noord-Holland

66 *V.R.IJ. Croesen*, *De geschiedenis van de ontwikkeling van de Nederlandsche zuivelbereiding in het laatst van de negentiende en het begin van de twintigste eeuw*, 's-Gravenhage 1931, p. 192, table IV.

67 *G.J. Bieleman*, *Onze Nederlandsche kaas*, in: *Verslagen en Mededeelingen van de Directie van den Landbouw 1906 no. 4*, 's-Gravenhage 1906, pp. 1-32; *Verslag over den landbouw, for the year 1914*, pp. 60-61 and pp. 78-79.

68 *Verslag over den landbouw, for the year 1914*, pp. 60-61.

69 *J.J. Spahr van der Hoek/O. Postma*, *Geschiedenis van de Friese landbouw*, 2 vols., Leeuwarden 1952, here vol. I, p. 555.

and Zuid-Holland) just under half as much butter was produced as in Friesland, but only 56 percent of it was processed in factories (see Table 2).⁷⁰

Thus in Friesland and Noord-Holland in particular, the processing of butter and cheese was shifted from farms to creameries and cheese factories respectively after the late 1870s. This was not so in certain parts of Zuid-Holland and Utrecht. In these regions the production of cheese had traditionally been combined with the cultivation of hemp within one farming system. But as the latter gradually became less profitable and receded more and as the demand for cheese increased, farmers turned completely to cheese production. Eventually this region was to become known for its farms-cheese makers (*zelfkazers*). At the same time the feeding of pigs grew in importance, serving especially a growing domestic demand for pork, causing this type of farming to become one of the most labour intensive in the Netherlands. It also employed by far the most bought concentrates.

As the urban sector of the Dutch economy and the urban population began to grow again during the last decades of the nineteenth century, an increasing number of dairy farmers in the western part of the country, which in former times had produced cheese or butter, increasingly applied themselves to producing milk for retail sale. Especially after World War I, many farmers changed to this specialisation in dairying. It is estimated that during the period between the two world wars about one-fifth of the total milk production was used as retail milk (see also Table 3).⁷¹

Helped by a rapidly expanding dairying industry, developments in dairying had a strong influence on the number of cattle in these years. Between 1895 and 1921 the number of milking cows in the joint livestock areas in the Netherlands increased from 336,000 to 399,000, thus almost one-fifth.⁷² The highest concentration of cattle (and pigs) was (still) to be found in the Utrecht/Zuid-Holland livestock area. According to the 1921 cattle census in the heart of this region, the *Land van Woerden en Gouda* district, some 214 cattle (and 162 pigs older than 6 weeks) per 100 ha of land were kept, whereas in the two Frisian livestock regions, the average was 153 cattle (and 31 pigs) per 100 ha of land.⁷³

The shift to factory production of dairy products led to a marked improvement in quality. Another important factor, as we have already seen, was government legislation. And on the wings of a improving economy, exports increased again. Between 1866/75 and 1886/95, the yearly butter exports had decreased from 17.9 million kg to 13.7 million kg, only beginning to grow again after 1895. In 1906/15 an annual average of 33.9 million kg of butter was again being exported, an increase of 147 percent. In the years 1922/26, the annual exports amounted some 33.4 million kg of butter and thus almost half of the total production.⁷⁴ By this time, some 58 percent of all Dutch milk were being used for making butter, and of the

⁷⁰ Verslag over den landbouw, for the year 1914, pp. 60-61 and pp. 78-79.

⁷¹ G. Minderhoud, *De Nederlandsche landbouw*, Haarlem 1935, pp. 59-69; J. Frost, *Die Holländische Landwirtschaft: ein Muster moderner Rationalisierung*, Berlin 1930, p. 148; B.G.L.M. Tosseram, *Het melkwinninggebied van Amsterdam: een sociografische studie over consumptiemelkers*, Purmerend 1936, p. 7.

⁷² Department Rural of History, Agricultural University Wageningen - LEI Agricultural Documentation.

⁷³ Department Rural of History, Agricultural University Wageningen - LEI Agricultural Documentation.

⁷⁴ Pilat, Dutch agricultural export performance, table C.1.E.; Verslag over den landbouw, for the years 1922-26.

remainder, some 12 percent were being used for making full-cream cheese (Table 3).⁷⁵ It should be noted, however, that at this time butter was no longer coming exclusively from the traditional dairying districts. Since the 1850s, but even more so since the 1890s, an increasing quantity of export butter was produced in the sand regions, where cooperative dairying had given completely new dimensions to the farming system, as will be shown in the next part of this article.

Cheese exports also increased again during the 1890s. Between 1886/95 and 1906/15 the quantity of exported cheese more than doubled, from 28.0 million kg to 59.6 million. In the early 1920s (1922/26), 73.7 million kg of cheese were exported, over 163 percent more than some three decades earlier and almost two thirds of the total production.⁷⁶ In spite of this growth and in spite of all the - successful - efforts to improve the quality of the products, Dutch livestock farmers did not succeed in recapturing the British market to the former extent. Though Britain was still an important consumer of Dutch dairy products in the early 1920s, Germany had taken over the position as the most important sales market by then. In 1922/26, 34 percent of cheese exports and 53 percent of butter exports went to Germany, far more than both Britain and Belgium together (Table 1). Cheese also went in large quantities to countries like France, Spain and the U.S.A.

Through these developments, from 1890 on the export of livestock (and 'unprocessed' livestock products) was rapidly overtaken by the export of 'processed' livestock products, contributing to a more general trend in that direction (see Graphs 2 and 4 and Table 1). It should be observed, though that this tendency was partly influenced by restrictions and embargoes which cattle-importing countries like Germany and Great Britain placed on the import of living cattle during these years, especially in the mid 1890s.⁷⁷ In the end, in 1922/26, 'processed' livestock products accounted for more than half of the total validated agricultural exports. Both categories, 'processed' and 'unprocessed' products, made up 62 percent combined, making this sector the most important by far. But again it should be stressed that mixed farming in the sand parts of the country contributed to a large extent to these figures.

VI. Mixed farming in the sand regions

Farmers in the sand regions, especially in the east and northeast of the country, benefited in a very special way from the potential offered by the expanding export market after 1850. The 'price revolution' that followed, or to be more accurate, the differentiated price development of livestock products as compared with arable products caused a shift in farming that proved to be structural and of a very determinative kind. The fact that the price of butter and livestock rose much faster than the price of grain, was the driving force behind a transformation by which the current farming system, based on the sales of arable products (rye, buckwheat and potatoes), became orientated towards the sales of butter and pork, products with a much higher added value. In short, to produce these high-grade products, former cash crops became fodder crops. In parts of the southern regions, i.e. in parts of Brabant, the marketing of butter had long been an important source of income, probably since the

⁷⁵ *Frost*, Die Holländische Landwirtschaft, p. 148; *Tosseram*, Het melkwinninggebied, p. 7.

⁷⁶ see note 74

⁷⁷ *A. Reens*, De vleeschexport van Nederland, 's-Gravenhage 1922, pp. 61-73.

sixteenth century; in some places, the production and sales of veal had gained importance, too. But there also, farmers profited from the increasing demand from abroad, and the number of newly-established butter auctions and butter markets increased rapidly.⁷⁸

In the province of Drenthe, the breeding of cattle together with dairying became the pivot of the new farming system, and a source of income. Pig fattening also became profitable and, in fact, made the shift in farming systems viable. Elsewhere in the sand region of central and eastern Netherlands, farmers turned more exclusively to pig fattening, not only serving an increasing demand for pork, but also making the shift to dairy farming feasible. And as the numbers of pigs increased rapidly, a new type of pig emerged. From the 1830s onwards, farmers increasingly began to cross their own old native breeds with new breeds from Britain. In 1852, the *Verslag over den Landbouw* stated: 'The English breeds have now spread all over the country. And in general, everyone is very much satisfied with them, praising the short period they need to be fattened'.⁷⁹ Soon afterwards the old native breeds had disappeared completely.

However, this shift in farming system implied a much bigger input of labour and thus an intensification of the current production system. In the same way it meant that from now on, a more or less autonomous living as a farmer could be built up on a much smaller farm than before. Thus, from about 1850 onwards the number of small farms increased, especially in the central and northeastern sand regions. In Drenthe, for instance, the number of so-called one-horse farms grew from less than 900 in 1807 to more than 3,400 in 1880 and then to almost 6,000 in 1910, making the population there the fastest growing in the Netherlands in the nineteenth century.⁸⁰

Like the dairy farmers in Friesland, however, farmers in the sand parts of the country had to face diminishing sales of their butter in Britain in the mid 1870s. Unlike the Frisian farmers, however, they could still rely for a while on the sales of their fattened pigs, but as their prices kept going down, problems increased here, too. Some farmers tried to improve the quality of their butter by applying new techniques in order to obtain a better price, but such attempts were frustrated by the inadequate distribution system. In addition, the system for fixing prices was diffuse and full of obstacles. Farmers were usually paid in kind, as they received shop goods and animal fodder in return for their butter instead of money. Finally, here too the introduction of steam-powered cooperative creameries had to solve the problems as in the pasturing areas. It was not long after Frisian farmers in Warga had founded their creamery, that in the lower, rich grazing parts of the sand regions, where the numbers of cattle were usually higher, the first cooperative creameries were also established.

But such large, steam-driven creameries required large investments and, in general, as farms in the sand regions were small, most farmers could not find the capital in the midst of the depression. A real breakthrough was brought about by the introduction of a much

⁷⁸ This shift in farming system is strikingly illustrated by the market supplies figures of butter in the small market town of Meppel, in the southwest of Drenthe. While in the years 1826/35 a yearly average of only 134 tons of butter were supplied, this figure was 1,540 tons in the 1870s. The peak year was 1877, when 1,810 tons of butter were brought to this market, making Meppel one of the three most important butter markets in the Netherlands. The other two were the traditional Frisian butter markets in Sneek and Leeuwarden. See *Bieleman*, Boeren, pp. 382-387.

⁷⁹ *Verslag over den landbouw*, for the year 1852, p. 252.

⁸⁰ *Bieleman*, *Geschiedenis van de landbouw*, p. 308, table III.20.

smaller type of manually-driven creamery in 1892. Beginning in the south, and following a Belgian example, farmers established so-called *handkrachtfabriekjes*. Soon there were many of these small creameries their advantage lay in their low building costs. The Warga creamery in Friesland (1886) had cost 35,000 guilders, but the first manually-driven creamery in the village of Tungalroy (Northern Limburg; 1892) only cost 600 guilders. Generally speaking, these very simply equipped creameries cost somewhere between 1,500 and 2,000 guilders.⁸¹ This system was very soon copied in other provinces, especially in Drenthe. At its peak in about 1903, there were 656 creameries in the five sand provinces (in 1895 there had been only 320), of which 465 were small-scale *handkracht* creameries (70 percent). At this time, some 53 percent of all butter was already being produced in creameries; in the province of Drenthe it was even as much as 83 percent (see Table 2).⁸² Nonetheless there were disadvantages to this system, and the manually-powered creameries disappeared as soon as the economy recovered. Butter processing now became concentrated in a smaller number of larger, steam-powered factories.

Small farmers and land labourers were the ones who benefited the most from the profits of scale the creameries offered. These profits enabled them to become commercially viable, even when they had no more than one or two milking cows. The skimmed milk and buttermilk they got back allowed them to feed a few pigs each year. And so the emergence of cooperative creameries stimulated to livestock farming as well. Between 1895 and 1921 the number of dairy cattle in the sand districts increased by between one-quarter and one-third especially in the eastern and northeastern regions, in spite of the problems the war brought. Meanwhile courses in milking techniques and hygiene contributed to the improvement of dairying, just as the local bull societies and breeding societies helped to improve the cattle.

Through the success of the cooperative creameries, farmers in the sand districts contributed increasingly to total Dutch production of butter. And so, on the eve of World War I, the five sand provinces were together producing more than half of the total, contributing considerably to the increase in the export of 'processed' livestock products over against 'unprocessed' livestock products (see Graph 2).⁸³

Yet cooperative dairying would probably not had that impact if pig farming had not also changed quite drastically. Ever since the 1850s, the number of pigs had been increasing rapidly, and in spite of the crisis of the late 1870s and 1880s their numbers kept growing, as farmers profited by decreasing fodder prices. Especially for small farmers in the sand regions, pig fattening became the mainstay of their business, keeping them on their feet in these depressed years. At that time about 65 percent of their fattened pigs were being exported on the hoof to Germany, 14 percent to Britain and 21 percent to Belgium.⁸⁴ In the course of the 1880s, however, these countries limited their imports more and more. Germany and Britain eventually closed their borders for fattened pigs on the hoof completely (in 1894 and 1895 respectively).

81 Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, p. 28.

82 Bieleman, *Boeren*, pp. 388-397.

83 H.J. *Frietema*, *Productie en prijsvorming op de Engelsche markt van Nederlandsche, Deensche en koloniale boter* (Production and price forming on the English market of Dutch, Danish and colonial butter). *Nederlandsch Economisch Instituut nr. 22*, Haarlem 1937, p. 41.

84 Reens, *De vleeschexport*, p. 72.

In the meantime, export of fresh pork to Britain had increased enormously within a short time. Even during the years of the 'Great Depression' the British meat consumption had risen by one-third, making the British the biggest meat consumers in Europe.⁸⁵ The favourable location of the Netherlands with regard to the main British meat market in Smithfield (London) - a regular ferry service provided a connection to the mainlines of the Dutch railway system - enabled pig farmers to turn towards this particular market, profiting from the lowered prices of fodder grains. And it was a very special market indeed, demanding freshly slaughtered, lightly fattened pigs (up to about 50 kg) that were to become known as *Londense biggen* (= London piglets). In 1886, some 5,000 tons were exported. Nine years later the figure had increased to some 12,500 tons, which was 85 percent of the British market for this product.⁸⁶ In the pre-war top year 1903, almost 27,000 tons of pork were sold to Britain.⁸⁷ The annual average export to Britain in the years 1922/26 amounted to as much as 22,000 tonnes, which was about 50 percent of the total export of fresh pork from the Netherlands.⁸⁸ Other important buyers were France and Germany. This export of pork was also an important factor contributing to the increase in the exports of 'processed' livestock products as against 'unprocessed' ones (see Graph 2). According to Frost's magnificent description of Dutch agriculture published in 1906, pigs soon became the most important domestic animal for farmers in the sand regions.⁸⁹ Export slaughterhouses were established, in particular along the connecting railways to the ferry boats to England (Vlissingen and Hook of Holland). In 1913 there were 111 of them, though most of them were relatively small.⁹⁰ As in other agri-industries, farmers here also began to establish their own slaughterhouses as cooperative enterprises.⁹¹

As dairying shifted from farms to (cooperative) creameries, the (female) labour that then became available was employed in the expanding 'niche' of poultry in keeping the farming system. Making use of the rapidly increasing quantities of cheaply imported maize, poultry-keeping provided a growing source of income for farmers in the sand regions. For a long time the Netherlands had been an egg-importing country, but after 1906 eggs became an important export item; in 1910, net exports were as high as 7.6 million eggs. Some twenty years later this had increased to more than 1.4 million.⁹² In 1922/26 some two-thirds of the eggs went to Germany to meet the greatly increased consumption there. The rest went mainly to Britain.

Before World War I, certain regions, like the areas surrounding the small country town of Barneveld in the West-Veluwe region, had already become more or less specialized in poultry farming. In 1906, a reporter for the state commission for this region wrote: 'Formerly one would usually find some 6 to 12 hens on a farm. Nowadays there are 100 to 300, or

⁸⁵ Saul, *Studies in British overseas trade*, pp. 24-25.

⁸⁶ Reens, *De vleeschexport*, p. 72.

⁸⁷ Verslag over den landbouw, for the year 1903, pp. 142-143; Idem, for the year 1910, pp. 112-113.

⁸⁸ Verslag over den landbouw, for the years 1922-26.

⁸⁹ J. Frost, *Agrarverfassung und Landwirtschaft in den Niederlanden*, Berlin 1906, p. 235. Twenty-four years later a shortened and revised version of this book was published as: *Die Holländische Landwirtschaft: ein Muster moderner Rationalisierung*, Berlin 1930.

⁹⁰ Reens, *De vleeschexport*, pp. 107-109.

⁹¹ G. Minderhoud, *Landbouw-coöperatie in Nederland*, Groningen 1949, pp. 133-135.

⁹² Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, p. 317.

even more'.⁹³ In some places special egg auctions were established to improve egg sales. Though the number of hens in the five sand provinces grew from some 1.5 million in 1881/91 to 4.1 million in 1910, the biggest increase was yet to come.⁹⁴ In the 1920s, as the number of hens grew rapidly, poultry keeping became an inextricable part of the farming system everywhere in the sand regions. In 1930 there were already more than 9 million hens, and the number continued to increase.⁹⁵ In addition to egg auctions, special egg markets were also established in many other places.

Because of the expansion in poultry keeping, the Netherlands had already become the third most prominent maize importing country in Europe before World War I, after Britain and Germany, and these net imports of maize increased from 460,000 tons in 1906/10 to almost 1,243,000 tons in 1927/31, an increase of 170 percent.⁹⁶ Nationally about one-quarter of all the needs for animal feed were covered by imports on the eve of World War II.⁹⁷ The way this need for animal feed (maize, rice meal, oil cakes and several grains) was supplied from abroad and imported in ever increasing quantities should also be regarded as one of the main innovations in Dutch agriculture in the late nineteenth and early twentieth centuries.

Although the first generation of cooperative creameries may seem small and primitive through modern eyes, their significance should not be underestimated. Once farmers were familiar with this kind of cooperative undertaking, other kinds of cooperatives could be easily established. The subsequent establishment of central (cooperative) buying societies was particularly significant. In the Netherlands as opposed to, for instance, Germany, these central buying societies usually developed as separate, single organisations, in the same way as the cooperative rural banks that emerged at about the same time. The first of these central buying societies was already established before the 'Great Depression' had struck, in 1877 in Aardenburg (Zeeland, near the Flemish border). Its name, *Welbegrepen Eigenbelang* („well-understood self-interest“), indicates that the participating farmers had a very business-like attitude towards this kind of cooperating.⁹⁸ In the 1890s these societies became quite large. They were first set up in the southern part of the country, but by 1920, 54 percent of all (agricultural) land users countrywide were members of a central (cooperative) buying society. In the five sand provinces this percentage varied from 47 percent in Gelderland to 93 percent in Brabant. In other provinces the percentage was usually considerably lower (see Table 4).⁹⁹

An important element in their functioning was the role which these societies played in the field of quality control. Together with the newly-established state agricultural research stations, they set out to banish the ongoing tampering in the fertilizer trade. In fact, for that very reason, the first aim of *Welbegrepen Eigenbelang* was the buying of *guaranteed* fertil-

93 Schetsen, p. 417.

94 Verslag over den landbouw, for the years 1881-92 and 1910.

95 Department Rural of History, Agricultural University Wageningen - LEI Agricultural Documentation.

96 Verslag over den landbouw, for the years 1906-10 and 1927-31.

97 Agrarische landanalyse van Nederland (afgesloten per 1 september 1952). Uitgave van het Ministerie van Landbouw, Visserij en Voedselvoorziening. Directie van de Landbouw, 's-Gravenhage (1952).

98 *Van Stuijvenberg*, Het Centraal Bureau, pp. 96-132.

99 *Van Stuijvenberg*, Het Centraal Bureau, p. 116.

izers.¹⁰⁰ Their significance also lay in the fact that these societies were able to obtain much lower prices by buying artificial fertilizers for their members in bulk. Since in addition their price also fell, the use of these fertilizers spread rapidly. Before 1910, fertilizers formed half of all goods bought on a cooperative basis, though after 1910 the purchases of animal foodstuffs outstripped fertilizers due to the developments described above.¹⁰¹

Thus, together with the newly appointed state agricultural advisers and their assistants, the central buying societies were a major factor in the rapid diffusion of fertilizers as these gradually became cheaper during the 1890s. Especially on the sandy soils, the new chemical fertilizers released farmers from the laborious method of sod manuring¹⁰², which was known as 'the cancer that gnaws at the prosperity of our farmers', as the reporter for the Barneveld district wrote to the state commission in 1886.¹⁰³ Many small farmers or land labourers were now able to reclaim some land, which helped them to start their own business.

A string of innovations starting in the early 1850s and accelerating in the 1890s were an important encouragement for small farming. In the upswing of a recovering economy, coached by agricultural advisors, the number of small farms grew rapidly. Between 1890 and 1910 the number of farms with between one and five hectares in the five sand provinces increased by more than 25 percent from 57,200 to more than 73,200. In the province of Drenthe, the increase was as high as 89 percent. The size of more than half (58 percent) of all the farms in these five provinces was one to five hectares. The average number of milking cows for all farms then varied from 2.8 (in the easternmost Veluwe region) to 5.8 (in Utrecht).¹⁰⁴ All these innovations made the sand parts of the country and its farming system without doubt the most dynamic of that time. Initially, this development spawned was a great deal of confidence. The one-sided dependence on a market abroad was hardly seen as a problem. But during World War I, the actual vulnerability caused great problems. When subsequently, in 1926, Britain closed its borders to fresh pork, farmers had to change to fattening pigs for bacon, which again created considerable difficulties. Yet in retrospect this was to be only the forerunner of worse things to come in the 1930s.

100 J.H. van Stuijvenberg, *De ontstaansgronden van de landbouwcoöperatie in her-overweging*, 's-Gravenhage 1977, p. 27.

101 Van Zanden, *De economische ontwikkeling*, pp. 252-262.

102 W. van de Westeringh, Man-made soils in the Netherlands, especially in the sandy areas ('plaggen soils'), in: W. Groenman-van Waateringe/M. Robinson (eds.), *Man-made soils: symposia of the Association for Environmental Archaeology no. 6*, BAR International Series 410, 1988, pp. 5-19; T. Spek, The age of plaggen soils: an evaluation of dating methods for plaggen soils in the Netherlands and Northern Germany, in: A. Verhoeve/J.A.J. Vervloet (eds.), *The transformation of the European rural landscape: methodological issues and agrarian change 1770-1914. Papers from the 1990 meeting of the Standing European Conference for the Study of the Rural Landscape*, Brussels 1992, pp. 72-91; J. Bieleman, Changing manuring techniques in open field farming in the Dutch province of Drenthe 1650-1850, in: *I Jornadas Internacionales sobre Tecnologia Agraria Tradicional*, Madrid 1994, pp. 251-256.

103 Uitkomsten, vol. I, chapter VI, p. 18.

104 Bieleman, *Geschiedenis van de landbouw*, pp. 313-314.

VII. Horticulture

The stagnation or even decline of the urban sector in the Dutch economy after the mid-seventeenth century had not left market gardening unaffected. A per capita decrease in the consumption of meat and dairy products during the first half of the nineteenth century indicates that on the whole incomes were still under pressure.¹⁰⁵ Nevertheless, in the long run there had been a certain sophistication in the range of horticultural products available; there were more ornamental plants and more - and more delicate - vegetables, as well as different kinds of fruit. Since the early eighteenth century it was probably the emerging potato consumption that especially contributed to a growing demand for more refined vegetables.

As early as the mid-1820s, a regular steam vessel service to England encouraged vegetable export to that country.¹⁰⁶ But this was only a presage of things to come after 1850, when changing market conditions led to a fundamental shift in horticulture, as it profited the expanding sales abroad as no other sector did. The export of early potatoes, vegetables (mainly cabbage), fruits, bulbs and tree nursery products increased rapidly. During the 1850s one finds repeated reports that due to increasing demand from England, the revenues in horticulture in the Westland district were beyond expectations.¹⁰⁷

Since export was the primary stimulus for the changes after 1850, it favoured a continuing process of intensification, differentiation and specialisation in this sector. From interviews by the state commission in 1886 it appears that export had by then, become the main source of income in nearly all market gardening centres.¹⁰⁸ In the mean time, the total value of exported horticultural products had risen from some 0.8 million guilders in 1846/50 to 5.8 million guilders 1871/75, more than an eightfold increase (Table 1).¹⁰⁹ According to Van Zanden, the value of exported fresh vegetables alone increased more than tenfold, and the value of exported bulbs rose from 1 million guilders around 1850 to 2.5 million in 1880, though these last figures may be slightly exaggerated, as Van Zanden suggests.¹¹⁰ The expansion of the sector is also evidenced by the number of people employed: between 1849 and 1909 the male labour force in horticulture increased from 11,300 to 42,100.¹¹¹ Old centres expanded and new ones, such as the famous Westland area (near The Hague), appeared on the scene. At the same time, a certain regional differentiation occurred. The Venlo region (northern Limburg) exported to Germany, and Breda (Noord-Brabant) to Belgium. Products from the Westland area were sent by steam ships from Rotterdam to the ports of London,

105 *J.J.M. de Meere*, *Economische ontwikkeling en levensstandaard in Nederland gedurende de eerste helft van de negentiende eeuw: aspecten en trends*. Cahiers Sociale Geschiedenis vol. 1, 's-Gravenhage 1982, pp. 92-110; *Van Zanden*, *De economische ontwikkeling*, pp. 138-141.

106 *W.J. Sangers*, *De ontwikkeling van de Nederlandse tuinbouw (tot het jaar 1930)*, Zwolle 1952, p. 178; *P.J. Bouman*, *De tuinbouw*, in: *Z.W. Sneller (ed.)*, *Geschiedenis van de Nederlandse Landbouw 1795-1940*, Groningen 1951², pp. 422-440, here p. 426.

107 *Sangers*, *De ontwikkeling*, p. 202.

108 *Uitkomsten van het onderzoek naar den toestand van den landbouw in Nederland, ingesteld door de Landbouwcommissie, benoemd bij Koninklijk besluit van 18 September 1886*, no. 28, 4 vols., 's-Gravenhage 1890, here vol. 2, chapters XXX, XXXVI, XLII, XLVII, LIII, LVI, LVII.

109 *Pilat*, *Dutch agricultural export performance*, pp. 72-74.

110 *Van Zanden*, *De economische ontwikkeling*, pp. 222-223 and pp. 307-309.

111 These figures represent the male labour force aged 16 years and older. See *Van Zanden*, *De economische ontwikkeling*, p. 63, table 4.1.

Harwich, Hull and Leith in Britain.¹¹² Simultaneously, several expanding domestic centres of consumption were supplied with ever-growing quantities.

In the 1870s, Britain still was the most important buyer, but after the railway connecting Holland with the German hinterland was completed in 1856, exports to Germany had increased too. There was also a growing demand for horticulture products in Belgium.¹¹³ The bulb culture went through a period of unheard-of growth, profiting especially from a British demand for hyacinths. Bulb exports increased in value from 6 million guilders in 1897 to 25 million on the eve of World War I.¹¹⁴

However, because of the absence of any important competition, all kinds of abuses gradually crept into the horticultural (export) trade, just as they had in other sectors. The danger of a loss of sales was especially severe during the agricultural crisis of the 1880s. At that time, however, the domestic demand started to grow, and as this market increased, prices remained fairly high. In 1890/99 the price index of rye and butter amounted to 65 and 89 respectively, while the prices of cabbage and cauliflower were as high as 101 and 175 respectively (index: 1860/69 = 100).¹¹⁵ Because of this, it seems that the horticulture sector did not suffer as badly during the depression as other agricultural sectors. In 1890, the state commission reported that almost everywhere these intensive forms of agriculture were to be found, people were fairly prosperous: 'Vegetable growing, the cultivation of fruit and of flowering plants have all expanded and they are doing quite well'.¹¹⁶ But although these reports are fairly optimistic about the situation in this sector, market gardening suffered from the same tendencies found in the sales and exports of the livestock farming products.

In a much earlier stage, as exports had developed and the domestic market increased, it had already become clear that the traditional sales channels were no longer satisfactory. Trade lines were long, and lengthy transport did not improve the quality of the products. Thus market gardeners in different places tried several new ways to improve these sales channels and to become less dependent on the distributive traders. In 1850, market gardeners in the Westland region had established cooperative despatch societies (*verzendingverenigingen*), and in the following years similar types of organisations were established. In 1878, for instance, gherkin growers in the Beemster, north of Amsterdam, banded together to free themselves from the price-capriciousness of the Amsterdam dealers and started a despatch society. During the 1880s and 1890s, as conflicts between distributive traders and gardeners sharpened, more and more despatch societies were founded. The first cooperative auction markets were also established.

The first of these cooperative auctions the one established in 1887 is believed to have been the one in Broek op Langedijk (in Noord-Holland, in the middle of a mainly cabbage producing horticultural district). In the Westland area, the first one was founded in 1890. Eventually, as the despatch societies proved unsatisfactory, the auction system got the upper hand; after 1900 the number of these cooperatives expanded enormously. One of the addi-

112 *Bos*, Brits-Nederlandse handel, p. 265.

113 *Bouman*, De tuinbouw, p. 427.

114 *E.H. Krelage*, Drie eeuwen bloembollenexport. De geschiedenis van den bloembollenhandel en der Hollandsche bloembollen tot 1938, 's-Gravenhage, 1946, p. 76.

115 *Van Zanden*, De economische ontwikkeling, p. 309, table 10.21.

116 *Uitkomsten van het onderzoek*, vol. 4, pp. 73-74.

tional advantage which auctions afforded was a form of quality control on the products offered. This proved to be very important, given the tampering that also went on in the horticultural export trade.

During World War I, government regulations for fruit and vegetables exporting and supplying of the home market strongly stimulated the development of the auction system. In practice, the result was a system of compulsory auctioning. The joint returns increased from 19.8 million guilders in 1914 to 118 million guilders in 1918. When these regulations were abolished after the war, gardeners in most places agreed to maintain the system of compulsory auctioning. Though prices dropped again after 1918, the joint returns on the Dutch fruit and vegetable auctions remained on a level of some 60 million guilders during the early 1920s.¹¹⁷

In general, horticulture was practised as an agricultural specialisation. However, in the river-clay area (in the central parts of the Netherlands) and in the loess soils district, (in the south of the province of Limburg), the growing of several tree fruits had been flourishing as part of a mixed farming system since the seventeenth and eighteenth centuries. After 1850, as they became more and more involved in the fruit export business, these farmers in fact became fruit growers. They began 'to pluck for the Englishman', as it was said, and during the years of the depression, such farmers began to rely more and more on their orchards; the area of pastures planted with fruit trees rapidly expanded. In the river-clay area, in the province of Gelderland, the area planted with fruit trees (mainly apples, pears and cherries) increased from 4,510 ha in 1896 to 6,146 ha in 1915, an increase of more than one-third. In one of the subdistricts there, the Over-Betuwe, the area with orchards was enlarged by two-thirds, covering 11 percent of the all farming land in this district.¹¹⁸ In 1912 it was reported: 'Without fruit it is almost impossible for a farm to exist in these districts'.¹¹⁹

Nevertheless, particularly in the river-clay area, fruit growing, kept its fairly labour-extensive character, in line with the overall labour-extensive character of farming there. Farmers did not usually pick the fruit themselves, but sold it publicly to pluckers in the early summer, while it was still on the trees. The first fruit auction in the river-clay area to function satisfactorily started in 1903, and it was soon followed by others.

An important development, especially in these regions, was the gradual emergence of a fruit processing industry. Long before the 1880s, especially in the south of Limburg, farmers had already tried to give their fruit (apples, pears) more added value by boiling it down to syrup. This gave rise to a small-scale industry. By doing so, fruit growers made their rather vulnerable products better to transport. At the same time, the market was stabilized to some degree. A kind of bottom price was achieved as a sometimes abundant harvest could still be sold for reasonable prices. By the end of the nineteenth century, the application of newly-developed preservation techniques stimulated the hesitant start of the canning industry and gave new perspectives to this trade. Due to this new technology and to newly-developed products derived from fruit, the potential market expanded considerably; far-off markets could be served. In the period between the two world wars, about one-fifth of the total fruit

117 *Sangers*, De ontwikkeling, p. 242.

118 De fruitteelt in de provincie Gelderland tusschen Rijn en Maas. Verslagen en Mededeelingen van de Directie van den Landbouw 1918 no. 1, 's-Gravenhage, 1918, pp. 22-23.

119 *Schetsen* p. 325.

harvest was being bought up by the fruit processing industry. For some sorts of fruit, the figure was even higher.¹²⁰

In places where market gardening was the main business, it was generally done on a small scale. From the results of the agricultural census held in 1921 we know that at that time the 18,800 market gardeners had a total of almost 45,000 ha of land under horticulture. This meant an average of 2.39 ha per farm. More than one-quarter of them had only 1 ha or less.¹²¹ The labour-intensive character of market gardening can be seen from the large numbers of workers who were employed in this sector in relation to the area of land. Tenge calculated in the early 1920s that the proportion of workers on the same area of grassland, arable land and horticultural land amounted to 2 : 3 : 13.6.¹²²

Horticulture was practised without cattle, therefore large quantities of manure usually had to be brought in from elsewhere at high cost. In the Westland district, in particular, large areas of land were made suitable for horticulture, especially for the cultivation of early potatoes, by applying large quantities of sand. It was dug from nearby dunes and brought in by boat. Before World War I, some 1,000 ha of land had already been improved ('opgevaaren') in this way, with altogether some 5 million m³ of sand. By then this Westland district had become the main centre of Dutch horticulture.

There were large investments in horticulture in these years. This is clear by the way the use of glass expanded after 1880, enabling gardeners not only to broaden their assortment, but also - and this was very important - to speed up the growth of their cultures by forcing. The earlier they could bring their products to market, the higher the prices they could obtain.

Glass had already been used sporadically during the first half of the nineteenth century in the Westland district for in the cultivation of grapes, but after 1890 the use of special *serres* or greenhouses, based on a Belgian example, spread rapidly. Multi-span greenhouses (*warenhuizen*) were introduced in 1903. As in the Westland, in other horticulture centres the use of glass-covered hotbeds or frames (*plat glas* or 'Dutch lights') expanded rapidly, as did that of the multi-span glasshouses. In 1912 some 600 ha of horticultural land were under glass, most of it still being glass-covered hotbeds. After that, the number of glasshouses particularly increased, though the area of glass-covered hotbeds also doubled. According to the horticultural census of 1927, some 1,500 ha of horticulture land were covered with glass; by far the most were found in the Westland district (80 percent), and most were used for growing vegetables.¹²³ In the florists' business, greenhouses came into use after 1929. In the Langedijk district, especially well-known for its cabbage, market gardeners started building cabbage barns to conserve their product so as to be able to demand higher prices in the off-season.

120 A.K. Zweede, *Vijftig jaren fruitverwerking*, in: *Vijftig jaar Nederlandse fruitteelt*, Amsterdam 1948, pp. 163-168, here p. 163.

121 *Het grondgebruik in Nederland in 1921. Verslagen en Mededeelingen van de Directie van den Landbouw* 1923 no. 2, 's-Gravenhage, 1923.

122 J. Tenge, *De menselijke arbeidskrachten in den Nederlandschen landbouw*, in: *Tijdschrift voor economische geografie* 14, 1923, pp. 357-372, here pp. 369 and 372.

123 Sangers, *De ontwikkeling*, p. 234.

With all these innovations, the horticultural sector managed to offer an increasingly varied assortment of products. Just before World War I, the tomato was introduced; by the 1920s, it had become the most important product in the vegetable growing business, pushing cabbage out of first place. Vegetable growing was still the main sector in horticulture in the 1920s. Expressed in financial terms, it comprised as much as 54 percent of the total Dutch horticultural production in 1928.¹²⁴ The bulb growing industry produced 21 percent, fruit growing 14 percent, tree nursery and the flowering plants together another 9 percent. The cultivation of all kinds of seeds (vegetable and flower) added the remaining 2 percent to the total validated production in the sector. Most of these products were exported.

The validated exports of horticulture products grew from some 5.8 million guilders in 1871/75 to 95.4 million guilders in 1922/26 (Graph 3). The share of horticulture in total agricultural exports thus rose from just 2 percent before 1850 to 16 percent in the early 1920s, as Pilat recently calculated.¹²⁵ But Britain was no longer the main buyer, except for bulbs. In the early 1920s most of the cabbage and cauliflower went to Germany (see Table 5). According to the figures supplied by Minderhoud (1935), almost three-quarters of horticultural production was exported.¹²⁶ This, of course, made the sector very dependent on markets abroad and thus vulnerable. This vulnerability became painfully evident in the late 1920s and the 1930s.

VIII. Epilogue

After the late 1840s, Dutch agriculture became widely oriented toward foreign markets, under the catalysis of a free trade market and rapid developments in transport. Recently it has become clear that the roots of this remarkable transformation go back as far as the late Middle Ages and sixteenth and seventeenth centuries. A strongly developing urban economy, at first in Flanders and later in the northern Dutch provinces, evoked a broad variety of highly developed, market-oriented and commercialised farming systems, each adapted to its specific place in an expanding Thünensian field of force. The agriculture sector proved to be an important force behind the economic success of what has become known as the Dutch Golden Age. At that time, many Dutch farmers, particularly in the southwestern and westernmost regions, were already selling substantial portions of their production for export abroad. Somehow this must have contributed to the producers, growing accustomed to a market-oriented way of farming and becoming very much aware of the opportunities (changing) markets could offer. This, along with the favourable geographical location of the Netherlands with regard to the early industrializing countries, was an important factor in explaining the transformations that took place later on.

From the second half of the eighteenth century on, Dutch agriculture profited from the rapidly increasing demand from its neighbouring country across the North Sea: early industrialising and urbanising Britain. When, after ca. 1850, this trade was no longer hindered by toll barriers, Dutch farmers and horticulturists, helped by new and revolutionary developments in transport, could respond to the awakening demand beyond their own national border. Exports increased tempestuously. As in no other country, they anticipated the rising

124 *Minderhoud*, *De Nederlandsche landbouw*, p. 111.

125 *Pilat*, *Dutch agricultural export performance*, p. 2 and Table B.3.

126 *Minderhoud*, *De Nederlandsche landbouw*, pp. 111-112.

demand for more luxury agricultural products, as an increasing number of people was given more financial room to put together their daily menu. Exports of (almost) all farming sectors increased, and until about 1880, Britain remained the first and foremost customer, though Belgium and Germany, bought increasing quantities of Dutch farming products.

When in the late 1870s and 1880s the success in exports began to fade, the 'green front' was finally able to convince the national government of its responsibilities towards the sector and persuaded it to take up tasks like those already being done by governments elsewhere. Backed up by the reports of a state commission set up as an advisory body, the government initiated an ambitious programme to support the developments that were already underway. It provided a legislative and institutional framework to control the quality of agricultural exports and a wide variety of other measures, all of which resulted in an expanding and refined network in the field of research, education and extension. It supplied farmers in agricultural research, and the farmers were eager to learn. These different elements worked together and intensified each other when, at the same time, the economy recovered once again and prices increased. On the wings of this recovering economy, the process of transformation begun in the 1850s accelerated dramatically, giving Dutch agriculture a completely new appearance in just a few decades.

Before that time, however, farmers and horticulturists had already taken steps of their own trying to cope with the rapidly increasing and changing scale of their business and the problems that involved. As economic traffic increased in the 1850s and 1860s, it became clear that the traditional sales channels were no longer satisfactory. Particularly in the horticulture sector, dispatch societies and auction markets were established. When comparable problems arose for dairy farmers, they organised the production of cheese and butter in cooperatives. These cooperative cheese factories and creameries were soon to change the farming scene completely. Yet their importance went beyond their direct function, since these institutions made farmers familiar with a cooperative way of organising themselves economically. As a result, farmers started organising themselves in a economic way into all kinds of cooperatives, and these, just as local bull societies and breeding societies and others, helped them to find their way in a rapidly changing world. Arable farmers too sold an increasing part of their production (potatoes, straw and sugar beet) to an emerging processing industry, which casually helped them through the darkness of the depression years. Initially, such business were established by private entrepreneurs, but soon farmers took over.

For a long time it was believed that these adaptations were an answer to the sales problems that had arisen during to the depression of the 1880s and 1890s. Recently, however, scholars have become more and more convinced this view needs some nuances, since it has become clear that even before the depression reached its lowest point, farmers were already seeking ways to improve their production and sales system, in some cases with assistance from private entrepreneurs. It can even be maintained that the depressed situation in the 1880s and 1890s kept others from doing the same.¹²⁷ And so the modernisation process was not entirely a response to the crises, but had already begun previously.

As a result of these developments in agriculture there was a major shift in export from 'unprocessed' to 'processed' agricultural products after the second half of the 1880s, but

127 *Van Stuijvenberg, De ontstaansgronden.*

especially after 1893 (Graph 4). About 1850 the total value of each of these two categories of exported products was not very different, but because of the strong increase in the number of exported cattle, pigs and sheep after that date, the value of exported 'unprocessed' products started to exceed 'processed' products. And in the years 1871/75 the total value of exported 'unprocessed' agricultural products was even 46 percent higher than of 'processed' products. This, however, lasted only a short while. After the mid 1870s, the growth in the exports of livestock declined (cattle export some years earlier), and though there was a slight revival in the 1880s, the total value of processed products soon exceeded that of unprocessed ones. Just before the German U-boats made the economic blockade complete in 1916, the situation was inverse of that four decades earlier. Now the value of exported processed agricultural products was 46 percent higher than that of unprocessed products.¹²⁸ After the return of a normal situation in the early 1920s, these figures were about the same again as they had been before the war.

The shift to a highly specialised and strongly export-oriented agriculture becomes visible in the spectacular increase of export figures after the mid-nineteenth century. The total value of agricultural exports increased from 41.8 million guilders in 1846/50 to 152.3 million in the early 1870s (Table 1 and Graph 5). After a clear fall, agricultural exports started to grow again after about 1883, reaching a total value of 593.2 million in 1922/26.¹²⁹ Though the horticulture sector was able to obtain a significant share and though arable farming products also accounted for a substantial portion of total agricultural exports, it was still livestock farming products that were the main component, accounting for almost two-thirds of validated agricultural exports.

These exports formed a substantial part of total Dutch agricultural production. In 1934, on the basis of data supplied by governmental authorities, Croesen already reckoned that in the late 1920s at least 47 percent of all agricultural production was being exported; this comprised at least 31 percent of all exports.¹³⁰ Recently Pilat calculated that in the early 1870s Dutch agriculture was already exporting as much as one-third of its total production, and that on the eve of World War I this share had increased to some 49 percent of the total national agricultural production.¹³¹ This last figure may actually have been even higher. Compared with Knibbe's newly published figures on the total agricultural production in the Netherlands, it can be concluded that at that point in time, some 53 percent of total production was sold abroad.¹³² In the early 1920s the figure was somewhat lower.

After 1890, however, the streams of export were flowing quite differently. All efforts to maintain the Dutch position on foreign markets could not prevent its share of the British market for dairying and horticulture products from shrinking considerably. Especially after the 1890s a fundamental shift in the goods stream took place; by the early 1920s Germany had become the most important customer by far. By that point in time, 35 percent, of a

128 Pilat, Dutch agricultural export performance, Table B.2.

129 For this purpose I have used the 'original' figures from Pilat's Table B.3 and not his 're-estimated figures'.

130 Croesen, *De geschiedenis van de ontwikkeling*, pp. 610-611.

131 Pilat, Dutch agricultural export performance, p. 3, Table B.6.

132 Pilat's figures for the total agricultural production were based on earlier estimates from Knibbe, which were somewhat higher than those published in: Knibbe, *Agriculture in the Netherlands*.

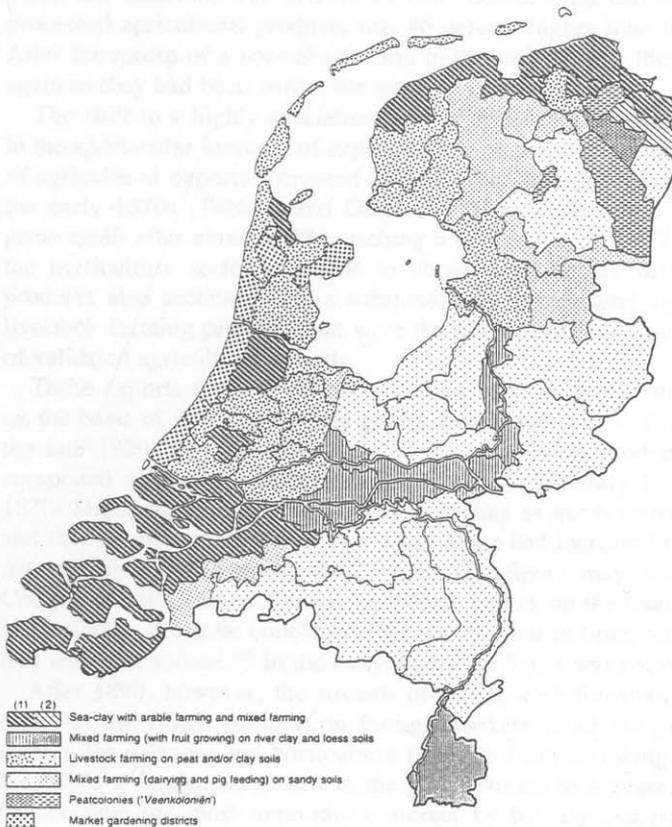
selected group of the most important products went to Germany, while 'only' 27 percent were exported to Great Britain (Table 5). Horticulture products in particular, like cabbage and cauliflower (and lettuce), went to the eastern neighbours in great quantities. The British remained the best buyers only of pork and straw-board.

This shift in sales streams once again showed the Dutch farmers' open attitude and their capability of responding to changing market patterns, proving able to supply an ever growing number of more prosperous consumers with an increasing diversity and larger quantities of 'luxury' agricultural and horticultural products.

Map 1: The Netherlands and its division into agricultural districts in 1912. In that year a new division replaced the previous one dating from 1865. The division of 1912 was meant to provide a new basis for agricultural statistics and distinguished 85 districts in 6 main groups. The smallest statistical unit was the municipality, of which there were 1,121.

(1) = Main type of every group

(2) = More or less deviating forms of main type



Source: Het grondgebruik in Nederland, gevolgd door eene beschrijving der landbouwgebieden. Verslagen en Mededeelingen van de Directie van den Landbouw 1912 no. 3, 's-Gravenhage 1912.

Map 2: The Netherlands: provinces and other regions as they appear in this text



Table 1: Dutch agricultural exports 1846-1926, in current prices (x 1,000 guilders)

	1846/50		1871/75		1922/26	
	abs.	percent	abs.	percent	abs.	percent
Arable products	8,279	24	35,467	23	128,176	22
Livestock products - Unprocessed	10,629	30	62,181	41	58,054	10
Livestock products - Processed	15,652	44	48,890	32	311,620	52
Horticulture products	763	2	5,793	4	95,359	16
Total	35,323	100	152,331	100	593,209	100

Rom: *Pilat*, Dutch agricultural export performance, Groningen, 1989, Table B.3.

Table 2: The production of butter and cheese on farms and in factories, per province, in 1912

Provinces	Total milk production x 1,000 liters	Butter			Cheese		
		On farms percent	In factories percent	Total in kg	On farms percent	In factories percent	Total in kg
Groningen	129,900	5	95	2,604,000	-	100	1,108,000
Friesland ^{ls}	580,100	0	100	15,024,800	0	100	30,333,000
Drenthe ^m	133,400	5	95	4,452,000	-	-	-
Overijssel ^m	247,000	28	72	7,368,000	22	78	1,192,000
Gelderland ^m	309,300	20	80	8,534,000	26	74	439,000
Utrecht ^{ls}	240,200	64	36	2,122,000	100	0	14,170,000
Noord-Holland ^{ls}	413,700	46	54	3,400,000	53	47	20,983,000
Zuid-Holland ^{ls}	564,300	36	64	6,135,000	95	5	27,186,000
Zeeland	74,200	92	8	2,064,000	-	-	-
Noord-Brabant ^m	332,000	36	64	11,023,000	-	100	179,000
Limburg ^m	144,800	36	64	4,481,000	100	-	120,000
The Netherlands	3,168,900	25	75	67,207,000	54	46	95,710,000

^m Province with predominantly mixed farming on sandy soils

^{ls} Province with predominantly livestock (dairy) farming

Rom: Verslag over den landbouw in Nederland for the year 1912, pp. 60-61 (butter and cheese production); Frietema, Productie en prijsvorming, p. 26 (milk).

Table 3: The destination of milk in the Netherlands in the 1920s: estimated figures

	in million kg	percent
Human consumption	840	21
Butter production (+ skimmed milk cheese)	2,300	58
Cheese (full-cream) production	500	12
Other products	160	4
Animal feed	200	5
Total	4,000	100

Rom: *Frost*, Die Holländische Landwirtschaft, 1930, p. 148

Table 4: The number of members of central (cooperative) buying societies as a percentage of the total number of land users in 1904, 1920 and 1938

Provinces	1904	1920	1938
Groningen	46	46	66
Friesland	7	32	29
Drenthe*	42	59	108
Overijssel*	21	47	59
Gelderland*	29	53	61
Utrecht	6	27	57
Noord-Holland	19	32	54
Zuid-Holland	14	32	41
Zeeland	49	70	79
Noord-Brabant*	47	93	103
Limburg*	47	66	88
The Netherlands	31	54	69

* Province with predominantly sandy soils.

Rom: *Stuijvenberg*, Centraal Bureau, p. 116, Table XI.

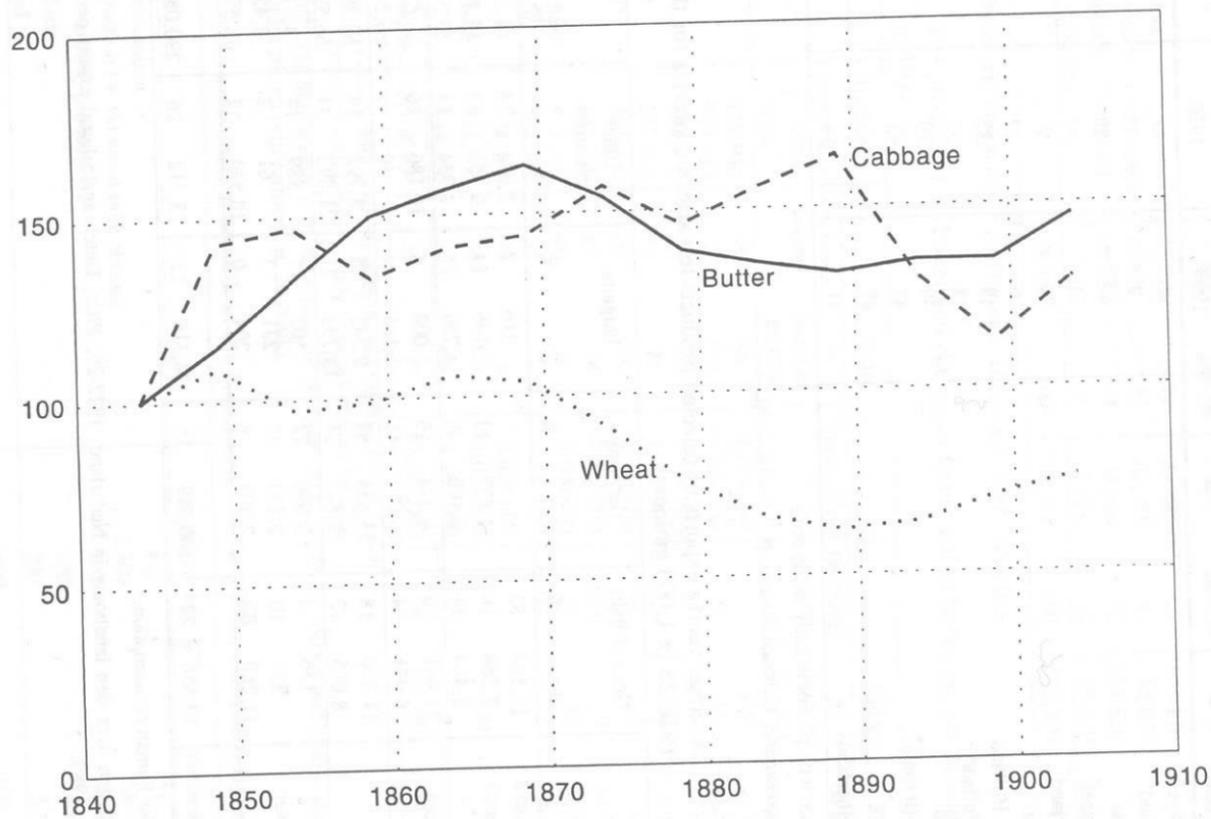
Table 5: Average yearly exports of selected products to various countries for the period 1922/26 (x 1,000 guilders)

	Great Britain		Germany		Belgium		Other countries		Total	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Straw-board	11,584	82	-	-	216	2	2,328	16	14,128	100
Potatostarch	2,564	16	1,677	11	2,146	14	9,355	59	15,742	100
Potatoes*	3,444	17	9,100	45	4,769	24	2,934	14	20,247	100
Pork, fresh	21,961	50	8,374	19	2,008	5	11,186	26	43,529	100
Eggs	8,971	34	16,071	61	1,165	4	40	1	26,247	100
Butter	11,320	18	33,834	53	9,343	15	8,792	14	63,290	100
Cheese	8,085	12	22,822	34	13,733	21	21,893	33	66,534	100
Cabbage	136	3	3,090	72	502	11	589	14	4,317	100
Cauliflower	333	10	2,833	82	231	7	61	2	3,457	100
Bulbs	11,260	35	2,597	8	204	0	18,534	57	32,594	100
Total, in guilders	79,658	27	100,399	35	34,316	12	75,712	26	290,085	100

* Mainly for human consumption.

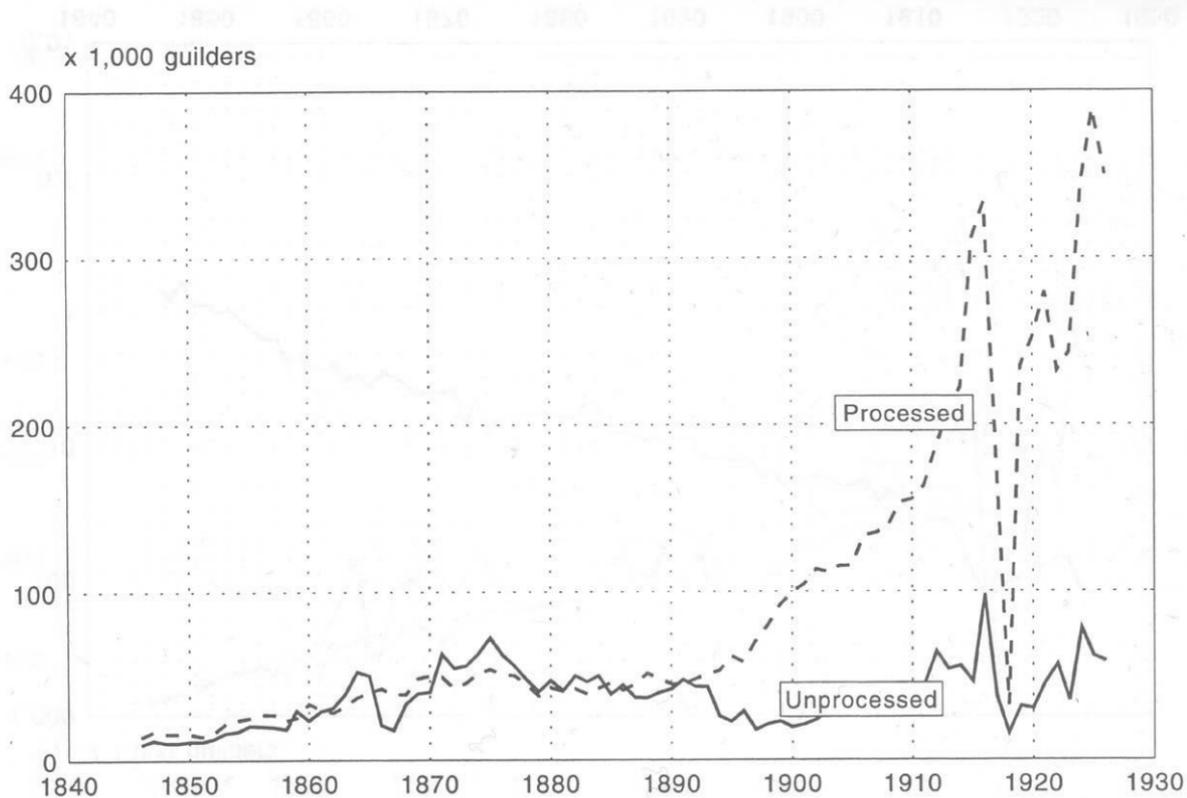
Rom: *Verslagen over den landbouw in Nederland, 1922-26*; *Pilat*, Dutch agricultural export performance, Groningen, 1989.

Graph 1. The price indices of wheat, butter and cabbage; 10-years averages (index: 1846/'55 = 100)



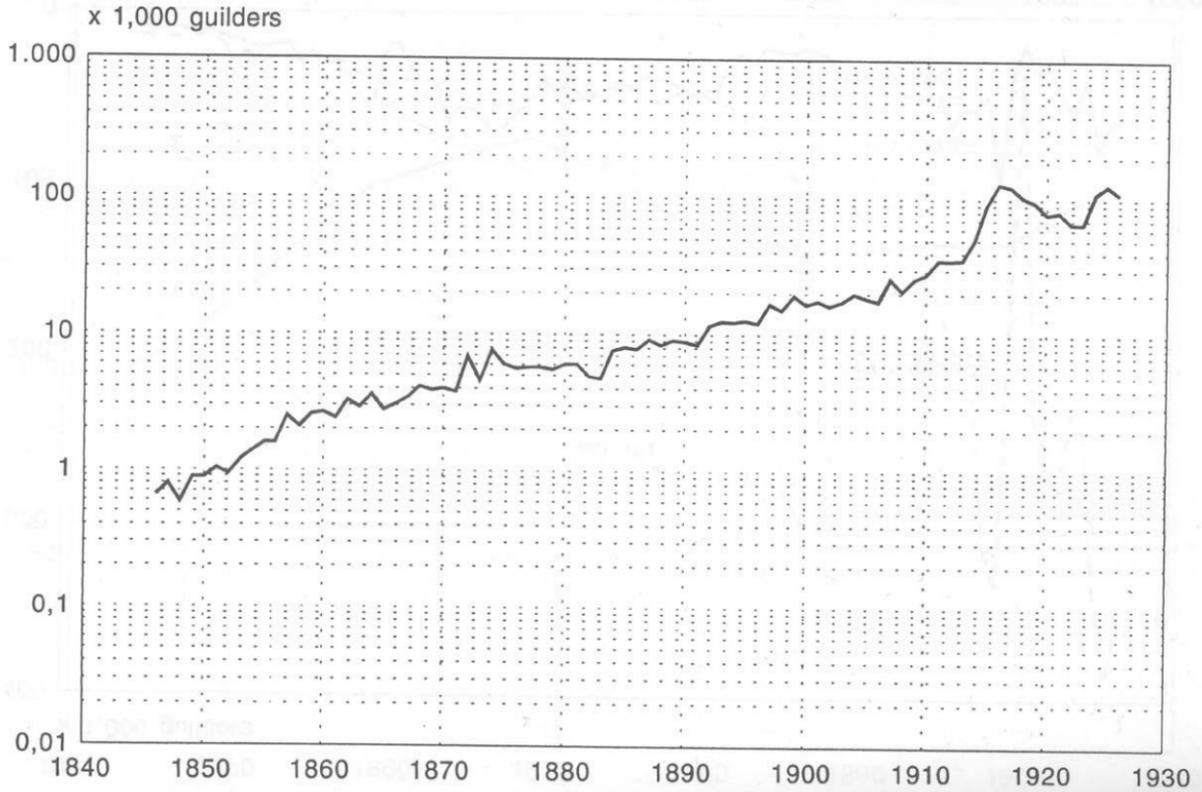
Source: see reference no. 23

Graph 2. Export of livestock products 1846-1926, in current prices (x 1,000 guilders)
Unprocessed and processed



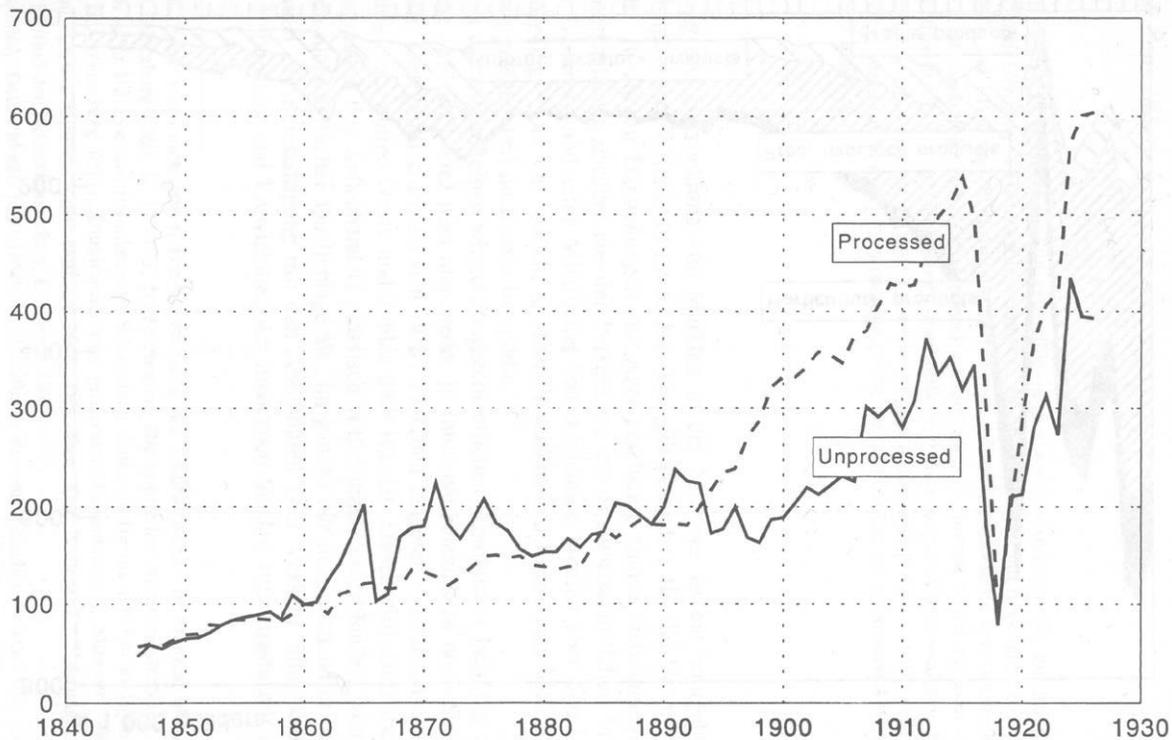
Source: Pilat, Dutch Agricultural Export Performance, Groningen 1989, Table B.3.

Graph 3. Export of horticultural products 1846-1926, in current prices (x 1,000 guilders)
Semi-logarithmic scale



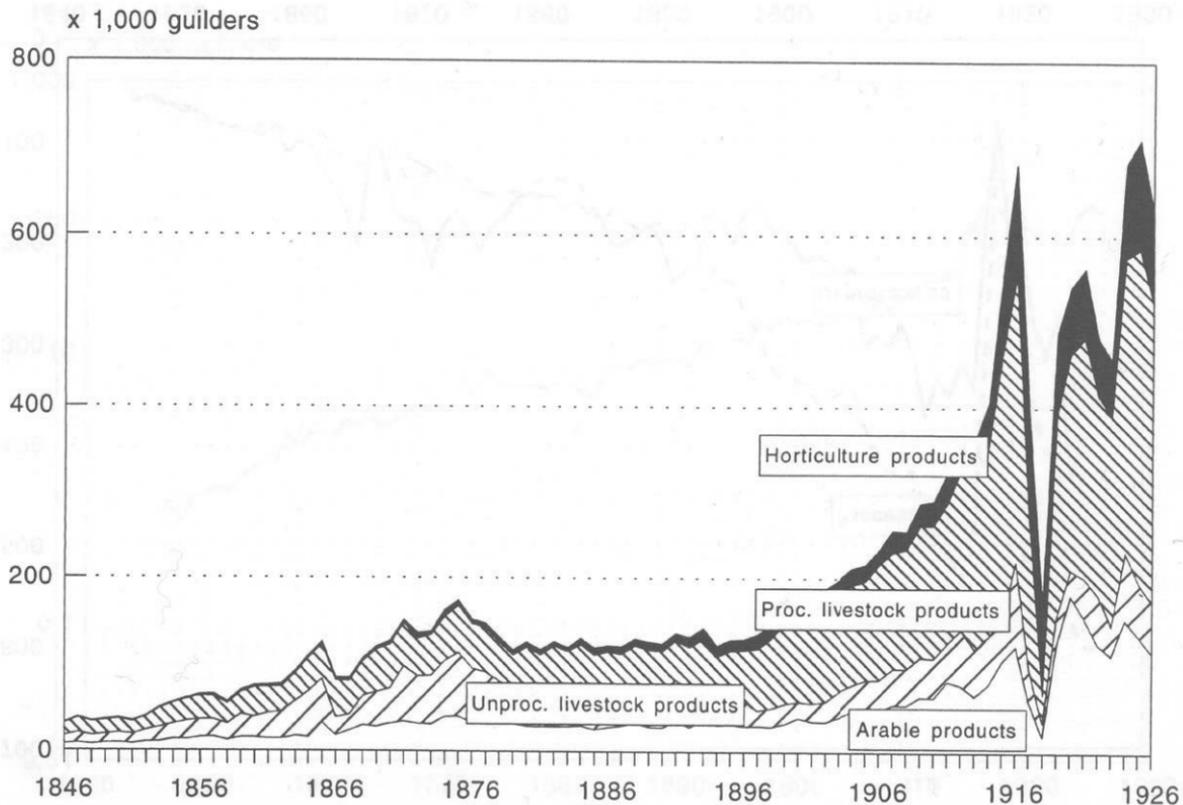
Source: Pilat, Dutch Agricultural Export Performance, Groningen 1989, Table B.3.

Graph 4. Export of processed and unprocessed agricultural products 1846-1926
Laspeyres indices (1860=100)



Source: Pilat, Dutch Agricultural Export Performance, Groningen 1989, table B.2.

Graph 5. Dutch Agricultural Exports 1846-1926, in current prices (x 1,000 guilders)



Source: Pilat, Dutch Agricultural Export Performance, Groningen 1989, Table B.3.

Fleischvermarktung im Deutschland in 19. und frühen 20. Jahrhundert

Von Christoph Nonn (Köln)

Summary

The market for meat was the most rapidly expanding market for foodstuffs in the nineteenth and early twentieth centuries in Germany. This was true not only in quantitative terms, but in geographic terms as well. Between the 1860s and 1914, the old, mainly local and regional market structures were succeeded by more comprehensive meat marketing. The railroad played a major role, in contrast to the situation in the wheat market. During this process of transformation, intermediary traders acquired increased significance. Yet neither they nor the producers seem to have been able to gain a dominant position in the market. German farmers nonetheless managed to prevent an opening of the national market for international traders through successful political lobbying.

I.

Die Entstehung und Entwicklung von Märkten in der Moderne ist ein weitgehend ungeschriebenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte. Das gilt besonders für die Vermarktung von Lebensmitteln. In älteren Darstellungen zur Agrargeschichte finden sich immerhin einige verstreute Informationen darüber aus der Perspektive der landwirtschaftlichen Produktion.¹ Hans-Jürgen Teuteberg und seine Mitarbeiter haben wichtige Studien über den Lebensmittelkonsum vorgelegt.² Der Ort jedoch, an dem Produzent und Konsument sich treffen, der Markt, ist zum größten Teil noch terra incognita.

Ein Blick in die einschlägigen wirtschaftsgeschichtlichen Handbücher bestätigt das. Unter dem Stichwort „Märkte“ wird man hier weder in Inhaltsverzeichnissen noch Sachregistern fündig werden. Gelegentlich finden sich zwar, zwischen längeren Ausführungen über Verkehr und Geldwesen, einige Worte und Zahlen über Handel. Dabei wird dann aber der Binnenhandel zugunsten des Außenhandels praktisch vollkommen ausgeblendet, weil er wegen der tatsächlich nicht einfachen Quellenlage als „im ganzen nur unzureichend erforscht“ gelten muß.³ Auch die Beschäftigung mit den Abschnitten über Verkehr führt kaum weiter: Obwohl die Entstehung und Entwicklung der modernen Märkte aufs engste mit der Trans-

¹ Vgl. H. W. Finck von Finckenstein, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800-1930, Würzburg 1960, S. 177-195; U. Teichmann, Die Politik der Agrarpreisstützung, Köln 1955, S. 568-609. - Für Hilfe bei der Erstellung der Schaubilder danke ich Hermann Bruns und Peter Hartig.

² Siehe nur H.-J. Teuteberg (Hg.), Durchbruch zum modernen Massenkonsum, Münster 1987; Ders./G. Wiegelmann, Unsere tägliche Kost, Münster 1986; Dieselben, Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung, Göttingen 1972.

³ K.-H. Kaufhold, Deutschland 1650-1850, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. IV, Stuttgart 1993, S. 523-587, Zitat S. 572; vgl. auch W. Fischer, Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850-1914, in: Ebenda, Bd. V, Stuttgart 1985, S. 167-172; H. Kellenbenz, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1800-1850, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1976, S. 369-425; Ders., Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. II, München 1981, S. 107-154.

portrevolution des 19. Jahrhunderts zusammenhängt, hat das Interesse an dieser die Forschung bisher auf ganz andere Wege geführt. Hier steht häufig die staatliche Verkehrspolitik und ihre Finanzierung im Mittelpunkt.⁴ Noch öfter wird die Rolle des Transportsektors für das Wirtschaftswachstum und als „Leitsektor“ thematisiert.⁵ Die Diskussion orientiert sich dabei an einem etwas einseitig auf industrielle Produktion verengten Wachstumsbegriff, der den Konsum als Wirtschaftsfaktor weitgehend und den privaten Verbrauch vollends ausklammert. Das führt wohl auch dazu, daß sogar bei einer Betrachtung des Transportbereichs an sich „Massengüter wie Kohle und Eisen“ im Vordergrund des Interesses stehen.⁶ Wenn einmal in der deutschen Fachliteratur die Auswirkungen der Transportrevolution auf den Handel mit Konsumgütern knapp erwähnt werden, dann geschieht das bezeichnenderweise unter Verweis auf englische wirtschaftshistorische Forschung.⁷

Tatsächlich gibt es für Großbritannien wie auch für Frankreich bereits sehr aufschlußreiche Studien über die Entstehung von Massenmärkten für Güter des täglichen Bedarfs und insbesondere für Lebensmittel.⁸ In Deutschland sind solche Untersuchungen noch ein Desiderat. Auch das folgende kann diese Lücke nicht füllen. Es soll hier lediglich versucht werden, für den Teilbereich der Fleischvermarktung in diesem größtenteils unerforschten und unübersichtlichen Terrain einige Wegmarken einzuschlagen.

Ich werde zunächst die These aufstellen und zu belegen versuchen, daß der Fleischmarkt im Vergleich mit den anderen großen Lebensmittelmärkten im 19. Jahrhundert der am schnellsten expandierende war. Eine nähere Untersuchung der Ursachen dieser Entwicklung wird zudem eine traditionelle Auffassung über den Zusammenhang von Transportrevolution und Marktausweitung in Frage stellen. Danach soll die Diversifizierung der Vermarktungsinstitutionen betrachtet werden, wobei besondere Aufmerksamkeit der eventuellen Entstehung von Monopolen und marktbeherrschenden Stellungen gilt. Den Abschluß bildet eine knappe Skizze der Bemühungen zur Einschränkung des Marktes, die bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzten und im 20. schließlich die Entstehung eines Weltfleischmarktes verhinderten.

4 Das ist der Fall bei R. Engelsing, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1973, und teilweise auch bei R. H. Tilly, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1850-1914, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1976, S. 563-596.

5 Kellenbenz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 112; Tilly, a.a.O.; Fischer, a.a.O., S. 158-160; R. Fremdling, Eisenbahnen und das deutsche Wirtschaftswachstum, Dortmund 1975. Zu der vorausgegangen geradezu „klassischen“ amerikanischen Debatte siehe nur W. W. Rostow, The Stages of Economic Growth, Cambridge 1964, S. 24; R. W. Fogel, Railroads and American Economic Growth, in: Econometric History, Baltimore 1964; G. Gunderson, A New Economic History of America, New York 1976, S. 323-329.

6 Kellenbenz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte II, S. 112; vgl. auch Fischer, a.a.O., S. 160, oder A. Milward/S. B. Saul, The Development of the Economies of Continental Europe 1850-1914, London 1977, S. 43.

7 H. Pohl, Aufbruch der Weltwirtschaft, Stuttgart 1989, S. 226f. und 324. Verwiesen wird auf H. J. Dyos/D. H. Aldcroft, British Transport, Leicester 1969.

8 Vgl. W. H. Fraser, The Coming of the Mass Market 1850-1914, London 1981; R. Price, The Modernization of Rural France. Communications networks and agricultural market structures in nineteenth-century France, London 1983.

II.

Im „Trierischen Bauernkalender für das Jahr des Heils 1904“ findet sich ein Beitrag, der den Wandel auf den Lebensmittelmärkten des 19. Jahrhunderts aus der Sicht des Produzenten präzise zusammenfaßt: „Viehzucht und Futterbau sind heute die Lösung für den Landwirt, wenn er erfolgreich seinen Boden bewirtschaften will. Haben sich die Verhältnisse gegenüber früher doch ganz wesentlich verändert. Es gab eine Zeit, wo der Landwirt die Viehhaltung in seiner Wirtschaft gewissermaßen als notwendiges Übel ansehen zu müssen glaubte, wo die heute so wertvollen Nutztiere fast lediglich als Düngemaschinen benutzt wurden. Die tierischen Produkte hatten nur geringen Wert und nur beschränktes Absatzgebiet. War der Bedarf des engeren Heimatkreises gedeckt, so war kein weiterer Absatz dafür da, denn die Verkehrsmittel der jetzigen Zeit waren damals noch unbekannt.“

Was Winterschuldirektor Schillinger aus Saarbürg tief im Westen Deutschlands hier rückschauend feststellte,⁹ bemerkte 1887, knapp zwei Jahrzehnte früher, ein Gutachter des Vereins für Socialpolitik auch im äußersten Osten des Reiches. Die Landwirte des ostpreussischen Regierungsbezirks Gumbinnen hatten nach seinem Bericht „in den letzten 15 bis 20 Jahren“, also seit den späten 1860er Jahren, ihre Produktion von Getreideanbau auf Viehwirtschaft umgestellt und waren dazu übergegangen, ihre Erzeugnisse mit der Eisenbahn zu transportieren und in West- und Mitteldeutschland abzusetzen.¹⁰ Die beiden Beispiele - sie ließen sich beliebig vermehren - mögen genügen, um die Beurteilung des Trends in Lebensmittelproduktion und -konsum durch die Zeitgenossen zu veranschaulichen. Der relative Bedeutungsgewinn des Fleischmarkts gegenüber dem für Getreide und Brot spiegelt sich jedoch nicht nur in subjektiven Eindrücken wider.

Zwischen den Jahrfünften 1850/54 und 1909/13 stieg der Pro-Kopf-Verbrauch an Getreideprodukten in Deutschland um 37 Prozent. Bei Milch und Milchprodukten lag der Anstieg bei 41 Prozent. Dagegen verzeichnete der Fleischkonsum ein Wachstum von 122 Prozent. Hatte der Brotgetreidemarkt beim quantitativen Wachstum bis in die 1860er Jahre noch halbwegs mithalten können, zog der Fleischmarkt ihm spätestens danach davon. Dabei gab es auch beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Brot- und Fleischsorten. Während der Roggenverbrauch kaum zunahm, stieg der von Weizen stärker. Bei Fleisch sank der immer schon geringe Anteil von Schaf, Ziege und Geflügel noch weiter ab, der von Rind verdoppelte und der von Schwein verdreifachte sich sogar.¹¹ Wie Teuteberg gezeigt hat, wurde in den alten, bürgerlich geprägten Handels- und Residenzstädten eher Rindfleisch, in den neuen Fabrikstädten dagegen mehr Schweinefleisch gegessen.¹² Weizenbrot und insbesondere Fleisch galten als Indikator für Lebensstandard und -qualität. Die Steige-

⁹ „Etwas über Viehzucht“, Trierischer Bauernkalender für das Jahr des Heils 1904, Trier 1904, S. 108.

¹⁰ Der Wucher auf dem Lande. Berichte und Gutachten, veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik (Schriften Bd. 35), Leipzig 1887, S. 352. Der Berichterstatter war ein Generalsekretär Stöckel.

¹¹ H.-J. Teuteberg, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975), in: Archiv für Sozialgeschichte 19, 1979, S. 344-347, abgedruckt auch in: Ders./G. Wiegmann, Unsere tägliche Kost, S. 236-241. Nur bei den mengenmäßig sehr wenig ins Gewicht fallenden Lebensmitteln Zucker, Südfrüchte, Fisch und Eier war das prozentuale Wachstum höher als beim Fleisch.

¹² H.-J. Teuteberg, Der Fleischverzehr in Deutschland und seine strukturellen Veränderungen, in: Ders./Wiegmann, a.a.O., S. 70.

zung des Wohlstands nicht zuletzt der Unterschichten im Verlauf der Industrialisierung war ein zentraler Faktor der Expansion des Marktes dafür.

Der Fleischmarkt dehnte sich also im 19. Jahrhundert quantitativ vergleichsweise stärker aus als der für Getreide und Milch. Was die geographische Ausweitung angeht, ist der Befund nicht ganz so eindeutig. Neben Getreide¹³ wurde auch Fleisch bereits in der frühen Neuzeit als Fernhandelsgut umgesetzt. Die Milchvermarktung dagegen blieb bis ins späte 19. Jahrhundert ausschließlich und bis 1914 noch überwiegend eine lokale und regionale Angelegenheit.¹⁴ An Fleisch wurden vor allem im 16. Jahrhundert große Quantitäten Ochsen aus Dänemark nach Norddeutschland getrieben. Nicht unbedeutend war auch der Import von ungarischen und polnischen Rindern im Süden. Daneben gab es ebenfalls einen überregionalen Schweinehandel. Nach Hessen etwa gelangte Borstenvieh aus Westfalen, dem Rheinland und Bayern, ja sogar aus Mähren und Brandenburg. Welchen Anteil dieser aus Zollbüchern und versprengten Belegen über einzelne Lieferungen und Schlachtungen erschlossene Handel allerdings am Gesamtkonsum hatte, läßt sich sehr schwer bestimmen. Für die Masse der vor der Industrialisierung auf dem Land oder in Kleinstädten lebenden Bevölkerung hat er offenbar kaum eine Rolle gespielt. Nur für die Versorgung der wenigen großen Städte war der Fernhandel mit Vieh von einiger Relevanz. Angesichts des selbst dort bezeugten Umfangs der Viehzucht im direkten Umland scheint er aber, auch wenn die Verhältnisse von Region zu Region recht unterschiedlich waren, insgesamt eher nur subsidiäre Bedeutung für Zeiten des Mangels gehabt zu haben.¹⁵

Erste genaue Zahlen über das Verhältnis von einheimischer Viehhaltung und Importen gibt es erst für das frühe 19. Jahrhundert. 1837 wurden nach Preußen 18700 Stück Rinder eingeführt. Das waren nur etwa 0,4 Prozent des inländischen Bestandes von 4,84 Millionen. Dabei handelte es sich zudem überwiegend um „kleinen Grenzverkehr“: So wurden etwa

13 Vgl. Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. IV, Stuttgart 1993, S. 160, 163, 572; ebd. Bd. III, Stuttgart 1986, S. 274f.; K. Friedland (Hg.), Maritime Food Transport, Köln 1994.

14 Vgl. hierzu den Beitrag von Reiff/Pomp in diesem Band sowie W. Mintrop, Untersuchungen über Erzeugung, Einfuhr, Verbrauch und Verkaufspreise frischer Kuhmilch in 131 Stadt- und Landgemeinden der Provinzen Rheinland und Westfalen, Köln 1903, S. 13-31; Die Milchversorgung norddeutscher Städte und Industriegebiete (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 140/2), S. 3, 52, 94, 138f., 143, 373; A. Bund, Die Milchversorgung von Freiburg i. Br., Diss. Freiburg 1910, S. 4-11; A. Dallmayr, Milchversorgung und Milchkriege der Stadt München, München 1912, S. 8-10; Die Milchwirtschaft in Bayern, München 1910, S. 152-184; H. Laupheimer, Die städtische Milchversorgung in Ulm a.D., Stuttgart 1917, S. 46; H. Kretzschmar, Großstädtische Milchversorgung, Darmstadt 1913, S. 17; H. Croon, Die Versorgung der Großstädte des Ruhrgebietes im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 179, 1966, S. 356-367. Zum Gesamtverbrauch siehe Teueberg, Verzehr, S. 345-347.

15 Siehe vor allem F. Lerner, Die Bedeutung des internationalen Ochsenhandels für die Fleischversorgung deutscher Städte im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit, in: E. Westermann (Hg.), Internationaler Ochsenhandel (1350-1750), Stuttgart 1979, S. 197-218; dagegen setzt H. Wiese, Der Rinderhandel im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Diss. Göttingen 1963, den von ihm vorzüglich dokumentierten Handel etwas voreilig mit dem Konsum gleich. In diesem Fehler folgt ihm J. Blanchard, The continental cattle trades, 1400-1600, in: Economic History Review 39, 1986, S. 427-460, der nichtsdestoweniger den erschöpfendsten neueren Literaturüberblick zum Thema bietet. Besonders wichtig ist noch E. Westermann, Forschungsaufgaben des internationalen Ochsenhandels aus mitteleuropäischer Sicht, in: Ders. (Hg.), S. 261-294, insbesondere S. 274-278 trotz des Titels zum meist vernachlässigten überregionalen Schweinehandel.

Ochsen aus dem Königreich Hannover in die benachbarten preußischen Provinzen Sachsen und Westfalen eingeführt oder aus den Niederlanden ins Rheinland. Nur für den Berliner Markt hatte der überregionale Handel eine nennenswerte Bedeutung: Hier kam auch Rindvieh zum Verkauf, das aus Polen und Oldenburg stammte. Eine zumindest auf den ersten Blick größere Rolle spielte der Fernhandel mit Schweinen. Polnische und galizische Schweinezüchter trieben im frühen 19. Jahrhundert große Herden Borstenvieh über Hunderte von Kilometern vor allem nach Schlesien. 1837 handelte es sich dabei um eine Viertelmillion Stück - etwa ein Achtel des gesamten preußischen Bestandes. Zeitweilig soll es sogar bis zu einem Viertel gewesen sein. Insgesamt und nach Gewicht bemessen lag der Anteil der Importe am einheimischen Viehbestand in den 1830er Jahren zwischen einem und fünf Prozent.¹⁶

Der eigentliche *Fleischmarkt* war ohnehin noch bis über die Mitte des Jahrhunderts eine fast rein lokale oder regionale Sache. Denn wie der Urvater der Agrarökonomie Johann Heinrich von Thünen bemerkte, war „das Treiben des sehr fetten Viehes auf weite Strecken mit vieler Beschwerde und mit bedeutender Abmagerung des Viehes verbunden“.¹⁷ Die Tiere mußten daher in der Nähe der Absatzgebiete wieder lange gemästet werden, bevor sie schlachtreif wurden. Grenzüberschreitender Handel mit *gemästetem* Vieh hatte in Preußen im frühen 19. Jahrhundert nur einen verschwindend geringen Marktanteil.¹⁸ Das war in der frühen Neuzeit offensichtlich auch nicht anders.¹⁹ In dieser Differenz zwischen dem überregionalen Handel mit Magervieh, der schon früh von einiger Bedeutung war, und dem mit Mastvieh, der erst nach 1850 größeren Umfang erreichte und für den Fleischmarkt letztlich relevanter ist, liegt ein entscheidender Unterschied zum Getreidehandel. Für die zeitgenössischen Nationalökonomien war der Begriff des Marktes im frühen 19. Jahrhundert denn auch identisch mit dem des Getreidemarkts.²⁰

Bis über die Mitte des Jahrhunderts hinaus hatte der eigentliche Fleischmarkt also in Deutschland einen lokalen oder regional eng umgrenzten Charakter. In den meisten Städten kauften die Metzger das Vieh selbst bei den Bauern der Vororte und umliegenden Dörfer. Händler gab es nur wenige, und sie beschäftigten sich vor allem mit der Vermittlung von Zuchttieren oder Magervieh. Die Mainzer Metzger machten bis in die 1870er Jahre regelmäßig die Runde durch die Kreuznacher Gegend oder auf dem Hunsrück und trieben die dort erworbenen schlachtreifen Tiere meist selber in die Stadt. Auch an der Ruhr und in

16 C. F. W. Dieterici, Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im preußischen Staate und im deutschen Zollvereine. 1831-1836, Berlin 1838, S. 237; dito 1837-1839, Berlin 1842, S. 174-178; dito 1849-1853, Berlin 1857, S. 423-430; vgl. auch A. Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates nach dem Gebietsumfange vor 1866, Bd. II, Berlin 1869, S. 531-533.

17 J. H. von Thünen, Der isolierte Staat (1842), Nachdruck Jena 1930, S. 259.

18 C. F. W. Dieterici, Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im preußischen Staate und im deutschen Zollvereine. 1837-1839, Berlin 1842, S. 177f.; vgl. auch A. Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates nach dem Gebietsumfange vor 1866, Bd. II, Berlin 1869, S. 531-533.

19 Vgl. Westermann, Forschungsaufgaben des internationalen Ochsenhandels, S. 276f.; Wiese, Rinderhandel im nordwesteuropäischen Küstengebiet, S. 40-96 passim.

20 A. Thaer, Grundsätze der rationellen Landwirtschaft, Bd. 1, Berlin 1837, S. 209-213; Dieterici, Statistische Übersicht 1837-1839, S. 167f.; vgl. auch Finck, Entwicklung der Landwirtschaft, S. 179-182.

München kauften die Fleischer das Vieh zu diesem Zeitpunkt überwiegend noch selbst in der unmittelbaren Nachbarschaft, oder die Bauern kamen mit ihrem Vieh auf die städtischen Märkte. Nur in Berlin hatte der Zwischenhandel bereits vor 1850 einige Bedeutung gewonnen. Auch hier gab es aber um die Jahrhundertmitte noch viel direkte Kontakte zwischen Produzenten und Metzgern.²¹

Erst nach diesem Zeitpunkt lösten sich in Deutschland die vorrangig lokalen und regionalen Fleischmarktstrukturen auf und machten überregionalen Platz. Als der Verein für Socialpolitik Mitte der achtziger Jahre erstmals umfassende Erhebungen über den Zwischenhandel veranstaltete, gab es einen Direktkontakt zwischen Viehmästern und Metzgern nur mehr in kleineren Städten.²² Vor dem ersten Weltkrieg scheint er selbst dort zur Ausnahme geworden zu sein. Nach der vom Reichsamt des Innern durchgeführten großangelegten Fleischnquete deckten sich direkt beim Bauern 1912/13 nur noch einige der Fleischer in den Landgemeinden Ostelbiens ein. Diese waren zudem teilweise auch Zwischenhändler, die ihre Kollegen mitversorgten, teilweise kamen sie nur zur Inspektion des Viehs auf die Höfe und überließen Geschäftsabschluß und Abtransport hauptberuflichen Händlern.²³

Der Aufstieg des Zwischenhandels verlief parallel zur Ablösung der zahlreichen in den Städten verstreuten Verkaufsstände und -schlachtereien durch zentrale, polizeiüberwachte Institutionen. Kommunen und Staat hatten zwar auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie schon seit dem Mittelalter mit mehr oder weniger Nachdruck aus hygienischen Gründen Markt- und Schlachthauszwang durchzusetzen versucht, waren damit aber in der Regel wenn überhaupt nur beim Rindvieh erfolgreich gewesen.²⁴ Die rasant steigende Nach-

-
- 21 *B. Gottron*, Erlebtes und Erlauschtes aus dem Mainzer Metzgergewerbe im 19. Jahrhundert, Mainz o.J., S. 19-23; *K. Hilgenstock*, Der Dortmunder Schlachtviehmarkt, seine Entwicklung und Bedeutung, Diss. Bonn 1926, S. 6; *Croon*, Versorgung, S. 357f.; *C. Gschwendner*, Die Entwicklung der Münchener Fleischpreise seit Beginn des 19. Jahrhunderts und ihre Ursachen, München 1911, S. 47; *E. Lange*, Die Versorgung der großstädtischen Bevölkerung mit frischen Nahrungsmitteln unter besonderer Berücksichtigung des Marktwesens der Stadt Berlin, Leipzig 1911, S. 15. Direktkontakt zwischen Landwirten und Fleischern war nach *Fraser*, Coming of the Mass Market, S. 103-106, um 1850 auch in Großbritannien noch die Regel.
- 22 Verhandlungen der am 28. und 29. September 1888 in Frankfurt am Main abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher, die Mittel zu seiner Abhilfe, insbesondere die Organisation des bäuerlichen Kredits und über den Einfluß des Detailhandels auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung (Schriften Bd. 38), Leipzig 1889, S. 146.
- 23 Fleischnquete 1912/1913. Verhandlungen der Gesamtkommission und Zusammenstellung der Sachverständigen-Gutachten, Berlin 1913, S. 66f., 69. Ebenda S. 74 wird berichtet, daß in Karlsruhe ein kleiner Bruchteil des Fleisches ebenfalls noch durch die Metzger in Augenschein genommen werde, der Vertragsabschluß erfolge jedoch durch Zwischenhändler. Vgl. auch *H. Neugebauer*, Die Fleischversorgung der Stadt Magdeburg, Magdeburg 1906, S. 25: Generell scheinen sich in Regionen mit starker einheimischer Viehzucht Direktkontakte zwischen Erzeuger und Fleischer am längsten gehalten zu haben. Nach *Croon*, Versorgung, S. 358, bestand eine „überlieferte Form der Versorgung“ bis 1914 auch noch am Rand des Ruhrgebiets, wobei jedoch unklar ist, ob Vieh- oder Butter- und Kartoffelmarkt gemeint sind. Die Fleischnquete erwähnt direkten Viehverkauf nur als Relikt in Ost- und Westpreußen sowie Pommern.
- 24 Siehe dazu Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 77, Titel 218, Nr. 5; ebenda, Titel 342a, Nr. 3, Bd. 1 und Titel 1573, Nr. 1, Bd. 1. Die Bemühungen von Staat und Kommune dürften in den meisten Stadtarchiven Spuren hinterlassen haben, so z. B. in Stadtarchiv Trier, Tb 9/4 (mit Mate-

frage gerade nach Schweinefleisch und die geographische Ausweitung des Marktes machten jetzt energischeres Handeln erforderlich. Im Ruhrgebiet entstanden in den 1860er Jahren die ersten großen Viehmärkte.²⁵ In vielen deutschen Städten wurden angesichts der quantitativen Ausdehnung des Angebots Märkte erweitert, neuerrichtet, zusammengelegt oder verlegt, wie in Mainz während der siebziger Jahre. Die Metzger überließen der sprunghaft steigenden Zahl der Händler das Feld und zogen sich auf die Schlachtung und den Verkauf an die Endverbraucher zurück.²⁶ Durch je mehr Hände das Fleisch jedoch ging, desto wichtiger wurde die Kontrolle aus hygienischen Gründen. 1868 empfahl ein Gesetz den preußischen Städten den Bau von Schlachthöfen mit generellem Schlachtzwang. In den siebziger Jahren begann daneben die Errichtung von kommunalen Markthallen und Lebensmitteluntersuchungsämtern. Vor dem ersten Weltkrieg verfügten über neun Zehntel aller preußischen Städte mit mehr als 25000 Einwohnern über einen Schlachthof.²⁷

Zum selben Zeitpunkt war auch das Zusammenwachsen der zahlreichen kleinen lokalen und regionalen Fleischmärkte zu einem großen nationalen Markt abgeschlossen. Wann diese Entwicklung exakt einsetzte, läßt sich nur selten genauer bestimmen, ist aber offensichtlich von Ort zu Ort recht verschieden gewesen. Am Mittelrhein trafen schon in den 1840er Jahren die ersten Dampfschiffe mit Vieh aus den Niederlanden ein. Vielleicht handelte es sich dabei jedoch noch um nichtgemästete Tiere. Etwas später folgten Importe aus Österreich-Ungarn, wahrscheinlich per Eisenbahn. Offensichtlich beherrschten jedoch die Produzenten vor Ort zunächst noch weiter den Markt, bis er in den siebziger Jahren durch Einfuhren aus Norddeutschland überschwemmt wurde.²⁸

Nur für Berlin läßt sich nachweisen, daß die regionale Fleischerzeugung zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr marktbeherrschend war. Lediglich zwölf Prozent des in die Stadt eingeführten Schlachtviehs kamen 1867 auf dem Landweg, der Rest mit der Eisenbahn. Die umliegende Provinz Brandenburg stellte zwar das größte Kontingent, aber bereits nicht mehr die Mehrheit der gelieferten Tiere. Von den in Berlin geschlachteten Ochsen, Kühen und Kälbern stammte zwar die Hälfte aus Brandenburg, der Rest zu nahezu gleichen Teilen aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Königreich Sachsen. Auf dem wesentlich schneller expandierenden, dynamischeren Schweinemarkt hatte die preußische Kernprovinz dagegen nur einen Anteil von 31 Prozent, gefolgt von den angrenzenden Regionen Posen mit 30, Pommern mit 15 und Schlesien mit 9 Prozent. Das am weitesten entfernt liegende Ost- und Westpreußen war mit 8 Prozent vertreten.²⁹ Knapp dreißig Jahre später

rial auch zu anderen rheinischen Städten). Vgl. auch *W. Klose*, Die Fleischversorgung der Stadt München (Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 139/5), Leipzig 1914, S. 3.

²⁵ Siehe *Croon*, Versorgung, S. 358.

²⁶ Vgl. *Gottron*, Erlebtes, S. 22f., 28-31, 38f., 59.

²⁷ Vgl. dazu *D. Burgholz*, Privater Lebensmittelverbrauch und kommunale Lebensmittelvorsorge während der Urbanisierung Preußens, in: *H.-J. Teuteberg*, Durchbruch zum modernen Massenkonsum, S. 118-124; *W. R. Krabbe*, Kommunalpolitik und Industrialisierung, Stuttgart 1985, S. 36-40.

²⁸ *Gottron*, Erlebtes, S. 38f.

²⁹ Alle Angaben errechnet nach der Tabelle bei *Meitzen*, Boden, Bd. II, S. 498f. Ochsen, Kühe und Kälber sind hier unter dem Oberbegriff „Rinder“ zusammengefaßt. Knapp die Hälfte der Rinder und zwei Fünftel der Schweine wurden nicht in Berlin konsumiert, sondern weitertransportiert - das Großvieh vor allem nach Hamburg und Westfalen, das Kleinvieh größtenteils in die Provinz Sachsen und wieder zurück nach

hatte die regionale Produktion auf dem Berliner Markt dann noch stärker an Bedeutung verloren. 1896 kamen die meisten dort angelieferten Schweine - 34 Prozent - aus dem entfernten Ost- und Westpreußen. Auf Pommern entfiel ein ebenso großes Kontingent. Aus Brandenburg kam lediglich noch ein Zehntel des in Berlin umgeschlagenen Borstenviehs, und fast ebensoviel ging aus der Hauptstadt wieder zur Vermarktung in die Provinz hinaus. An diesen Relationen änderte sich dann bis in die Jahre vor dem ersten Weltkrieg kaum etwas. Angaben über den Rindviehmarkt gibt es aus dieser Zeit für Berlin nicht.³⁰

Im Ruhrgebiet waren die Tage der regional begrenzten Fleischvermarktung spätestens in den 1880er Jahren gezählt. Für den in der Versorgung der Region eine zentrale Rolle spielenden Dortmunder Schlachtviehmarkt liegen genaue Angaben ab 1890 vor. Zu diesem Zeitpunkt kam die Hälfte der dort angelieferten Rinder aus Dänemark. Weitere größere Kontingente wurden über die Umschlagplätze von Berlin und Magdeburg aus dem Osten sowie aus Braunschweig geliefert. Auf dem Schweinemarkt hatte die Produktion aus dem Münsterland dagegen einen großen Anteil. Sie stand aber in scharfer Konkurrenz zu niederländischem und über Hamburg geliefertem dänischem Borstenvieh. Nachdem die Grenzen in den neunziger Jahren schrittweise für Vieh und Fleisch aus dem Ausland gesperrt worden waren, konnten die westfälischen Produzenten hier den Löwenanteil gewinnen. Sie mußten sich aber nun verstärkt mit Konkurrenz aus Ostelbien und Nordwestdeutschland auseinandersetzen. Auf dem Dortmunder Rindermarkt hatte ab 1900 Vieh aus Westfalen einen Anteil von einem Viertel. Jeweils etwa 15 Prozent kamen aus den preußischen Provinzen Sachsen, Hannover und Schleswig-Holstein, aus Braunschweig und über Berlin ins Revier.³¹

Die Verhältnisse an der Ruhr scheinen allerdings insoweit ungewöhnlich gewesen zu sein, als die regionale westfälische Landwirtschaft durch konsequente Spezialisierung eine dominierende Position in der Schweinevermarktung behalten konnte. Meist setzten sich gerade in diesem Bereich nationale Marktstrukturen klarer durch als auf dem vergleichsweise trägen Rindviehmarkt. Von den 1908 in Köln angelieferten 268000 Schweinen stammten nur 35000, also 13 Prozent, aus dem Rheinland, aber 82 Prozent aus Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hannover und Westfalen - und 55000 waren zum Weiterverkauf auf den kleinen Märkten der Rheinprovinz bestimmt! Bei den Rindern kam immerhin die Hälfte der angelieferten Tiere aus der Region, nach Abrechnung der wieder dort abgesetzten noch ein Drittel.³² Auf dem Leipziger Viehmarkt stellte die heimische Landwirtschaft des Königreichs Sachsen ebenfalls 1908 ein Kontingent von weniger als einem Zehntel bei Schweinen, aber

Brandenburg! Aus welchen Regionen die weitertransportierten Tiere ursprünglich kamen, läßt sich nicht ermitteln.

30 Alle Angaben errechnet nach den Tabellen bei *H. Gerlich*, Die Preisbildung und Preisentwicklung für Vieh und Fleisch am Berliner Markte für Schweine (Schriften des Vereins für Socialpolitik 139/1), Leipzig 1911, S. 40-43. Schon für das Ende der siebziger Jahre wurde geschätzt, daß 80 bis 85 Prozent des in Berlin angelieferten Viehs aus den Ostprovinzen kam: *O. Hausburg*, Der Vieh- und Fleischhandel von Berlin, Berlin 1879, S. 21.

31 Vgl. *Hilgenstock*, Dortmunder Schlachtviehmarkt, S. 13f., 37, 46. Nach dem ersten Weltkrieg hat Westfalen seine Position auf dem Rindermarkt vorübergehend noch etwas ausbauen können, während sich bei Schweinen die Konkurrenz aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein verstärkte.

32 Vgl. *F. Rothe*, Die Fleischversorgung der Großstädte unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung und Preisentwicklung, dargestellt auf Grund der Verhältnisse der Stadt Cöln, Mönchengladbach 1912, S. 16f.

immerhin einem Viertel beim Rindvieh. Aus benachbarten Regionen, hauptsächlich den preußischen Provinzen Brandenburg und Sachsen sowie aus Anhalt, wurde ein Fünftel des Borstenviehs, jedoch ein Drittel der Ochsen und Kälber aufgetrieben. Der Hauptschweinelieferant Leipzigs war das weit entfernte Mecklenburg mit fast 40 Prozent Marktanteil. Auch die Bauern Ostpreußens und Hannovers lieferten mehr Kleinvieh in die sächsische Metropole als die der Region. Auf dem Rindermarkt spielten sie dagegen praktisch keine, Mecklenburg nur bei Kälbern mit einem Anteil von 30 Prozent noch eine Rolle.³³

In Süddeutschland blieben die Fleischmarktstrukturen offenbar am längsten regional begrenzt. Nach statistischen Angaben für München wurde der Bedarf der Stadt an Rind- und Schweinefleisch noch in den 1890er Jahren zum allergrößten Teil aus Bayern gedeckt, bei Großvieh teilweise auch aus der österreichischen Grenzregion. Während das bei Ochsen, Kühen und Kälbern zwischen Jahrhundertwende und erstem Weltkrieg so blieb, spielte sich auf dem Münchner Schweinemarkt in dieser relativ kurzen Zeit ein geradezu dramatischer Wandel ab. Anbieter aus Norddeutschland eroberten zunächst einen Anteil von etwa 30, in den letzten Vorkriegsjahren sogar von bis zu 75 Prozent.³⁴ Auch in Karlsruhe hatte die direkte Versorgung aus der Region 1890 noch eine große Rolle gespielt. 1912 bezog die badische Hauptstadt jedoch nur noch 2 Prozent ihres Schweinefleisches und ein Zehntel der konsumierten Rinder aus dem Umland. In Mannheim kamen unmittelbar vor dem Krieg ebenfalls fast alle dort angelieferten Schweine aus Norddeutschland. Der Viehbedarf von Straßburg wurde noch zu einem Viertel, der von Metz nur zu einem Zwanzigstel vor Ort gedeckt.³⁵

Die süddeutschen Städte fanden also erst nach 1890 Anschluß an den nationalen Markt, als nördlich des Mains wohl in den meisten Orten entsprechende Strukturen schon bestanden. Die Gründe dafür dürften, neben einem Zurückfallen der Produktionsziffern, relativ zur sich stärker modernisierenden Viehzucht der norddeutschen Tiefebene, hauptsächlich in der verspäteten Industrialisierung mit ihren Konsequenzen für Konsum und Verkehrsentwicklung gelegen haben. Daß dagegen in großen Teilen Preußens schon seit den 1860er Jahren überregionale und zum Teil sogar internationale Fleischvermarktungsstrukturen entstanden, machen auch die - allerdings nicht quantifizierbaren - Angaben der landwirtschaftlichen Organisationen wahrscheinlich. So wurde Ende dieses Jahrzehnts aus Ost- und Westpreußen berichtet, daß zumindest die besseren Viehqualitäten exportiert würden, und zwar vor allem per Schiff nach England. Allerdings wage man noch „selten den Hamburger Markt mit vollaugemästetem Vieh zu beschicken, weil die Kosten dort einen günstigen Marktpreis abzuwarten oft jeden möglichen Nutzen aufzehren. Nach und nach hofft man durch Eisenbahnen und Telegraphen größere Sicherheit und damit lohnenderes Geschäft in der Mastung zu erzielen.“ Auch in Pommern habe „der Fleischverkehr mit Berlin und Hamburg vermittelt der Eisenbahn erheblich gewonnen,“ sei aber im allgemeinen noch

³³ Zum Teil eigene Berechnungen nach den Angaben bei *Kretzschmar*, Fleischversorgung, S. 18-20. Vergleichsangaben über Köln oder Leipzig für frühere Zeiten fehlen. In Magdeburg und Breslau wurden nach der Jahrhundertwende noch etwa ein Drittel des Viehs nicht über Eisenbahn und Viehhof, sondern über Land aus der Region in die Stadt transportiert, jedoch mit stark fallender Tendenz, siehe *J. B. Eßlen*, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches, Stuttgart 1912, S. 161f.

³⁴ *Klose*, Fleischversorgung, S. 8-13.

³⁵ *Fleischenquete*, S. 74-76.

nicht lohnend. Aus Schlesien beliefere man seit kurzem ebenfalls Berlin, „und über Berlin Hamburg und England; für diesen Zweck durchreisen neuerdings eigene Aufkäufer das Land.“³⁶

Preisvergleiche bieten eine gute Möglichkeit, die These eines Umbruchs zu überregionaler Fleischvermarktung in Preußen seit den 1860er Jahren zu überprüfen. Es ist eine der Grundweisheiten der Volkswirtschaftslehre, daß zwischen voneinander abgeschotteten lokalen Märkten oft große Unterschiede im Preisniveau bestehen. Gerade Agrarmärkte sind in dieser Hinsicht besonders empfindlich. Verschieden günstige Produktionsbedingungen bedingen dauerhafte Disparitäten. Diese werden zusätzlich oft noch verschärft durch kurzfristige Verknappungen des Angebots infolge von Mißernten oder Seuchen. In einem größeren Markt können solche lokalen und regionalen Unterschiede jedoch ausgeglichen werden. Die Preise gleichen sich auf einem mittleren Niveau an.

Für Preußen sind die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel in zunächst 82 Städten seit Mitte der 1860er Jahre regelmäßig veröffentlicht worden. In den Archivbeständen des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe finden sich jedoch auch Angaben aus den Jahren 1811 bis 1860 für durchschnittlich etwa 60 Marktorte. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurden davon in die folgende Analyse nur die Daten von zehn Orten einbezogen, die jedoch eine repräsentative Auswahl darstellen dürften. Von Ostpreußen bis zum Rheinland sind alle preußischen Regionen berücksichtigt, Groß- und Kleinstädte sowie Küsten- und Binnenland gleichermaßen vertreten. Da für den angestrebten Vergleich die absoluten Preisangaben der Tabelle wenig aussagekräftig und anschaulich erscheinen, wurden die relativen Differenzen zwischen den Orten für die einzelnen Produkte zusätzlich graphisch dargestellt. Neben Schweine- und Rindfleischpreisen sind zum Vergleich auch die Angaben über die beiden Hauptbrotgetreidearten Weizen und Roggen einbezogen worden.

Tabelle 1: Preise für Schweine- und Rindfleisch, Weizen und Roggen in zehn preußischen Marktstädten, 1816-1905

(in Groschen/Pfennigen, bis 1865 im Duodezimalsystem; bei Fleisch bis 1875 pro Pfund, ab 1885 pro kg, bei Getreide bis 1865 pro Scheffel, 1875 pro 100 Pfund, ab 1885 pro 100 kg)

		1816	1825	1835	1845	1855	1865	1875 [§]	1885	1895	1905
Königsberg	S	-	2/3	2/10	3/9	5/4	4/7	6/7	10	12,5	14
	Ri	2/8	2/2	2/7	3/6	4	4/3	6/5	10	14,5	13,5
	W	55	30	40	64	111	63	101	154	134	159
	Ro	36	18	33	52	82	47	75	123	110	137
Rastenburg [§]	S	2/2	1/9	2/1	2/5	3/2	3/1	4,5	11	11	16,5
	Ri	2/2	1/5	2/1	2/1	2/6	2/5	4	8,5	10,5	14,5
	W	50	25	41	75	110	62	97	159	153	167
	Ro	28	15	33	60	73	48	69	120	115	140
Danzig	S	2/8	2/5	2/7	3/10	4/11	4/10	6,5	11	12	16
	Ri	2/7	2/7	2/7	3/4	4/10	5/3	6	11	11,5	14
	W	53	34	41	61	103	63	110	155	131	152
	Ro	28	19	33	48	79	45	78	128	113	144

³⁶ Meitzen, Boden, Bd. II, S. 496f. Vgl. auch die bei Finck, Entwicklung der Landwirtschaft, S. 187-194 passim gesammelten Angaben aus der Zeit um 1880.

Fortsetzung Tabelle 1:

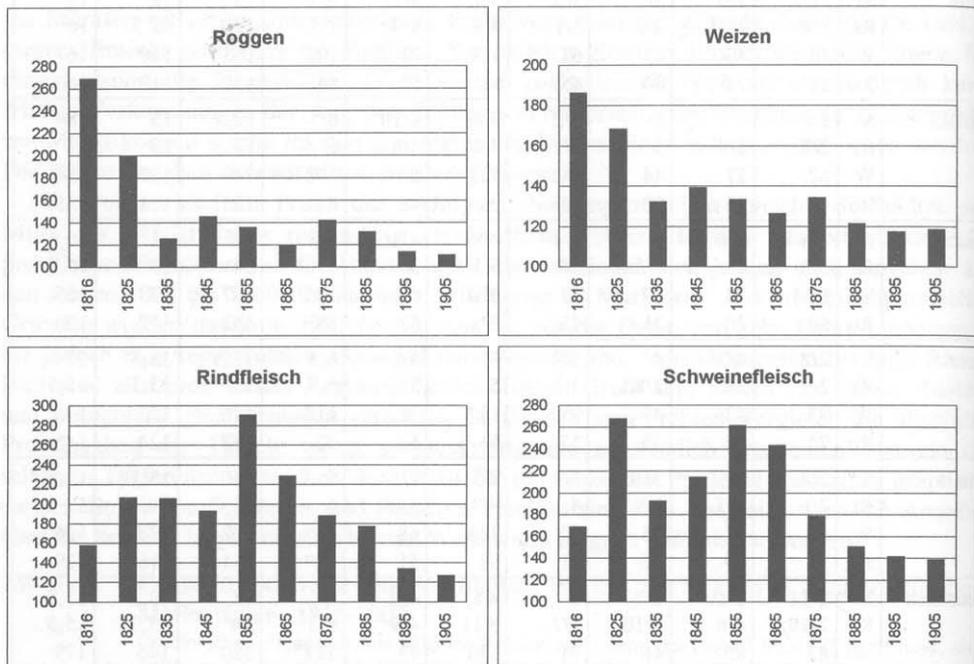
Stettin	S	2/11	4/8	3	3/9	5/6	4/11	5,8	12	14	18
	Ri	2/7	2/5	3	2/9	4	3/6	6,3	11,5	12	14
	W	66	32	43	61	122	69	112	150	133	162
	Ro	44	23	38	45	90	53	88	137	114	138
Berlin	S	3/7	2/6	2/9	3/5	5/9	4/11	6,3	13	12	19
	Ri	3/4	2/11	2/9	3/1	4/6	4/9	7,5	12	12,5	16
	W	73	40	47	62	122	71	102	165	140	167
	Ro	51	24	40	45	91	52	86	138	112	149
Breslau	S	2/8	-	3	3/2	5/8	4/10	6,5	12,5	13	18
	Ri	2/8	2/8	3	3/1	4/4	4/6	6	12	13	17
	W	62	27	44	54	103	64	102	149	137	154
	Ro	48	16	32	47	93	48	84	135	111	135
Stendal	S	3/4	2/6	3	3/4	4/8	4/3	6,5	12	12	16,5
	Ri	3/3	2	2/6	2/8	3/5	3	5	14	13,5	15,5
	W	67	33	37	57	120	66	105	177	139	165
	Ro	50	20	35	42	87	52	88	152	117	139
Kleve	S	2/8	4/3	4	3/9	5	5/6	6,5	13,5	13,5	17
	Ri	2/4	2/6	2/8	3/2	5	5/1	6,5	14	13,5	15,5
	W	93	42	49	75	137	78	118	176	153	173
	Ro	75	26	35	57	93	51	92	157	124	145
Köln	S	2/8	2/5	3/10	5/2	8/3	7/6	8	15	15,5	18,9
	Ri	2/6	2/5	3/9	4	4/9	5/6	6	15	14	15
	W	84	37	44	70	128	68	88*	162	138	166
	Ro	75	29	36	61	98	51	87*	141	116	139
Kreuznach	S	2/11	1/10	2/?*	3	4/8	4/9	6	12	13,2	17,5
	Ri	2/10	1/6	1/10	2/7	3/11	4/9	6,5	14	13,2	15,5
	W	83	83	46	71	123	73	117°	180	146	179
	Ro	72	72	36	56	99	51	97°	161	118	149

Quellen: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 120, Sektion V, Titel 5, Nr. 4; Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus 1866; 1876; 1886; 1896; 1906.

(*: Mülheim a.Rh. °: Neuwied \$: Rindfleisch von der Keule §: ab 1875 Insterburg +: Angabe in der Quelle nicht erhalten)³⁷

³⁷ Die Quellenangaben über Pfennigbruchteile bei Fleisch für 1816 und die Angaben über Pfennige bei Getreide für 1816-1865 sind in der Tabelle auf volle Pfennige bzw. Groschen gerundet. Die Erhebungsmethoden wurden durch die „Anweisung zur Aufnahme und Feststellung der Preise für Naturalien und andere Lebensbedürfnisse vom 29.3.1872“ geringfügig, durch die „Anweisung zur Notierung der Preise ... vom 3.9.1875“ stärker verändert. Beide Anweisungen sind abgedruckt in der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureaus 1876/77, S. 257-261. Die Tabellenangaben bis einschließlich 1875 beruhen auf gemittelten Jahresdurchschnittspreisen. Danach werden die Quellenangaben durch eine Verfeinerung der Erhebungsmethoden wesentlich detaillierter. Außer den durch die Umstellung der Maße und Währung notwendig werdenden Änderungen werden für jeden Monat jetzt Höchst- und Niedrigstpreise gegeben, bei Rindfleisch wird teilweise zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen unterschieden usw. Für die Tabellenangaben aus dem Zeitraum ab 1885 wurde das arithmetische Mittel aus Höchst- und Niedrigstpreisen der jeweiligen Kleinhandelspreise im Monat August errechnet.

Abbildung 1: Preisdifferenzen zwischen zehn ausgewählten preußischen Marktorten 1816-1905 (niedrigster Preis jeweils = 100)



Die Schaubilder zeigen eine starke Nivellierung der Fleischpreise seit den 1860er Jahren und untermauern damit die oben formulierte These der Entstehung eines überregionalen Markts in dieser Zeit. Das statistische Material unterstützt auch die Annahme, daß der Schweinemarkt dynamischer ist als der Rindermarkt. Die Angleichung der Preise für das Borstenvieh vollzog sich innerhalb von zwei Jahrzehnten vergleichsweise schnell. Beim Rindvieh dauerte dieser Prozeß etwas länger. Möglicherweise erscheint sein Ablauf wegen der Veränderungen in der Erhebungsgrundlage zwischen 1875 und 1885 etwas verzerrt; an den Grundlinien der Entwicklung würde das jedoch nichts ändern. Auffällig ist, daß die Nivellierung beim Getreide wesentlich früher erfolgt. Hier ist sie im wesentlichen 1835 bereits abgeschlossen.

Diese Ergebnisse werfen differenzierendes Licht auf überkommene Interpretationen der Ursachen für die Überwindung vormoderner lokaler Marktstrukturen in Deutschland. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Transportrevolution unabdingbare Voraussetzung für die Entstehung nationaler Märkte war. Schon die Zeitgenossen hatten dabei vor allem die Eisenbahn im Auge. So lobte Georg von Viebahn 1862 „die außerordentlich verbesserten Communicationsmittel und die erleichterten Handelsverbindungen, ... vermittelt deren die Wunden, welche ein schlimmes Jahr diesem oder jenem Landstrich geschlagen hat, gelinde werden.“ Ausführlich verglich er die Nivellierung der Preisdifferenzen für Brot in Preußen zwischen den Teuerungsjahren 1817 und 1855 und schlußfolgerte: „Hauptsächlich ist diese Wirkung den Eisenbahnen zuzuschreiben“.³⁸ Auch der führende preußische Statistiker Ernst Engel sprach 1861 vom „ungeheure[n] Einfluß der Communicationsmittel, vor Allem der Eisenbahnen, auf die Getreidepreise.“³⁹

Die moderne wirtschaftsgeschichtliche Forschung interessiert sich, wie bereits vermerkt, kaum speziell für Lebensmittelmärkte. Auch für sie ist aber die Eisenbahn der entscheidende Faktor für die Entstehung überregionaler Märkte im allgemeinen. Ihr Vorteil wird hauptsächlich in den relativ zu anderen Verkehrssystemen günstigeren Transportkosten gesehen. So hebt Hermann Kellenbenz hervor, daß sich erst durch die Eisenbahn „auch abseits der Wasserstraßen ein gewisser Ausgleich unterschiedlicher Produktionskosten und Preise bilden“ konnte.⁴⁰ Nach Ansicht Karl-Heinrich Kaufholds wird zwar die Bedeutung der im frühen 19. Jahrhundert gebauten Chausseen „zu wenig gewürdigt“. Er betont jedoch ebenfalls: „Den entscheidenden Fortschritt brachte die Eisenbahn.“⁴¹

Solche Urteile mögen unter dem Strich zutreffend sein, sie sind jedoch offensichtlich zu pauschal. Die erste Eisenbahnverbindung zwischen dem preußischen Kernland und den Westprovinzen wurde 1847 fertiggestellt. Bis Mitte der sechziger Jahre waren auch die großen landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ost- und Westpreußens sowie Pommerns an das Netz angeschlossen.⁴² Für die leichtverderbliche Ware Fleisch ermöglichte erst diese Entwicklung tatsächlich den Durchbruch zum überregionalen Markt und die Angleichung der Preise. Für Brotgetreide gilt das nicht. Bei Weizen und Roggen war die Preisnivellierung schon erfolgt, als 1835 zwischen Nürnberg und Fürth die erste Eisenbahnstrecke auf deutschem Boden eröffnet wurde. Möglicherweise hing die Markterweiterung beim Getreide eher mit dem durch die napoleonischen Kriege angestoßenen Bau der Chausseen zusammen,

³⁸ G. von Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. II, Berlin 1862, S. 951f., auch abgedruckt in: Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen. Bd. I: 1815-1870, hgg. von W. Pöls, München 1973, S. 262f.

³⁹ E. Engel, Die Getreidepreise, die Ernteerträge und der Getreidehandel im preußischen Staate, in: Zeitschrift des preußischen königlich statistischen Bureaus 1, 1861, S. 249-289, hier S. 262. Vgl. ähnlich Meitzen, Boden, Bd. II, S. 353f.

⁴⁰ Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. II, S. 113. Vgl. auch Finck, Entwicklung der Landwirtschaft, S. 200 (Eisenbahnen „wichtigstes Transportmittel ... Zunächst wurde dies für den Getreidetransport ausgenutzt“), und F. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1966, S. 492: Erst mit der Entstehung eines nationalen Eisenbahnnetzes in den 1850er Jahren „werden stärkere lokale Preisspannen unmöglich, da ein Marktausgleich zu wesentlich niedrigeren Transportkosten erfolgen kann.“

⁴¹ K.-H. Kaufhold, Deutschland 1650-1850, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. IV, Stuttgart 1993, S. 576f.

⁴² Vgl. Kellenbenz, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, S. 370-373.

die im frühen 19. Jahrhundert die bis dahin üblichen, sich bei schlechtem Wetter in Moraste verwandelnden unbefestigten Straßen ablösten.⁴³

III.

Wie sah nun die Organisation der Fleischvermarktung nach dem Durchbruch zu überregionalen Marktstrukturen aus? Durch welche Hände ging das Vieh auf dem Weg vom Produzenten zum Konsumenten? Und konnte eine der an dem Vermarktungsprozeß beteiligten Gruppen eine dominante Stellung erringen?

Nach der Jahrhundertwende wurde der allergrößte Teil der Schweine und Rinder am Ort der Produktion verkauft. Der Händler oder sein Aufkäufer besichtigten das Vieh im Stall. Dort wurde mit dem Landwirt auch per Handschlag der Handel abgeschlossen. Meist am nächsten Tag, manchmal aber auch erst nach einer vereinbarten Zeit weiterer Mästung, trieb der Händler selbst, ein Angestellter von ihm oder der Verkäufer das Vieh zur nächsten Bahnstation.⁴⁴ Am Bestimmungsort angekommen, wurde es am Viehhof, der fast immer einen eigenen Bahnanschluß besaß, ausgeladen. In kleineren Städten übernahmen die Händler jetzt selbst den Weiterverkauf. An größeren, unübersichtlichen Märkten bedienten sie sich dazu eines Kommissionärs oder Platzhändlers, der für seine Dienste zwischen ein und zwei Prozent des Verkaufspreises als Provision erhielt. Als Käufer traten oft Großschlächter, nicht selten aber auch schon die Metzger des Einzelhandels auf. Nach der Zerlegung im Schlachthaus, das ebenso wie der Viehhof unter städtischer Kontrolle stand, gelangte das Fleisch in den Verkauf an die Endverbraucher. Mit der weitgehenden Wandlung des Metzgerberufs vom Schlachter zum Detaillisten hatte sich auch dieser seit der Mitte des 19. Jahrhunderts massiv verändert. An die Stelle offener Hauseingänge, in denen auf groben Holztischen vor den Augen der Kundschaft ganze Tierhälften zerlegt wurden, traten geschlossene Verkaufsräume bis hin zu glitzernden Konsumpalästen aus Keramik und Glas. Seit den 1860er Jahren war daneben vorübergehend auch die direkte Belieferung der Kunden durch die Fleischer üblich geworden. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde diese nicht ganz billige Dienstleistung jedoch nur noch von Teilen des gehobenen Bürgertums in Anspruch genommen.⁴⁵

Seit seiner Entstehung war der Zwischenhandel Zielscheibe scharfer Kritik. Zuerst wurde er vor allem von den sich seit den 1870er Jahren bildenden Bauernvereinen als „parasitär“ beschimpft. Zwischen Jahrhundertwende und erstem Weltkrieg nahmen die Angriffe an Schärfe noch zu, als steigende Fleischpreise auch die Verbraucher mobilisierten und nach „Schuldigen“ für die inflationäre Entwicklung gesucht wurde. Sind die zu diesem Zweck von interessierter Seite aufgestellten Berechnungen über „unangemessene“ Spannen zwi-

43 Allein zwischen 1816 und 1836 verdreifachte sich der Bestand an witterungsbeständigen Kunststraßen in Preußen, siehe etwa *Meitzen*, Boden, Bd. II, S. 221. Siehe dazu insbesondere auch *Kellenbenz*, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, S. 369f. (mit weiterer Literatur), und *Kaufhold*, a.a.O., S. 576f.

44 Vgl. dazu insbesondere *Gerlich*, Preisbildung, S. 29f.; *Klose*, Fleischversorgung, S. 73f.; *R. Reichert*, Die Organisation der deutschen Fleischversorgung, Diss. Berlin 1911, S. 26-30.

45 Speziell zu den Modalitäten des Verkaufs an die Endverbraucher siehe *Gottron*, Erlebtes, S. 57-59, auch abgedruckt in: *Deutsche Sozialgeschichte II*, S. 68-70; *Gerlich*, Preisbildung, S. 75-77.

schen Stall- und Groß- bzw. Einzelhandelspreisen statistisch mehr als fragwürdig,⁴⁶ so bedürfen die Behauptungen über marktbeherrschende Stellungen dennoch einer genauen Überprüfung.⁴⁷

Von agrarischer Seite wurde vor allem auf drei Umstände hingewiesen, die die Position der Produzenten gegenüber dem Zwischenhandel beeinträchtigt haben sollen. Zum einen gelte das für ihre geringere Kenntnis des Marktes - vom aktuellen Stand der in den Städten gezahlten Preise bis hin zu den Details der Preisnotierung. Zum anderen sei die Kapitalausstattung der Bauern deutlich schlechter als die der Händler gewesen, was eine einseitige Abhängigkeit bewirkt habe. Schließlich wären die Landwirte preisdrückender Ringbildung des Zwischenhandels schutzlos ausgeliefert gewesen. Einem weitgehend kapitallosen, naiven und auf die Mittelsmänner angewiesenen Bauerntum habe also ein kapitalkräftiger, mit allen Wassern gewaschener und die entscheidenden Marktpositionen durch Absprachen beherrschender Handel gegenüber gestanden.

Es ist richtig, daß die Kapitaldecke zumindest der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe, von denen es besonders in Südwest- und Mitteldeutschland wimmelte, recht dünn war. Die in den 1880er Jahren durchgeführte Enquete des Vereins für Socialpolitik über den „Wucher auf dem Lande“ stellte denn auch gerade dort eine Häufung von Fällen fest, in denen Bauern in wirtschaftliche Abhängigkeit von einem Viehhändler gekommen waren. Freilich geht aus einzelnen Berichten der Enquete und anderen Quellen auch hervor, daß der eigentliche Grund dafür in vielen Fällen weniger eine systematisch betriebene „Auswucherung“ durch den Händler als vielmehr die Agrarpreisdepression seit 1873 war.⁴⁸ Ebenso weist die wiederholte Gleichsetzung von Zwischenhandel, „Wucherern“ und Juden darauf hin, daß es vielen der ausschließlich aus landwirtschaftlichen Kreisen stammenden Berichterstattern eher um das Finden von Sündenböcken als um sachliche Ursachenanalyse ging.

Immerhin bieten einige Berichte der Enquete über antisemitische Klischees hinaus auch differenzierte und glaubhaftere Informationen darüber, wer eigentlich die Viehhändler waren. Danach bestanden deren Reihen unter anderem aus „Bauern, die sich auf das Alteinteil in die Stadt zurückgezogen hatten, und sonstigen Rentiers,“ sowie aus „kleinen Kaufleuten und Handwerkern“.⁴⁹ Nach einer anderen Quelle war der „Händlerkreis zusammengesetzt aus gescheiterten Landwirten, früheren Schlächtern, jüdischen Händlern und wenigen alten Händlerfamilien“.⁵⁰ Insgesamt scheint es sich um ein wenig festgelegtes Berufsbild gehandelt zu haben, in dem eher „kleine Leute“ ihr Glück versuchten. Zwar gab es auch

⁴⁶ So kamen die Sachverständigen der vom Reichsamt des Innern 1912 eingesetzten Fleisch-Enquete, S. 53-55, darin überein, daß schon eine Feststellung von Stallpreisen allein wegen der individuellen Verschiedenheit der Tiere unmöglich sei.

⁴⁷ Die zeitgenössische Literatur zu diesem Themenkomplex ist ebenso umfangreich wie parteiisch. Herausragend hinsichtlich Zahl der verarbeiteten Informationen und Abgewogenheit des Urteils ist *Eßlen*, Fleischversorgung, S. 157-180. Eine gute spätere Übersicht findet sich noch bei *Teichmann*, Politik der Agrarpreisstützung, S. 575-596.

⁴⁸ Der Wucher auf dem Lande, S. 180-182, 215f., 340; Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik, S. 5f.; *Gotttron*, Erlebtes, S. 33, auch abgedruckt in: Deutsche Sozialgeschichte II, S. 72.

⁴⁹ Verhandlungen, S. 12.

⁵⁰ [Ernst] *Levy von Halle*, Die Organisation des Berliner Vieh- und Fleischmarktes, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 16, 1892, S. 49-116, hier S. 60.

einige wenige Unternehmen, die Dutzende von Aufkäufern beschäftigten. Aber von den knapp 30000 Menschen, die nach der Reichsstatistik 1907 in Deutschland den Viehhandel hauptberuflich betrieben, arbeiteten fast zwei Drittel allein. Das restliche Drittel der Betriebe beschäftigte durchschnittlich kaum mehr als zwei Personen. Von den zusätzlich etwa 10000 nebenberuflichen Viehhändlern hatte praktisch keiner Personal.⁵¹ Ihre relativ hohe Zahl deutet zudem an, daß der Beruf von einem stark fluktuierenden Personenkreis ausgeübt wurde. Bei gutem Geschäftsgang versuchten viele im Viehhandel eine Existenz zu begründen. Größere Kapitalreserven waren dazu offensichtlich nicht nötig. Entsprechend häufig waren die Pleiten - nicht zuletzt deshalb, weil oft die bäuerlichen Geschäftspartner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkamen.⁵²

Zudem eröffneten die seit den siebziger Jahren florierenden Kreditgenossenschaften den Landwirten Alternativen der Geldbeschaffung, wie schon in der „Wucherenquête“ immer wieder vermerkt ist.⁵³ Mit den ländlichen Spar- und Darlehenskassen zogen sich die Bauern am eigenen Zopf aus dem Sumpf des Kapitalmangels. Spätestens in den 1890er Jahren war daher das Bild vom mittellosen Landwirt, der zur Tötigung von Investitionen auf den Kredit des vermögenden Händlers angewiesen war, in den meisten Regionen des Deutschen Reichs ein doppelt schiefes.

Der Zusammenschluß in Genossenschaften und Bauernvereinen verbesserte auch die Chancen der Produzenten, sich mehr Marktkenntnisse anzueignen, und damit einen tatsächlich bestehenden Vorteil des Zwischenhandels weitgehend auszugleichen. Für den Händler waren Preisvergleiche, Feilschen, Schätzen von Gewicht und Qualität tägliches Brot, für den Landwirt hingegen nur Teil seiner Arbeit. Das dadurch entstehende Handicap versuchten die Bauernvereine durch Vorträge, Schulungskurse und Mitteilungsblätter mit beträchtlichem Erfolg auszugleichen. Über Zeitungen und die Geschäftsstellen der Vereine konnten sich die Landwirte jederzeit über die aktuellen Preise an den großen städtischen Märkten informieren. Gerade deshalb kam es freilich dort seit den neunziger Jahren häufig vor, daß Händler die offiziell notierten Preise durch verschiedene Manipulationen zu drücken versuchten. Die Agrarverbände nutzten daraufhin ihren großen Einfluß auf Parteien und Regierung, um diese Praktiken zu unterbinden. 1909 wurde gegen den vergeblichen Protest unter anderem der Handelskammern ein entsprechendes „Gesetz betreffend die Feststellung der Marktpreise beim Schlachtvieh“ im Reichstag verabschiedet.⁵⁴ Aus größerer Entfernung zum eigentlichen Marktgeschehen resultierende Wettbewerbsnachteile konnten die Produzenten so durch Organisation und höheren politischen Einfluß wettmachen.

51 Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 213, S. 22.

52 *Gottron*, Erlebtes, S. 32-34, auch abgedruckt in: *Deutsche Sozialgeschichte II*, S. 70-72.

53 *Der Wucher auf dem Lande*, S. 35, 125, 180-182, 254f., 276f., 341, 351; *Verhandlungen*, S. 21-40, 65-79, 100.

54 Vgl. ausführlicher zur Preisnotierung *Teichmann*, *Politik der Agrarpreisstützung*, S. 584-590. Material dazu und zu dem Gesetz von 1909: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 77, Titel 1573, Nr. 1, Adh. 1, Bd. 1, zu seiner Wirkung ebd. Bd. 2 und *Fleischenquête*, S. 49f. Nach 1909 gab es noch Auseinandersetzungen über die Ermittlung des Lebend- oder Schlachtgewichts, wobei hier aber beide Seiten manipulierten: die Händler an der Waage, die Bauern durch kurzfristige Überfütterung der Tiere. Für eine anschauliche Schilderung siehe nur *Reichert*, *Organisation*, S. 28f.

Die Genossenschaften ermöglichten ihnen darüber hinaus eine effektive Gegenmachtbildung beim Viehabsatz, wenn die Zwischenhändler untereinander kartellartige Absprachen getroffen hatten. Über das Bestehen solcher „Ringe“ klagten die Bauern Mitte der 1880er Jahre vielerorts. Eine einzige Handelsfirma beherrschte den gesamten Markt und diktierte die Preise; oder die Händler hätten ihre „Jagdreviere“ aufgeteilt und erschienen nur pro forma in denen der Kollegen, um sie zu unterbieten.⁵⁵ Monopole und Oligopole mögen kurzfristig tatsächlich bestanden haben - vor allem dort, wo das Fehlen eines Eisenbahnanschlusses traditionelle Vermarktungsstrukturen noch teilweise konservierte. Es ist aber nicht nur unwahrscheinlich, daß auf dem außerordentlich dynamischen Vieh- und Fleischmarkt die alt-eingesessenen Händler sämtliche Neankömmlinge lange fernhalten oder in Absprachen mit-einbeziehen hätten können, zumal es in dem Gewerbe keinen Innungszwang gab. Gegen die Existenz dauerhaft funktionierender Kartelle spricht auch, daß die Bauern mit dem Wachstum ihrer Kollektivverbände potentiell weniger vom Zwischenhandel abhängig wurden. Zwar blieb der einzelne Landwirt unabkömmlich, um die immer weiter entfernten Märkte der Städte selbst zu beliefern. Aber nichts sprach dagegen, daß die Genossenschaften mit ihrem wachsenden Personal sich neben Kreditwesen und der Organisation des Bezugs von Maschinen und Futtermitteln auch dem Absatz der landwirtschaftlichen Produkte widmeten.

Ihr weitgehendes Scheitern in diesem Geschäft ist daher auffällig. Die ersten „Viehverwertungsgenossenschaften“ wurden bereits 1884 gegründet,⁵⁶ aber erst seit 1895 sind ihre Umsätze separat von denen der Bezugs- und Kreditgenossenschaften ausgewiesen. Bis zum ersten Weltkrieg betrug sie im Viehhandel nicht mehr als ein bis zwei Prozent des gesamten Marktvolumens.⁵⁷ Das lag einerseits daran, daß die Absatzgenossenschaften gerade mit dem Ziel angetreten waren, den Markt durch ein System fester Preise zu ersetzen,⁵⁸ die Masse der Bauern ihren Führern aber in dieser Hinsicht nicht folgte und sich durchaus marktwirtschaftlichen Grundsätzen entsprechend verhielt: Sie nutzten die Abnahmegarantien der Genossenschaft vorrangig in Zeiten geringer Nachfrage und niedriger Preise. Oder sie lieferten „nur minderwertiges Vieh, das man sonst nirgendwo los werden kann,“ wie die Führer des westfälischen Bauernvereins enttäuscht feststellten.⁵⁹

Andererseits garantierten aber nicht zuletzt auch die genossenschaftlichen Bemühungen, Direktkontakte mit den Metzgern der Städte zu etablieren, einen lebendigen Wettbewerb. So scheiterte der großangelegte Versuch der rheinischen Viehverkaufsgenossenschaft, auf diese Weise den Fleischhandel am Kölner Markt unter Kontrolle zu bekommen, wie schon ähnliche Projekte in Norddeutschland an den Händlern, die den eigenen Mitgliedern höhere Prei-

⁵⁵ Der Wucher auf dem Lande, S. 78, 125, 254f., 291f.

⁵⁶ Vgl. *Rothe*, Fleischversorgung, S. 134; Verhandlungen, S. 62f.

⁵⁷ Bei Getreide lag der Marktanteil geringfügig höher; in der Weimarer Republik stieg er auf durchschnittlich circa fünf Prozent. Vgl. *M. Grabein*, Wirtschaftliche und soziale Bedeutung der ländlichen Genossenschaften in Deutschland, Tübingen 1908, besonders S. 8f., 37f.; *W. Wygodzinski/A. Müller*, Das Genossenschaftswesen in Deutschland, Leipzig ²1929, S. 243-246. Lokale Zahlen bei *Teichmann*, Politik der Agrarpreisstützung, S. 581-583.

⁵⁸ Vgl. etwa ebenda, S. 582.

⁵⁹ Beiträge zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes, Berlin 1912, S. 514; vgl. auch: *Der Wucher auf dem Lande*, S. 92, *Fleischenquete*, S. 81; *Eßlen*, Fleischversorgung, S. 159 (mit weiteren Quellenangaben) und S. 162.

se boten.⁶⁰ Ebenso konstatierte der bayrische Landwirtschaftsrat 1910: „Bei den hohen Preisen, welche die Händler geboten haben, hat das Interesse der Landwirte an der [genossenschaftlichen] Viehverwertung erheblich nachgelassen.“⁶¹ Immerhin konnten sich die Genossenschaftler über ihr Scheitern damit trösten, daß sie „eben der Preisregulator“ seien.⁶²

Insgesamt gab es also ausreichend Korrektive, um eine generelle Dominanz der Händler und eine Übervorteilung der Produzenten auf dem Fleischmarkt zu verhindern. Das schloß nicht aus, daß es durchaus lokal begrenzte Kartelle des Zwischenhandels gab. Aber diese waren selten von Dauer, und wenn, handelte es sich um eine Restkategorie von Regionen, in denen die verkehrstechnischen Voraussetzungen für moderne Marktstrukturen noch nicht vorhanden waren. Hatten die Landwirte bei der Befragung durch den Verein für Socialpolitik Mitte der 1880er Jahre noch vielerorts das Bestehen von Kartellen der Händler beklagt, so wurden Beschwerden darüber bei der Fleischnquete von 1912 nur mehr sehr sporadisch laut. Lediglich im Thüringer Wald gaben Bauern Abhängigkeit vom Zwischenhandel bei beiden Erhebungen als Problem an. Als Ursache nannten sie jeweils das andauernde Fehlen von Eisenbahnverbindungen.⁶³ Dieses Manko galt während der 1880er auch für zahlreiche andere abseits des gerade fertiggestellten Hauptliniennetzes gelegene Gebiete, nach dem massiven Ausbau der Nebenstrecken in der wilhelminischen Ära jedoch nur noch für eine verschwindende Minderheit. Allgemein hob der Tenor der Fleischnquete sich daher deutlich von dem der früheren Erhebung ab. Auch die landwirtschaftlichen Interessenvertreter waren jetzt zum größten Teil überzeugt davon, daß es genügend Konkurrenz im Viehhandel gab.

Umso mehr konzentrierte sich die Kritik besonders ab 1900 auf die Kommissionäre, die an den unübersichtlichen Märkten der großen Städte gegen Provision die Vermittlung der Geschäftsabschlüsse übernahmen. Da sie oft in Verbindung mit großen Handelsfirmen gebracht und als Kreditgeber sowohl der Kleinhändler als auch der Fleischer gesehen wurden, erschienen sie vielen Zeitgenossen als die Spinne im Netz, die den Viehhandel eigentlich kontrolliere.⁶⁴ Ganz abgesehen davon jedoch, daß es Kommissionäre nur in wenigen Großstädten gab,⁶⁵ macht schon ihre große Zahl das Funktionieren von eventuellen Kartellen unwahrscheinlich. In Berlin betrug sie vor dem ersten Weltkrieg allein auf dem Schweine- markt 33.⁶⁶ In München gab es zur selben Zeit 35 Kommissionäre und Platzhändler für den Schweine- und 23 für den Rindviehhandel.⁶⁷ Am Dortmunder Markt handelten Mitte der

60 Siehe *Rothe*, Fleischversorgung, S. 134-136.

61 Zitiert nach *Eßlen*, a.a.O., S. 159.

62 Beiträge zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes, S. 510; vgl. dazu auch *Grabein*, a.a.O., S. 104; *Wygodzinski/Müller*, Genossenschaftswesen, S. 244-246; *R. G. Moeller*, German Peasants and Agrarian Politics 1914-1924, Chapel Hill 1986, S. 32f.; *Eßlen*, a.a.O., S. 159 und 162; Fleischnquete, S. 74f.

63 Fleischnquete, S. 80; *Der Wucher auf dem Lande*, S. 273; vgl. auch ebenda S. 352.

64 Siehe etwa *Rothe*, Fleischversorgung, S. 24-30 und 99-101; *Reichert*, Organisation, S. 35-37; *Gschwendtner*, Entwicklung, S. 48; teilweise auch *Gerlich*, Preisbildung, S. 32-36, und schon *Levy von Halle*, Organisation, S. 65-67. Für eine detailliertere Darstellung des Arbeitsbereichs der Kommissionäre und Platzhändler siehe *Teichmann*, Politik der Agrarpreisstützung, S. 576-580.

65 So etwa noch 1907 nicht in Karlsruhe, Ludwigshafen und Mannheim, nach dessen Markt sich die Preisnotierungen in großen Teilen des deutschen Südwestens richteten. Vgl. *Eßlen*, Fleischversorgung, S. 165f.; *Reichert*, Organisation, S. 27.

66 Vgl. *Gerlich*, Preisbildung, S. 36.

67 *Klose*, Fleischversorgung, S. 74.

1920er Jahre regelmäßig etwa 60.⁶⁸ Außerdem verkauften auch an den größten Märkten noch viele Händler ihr Vieh ohne Einschaltung eines Agenten selbst an die Metzger.⁶⁹ Diese begrüßten nicht selten das Aufkommen der Kommissionäre als neue Glieder im Zwischenhandel, entstand damit dort doch zusätzliche Konkurrenz, die ihnen „sehr zustatten“ kam.⁷⁰ Der Gefahr finanzieller Abhängigkeit von den Kommissionären und Großhandelsfirmen begegneten die Fleischer, nach dem Vorbild der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, ebenfalls seit den 1880er Jahren mit der Gründung von Viehmarktbanken. Vor dem ersten Weltkrieg gab es in fast jeder größeren deutschen Stadt eine. Versuchen zum Aufbau einer marktbeherrschenden Stellung durch die Händler konnten die Metzger zudem begegnen, indem sie direkte Kontakte mit den Produzenten etablierten - ohne daß es solcher Schritte freilich häufig bedurft hätte.⁷¹

Natürlich entkamen auch die Metzger selbst nicht dem Vorwurf, „unangemessene“ Gewinne durch Absprachen untereinander zu erzielen. Tatsächlich gibt es zahlreiche Hinweise darauf und auch Belege dafür, daß in dem traditionell zünftig organisierten Fleischergewerbe in den 1870er und 1880er Jahren Kartellabsprachen bestanden. Ein Mainzer Metzgermeister erinnerte sich Anfang des 20. Jahrhunderts, daß während der frühen Periode der Marktentwicklung „die alten Meister unter sich auch in geschäftlicher Beziehung wohlwollend gesinnt waren. Kunden abspannen oder sich gar denselben als Lieferant anbieten galt als ehrlos und wurde dem Betteln gleichgestellt. Öfters bekamen die erstaunten Kunden, die ihren Metzger wechseln wollten, von der Gegenseite zu hören: 'Besser wie ihr Lieferant kann ich sie auch nicht bedienen. Bleiben Sie nur bei demselben.'“⁷²

Die weitere Entfaltung des Marktes entzog solchen Kartellen jedoch den Boden. Mit der Zunahme der Bevölkerung und des Konsums stieg die Zahl der Metzgerbetriebe stark an. Die Einrichtung der städtischen Schlachthäuser reduzierte das Fleischerhandwerk auf den Detailvertrieb und damit auch den Kapitalbedarf zur Eröffnung eines eigenen Ladens. Nur ein Teil der neuen Generation teilte den kollegialen Ehrenkodex der alten Meister. Vor allem aber entstand den Fleischern auch von außerhalb der eigenen Reihen Konkurrenz. Neben den Werkschlachtereien, die einige Firmen der Schwerindustrie im Ruhrgebiet und Oberschlesien betrieben, und den landwirtschaftlichen Absatz- oder sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften, die es ebenfalls nur in wenigen Städten gab,⁷³ galt das hauptsächlich für die Warenhäuser. Daß zumindest diese für die Fleischer ernstzunehmende Rivalen im Kampf um die Kundschaft waren, läßt sich allein schon aus der Vehemenz schließen, mit der die Metzgervertreter sie 1912 in den Ausschusssitzungen der Fleischnquete attackier-

⁶⁸ Hilgenstock, Dortmunder Schlachtviehmarkt, S. 53. Laut Rothe, Fleischversorgung, S. 24, betrug diese Zahl 1907 in Köln 85, in Hamburg 45.

⁶⁹ Hilgenstock, a.a.O., S. 52; Klose, Fleischversorgung, S. 75f.; Lange, Versorgung, 52f.

⁷⁰ So Gottron, Erlebtes, S. 28-31.

⁷¹ Vgl. Eßlen, Fleischversorgung, S. 166; Fleischnquete, S. 75, 91f., 94; Rothe, Fleischversorgung, S. 26-30; Neugebauer, Fleischversorgung der Stadt Magdeburg, S. 26-30; Klose, a.a.O., S. 87f.; Kretzschmar, Fleischversorgung der Stadt Leipzig, S. 36; Gottron, a.a.O., S. 4f.

⁷² Gottron, a.a.O., S. 59, auch abgedruckt in: Deutsche Sozialgeschichte II, S. 70. Vgl. Der Wucher auf dem Lande, S. 78 und 279; Verhandlungen, S. 146, 149, 259.

⁷³ Siehe dazu besonders P. Togrund, Der Großbezug von Fleisch, Mönchengladbach 1913, S. 41-86; sowie Fleischnquete, S. 132-136 und 395-399.

ten.⁷⁴ Zwar gewannen die Warenhäuser vor 1914 nur einen geringen Marktanteil im Einzelhandel.⁷⁵ Aber wie die bäuerlichen Absatzgenossenschaften und die Fleischer schon mit der Drohung von Direktkontakten Absprachen der Viehhändler und Kommissionäre unterbinden konnten, ohne solche Projekte in großem Maßstab zu verwirklichen, so wurden durch die bloße Existenz der Warenhäuser die Metzger zu marktwirtschaftlichem Verhalten gezwungen.

Das zeigt auch der Ausgang eines großangelegten Experiments mit kommunalem Fleischverkauf, den die Reichsleitung kurz vor dem ersten Weltkrieg initiierte. Als sie angesichts besonders hoher Fleischpreise 1912 die Einfuhr von Viehprodukten aus dem Ausland erleichterte, erlaubte sie den Verkauf der importierten Ware nur den Stadtverwaltungen. Zusätzlich kam es kurzfristig zum Abschluß zahlreicher direkter Lieferverträge zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Kommunen. Zweck dieses Manövers war, den von der SPD gegenüber den Agrarkonservativen erhobenen Vorwurf der Preistreiberei auf den Zwischenhandel und insbesondere die Metzger umzuleiten. Das Ziel wurde jedoch nicht erreicht: Das unter städtischer Aufsicht verkaufte importierte Fleisch war im Durchschnitt trotz der im Ausland etwas niedrigeren Preise nur unwesentlich billiger als anderes, und die direkten Lieferverträge blieben ebenso wirkungslos.⁷⁶

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der sich seit den 1860er Jahren in Deutschland entwickelnde nationale Markt für Fleisch vor dem ersten Weltkrieg nahezu vollständig entwickelt war und weitgehend funktionierte. Keine der am Vermarktungsprozeß beteiligten Gruppen konnte eine marktbeherrschende Stellung gewinnen. Die zeitgenössischen Vorwürfe gegen den Zwischenhandel dienten tatsächlich auch eher dem Zweck, von der großen Auseinandersetzung um die Öffnung des *internationalen* Markts abzulenken, die gleichzeitig zwischen Konsumenten und Produzenten stattfand.

IV.

Als die Landwirte der preußischen Ostprovinzen in den 1860er Jahren begannen, ihr Absatzgebiet über die lokalen Märkte hinaus zu erweitern, versandten sie Vieh und Fleisch mit der Eisenbahn nicht nur nach West- und Mitteldeutschland, sondern über den Hamburger Hafen auch nach Großbritannien.⁷⁷ Die Entstehung nationaler und internationaler Märkte lief anfänglich parallel. Großbritannien als erste Industrienation der Welt mit beispiellos großer Nachfrage nach Fleisch wurde zum Tummelplatz ausländischer Anbieter. Schweine und Schafe aus Deutschland, Rinder und Borstenvieh aus Benelux und Skandinavien, sogar Pferdefleischlieferungen aus Frankreich fanden Absatz in London. Insbesondere Bauern in Dänemark und den Niederlanden bauten unter Ausnutzung der günstigen natürlichen Voraussetzungen dieser Länder eine intensive Viehzucht für den englischen Markt auf.⁷⁸

74 Fleischnquete, S. 122-132; vgl. ebenda, S. 392-395 und Gerlich, Preisbildung, S. 81.

75 Nach H. G. Beyer, Liberale Kleinhandelspolitik, Berlin 1912, S. 23, nur zwei Prozent.

76 Vgl. Fleischnquete, S. 232-302 und 427-431; H. Silbergleit, Ergebnisse der bisherigen Versuche kommunaler Fleischversorgung in den größeren deutschen Städten, Berlin 1913; Togrund, Großbezug, S. 86-91; Eßlen, Fleischversorgung, S. 177-180.

77 Vgl. Meitzen, Boden, Bd. II, S. 496f., und Finck, Entwicklung der Landwirtschaft, S. 188f., 192, 194.

78 Ebenda; Eßlen, Fleischversorgung, S. 142f. und 149; Fraser, Coming of the Mass Market, S. 106.

Noch wesentlich günstigere natürliche Voraussetzungen für die Fleischerzeugung waren in Übersee vorhanden.⁷⁹ Der Transport nach Europa blieb allerdings bis in die 1870er Jahre für die Produzenten in den USA, Südamerika und Australien ein ungelöstes Problem. Die Verschiffung von lebendem Vieh war sehr teuer, die von geschlachtetem riskant, denn Frischfleisch wurde während der langen Überfahrt oft schlecht, während gesalzenes und Dosenfleisch bei den Verbrauchern nicht allzugen ankam. Kühlung brachte die Lösung. Mitte der 1870er Jahre erreichten die ersten Schiffladungen mit gekühltem und gefrorenem Fleisch aus Übersee englische Häfen. Zwar dauerte es noch einige Zeit, bis Kinderkrankheiten der Technik, Widerstände im etablierten Handel und Mißtrauen der Konsumenten gegen das ungewohnte „frozen meat“ überwunden waren. Aber spätestens in den 1890er Jahren hatten sich vor allem die Anbieter aus den USA, später dann die aus Argentinien einen großen Anteil des englischen Fleischmarkts erobert und mit ihren niedrigen Preisen die kontinental-europäische Konkurrenz, mit Ausnahme nur der dänischen und niederländischen, von dort vertrieben.⁸⁰

Für die deutschen Viehproduzenten war dieser Verlust des englischen Marktes allerdings zu verschmerzen, da in der Heimat als Folge der jetzt auch dort einsetzenden Hochindustrialisierung die Nachfrage ebenfalls beträchtlich stieg. Zudem gelang es den landwirtschaftlichen Organisationen durch ihre guten Verbindungen und hohen politischen Einflußmöglichkeiten, die ausländische Konkurrenz vom Binnenmarkt weitgehend auszuschließen. Dabei spielten die seit 1879 schrittweise erhöhten Zölle insgesamt eine weniger wichtige Rolle als unter „seuchenpolizeilichen“ Vorwänden aufgestellte Einfuhrbeschränkungen für Vieh und Fleisch. Bereits in den achtziger Jahren war der Import vor allem von Vieh aus mehreren Ländern verboten worden. Die zwischenzeitige Aufhebung dieser Beschränkungen und Senkung der Zölle unter Reichskanzler Caprivi zwischen 1890 und 1894 blieb ein kurzfristiges Intermezzo. 1899 waren die deutschen Grenzen für Vieheinfuhren fast vollständig gesperrt.⁸¹

Der stufenweise Ausschluß ausländischer Anbieter vom deutschen Fleischmarkt provozierte bis dahin auffälligerweise kaum Widerspruch. Zunächst konzentrierte sich das öffentliche Interesse noch auf das Grundnahrungsmittel Brot. Während Bismarcks protektionistische Kehrtwende in der Getreidehandelspolitik 1879 von heftigen innenpolitischen Kontroversen begleitet wurde, erregten die Einführung von Viehzöllen und das wenig später verabschiedete Tierseuchengesetz fast keine Aufmerksamkeit. Zwar nahm die objektive und subjektive Bedeutung des Fleischkonsums für die Bevölkerung zwischen Reichsgründung und

⁷⁹ Vgl. aus der qualitativ hochwertigen, sehr zahlreichen zeitgenössischen Literatur nur *M. Sering*, Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft, Leipzig 1887; *M. Augstin*, Die Entwicklung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und ihr Einfluß auf die Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 141/2), München 1914; *E. Pfannenschmidt*, Die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse Argentinien (Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 141/1), München 1913.

⁸⁰ Kurz dazu *Fraser*, Coming of the Mass Market, S. 106-108 und 153-155; ausführlicher *J. T. Critchell/J. Raymond*, A History of the Frozen Meat Trade, London 1912.

⁸¹ Dazu ausführlich *J. C. Hunt*, Peasants, Grain Tariffs and Meat Quotas. Imperial German Protectionism Reexamined, in: Central European History 7, 1974, S. 311-331; *S. B. Webb*, Agricultural Protection in Wilhelminian Germany. Forging an Empire with Pork and Rye, in: Journal of Economic History 42, 1982, S. 309-326; *Teichmann*, Politik der Agrarpreisstützung, S. 596-609.

Jahrhundertwende stetig zu. Aber diese Entwicklung beruhte auch gerade darauf, daß die Preise in dieser Zeit stagnierten, während gleichzeitig die Löhne stark stiegen. Für die Konsumenten gab es also vor 1900 wenig Grund zur Klage. Außerdem versprachen Einfuhren zumindest aus dem europäischen Ausland kaum weitere wesentliche Preissenkungen, weil dort entweder wie in Deutschland selbst die heimische Produktion kaum mit dem Wachstum der Inlandsnachfrage mithalten konnte oder - wie im Fall der Niederlande und Dänemarks - die Produzenten auf andere Märkte orientiert waren.⁸² Fleischimporte aus Übersee erreichten Deutschland jedoch erst um die Jahrhundertwende, als auch die Preise nach über dreißig Jahren langsam wieder anzuziehen begannen.

Die nordamerikanischen Viehzüchter, die bis 1900 den Handel mit gekühltem und gefrorenem Fleisch dominierten, zeigten sich am deutschen Markt nur wenig interessiert. Wie australische und neuseeländische Produzenten setzten sie ihre Erzeugnisse fast ausschließlich in England ab. Als 1891 die deutsche Reichsregierung ein während der achtziger Jahre erlassenes Einfuhrverbot für amerikanisches Fleisch aufhob, stand in Hamburg zwar kurzfristig auch US-Gefrierfleisch zum Verkauf. Auf Dauer zogen die Amerikaner jedoch ihre etablierten Geschäftsverbindungen und sicheren Gewinne in Großbritannien dem Risiko größerer Investitionen auf dem deutschen Markt vor. Die Lage änderte sich erst, als Argentinien am Ende des 19. Jahrhunderts die USA als größter Exporteur von Gefrierfleisch ablöste.⁸³ In den späten 1890er Jahren stieg der Fleischimport nach Deutschland steil an.⁸⁴ Auf Druck der landwirtschaftlichen Interessenverbände reagierte die Reichsregierung mit der Vorlage eines 1900 verabschiedeten Fleischbeschaugesetzes, das die Einfuhr aus Übersee praktisch unmöglich machte und die aus Europa extrem erschwerte.⁸⁵ Danach durften nur noch sehr begrenzte Kontingente Vieh aus Rußland, Österreich und der Schweiz eingeführt werden. Kaum stand der Weltmarkt an der Schwelle, wurde die Tür so gründlich wie nie zuvor verriegelt.

Angesichts der zwischen Jahrhundertwende und erstem Weltkrieg nun stark steigenden Fleischpreise wurde diese Absperrungspolitik in den Jahren vor 1914 dann zum Zündfunken eines heftigen innenpolitischen Konflikts zwischen Verbrauchern und agrarischen Erzeugern. Die SPD machte sich zur Anwältin der Konsumenteninteressen, während die politische Rechte noch mehr als bisher das Panier der Produzenten ergriff.⁸⁶ Als die Grenzsperrern auf dem Höhepunkt der „Fleischteuerung“ 1912/13 gelockert wurden, bedeutete das auch einen Erfolg der Linken und eine Erweiterung des Marktes - allerdings nur kurzfristig und im europäischen Maßstab. Die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Übersee blieb damals verboten und wurde erst nach der Revolution 1918/19 zugelassen. Bereits 1925 wurde sie jedoch wieder eingeschränkt und fünf Jahre später ganz unterbunden.

82 Vgl. *Eßlen*, Fleischversorgung, S. 146-149. Eine Umorientierung der holländischen und dänischen Produzenten ist zwar denkbar. Angesichts der Größe des deutschen Marktes wäre das freilich auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen.

83 Vgl. *Critchell/Raymond*, a.a.O., S. 226-232 und 423.

84 Nach *Eßlen*, a.a.O., S. 279, von 26,7 Mio. Tonnen 1896 über 42,5 Mio. 1897 auf 75 Mio. Tonnen 1898.

85 Siehe dazu *C. Nonn*, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996, S. 116-121.

86 Ebenda.

Dieser erneute Ausschluß des Weltmarktes wird in der Literatur zur Weimarer Republik oft als Werk der politischen Rechten und Element der Kontinuität gesehen⁸⁷ - zumal die Nationalsozialisten den Weg in die Autarkie weiter verfolgten. Ganz abgesehen davon, daß es auch in der erfolgreicheren zweiten deutschen Republik nach 1945 nicht zu einer langfristigen Öffnung zum Weltmarkt kam, wird dabei freilich übersehen, daß die SPD spätestens seit 1928 die Handelspolitik der Weimarer Reichsregierung weitgehend mittrug. Galt vor 1914 die Öffnung zum Weltmarkt als beste Vertretung von Verbraucherinteressen, so schufen die Hungererfahrungen im ersten Weltkrieg und die dann folgenden chronischen Krisen offenbar auch auf der politischen Linken eine Tendenz zur autarkieorientierten Agrarpolitik.⁸⁸ Darüber hinaus markierte der Krieg den Beginn massiver staatlicher Marktintervention und -lenkung.⁸⁹ Das seit den 1860er Jahren in Deutschland entstandene und nach der Jahrhundertwende im wesentlichen voll ausgebildete überregionale System der Fleischvermarktung erfuhr durch diese Faktoren so tiefgreifende Veränderungen, daß es angebracht erscheint, 1914 eine Zäsur zu setzen.

⁸⁷ Zu dieser Interpretation vgl. vor allem den einflußreichen Aufsatz von *D. Stegmann*, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/25-1929, in: *H. Mommsen u.a. (Hg.)*, Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 499-513.

⁸⁸ Hinweise dazu bei *H. Becker*, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990; *H.-A. Winkler*, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn 1988, S. 339-341 und 755-759; *R. Leuschen-Sepel*, Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Sozialdemokratie zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29, Bonn 1981, S. 161-175, 199-210, 256-265.

⁸⁹ Vgl. etwa *Moeller*, German Peasants.

Von Heinz Reif und Rainer Pomp (Berlin)

Summary

Continually increasing demand in the Ruhr area gave rise to a highly intensive form of milk production in the 1870s, the so-called Abmelkwirtschaften. This type of production, typical for the industrial population centers, guaranteed an adequate supply of fresh milk for the urban markets up to the turn of the century. Then new means of transport, storage, and treatment enabled delivery from the countryside of the lower Rhine valley and Westphalia. The farms in those regions were the main source of milk for the Ruhr area in the 1920s. Before the First World War, these farms had supplied the Ruhr area with butter and cheese; now they converted to producing fresh milk. Until 1914, a vast number of small traders had taken care of distributing fresh milk in the cities. After the First World War, the cities' concessioning policy strengthened the position of the small professional traders. They even managed to beat back the wholesale traders and the milk supply organizations created during the war. In the 1920s, increased production and an expanding production area led to a great oversupply of milk. Efforts to increase demand were the result, and they proved successful: advertising and improvements in hygiene and quality led to an increase in consumption. Since, however, neither the traders nor the milk farmers had established regional organizations which could have regulated the supply, the situation grew dramatically worse during the worldwide economic crisis. The Reich milk law of July 1930 was to provide relief. It included a number of hygiene and quality regulations and, above all, mechanisms to regulate the milk supply. Thus it was a predecessor of milk market regulation in the Third Reich, the Federal Republic of Germany, and the European Community.

I. Einleitung

Die Milch, genauer: die Trinkmilch, die aus Kuhmilch hergestellt wird, stieg Ende des 19. Jahrhunderts zum Massenkonsumartikel auf. Unsere Studie will diesen Aufstieg in eine umfassende sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Perspektive rücken und mit klaren Schwerpunktsetzungen analysieren. Wir konzentrieren uns auf die vermarktete Frischmilch, die Ausbildung von Marktstrukturen für dieses außerordentlich anspruchsvolle, schwierige Nahrungsmittel und auf die organisierten Interessen, die diese Strukturen im konjunkturellen Wandel ausbildeten und fortentwickelten, Marktmacht etablierten und okkupierten. Zwei weitere hochrelevante Aspekte der gesellschaftsgeschichtlichen Analyse dieser "Nahrungswirtschaft" - der Konsument der Milch, der Mensch, und die Produzentin dieser Trinkmilch, die Kuh - müssen demgegenüber im Hintergrund bleiben. Die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Milchproduktion sei anhand einiger Zahlen kurz angedeutet. 1934 wurden in Deutschland 237 Milliarden Liter Milch produziert; das entsprach einem Wert von 2,3 Milliarden Reichsmark (RM). Der Wert der im selben Jahr geförderten Kohle betrug 1,94 Milliarden, der des produzierten Roheisens 0,66 Milliarden Reichsmark. Innerhalb der Landwirtschaft war (und ist noch heute) die Milch nach Umfang und Wert das bedeutendste

1 Zur Methodik der Untersuchung einer „Nahrungswirtschaft“ siehe: H.-J. Teuteberg, Zum Problemfeld Urbanisierung und Ernährung im 19. Jahrhundert, in: ders. (Hg.), Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters, Münster 1987, S. 1-36, bes. S. 31-36.

Einzelprodukt. Etwa ein Drittel des landwirtschaftlichen Einkommens kam in den zwanziger Jahren aus dem Verkauf von Milch und ihren Nebenprodukten.

Jenseits des allgemeinen Interesses an der Genese eines zweifellos hochkomplexen Vermarktungszusammenhangs liegt dieser Untersuchung noch ein weiteres, konkreteres Motiv zugrunde: die Frage nach den Anfängen des EG- (bzw. EU-) Modells der Marktordnung. In den frühen 1950er Jahren, als der Bundestag sich mehrheitlich gegen einen freien, hochkompetitiven Agrarmarkt und für einen begrenzt regulierten Markt (in vielem der Vorläufer der späteren EG-Marktordnung) entschied, verwiesen die Agrarpolitiker fast aller Parteien, gegen den Vorwurf Reichsnährstandspolitik fortzuführen, auf das Reichsmilchgesetz vom 31.7.1930 als ihrem gemeinsamen, demokratischen Orientierungspunkt.² Die Geschichte der Milchwirtschaft in Deutschland zu rekonstruieren heißt deshalb zugleich, wichtige Anfänge des heutigen Agrarmarktordnungsmodells zu erschließen.

Die Untersuchung setzt in den 1870er Jahren ein, als sich in den Städten neue Vermarktungsstrukturen für den Massenkonsumartikel Milch ausbildeten; sie endet mit dem Erlass des Reichsmilchgesetzes 1930. Räumlicher Untersuchungsschwerpunkt ist das Ruhrgebiet und dessen Milcheinzugsbereich. In den zwanziger Jahren war diese Region das größte Frischmilch-Bedarfsgebiet Deutschlands. Die Industrialisierung auf der Grundlage von Kohle, Eisen und Stahl führte hier seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu extremem Bevölkerungswachstum und beschleunigter, agglomerativer Stadtentwicklung. In dem Schritt für Schritt mit den Kohlebergwerken nach Norden sich ausdehnenden Raum entstand eine Stadtvergesellschaftung von zahlreichen, relativ gleichberechtigten, schnell wachsenden Städten. Die schnell und zeitweise explosiv steigende Nachfrage der hier lebenden Industriestädter nach Milch eröffnete der Landwirtschaft dies- und jenseits des Ruhrgebiets optimale Absatzmöglichkeiten. Mit der Industrie und der Stadtagglomeration kamen zugleich aber auch neue Belastungen auf den Agrarbetrieb zu: giftige Emissionen, Schmutz und Wasserverunreinigung, Personalengpässe und steigende Löhne, knapper und ständig teurer werdender Boden. In den ersten Jahrzehnten konnte sich - analog zum Thünenschen Konzept der konzentrischen Intensivierungsstufen - die Milchproduktion im Ruhrgebiet und in dessen unmittelbarer Peripherie halten. Wie sahen die Betriebe dieser ersten Entwicklungsphase aus? Wie entstand ein Milchhandel, wie entwickelte sich die hier entstehende Milchwirtschaft im Weltkrieg und in der Weimarer Republik? Wie erfuhr sie, wie reagierte sie auf konjunkturelle und organisatorische Krisen?

Bevor wir solchen Fragen näher nachgehen noch einige Bemerkungen zu den prägenden Rahmenbedingungen der Herausbildung der Milchwirtschaft. Diese liegen zunächst und vor allem in der Eigenart des Produkts. Milch enthält in Form einer Lösung (Emulsion) grundlegende Bestandteile unserer Ernährung: Eiweiß, Kohlehydrate, Fette, Mineralstoffe und Vitamine. Ihr Wert als nahezu ideales Nahrungsmittel war seit langem ebenso bekannt wie die Techniken ihrer Weiterverarbeitung zu Käse, Butter, Dickmilch, Rahm und Quark. Immer wieder entstanden aus diesem Rohstoff neue Produkte, z.B. Trockenmilch oder Joghurt.

² Vgl. U. Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Berichte über Landwirtschaft Sonderheft 202), Bd. 1, Hamburg und Berlin 1989, S. 119-121. Vgl. auch Wilhelm: „Landläufig wird der Erlass des Milchgesetzes vom 15. 7. 1930 als Geburtsstunde der Trinkmilchmarktordnung angesehen.“ F. Wilhelm, Abriß der milchwirtschaftlichen Marktordnung. Darstellung und Wertung der deutschen Milchmarktordnung, Hildesheim 1956, S. 47.

Ähnlich bekannt wie die Vorteile dieses Produkts sind seine den Verbrauch wie die Vermarktung begrenzenden Nachteile: Milch ist ein idealer Boden für Bakterien und deshalb nur gering haltbar. Sie gehörte um 1900 zu den empfindlichsten aller Handelswaren. Im Zusammenhang mit der hohen Säuglingssterblichkeit, vor allem in den Sommermonaten (Brechdurchfall), war sie früh in Verruf und ins Visier der Gesundheitsreformer geraten. Probleme der Nahrungsmittelhygiene von Milch beschäftigten früh und anhaltend die Gesundheitspolizei. Das hatte Folgen für die Produzenten, die Verteiler, aber letztlich auch für die Konsumenten.³

Das Grundproblem der bäuerlichen Produktionsstruktur, die Vielzahl und Vielfalt der Produzenten, machte sich bei der Milchwirtschaft in besonderem Maße negativ bemerkbar. Aus der großen Zahl, den unterschiedlichen Größen und den vielfältigen Betriebsformen der milchliefernden Bauernhöfe ergab sich eine besonders heterogene Interessenlage und damit fast zwangsläufig eine schwache Marktposition. Milch fiel in fast allen bäuerlichen Betrieben an. Der Direktverkauf von Milch im Umkreis des Hofes - er lag in den Händen der Bäuerin, die auf tägliches bares Haushaltsgeld angewiesen war - hatte eine lange Tradition, blieb aber im Umfang gering. Die Vermarktung größerer Mengen war dagegen Sache des Bauern und extrem standortabhängig. Das Verkaufsprodukt, das den meisten Profit einbrachte, war die Trinkmilch. „Werkmilch“ war dagegen diejenige Milch, die im Betrieb oder außerhalb meist zu Butter oder Käse verarbeitet wurde. Innerhalb des Betriebes verblieben Milch und deren Nebenprodukte zum Eigenverbrauch. Ein nicht unerheblicher Teil wurde an die Kälber oder Schweine verfüttert. Je nach Größe des Betriebes und dessen Produktionsschwerpunkten nahmen diese vier Verwertungsarten einen unterschiedlichen Anteil der Rohmilch in Anspruch.⁴

Nicht nur im Produktionsbereich, auch auf dem Gebiet der Distribution wurde der milchliefernde Bauer mit bekannten, aber verschärften Problemlagen konfrontiert. Die Vermarktung von Milch führte zu einem extrem verästelten Warenstrom. Sie mußte von Millionen Haushalten der Produzenten zu Millionen Einzelhaushalte der Konsumenten gelangen. Großabnehmer wie Fabriken, Kasernen und Krankenhäuser gewannen im Ruhrgebiet bis zur Jahrhundertwende und darüber hinaus für den Milchmarkt kaum prägende Bedeutung. Diese weiten, verästelten Wege verbanden sich aber zugleich mit der Notwendigkeit, die leicht verderbliche Ware so schnell wie eben möglich umzuschlagen. Das heißt: der Verteilungsbereich besaß entscheidende Bedeutung und beanspruchte einen hohen Kostenanteil. Neben der Verderbrate (die im Untersuchungszeitraum sukzessiv sank) trugen hierzu vor allem die hohen Aufwendungen für Lagerung, Transport und Kontrollen bei. Dies war eine Erfahrung, die für den Bauern neu war. Die im Vergleich mit anderen Nahrungsmitteln extrem hohen Preisspannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen für Milch führten bis in die zwanziger Jahre hinein immer wieder zu gravierenden Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen, die an der Milchwirtschaft beteiligt waren.

³ Vgl. zur Milch und Milchhygiene aus zeitgenössischer medizinischer Sicht: *H. Dehring*, Die Gefahren des Milchverkehrs und ihre Verhütung unter besonderer Berücksichtigung der übertragbaren Krankheiten, Diss. med. Berlin 1930.

⁴ Nach einer Befragung in Westfalen aus dem Jahre 1934 wurden 27 Prozent der gewonnenen Milch im Betrieb verfüttert, 1 Prozent waren Eigenverbrauch, 16 Prozent wurden als Trinkmilch und 57 Prozent als Werkmilch verwertet.

Schließlich war auch die Nachfrageseite nicht frei von Unwägbarkeiten und Belastungen. Der Milchverbrauch erfolgte zwar täglich, war aber alles andere als konstant. Eine früh einsetzende Werbung und die öffentliche Förderung im Kontext der Gesundheitsreformbewegung ließen Milch seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zum Massenkonsumartikel werden. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Milch und Milchprodukten steigerte sich zwischen 1870 und 1913 von 283 kg pro Jahr auf 397 kg, zwischen 1925 und 1938 von 330 kg auf 391 kg, nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte der Pro-Kopf-Verbrauch sein Maximum Ende der sechziger Jahre mit 372 kg pro Jahr.⁵ Dieser Pro-Kopf-Verbrauch differierte aber stark nach verschiedenen Konsumentengruppen. Fast unverzichtbar war Milch für Kinder im ersten Lebensjahr, wenn sie nicht gestillt wurden; wichtiges Grundnahrungsmittel war sie für heranwachsende Kinder. Nach einer Untersuchung im Ruhrgebiet aus dem Jahre 1926⁶ lag der tägliche Milchverbrauch bei Kindern unter sechs Jahren bei 0,54 l, bei Kindern zwischen sechs und vierzehn Jahren bei 0,38 l und bei Personen über vierzehn Jahren bei nur 0,18 l. In der Regel war der Milchkonsum auf dem Land höher als in den Städten. Entscheidend für den Ruhrgebietsmarkt war die Arbeiternachfrage, die beträchtlich niedriger lag als die anderer Schichten. Die erwähnte Untersuchung gibt den durchschnittlichen Tagesverbrauch von Angehörigen der Gruppe „Arbeiter und Angestellte“ mit 0,26 l an, der von Angehörigen der Gruppe „Beamte und freie Berufe“ lag danach bei 0,38 l. Arbeiternachfrage hieß für unseren Untersuchungszeitraum aber durchweg auch instabile Nachfrage. Auf der Ebene des Milchverbrauchs reagierten die Arbeiterfamilien viel schneller und rigoroser auf Konjunkturwechsel mit Konsumeinschränkungen als auf der Ebene anderer Grundnahrungsmittel, und gleiches gilt für das Milchprodukt Butter, das in Krisenzeiten umgehend durch die billigere Margarine oder andere Substitute ersetzt wurde.

Zuletzt noch ein Hinweis zur Eigenart des Ruhrgebiets als Vermarktungsraum der Milch. Diese Industrie- und Stadtregion hat sich während unseres Untersuchungszeitraums permanent ausgedehnt. Entsprechend flüssig war seine Verwaltungsorganisation, die ohnehin von Anfang der Industrialisierung an nicht homogen war. Wir haben es hier mit einem Verwaltungsgebiet zu tun, dessen Städte- (z.B. durch Eingemeindungen) und Kreisgrenzen in dauernder Bewegung waren, und das zudem auf drei Regierungsbezirke, die zu zwei verschiedenen Provinzen gehörten, aufgeteilt war. Das lokale Verordnungs- und Kontrollwesen zur Milchvermarktung gestaltete sich entsprechend vielfältig. Und diese Unübersichtlichkeit setzte sich im Ersten Weltkrieg mit zwangswirtschaftlichen Maßnahmen, die von Stadt zu Stadt recht unterschiedlich waren, fort. Auch für die Ausbildung des Milchhandels blieb diese Raum- und Verwaltungsstruktur nicht folgenlos: der Absatz von ortsansässigen Groß- und Kleinhändlern beschränkte sich auf die jeweiligen Städte; überstädtisch agierende Handelsorganisationen kamen nicht auf den Weg; die Verteilungsstrukturen und dementsprechend die Macht und der Einfluß der Händler differierten von Stadt zu Stadt.

5 Zahlen gerundet, nach: *H. J. Teuteberg*, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850 - 1975). Versuch einer Langzeitanalyse, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 19, 1979, S. 331-388, hier: S. 344-349. Zu Recht verweist Teuteberg darauf (S. 384), daß die Milch nach dem Zweiten Weltkrieg hochwertiger war.

6 *A. Schürmann*, Die Milchversorgung des Ruhrkohlenbezirks. Eine Untersuchung über die Grundlagen der Organisation des Milchabsatzes (Berichte über Landwirtschaft Sonderheft 18), Berlin 1929, S. 12-16.

II. Die Entwicklung der Milchwirtschaft

1. Milchproduktionsbetriebe

Traditionell diente die Kuh im landwirtschaftlichem Betrieb als Zugtier, Fleischlieferant und Düngerproduzent. Das Nebenprodukt Milch wurde vor allem an Kälber und Schweine verfüttert, zu einem geringen Teil wurde es zu Butter oder Käse verarbeitet oder als Trinkmilch für den eigenen Haushalt verwendet. Der Verkauf von Trinkmilch, Butter und Käse spielte eine untergeordnete Rolle für die Betriebsführung. Mit der Ausbildung der intensiven Milchwirtschaft im 19. Jahrhundert rückte die Milch zum Hauptprodukt vieler landwirtschaftlicher Betriebe auf. Dabei entwickelte sich schon recht früh eine intensive Betriebsform der Milchwirtschaft: der „Abmelkbetrieb“.⁷

Die „Abmelkbetriebe“ waren moderne, dem Markt angepaßte Produktionsstätten von Milch.⁸ In seiner reinen Form handelte es sich hierbei um einen Betrieb, der nur vom Milchverkauf existierte, selbst keine Rinder aufzog, sondern ständig hochtragende oder frischmelkende Milchkühe hinzukaufte. Diese molk man so lange ab, bis der Milchertrag unter ein bestimmtes Minimum fiel (je nach den Verhältnissen 6-10 Liter pro Tag). Im Durchschnitt verblieben diese Kühe 300-500 Tage im Abmelkstall. Dann verkaufte man sie nach kurzer Mastzeit zum Schlachten. Viele Abmelkbetriebe besaßen keine landwirtschaftliche Nutzfläche, die meisten nur wenig: Futter mußte permanent hinzugekauft werden. Der Kraftfutteranteil war bei den Abmelkbetrieben sehr hoch. Zum einen wurde damit die Milchproduktion erhöht, zum anderen mästete man die Kühe schon während der Abmelkzeit mit dem Ziel, diese später als fette Schlachtkühe günstig zu verkaufen.

Im Unterschied dazu stand bei der intensiven Milchwirtschaft der „Aufzuchtbetrieb“. Milchkühe wurden hier aufgezogen und etwa sechs bis achtmal zum Kalben gebracht, bevor sie zur Schlachtbank geführt wurden. Standen im Abmelkstall fast nur milchgebende Kühe in ihrem produktivsten Alter (zwischen vier und sieben Jahren), so hatten die Aufzuchtwirtschaften noch jüngere und ältere Milchkühe, Färsen, ein oder zwei Zuchtbullen und einen großen Anteil an Kälbern in ihrem Bestand. Voraussetzung für eine Aufzuchtwirtschaft war der Besitz von ausreichend Land zur Fütterung der Kühe (Weide und Futterflächen). Zwar konnten in einem Aufzuchtbetrieb Kühe mit hoher Milchleistung herangezüchtet werden, während man die nicht so leistungsfähigen Milchkühe verkaufte, doch insgesamt erbrachte eine Milchkuh in der Aufzuchtwirtschaft nicht soviel Milch zum Verkauf wie eine Kuh in der Abmelkwirtschaft. Denn in der Aufzuchtwirtschaft hatten die Milchkühe immer laktationsfreie Phasen und ein Teil der Milch wurde zur Verfütterung verwendet. Aber diese Betriebsform zog ihren Gewinn nicht nur aus dem Verkauf von Milch und Milchprodukten, sondern auch aus dem Verkauf von Schlachtvieh, Milchkühen und Kälbern. In der Regel

⁷ Schon Dieterichs beschreibt diese Betriebsform, ohne allerdings den Begriff „Abmelkbetrieb“ zu verwenden, diese Betriebe machte er in der Nähe Berlins fest; *I. F. C. Dieterichs*, Ueber Milch- und Kuhwirthschaft im nördlichen Deutschland in Nähe großer Städte, Berlin 1856.

⁸ Vgl. hierzu *H. Quast*, Der Milchwirtschafts- und Molkereibetrieb, in: Handbuch der Milchwirtschaft, Bd. 3/1, Wien 1935, S. 1-20, hier: S. 12-14. Zu den Abmelkbetrieben im Ruhrgebiet vgl. auch: *H. Reif*, Landwirtschaft im industriellen Ballungsraum, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Band 1, S. 337-393; hier: S. 358-362.

hatten die Aufzuchtbetriebe noch eine größere Palette an pflanzlichen und tierischen Produkten; besonders die Schweinemast war oft mit der Milchviehzucht gekoppelt.

Gegenüber dem Aufzuchtbetrieb war der Abmelkbetrieb eine hochspezialisierte, risikoreiche Wirtschaftsform, der nur von dem Verkauf eines einzigen Produktes, der Milch, existierte. Der Kapitalaufwand war enorm. Im Vergleich zu den Aufzuchtwirtschaften hatten die Abmelkbetriebe höhere Futtermittelkosten, da sie mehr Futter, vor allem mehr Kraftfutter, hinzukaufen mußten. Auch waren die Löhne (insbesondere für Melker) in den städtischen oder stadtnahen Abmelkbetrieben höher als in den auf dem Lande gelegenen Abmelkbetrieben. Ein weiterer wichtiger Kostenfaktor war die Neuanschaffung von Milchkühen, nur zum Teil konnten diese Kosten durch den Verkauf von Schlachtvieh wieder heringeholt werden. Maßgeblich für die Betriebsrechnung war die Spanne zwischen dem Kaufpreis der Milchkühe und dem Verkaufspreis der Schlachtkühe. Diese Spanne vergrößerte sich aber kontinuierlich während unseres Untersuchungszeitraumes.⁹ Vor allem diese drei Faktoren, Futtermittelpreise, Löhne und die Spanne von Milchviehpreisen und Schlachtviehpreisen, bedingten die höhere Kapitalintensivität der Abmelkbetriebe gegenüber den Aufzuchtbetrieben, die durch größere Milchproduktion und höhere Milchpreise ausgeglichen werden mußten. Beim Kauf der Milchkühe bestand das Risiko, eine nur schwach Milchgebende Kuh zu erwerben. Durch den ständigen Einkauf von Kühen aus verschiedenen Betrieben erhöhte sich die Gefahr des Einschleppens von Seuchen, was den gesamten Betrieb gefährden konnte.

Zwischen reinen Abmelkbetrieben und reinen Aufzuchtbetrieben gab es allerdings mannigfaltige Zwischenformen, vor allem in der Nähe der Städte. So gab solche gemischtwirtschaftlichen Betriebe, die einen Teil der Milchkühe selbst aufzogen und einen anderen Teil hinzukaufen. Auch ließ man die aufgekauften Milchkühe noch ein zweites oder drittes Mal kalben, bevor man sie als Schlachtvieh verkaufte. Je nach Konjunktur entwickelten sich die Betriebe mehr zu Abmelk- oder Aufzuchtbetrieben.¹⁰

Trotz der risikoreichen, kapitalintensiven Betriebsform waren in den 1870er Jahren die Abmelkbetriebe in den Städten des Ruhrgebietes verbreitet.¹¹ Denn hier, wo der Boden knapp, teuer und verschmutzt war¹², konnte der Abmelkbetrieb durch Direktverkauf oder Verkauf an die Kleinhändler hohe Milchpreise erzielen, Transportkosten und Zwischenhan-

9 In den 1850er Jahren lag der Verkaufspreis des Schlachtviehs noch um die Hälfte bis zwei Drittel höher als der Einkaufspreis für die Milchkühe; vgl. *Dieterichs*, S. 9. Zu Beginn unseres Untersuchungszeitraumes lagen die Preise von Milchkühen und Schlachtvieh etwa gleich hoch, um 1906 lag der Einkaufspreis für Milchkühe schon um ca. 60 Mark über dem Verkaufspreis für die Schlachtkühe, vor dem Ersten Weltkrieg betrug diese Differenz über 100 Mark. Vgl. *Hansen*, Abmelkwirtschaft und Zuchtbetrieb, in: *Landwirtschaftliche Zeitung für die Rheinprovinz*, 7. Jg., 1906, Nr. 5 u. 6 (S. 62-64 u. S. 78-80), hier: S. 63; *Th. Brinkmann*, Die Stellung des Abmelkbetriebes in der neuzeitlichen Landwirtschaft, in: *Frühlings Landwirtschaftliche Zeitung*, 63. Jg., 1914, S. 433-449, hier S. 443.; *Quast*, S. 13.

10 Vgl. auch *Brinkmann*, S. 449.

11 Vgl. Die Milchwirtschaft in den verschiedenen Gebieten Deutschlands, Hg.: *Milchwirtschaftlicher Verein*, Danzig 1877. Hier wird der Abmelkbetrieb zwar beschrieben, aber nicht als solcher benannt. Zwanzig Jahre später berichtet Schwarz von sogenannten „Abmelk-Wirtschaften“; *C. Schwarz*, Rheinprovinz, in: *Beschreibung der Milchwirtschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reiche*, hg. von Deutscher Milchwirtschaftlicher Verein, Berlin 1895, S. 115-121, hier: S. 116.

12 Vgl. *H. W. Avereck*, Die Landwirtschaft unter dem Einfluß von Bergbau und Industrie im Rheinischen Ruhrkohlengebiet, Diss. staatsw. Leipzig 1912, S. 82-84.

delsspanne waren minimal. In der Nähe von Brauereien, wie in Dortmund, konnte zudem ein besonderes Kraftfutter, der Brauereitreber, günstig eingekauft werden. Bis in die erste Dekade des 20. Jahrhunderts kann man von einer Blütezeit der Abmelkbetriebe im Ruhrgebiet sprechen. Der teilweise rasante Bevölkerungsanstieg in den Städten des Ruhrgebiets garantierte sich vergrößernde Umsätze. Zwar stiegen die Preise für die Milchkühe bei stagnierenden oder fallenden Preisen für das Schlachtvieh, doch sinkende Kraftfuttermittelpreise machten den Abmelkbetrieb noch lohnend.¹³

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet die Abmelkwirtschaft jedoch in eine Krise, die die Anfälligkeit dieser Betriebsform aufzeigt.¹⁴ Im Sommer 1911 führte eine Dürre zu steigenden Futtermittelpreisen. Auf den daraus folgenden Produktionsrückgang reagierte der Handel mit einer Milchpreiserhöhung, die aber nicht die Futtermittelpreiserhöhung voll auffangen konnte. Nach einer kurzzeitigen Milchschwemme im Ruhrgebiet, die durch eine kurzfristige Kaufeinschränkung der Konsumenten verursacht war, machte sich jedoch bald wieder Milchmangel bemerkbar. Zur Bewältigung der Mangelsituation schlossen einzelne Händler mehrmonatige Milchlieferverträge mit Landwirten aus Gegenden mit reinen Aufzuchtbetrieben ab. Nachdem die Verträge abgelaufen waren und sich der Markt beruhigt hatte, waren diese Landwirte gezwungen, die Milch zu einem niedrigeren Preis zu verkaufen, da sie ihre Betriebe auf Frischmilchlieferrung umgestellt hatten. Die hierdurch verursachte Milchschwemme führte dazu, daß in einigen Städten des Ruhrgebietes die Milchpreise gesenkt wurden, was für viele Abmelkbetriebe den Ruin bedeutete.

Während des Ersten Weltkrieges verschwand die Abmelkwirtschaft als Betriebsform im Ruhrgebiet fast vollständig.¹⁵ Sinkende Ernteerträge vor allem aber der Ausfall der Futtermittelimporte führten zu einer immensen Futterlücke. Im Laufe des Krieges sank die Milchleistung der Kühe (vor dem Krieg bei fast 20 l täglich, 1918 bei 3,6 l !!!). Verschärft wurde die Lage noch durch das chaotische System der Zwangswirtschaft. So wurden für Schlachtvieh Erzeugerhöchstpreise festgesetzt, während bei Zucht- und Nutztvieh keine Preisfestsetzung stattfand. Dadurch erhöhte sich die Preisspanne von Milchkühen zu Schlachtvieh für Abmelkbetriebe. Das Schlachtverbot für Kälber unter 75 kg und für Milchkühe unter 7 Jahren bedrohte das System der Abmelkwirtschaft. Viele Abmelklandwirte stellten ihre Betriebe auf Aufzucht um, andere gaben die Milchwirtschaft auf. Die meisten reinen Abmelkwirtschaften verschwanden im Laufe des Krieges. Der Kommunalverband Mülheim konnte einige Abmelkbetriebe durch massive Stützungsmaßnahmen aufrechterhalten, doch diese Rettungsaktion war in diesem Umfange einzigartig im Ruhrgebiet.¹⁶

Erst nach dem Krieg und der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Milch (1921) wurde die Abmelkwirtschaft bei sinkenden Produktionspreisen und steigendem Milchpreis

¹³ Die Milchkühe in den Abmelkbetrieben bekamen sogar manchmal zu viel Kraftfutter, vgl. *J. Altkemper*, Die Landwirtschaft der Kreise Recklinghausen und Gelsenkirchen unter dem Einflusse der Industrie, Bonn 1905, S. 175-176.

¹⁴ Vgl. „Die Milchversorgung des westfälischen Industriegebietes. Von zwei Vereinsmitgliedern“, in: Westfälischer Bauer, 43. Jg., 1912, Nr. 12 (S. 199-203).

¹⁵ Vgl. *H. Steinecke*, Die Milchversorgung des Ruhrkohlenbezirkes im Kriege. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Kommunalpolitik, Diss. staatsw. (MS.) Gießen 1924; *A. Schürmann*, Milchversorgung, S. 25.

¹⁶ Vgl. *W. Gabel*, Die Milchversorgung der Stadt Mülheim a. d. Ruhr vor, während und nach dem Kriege, Diss. phil. Gießen 1926. Vgl. auch: *J. Menzenbach*, Vom Industriebauernhof zur Kleinsiedlung. Entwicklungstendenzen im Kreise Mülheim-Ruhr, Diss. landw. Bonn 1940, S. 25-28.

wieder rentabel. 1926 erreichte die Zahl der Abmelkbetriebe im Ruhrgebiet fast wieder das Vorkriegsniveau.¹⁷

2. Produktionsgebiete

Noch in den 1870er Jahren wurde der Bedarf der Kernzonen des Ruhrgebiets an Frischmilch durch die Abmelkbetriebe in den Städten und in deren unmittelbarer Umgebung gedeckt. Durch die räumliche Ausdehnung des Industrierevierts und das Ansteigen der Bevölkerungsdichte in den folgenden Jahrzehnten konnten die Abmelkbetriebe den Frischmilchbedarf des Ruhrgebiets nicht mehr decken, immer mehr Milch mußte aus entfernteren Gebieten herangeführt werden. Schon bei der ersten großen Untersuchung über den Verbrauch und Bezug von Frischmilch aus dem Jahre 1901¹⁸ lag der Anteil der auf dem Eisenbahnweg eingeführten Milch in die Ruhrgebietsstädte bei ca. 15-30 Prozent. In Essen betrug er sogar über 43,5 Prozent. Ein Vergleich der Aufstellung Mintrops (1901) über den Bezug von Frischmilch verschiedener Ruhrgebietsstädte mit der von Schürmann (1928) belegt die weitere Entwicklung. Der Anteil der in den Städten und in deren Nahzone (mit Fuhrwerk herangeschafft; bis 10 km) produzierten Milch an der Frischmilchversorgung sank, während immer mehr Milch aus fernerer Gebieten mit der Eisenbahn (ab ca. 5 km) eingeführt wurde.

Tabelle 1: Bedarfsdeckung von 13 Ruhrgebietsgemeinden 1901 und 1928, Anteile in Prozent¹⁹

Städte	Eigenerzeugung		Nahzone bis 10 km (Fuhrwerk)		Fernzone (Bahnzufuhr)	
	1901	1928	1901	1928	1901	1928
1. Essen	5,7	3,2	50,8	2,4	43,5	94,4
2. Dortmund	4,4	3,0	58,7	10,4	36,9	86,6
3. Duisburg	17,7	2,8	62,9	7,0	19,4	90,2
4. Bochum	6,9	5,5	78,9	20,0	14,2	74,5
5. Oberhausen	7,0	2,3	39,2	1,4	53,8	96,3
6. Gelsenkirchen	6,8	6,8	58,1	0,0	37,1	93,2
7. Mülheim-Ruhr	7,0	9,4	77,1	12,5	15,9	78,1
8. Recklinghausen	23,3	38,9	71,1	22,2	5,6	48,9
9. Witten	15,8	2,5	81,9	66,7	2,3	30,8
10. Hamm	36,0	16,7	48,3	60,0	15,7	23,3
11. Buer	3,9	21,1	86,1	15,3	10,0	63,6
12. Herne	29,6	12,5	54,0	0,0	16,4	87,5
13. Hörde	6,0	1,0	86,4	46,0	7,6	53,0
insgesamt	10,5	6,4	60,4	11,6	29,1	82,0

¹⁷ Schürmann, Milchversorgung, S. 27. Für Mülheim vgl.: J. Menzenbach, S. 28.

¹⁸ W. Mintrop, Untersuchungen über Erzeugung, Einfuhr, Verbrauch und Verkaufspreise frischer Kuhmilch in 131 Stadt- und Landgemeinden der Provinzen Rheinland und Westfalen, sowie eine Darlegung von sanitären und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Beseitigung der im Milchverkehr bestehenden Mängel, Köln 1903.

¹⁹ Schürmann, Milchversorgung, S. 24. Einige Städte haben ihren Gebietsumfang zwischen 1901 und 1928 erheblich erweitert. Das Ansteigen des Anteils der Eigenerzeugung der Städte Recklinghausen und Buer ist auf die umfangreichen Eingemeindungen dieser Stadtkreise zurückzuführen.

Milchproduktion und Milchvermarktung

Die Entwicklung der Entfernungen der Versandstationen und der von dort abgesandten Milchmenge kann man differenzierter analysieren, indem man zu den Arbeiten von Mintrop und Schürmann noch die statistische Untersuchung von Petersilie mit einbezieht.²⁰ Bei Mintrop lagen die Entfernungen der Versandstationen meist zwischen 4 und 85 km in einigen wenigen Fällen über 100 km. Der Schwerpunkt der Milchversorgung lag in der Zone bis 50 km. Die Untersuchung von Petersilie 1911 zeigt die Dynamik der Entwicklung, die von Schürmann scheint diese zu bestätigen.

Tabelle 2: Entfernungszone der Bahnmilchzufuhr von 6 Bedarfsgemeinden des Ruhrgebietes in den Jahren 1901, 1911 und 1928²¹

Entfernungszone	1901		1911		1928	
	Liter	Anteil (Prozent)	Liter	Anteil (Prozent)	Liter	Anteil (Prozent)
1-25 km	6.571.665	32,5	7.161.682	8,8	4.729.322	3,4
25-50 km	9.278.627	45,9	22.521.461	27,7	18.310.737	12,8
51-75 km	3.918.483	19,4	25.306.849	31,2	53.328.524	37,3
76-100 km	395.447	2,0	17.168.140	21,1	30.630.578	21,4
101-125 km	43.140	0,2	4.180.880	5,2	15.889.017	11,1
126-150 km			4.908.676	6,0	10.922.028	7,6
151-175 km			2.050	0,0	4.946.356	3,5
176-200 km			11.290	0,0	1.274.565	0,9
201-225 km			15.520	0,0	679.260	0,5
226-250 km					1.061.763	0,7
251-275 km					1.124.335	0,8
276-300 km					26.790	0,0
Gesamt	20.207.362	100	81.276.548	100	142.923.275	100

Betrachtet man die Fernzone, so fällt daran auf, daß sich die Grenze des Bereichs der Frischmilchbelieferung stetig nach außen verschob und die Schwerpunkte des Milchbezugs sich auf weiter entfernte Gebiete verlagerten. Schon vor dem Ersten Weltkrieg lag der Schwerpunkt nicht mehr in den Ruhrgebietsstädten und ihrer näheren Umgebung (den klassischen Gebieten der Abmelkwirtschaft), sondern in den Gebieten mit Aufzuchtwirtschaft. Das Liefergebiet umfaßte dabei das Gebiet des Niederrheins und große Teile des Münsterlandes. Hier stellten sich viele Landwirte auf die Frischmilchlieferung um und wandelten ihre Aufzuchtbetriebe in eine gemischte Betriebsform um. Eine Ausdehnung in den Süden war kaum möglich, da die dort gewonnene Milch in die bergisch-märkischen und sauerländischen Industriezentren versandt wurde.

²⁰ E. Petersilie, Die Milchversorgung auf dem Bahnwege in 41 deutschen Grossstädten im Jahre 1911, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, 53. Jg., 1913, S. 1-66.

²¹ Schürmann, Milchversorgung, S. 29, nach: Mintrop, S. 90 ff.; Petersilie, S. 45 ff.; Stat. Urmaterial Verbindungsstelle der Preuß. Hauptlandwirtschaftskammer in Essen. Es handelte sich um folgende größere Städte, die zum Vergleich herangezogen werden konnten: Essen, Dortmund, Bochum, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim.

Mitte der zwanziger Jahre betrug die Entfernungen schon über 200 km. Das Milcheinzugsgebiet reichte weit über Westfalen hinaus in westhannoversche und osnabrücker Gebiete.

Allerdings war die Entwicklung zu immer weiter entfernten Liefergebieten kein kontinuierlicher Prozeß. Vielmehr bedeuteten der Erste Weltkrieg und die unmittelbaren Nachkriegsjahre einen Bruch. Denn mit dem Zusammenbruch der Abmelkwirtschaften und dem gewaltigen Milchmangel wurde die Milch in jenen Jahren aus immer entfernteren Gebieten angeliefert. Die Lieferzone des Ruhrgebietes dehnte sich bis zu 300 km aus. Erst mit der Stabilisierung der Verhältnisse und dem Wiederaufleben der Abmelkwirtschaften ging auch die Belieferung aus weit abgelegenen Gegenden zurück. Nach Schürmann lagen aber 1928 immer noch einige Zulieferer zu weit entfernt.²²

3. Molkereien

Die Ausbreitung von Molkereien ist eng mit der Erfindung eines Gerätes zur Milchverarbeitung verknüpft: der Milchzentrifuge. 1874 stellte Wilhelm Lefeldt auf dem Internationalen Milchkongreß in Bremen mit einem – mißglückten – Versuch eine noch primitive Eimerzentrifuge vor. Wenige Jahre später waren schon brauchbare Milchzentrifugen entwickelt, die bei der in größerem Maßstab betriebenen Trennung der Milch das bisher übliche Sattungsverfahren und das Aufrahmverfahren von Schwartz (1865) ablösten. Stetig verbesserte Milchzentrifugen steigerten die Leistungsfähigkeit der Milchseparation.²³ Die Milchzentrifuge regte eine Gründungswelle von Molkereien in den 1880er Jahren, meist auf genossenschaftlicher Basis, an. Mit ihnen wurde der Arbeitsprozeß der Verbutterung und Verkäsung aus dem landwirtschaftlichen Betrieb herausgelöst. Eine weitere Steigerung der Verbreitung von Molkereien ergab sich aus dem 1883 zuerst eingeführten Verfahren, einen Teil der Molke wieder dem landwirtschaftlichen Betrieb zur Verfütterung zurückzugeben. Dies veranlaßte viele Landwirte mehr oder überhaupt erst Milch an eine Molkerei abzugeben.²⁴

Die Molkereien verbreiteten sich in den Aufzuchtgebieten in der Umgebung des Ruhrgebietes (am Niederrhein und in Westfalen).²⁵ Das Hauptziel dieser „Landmolkereien“ war zunächst die Produktion von Butter, die Käseproduktion spielte in diesen Gegenden eine untergeordnete Rolle.

Nach der Jahrhundertwende entwickelten sich noch zwei andere Arten von Molkereien. In der näheren Umgebung des industriellen Ballungsraumes entstanden Sammelmolkereien. Hier wurde Milch, die mit der Eisenbahn in die Ruhrgebietsstädte transportiert werden sollte, gesammelt, die überschüssige Milch aber zu Butter und Käse verarbeitet. Auch in den Städten selbst entstanden Molkereien. Meist wurden sie aus denselben Gründen wie die

²² Vgl. *Schürmann*, Milchversorgung, S. 30.

²³ Zur Entwicklung der Milchzentrifugen vgl. *W. Winkler*, Geschichte der Milchwirtschaft, in: Handbuch der Milchwirtschaft. Bd. 3/II, Wien 1936, S. 593-703, hier: S. 635-641. *H.-H. Müller*, Aus der Geschichte der Milchzentrifuge, in: *agrartechnik* 41, 1991, S. 275-278. *A. Nachtweh*, Maschinen und Geräte des Molkereiwesens, in: Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland. Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin 1910, S. 300-336, hier: S. 300-317.

²⁴ Vgl. *Petersen*, Kurze allgemeine Uebersicht über die Entwicklung der Milchwirtschaft im Deutschen Reiche, in: Beschreibung, Berlin 1895, S. 5-11, hier: S. 7.

²⁵ Vgl. *H. Schulte*, Die Milchwirtschaft der Provinz Westfalen, Diss. staatsw. (MS) Münster 1924.

Sammelmolkereien gegründet: der Verarbeitung überschüssiger Milch. Im Unterschied zu den Sammelmolkereien, die zum überwiegenden Teil Genossenschaften der Bauern waren, wurden die städtischen Molkereien meist von Händlern errichtet. Die ersten Molkereien in Ruhrgebietsstädten waren wohl Sammelmolkereien, die neben der Butter- und Käseherstellung auch den Verkauf der Frischmilch betrieben. Allerdings bildeten „die Milchhändler oft einen Ring, um eine Molkerei nicht aufkommen zu lassen oder doch zu versuchen, ihr die Milchzuflüsse abzugraben“.²⁶ Die ersten Betriebe, die Milch pasteurisierten, waren kleinere Milchsterilisationsanstalten, die von Kommunen oder Privatleuten eingerichtet wurden. Erst allmählich gingen städtische Molkereien dazu über, Milch zu pasteurisieren. Ein fester Kundenstamm und höhere Preise machten diese Molkereien damit profitabel.

Der Erste Weltkrieg und die Ausdehnung des Frischmilchliefergebietes bewirkten eine völlige Umstellung der Landmolkereien. Die Molkereien am Niederrhein und in Westfalen versandten nun Konsummilch ins Ruhrgebiet.²⁷ Die Grenze des Bezuges dehnte sich sogar über die Provinz Westfalen hinaus aus. Die meisten Molkereien pasteurisierten die Milch. Nach der Zwangswirtschaft brachten die wieder erstarkenden Abmelkwirtschaften den Molkereien eine starke Konkurrenz, doch abgesehen von den ganz entfernt liegenden Molkereien blieben die Landmolkereien Konsummilchzulieferer für das Ruhrgebiet. In den zwanziger Jahren bildeten sich nicht nur neue Sammelmolkereien, auch die Menge der verarbeiteten Milch pro Molkerei nahm zu.

Die Molkereistatistiken unterscheiden zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsmolkereien (darunter auch andere Rechtsformen landwirtschaftlicher Personengemeinschaften), Privatmolkereien (das sind nur von nichtlandwirtschaftlichen Unternehmern und Gesellschaften betriebene Molkereien) und Gutsmolkereien. Letztgenannte spielten im Rheinland und in Westfalen kaum eine Rolle. Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1927 überwogen zahlenmäßig am Niederrhein die Genossenschaftsmolkereien, in Westfalen die Privatmolkereien. Allerdings hatten die Privatmolkereien im Durchschnitt eine geringere Produktionskapazität als die Genossenschaftsmolkereien.²⁸ Nach Schürmann gab es in den Hauptliefergebieten des Niederrheins und Westfalens 1926/1927 insgesamt 99 Genossenschaftsmolkereien mit einer täglichen Milchanlieferung von 2.453.000 l und 127 Privatmolkereien mit einer Milchanlieferung von 1.152.000 l.²⁹

Ende der zwanziger Jahre waren alle westfälischen Molkereien in einem Verband organisiert: dem „Molkereiverband für Westfalen und Lippe“, während in der Rheinprovinz neben einem Genossenschaftsverband ein Verband der Privatmolkereien und einige Bezirksverbände existierten.

²⁶ *Waldeyer*, Provinz Westfalen, in: Beschreibung, S. 160-163, hier: S. 162.

²⁷ Vor dem Ersten Weltkrieg verbutterten diese Molkereien etwa 80 Prozent der angelieferten Milch. 1926 wurden von ihnen ca. 70 Prozent der angelieferten Milch als Frischmilch abgesetzt; vgl. *Schürmann*, Milchversorgung, S. 46 und S. 51.

²⁸ Vgl. Tabelle A II, in: Die Lage der deutschen Milchwirtschaft. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der dt. Wirtschaft. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Lw. 2, Bd. 15, Berlin 1931, S. 121-122.

²⁹ Vgl. *Schürmann*, Milchversorgung, S. 47-49.

4. Verteilung in den Städten

Der kürzeste Weg zwischen Erzeugung und Verbrauch der Frischmilch war der Direktverkauf. Die Abmelkbetriebe verkauften die Milch am Hof oder, was vor allem bei kleineren Betrieben vorkam, lieferten die Milch an viele Einzelkunden. Doch schon früh blühte bei der Milchversorgung der Kleinhandel auf.³⁰ „In der ersten Phase seiner Herausbildung – etwa bis zur Wende des Jahrhunderts – drängten sich in dieses Geschäft alle möglichen Elemente herein, die in anderen Berufen ihren Lebensunterhalt nicht zu verdienen vermochten. Das geringe Kapitalbedürfnis und ein Mindestmaß an Sachkenntnis ließen den Milchkleinhandel für manche fragwürdige Existenz als letzten Notanker erscheinen.“³¹ Klagen über gepanschte, verunreinigte oder verdorbene Milch, die einige Händler verkauften, waren häufig. Erst allmählich bildete sich ein Händlerstand heraus, der an einer sachgemäßen Verteilung der Milch interessiert war. Es waren dies Händler, die ihr Gewerbe als Vollberuf ausübten, größere Milchmengen umsetzten und die Entwicklung von wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zusammenschlüssen vorantrieben. Sie hatten ebenso wie die Erzeuger, die Kommunen und die Konsumenten ein Interesse an der Eindämmung des nebenberuflichen Kleinhandels.

Die Kleinhändler verteilten die Milch per Pferde- oder Handwagen an die einzelnen Haushalte. Ende der zwanziger Jahre gab es zwar schon Läden, die Milch verkauften. Doch konnten diese, trotz niedrigeren Milchpreises, nicht mehr als 10-15 Prozent des Umsatzes erreichen. Der „ambulante Hausverkauf“ hatte nämlich einen großen Vorteil: „Durch das ständige Erscheinen ihres ‘Milchmannes’ wird die Hausfrau veranlaßt täglich ein bestimmtes Quantum Milch abzunehmen, auch wenn sie vielleicht im Augenblick der Abnahme noch keine feste Verwendung dafür hat; damit wird das bei der leicht verderblichen Milch relativ große Marktrisiko tragbar gemacht.“³²

Bis zum Ersten Weltkrieg bezogen die Kleinhändler ihre Milch von den Abmelkbetrieben oder von den Bahnstationen. Bei der auf dem Bahnwege angelieferten Milch fanden sich auch Ansatzpunkte zur Organisation der Kleinhändler. Durch Zusammenschluß mehrerer Kleinhändler zum gemeinsamen Bezug von Bahnmilch in „Einführer“- oder „Einfuhr“-vereinen (auch in Genossenschaften) konnte der Bezugspreis der aus entfernteren Gegenden importierten Milch gesenkt werden. Doch nur ein geringer Teil der Kleinhändler schloß sich zu solchen Unternehmungen zusammen. Die meisten Kleinhändler, insbesondere jene, die nur wenig Milch umsetzten, waren auf die Großhändler angewiesen. Der Milchgroßhandel organisierte den Milchbezug von Landmolkereien oder Landwirten aus entfernteren Gegenden; meist wurden hierzu langfristige Lieferverträge abgeschlossen. In der Regel verkaufte er die Frischmilch morgens auf den Bahnstationen an die Kleinhändler. Milch, die er nicht verkaufen konnte, mußten die Absender wieder zurücknehmen. Die Kleinhändler jedoch konnten ihre überschüssige Milch nicht mehr an den Großhändler zurückgeben. Das Risiko,

30 Eine neuere Untersuchung zum Milchhandel in München bis zum Ersten Weltkrieg bietet: *U. Spiekermann*, *Milchkleinhandel im Wandel. Eine Fallstudie zu München 1840-1913*, in: *Scriptae Mercaturae* 27, 1993, S. 91-145.

31 *A. Schürmann*, *Westdeutschland als Markt für Milch und Milcherzeugnisse (Berichte über Landwirtschaft Sonderheft 81)*, Berlin 1933, S. 151.

32 *Ebda.*, S. 155

bei geringer Nachfrage die Restmengen weiter zu verarbeiten oder zu entsorgen, wälzten die Großhändler auf die Landwirte, Molkereien und Kleinhändler ab.³³

Der Erste Weltkrieg brachte auch beim Handel gewaltige Umbrüche. Das Zurückdrängen der Abmelkbetriebe und sinkende Milchproduktion bedingten die Ausdehnung des Liefergebietes in immer entferntere Orte. Zwangswirtschaftliche Bestimmungen verboten den Hausverkauf. Lediglich ein konzessionierter Ladenverkauf durch hauptberufliche Kleinhändler war zugelassen. Die Zahl der Kleinhändler sank um ein beträchtliches.

Zur Milchversorgung während des Krieges wurden in fast allen Städten des Ruhrgebietes „Milchversorgungsgesellschaften“, kurz „Milchhöfe“ genannt³⁴, gegründet. Die Zusammensetzung der Gesellschaften war in den Städten des Ruhrgebietes recht unterschiedlich. Nur selten handelte es sich dabei um rein städtische Unternehmen. Meist waren daran noch der Handel oder Erzeugerorganisationen beteiligt, seltener auch Konsumentenorganisationen. Die Gesellschaften verpflichteten Landwirte und Landmolkereien zur Milchabgabe, kauften auch Landmolkereien auf. In den Städten kauften oder pachteten sie die Molkereien oder bauten neue auf.

Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Währungsstabilisierung gerieten die Milchhöfe in Schwierigkeiten, denn mit dem Wegfall der Zwangsablieferung von Landwirten und Landmolkereien und der Zwangsabnahme der Einzelhändler waren sie der Konkurrenz auf dem freien Markt ausgeliefert. Viele Milchhöfe wurden aufgelöst und lediglich in 9 Ruhrgebietsstädten konnten sich Milchhöfe halten, allerdings meist nur unter größerer Beteiligung von Handel und Erzeugerorganisationen.

Der vorwiegend kommunale Charakter der Milchhöfe verschwand. Wo der Handel in scharfe Konkurrenz zum Milchhof trat, wie etwa in Dortmund, büßte der Milchhof seinen Marktanteil ein und geriet in finanzielle Schwierigkeiten.³⁵

Konkurrenzfähig blieben die Milchhöfe, wenn sie Händler und Erzeugerorganisationen einbinden konnten. Vor allem konnten sie aber durch die Verschiebung ihres Aufgabengebietes leistungsfähig bleiben. Immer weniger Milch bezogen die Milchhöfe von den Landmolkereien; Hauptanlieferer wurden die Abmelkbetriebe in und in der Nähe der Stadt. Die Milch verarbeitete und verkaufte der Milchhof an Einzelhändler meist als pasteurisierte Kannenmilch oder, in noch geringem Maße, als Flaschenmilch. Einige Milchhöfe übernahmen sogar die Kannenreinigung und stellten spezielle Milchtransportwagen den Einzelhändlern zur Verfügung. Schließlich fiel es in ihren Aufgabenbereich, die täglich überschüssige Milch zu verarbeiten.³⁶

³³ Vgl. ebda., S. 154

³⁴ Unter „Milchhöfen“ im engeren Sinne versteht man in den Städten gelegene Molkereien, welche es sich vorwiegend zur Aufgabe gemacht haben, Trinkmilch vor Abgabe an den Verbraucher am Verbrauchsort der Bearbeitung (Erhitzung und Tiefkühlung) zu unterziehen“; Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, S. 39. Meist setzte sich doch dieser Begriff für die Milchversorgungsgesellschaften durch; auch in diesem Aufsatz wird der Begriff so gebraucht. Bei den Befragungen der Kommunen durch den Deutschen Städte-tag führte die Doppelbenutzung dieses Begriffs zu Verwirrungen.

³⁵ Vgl. Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, S. 263-267.

³⁶ Ebda., S. 265; vgl. Schürmann, Westdeutschland, S. 164-165.

Tabelle 3: Milchhöfe im Ruhrgebiet 1927³⁷

Stadt	Beteiligung am Milchhof in Prozent des Kapitals			Anteil der Milchhöfe am Umschlag (in Prozent)
	Stadt	Handel	Landwirtschaft	
Essen	33,3	33,3	33,3	75
Dortmund	50	0	50	19
Duisburg	65	30	5	66
Bochum	5	60	35	73
Mülheim	33,3	33,3	33,3	50
Hamborn	33,3	33,3	33,3	91
Oberhausen	50	50	0	89
Recklinghausen	33,3	33,3	33,3	57
Düsseldorf	50	0	50	29

Die Zahl der Einzelhändler vergrößerte sich nach dem Wegfall der zwangswirtschaftlichen Konzessionspflicht. Dies führte nicht nur dazu, daß den bisherigen, hauptberuflichen Einzelhändlern wieder eine unerwünschte Konkurrenz erwuchs, auch die unsachgemäße Verteilung der Milch (Verschmutzung, Verpanschen) erreichte schon fast wieder die Vorkriegszustände. Eine Änderung trat erst durch die Einführung eines Konzessionszwanges ein. Die Reichsmilchverordnung vom 6. Juni 1924 hatte den Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern ein Konzessionsrecht eingeräumt. Dies wurde durch eine Verordnung vom 4. Juli 1925 aufgehoben, aber mit dem Gesetz über den Milchverkehr v. 23. Dezember 1926 wieder festgeschrieben. Nicht in allen Städten wurde der Konzessionszwang eingeführt, und die Konzessionierung wurde in jeder Stadt verschieden gehandhabt.³⁸ Der Zweck des Konzessionszwanges war, „den Vertrieb von Milch an den Verbraucher nur in die Hand solcher Personen gelegt zu sehen, welche für die ordnungsgemäße Behandlung und Aufbewahrung eines so empfindlichen Erzeugnisses wie die Milch Gewähr bieten.“³⁹ In diesem Sinne erfolgte eine Beschränkung der Zahl der Einzelhändler dahingehend, „daß die Konzessionierten zu einem möglichst großen Tagesumsatz gelangen, welcher ihnen eher die Möglichkeit bietet, die erforderlichen Einrichtungen zu unterhalten.“⁴⁰

Im Ruhrgebiet reduzierte eine scharfe Konzessionierung die Zahl der Einzelhändler in den Städten erheblich. So gab es in Hamborn 1926 nur noch 52 Einzelhändler gegenüber 110 im Jahre 1913, in Mülheim nur noch 95 statt 153. Für das Ruhrgebiet insgesamt stellte Schürmann fest, daß 1927 auf 1000 Einwohner 0,66 Kleinhändler kamen; bei der Untersuchung des Deutschen Städtetages wurden für 87 Städte insgesamt eine Zahl von 1,1 Kleinhändlern

37 Schürmann, Westdeutschland, S. 162 u. 164.

38 Vgl. E. Hofmann, Die Milchversorgung der deutschen Städte. Bearb. auf Grund einer Umfrage des Deutschen Städtetages vom Dezember 1926 (Schriftenreihe des Deutschen Städtetages H. 3), Berlin [1927], S. 70-85.

39 Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, S. 45.

40 Ebda. In vielen Städten wurde eine Mindestumsatzmenge für konzessionierte Händler eingeführt; vgl. Schürmann, Westdeutschland, S. 152.

pro 1000 Einwohner und Milchtell (fast doppelt so viel wie im Ruhrgebiet).⁴¹ Als Ergebnis der Reduzierung der Zahl der Kleinhändler kam es zu einer Steigerung des Umsatzes der einzelnen Kleinhändler. Im Schnitt setzte der Einzelhändler 308 l Milch pro Tag um. Händler, die weniger als 100 l pro Tag umsetzten und vor dem Krieg das Gros der Einzelhändler ausmachten, waren Ende der zwanziger Jahre kaum noch anzutreffen.⁴²

Die Konzessionierungen stärkten die Stellung der Einzelhändler. Im Ruhrgebiet durchliefen Ende der zwanziger Jahre 43 Prozent des Milchabsatzes den Weg: Erzeuger – Landmolkerei – Kleinhändler – Verbraucher. Der Verkehr zwischen Molkerei und Händler vollzieht sich denkbar schnell und einfach: „Die Bestellung erfolgt mittels telefonischen Anrufs meist für einen kürzeren Zeitraum; da ein erfahrener Händler durchweg ein gutes Abschätzungsvermögen für die täglichen Schwankungen des Verbrauchs hat, bleiben selten nennenswerte Überstände.“⁴³ Gegenüber der Vorkriegszeit hatten sich die Einfuhrvereine und -genossenschaften der Kleinhändler vermehrt. In einigen Städten des Ruhrgebiets errichteten diese sogar Verarbeitungsbetriebe für die überschüssige Milch und Frischmilchmolkereien, oft zusammen mit Erzeugern.

In den zwanziger Jahren schlossen sich Einzelhändler zunehmend zusammen, um Kleinhändler, die die Milch billiger verkauften, zu bekämpfen. Hierbei veräußerten sie die „Kampfmilch“ solange zu niedrigstem Preise, bis der Unterbieter wirtschaftlich zusammenbrach. Stark war auch die Stellung der Einzelhändler gegenüber Behörden, Großhändlern, Milchhöfen und Erzeugerorganisationen. Denn gerade im Ruhrgebiet waren Ende der zwanziger Jahre von 2110 Einzelhändlern 1990 (94 Prozent) in Interessenverbänden organisiert. Allein 1840 Einzelhändler waren Mitglieder im „Rheinisch-Westfälischen Milchhändlerverband“. Vor allem dieser Verband trug zur Vergewerblichung/Professionalisierung der Kleinhändler bei, förderte auf verschiedene Weisen die Hygiene der Milchverteilung und sicherte die Gewinne der Kleinhändler, insbesondere durch seine Vertreter in den Milchpreisausschüssen. Allerdings führte die Preispolitik dieses Verbandes auch schon zu einer „monopolistische[n] Fixierung wirtschaftlich nicht berechtigter Händlergewinne“.⁴⁴

Demgegenüber verschlechterte sich die Lage der Großhändler im Ruhrgebiet nach dem Ersten Weltkrieg rapide. Bis 1914 hatten sie noch eine fast monopolartige Stellung bei der Eisenbahnzufuhr der Milch. Ihre Beteiligung an den Milchversorgungsgesellschaften während der Zwangswirtschaft garantierte ihnen noch gute Gewinne. Denn durch die Mitarbeit an der Zulieferung der Milch und durch Zurverfügungstellung von Einrichtungen kassierten die Milchgroßhändler einen recht hohen Anteil des Verkaufspreises. Durch die Konzessionierungen der Einzelhändler in den zwanziger Jahren konnten diese ihre Stellung auch bei der Eisenbahnzufuhr ausbauen. Indem die Einzelhändler nun größere Milchmengen bezogen, insbesondere wenn sie sich noch in Einfuhrvereinen zusammenschlossen, konnten sie den Großhandel sukzessive verdrängen. Im Ruhrgebiet gab es 1927 nur noch 17 Großhändler,

⁴¹ Schürmann, Milchversorgung, S. 86; Hofmann, S. 66-69. Zum Vergleich: Für Berlin wurden 1,14 Kleinhändler auf 1.000 Einwohner ermittelt.

⁴² Vgl. A. Buerbaum, Die Milchverteilungssysteme im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. landw. Düsseldorf 1933.

⁴³ Schürmann, Westdeutschland, S. 154.

⁴⁴ Schürmann, Westdeutschland, S. 160. Dagegen hoffte Schürmann in seiner Dissertation noch, daß die Konzessionierungspolitik auch zum Preisabbau führen würde: Schürmann, Milchversorgung, S. 90.

ihr Anteil am Milchhandel lag bei ca. 6 Prozent. Nur dort, wo der Großhandel eigene Molkereien einrichtete und Serviceleistungen für Einzelhändler anbot, wie etwa die Kannengestellung oder den Transport der Milch zu den Verteilern, konnte er sich noch behaupten.

Wie die folgende Tabelle zeigt, hatten sich die Absatzwege der Konsummilch bis Ende der zwanziger Jahre gewaltig verschoben.

Tabelle 4: Absatzwege der Frischmilch im Ruhrgebiet 1927⁴⁵

Absatzweg	Liter	Anteil (in Prozent)
1. Erzeuger - Verbraucher	62.800	8,2
2. Erzeuger - Kleinhändler - Verbraucher	134.400	17,5
3. Erzeuger - Molkerei - Kleinhändler - Verbraucher	322.900	42,1
4. Erzeuger - Großhändler - Kleinhändler - Verbraucher	-	-
5. Erzeuger - Molkerei - Großhändler - Verbraucher	45.700	6,0
6. Erzeuger - Milchhof - Kleinhändler - Verbraucher	39.000	5,1
7. Erzeuger - Molkerei - Milchhof - Kleinhändler - Verbraucher	162.200	21,1
Tagesmenge der Konsummilch	767.000	100,0

Gegenüber der Vorkriegszeit war im Ruhrgebiet die Stellung der Großhändler fast zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Die im Ersten Weltkrieg entstandenen neuen Handelsorganisationen, die „Milchhöfe“, waren im Ruhrgebiet mit immerhin 26 Prozent an der Frischmilchbelieferung beteiligt. Bei 60 Prozent des Frischmilchabsatzes traten Einzelhändler ohne Zwischenschaltung von Milchhöfen oder Großhändlern auf. Diese starke Stellung ist vor allem auf die Konzessionierungspolitik in den zwanziger Jahren zurückzuführen. Als Gegenbeispiel nennt Schürmann vor allem die Stadt Köln. Hier führte eine recht lasche Konzessionierung zu einer Vielzahl von Einzelhändlern, die einen recht kleinen Umsatz hatten. Die Großhändler hatten hier eine starke Stellung, an ca. 47 Prozent des Milchabsatzes im Kölner Raum waren Großhändler beteiligt. Durch die große Zahl von Kleinsthändlern hatte in Köln „der Milchhandel mehr den Charakter eines Hausiergeschäfts ohne jede ordentliche Handhabung“⁴⁶; d.h. die hygienischen Zustände beim Milchhandel waren in Köln, auch in den zwanziger Jahren, ähnlich katastrophal wie in der Vorkriegszeit. Im Ruhrgebiet wurde dagegen durch eine striktere Konzessionierungspolitik der Einzelhändler eine wesentlich hygienischere Milchverteilung erreicht. Allerdings wurden die Bemühungen um die Steigerung des hygienischen Standards auch hier unterlaufen. So kritisierte ein Bericht der Stadtverwaltung Dortmund das unsachgemäße Milchaustragen. Hervorgerufen war dies angeblich durch ein sich ausbreitendes Subunternehmersystem beim Einzelhandel: Die Milchausträger traten „nach außen hin als Angestellte auf, obwohl sie in Wirklichkeit größtenteils selbständige Händler“⁴⁷ waren.

Ein Indiz für die weitere hygienische Verbesserung der Milchzulieferung war der Anteil der molkereimäßig verarbeiteten Milch. Die Milchverarbeitung (meist Pasteurisierung) erfolgte überwiegend in den Landmolkereien (in der Tabelle: „Molkereien“), über die 69 Pro-

45 Schürmann, Westdeutschland, S. 150.

46 Ebda., S. 153.

47 Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, S. 267.

zent des Milchabsatzes lief. Die Milhhöfe und die Molkereien von Einzelhändlern und Landwirten trugen jedoch zunehmend zur Milchverarbeitung bei. Schon 1927 wurden ca. 85 Prozent der im Ruhrgebiet konsumierten Frischmilch in Molkereien pasteurisiert.

5. Qualitätsverbesserungen

Die Durchsetzung eines einheitlichen und möglichst hohen Qualitäts- und Hygienestandards bei der Milch blieb ein Problem des Milchmarktes, auch wenn hier während unseres Untersuchungszeitraums große Fortschritte gemacht wurden. Zwar wurde Ende der 1920er Jahre nicht mehr, wie noch in den 1870er Jahren übel riechende oder grünlich aussehende Milch zum Verkauf angeboten, gleichwohl war auch jetzt noch verunreinigte, verseuchte oder gepanschte Milch im Umlauf. Je mehr Stationen die Milch vom Erzeuger zum Verbraucher durchlief, um so höher wurden die Risiken von Verunreinigung und Verpanschen. Aber nicht nur der Verbraucher verlangte inzwischen ein qualitätsgerechtes Produkt, sondern auch der Erzeuger und der Händler waren an der Einhaltung eines hohen Qualitäts- und Hygienestandards interessiert. Denn nur dieser garantierte eine Kontinuität oder Steigerung des Absatzes. Doch lange Zeit machten die am Milchhandel beteiligten Gruppen jeweils „die anderen“ für Mängel verantwortlich.

Zwei weitere Gruppen bemühten sich um bessere Qualität und Hygiene der Milch: staatliche Institutionen und die Gesundheitsreformbewegung. Beide sahen ihr Ziel in der „Volks-gesundheit“, d.h. in der Reduzierung einer mangelhaften Ernährung und der Prävention von Krankheiten. Insbesondere zur Bekämpfung der im 19. Jahrhundert noch hohen Säuglings- und Kindersterblichkeitsrate propagierten diese den Milchkonsum. Sie wiesen gleichzeitig darauf hin, daß die unkontrollierte Milch zur Verbreitung von Krankheiten, vor allem der Tuberkulose, beitrug. Bei den Gesundheitsreformern spielte schon vor der Jahrhundertwende die Propagierung der Milch in ihrem Kampf gegen den Alkohol eine zentrale Rolle.

Grundlegend für den Prozeß der Durchsetzung von Qualitäts- und Hygienestandards waren aber die im Laufe des 19. Jahrhunderts begonnene wissenschaftliche Untersuchung der Milch und die Entwicklung und Verbreitung von Techniken der Milchkontrolle. Wesentlicher Motor dafür war besonders bis zum Ersten Weltkrieg der 1874 gegründete „Milch-wirtschaftliche Verein“. Durch seine Verbandszeitschrift, von ihm organisierte Ausstellungen und Wettbewerbe, seine beratende Tätigkeit bei Molkereigenossenschaften und amtlichen Stellen und durch die Errichtung von Forschungs- und Lehranstalten trug er nicht nur viel zur Weiterentwicklung der Milchverarbeitung, sondern auch zur Milchuntersuchung und Kontrolle bei.⁴⁸

Die ersten Maßnahmen, die zur Hebung des Qualitäts- und Hygienestandards der Milch beitrugen, waren polizeiliche Kontrollen in den Städten.⁴⁹ Grundlage für das Handeln der Polizei waren das Lebensmittelgesetz von 1879 und die von den Städten und Kreisen im Rahmen der Ordnungsverwaltung herausgegebenen Erlasse und Verordnungen zum Milchverkehr („Milchregulative“). Das Fehlen eines einheitlichen Gesetzes auf Reichs-, Länder- oder Provinzebene hatte unterschiedliche Verordnungen in den Kreisen des Ruhrgebietes zur

⁴⁸ Zum Milchwirtschaftlichen Verein siehe: W. Winkler, S. 641-642. 1903 veranstaltete er beispielsweise eine besondere Ausstellung für hygienische Milchversorgung (in Hamburg).

⁴⁹ Vgl. zu München: Spiekermann, S. 99-104. In München waren bis 1913 die Vorschriften und die Kontrollen der Milchhygiene weiter fortgeschritten als in Preußen, in den Ruhrgebietsstädten.

Folge. Lediglich eine Anleitung zum Erlaß von Milchregulativen wurde vom Deutschen Reich 1899 herausgegeben. Die Milchregulative legten erste Hygienestandards fest und teilten die Verkaufsmilch in „Magermilch“, „Halbmilch“ (meist Mindestfettgehalt von 1,8 Prozent) und „Vollmilch“ (meist Mindestfettgehalt von 2,7 Prozent) ein. Im allgemeinen wurden in den Kreisen des Ruhrgebietes um die Jahrhundertwende Kontrollen der Milch bei Händlern und Landwirten mit grober Geruchs- und Farbprobe, nach Schmutzanteil, nach spezifischem Gewicht und Fettgehalt durchgeführt. Die bakteriologische Untersuchung der Milch breitete sich erst nach der Jahrhundertwende aus. Zumeist wurde auch die Reinlichkeit der Milchkanne kontrolliert.⁵⁰ Bestraft wurde vorwiegend das Panschen der Milch. Falls der Täter überführt werden konnte, erhielt er eine Geldstrafe, im Wiederholungsfalle oder bei grobem Fehlverhalten auch eine Gefängnisstrafe. Ein Verbot des Handels konnte nicht ausgesprochen werden.

Das staatliche Kontrollwesen hatte von den 1870er Jahren bis zur Jahrhundertwende schon erhebliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Kontrollen und der Kontrollbeamten war kontinuierlich gestiegen. Die Beamten wurden geschult, städtische Untersuchungsämter errichtet, neue Kontrolltechniken eingeführt (ab den 1880er Jahren die Fettmesser „Laktokrit“, „Butyrometer“ etc.) und ständig verbessert. Auch wenn das staatliche Kontrollwesen bis zum Ersten Weltkrieg noch zunahm; allein hätte dieses eine Hebung des Hygienestandards nicht durchsetzen können.

Neben den Händlergenossenschaften waren es vor allem die städtischen und ländlichen Molkereien, die die angelieferte Milch zu kontrollieren begannen. Auch diese trugen zur Durchsetzung von Qualitäts- und Hygienenormen bei. Ein wichtiger Anstoß kam von den Landmolkereien, die Butter und Käse herstellten und die Werkmilch nach Fettgehalt bezahlten.

Einen Bruch hinsichtlich der Entwicklung eines hygienisch einwandfreien Produktes bedeutete wieder der Erste Weltkrieg. Der Milchabsatz über die Milchhöfe und den konzessionierten Ladenverkauf garantierte eine hygienisch einwandfreie zwangsbewirtschaftete Milch. Doch die in den zwanziger Jahren zu hörenden Klagen, daß die Verbraucher wegen ihrer Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit nun weniger Milch konsumieren würden, verweisen auf einen anderen Sachverhalt. Die Milch, die über den Schleichhandel abgesetzt wurde, war zu einem hohen Anteil verpanscht, verunreinigt und verseucht. Die Ausbreitung von Krankheiten in Kriegs- und Nachkriegszeit, vor allem Darmerkrankungen und TBC, waren nicht zuletzt auf den Handel mit unhygienischer Milch zurückzuführen.

In den zwanziger Jahren machte die Entwicklung des Kontrollwesens schnelle Fortschritte. Die Einsicht, daß nur ein einwandfreies Produkt gesteigerten Absatz bedeute, bewirkte, daß alle am Milchhandel beteiligten Gruppen im Prinzip eine verstärkte Kontrolle befürworteten. Die Kontrolle des Handels wurde zunächst durch die Reichsverordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 effektiver. Mit dieser Verordnung konnten zum ersten Mal Handelsverbote für diejenigen Personen ausgesprochen werden, die gegen Milchgesetze verstießen. Eine Steigerung der Effizienz der Kontrollen bot die im Ruhrgebiet strikt durchgeführte Konzessionierungspolitik des Einzelhandels. Der Entzug einer Konzession war leichter durchzusetzen als ein Handelsverbot. Er traf einen hauptberuflichen Einzelhändler stärker als ein Handelsverbot den Kleinsthändler, der den Milchhandel als Nebenge-

⁵⁰ Mintrop, S. LIV ff.

werbe betrieb. Schließlich erleichterte die reduzierte Zahl von Einzelhändlern die Kontrolltätigkeit der Behörden. Tatsächlich nahm die Zahl der bei Kontrollen beanstandeten Proben im Laufe der zwanziger Jahre ab, wenn auch noch weiterhin Mißstände zu beklagen waren.

Wesentlichen Anteil an der Qualitätssteigerung der Milch hatten die Molkereien. In den zwanziger Jahren waren es nicht nur die staatlichen Untersuchungsämter, die durch Betriebsbesichtigungen und Milchproben die Hygiene und Qualität der Molkereimilch überwachten. Vielmehr schlossen sich viele Molkereien im Rheinland und in Westfalen Kontrollvereinen an, die zusätzlich zur staatlichen Kontrolle durch unabhängige Kontrollbeamte ihre Molkereien, die angelieferte Milch wie auch die angeschlossenen landwirtschaftlichen Betriebe kontrollierten. Die Zunahme der Kontrolle zeigt die Entwicklung des Rheinischen Kontrollvereins in Cleve. Im Gründungsjahr 1925 waren 15 Molkereien dem Verein angeschlossen. Ein Kontrollbeamter hatte dabei Milch von 2.900 landwirtschaftlichen Betrieben / 12.000 Milchkühen untersucht. In den folgenden Jahren verbreitete sich das Kontrollwesen rasch. Im Jahre 1931 waren schon 154 Molkereien Mitglied im Kontrollverein, 16 Beamte kontrollierten Milch aus 32.000 landwirtschaftlichen Betrieben, von 125.000 Milchkühen. Entsprechend steigerte sich die Zahl der Untersuchungen. Waren dies 1926 ca. 110.000, so waren es 1931 fast 600.000.⁵¹ Eine ähnliche Entwicklung machte der ein Jahr später gegründete Westfälische Kontrollverein.

Eine weitere Kontrollmöglichkeit boten die Frischmilchwettbewerbe für Molkereien und die Prämierungen der Wanderausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG). Diese Wettbewerbe waren Teil des staatlich unterstützten Reklamefeldzuges zur Steigerung des Milchverbrauchs. Die Teilnahme war freiwillig, insofern bieten die Ergebnisse ein eher beschönigendes Bild der erreichten Milchqualität. Doch zeigen die Ergebnisse der Frischmilchwettbewerbe in Rheinland und Westfalen zwischen 1928 und 1931, daß sich in diesen Jahren die Qualität der Milch enorm gesteigert hatte, fehlerhafte oder schlechte Milchproben kaum noch auftraten.⁵² Bei den Wanderausstellungen der DLG entfielen im Jahre 1928 36,2 Prozent der gesamten Auszeichnungen auf rheinische und westfälische Molkereien.⁵³

Den Druck zur Produktverbesserung leiteten die Molkereien an ihre angeschlossenen landwirtschaftlichen Betriebe weiter. Die Kontrollbeamten der Molkereien besuchten auch die Betriebe und machten den Landwirten Vorschläge zur Verbesserung des Stalles, der Fütterung und des Melkens. Neben den Kontrollen der Molkereien und der staatlichen Untersuchungsämter hatten einige Betriebe eine dritte Kontrollinstanz: die Rindvieh-Kontrollvereine der Landwirtschaftskammern. Die Kontrollassistenten der Vereine kontrollierten alle zwei bis drei Wochen die Milchmenge, den Milchfettgehalt und den Futteraufwand der Kühe. Ihre Aufgabe sahen die Rindviehkontrollvereine in der Steigerung der Produktivität und der Erhöhung des Fettanteils in der Milch. In Westfalen waren Anfang 1931 42.897 Kühe

⁵¹ Zahlen nach der Übersicht 50 bei: E. Ammeloux, Die Qualität der Konsummilch im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Verbesserung, Diss. landw. Bonn 1930, S. 126.

⁵² Abgedruckt bei: Schürmann, Westdeutschland, S. 80.

⁵³ Ammeloux, S. 73.

(2 Prozent des Gesamtbestandes), in der Rheinprovinz 28.242 Kühe (5 Prozent des Gesamtbestandes) angeschlossen.⁵⁴

Auf Drängen der Molkereien schlossen die Betriebe sich in den zwanziger Jahre dem Tuberkulose-Tilgungsverfahren an. Immerhin waren 1927 im Regierungsbezirk Düsseldorf ca. 36 Prozent der Molkereien, 1926 in der Provinz Westfalen ca. 24 Prozent der Molkereien dem Tuberkulosetilgungsverfahren angeschlossen.⁵⁵ Nach der Untersuchung Ammelounx unterlagen 1930 fast die Hälfte der den Molkereien angeschlossenen Betriebe der Rindertuberkulosekontrolle.⁵⁶ Obwohl das Tuberkulosetilgungsverfahren trotz staatlicher Zuschüsse für die landwirtschaftlichen Betriebe sehr teuer war, nahm die Zahl der angeschlossenen Betriebe weiter zu. Denn nur aus diesen Betrieben durfte die Markenmilch gewonnen werden. Dies galt für die Rheinische Markenmilch schon vor der gesetzlichen Regelung 1930. Abmelkbetriebe schlossen sich in der Regel nicht dem Tuberkulosetilgungsverfahren an.⁵⁷

Ein gegenüber der Kontrolle wirksameres Mittel der Molkereien zur Qualitätsverbesserung der angelieferten Milch war aber die Qualitätsbezahlung, d.h. die Bezahlung der Milch nach Fettgehalt und Preisabzüge für Milchverschmutzung. Weitgehend durchgesetzt hatte sich die Qualitätsbezahlung in den westfälischen Molkereien. Bei den von Ammelounx 1930 untersuchten Molkereien hatten über 70 Prozent der westfälischen Molkereien die Bezahlung nach Fettgehalt eingeführt, über 20 Prozent machten Abzüge für angelieferte saure Milch und knapp 7 Prozent der Molkereien Abzüge für verschmutzte Milch. Zwar war der Anteil der rheinischen Molkereien, die die Qualitätsbezahlung eingeführt hatten, geringer, doch breitete sich in beiden Provinzen die Qualitätsbezahlung der Milch durch die Molkereien Schritt für Schritt weiter aus. Hintergrund der von den Molkereien forcierten Disziplinierungsmaßnahmen (Qualitätsbezahlung und Kontrollen) für die landwirtschaftlichen Betriebe war das Bestreben, Milchmarken einzuführen, die höhere Preise für die Milch garantierten. Bedingung dafür war aber eine hygienisch einwandfreie Milch mit einem möglichst hohen einheitlichem Fettgehalt.

Zur Steigerung des Hygienestandards der Konsummilch wurden auch neue Techniken der Lagerung und des Transports eingeführt, vorgeschrieben und kontrolliert. War es in den 1870er Jahren üblich, die Milch in meist offenen hölzernen Trögen in den Städten zu verteilen, so setzte sich noch vor der Jahrhundertwende die geschlossene Metallkanne als Transportgefäß durch. In den städtischen Milchregulativen war diese meist auch vorgeschrieben. Nach dem Ersten Weltkrieg verdrängten in den Städten des Ruhrgebietes neue Transportwagen die bisher üblichen offenen Hand- und Pferdewagen: Neben Autos oder Dreirädern wurden in einigen Städten Milchspezialwagen oder auch die hygienisch einwandfreien Basinswagen eingeführt. Maßgeblichen Anteil hatten hier die Milchhöfe.⁵⁸

⁵⁴ Ammelounx, S. 125.

⁵⁵ Nach Tabelle 5 Schürmann, Milchversorgung, S. 140-141.

⁵⁶ Ammelounx, S. 128

⁵⁷ Die Rindertuberkulose war in den Abmelkstätten weit verbreitet und der permanente Viehzukauf erhöhte die Gefahr der Einschleppung dieser Seuche. Als in den fünfziger Jahren das Tuberkulosetilgungsverfahren staatlicherseits für alle Betriebe vorgeschrieben wurde, kam es zu Widerständen und Protesten bei den Abmelkbetrieben. Vgl. R. Kintzen, Möglichkeiten der Absatzsteigerung von Trinkmilch im Ruhrgebiet, unter besonderer Berücksichtigung der Qualitätsförderung, Diss. landw. (MS) Bonn 1956.

⁵⁸ Vgl. Buerbaum.

Auch für den Transport der Milch vom Landwirt zur Molkerei und von der Molkerei zum Händler wurden Kannen eingesetzt. Schon vor dem Ersten Weltkrieg beförderte man einen Teil der Kannen in besonderen Kühlwagen der Eisenbahn. Erst Ende der zwanziger Jahre wurden die in den USA entwickelten Milchtanks für Eisenbahn und Lastwagen eingeführt. Gegenüber dem Kannentransport spielte das „Ideal des Tanktransportes“⁵⁹ Anfang der dreißiger Jahre allerdings noch eine untergeordnete Rolle.

Der entscheidende Durchbruch zur Erzielung einer keimfreien Milch war die Pasteurisierung. Doch von der Bekanntgabe des Verfahrens durch Pasteur im Jahre 1865 bis zur Entwicklung von Pasteurisierungsapparaten für Milch dauerte es noch fast zwanzig Jahre. Von den 1880er Jahren an entwickelte sich die Technik der Pasteurisierung rasant. Es wurden verschiedene Pasteurisierungsverfahren entwickelt, neue Maschinentypen erfunden und die Leistungsfähigkeit immer weiter gesteigert. Schon vor dem Ersten Weltkrieg pasteurisierten die städtischen Molkereien einen Teil der Konsummilch. Während des Krieges setzte sich im Ruhrgebiet das Pasteurisieren nicht nur in den Milchhöfen, sondern auch bei den frischmilchliefernden Landmolkereien durch. 1927 war das Pasteurisierungsverfahren bei fast allen das Ruhrgebiet beliefernden Landmolkereien üblich. Die größeren Molkereien verwandten dabei das modernere, schonendere Dauerhitzverfahren, während die kleineren mit der schon vor dem Krieg üblichen Hoherhitzung arbeiteten. Im Ruhrgebiet machte die pasteurisierte Milch 1927 schon 80 Prozent der Konsummilch aus, während im selben Jahr der Reichsdurchschnitt der pasteurisierten Milch bei etwa 30 Prozent lag.⁶⁰

Ein weiteres im Ruhrgebiet verbreitetes Frischmilchprodukt war die „Degerma-Flaschenmilch“. Das 1920 von Max Schulz entwickelte „Degerma“- oder „Degermierungs“- Verfahren, die Pasteurisierung der Milch in Flaschen, galt noch Mitte der 1930er Jahre als das beste Verfahren der Flaschenmilchpasteurisierung. Angesichts des um 2-3 Pfennig höheren Literpreises konnte sich die Degerma-Milch im Ruhrgebiet nur begrenzt durchsetzen. Während der Weltwirtschaftskrise ging der Flaschenmilchverbrauch insgesamt stark zurück.⁶¹

III. Krise und Entstehung des Reichsmilchgesetzes

Mitte der zwanziger Jahre geriet die Milchwirtschaft in eine permanente Absatzkrise. Bis 1929 konnte der Milchpreis noch einigermaßen gehalten werden. Ende 1929 jedoch sank er stark ab. Dieser Preiseinbruch war der wesentliche Anlaß zum Erlaß des Reichsmilchgesetzes 1930. Die Ursachen, das Gegensteuern und der Verlauf der Krise sollen hier am Beispiel der Milchwirtschaft im Ruhrgebiet dargestellt werden.

Die Milchpreise waren während des Untersuchungszeitraumes immer saisonalen Schwankungen ausgesetzt, das heißt im Sommer erzielte man bei einem Mehrangebot immer niedrigere Preise als im Winter, in dem weniger Milch produziert wurde. Betrachtet man nur die konjunkturelle - von saisonalen Schwankungen bereinigte - Preisentwicklung, so kann man bis zum Ersten Weltkrieg eine kontinuierliche Steigerung des Milchpreises ausmachen. Lediglich die schon erwähnte Krise 1911/12 unterbrach mit einem kurzfristigen Steigen und Fallen diese Entwicklung.

⁵⁹ Schürmann, Westdeutschland, S. 78.

⁶⁰ Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, S. 30.

⁶¹ Schürmann, Westdeutschland., S. 20

Während des Ersten Weltkrieges waren die Milchpreise im Rahmen der Zwangswirtschaft festgesetzt.⁶² Nach Aufhebung der zwangswirtschaftlich festgesetzten Erzeugerhöchstpreise im Juli 1921 wurden im selben Jahr für das rheinische Ruhrgebiet und das Niederrheingebiet der „Rheinische Milchpreisausschuß“ und für Westfalen der „Westfälische Milchpreisausschuß“ gegründet. In diesen waren Vertreter der Erzeuger, der Molkereien, der Milchhöfe, der Städte und des Handels vertreten. Erst 1927 konnten sich die beteiligten Organisationen zur Gründung eines gemeinsamen Ausschusses, des „Rheinisch-Westfälischen Milchpreisausschusses“, einigen. Ziel dieser Ausschüsse war, die Preise im Ruhrgebiet möglichst zu vereinheitlichen, wobei allerdings das Bestehen von zwei Ausschüssen mit unterschiedlicher Preisfestsetzung bis 1927 immer wieder zu Spannungen führte. Auch innerhalb der Ausschüsse kam es ständig zu Konflikten, vor allem zwischen dem Handel und den Erzeugern. Bis 1924 waren die Erzeuger (Landwirte und Molkereien) in der besseren Position, da die Nachfrage im Ruhrgebiet größer war als das Angebot. Lediglich die zwangswirtschaftlichen Bestimmungen, die erst im Sommer 1924 aufgehoben wurden, und die Gefahr des Bezugs von Milch aus den Niederlanden bremsen deren Preisforderungen.⁶³ Das komplexe Geschehen von Inflation und Hyperinflation läßt aber kein exaktes Bild über „berechtigte“ oder „unberechtigte“ Preise zu.

Mit der Währungsstabilisierung steigerte sich auch das Angebot an Milch. Die Milchpreisausschüsse orientierten sich am Markt, wobei die Milchpreisbildung eng an die Entwicklung der Butterpreise angelehnt wurde. Im Winter 1924/25 führte eine erste Milchschwemme zu einem Fall der Preise. Die nächste Milchschwemme setzte Anfang 1926 ein; die Milchpreisausschüsse mußten den Milchpreis senken. Lag der Milchpreis frei Verbraucherort 1925 im Jahresdurchschnitt bei etwa 23 Pfennig, so betrug er 1926 nur noch 19,6 Pfennig. In den Jahren 1927 und 1928 stabilisierte sich der Preis wieder mit 20,3 bzw. 20,65 Pfennig.⁶⁴ Die Auszahlung der Molkereien betragen im Jahresdurchschnitt: 1925: 16,1; 1926: 14,7; 1927: 15,3; 1928: 15,6 Pfennig je Liter⁶⁵.

Der Preisverfall 1926 erregte vor allem die Gemüter der Landwirte. Allerdings konnte dieser Preisverfall noch durch das Sinken der Futtermittelpreise in diesem Jahr ausgeglichen werden. Doch die steigenden Betriebskosten, ab 1927 auch der Futtermittel, belastete immer stärker die landwirtschaftlichen Betriebe.⁶⁶

Der Preisverfall der Milch löste heftige Diskussionen zwischen den am Milchhandel beteiligten Gruppen aus. 1926 wurden aber auch Untersuchungen über den Milchmarkt durchgeführt: Für die großangelegte Enquete zur Lage der deutschen Wirtschaft beschäftigten sich zwei Unterausschüsse mit der Milchwirtschaft; der Deutsche Städtetag initiierte eine Unter-

62 Vgl. H. A. Maaßen, Der Rheinisch-Westfälische Milchausschuß und seine Einwirkung auf die Entwicklung des Milchpreises, Diss. landw. Bonn 1930, S. 13-22.

63 Während des Ersten Weltkrieges wurde kurze Zeit Frischmilch aus den Niederlanden ins Ruhrgebiet importiert. In den Nachkriegsjahren gab es eine kontingentierte Milchlieferung aus den Niederlanden, die im April 1925 aus veterinär-polizeilichen Gründen durch das preußische Landwirtschaftsministerium gänzlich unterbunden wurde. Vgl. B. Vaal, Die Milchversorgung des Ruhrgebietes mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Essen, Diss. staatsw. Leipzig 1928, S. 35-44.

64 Maaßen, S. 106.

65 H. Schulte-Sienbeck, Zur Frage des Frischmilchverbrauchs im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Diss. Bonn 1934, S. 71 (nach Plaßmann, Landw. Zeitung für Westfalen und Lippe, Heft 5/30, S. 119)

66 Maaßen, S. 110-114.

suchung zum Milchhandel in 91 Städten; die Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf regte unter der Regie von Professor Fritz Beckmann eine Reihe von Arbeiten über die Milchwirtschaft des Ruhrgebietes an, von denen die von Schürmann 1926/27 die für unser Thema wichtigste ist.⁶⁷ Als Ursache für den Preisverfall wurden - im Vergleich mit den Vorkriegszeiten - sowohl ein Rückgang des Milchverbrauchs wie ein Überangebot an Frischmilch erkannt.

Alle Untersuchungen stellten einen erheblichen Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs an Frischmilch fest. Schürmann errechnete eine Minderung des Pro-Kopf-Verbrauchs von 92,3 l im Jahr 1913 auf 83,6 l im Jahre 1926 (1901: 87,2 l; 1917: 43,4 l; 1927: 89,0 l).⁶⁸ In einem ersten Bericht an die Enquete-Kommission begründete H. Schmitt den Verbrauchsrückgang damit, daß die Bevölkerung zum einen durch den Mangel während des Ersten Weltkrieges vom Milchkonsum „entwöhnt“ wäre, zum anderen durch die damals qualitativ schlechtere Milch von deren Genuß Abstand genommen hätte. Diese Erklärungsmuster sahen in Aufklärungs- und Propagandaarbeit die Lösung des Nachfrageproblems. Als weitere Ursache für den Verbrauchsrückgang wurde die ungünstige Wirtschaftslage nach dem Ersten Weltkrieg angesehen. Damit erklärte man vor allem das stärkere Sinken des Pro-Kopf-Verbrauchs von Angehörigen des wirtschaftlich besonders betroffenen städtischen Mittelstandes. Schließlich begründete vor allem Schulte-Sienbeck den Verbrauchsrückgang mit dem durch den Krieg verursachten veränderten Altersaufbau der Bevölkerung. Niedrigere Geburtenrate und höhere Kindersterblichkeit während und kurz nach dem Krieg senkten den Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung. Da die Kinder die Verbrauchsgruppe mit dem höchsten Milchkonsum waren, sank nicht nur der absolute Gesamtverbrauch, sondern auch der Pro-Kopf-Verbrauch.⁶⁹

Bedeutender für die Entwicklung des Milchpreises war aber das Überangebot an Konsummilch. Der Milchmangel im Ersten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit führte zu einer Ausdehnung der Frischmilchlieferzone und nach der Währungsreform und dem Wegfall zwangswirtschaftlicher Regelungen blieben viele Landmolkereien bei der Frischmilchbelieferung. Durch einen Ausnahmetarif beim Bahntransport und die bessere Konservierungstechnik konnten auch abgelegene Molkereien in Konkurrenz zu den wiederbelebten Abmelkställen des Ruhrgebietes treten. Schon im Herbst 1924 rief das zunehmende Frischmilchangebot eine Absatzstockung hervor und im Winter 1924/25 erlebte das Ruhrgebiet eine Milchschwemme, „wie sie vor dem Kriege niemals vorhanden war.“⁷⁰

Zwar verringerte sich die Milchzufuhr ins Ruhrgebiet aus ganz weit entfernten Gegenden, doch eine weitere Einengung des Frischmilchlieferungsgebietes war in den zwanziger Jahren nur schwer möglich. Denn die Rückkehr zur Verbutterung war für viele rheinische und westfälische Landmolkereien unrentabel geworden. Nicht nur die Margarine, die schon vor

⁶⁷ Schulte-Sienbeck, S. 14

⁶⁸ Hofmann, S. 26-32.

⁶⁹ Vgl. zur Diskussion Schulte-Sienbeck, S. 14-22. Mag das letzte Erklärungsmodell sehr einleuchtend sein, so erklärt dies nicht alle Zahlen (sinkender Pro-Kopf-Verbrauch bei Kindern, Bürgerlichen). Eine Gewichtung der Ergebnisse nach deren Einfluß auf den Verbrauchsrückgang wurde nicht unternommen. Die Ergebnisse der Untersuchung des Pro-Kopf-Verbrauchs müssen vorsichtig behandelt werden, da die Befragungen nicht unbedingt signifikante Daten lieferten.

⁷⁰ H. Jesinghaus, Die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes unter Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit, Diss. staatsw. Berlin 1926, S. 72.

dem Ersten Weltkrieg, besonders bei den Arbeitern im Ruhrgebiet, als billigere Alternative die Butter verdrängt hatte, sondern die Butter aus Oldenburg und Hannover, vor allem aber die Butter aus den Niederlanden, waren an die Stelle der noch vor dem Krieg auf dem Ruhrgebietsmarkt dominierenden westfälischen Butter gerückt.⁷¹ Ebenso wie die dänischen hatten auch die niederländischen Molkereien im Ersten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit entscheidende Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt.⁷² So lieferten die dänischen und niederländischen Molkereien hochwertige Markenbutter zu einem günstigen Preis. Die Modernisierung der Molkereitechnik und des Kontrollwesens aber auch die Zusammenfassung der Molkereien in einem gut organisierten Absatzsystem und die Weiterentwicklung des Transportwesens waren in diesen Ländern schneller vorangeschritten. Hier hatten die deutschen Molkereien weitgehend den Anschluß verloren. Im Rheinland und in Westfalen waren sie lange Zeit fast ausschließlich Frischmilchlieferanten und hatten die Buttererzeugung vernachlässigt. So war die westfälische, qualitativ minderwertige, teuer produzierte Butter mit einem schlechten Absatzsystem und einer veralteten Transporttechnik chancenlos auf dem Ruhrgebietsmarkt.⁷³

In den Jahren 1925 und 1926 wurden verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung des Milchpreises in Angriff genommen. Der 1925 eingeführte Butterzoll wirkte sich jedoch für die westfälischen Molkereien kaum aus. Trotz Zoll waren im Ruhrgebiet die niederländischen Butterimporte weiterhin marktbeherrschend.

Weitere Maßnahmen betrafen vor allem die Steigerung des Verbrauchs von Frischmilch. Am 16. April 1926 wurde der „Reichsmilchausschuß“ („Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauches e. V.“) gegründet mit dem Ziel, den Milchverbrauch anzukurbeln. Diesem Reichsausschuß gliederten sich regionale und kommunale Vereine an. In Rheinland und Westfalen wurde am 22. Dezember 1926 der „Rheinisch-Westfälische Ausschuß zur Förderung des Milchverbrauchs“ gegründet. Neben den Landwirtschaftskammern und den Milchhöfen waren darin die schwerindustriellen Verbände „Verein für die bergbaulichen Interessen“ (Essen) und „Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ (Düsseldorf) vertreten. Anknüpfend an die Gesundheitsreformbewegung vor dem Krieg⁷⁴, wurde mittels Presse, Rundfunk, Broschüren und Plakaten für den Milchverbrauch geworben und öffentliche Milchausschankstellen von den Milchhöfen eingerichtet. An Schulen wurde der Milchausschank eingeführt bzw. vermehrt. Eine außerordentliche Rolle spielte aber im Ruhrgebiet die in der Zusammensetzung des Ausschusses manifestierte Verbindung von Schwerindustrie und Landwirtschaft. Denn die großen Werke gingen dazu

71 Vgl. H. Reichelt, Erzeugung und Absatz von Butter im rheinisch-westfälischen Marktraum, Diss. landw. Bonn 1931, S. 84-85.

72 Vgl. den Aufsatz von Bielemann in diesem Band.

73 In einem Vergleich mit den dänischen zeigte sich die Schwäche der rheinischen und westfälischen Molkereien: Henkelmann, Die Betriebsverhältnisse, Gliederung und Verteilung der Unkosten in dänischen und rheinisch-westfälischen Genossenschaftsmolkereien, in: Berichte über die Landwirtschaft, N. F. Bd. 8, Berlin 1928.

74 Vgl. hierzu Kamp, Der gemeinnützige öffentliche Milchausschank in Rheinland und Westfalen, in: Die gemeinnützige Milchversorgung in Deutschland. Untersuchungen über Preisbildung Abt. A 5 (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik Bd. 140 A.5), München und Leipzig 1914/15, S. 111-164.

über, in ihren Betrieben Milch auszuschenken.⁷⁵ In fast allen größeren Städten des Ruhrgebietes gab es 1927 einen Milchausschank in den Schulen und industriellen Betrieben, in den meisten größeren Städten auch einen örtlichen Milchausschuß.⁷⁶ Folge dieses Reklamefeldzuges war eine Steigerung des Verbrauches an Milch.

Allen am Milchhandel Beteiligten war klar, daß diese Werbekampagne nur Sinn hatte, wenn zugleich die Qualität der Milch weiter stieg. Die Konzessionierungspolitik der Städte wurde Ende 1926 ermöglicht und im Ruhrgebiet auch strikt umgesetzt. Das Ziel, Qualität und Hygiene der Milch, vom Erzeuger bis zum Verbraucher, spürbar zu verbessern, wurde in den folgenden Jahren erreicht. Auch dies dürfte zur Steigerung des Konsums beigetragen haben. Ein weiteres Mittel, den Milchmarkt zu regulieren, war die Standardisierung. Einen Schritt in diese Richtung bedeutete die Einführung der Markenmilch im Rheinland 1927. Eine Einteilung der Frischmilch in verschiedene Güteklassen sollte zum einen die Landwirte und Molkereien belohnen, die qualitative Verbesserungen durchgeführt hatten, zum anderen sollte sie den ärmeren Bevölkerungsschichten eine preiswerte, hygienisch akzeptable Milch garantieren und damit zur Absatzsteigerung beitragen.⁷⁷

Waren so auf dem Gebiet der Hygiene in den zwanziger Jahren durchaus erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, so verblieben die Rationalisierungen auf dem Absatzwege nur in einem Anfangsstadium. Die Schaffung eines großen Verbandes, in dem Erzeuger, Handel und Verbraucher zusammengefaßt waren, konnte angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen nicht durchgesetzt werden. Der Milchpreisausschuß wurde nicht nur von ständigen Kämpfen belastet und stand permanent kurz vor der Auflösung, sondern hatte auch keinerlei die Gruppen verpflichtende Kompetenzen - die von ihm festgelegten Preise blieben immer Richtpreise. Die Versuche, die Erzeuger (Landwirte und Landmolkereien) zu größeren Verbänden zusammenzuführen kamen nur schleppend voran, wie Dammertz am Beispiel der niederrheinischen Ringbildung gezeigt hat.⁷⁸

Beim Milchhandel waren die Milchhöfe Ansatzpunkte zu einer optimalen Zusammenfassung. Insbesondere der Essener Milchversorgungsverband wirkte marktregulierend dadurch, daß er die gesamte Essener Milchzufuhr kontrollierte. Doch die Einzelhändler konnten hier, wie auch in anderen Städten mit Milchhöfen, den Milchhof umgehen. Eine Zusammenfassung des Milchhandels für das gesamte Ruhrgebiet blieb in den Anfängen stecken.

Mit der Konzessionierung der Einzelhändler hatte man im Ruhrgebiet zwar eine bessere Hygiene der Milchverteilung erreicht. Doch die Hoffnungen der Kommunen, Erzeuger und

⁷⁵ Vgl. *Krolik*, Obst, Gemüse und Milch, in: Ruhrgebiet und Landwirtschaft. Gemeinsame Tagung von Industrie, Handel und Landwirtschaft am 2. Juni 1930 in Essen, in: Rhein und Ruhr 11. Jg. (1930), S. 810-824, hier: S. 821; *P. Dammertz*, Die Ringbildung innerhalb der niederrheinischen Milchwirtschaft, Diss. landw. Bonn 1926, S. 70-71. In den Werken wurden Halbliterflaschen verkauft. Die Halbliterflaschen waren mit lose pasteurisierter Milch gefüllt, deswegen billiger als die Degerma-Flaschenmilch. Vgl. auch: *Stemon*, Einrichtung, Arbeitsgebiet und Beobachtungen der Verbindungsstelle der Preuss. Hauptlandwirtschaftskammer für das niederrh. westfälische Industriegebiet in Essen, (MS) Essen 1928, S. 47-48.

⁷⁶ Vgl. *Schürmann*, Milchversorgung, Tab. 1, S. 133. Vgl. auch: Milchwerbetage. Einige Berichte über die Durchführung von Milchwerbetagen (Düsseldorf, Kiel, Hamburg, Lübeck). Reichsmilchausschuß Schriftenreihe Nr. 5, Berlin o. D. [1928].

⁷⁷ Vgl. *Ammelounx*, S. 141-142.

⁷⁸ Vgl. *Dammertz*, S. 39-58. Als Beispiele für eine erfolgreiche Ringbildung nennt er die Niederlande und die Schweiz.

Milchhöfe, eine Senkung des Einzelhandelspreises zu erzielen, wurden enttäuscht. Die Stärkung der Einzelhändler bewirkte das Gegenteil: der Einzelhändlerverband konnte im Milchpreisausschuß eine Steigerung des Einzelhändlerpreises durchsetzen. So stieg der Preisanteil der Einzelhändler von 3 Pfennig pro Liter Milch im Jahre 1924 auf 7,5 Pfennig im Jahre 1928, bei einem Sinken des Verbraucherpreises von 44 auf 30 Pfennig pro Liter Milch. Begründet wurde diese Steigerung von den Einzelhändlern mit steigenden Kosten in Folge der hygienischen Verbesserungen. Doch für die hohen Kosten des Einzelhandels war auch dessen unrationelles Verteilungssystem verantwortlich. Schließlich war nicht zu verkennen, daß die Einzelhändler durch ihre angesichts der Überproduktion bessere Marktposition außerordentliche Gewinne erzielten.

Durch die erfolgreich initiierte Verbrauchssteigerung konnte der Milchpreis 1927/28 angehoben werden. Doch die Fortschritte bei der Milchproduktionssteigerung und die noch unregelmäßige Marktstruktur bewirkten, daß 1928 im Ruhrgebiet zwar 200 Millionen Liter Milch verbraucht wurden, das Milcheinzugsgebiet aber noch in etwa die gleiche Menge bereithielt, die mangels Nachfrage zu Butter, Käse und Quark verarbeitet werden mußte.⁷⁹

Auf die durch die Überproduktion gespannte Lage des Milchmarktes im Ruhrgebiet wirkte die Weltwirtschaftskrise verheerend. Reallohnverluste und Arbeitslosigkeit führten zunächst dazu, daß die Nachfrage nach Milch seit 1929 spürbar zurückging. Vor allem der Absatz der teureren Degerma-Flaschenmilch sank rapide. Zugleich fiel der Absatz des veredelten Produktes, der Butter, innerhalb kürzester Zeit auf ein sehr niedriges Niveau. Der Butterpreis stürzte im Winter 1929 ab. Vor allem kleinere Molkereien außerhalb des bisherigen Frischmilchliefergebietes gaben die Butterproduktion auf. Die Milch verkauften sie nun, oft unpasteurisiert, zu einem sehr niedrigen Preis an die Einzelhändler des Ruhrgebietes. Durch diese Ausdehnung des Milchliefergebietes geriet der schon von permanentem Überangebot und nachlassendem Absatz belastete Milchmarkt des Ruhrgebietes völlig durcheinander. Ab April 1930 stürzten auch die Milchpreise ins Bodenlose. Die Erzeugerpreise deckten nun kaum die Produktionspreise. Die kleineren Molkereien trieben in den Ruin, die größeren in eine schwere Krise. Vor allem die Landwirte traf dieser Preisverfall hart. Wurde der Rückgang der Erzeugerpreise 1926 noch wegen sinkender Futtermittelpreise abfangen, so engten ab 1927 steigende Futtermittelpreise und fallende Schlachtviehpreise den Spielraum der Landwirte immer mehr ein. Der Preisverfall 1930 wirkte schließlich vor allem für die Abmelkbetriebe des Ruhrgebiets - ruinös.

Die Reichsregierung reagierte auf diese Krise mit der Erhöhung des Butterzolles und dem Erlaß des Reichsmilchgesetzes.

Ein Butterzoll wurde nach dem Ersten Weltkrieg erst wieder im August 1925 eingeführt, und zwar als Übergangszoll von 22,50 RM je dz. Ab Oktober 1926 galt für die Niederlande, die im Ruhrgebiet den Buttermarkt bestimmte, ein Vertragszoll, das ist der Zoll für Länder mit denen das Deutsche Reich besondere Handelsverträge abgeschlossen hatte, von 27,50 RM je dz. Im Juli 1929 wurde der autonome Butterzoll auf 50 RM je dz erhöht, erst im November 1930 wurde auch für die Vertragsländer der Butterzoll auf 50 RM je dz festgelegt.⁸⁰ Als Folge dieser Zollerhöhung nahm die Einfuhr von niederländischer Butter rapide ab.⁸¹

79 Krolík, S. 820.

80 Vgl. hierzu: Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, S. 90-91. Ab Januar 1932 galt ein autonomer Butterzoll von 100 RM, für die Niederlande für ein Kontingent von 5.000 t 75 RM; vgl. W. v. Atrock, Zölle

Die zweite Maßnahme zur Regulierung des Milchmarktes war das Reichsmilchgesetz vom 31. 7. 1930.⁸² Ein Großteil des Gesetzes legte Hygienevorschriften für die Erzeuger und den Handel fest. Für den Handel mit Milch wurde die Ausstellung einer Handelserlaubnis vorgeschrieben, wofür neben bestimmten Hygienestandards auch eine Mindestverkaufsmenge vorgeordnet war (§ 14). Im 2. Abschnitt des Gesetzes wurden Maßstäbe für Markenmilch festgesetzt. Aber abgesehen von der Verpflichtung des Anschlusses der markenmilchlieferten Betriebe an das Tuberkulosestillungsverfahren (§ 22) wurden weitere Ausführungsvorschriften den obersten Landesbehörden vorbehalten.

Das Gesetz folgte weitgehend den Empfehlungen des Deutschen Städtetages, eine einheitliche Regelung für den Handel (zum Teil schon verwirklicht im Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Milch vom 23. 12. 1926) und vor allem für die Erzeuger festzusetzen.⁸³ Im Ruhrgebiet waren die Vorschriften für den Handel durch die strikte Konzessionierungspolitik schon längst durchgesetzt. Auch hinsichtlich des Transports, der Behandlung in den Molkereien und beim Erzeuger waren die Forderungen des Gesetzes hier 1928 schon weitgehend erfüllt. Allerdings kam durch die Ausweitung des Belieferungsgebietes 1929/30 vermehrt wieder Milch mit geringerem Hygienestandard ins Ruhrgebiet. Denn viele Milchhändler des Ruhrgebiets bezogen nun Milch zu niedrigstem Preis von kleineren, abgelegenen Molkereien, die wegen der Krise auf dem Buttermarkt die Verarbeitung aufgegeben hatten und nun oft unpasteurisierte Milch lieferten.

Wirklich neu an dem Gesetz waren dagegen die Vorschriften des Paragraphen 38. Nach diesem konnten die obersten Landesbehörden „Erzeugerbetriebe sowie milchbearbeitende und verarbeitende Betriebe zur Regelung der Verwertung und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen zusammenschließen.“ Die Forderung nach einem freiwilligen Zusammenschluß (Ringbildung) oder einem Zwangszusammenschluß gab es schon länger. Die Vorteile für den Milchmarkt lagen auf der Hand. Nur durch einen Zusammenschluß konnte eine planmäßige Preisbildung durchgeführt und das Preisdrücken einzelner Landwirte oder Molkereien unterbunden werden.⁸⁴

Das Reichsmilchgesetz trat erst am 1. Januar 1932, der § 38 allerdings schon am 15. Mai 1931 in Kraft,⁸⁵ „damit die obersten Landesbehörden in der Lage sind, die langwierigen Vorarbeiten für die Durchführung der ihnen durch § 38 gegebenen Ermächtigung sofort in

und Einfuhr- bzw. Ausfuhrvorschriften für Milch und Molkereiprodukte, in: Handbuch der Milchwirtschaft, Bd. 3/II, S. 579-592, hier: S. 587.

⁸¹ Vgl. W. v. Altmann, Weltverkehr in Molkereiprodukten, in: Handbuch der Milchwirtschaft Bd. 3/II, S. 540-558, hier: S. 546.

⁸² Milchgesetz. Vom 31. Juli 1930, in: Reichsgesetzblatt Jg. 1930, Teil I, S. 421-431.

⁸³ Vgl. Hofmann, S. 119-120. Der Verein deutscher Milchhändler forderte schon 1911 ein Reichsgesetz für einen hygienischen Milchhandel; vgl. B. Heinemann, Die Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes, Berlin 1919, S. 18.

⁸⁴ Die Forderungen zum Zusammenschluß kamen sogar von den landwirtschaftlichen Organisationen, vgl. V. Haehling, Milchmarkt und Milchpreis. Erörterung der Möglichkeiten der Organisation des Milchmarktes, der Steigerung des Milchverzehrs und der Verbesserung der Milchverwertung. Hrsg.: Westf. Bauernverein; Meschede o. J. [1928].

⁸⁵ Vgl. Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes. Vom 15. Mai 1931 und Erste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes. Vom 15. Mai 1931, in: Das Milchgesetz und seine Ausführungsbestimmungen. Hrsg. Deutsche Milchhandelszeitung, Hamburg o. D. [1932], S. 17-18 und S. 18-34.

Angriff zu nehmen.⁸⁶ In Preußen wurden die ersten Ausführungsbestimmungen zum Milchgesetz erst im Dezember 1931 verordnet.⁸⁷ Die Verordnungen des Reiches (Anlage zu § 28: IV,2) und Preußens (§ 50) schrieben vor, daß ein Zwangszusammenschluß erst gebildet werden dürfe, wenn ein freiwilliger Zusammenschluß nicht möglich sei.

Im Juni 1932 wurde der „Berliner Milchversorgungsverband“ als einziger Zwangszusammenschluß nach dem Reichsmilchgesetz von 1930 errichtet.⁸⁸ In anderen Gegenden Deutschlands, so auch im Rheinland und in Westfalen, waren 1932 Bestrebungen zum Zusammenschluß im Gange. Über Erfolg oder Mißerfolg des § 38 des Reichsmilchgesetzes lassen sich keine Aussagen machen - zu kurz war die Zeit für die Umsetzung dieser Bestimmung in die Praxis.

Wesentliche Änderungen auf dem Milchmarkt erfolgten schon bald im nationalsozialistischen Staat.⁸⁹ Der § 38 des Reichsmilchgesetzes wurde durch ein Gesetz vom 20. Juli 1933 geändert.⁹⁰ Danach konnten Zwangszusammenschlüsse jetzt direkt vom Reich gebildet werden. Zudem konnte nun auch der Milchhandel zwangsweise zusammengeschlossen werden. Auf Grund dieses Gesetzes und des Reichsnährstandsgesetzes vom 13. September 1933 wurde am 27. März 1934 die „Verordnung über den Zusammenschluß der Deutschen Milchwirtschaft“ erlassen, die den ganzen deutschen Milchmarkt neu ordnete.⁹¹ Milcherzeuger, Milchbearbeiter, Milchhändler und -verteiler wurden in 15 Milchwirtschaftsverbände, die in insgesamt 69 Milchversorgungsverbände untergliedert waren, zusammengefaßt. An deren Spitze stand die „Deutsche Milchwirtschaftliche Vereinigung (Hauptvereinigung)“. Dieser Zwangszusammenschluß regelte die Milcherzeugung und Milchverteilung und setzte die Preise fest. Die neue Marktordnung entzog den Milchpreis dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, die am Milchhandel Beteiligten unterzog es scharfen Zwangsbestimmungen.

IV. Zusammenfassung

Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts begann der Aufstieg des Nahrungsmittels Milch zum Massenkonsumartikel. Im bevölkerungs- und städtereichem Ruhrgebiet und seinen agrarischen Nachbarräumen entstand eine moderne Milchwirtschaft mit leistungsfähigen Produktions- und Vermarktungsstrukturen. Letztere, die hier besonders interessierten, entwickelten sich jedoch keineswegs kontinuierlich; und sie entstanden auch nicht dominant (oder gar ausschließlich) aus der Logik des Marktes sowie der Dynamik seiner erfolgreichen Akteure.

86 Begründung zur Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes und der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931, in: ebda., S. 35-50, hier: S. 36.

87 Preußische Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes vom 31. Juli 1930. Vom 16. Dezember 1931., in: ebda., Die Preußischen Ausführungsbestimmungen zum Milchgesetz vom 31. Juli 1930, S. 8-24.

88 Vgl. auch Satzung des Zusammenschlusses der an der Milchbelieferung von Berlin beteiligten Milcherzeuger und Milchbearbeitungsbetriebe und Kontingentierungsordnung v. 18. Juni 1932, in: ebda., Milchversorgungs-Verband Berlin, S. 3-13.

89 Vgl. zum Folgenden: C. Reuter, Milchgesetze und Milchregulative, in: Handbuch der Milchwirtschaft Bd. 3/II, S. 366-424, hier: S. 419-423; A. Schindler, Organisationssysteme in der Milchwirtschaft, in: Handbuch der Milchwirtschaft Bd. 3/II, S. 103-154, hier: S. 137-139.

90 Gesetz zur Änderung des § 38 des Milchgesetzes. Vom 20. Juli 1933, in: RGBl. Teil I, S. 527.

91 Verordnung über den Zusammenschluß der Deutschen Milchwirtschaft. Vom 27. März 1934, in: RGBl. 1934, Teil I, S. 259-294.

Kriegs- und Nachkriegszeit, vor allem aber Agrar- und Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre verursachten entscheidende Brüche; Politik, Gemeinde und Staat wiesen dem Vermarktungsprozeß mehrfach die Richtung und der Staat gab ihm mit dem Reichsmilchgesetz von 1930 schließlich eine Form, die - trotz ihrer totalitären Verzerrung zur Reichsnährstandsordnung des Nationalsozialismus - zukunftsfähig blieb. Die frühe Bundesrepublik knüpfte hier an; für die Agrarpolitik von EG (und EU) wurde das Reichsmilchgesetz zu einem einflußreichen Orientierungsmodell.

Im rasanten Bevölkerungs- und Städtewachstum des Ruhrgebiets verloren sich im letzten Jahrhundertdrittel schnell die letzten Reste traditioneller Milchwirtschaft. Landwirtschaftliche Betriebe mit intensiver Milchproduktion setzten sich durch. Ihre Produktionssteigerungen erzielten diese Bauern nicht mehr durch eine höhere Zahl, sondern durch eine höhere Produktivität ihrer Milchkühe. Dies erreichte man durch Züchtung, Verbesserung der Fütterung und Anwendung einer optimalen Melktechnik (die seit den 1890er Jahren entwickelten Melkmaschinen hatten noch keine nennenswerte Bedeutung). Zur Produktion von Frischmilch für die städtischen Märkte entstand im Ruhrgebiet und an seiner Peripherie ein hochintensiver Milchbetrieb: die Abmelkwirtschaft. Diese Betriebsform, bei der man angesichts des hohen Grades an Arbeitsteilung und Kapitalintensität schon von „industrieller Landwirtschaft“ sprach, konnte sich wegen der leichten Verderblichkeit des Produkts jahrzehntelang auf dem Markt halten, allerdings in langfristig immer schwächerer Position. Schon vor der Jahrhundertwende verlagerte sich der Schwerpunkt der Milchlieferrung für die Ruhrgebietsstädte in immer entferntere Gebiete. Neue Transport- und Lagermöglichkeiten, vor allem aber die Veränderung des Produkts (Pasteurisierung) begründeten neue Startbedingungen. Der Weg zur Höchststufe intensiver Milchwirtschaft, zum Abmelkbetrieb, erwies sich dadurch schon bald als Sackgasse. Der wichtigste Vorteil des Abmelkbetriebs, aufgrund großer räumlicher Nähe zum städtischen Verbraucher die hygienisch beste Milch liefern zu können, ging durch diese Innovationen, vor allem aber durch die fortschreitende Erhöhung und Generalisierung der Hygienestandards für Milch Schritt für Schritt verloren. In den 1960er Jahren verschwand diese Betriebsform schließlich ganz, weil sie einer weiteren Standarderhöhung (tuberkulosefreie Betriebe) nicht mehr gerecht werden konnte.

Zwei Entwicklungen, die Ausweitung des Produktionsgebietes für die Frischmilch und die stetigen Produktivitätsfortschritte auf den milchproduzierenden Höfen, bargen langfristig die Gefahr der Überproduktion in sich. Diese deutete sich schon kurz vor dem Ende des Ersten Weltkriegs an und wurde in den zwanziger Jahren zum Grundproblem der Milchwirtschaft des Ruhrgebiets und seiner Zulieferregionen. Doch zunächst wurde die Produktionsdynamik von der eindrucksvollen Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs aufgefangen. Im Ruhrgebiet leistete die Gesundheitsreformbewegung (Milchhäuschen, Milchausgabe in Schulen und Fabriken), von den Großbetrieben (Kampf gegen den Alkoholkonsum der Arbeiter) intensiv unterstützt, schon früh hervorragende praktische Werbung. Mitte der zwanziger Jahre erzielte die nun verstärkt einsetzende moderne Werbung (zeitgenössisch: „Milchpropaganda“) eine noch weitaus größere Wirkung, zumal die Werbekampagnen nicht nur von den Gruppen, die an der Milchwirtschaft beteiligt waren, sondern auch von Industrie und Staat energisch unterstützt und getragen wurden. Wesentlich stärker aber als jede Werbekampagne trugen die hygienischen und bedeutenden qualitativen Verbesserungen des Produkts zur Steigerung des Milchverbrauchs bei. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig und hier nur anzudeuten: die Fortschritte bei der wissenschaftlichen Analyse der Milch; darauf aufbauend

neue Instrumente der Milchqualitätskontrolle, schließlich die Entwicklung von neuen Maschinen und Geräten zur Lagerung, zum Transport, zur Reinigung und Pasteurisierung der Milch. Die politische Regelung von Milchproduktion und -absatz schritt voran, von den einfachen kommunalen Milchverordnungen des späten 19. Jahrhunderts bis zum Reichsmilchgesetz von 1930. Die Kontrolltätigkeit, die anfangs nur von der städtischen Gesundheitspolizei durchgeführt wurde, weitete sich aus, bald führten alle an der Milchwirtschaft beteiligten Gruppen jeweils eigene, spezifische Kontrollen durch. Besonders in den zwanziger Jahren nahm die Zahl der Träger und Felder der Kontrolle stark zu. Eine verbesserte Ausbildung führte zur Professionalisierung der Kontrollpersonen. Aber auch in der Ausbildung von Landwirten, Melkern und den Personen, die in Molkereien und Handel beschäftigt waren, spielte die Hygiene eine zunehmend wichtigere Rolle.

Diese langfristigen Fortschritte in der Produktion, in der Hygiene und Qualität der Milch und im Pro-Kopf-Verbrauch gaben den Akteuren der Milchvermarktung das Gefühl einer Absatzsicherheit, das sich aber im Ersten Weltkrieg, vor allem dann in der Weimarer Republik als trügerisch erwies. Auf die Überproduktionskrise der Weimarer Endjahre war man so alles andere als gut vorbereitet. Schon der Erste Weltkrieg brachte einen Bruch in die bisherige Erfolgsgeschichte der Ruhrgebiets-Milchwirtschaft. Die Milchproduktion fiel auf das niedrigste Niveau unseres Untersuchungszeitraums. Und dieser Einbruch war weniger die Folge eines schrumpfenden Kuhbestands, sondern vor allem die Konsequenz sinkender Milchproduktivität. Auch die hygienischen Standards konnten in den Kriegsjahren letztlich nicht mehr gewährleistet werden. Auf der anderen Seite wurden in dieser Zeit aber auch mehrere Entwicklungen (und Neuerungen) durchgesetzt, die zukunftssträftig waren und später den Milchmarkt entscheidend prägten: der Auf- und Ausbau von Milchhofgesellschaften, das fast vollkommene Verschwinden der Abmelkställe, die Konzessionierung des Handels, das Verbot des Hausverkaufes offener Milch und die Ausdehnung des Milcheinzugsgebiets. Ein tiefgreifender Modernisierungsschub war damit allerdings weder erreicht noch gesichert. Schon bald nach dem Ende des Krieges bzw. der Zwangswirtschaft wurden diese neuen Produktions- und Vermarktungsformen wieder in erheblichem Maße rückgängig gemacht: Die Abmelkbetriebe blühten wieder auf; die durchschnittliche Entfernung der milchliefernden Betriebe zu den Ruhrgebietsmärkten nahm wieder ab; die Zahl der Einzelhändler stieg rapide, viele Milchhöfe verschwanden, die übrigen konnten sich nur mit Mühe und in veränderter Form halten. Als seit Mitte der zwanziger Jahre die Überproduktion von Frischmilch zunehmend zum Problem wurde, kam es zwar zu neuen, beachtlichen Anpassungsmaßnahmen an den veränderten Markt: die Zahl der Abmelkbetriebe ging schnell zugunsten entfernt liegender Lieferbetriebe zurück; die Einzelhändler wurden konzessioniert und in der Zahl dadurch stark reduziert, Großbetriebe kamen auf etc. Es waren die Produktionsverbesserungen (Qualität und Hygiene), aber auch die breit und dynamisch angelegte Milchpropaganda, die, indem sie den Pro-Kopf-Verbrauch deutlich steigerten, hier als treibende Kräfte des Wandels der Vermarktungsstrukturen wirkten. Aber das alles reichte nicht, die Überproduktionsproblematik dauerhaft in den Griff zu bekommen. Die Weltwirtschaftskrise brachte in diese Bewegung einen gravierenden Rückschlag. Die Nachfrage, vor allem die Nachfrage nach der hochwertigen Degerma-Flaschenmilch, ließ empfindlich nach; und das stoppte den Trend zu größer angelegten Vermarktungsstrukturen, hielt vor allem den Einstieg der großen Einkaufsgesellschaften und Ladenketten in den Milchverkauf auf.

Noch grundlegender war, daß die Überproduktion von Butter auf dem Weltmarkt zusammen mit der Weltwirtschaftskrise die Defizite in Milchverarbeitung und Milchvermarktung unübersehbar machten. Die dänische, vor allem aber die niederländische Konkurrenz hatte nach dem Kriege Schritt für Schritt den Druck auf die deutschen Butterproduzenten erhöht und immer größere Marktanteile für sich erobert. Die Molkereien des Ruhrgebiet-Zulieferbereichs konnten diesem Druck durch Verlagerung auf den wachsenden Frischmilchmarkt lange Zeit ausweichen, zumal die Holländer nicht in die Frischmilchversorgung des Industriereviere einstiegen. Auf der Strecke blieb dabei aber das Bemühen um eine bessere, qualitätvolle, konkurrenzfähigere Produktion und Vermarktung von Butter. Dänemark und die Niederlande galten in den zwanziger Jahren als eindeutig führend in der Butterproduktion, im Butterhandel und selbst in der Verbesserung der Milch. Die USA hatten an diese beiden Länder Anschluß gewonnen und lieferten inzwischen sogar die wichtigsten milchwirtschaftlichen Innovationen und Anregungen: neue Maschinen, Molkereigrößenanlagen, neue Transportsysteme (Lastkraftwagen, Milchtanks) und groß angelegte "Milchpropaganda" (erstmalig 1918; Deutschland folgte verspätet 1926⁹²). Deutschlands Milchwirtschaft hatte die Vorbildrolle, die es bei einigen Entwicklungen, vor allem bei der qualitativen und hygienischen Verbesserung der Milch, im 19. Jahrhundert eingenommen hatte, im frühen 20. Jahrhundert schnell verloren. Selbst bei der Einführung nationaler Hygiene- und Qualitätsvorschriften für die Milch bildete Deutschland mit seinem Reichsmilchgesetz von 1930 eher das Schlußlicht in der Reihe der Industrienationen. Andere Staaten hatten früher Milchgesetze oder Milchverordnungen erlassen: USA 1926, Großbritannien 1923, Schweiz 1925, Niederlande 1925/26, Dänemark 1925 und Italien 1929.⁹³

Als in der Krise des Weltbuttermarkts Ende der zwanziger Jahre die Butterimporte der Niederlande und Dänemarks noch einmal stark anstiegen, reagierten die betroffenen Buttermolkereien in der ferneren Nachbarschaft des Ruhrgebiets aufgrund dieser relativen Rückständigkeit wie gewohnt mit einer verstärkten Zuwendung zur Frischmilchvermarktung. Eine Steigerung des ohnehin schon bestehenden Überangebots an Milch und weiterer Preisverfall waren die notwendigen Folgen. Aber nicht nur auf der Produktionsseite, auch im Vermarktungsbereich machten sich nun die Nachteile des Rückstands bemerkbar. In den Niederlanden und in Dänemark hatten sich die genossenschaftlichen Molkereien schon längst zu regionalen und nationalen Verbänden zusammengeschlossen. Und in den USA bestimmten große privatkapitalistische Händlerorganisationen mit hohem Konzentrations- und Zentralisierungsgrad das Marktgeschehen. Daran gemessen waren die Vermarktungsstrukturen für Milch, Butter und Käse im Ruhrgebiet noch außerordentlich engmaschig. Die genossenschaftlichen wie privaten Molkereien blieben im Durchschnitt relativ klein; weder regionale noch nationale wirtschaftliche Spitzenorganisationen, die dem Handel überlegen gewesen wären oder Marktangebot und Preise hätten regulieren können, kamen auf der Angebotsseite zustande. Nur mit den Milchhofbeteiligungen drang das milchproduzierende und milchverarbeitende Land ein kleines Stück weit auf den städtischen Markt vor, ohne daß aus dieser

⁹² Vgl. hierzu: *M. Ertel*, Milchpropaganda in den verschiedenen Staaten, in: *Handbuch der Milchwirtschaft*, Bd. 3/II, S. 424-473.

⁹³ Vgl. *C. Reuter*, Milchgesetze und Milchregulative, in: *Handbuch der Milchwirtschaft*, Bd. 3/II, S. 366-424. Österreich hatte schon im Jahre 1911 im „Österreichischen Lebensmittelbuch“ einheitliche Begriffs- und Hygienevorschriften erlassen.

Ausweitung des Tätigkeitsfeldes eine neue Organisations- und Absatzdynamik entsprang. Aber auch der Handel, der auf dem Milchmarkt des Ruhrgebiets das Übergewicht über die Produzenten und die Verarbeiter gewann, war zwar effektiv, aber fast durchweg kleinräumig organisiert, blieb an den Kirchturm (bzw. an das Rathaus) der jeweiligen Ruhrgebietsstadt gebunden⁹⁴; das wirtschaftliche Engagement der Gemeinden im Ersten Weltkrieg (Konzessionierung, Milchhöfe), die starke Konkurrenz der Städte untereinander und die tiefgegründete städtische Identität des mittleren Bürgertums im Ruhrgebiet prägten die Marktstrukturen und gaben diesen einen punktförmig-agglomerativen Charakter. Geringer Zentralisierungsgrad und relativ geringe Betriebsgrößen machten das Produkt teuer, die Regulierung krisenhafter Marktdynamik, hoher Überproduktion und krasser innerer Konkurrenz unmöglich.

Daß der Staat in einer solchen Krisensituation mit einem Gesetz stützend und modernisierend eingriff, war, wie schon erwähnt, auch in anderen Ländern geschehen und keineswegs außergewöhnlich. Einzigartig war allerdings der § 38 des Reichsmilchgesetzes. Keine andere westliche Industrienation hat so weitreichende staatliche Zusammenschlüsse von milchproduzierenden und milchbearbeitenden Betrieben vorgesehen. Ein radikaler staatlich-bürokratischer Vorgriff sollte den organisatorischen Rückstand der Milchproduzenten und Milchverarbeiter ausgleichen. Die Aufforderung des Reichsmilchgesetzes zum freiwilligen Zusammenschluß von Landwirten und Molkereien fand aber nach 1930 kaum Gehör. Die Neigung der staatlichen Agrarexperten, diesen Immobilismus durch staatlichen Zwang „markttordnend“ aufzubrechen, mag dadurch latent weiter gewachsen sein. Aber erst der Nationalsozialismus mit seinem Konzept der Nahrungsmittelautarkie besaß dazu die nötige Rücksichtlosigkeit. Erst jetzt wurde aus dem relativ weitgehenden Regulierungsvorschlag des Reichsmilchgesetzes eine landesweite, umfassende, von der Produktion über die Verarbeitung bis zum Handel reichende, staatlich erzwungene, hochreglementierte Milchwirtschaft. Die Anfänge der EU-Agrarordnung liegen in den Marktkrisen der Milch in den späten zwanziger Jahren, die den Behörden, den Gesundheitsreformern und der Bevölkerung insgesamt als Vollnahrungsmittel so wichtig schien; sie lag zweifellos nicht in der Hauptvereinigung „Milch- und Fettwirtschaft“ des Nationalsozialismus.

94 Eine andere, durchaus in der Tendenz großbetriebliche Handelsstruktur beschreibt für Berlin Rübe in diesem Band.

Der Weinmarkt in den Regionen Languedoc und Roussillon 1860-1936

Von Geneviève Gavignaud (Montpellier)*

Summary

Wine production in Languedoc and Roussillon developed into a monoculture in the second half of the nineteenth century and thus became completely dependent on developments in the national and international wine market. The winegrowers, who had at first profited from the advent of free trade, were increasingly affected by the negative effects of economic fluctuations in the years between 1890 and 1900. It became more and more difficult to sell the wine they had produced, and traders did not manage to adapt to the new situation. To defend their collective, professional, and regional interests, the winegrowers eventually mounted a protest movement directed against the government, which was viewed as being responsible for the crisis of 1907. After these revolts subsided, the *Confédération Générale des Vignerons* was charged with inspecting the wine trade. The first cooperative wine cellars attempted to rationalize the trade and to eliminate middlemen. The state passed flanking protectionist legislation. The vine growers, pioneers of the cooperative movement, were able to secure several decades of prosperity in the area of wine production through their initiatives to help themselves.

Die Tradition des Weinbaus in der heutigen Region Languedoc-Roussillon läßt sich bis in die Antike zurückverfolgen. Doch erst während des Zweiten Kaiserreichs, mit der Herausbildung eines nationalen Marktes und der Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit den Nachbarländern öffnete sich die Region dem internationalen Weinhandel. Die Produzenten und der lokale Handel versuchten, sich an die damit verbundenen Umwälzungen anzupassen. Das blanke Profitstreben, das in der Folge dieser schwer zu regulierenden Umstrukturierung entstand, erschütterte die wirtschaftliche Ordnung und drohte schließlich, die südfranzösische Gesellschaftsordnung zu zerstören.

I. Eine liberale Euphorie von kurzer Dauer

Ernest Labrousse hat eine alte Winzer-Weisheit in Erinnerung gerufen, die besagt, daß "man den Ertrag der Weinlese nicht trinken, wie man die Kornerte essen kann".¹ Selbst als Parzellenpächter ist der Winzer auf den Verkauf seiner Erträge angewiesen; häufig stellt der hierbei erzielte Erlös seine einzige Erwerbsquelle dar. Jede Form der Weinproduktion ist demnach auf einen Markt angewiesen, der einen Warenaustausch ermöglicht.

Bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte die königliche Protektionspolitik, die nur während einer kurzen Phase in den Revolutionsjahren durchbrochen wurde, die Entwicklung des Handels gehemmt und somit auch die Produktion des südfranzösischen Weinbaus stark beeinträchtigt.² In einem Land, in dem der Brotverbrauch als Barometer des sozialen Friedens galt, sollten die kultivierbaren Böden Getreide tragen. Jede Ausweitung des Weinbaus wurde als Gefährdung des sozialen Gleichgewichts betrachtet; königliche Edikte hatten die Neuanpflanzung von Weinstöcken regelmäßig unter Strafe gestellt. Wie

* Aus dem Französischen übersetzt von Stephan Malinowski, M.A., Berlin.
1 E. Labrousse, *Le Paysan français des physiocrates à nos jours*, Paris, o.J., S.207.
2 G. Gavignaud, *Propriétaires-viticulteurs en Roussillon, XVIII°-XX° siècles. Structures, conjonctures, sociétés*, Paris 1983, 2 Bde; *Dieselbe: L'agriculture de l'Hérault dans la première moitié du XIX° siècle, mémoire de maîtrise*, Université Montpellier, 1969.

XV. im Jahre 1731, hatte auch Louis Phillipe im Jahre 1831 "jede neue Anpflanzung von Weinstöcken ohne die ausdrückliche Genehmigung seiner Majestät" unter Androhung einer Geldstrafe von 3000 Livres verboten. Der Erlaß war jedoch ebenso unpopulär und nutzlos wie die vorherigen: In den Jahren 1842-1843 verteilten die Winzer ihre Produktionsüberschüsse, die auf dem Markt nicht absetzbar waren, an Passanten, Soldaten und Arme; in Béziers wurden Weinfässer in den Straßen ausgegossen.

Aus dieser Vorgeschichte erklärt sich das Eintreten der Winzer im Languedoc und Roussillon für die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus. Es schien, als könnten der Wegfall der Anbaubeschränkungen und ein freier Markt nur Vorteile mit sich bringen. Da von der ausländischen Konkurrenz keinerlei Bedrohung auszugehen schien, wurde nachdrücklich für die Verwirklichung eines nationalen und internationalen Weinmarktes plädiert. Im Jahre 1847 forderten die Landwirtschaftsvereine der Départements Hérault und Pyrénées-Orientales die Einführung des Freihandels.

1. Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Markt

Die Provinzgrenzen waren von der Revolution aufgehoben worden. Die Eisenbahn hatte den Aufbau einer kommerziellen Infrastruktur beschleunigt, deren Zentrum Paris war. Die wichtigste Behinderung des Weinhandels stellten die zentralisierten Steuerrechte (Verkehrs-, Verbrauchs-, Einfuhr- und Handelssteuern) dar, die bis 1900 die Grundlage der Steuergesetzgebung bildeten. Die "guten Jahre" des Zweiten Kaiserreichs steigerten die Inlandsnachfrage: Der durchschnittliche Verkaufspreis für Verkäufe en détail blieb seit 1858 stetig auf einem hohen Niveau.³

40 F für einen Hektoliter in den 1850er Jahren

50 F während des folgenden Jahrzehnts

60-70 F um 1870

Der kontinuierliche Hochstand dieser Preise ging mit dem Anwachsen des Verbrauchs einher:

10 Mio. Hektoliter zu Beginn des Jahrhunderts

20 Mio. Hektoliter ab 1850

25 Mio. Hektoliter seit 1865

30 Mio. Hektoliter (hl) nach 1875

Da Weinimporte zu dieser Zeit noch ohne Bedeutung waren (2.000 hl 1830, 4.000 hl 1847), mußten diese Zahlen als Ermutigung zu einer Expansion des Weinbaus wirken. Die Exportmengen wurden bis zur Durchsetzung des Freihandels durch Gesetze begrenzt und bewegten sich in einer Größenordnung von etwa einer Million Hektoliter. Die Handelsverträge mit England, Belgien, Preußen, den Niederlanden, Schweden, Norwegen, den Staaten des Zollvereins und Österreich öffneten neue Absatzmöglichkeiten, die von den südfranzösischen Winzern konsequent genutzt wurden - auf dem Weinmarkt der nördlichen Staaten konnte der Midi⁴ seine Standortvorteile voll zur Geltung bringen.

Der Weinbau, der sich bereits entlang der Verkehrswege, v.a. in den Tälern der Hérault, entlang der Ufer des Etang de Thau in der Nähe von Sète etabliert hatte, breitete sich nun endgültig in küstenferne Gebiete aus. Die Anbauflächen weiteten sich unablässig aus:

3 P. Degrully, Essai historique et économique sur la production et le marché des vins en France, Montpellier 1910, S. 157; J. Biquet, De la vente des vins, Montpellier 1900; A. Bousquet, Le régime économique du vin: le marché des vins, Paris 1904.

4 Der Begriff bezeichnet das südliche Frankreich (Anm. d. Übersetzers).

Der Weinmarkt in den Regionen Languedoc und Roussillon

1840: 275.000 Hektar
 1852: 294.000 Hektar
 1862: 393.000 Hektar
 1874: 463.000 Hektar

Diese Zahlen, die sich allerdings auf eine Periode außergewöhnlich günstiger Konjunktur beziehen, zeugen von einer beachtlichen Anpassungsfähigkeit der ländlichen Bevölkerung. Neben den großen Domänen entstand eine Unmenge von winzigen Weingütern. Die schnelle Vermehrung der kleinen Güter, die direkt für die lokalen Märkte produzierten, zeugte vom improvisierten Charakter des Weinmarktes. Während zu Beginn des Jahrhunderts drei Viertel der Produktion auf lokalen Märkten abgesetzt werden konnten, erweiterten sich nunmehr die Absatzmärkte und mit ihnen die Zahl der Zwischenhändler. Die Organisationen der vereidigten Handelsmakler und Verkäufer waren während der Revolution zunächst zerschlagen, am 19. März 1803 jedoch per Gesetz neu konstituiert worden. Das Privileg, das ihnen verliehen wurde, blieb im Handelsgesetzbuch bis 1866 gültig. Ein Gesetz vom 18. Juli 1866 ließ die *courtiers* (Handelsmakler) zu einfachen Kaufleuten werden, die sich als Händler, Bankiers, Kommissionäre, Vertreter eines Handelshauses, Treuhänder oder einfach als Vermittler zwischen zwei Handelsparteien betätigen konnten. Zwei Berufsbilder prägten dem Markt seither ihren Stempel auf: In den großen Städten (Montpellier, Béziers, Perpignan) konzentrierte sich die ökonomische Macht in den Händen der Weingroßhändler, die genug Kapital besaßen, um einen überregionalen Handel zu organisieren. Die *courtiers*, deren Anzahl ständig zunahm,⁵ besaßen hingegen nur bescheidene Mittel, übten jedoch oftmals mehrere Funktionen (Winzer, Gastwirt, Händler) aus und wirkten als Vermittler zwischen Produktion und Handel. Begünstigt durch eine Zeit, die dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb noch viele Möglichkeiten offenließ, fügten sich die *courtiers* gut in ihr soziales Umfeld ein - umso mehr, als viele von ihnen den gleichen sozialen Schichten wie die Winzer entstammten und häufig selbst kleine Weingüter bewirtschafteten. Die *courtiers* durchreisten das Land, besuchten Marktflecken und Weinkeller, prüften die Weine und organisierten die Verhandlungen für die Großhändler. Dem Großhändler oblag die Entscheidung über Zeitpunkt und Ausgang der Verhandlungen, und er überließ es dem Produzenten, die *courtiers* für ihre Dienste zu entlohnen. Als guter Kenner der Materie und der jeweiligen Gegend war der *courtier* geduldig genug, ein Angebot mehrfach zu unterbreiten und sich von den Produzenten nicht unter Druck setzen zu lassen. "Er wurde gewissermaßen zum Verbindungsmann zwischen Besitz und Handel."⁶ Die Besitzer großer Güter konnten mit den Großhändlern direkt verhandeln und verfügten zudem über große Lagerkapazitäten, die sich in Zeiten schlechter Konjunktur als nützlich erwiesen. Die kleinen Produzenten hingegen, denen solche Möglichkeiten nicht zur Verfügung standen, vermochten sich den Zwängen des Marktes nicht zu entziehen;⁷ v.a. dann nicht, wenn die nächste Weinlese bevorstand. Eine "Weinhändlermentalität" begann sich auf dem Land zu verbreiten, und es schien, als folgte das Geld der Ausbreitung des Weinhandels. Zur Monokultur geworden, dominierte der Weinbau die Region vorerst zur Zufriedenheit derjenigen, die von ihm lebten. Jede Stadt hatte ihren Weinmarkt, der bekannteste wurde freitags auf den Allées Paul Riquet in Béziers aufgebaut. Doch die Blüte des Weinbaus war nicht von langer Dauer. Nur wenige Jahre nachdem die Winzer den Mehltau-Befall ihrer Reben durch den massiven Einsatz von Schwefel

⁵ Vgl. Les annuaires statistique de l'Hérault (und anderer Départements).

⁶ P. Berger, Le Marché des vins du Midi, Paris 1927; J. Estadas, Evolution du marché vinicole et du commerce des vins depuis 1850, Montpellier 1953.

⁷ R. Pech, Entreprise viticole et capitalisme en Languedoc-Roussillon, Toulouse-Le-Mirail, 1975. Vgl. M. Auge-Laribe, Le Problème agraire du socialisme. La Viticulture industrielle du Midi de la France, Paris 1957.

besiegte hatten, trat mit der Phylloxera (Reblaus) ein neuer Schädling auf, der bei seiner Ausbreitung große Anbauflächen vernichtete. Die Plage, die erstmalig 1863 im Gard aufgetreten war, verbreitete sich langsam aber unaufhaltbar in westlicher Richtung und bedeckte nach etwa zwanzig Jahren die Weinbaugebiete im Languedoc und Roussillon wie ein Leichentuch. Der Weinbau in der Region brach zusammen und der nationale Markt öffnete sich dem europäischen Ausland, v.a. dem Import spanischer und italienischer Weine. Die Importe wurden durch die mit Spanien und Italien abgeschlossenen Handelsverträge erleichtert, während Frankreich die neugeschaffene Möglichkeit der Weinausfuhr aufgrund der Ernteausfälle nicht nutzen konnte. Die hier entstehende Konkurrenz der französischen, spanischen und italienischen Winzer sollte sich als ebenso unerbittlich wie dauerhaft erweisen. Mit dem Mut der Verzweiflung gingen die Winzer an den Wiederaufbau der zerstörten Anbauflächen; durch das Aufpfropfen lokaler Sorten auf amerikanische Rebwurzeln ließen sich weitere Verheerungen durch die Reblaus vermeiden. Angebaut wurden nun vorwiegend Sorten für die Massenproduktion (u.a. Aramon). Die Winzer hofften, den unerschöpflich scheinenden Markt für Billigweine, der v.a. von der Arbeiterschaft in Paris und anderen Großstädten gebildet wurde, bedienen zu können. Von den Rebstöcken, die sich schon bald in Niederungen, küstennahen Ebenen und trockengelegten Sumpfbereichen ausweiteten, begann der Wein nunmehr in Strömen zu fließen. Bis in Regionen mit Sandböden trieb die "Ertragssucht" der "Weinunternehmer" den Anbau voran. Der massive Einsatz von Maschinen und Kapital schien den Midi in eine regelrechte "Weinfabrik" zu verwandeln. Ausgestattet mit Walktrögen, Keltern, Gärbottichen und großen Fässern wuchsen die Kellereien der "Weinunternehmer" zu gigantischer Größe.

2. Die Vorboten der Krise

Zur Zeit der Reblausplage hatte man begonnen, Wein in großen Mengen aus dem Ausland zu importieren. Nach der Überwindung der Phylloxera-Schäden gingen die Importmengen jedoch keineswegs zurück:⁸

1878: 1,6 Millionen Hektoliter

1879: 2,9 Millionen Hektoliter

1880: 7,2 Millionen Hektoliter

1887: 12,2 Millionen Hektoliter

Zusätzlich drängten Weine aus den neugeschaffenen Anbaugebieten der Kolonie Algerien auf den französischen Markt. Nur kurze Zeit nach dem mühevollen und finanziell aufwendigen Sieg über die Phylloxera sahen sich somit v.a. die kleinen Produzenten im Languedoc und Roussillon einer erbarmungslosen Konkurrenz gegenüber. Eine genauere Untersuchung des Vermarktungsprozesses macht deutlich, wie sehr die Kleinproduzenten in Zeiten schwieriger Konjunktur den Großhändlern ausgeliefert waren. Ohne Möglichkeit, ihren Wein zu lagern, blieben die Weinbauern den Launen des Marktes ausgeliefert. Ein verpaßter Geschäftsabschluß war manchmal ausreichend, um einen Betrieb zu ruinieren. Die kleinsten Betriebe sahen sich oft gezwungen, die geernteten Trauben, für die sie keine Lagerkapazitäten besaßen, sofort und zu extrem niedrigen Preisen zu verkaufen. Die Machtstellung der großen Produzenten ergab sich aus ihren überlegenen technischen Möglichkeiten in der Produktion und bei der Weinherstellung.⁹ Kenner der Materie wie M. Augié-Larié sagten damals den Untergang der kleinen Betriebe in der ungleichen Konkurrenz mit den perfektionierten Kellereien voraus.

⁸ Zusammengestellt aus diversen Jahresstatistiken.

⁹ A. Berget, *La Pratique des vins*, Alcan 1900.

"Mit Erstaunen blickt man auf die unzähligen Zwischenhändler jedweder Couleur, die auf den Markt drängen":¹⁰ Großhändler, Spediteure, Kleinhändler, Kommissionäre unterschiedlichster Art (Schuldeintreiber, Handelsmakler, Vertreter, Handelsreisende). Den Großhändlern gelang es immer häufiger, die verschiedenen Etappen zwischen Produktion und Verbrauch zu kontrollieren. Ihre "Häuser" behielten jedoch in der Regel die Größe eines Familienbetriebs, in dem für gewöhnlich ein Buchhalter, ein Rechnungsführer, drei oder vier Einkäufer, einige Handelsreisende und ein Kellermeister angestellt waren. Die von ihnen beschäftigten *courtiers*, die "Blaumänner des Handels", entwickelten vor den Toren der Weingüter eine ständig wachsende Geschäftigkeit. Zur Umstrukturierung der Handelsbeziehungen trug mehr als alles andere die Einführung der Eisenbahn-Kesselwagen bei, die dem Verkauf Zentralisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen aufzwang. Die Geschichte des Hauses Mitjaville¹¹ ist für diese Entwicklung typisch: hervorgegangen aus einer 1814 in Perpignan gegründeten familiären Import-Export-Firma, spezialisiert auf den Weinhandel mit Spanien, wurde das Haus zunehmend zu einem Versandunternehmen, das seine Agenturen in allen wichtigen Bahnhöfen und Zentren des südfranzösischen Weinhandels hatte. Der Firmensitz wurde 1894 nach Montpellier verlegt. Allmählich wurde das Unternehmen, das 1902 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt wurde, zur Drehscheibe des regionalen Handels. Zu dieser Zeit verfügte der Betrieb bereits über 40 Kesselwagen, wodurch sich für viele Händler der Versand erübrigte. Der Weg vom Produzenten zum Verbraucher war somit um einen Zwischenschritt reicher und die Rationalisierung des Handels ein gutes Stück vorangetrieben worden.

Der Verkauf auf den Weingütern sah sich gezwungen, sich nach den Vorgaben der Verkaufsstellen zu richten: nicht selten wurden die Weinpreise festgelegt, bevor auch nur die Erntemenge des betreffenden Jahres feststand. Die Kontrolle über den Weinverschnitt, die in früheren Zeiten den Händlern im Anbaugebiet oblag, ging zunehmend auf die Händler am jeweiligen Ort des Endverbrauchs über.¹² Das hochempfindliche System des Weinhandels wurde durch das massive Auftreten unseriöser Zwischenhändler empfindlich gestört. Die regionalen Märkte zeigten erste Anzeichen der Erschöpfung und die lokalen Händler fanden keine Mittel, sich dem Diktat des nationalen Marktes zu widersetzen.

Der Weinbau war im Midi zur Monokultur geworden. Die ökonomische Balance, die sich während des Zweiten Kaiserreichs etabliert hatte, ging verloren und für viele Haushalte war der wirtschaftliche Ruin zu einer realen Bedrohung geworden; der Wein stellte nicht länger ein Nebenprodukt dar, das man im Handel zu Bargeld machen konnte. Er wurde nunmehr zur Grundlage für Geschäfte, von denen das Überleben ganzer Familien abhängen konnte.¹³ 1892 hatte sich der Weinbau von den Verheerungen der Reblausplage fast vollständig erholt. Die Probleme der Marktregulierung waren jedoch keineswegs gelöst. Der Wein begann von nun an, die Märkte zu überschwemmen.

¹⁰ P. Degrully, *Essai historique*, S. 224.

¹¹ R. Pech, *Entreprise viticole*, S. 101 und *ders.*, *L'organisation du marché du vin en Languedoc et en Roussillon aux XIX^e et XX^e siècles*, in: *Etudes Rurales*, April-Dezember 1980, S. 99-111.

¹² 1876 wurde der Alkoholzusatz bei der Weinherstellung in den südlichen Départements abgabepflichtig; vgl. E. Richard, *Le Marché du vin à Paris*, Paris 1934.

¹³ G. Gavignaud, *Propriétaires*, S. 384. C. Gervais, *Indicateur des vins*, Montpellier 1904.

II. 1892-1907: Der Wein überschwemmt die Märkte

Die Übersättigung der Märkte war für die Winzer am allmählichen Verfall der Weinpreise abzulesen¹⁴ (Preis pro Hektoliter):

1891:	18 Francs
1893:	12 Francs
1900:	14 Francs
1904:	11 Francs
1907:	10 Francs
1908:	9 Francs

Der Verfall der Kaufpreise führte zu einer ständig anwachsenden Unruhe unter den Winzern: "Früher waren ruinierte Böden, die nichts mehr hergaben, der Grund unserer Misere. Heute sind die Keller gefüllt, und das Produkt der mit Trauben überreich behängten Rebstöcke läßt sich entweder gar nicht mehr verkaufen oder aber zu Preisen, die den Ruin des Produzenten bedeuten würden. Diese Situation ist noch furchtbarer und noch unerträglicher, als sie vorher war."¹⁵

Die Lage verschlechterte sich von Jahr zu Jahr. Die landesweit in großen Lagern aufbewahrten Weinmengen wuchsen ständig an und erreichten bald einige Millionen Hektoliter. Hier scheint eine genauere Untersuchung angezeigt.

1. Die Marktübersättigung

Die Menge des auf französischen Märkten vorhandenen Weins¹⁶ entwickelte sich wie folgt:

Zeitraum	Weinmenge auf dem Markt (in Millionen Hektoliter)		Französische Gesamtproduktion	
	Menge	Index	Menge	Index
1850-1859	29,5	100	31,1	100
1860-1869	49,0	166	51,3	164
1870-1879	49,3	167	51,7	166
1880-1889	36,8	124	29,9	96
1890-1899	42,3	143	35,8	115
1900-1909	60,1	203	56,6	181

Der Anstieg der Weinmenge während der konjunkturell günstigen Jahre des 19. und 20. Jahrhunderts, auf den die Marktübersättigung zurückzuführen sein könnte, war größer als die Produktionssteigerung des landesweiten Weinbaus. Aus den Statistiken, die Durchschnittswerte für je ein Jahrzehnt verzeichnen, läßt sich jedoch keine Überproduktion ablesen, mit der die kommerziellen Engpässe nach Überwindung der Reblausplage erklärt werden könnten.

Auch die Analyse der jährlichen Produktionsziffern erklärt die Marktübersättigung nicht: 1883 erreichte die Produktion fünfzig Millionen Hektoliter und blieb damit um 20 Millionen Hektoliter hinter dem Rekordwert von 1869 zurück. 1900 lag die Produktion noch um 1,5

14 Bulletin statistique et de la législation comparée (Hg. vom Finanzministerium). Auch von den verschiedenen "Sociétés agricoles" in den Départements wurden regelmäßig Preislisten veröffentlicht.

15 Rede des Senators Delcros, abgedruckt in: Bulletin de la Société Agricole Littéraire et Scientifique des Pyrénées-Orientales, 1901. Vgl. J. Cot, Les Statistiques mensuelles et le marché des vins, Montpellier 1898.

16 R. Laurent, Les quatre âges du vignoble du Bas-Languedoc et du Roussillon, in: Economie et Société, Centre d'histoire contemporaine, Université Montpellier III, 1978.

Millionen Hektoliter unter besagtem Wert, der 1904 zwar erreicht, aber nicht übertroffen wurde.¹⁷

Die angeführten Produktionszahlen scheinen zunächst zu belegen, daß die südfranzösischen Weinbauggebiete für die Übersättigung des Marktes verantwortlich waren. Tatsächlich war es jedoch lediglich der Anteil der südfranzösischen Produktion am Gesamtvolumen der französischen Weinproduktion, der im betrachteten Zeitraum anstieg. Die Intensivierung des Anbaus entlang der Mittelmeerküste ging mit dem Rückgang des Weinbaus in anderen Regionen einher.

Die Produktionswerte für den unteren Languedoc-Roussillon betragen (in 1.000 Hektoliter):

Zeitraum	P.O. ¹⁸	Aude	Hérault	Gard	Region insgesamt	Index	Anteil der Region an nationaler Produktion (in Prozent)	Anteil der Region an Weinmenge auf dem Markt (in Prozent)
1850-59	259	527	3.217	1.098	5.101	100	16	17
1860-69	510	1.540	11.148	1.672	14.870	290	28	30
1870-79	1.142	2.857	10.046	1.117	15.162	296	29	30
1880-89	1.241	3.505	3.156	672	8.938	174	29	24
1890-99	1.776	3.627	7.521	2.006	14.930	292	41	35
1900-09	2.906	5.624	10.593	3.252	22.375	437	39	37

Weinproduktion (in Millionen Hektoliter)

Zeitraum	Bas-Languedoc-Roussillon		Andere französische Weinbauggebiete		Nationale Produktion	
	Menge (Mio. hl)	Prozent	Menge (Mio. hl)	Prozent	Menge (Mio. hl)	Prozent
1850-59	5,1	16,3	26,0	83,7	31,1	
1860-69	14,8	28,8	36,5	71,2	51,3	100
1870-79	15,1	29,2	36,6	70,8	51,7	100
1880-89	8,9	29,7	21,0	70,3	29,9	58
1890-99	14,9	41,6	20,9	58,4	35,8	69
1900-09	22,3	39,3	34,3	60,7	56,6	110

Auf dem Markt trat der südfranzösische Wein demnach in direkte Konkurrenz mit Weinen aus anderen französischen Anbaugebieten, die er zunehmend verdrängen konnte. Will man jedoch die Krise erklären, deren Symptom die überfüllten Weindépôts waren, müssen zusätzliche Faktoren herangezogen werden. Der Weinbau-Ausschuß des französischen Parlaments hat damals den Versuch unternommen, aus verschiedenen Erklärungsansätzen ein stimmiges Bild zu formen.¹⁹ Die Ergebnisse dieses Versuchs sollen hier skizziert werden.

¹⁷ Annuaire statistique, 1951, S. 261.

¹⁸ Département Pyrénées-Orientales.

¹⁹ Bulletin de la Société Agricole Littéraire et Scientifique des Pyrénées-Orientales, 1902, S. 78, Perpignan 1900.

Die Ursachen der Krise

a) Die Konkurrenz durch Rübenalkohol

Während der Phylloxera-Plage war Sand in das Getriebe der "Alkoholmaschine" geraten, die solange auf Hochtouren gelaufen war, wie die Verarbeitung des Weins zu Alkohol rentabler war als sein Verkauf - mit dem Rückgang der Ernteerträge fehlte es ihr an Brennstoff. In den darauf folgenden Jahren "technisch bedingter" Arbeitslosigkeit tauchten auf dem Markt eine Reihe anderer, insbesondere die aus Rüben gebrannten Alkoholsorten auf. Den Rübenbauern war es gelungen, der Regierung eine Politik abzurufen, die sich gegen die Weinbrenner richtete und zum Ziel hatte, die Produktion von Weinalkohol auf einem niedrigen Niveau zu halten. Somit war auch das traditionelle "Sicherheitsventil" des Weinbaus blockiert.

b) Die Konkurrenz durch andere Getränke

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Alkohol und Wein stieg trotz des zunehmenden Cidre-Konsums an und erreichte zwischen 1894 und 1910 ein etwas höheres Niveau als während des Zeitraums 1880-1893. Der Landwirtschaftsverein des Départements Pyrénées-Orientales ließ einen Bericht veröffentlichen, in dem der Wein als überaus gesundes und geradezu lebensnotwendiges Nahrungsmittel gepriesen wurde. Aus der Feder eines Mediziners erschien 1903 ein Bericht ähnlichen Inhalts.

Die auf dem Wein lastenden Steuern, insbesondere die Zollabgaben bremsten jedoch den Anstieg des Verbrauchs. Der Ausgangspreis für einfache Weine lag zwischen 8 und 10 Franc pro Hektoliter. Bei der Einfuhr nach Paris waren dafür 8,25 Francs an die Stadt und 10,62 Francs an den Staat zu entrichten - nach Addition der Transport- und Lagerkosten ergab sich damit ein Verkaufspreis von 40 Francs pro Hektoliter.²⁰ Diese Praxis gab Anlaß zu einer Rede, die Joseph Caillaux am 14. November 1899 anläßlich einer Gesetzesvorlage, die Steuersenkungen für alkoholische Getränke vorsah, im französischen Parlament hielt: "In den ärmeren Schichten würde die Steuersenkung zu einer Anhebung der Lebensqualität führen. Die Produzenten könnten durch absatzfördernde Maßnahmen für ihre Entbehrungen seit der Reblausplage und für eine ganze Reihe anderer Geißeln, die den Weinbau heimsuchen, entschädigt werden." Die Weinproduktion und ihre Besteuerung blieben politisch umstritten; zu den wirtschaftspolitischen Konstanten des 19. Jahrhunderts gehörte jedoch die Weigerung des Staates, eine seiner wichtigsten Einkommensquellen versiegen zu lassen.

c) Probleme der Marktorganisation

Um den Handel zu erleichtern, einigten sich die Eisenbahngesellschaften Midi-Orléans und Paris-Lyon-Marseille auf eine Tarifsenkung um 50% für Großtransporte ab 7.000 Kilogramm. Dennoch blieben diverse Unstimmigkeiten im Transportwesen bestehen: so sorgte etwa ein Sondertarif dafür, daß algerische Weine in Paris zum selben Preis auf den Markt kamen wie die Weine aus dem Midi.²¹ Ein einheitliches Tarifsystem war im Transportwesen längst nicht erreicht. Auf der 480 Kilometer langen Strecke La Nouvelle-Bordeaux waren für den Transport einer Tonne Frachtgut 10 Francs zu entrichten; dieselbe Frachtmenge kostete auf der 43 Kilometer langen Distanz Perpignan-La Nouvelle 5,85 Francs. Die Sondertarife, die im Rahmen von

20 D. Baille, Rapport sur la situation viticole des Pyrénées-Orientales, Perpignan 1900; F. Atger, La Crise agricole et la viticulture méridionale (1900-1907), Paris 1907.

21 Bulletin de la Société Agricole, Scientifique et Littéraire des Pyrénées-Orientales, 1907.

Freihandelsverträgen (mit Italien und Österreich) und nach Ernteausfällen (1882 mit Spanien) festgelegt worden waren, wurden zunehmend kritisiert, zumal große Mengen gepanschter Weine aus Spanien nach Frankreich gelangten. Aufgrund dieser Entwicklung verabschiedete der Landwirtschaftsverein im Mai 1882 und im April 1885 Petitionen, in denen die Einrichtung eines Chemielabors nahe der Grenze gefordert wurde, um die Weine zu kontrollieren, die mit Hilfe von Industrialkohol aus deutscher Produktion hergestellt wurden und immer häufiger auf den französischen Markt gelangten. Nach mehrfachen Forderungen des Landwirtschaftsverbandes und nach Anträgen, die von den Abgeordneten Brousse und Vilar eingebracht wurden, kam es 1887 zur Errichtung eines Labors in Port-Vendres.²² Der französisch-italienische Handelsvertrag wurde 1888 gekündigt, nachdem er in mehreren Petitionen verurteilt worden war. Seine Aufkündigung beendete die Einfuhr italienischer Weine. Von Februar 1892 an mußte für die Einfuhr spanischer Weine eine nach dem Alkoholgehalt gestaffelte Abgabe von 70 Centimes pro Hektoliter und pro Alkoholprozent gezahlt werden. Zu diesem Zeitpunkt kämpften die Winzer bereits Seite an Seite mit den Getreidebauern für die Rückkehr zu einer protektionistischen Handelspolitik: "Die Zölle sind fortan das einzige Mittel, um den Bauern zum Bleiben auf seinem Gut zu veranlassen."²³ Die Winzer des Midi entfernten sich immer weiter von den internationalen Märkten. Doch auch die Rückkehr zum Protektionismus führte keineswegs zu den erhofften Verbesserungen der Marktlage. Die Staffelung der Zollabgaben nach dem Alkoholgehalt (je höher der Alkoholgehalt, desto höher der Zoll) veranlaßte die ausländischen Importeure, zunehmend minderwertige, mit Wasser versetzte Weine einzuführen, was nicht gerade zur Konsolidierung des französischen Marktes beitrug.²⁴ 1899 und 1900 setzten zwei Gesetze die Forderung der Winzer durch, die Zollabgaben nicht länger nach dem Alkoholgehalt, sondern nach dem Volumen zu staffeln.

Unfähig zu einer effektiven Politik mit dem Ziel einer langfristigen wirtschaftlichen Konsolidierung gab sich die unter Druck gesetzte Regierung mit provisorischen Manipulationen am System der Zolltarife zufrieden. Die 1892 begonnene Schutzzollpolitik versperrte Frankreich darüber hinaus den Zugang zu zahlreichen Märkten im Ausland, wie aus den zeitgenössischen Statistiken erkennbar wird:

Weinmenge auf französischen Märkten²⁵
(landesweite Durchschnittswerte in Dekaden, in 1.000 Hektoliter):

Zeitraum	Produktion	Importe	Exporte	Auf dem Markt vorhandene Weinmenge
1830-39	29.000	2,6	1.208	28.000
1840-49	35.000	3,4	1.477	33.000
1850-59	31.000	180	1.767	30.000
1860-69	51.000	194	2.479	49.000
1870-79	52.000	834	3.383	50.000
1880-89	30.000	9.371	2.463	37.000
1890-99	36.000	8.258	1.795	39.000
1900-09	57.000	5.618	2.140	53.000

²² Ebenda, 1896, S. 44.

²³ L'année Politique, Debatte über die Zolltarife, 1891, S.122.

²⁴ Privat, Le Régime douanier des vins en France, Bordeaux, 1904, S.160.

²⁵ Zusammengestellt aus der Statistique annuelle und dem Annuaire Statistique, 1951, S. 261.

Als Folge der Ernteausfälle durch den Mehltau-Befall stiegen die bis dahin geringen Einfuhrmengen, die bis 1853 4.000 Hektoliter nicht überschritten hatten, auf eine Höhe von ca. 180.000 Hektoliter an. Von 1854 bis 1877 schwankte dieser Wert zwischen 100.000 und 700.000 Hektoliter, um nach 1878 schnell anzusteigen: auf 7 Millionen Hektoliter 1880 und auf 12 Millionen Hektoliter 1887 und 1891. Die Importe hatten den französischen Markt erobert. Nur mit Mühe gelang es zwischen 1892 und 1901, diese Entwicklung aufzuhalten. Im Jahr 1901 wurde mit 3 Millionen Hektoliter die geringste Importmenge verzeichnet. Im Zeitraum bis 1913 lag dieser Wert bei 5 bis 9 Millionen Hektoliter jährlich. Gleichzeitig sank die ausländische Nachfrage nach französischen Weinen; die Exporte stagnierten und der Rekordwert von 3 Millionen Hektoliter aus der Zeit vor der Reblausplage blieb in späteren Jahren unerreicht. Die Exportmenge überschritt fortan zu keiner Zeit die Marke von 2,5 Millionen Hektoliter. Die Zunahme der Importe und der Rückgang der Exporte ergaben zusammengenommen einen Anstieg der auf dem inländischen Markt verfügbaren Weinmenge, die 1904 die Marke von 74 Millionen Hektoliter überschritt. Dieser Wert allein kann jedoch nicht als Indikator für eine aussichtslose Lage angesehen werden, denn bereits 1875 hatte das Gesamtvolumen mit 80 Millionen Hektoliter deutlich höher gelegen. Allgemein sprachen die Werte eher für eine Verengung der Absatzmärkte als für ihre landesweite Übersättigung. Den Winzern fiel es schwer, Verständnis für die Zwänge des internationalen Marktes zu entwickeln: als im April 1906 in Baixas zwei Drittel der Ernte durch Hagelschlag vernichtet wurden, blieb den Winzern der gleichzeitige Verfall der Weinpreise gänzlich unverständlich. Wie hätten sie auch begreifen sollen, daß die Absatzflaute weder außergewöhnlich noch akzidentiell bedingt, sondern durch umfassende Störungen des Handels verursacht waren?

Neben Rouen entwickelte sich unterdessen der Hafen von Sète zu einem wichtigen Zentrum des Weinimports - zwischen 1886 und 1892 wurden über 3 Millionen Hektoliter an seinen Quais entladen.²⁶

d) Die algerische Konkurrenz

Klagen über die Konkurrenz durch den algerischen Weinbau wurden vor 1914 seltener vorgebracht, als ein erster Blick auf die algerischen Produktionsziffern vermuten ließe: die Produktion algerischer Weine verdoppelte sich von 1878 bis 1882 (1878: 338.000 Hektoliter), verfünffachte sich bis 1886 (1.667.000 Hektoliter) und erreichte 1897 4,5 Millionen Hektoliter.²⁷ Die Anpflanzung von Weinstöcken in Algerien wurde zur Zeit der Phylloxera beschleunigt vorangetrieben und nach dem Sieg über die Plage fortgeführt, so daß die Weinkulturen 1888 eine Fläche von 3.000 Hektar bedeckten, die bis 1901 auf 130.000 Hektar anwuchs. 1904 überstieg die Produktion 7 Millionen Hektoliter. Der Ertrag pro Hektar lag zur Jahrhundertwende bei 40 Hektoliter und stieg ab 1909 auf über 50 Hektoliter.

e) Die Weinfälschungen - "Tod den Weinpanschern!"

Die gefährlichste Konkurrenz ging allerdings von den "gepanschten" Weinen aus. Den Weinpanschern schien dabei jedes Mittel recht zu sein: die Beimengung von Zucker, um den Alkoholgehalt zu erhöhen (chaptalisieren), der Zusatz von Wasser, um das Volumen zu steigern (*mouillage*) und die Addition von Alkohol waren die gängigsten Methoden, um den Wein selbst

26 J. L. Cazalet, *Cette et son commerce des vins 1666 à 1920*, Montpellier 1920.

27 G. Galtier, *Le Vignoble du Languedoc méditerranéen et du Roussillon. Etude comparative d'un vignoble de masse*, Paris 1958, Bd. III, S. 228.

zu manipulieren. Doch daneben waren diverse Methoden im Gebrauch, um mit Hilfe von chemischen Verfahren ein Produkt herzustellen, das mit "Wein" nur noch den Namen gemeinsam hatte: hierbei handelte es sich um ein Gebräu, das aus Wasser, Gerbsäure, Glukose, Alkohol, Weinstein und diversen Extrakten angemischt wurde. Das Produkt dieser Weinfälschungen fand bei einem nicht zu unterbietenden Preis von 25 Centimes pro Hektoliter einen reißenden Absatz auf den Pariser Märkten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde mit einer Serie von Gesetzen (1855) versucht, die Verfälschungen von Eßwaren und Getränken zu bekämpfen; die darin formulierten Bestimmungen waren jedoch zu allgemein gehalten, um die Gesamtheit der Weinmanipulationen zu erfassen.²⁸ 1872 wurde mit dem Arago-Gesetz ein erneuter Anlauf unternommen, die traditionellen Methoden der Weinherstellung verbindlich festzuschreiben. Dieser Versuch ging über die bisherige Regelung im Strafgesetzbuch hinaus, die lediglich Verkauf und Abgabe gepanschter Getränke unter Strafe gestellt hatte (Artikel 318, 423, 475, 477). Doch erst mit dem Griffe-Gesetz vom 14. August 1883 wurde eine rechtsverbindliche Definition des Begriffs "Wein" formuliert: "Wein ist das Produkt, das durch alkoholische Gärung aus dem Saft frischer Weintrauben entsteht". Abgabe, Verkauf und Vertrieb von Getränken mit der Bezeichnung "Wein", die auf andere Weise hergestellt wurden, waren fortan strafbar. Getränke mit der Bezeichnung "Wein" mußten den Verbraucher auf einem Etikett über die Natur des Produktes in Kenntnis setzen. Die Beimengung von Zucker zur Steigerung des Alkoholgehalts und zur Herstellung von Tresterweinen wurde jedoch auch von diesen Gesetzen nicht erfaßt. 1892 regelte das Brousse-Gesetz die Überwachung von Händlern und Auslieferern, die als Hersteller minderwertiger Weine bekannt waren; 1894 wurde die Beimengung von Wasser oder Zucker zum Wein gesetzlich verboten. Der Kampf gegen die Weinmanipulationen kam auf diesem Wege jedoch nur bedingt voran, wie sich an der Aussage des Zollamtvorstehers von Perpignan vor einer Untersuchungskommission ablesen läßt: "Es kam vor, daß Weine, die an einem Tag die Stadtgrenze passierten, schon einen Tag später -nunmehr gepanscht- auf den Märkten der Stadt auftauchten."²⁹ Mit der Verpflichtung, die Herstellungsweise des Produktes zu kennzeichnen, der administrativen Überwachung der Zwischenhändler und dem Herstellungsverbot künstlicher Weine war die Regierung den Forderungen der Winzer entgegengekommen. Doch um den Weinfälschungen wirkungsvoll entgegenzutreten, reichten diese Schritte nicht aus; es galt, Verwahrung und Winzer in die Lage zu versetzen, die Umsetzung dieser Gesetze wirkungsvoll überwachen zu können. Verschiedene Abgeordnete setzten den Kampf für die Interessen der Winzer im Parlament fort und wurden nicht müde, die Praktiken der Weinpanscher anzuprangern. Gelegenheit dazu boten die notorischen Skandale, insbesondere die Dayon-Affäre. Dayon hatte sich seit 1902 strafbar gemacht und war wegen Weinfälschung zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Davon unbeeindruckt, war es ihm in der Folgezeit gelungen, sich weiterhin durch Betrug zu bereichern.

1897 wurden erneut Gesetze verabschiedet, die Herstellung und Vertrieb künstlich erzeugter Lebensmittel reglementieren sollten. Ihre Wirkung blieb jedoch ebenfalls begrenzt. Noch im Januar 1904 veröffentlichte der *Indépendant* einen Prospekt mit dem Titel "Weinherstellung ohne Trauben", in dem für ein Produkt geworben wurde, das die Herstellung von einem Hektoliter Wein aus einem Hektoliter Trockenmasse ermöglichen sollte. An diesen Zuständen änderte auch die Verabschiedung eines zusätzlichen Gesetzes im August 1905 nur wenig. Die Marktübersättigung führte zu einem Preissturz, der auf die kleinen Güter zurückschlug, die sich ohnehin in einer prekären wirtschaftlichen Lage befanden. Die

²⁸ J. Auffray, Etude sur la législation relative aux fraudes et falsification de vins, Paris 1911, S. 16.

²⁹ M. Caupert, Essai sur la Confédération Générale des Vignerons, S. 47.

"Elendspreise", die nach der Weinlese von 1906 die Märkte beherrschten, führten im Gebiet zwischen Pyrenäen und Rhône zum Aufstand. Die in der *Fédération Méridionale* zusammengeschlossenen Verbände des Wein- und Spirituosenhandels erwiesen sich als unfähig, den Preisverfall aufzuhalten.³⁰

III. Von der Revolte zur Interessenvertretung

Im Midi wurden nur wenige Einwohner von der Misere des Weinbaus und Weinhandels verschont – das ökonomische Debakel wurde von der Gesamtheit der südfranzösischen Bevölkerung als existentielle Bedrohung wahrgenommen. Marcelin Albert, der Führer der "Bettlerrevolte", konnte auf eine breite Unterstützung bauen, als er in seinem Wirtshaus am 21. April 1907 einen Volksaufstand forderte: "Die Zeit der großen Worte ist vorüber. Den schönen Reden müssen nun Taten folgen. Die Départements müssen zusammenhalten, denn der Weinbau im gesamten Midi ist vom Tode bedroht. Schließen wir uns zusammen, ohne Unterscheidung der Parteien, ohne Unterscheidung der Klassen!" Domänen und Kleinproduzenten, Grundbesitzer und Pächter, Produzenten, Händler und Zwischenhändler verschmolzen innerhalb kürzester Zeit zu einer breiten Protestbewegung, die den Kampf um das Überleben der Weinwirtschaft zu führen bereit war.

1. Die Strategie des Burgfriedens: Die Vereinigte Winzergenossenschaft

Unterstützt durch die Zeitung *Le Tocsin* und einen Wohlfahrtsausschuß zum Schutz der Winzer gelang es der Revolte, Kräfte aus allen politischen Lagern zu binden.

Der sozialistische Bürgermeister von Narbonne, ein Arzt namens Ferroul,³¹ trat sogar für einen Steuerstreik und den Ungehorsam gegenüber der Kommunalverwaltung ein. Lediglich die Führungsgremien der Sozialistischen Partei und ihre lokalen Sektionen gaben ihr Mißtrauen gegen die korporativistischen Parolen nicht auf und verstanden sich weiterhin als Interessenvertreter der unteren sozialen Schichten. Die *Fédération socialiste* rief die Besitzer kleiner Güter und die Landarbeiter zur Wachsamkeit auf: "Winzer, schenkt den selbstsüchtigen Reden der herrschenden Klasse keinen Glauben. Landarbeiter, haltet Euch von dieser Bewegung fern, an deren Spitze die Herren der großen Gutshäuser stehen, die Euren wohlverdienten Lohn unterschlagen!"³²

Die sozialistische Ideologie blieb dem Klassenkampf verpflichtet und erkannte keine klassenübergreifenden Interessen an, die ein konzertiertes Vorgehen gerechtfertigt hätten. Die Sektionen der revolutionären Syndikalisten³³ unterstützten die Linksparteien, um sich dem Aufkeimen der korporativistischen Hoffnungen entgegenzustellen, die viele Winzer auf einen klassenübergreifenden Ausgleich hoffen ließ.

30 E. Castelnaud, Associations de vente dans le Midi de la France, Paris 1907, S. 149. Vgl. A. Yanagi, La commercialisation du vin de l'Hérault au XIX^e siècle, mémoire de DEA, Université Montpellier III, 1988.

31 R. Pech, Les thèmes économiques et sociaux du socialisme Ferrouliste à Narbonne, 1880-1914, in: Droite et gauche de 1789 à nos jours, Montpellier, Centre d'Histoire contemporaine du Languedoc méditerranéen et du Roussillon, 1975.

32 Anspielung auf die Streikbewegung der Jahre 1903-1904, in der sich die südfranzösischen Landarbeiter gegen die Besitzer der großen Güter erhoben hatten. Vgl. M. Auge-Laribe, Les résultats des grèves agricoles dans le Midi de la France, 1904, Mémoires et Documents du Musée Social, 1907.

33 Arbeitergewerkschaften, die den sozialistischen Direktiven der II. Internationale folgten. Die Winzer, die keiner revolutionären Ideologie anhängen, organisierten sich zeitgleich in einer Reihe anderer Gewerkschaftsorganisationen.

Die in Bewegung geratenen Massen waren unkontrollierbar und die ausgegebenen Parolen, die zur Besonnenheit aufriefen, verhallten ohne Wirkung. Spätere Betrachter haben den Aufstand von 1907 auf unterschiedlichste Weise interpretiert: als "Bündnis" gegen eine Regierung, der man anlastete, durch ihre Unfähigkeit die Krise verantwortet zu haben; als Aufstand des Midi gegen den Norden; als Aufwiegelung der Ärmsten durch die Wohlhabenden; als eine Aktion der Royalisten oder der Anarchisten - kaum eine Interpretation, die nicht formuliert worden wäre.

Zwischen April und Mai 1907 kam es zu Protestkundgebungen, an denen sich mehrere Hunderttausend Winzer beteiligten:³⁴ 80.000 in Narbonne am 5. Mai, 160.000 in Béziers am 12. Mai, 172.000 in Perpignan am 19. Mai, 250.000 in Carcassonne am 26. Mai, 300.000 in Nîmes am 2. Juni und über 500.000 in Montpellier am 19./20. und am 21. Juni.

Die Bürgermeister einiger Städte verließen die Rathäuser, um sich mit den Winzern zu solidarisieren; ganz Südfrankreich probte den Aufstand.³⁵ Bald überstürzten sich die tragischen Ereignisse: in Narbonne waren am 19./20. Juni fünf Todesopfer zu beklagen, und am Abend des 20. Juni drehten 500 Soldaten aus dem 17. Linienregiment, das zur Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt war, ihre Bajonette um und schlossen sich den Aufständischen in Béziers an. Die Revolte fand ihre Anführer, ihre namenlosen Helden und ihre Opfer. Sie endete in einem Blutbad. Nach einer kurzen Phase der Destabilisierung gelang es der Regierung, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen: Clemenceau entsandte starke Armee-Einheiten in den Süden und versuchte erfolgreich Marcelin Albert, den Anführer der Revolte, lächerlich zu machen. Nachdem sich die Lage beruhigt hatte, wurde das Parlament aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen für eine Konsolidierung des Marktes zu schaffen. Die Winzer begannen einen geordneten Rückzug, um ihren Kampf nicht länger auf der Straße, sondern auf dem Markt, der über Schicksal entschied, fortzusetzen. Parallel entstanden somit ein neues Gesetzwerk (*Code du Vin*),³⁶ das Weinbau und Weinhandel reglementieren sollte, und die Vereinigte Winzergenossenschaft (*Confédération Générale des Vignerons, C.G.V.*)³⁷ mit dem gemeinsamen Ziel einer besseren Organisation des Handels. Erst jetzt wurde ein konzertiertes Vorgehen gegen die Weinmanipulationen möglich. Im Parlament wurde eine ganze Reihe von Gesetzen zur Sanierung des Weinmarktes verabschiedet - Rechenschaftspflicht der Gutsbesitzer über den Umfang der Weinlese, Reglementierung des Zuckerhandels, Festlegung der rechtlichen Mittel, die den Genossenschaften zur Bekämpfung der Weinmanipulationen zur Verfügung stehen sollten. Das neugegründete Weinkontrollamt (*Service des Répressions des Fraudes*) wurde von den Berufsverbänden des Weinbaus unterstützt, und bald darauf von ihnen kontrolliert. Die aus der klassenübergreifenden Einigung des Frühjahrs 1907 hervorgegangene C.G.V. war sowohl für die Geschichte des Languedoc als auch für die Geschichte des Weinbaus von herausragender Bedeutung. Die C.G.V. stellte die erste Organisation dar, die berufsständische, genossenschaftliche, ökonomische und sozialpolitische Züge vereinigte, seit die Revolution von 1789 jedes Koalitionsrecht unterdrückt hatte.

Die bereits einen Monat nach den tragischen Ereignissen von Narbonne und Béziers im Juli 1907 entstandene C.G.V. versuchte die unterschiedlichsten Interessen und Programme

³⁴ C. Boyer, Les Grands meetings du Midi, Perpignan 1957.

³⁵ M. Leblond, La Crise du Midi, Paris 1907; F. Napo, La Révolte des vigneron, Toulouse 1971.

³⁶ E. Antonelli, La Protection de la viticulture par l'Etat, Paris 1905.

³⁷ M. Caupert, Essai sur la C.G.V., Montpellier 1921.

aufeinander abzustimmen. Die gemeinsame Identität aller mit dem "Land" verbundenen Gruppen und die Tatsache, daß die Krise den Weinbau in seiner Gesamtheit betraf, sollten die Grundlage für diesen Zusammenschluß bilden. Zwei Monate später schlossen sich die Weinbauverbände des Midi zur *Confédération Générale des Vignerons* zusammen, die ihren Hauptsitz in Narbonne nahm. Die Organisation setzte sich aus fünf großen Genossenschaften (Montpellier, Béziers, Narbonne, Carcassonne, Perpignan) zusammen, die wiederum aus einer Vielzahl kommunaler Sektionen bestanden. Die Sektionen waren ein Sammelbecken für alle, die auf die eine oder andere Weise vom Weinbau lebten und durch den Willen geeint wurden, den Weinbau der Region und somit den ökonomischen Hauptpfeiler der südfranzösischen Gesellschaft zu bewahren. Die C.G.V. trat von Anfang an mit dem Anspruch auf, über den Parteiideologien zu stehen, um im Sinne einer einheitlichen Berufsgenossenschaft handeln zu können. Der Versuch, die Winzergewerkschaften des Languedoc und des Roussillon umzugruppieren, die sich an der Revolte von 1907 beteiligt hatten, stieß auf scharfe Kritik. Die Anhänger des revolutionären Syndikalismus, die bereits die "Burgfrieden"-Strategie als Verrat betrachtet hatten, verwarfen den Gedanken eines einheitlichen Berufsverbandes folgerichtig als "korporativistisch". Doch an den Gruppen, die sich unter dem Eindruck der bedrohlichen Krise zusammengeschlossen hatten, prallte diese Kritik wirkungslos ab: Besitzer großer und kleiner Güter, Gutsherren und Pächter, Produzenten und Händler, kurz: alle, die vom Weinbau und seinen Erzeugnissen lebten, gingen mit Elan an die Arbeit. Die C.G.V. entfaltete im Wirtschaftsleben sofort eine rege Tätigkeit. Das langfristige Ziel, den Markt zu konsolidieren, war nur durch eine langfristig planende Politik möglich. Kurzfristig stellte die Bekämpfung der Weinmanipulationen die wichtigste Aufgabe dar. Nachdem sich die staatlichen Interventionen als unzulänglich erwiesen hatten, setzte die C.G.V. auf ein entschiedenes und gemeinschaftlich verantwortetes Vorgehen. Unverzüglich beauftragte die C.G.V. eigene Inspektoren, die im Auftrage des Präsidenten der C.G.V. die Weinherstellung überwachten und aufgedeckte Verstöße staatlichen Stellen zur Sanktion meldeten. Die Inspektoren wurden in den Départements von den Präfekten unterstützt, obwohl der Landwirtschaftsminister bemüht war, die Kompetenzen der neugeschaffenen Gewerbepolizei nicht ausufern zu lassen. Die Verteilung der Kompetenzen war umstritten, zumal in der Vergangenheit die Gewerbepolizei den Zünften unterstanden hatte. Auf eben diese Tradition hatten sich die Gründer der C.G.V. berufen. Maître Caupet, Präsident der Anwaltskammer in Béziers, erinnerte daran, daß diverse Berufsstände in der Vergangenheit ihre Existenz einzig durch den Kampf gegen Betrüger innerhalb des Berufsstandes sichern konnten: "Die Inspektoren der C.G.V. stehen heute in der großen Tradition der vereidigten Kontrolleure der Weinhandelszünfte, die seit 1641 Zutritt zu allen Lagern und Weinkellern hatten, selbst auf den Gütern der Produzenten, die lediglich ihren auf eigenem Grund und Boden angebauten Wein verkauften."³⁸ Der Versuch der C.G.V., die Qualität des Weines zu sichern, war mehr als reine Interessenpolitik der Winzer. Der Appell an die ökonomische Moral und Redlichkeit lag im Interesse der Allgemeinheit. Die Produzenten verpflichteten sich als erste, die Gesetze wörtlich zu befolgen und nur Wein auf den Markt zu bringen, der "durch alkoholische Gärung aus dem Saft frischer Weintrauben"³⁹ hergestellt wurde. Formulierung und Respektierung eines entsprechenden Glaubensbekennt-

38 Zitiert nach ebenda.

39 Diese Klausel wurde im Statut der C.G.V. formuliert.

nisses wurde nun auch von den diversen Zwischenhändlern erwartet, die zwischen Produzent und Verbraucher standen. Die C.G.V. nahm die Gestalt einer sozial hierarchisierten Organisation an; dem Dogma der sozialen Gleichheit warf man vor, den Klassenkampf zu befördern und stellte ihm deshalb die Idee der *sozialen Ordnung* entgegen, um die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit entschärfen zu können. Im Innern der Organisation sollte sich der Einfluß des einzelnen nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung richten - je größer der Einfluß, desto höher war die Anzahl der zugeteilten Stimmen. Diesem Grundsatz folgend, regelte Artikel 14 der Genossenschaftssatzung von Béziers die Stimmenverteilung innerhalb der Organisation wie folgt: jedes Mitglied der örtlichen Sektionen bekam eine Stimme zugesprochen. Das zusätzliche Stimmrecht der Mitglieder, die selbst Wein anbauten, richtete sich nach der Anbaufläche ihrer Güter:

Stimmen	für Güter bis
1	5 Hektar
2	5-10 Hektar
3	10-30 Hektar
4	30-50 Hektar
5	über 50 Hektar

Zusätzliche Stimmen wurden nach der Produktionsmenge der jeweiligen Güter zugeteilt:

Stimmen	Produktionsmenge
1	1-10 Hektoliter
2	10-50 Hektoliter
3	500-1.000 Hektoliter
4	1.000-2.000 Hektoliter
5	über 2.000 Hektoliter

Bei den Abstimmungen der Weinhändler wurde nach einem ähnlichen Modus verfahren. Auf diese Weise ließ sich der Einfluß einer einzelnen Sektion in der Genossenschaft ebenso bestimmen, wie der Einfluß einer einzelnen Genossenschaft innerhalb des Gesamtverbandes. Die Festschreibung des Wahlmodus wurde von den Anhängern des egalitären Prinzips - "ein Mann, eine Stimme" - scharf kritisiert. Doch das Ziel der C.G.V. war nicht die Umsetzung ideologischer Prinzipien, sondern die Bekämpfung einer Wirtschaftskrise, die das Land zu ruinieren drohte. Auch Béziers' Bürgermeister Ferroul, der als erster Sozialist Präsident der C.G.V. wurde, hatte sich offenbar von ideologischen Prämissen nicht beeinflussen lassen.

Die schärfste Kritik kam aus den Reihen der revolutionären Syndikalisten. Die südfranzösische Landarbeitergewerkschaft (*Fédération des Travailleurs agricoles du Midi*, F.T.A.M.) beschloß die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der C.G.V. und ihrer Organisation. Ferroul und seine Anhänger wurden als "Klassenverräter" denunziert. Zwischen dem revolutionären Syndikalismus und der neuen, berufsständischen Interessenvertretung, deren Strategie die Unterstützung der lokalen Sozialisten gefunden hatte, tat sich ein tiefer Graben auf. 1908 weigerte sich die Führung der F.T.A.M., einen Kongreß in den Räumen des Gewerkschaftshauses in Narbonne abzuhalten. Der Konflikt wurde von V. Daïdé, einen der C.G.V. verbundenen Gewerkschaftssekretär in Narbonne, und P. Ader, den führenden Sekretär im Dachverband der Landarbeitergewerkschaft, vorangetrieben. Ader hatte 1904 die Streikbewegung im Languedoc koordiniert und hielt an der Strategie des Klassenkampfes fest. "Die Interessenunterschiede zwischen den verschiedenen Klassen der Landbevölkerung zu leugnen schadet der Gewerkschaftsbewegung und ist zutiefst unsozialistisch". Der

Widerstand der F.T.A.M. gegen die C.G.V. fand jedoch keinen Rückhalt und die Mitgliederzahlen der F.T.A.M. gingen seit 1904 rapide zurück:

1904: 14.800 Mitglieder

1905: 4.471 Mitglieder

1907: 1.721 Mitglieder

Die Führung der sozialistischen Partei kritisierte die C.G.V. aufgrund ihres am Besitz ausgerichteten Wahlmodus als "undemokratisch". Doch als Ernest Lopez, ein Sozialist aus dem Département Hérault, im Jahre 1909 den Wahlmodus der C.G.V. kritisierte, wurde sein Änderungsantrag nur von 11 Stimmen unterstützt. Auch dem regierungsnahen *Radical* gelang es nicht mehr, sich bei seinen Lesern Gehör zu verschaffen - seit der von Clemenceau organisierten Niederschlagung der Protestbewegung verlor die in der *Parti Radical* vertretene bürgerliche Linke im Midi zunehmend an Einfluß. Unterdessen bemühte sich der Sozialist Ferroul in seinen Appellen an die südfranzösische "Seele", die Zweifel am Kurs der C.G.V. zu zerstreuen: "Lassen wir sie reden, die Berufspolitiker und die Agenten, Polizisten, Lohnempfänger und Bettler der Regierung. Sie sagen uns: 'Arbeiter, laßt Euch nicht von den Gutsbesitzern einwickeln! Gutsbesitzer, laßt Euch nicht mit den Arbeitern ein!' Aber welchen Grund haben sie, solche Reden zu führen? Sie reden so, weil ihr Wohlstand und ihre Vorherrschaft auf unsere Zwietracht angewiesen sind. Laßt uns diesen Schwätzern entgegenhalten, daß wir, bevor wir Kapitalisten oder Proletarier sind, Menschen mit durchaus gemeinsamen Auffassungen, Prinzipien und Vorlieben sind, und daß wir zunächst überleben müssen, um diese zu verteidigen. Die wichtigste Grundlage unseres Lebens ist der Weinbau, und der Weinbau droht zugrunde zu gehen. Ihn zu retten, sollte die heiligste Pflicht eines jeden von uns sein. Und erst wenn dies vollendet ist, erst wenn das Leben in unserer Region wieder auf eine sichere Grundlage gestellt ist, dann erst können und werden wir wieder daran gehen, uns Gedanken über die gerechte Verteilung der materiellen Güter zu machen." Die Wahl Edouard Barthes an die Spitze der *Fédération socialiste* im Département Hérault erleichterte die Annäherung der lokalen Parteiorganisationen an die C.G.V.. Barthe wurde fortan vom marxistischen Parteiflügel als "falscher Sozialist" verhöhnt. Doch die C.G.V. zeigte sich gegenüber den Kritikern einer revolutionären Nachhut, die fortlaufend an Schwung verlor, zunehmend unempfindlich. Die Streikparolen stießen zwischen 1910 und 1913 auf keinerlei Begeisterung; die Weinbauern setzten ihre Hoffnungen immer mehr auf die defensive Strategie der C.G.V.

Trotz ihrer Organisation in der C.G.V. hatten die Winzer Südfrankreichs keineswegs von ihrer kämpferischen Vergangenheit Abschied genommen. In der Hoffnung, die neu begründete Einigkeit als Quelle der Kraft nutzen zu können, hatten sie eine neue, klassenübergreifende Organisationsform zur Wahrung landwirtschaftlicher Interessen geschaffen. Die Organisation, so hoffte man, würde durch die Disziplinierung der Weinhersteller zu einer besseren Marktregulierung führen. Die Bekämpfung der Weinfälschungen galt als wichtigstes Mittel zur Verbesserung der Wirtschaftslage. Die von der C.G.V. kontrollierte Gewerbe-polizei, die durch staatliche Maßnahmen unterstützt wurde, erwies sich nach kurzer Zeit als wirksame Maßnahme zur Sicherung der Qualität der auf den Markt gebrachten Weine. Beeindruckt von den Erfolgen der C.G.V. im Midi konstituierten sich die Berufsverbände im Südosten, in der Bourgogne und in Algerien nach ihrem Beispiel. Der 1912 gegründete Bund französischer Weinbaugenossenschaften (*Fédération des Associations viticoles de France*) umfaßte eine ständig wachsende Anzahl von Einzelorganisationen. Nach dem ersten Weltkrieg gelang es der C.G.V. mit dem Weinfälschungsdekret vom 22. Juni 1919 und der

gesetzlichen Kennzeichnungspflicht (*Appellation d'origine*)⁴⁰ vom 6. Mai 1919 wichtige Forderungen der Winzer durchzusetzen. Das Dekret von 1907, in dem Definition und legale Veränderungen des Weins festgelegt worden waren, wurde 1921 erneut modifiziert. Die C.G.V., deren Mission im Kampf gegen die Weinfälschungen erfüllt war, konzentrierte sich zunehmend auf ihre Rolle als Parlament der Weinwirtschaft. 1921 kam es in Béziers zu einer vertraglichen Einigung mit dem Rübenbauernverband. Die Produktion von Industrialalkohol wurde darin den Rübenbauern überlassen, die im Gegenzug ihren Verzicht auf die Herstellung alkoholischer Getränke erklärten. Auf dem Weinmarkt kam eine Kampagne gegen die Panscher in Gang. Während der Gewerkschaftskongreß im Département Hérault 1919 sein ablehnendes Urteil über den südfranzösischen Verband der C.G.V. erneuerte, hatten die Anhänger der sozialistischen Partei ihre eigenen Vorstellungen, wie der Weinmarkt im Sinne der kleinen Produzenten zu sanieren war.

2. Genossenschaftliche Organisation und protektionistische Gesetzgebung

Die Großgrundbesitzer unter den Produzenten mußten hinnehmen, daß die Verknüpfung von Kapitalismus und Weinbau gescheitert war. Die Kleinproduzenten hatten die Auswirkungen eines zügellosen Liberalismus erfahren und daraus gelernt. Ermutigt von den egalitären Ideen der Sozialisten, versuchten einige Winzer, durch ihren Zusammenschluß die Vorherrschaft der Großhändler zu durchbrechen und den großen Weinhäusern Konkurrenz zu machen. Die ersten genossenschaftlichen Weinverkaufsstellen entstanden 1901 in Mudaison und Maraussan im Département Hérault. Allmählich bildeten sich in diesen Organisationen die Züge heraus, die fortan für die Kooperativen charakteristisch waren: gemeinschaftliche Organisation der Weinlese und Weinherstellung, gemeinschaftliche Verwaltung und Verteilung der Gewinne. Jean Jaurès sprach den ersten Genossenschaftlern im Hérault seine Anerkennung aus: "Die Sozialisten und Genossenschaftler, die in Maraussan ein ganzes Netz sozialer Einrichtungen geschaffen haben, waren von der Idee beseelt, die Kleinbauern und Kleinproduzenten aus den Fängen eines überzogenen, argwöhnischen Individualismus zu befreien. Ihre Tat wird dazu beitragen, die geistige und wirtschaftliche Isolierung zu überwinden, die bisher für die Schwäche der Landarbeiterschaft verantwortlich war."⁴¹ Maraussans wurde zum Vorbild, an dem sich das gesamte Kulturland im Roussillon orientierte. 1907 errichteten die "Weinbauproletarier von Baixas" eine sozialistische Weinkooperative: "Statt im frommen Glauben an unsere Errettung durch kapitalistische Trusts zu verharren, die bislang zu jeder Organisation unfähig waren, sind wir nun entschlossen, den Kampf gegen die schreckliche Krise, die den Midi niederzuwerfen droht, aus eigener Kraft zu führen."⁴² Hier handelte es sich um eine ungewöhnlich enge Verbindung zwischen einer Genossenschaft und der sozialistischen Partei. Die Genossenschaftler waren Parteimitglieder und 25 % der erwirtschafteten Gewinne wurden an die Partei abgeführt. Trotz der ökonomischen Macht der Großhändler und trotz der Überlegenheit der großen Weinhäuser bei der Weinherstellung konnten sich die Weingenossenschaften in der Regel durchsetzen. Ihre Größe verringerte die für den einzelnen Kleinbetrieb erhebliche Gefahr, auf dem Markt nicht bestehen zu können - wenn auch einzelne Genossenschaften hin und wieder scheiterten.

⁴⁰ Das Gesetz wurde nach einer Auseinandersetzung erlassen, die Winzer aus den Départements Aube und Marne um die Verwendung der Bezeichnung "Champagne" geführt hatten. Die C.G.V. hatte in diesem Streit vermittelt.

⁴¹ L'Humanité, 7. Mai 1905.

⁴² Le Socialiste des Pyrénées-Orientales, 3. Februar 1907.

Die Genossenschaftsbewegung gewann im Midi fortlaufend neue Anhänger, obwohl sie von den Theoretikern des Agrarsozialismus immer wieder kritisiert wurde. Für G. Gatti war die Genossenschaftsbewegung ein "Surrogat des Kapitalismus",⁴³ weil sie sich auf den Privatbesitz stützte. Karl Kautsky beschuldigte die Genossenschaftler, "der Domination des Kapitals den Weg zu ebnet".⁴⁴ Dieser Konflikt innerhalb der Linken wurde für viele sozialistische Abgeordnete zum Dilemma, wie sich am Beispiel des Sozialisten Compère-Morel verdeutlichen läßt: 1908 wandte er sich gegen die genossenschaftsfeindliche Strömung des marxistischen Parteiflügels, um diese wenig später auf dem Kongreß von Toulouse zu verteidigen. Sein Opportunismus hatte ihm 1909 geholfen, zum Deputierten des Départements Gard gewählt zu werden. Ermutigt durch ihre Anfangserfolge, konnte sich die Genossenschaftsbewegung von den Pyrenäen bis zur Rhône schnell ausbreiten; die Zahl der Kooperativen vervielfachte sich während der Zwischenkriegszeit.⁴⁵

Sobald sich mehrere Winzer zusammenschlossen, wurde die Gründung einer Kooperative möglich. Diese Zusammenschlüsse erfolgten meist nicht aus ideologischen, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen.

Nach dem Börsenkrach von 1929 schlugen die Auswirkungen der dramatisch verschlechterten Wirtschaftslage auch auf den südfranzösischen Weinmarkt zurück. Die Debatten in den Sektionen der C.G.V. wurden immer häufiger in einer hitzigen Atmosphäre geführt. Mit Hilfe der Abgeordneten Sarrault und Barthe gelang es, einige Forderungen der Winzer gesetzlich durchzusetzen. Wie schon 1907 lag das Problem in der Übersättigung des Weinmarkts, die durch die Einfuhr von mehreren Millionen Hektoliter Wein aus Algerien verstärkt wurde.

Dem algerischen Weinbau gelang zu dieser Zeit eine enorme Steigerung seiner Erträge. Die alten Rekordwerte der Anbaufläche (398.000 Hektar im Jahre 1888) und der Produktion (22.000.000 Hektoliter im Jahre 1934) wurden übertroffen. Die algerischen Weine profitierten von einer ganzen Reihe ökonomischer und fiskalischer Vorteile - die Bodenpreise und die Lohnkosten waren niedrig, die Weingüter sehr groß und Algerien von den inländischen Steuern befreit; da es sich rechtlich jedoch um innerfranzösische Importe handelte, blieben die algerischen Weine von Einfuhrzöllen befreit.

Einfuhr algerischer Weine (Durchschnittswerte, in Millionen Hektoliter)

1900-1909	4,8
1910-1919	3,8
1920-1929	6,1
1930-1939	12,2

Die ausländischen Weine behielten ihre Wettbewerbsfähigkeit trotz der zunehmenden Abschottung des internationalen Handels. Ausländische Anbieter profitierten von den geringen Zollabgaben - auch nach ihrer Anhebung im Jahre 1931 die niedrigsten der Welt⁴⁶ und konnten ihre Erzeugnisse zu Tiefstpreisen anbieten:

43 G. Gatti, *Le Socialisme de l'agriculture*, Paris 1901, S. 24.

44 K. Kautsky, *La Question agraire*, Paris 1900, S. 419.

45 G. Galtier, *Les coopératives agricoles dans le département de l'Hérault*, in: *Bulletin de la Société Languedocienne de Géographie*, 1938, S. 33.

46 *Annuaire international du vin*, Paris 1932, S. 1-65.

Verkaufspreis für 1 Hektoliter Wein aus:

Frankreich	150 Franc
Griechenland, Portugal	100 Franc
Italien	92 Franc
Spanien	95 Franc

Die Gesamtmenge der Weinimporte, die v.a. zum Verschnitt minderwertiger Weine verwandt wurde, schwankte zwischen 10 (1926) und 17 (1933) Millionen Hektoliter, während die Exporte die Marke von 1 Millionen Hektoliter nicht mehr erreichten.⁴⁷ Unter der Last der überfüllten Weinlager brachen die Verkaufspreise zusammen.

Preis für 1 Hektoliter Wein in Perpignan⁴⁸ (in Francs)

Jahr	Minimum	Maximum
1931	18	19
1933	11	5
1934	4,5	12 (Baisse Juli-Dezember)
1935	4,25	6 (Hausse Mai-Dezember)
1936	6	14 (Hausse bis Dezember)
1937	14,5	15,25

Der landesweite Verbrauch stagnierte auf einem Niveau von 50 Millionen Hektoliter. Erneut appellierten die Winzer an den Staat. Ziel dieser Appelle war nicht mehr die Bekämpfung der Weinfälschungen, sondern die direkte staatliche Intervention auf dem Markt. Im Juli 1931 wurde eine Serie von Gesetzen verabschiedet, um die chronischen Überschüsse abzubauen und somit die Lage auf den Märkten zu stabilisieren. Neuanpflanzungen wurden verboten und ein Ertragsmaximum eingeführt; die Erntemenge wurde nach ihrem Umfang besteuert und die Produzenten verpflichtet, einen Teil ihrer Produktion auf den Gütern zu lagern. 1934 kam es zur Einführung eines Prämiensystems, das die Rodung von Weinstöcken belohnte.

Durch das Verbot der Zuckerbeimengung, die genaue Reglementierung des Weinverschnitts und die 1934 eingeführte Pflicht, die Weinkeller inspizieren zu lassen, wurde auch der Kampf gegen die Weinfälschungen verstärkt.⁴⁹ Gestützt auf die C.G.V., die immer mehr zum Transmissionsriemen zwischen den Winzern und dem Staat geworden war, gelang es dem Abgeordneten Edouard Barthe,⁵⁰ sich als Bewahrer der südfranzösischen Weinwirtschaft zu profilieren. Barthes Vorstöße in der Nationalversammlung, die von den Zeitungen *Le Devoir socialiste* und *Le Populaire du Midi* ausführlich wiedergegeben wurden, betrafen v.a. die Weinverfälschungen, den Weinhandel und die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften. Sie zeugten vom unermüdlichen Einsatz eines Abgeordneten für seine Wähler, mit deren Sorgen er genauestens vertraut war. Barthe führte das Engagement der Abgeordneten Aldy, Ferroul, Brousse und Bartissol weiter, die sich zuvor als "Weindepütierte" ihrer Wahlkreise profiliert hatten.

Das dem *Code du vin* von 1907 nachfolgende Gesetzwerk zur Regelung des Weinbaus (*Statut de la viticulture*, 1931-1935) trug dazu bei, dem Sozialismus die massenhafte Unter-

⁴⁷ Bulletin statistique et de législation comparée, Paris (Finanzministerium).

⁴⁸ Journal d'Agriculture Pratique.

⁴⁹ M. Auge-Laribe, La Politique agricole de la France, 1820-1940, Paris 1950.

⁵⁰ Vgl. zur Biographie Barthes: J. Sagnes, Midi rouge, mythe ou réalité, Paris 1982.

stützung der Landbevölkerung zu sichern. Die defensive Strategie der C.G.V., die 1935 100.000 Mitglieder hatte und zwei Drittel der südfranzösischen Weinproduktion kontrollierte, wurde von der Landbevölkerung massiv unterstützt.

Gesetzentwürfe der Abgeordneten Barthe und Sarraut gingen oftmals auf innerhalb der C.G.V. geführte Debatten zurück.

Mehrfach wurde die Einrichtung einer zentralen Behörde zur Kontrolle des französischen Weinbaus vorgeschlagen; erstmalig von Jean Félix, 1934 dann erneut durch den Abgeordneten Baylet, der zehn Jahre zuvor sozialistischer Deputierter des Départements Hérault gewesen war. Barthe hatte sich diesen Projekten jedes Mal entgegengestellt. Nachdem er darauf verwiesen hatte, wie schwierig es selbst vor Ort war, die Preise für Weine unterschiedlichster Qualität festzulegen, gelang es Barthe, den Plan einer für den Weinbau zuständigen Zentralbehörde in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der südfranzösische Sozialismus schien das radikale Spektrum, das ihn im vorherigen Jahrhundert so beschäftigt hatte, definitiv aus seinen Reihen ausgeschlossen zu haben. Von Ziel und Methode der sozialen Revolution hatte er sich weit entfernt, wie etwa J. Sagnes am Beispiel des *Statut viticole* der 1930er Jahre ausgeführt hat: "Die Fragen des Weinbaus wurden nur noch von einem rein wirtschaftlichen Standpunkt aus erörtert, der die sozialen Probleme gänzlich außer acht ließ. Barthe hatte verlernt, die verschiedenen sozialen Gruppen, innerhalb des Weinbaus zu unterscheiden. Niemals hörte man in seinen Reden von der Existenz der Landarbeiter [...]. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen wurden als solche gar nicht mehr thematisiert. Wären diese Fragen nicht hin und wieder in einem Presseartikel erwähnt worden, hätte man glauben können, es gäbe sie nicht mehr. Die sozialistische Partei fühlte sich für die Formulierung der Arbeiterinteressen offenbar nicht mehr zuständig und überließ diese Aufgabe immer mehr den Gewerkschaften [...]. Vergeblich wird man in den Schriften Barthes nach einer Zeile suchen, die er dem Proletariat des Weinbaus gewidmet hätte."⁵¹ Bedenkt man, daß sich die Lage der Landarbeiter laufend verschlechterte (u.a. durch die zunehmende Mechanisierung und die Konkurrenz der spanischen Wanderarbeiter), so war es in der Tat paradox, daß die "sogenannte Arbeiterpartei" den Sachfragen des Weinbaus mehr Aufmerksamkeit schenkte als den Belangen der Arbeiter. Die Landarbeiterstreiks, die zwischen 1928 (in Rivesaltes) und 1935 (in Cruzy) an mehreren Orten ausbrachen, erinnerten in ihrer Zähigkeit an die Streikbewegung der Jahre 1903-1904. Die Politik der Sozialistischen Partei stellte das Wohl einer ganzen Region über die Ziele des Klassenkampfes. Die Interessen der Gemeinschaft wurden höher bewertet als die Interessen der Parteimitglieder. Zu seinem eigenen Schutz hatte sich der Midi zu einer streng reglementierten Organisation des Weinbaus entschlossen. Diese Organisation stand ebenso wie die strenge ökonomische Disziplin, die sie erforderte, im Dienste eines einzelnen Produkts: des Weins. Gemeinschaftlich sollte der Versuch gemacht werden, all denen, die "auf der heimatlichen Erde leben und arbeiten" wollten, bessere Ausgangsbedingungen zu schaffen - ein Modell, das in der ökonomischen Krise der späten 1930er Jahre wachsende Aufmerksamkeit auf sich zog.

51 Zitiert nach J. Sagnes, *Le Mouvement ouvrier en Bas-Languedoc*, Toulouse 1980, S. 107-117.

Absatzkrisen und Marketingkonzepte der deutschen Landwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg

Von Norwich Rüße (Münster)

Summary

The article looks at a problem which historians have heretofore neglected: German agriculture's lack of orientation toward the market economy in the Weimar Republic. The main finding is that insufficient market observation and inadequate merchandising structures were definitely one cause for farmers' sales problems at least during the years between 1925 and 1930. In the first part of the article, important changes in the German agricultural market after 1918 are examined. Large urban population centers and changes in consumer habits and wishes became increasingly significant determinants of sales prospects; agricultural producers lost influence to wholesale traders. Higher agricultural imports between 1925 and 1930 were also due to the marketing edge which foreign traders enjoyed; they became the preferred suppliers for retailers in Germany's urban centers. The second part of the article looks at the earlier progress which other countries made in the area of agricultural exporting and asks how Germans viewed and reacted to these developments. It was quite some time before German agriculture tried to imitate and catch up, in order to squeeze out agricultural imports. Market research originated as a new branch of the agricultural sciences, strongly oriented toward American and Dutch prototypes, but would truly grow into its own only after World War II. The steps taken in the area of merchandising during the Weimar Republic did little to effectively improve sales, since backwardness was so marked that it was impossible to muster native products of equal quality to set against the agricultural imports then streaming in. It was impossible to influence the global agricultural crisis through better market observation and new merchandising structures alone, and thus the market mechanisms destroyed by overproduction and sinking consumer demand were finally suspended by state intervention.

Nur langsam erholte sich die deutsche Landwirtschaft von den Folgen des Ersten Weltkrieges, die sich u.a. in gesunkenen Hektarerträgen, Milchleistungen und Schlachtgewichten äußerten. Nach einer kurzen Phase relativer Prosperität seit 1925 geriet sie schon ab 1928 in den Strudel einer globalen Agrarkrise. Die Kombination von Überproduktion und stockendem Absatz führte zu einem starken Preisverfall für Agrarprodukte und, in der Folge, zum Zusammenbruch zahlreicher Landwirtschaftsbetriebe.¹ Diese Krise zählt zu den Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik. Daher hat die historische Forschung den Vorgängen auf dem Agrarsektor erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet. So wird die große Bedeutung für die politische Entwicklung zwischen 1928 und 1933 betont, zum einen weil gerade in der Landwirtschaft die stärksten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen auftraten, zum anderen, weil der Agrarsektor einen starken gesellschaftlichen und politischen Einfluß hatte, den er in der Endphase gegen die Republik einsetzte.² Die besonderen Probleme der

¹ Vgl. D. H. Aldcroft, *Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 3: Die zwanziger Jahre, München 1978, S. 251-273, Ch.P. Kindleberger, *Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 4: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, München 1973, S. 84-110 sowie G. Schulz, *Deutschland am Vorabend der Großen Krise*, Berlin 1987, S. 51-62.

² Vgl. die grundlegenden Studien von G. Stoltenberg, *Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf

deutschen Landwirtschaft werden mit strukturellen Defiziten der Betriebe (zu kleine Einheiten), geographischen Nachteilen (ungünstiges Klima, schlechte Böden), Versäumnissen der Agrarpolitik (Zollproblematik), hohen Lohnkosten sowie umfangreichen Steuer-, Zins- und Pachtbelastungen erklärt.³ Weitgehend unbeachtet blieb allerdings die Möglichkeit einer mangelhaften Marktorientierung und -beobachtung, obwohl gerade dieses Problem einen Schwerpunkt der Weimarer Agrarforschung bildete und ein umfangreiches zeitgenössisches Schrifttum vorliegt.

Diese Studie soll die Ursachen für die Absatzprobleme der deutschen Landwirtschaft untersuchen und die Reaktionen des Agrarsektors, insbesondere der Agrarwissenschaft, darstellen. Meine Kernthese ist, daß die rückständige Organisation des Absatzes und die fehlende Marktorientierung nach 1918 eine wesentliche Ursache für die Krise im deutschen Agrarsektor bildeten. Daher frage ich nach möglichen Zusammenhängen zwischen veränderten Konsumgewohnheiten in einer Industriegesellschaft, einem angenommenen Vorsprung der ausländischen Konkurrenz und den Absatzproblemen der deutschen Landwirtschaft. Die Vermarktungsmethoden moderner Agrarexportstaaten (USA, Dänemark, Niederlande) sowie die deutsche Rezeption dieser Absatzstrategien werden erläutert und verglichen, um Entwicklungen und Versäumnisse im landwirtschaftlichen Absatzwesen während der Weimarer Republik aufzuzeigen.

Diese Studie geht davon aus, daß die weltweite Verflechtung der nationalen Wirtschaften kurz vor dem Ersten Weltkrieg zu einem vorläufigen Abschluß kam.⁴ Die Auswirkungen dieses Vorgangs wurden für die deutsche Landwirtschaft in den Bereichen der Getreideproduktion und der Veredelung erst nach 1924/25 voll spürbar, als ausländische Agrarprodukte zunehmend die heimische Produktion bedrängten. Daher umfaßt der Untersuchungszeitraum zwar insgesamt die Weimarer Republik; aufgrund des erst ab 1924/25 verstärkt festzustellenden Konkurrenzdruckes liegt der Schwerpunkt aber auf der Phase zwischen 1924/25 und 1933. In einem *ersten* Schritt soll der deutsche Agrarmarkt nach 1918 hinsichtlich Angebot, Verbraucherzahl, Konsumgewohnheiten und Handelsstrukturen im Vergleich mit der Vorkriegszeit untersucht werden. Im *zweiten* Teil werden die Konzepte zur Verbesserung des Absatzes deutscher Produkte, die beginnende Marktbeobachtung und die Vorbildfunktion ausländischer Marktstrategien an den Beispielen der Standardisierung und der genossenschaftlichen Vermarktung dargestellt.⁵

1962 u. R. Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963. Über die Bedeutung der Agrarpolitik in der Endphase Weimars u.a. H. Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: F.A. Hermens/Th. Schieder (Hg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967, S. 317-360 u. D. Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

3 Vgl. hierzu H. Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

4 Vgl. H. Pohl, Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1989.

5 Zeitgenössische Agrarwissenschaftler sahen auch eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen Standardisierung und Produktwerbung, doch kann hier auf den Stellenwert des landwirtschaftlichen Reklamewesens (z.B. Milchpropaganda), das während der Weimarer Republik eine bisher nicht bekannte Dynamik gewann, an dieser Stelle nur hingewiesen werden. Vgl. H. Große-Lütern, Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihre Anwendung in Deutschland, Diss. Bielefeld 1928, S. 33-36. Zur

I. Die Veränderung des Agrarmarktes

Die Entwicklung auf dem Agrarmarkt war durch eine Steigerung des Angebotes, d.h. der eigenen Agrarproduktion zuzüglich des Importüberschusses, und durch ein verändertes Konsumverhalten der Verbraucher geprägt. Daneben hatten auch veränderte Anforderungen des Handels Konsequenzen für den Nahrungsmittelmarkt. Weitgehend unberücksichtigt bleiben im folgenden die staatlichen Maßnahmen zur Beeinflussung des Agrarmarktes im Rahmen der Zwangsbewirtschaftung in der Frühphase der Weimarer Republik oder, später, Stabilisierungsversuche mittels Zollpolitik, Getreidestützungskaufe etc.

Durch den Krieg hatte die deutsche Agrarproduktion eine deutliche Schwächung erfahren. Deutschland mußte aufgrund des Versailler Vertrages agrarische Überschußgebiete im Osten abtreten. Hinzu kam, daß die agrarische Erzeugung gegenüber der Vorkriegszeit insgesamt erheblich gesunken war. Dieser Produktionsrückgang war z.T. die Folge von Kriegsmaßnahmen wie dem sog. "Schweinemord" und der Zwangsbewirtschaftung. Zudem verlor die Landwirtschaft infolge des Krieges zahlreiche qualifizierte Arbeitskräfte. Von besonderer Bedeutung war die noch lange nach dem Kriegsende anhaltende mangelhafte Versorgung der Betriebe mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wie Dünge- und Futtermitteln, Saatgut, Pflanzenschutzmitteln, Arbeitsgeräten und Zugtieren. Aufgrund des starken Produktionsrückgangs behielt die Reichsregierung die im Krieg eingeführte Zwangsbewirtschaftung von Nahrungsmitteln in manchen Fällen bis 1922 bei.⁶

Erst 1928 erreichte die deutsche Agrarproduktion wieder die Produktionszahlen der Vorkriegszeit. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Hektarerträge und die Leistungen in der Viehhaltung wieder auf dem Niveau von 1913.⁷ Die gesunkenen Hektarleistungen führten u.a. dazu, daß der Gesamternteertrag an Getreide von insgesamt 26,1 Mio. t im Jahr 1913 auf 13,8 Mio. t 1920 absank, um bis 1924 wieder auf 16,2 Mio. t und bis 1928 auf 22,7 Mio. t zu steigen.⁸ Somit erreichte man in der deutschen Landwirtschaft nach 15 Jahren das alte Ertragsniveau. Eine Produktivitätssteigerung, wie dies in Friedenszeiten durch Züchtungsfortschritt oder verbesserte Bodenfruchtbarkeit möglich gewesen wäre, hatte der Krieg verhindert. Die wichtigste Folge der zunächst äußerst niedrigen Leistungsfähigkeit des Agrarsektors war, daß importierte Lebensmittel z.T. die heimische Produktion ersetzen und in den ersten Nachkriegsjahren die Ernährung der Bevölkerung - wenn auch auf niedrigem Niveau - sicherstellen.⁹

Entwicklung und Institutionalisierung des landwirtschaftlichen Werbewesens während der Weimarer Republik vgl. die Dissertation von *F. Reichardt*, Aufgaben, Erfolgsmöglichkeiten und Grenzen der Absatzwerbung für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse, in: *Berichte über Landwirtschaft (BüL)*, NF, 73, Sonderheft, Berlin 1932.

⁶ *W. Weber*, Chronik der deutschen Agrarpolitik, in: *F. Beckmann u.a. (Hg.)*, Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 100.

⁷ Vgl. *V. Klemm*, Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin 1978, S. 60-63, 137.

⁸ *F.-W. Henning*, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750 bis 1986, Paderborn² 1988, S. 189.

⁹ "Die Vereinigten Staaten haben den Ruhm, während des Krieges die Entente und nach dem Kriege von 1919-1921 ganz Europa vor dem Hunger gerettet zu haben", *F. Beckmann*, Die agrarpolitischen Grundlagen der Landwirtschaft, in: *F. Aereboe/J. Hansen/Th. Roemer (Hg.)*, Handbuch der Landwirtschaft, Bd. 1: Wirtschaftslehre des Landbaues, Berlin 1930, S. 125.

Grundsätzlich stiegen die Importe bis 1928 deutlich an, um danach wieder abzufallen. Gleichzeitig ergaben sich qualitative und strukturelle Veränderungen der Agrarimporte gegenüber der Vorkriegszeit. Einige Produkte waren bereits in der Vorkriegszeit in stärkerem Umfang importiert worden, so daß deren Handelsbilanz auch nach dem Krieg im wesentlichen gleich blieb (Weizen, Eier). Dagegen veränderte sich der Netto-Import einer zweiten Gruppe von Agrarprodukten deutlich. So steigerte sich zwischen 1906/13 und 1926/28 der Netto-Import von Kartoffeln um 74 Prozent, von Fleisch um 143 Prozent, von Butter um 158 Prozent und von Käse um 189 Prozent.¹⁰ Obwohl die ausländischen Importe bei Butter oder Käse eine noch größere Rolle spielten, soll die Bedeutung dieser Importe am Beispiel der Kartoffeleinfuhren aufgezeigt werden: Den deutschen Einfuhren von durchschnittlich 315.000 t zwischen 1920 und 1933 stand eine eigene, stark schwankende Ernte von jährlich etwa 40 Mio. t gegenüber.¹¹ Von diesen 40 Mio. t verwendete die Landwirtschaft selbst ungefähr 75 Prozent als Pflanzgut, Futtermittel etc., so daß 6 Mio. t/Jahr als Speisekartoffeln außerhalb der Landwirtschaft verkauft wurden. Somit stellten die ausländischen Kartoffelerzeuger durchschnittlich ca. 5-9 Prozent der deutschen Speisekartoffeln zur Verfügung. Auf dem lukrativen Frühkartoffelmarkt waren die ausländischen Kartoffeln nicht nur südlicher, sondern z.B. auch belgischer Herkunft besonders stark vertreten. An sämtlichen deutschen und ausländischen Kartoffellieferungen in die größte Verbraucherballung Deutschlands, das Ruhrgebiet, hatten niederländische und belgische Anbieter 1927-1928 einen Anteil von 28,2 Prozent.¹² Damit besaßen sie eine herausragende Marktposition, die sich aufgrund der guten Qualität auch in höheren Preisen äußerte.

Auffällig ist die Zucker- und Roggenaußenhandelsbilanz des Deutschen Reichs, die vor dem Krieg hohe Exportüberschüsse aufwies. Deutschland war vor 1914 nicht nur ein bedeutendes Importland für Nahrungsmittel, zugleich exportierte eine, insbesondere bei Zucker, äußerst konkurrenzfähige Nahrungsmittelindustrie im großen Umfang Agrarprodukte.¹³ Während das Deutsche Reich bei Zucker nach 1923 wieder - gegenüber der Vorkriegszeit geringere - Exportüberschüsse erreichte, blieb es innerhalb des Untersuchungszeitraumes Netto-Importeur für Roggen. Auch wenn diese Veränderungen zum Teil auf die Gebietsverschiebungen infolge des Versailler Vertrages zurückzuführen waren, zeigte die Roggenbilanz doch, daß der Weltmarkt als entlastender Faktor für den heimischen Markt nicht mehr auszunutzen war. Vielmehr drängte die ausländische Produktion (Polen, UdSSR) auf den deutschen Markt und verstärkte den ohnehin bestehenden Preisdruck.

10 Ber. nach Tab. 1: Der Netto-Import, S. 14.

11 Vgl. W. Henkelmann, Der deutsche Kartoffelbau, in: Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 188-197.

12 Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, Ergebnisse der Beobachtungen des Kartoffelmarktes im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet, bearb. von A. Schardey, Essen 1933, S. 4 u.6.

13 K.-P. Ellerbrock, Geschichte der deutschen Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1750-1914, Stuttgart 1993, S. 387-405.

Tabelle 1: Der Netto-Import des Deutschen Reichs an verschiedenen agrarischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln zwischen 1910 und 1933 (in 1.000 t)

Durchschnitt der Jahre	Rübenzucker	Weizen	Weizenmehl	Roggen	Roggenmehl	Kartoffeln, frisch	Kartoffelstärke	Fleisch	Käse	Butter	Eier
1906-1907	-966	1.965	-53	391	-70	167	-22	24,4	19,0 ^a	38,5	136,8
1908-1909	-835	2.026	-150	-307	-88	219	-22	21,8	19,6	39,5	137,7
1910-1911	-778	2.120	-116	-292	-155	305	-51	23,7	19,9	48,9	153,6
1912-1913	-774	1.991	-332	-532	-196	373	-16	54,2	23,1	54,7	165,3
1920-1921	41	1.436	28	390	2	498	29	110,1	24,7	4,7	1,7
1922-1923	43	887	75	744	-5	118	6	35,2	16,8	1,2	0,5
1924-1925	-197	1.208	424	438	-2	341	27	175,0	58,0	75,0	111,3
1926-1927	-141	2.392	36	517	-24	537	7	191,1	66,8	103,0	152,1
1928-1929	-85	2.307	-27	242	-33	398	0	110,0	62,0	131,0	173,5
1930-1931	-314	997	1	80	-20	219	-3	99,1	55,6	116,7	151,7
1932-1933	-33	896	-95	442	-24	98	1	19,7	43,4	64,3	113,5

a: nur 1907

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs 1907, 1908, 1909, 1912, 1914, 1924, 1925, 1926, 1929, 1930, Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands 1931 u. 1933, hg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1932 u. 1934.

Die Veränderungen in der Importbilanz waren jedoch nicht nur rein quantitativer, sondern auch qualitativer Natur. Beispielsweise lieferten vor 1914 östliche Länder (Rußland, Polen, Rumänien, Ungarn) noch zu wesentlichen Teilen das deutsche Importgetreide. Die Nachkriegseinfuhren kamen jedoch verstärkt vom amerikanischen Kontinent, womit sich in der Regel die Qualität der Produkte steigerte.¹⁴ Vor dem Krieg hatten die USA, Kanada, Argentinien und Australien mit ihren durchweg gut backfähigen Weizensorten zusammen 48,2 Prozent des deutschen Weizenimports inne, bis 1926/29 stieg dieser Anteil auf durchschnittlich 93,6 Prozent.¹⁵ Die qualitative Überlegenheit des Importgetreides beruhte nicht mehr nur auf dem günstigeren Preis und der besseren Backeignung, ebenso war der weichere mitteleuropäische Weizen für die neuen, zuerst in den USA eingeführten schnellaufenden Knetmaschinen - mit deren Hilfe ein besonders weißes Brot erzeugt werden konnte - weniger geeignet.¹⁶ Um qualitativ gleichwertiges Mehl gegenüber der ausländischen Konkurrenz anbieten zu können, sahen sich die deutschen Mühlen gezwungen, nicht mehr als 30 Prozent des heimischen Weizens beizumischen.¹⁷ Der Verdrängungsprozeß zugunsten der westlichen Agrarexportstaaten beschränkte sich nicht auf Weizen. So ersetzten niederländische und dänische Importe unter anderem bei Eiern und Butter russische und ungarische Erzeugnisse. Bei Butter erhöhte sich der Anteil der Niederlande, Dänemarks und Schwedens an den

¹⁴ Vgl. F. Beckmann, Grundlagen der Landwirtschaft, S. 130.

¹⁵ Berechnet nach *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1928, S. 203 f.; 1930, S. 203.

¹⁶ S. Giedion, Die Herrschaft der Mechanisierung, Hamburg 1994, S. 200. Die englische Originalausgabe:

"Mechanization Takes Command" ist 1948 in Oxford erschienen.

¹⁷ F. Beckmann, Grundlagen der Landwirtschaft, S. 132.

Importen gegenüber der Vorkriegszeit von 50,8 Prozent (1909/13) auf 65,8 Prozent (1926/1929).¹⁸ Zusätzlich trat das sich an westlichen Produktionsstandards orientierende Baltikum nach 1923 als Butterlieferant auf. Zwischen 1926 und 1929 kamen 15,9 Prozent der deutschen Butterimporte aus den neuentstandenen baltischen Staaten.

Während bei den Butterimporten noch von Modifizierungen gesprochen werden kann, änderte sich der Eiermarkt äußerst stark. Vor dem Krieg hatten die Niederlande, Dänemark und Belgien einen Importanteil von ca. 5 Prozent, der bis 1926/29 auf 39,7 Prozent anwuchs. Hauptsächlich ersetzten die frischen und gut sortierten Produkte dieser Länder die durch den langen Transportweg (bis zu 3.000 km) etwa drei bis fünf Wochen alten Eier aus Rußland.¹⁹ Damit verloren die deutschen Eierproduzenten einen wesentlichen Produktionsvorteil: die Nähe zum Konsumenten. Wie bei der Eierproduktion veränderten die erhöhten Importe aus den mit Standards produzierenden Niederlanden und Dänemark die Konkurrenzsituation für die deutschen Milcherzeuger. Während vor dem Krieg erst 37 Prozent der Importe kontrollierte Markenbutter waren, so lag der Anteil hochwertiger Ware bereits 1924-1925 bei 85 Prozent.²⁰ Die Veränderungen der Lieferströme der Agrarimporte, insbesondere zugunsten der westlichen Agrarexportländer, führten insgesamt dazu, daß seit ca. 1924 "die Auslandsware, früher vielfach verrufen wegen ihrer minderwertigen Beschaffenheit, ... in einwandfreier Qualität auf dem deutschen Markt, und was noch wichtiger ist, als einheitliches Massenangebot" erschien.²¹

Insgesamt stieg der Import von Agrarprodukten parallel zur deutschen Produktion bis 1928. Damit waren die Importe keineswegs nur der Ersatz einer geschwächten deutschen Agrarproduktion in den Anfangsjahren der Weimarer Republik gewesen. Vielmehr erlebten sie ihren "Boom" in den wirtschaftlich relativ günstigen Jahren von 1926 bis 1929. Somit stand dem Verbraucher gegen Ende der zwanziger Jahre ein wesentlich erweitertes Angebot an Lebensmitteln zur Verfügung. Im krassen Gegensatz zur Kriegs- und frühen Nachkriegszeit konnte er für seine Ernährung eine Auswahl treffen. Neben den Veränderungen auf der Seite des Angebotes gewannen dadurch ab etwa 1926 das Nachfrageverhalten und die Bedürfnisse der Konsumenten zunehmend Bedeutung für die Situation auf dem deutschen Nahrungsmittelmarkt. Dabei sind zwei Prozesse voneinander zu unterscheiden: Zum einen gab es einen Wandel im Nahrungsmittelverbrauch insgesamt, zum anderen kam es zu Veränderungen der Anforderungen, die an die Art der Verpackung, an den Geschmack oder das Aussehen gestellt wurden.

Ein wesentlicher Faktor der Nahrungsmittelnachfrage, die Gesamtzahl der Konsumenten, wuchs vor dem Ersten Weltkrieg noch stetig an. Während im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine wachsende Agrarproduktion auf einen gleichzeitig steigenden Bedarf stieß, galt dies in der Weimarer Republik nur noch eingeschränkt. Von 1900 bis 1915 wuchs die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches um insgesamt 21,1 Prozent an, von 1920 bis

18 Diese und die folgenden Zahlen berechnet nach *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1911, 1913, 1926, 1928, 1930.

19 Vgl. *H. Baldewin*, Die Organisation des genossenschaftlichen Eierabsatzes in Oldenburg und am Niederrhein, Diss. Bonn 1930, S. 13-15.

20 *W. von Altröck*, Qualitätsschutzmarken und Qualitätskontrolle, in: *Handbuch der Milchwirtschaft*, Bd. 3/II, Wien 1936, S. 494.

21 *F. Beckmann*, in: *B. Harms (Hg.)*, Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, Bd. 1, Berlin 1929, S. 151.

1935 nahm sie dagegen - auch als Folge des Ersten Weltkrieges - lediglich um 8,3 Prozent zu.²² Gleichzeitig sank der Geburtenüberschuß je 1000 Einwohner von 12-14 Kindern in der Vorkriegszeit bis auf 4,7 Kinder im Krisenjahr 1931.²³ Da sich "in relativ kurzer Frist ein neues Reproduktionsmuster" durchsetzte, ging nicht nur das absolute Bevölkerungswachstum zurück, sondern es entwickelten sich die familiären Strukturen hin zum "Ideal der Zweikinder-Kleinfamilie".²⁴ Während im Deutschen Reich die durchschnittliche Haushaltsgröße zwischen 1871 und 1910 relativ stabil blieb und von 4,6 auf 4,4 Personen sank, lebten 1925 4,0 und 1933 nur noch 3,6 Personen im Mittelwert pro Haushalt zusammen.²⁵ Dadurch verkleinerte sich der quantitative Gesamtspielraum der Agrarproduktion nach 1918 und veränderte sich das Nachfrageverhalten der Konsumenten z.B. in bezug auf Verpackungsgrößen.

Daß sich das Nachfrageverhalten gewandelt hatte, belegt die Entwicklung des Verzehrs der verschiedenen Nahrungsmittel. Auf längere Sicht verloren die pflanzlichen Produkte gegenüber tierischen Lebensmitteln an Bedeutung.²⁶ Das im 19. Jahrhundert vorhandene Übergewicht der pflanzlichen Produkte nahm seit der Jahrhundertwende ab, so daß die tierischen Nahrungsmittel 1911 zum ersten Mal den höheren Anteil an der Ernährung erreichten. Deutlich rückläufig war der Verbrauch an Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, deren Pro-Kopf-Verzehr von 1909/13 bis 1929/33 nochmals deutlich um 20,7 Prozent, 66,8 Prozent bzw. 11,7 Prozent abnahm.²⁷ Dagegen nahm der Konsum an Obst, insbesondere an Süßfrüchten, und an Margarine deutlich zu. Der Zuckerverbrauch stieg ebenfalls noch leicht an. Bei den tierischen Erzeugnissen wurden 1929/33 im Vergleich zu 1909/13 vor allem mehr Schweinefleisch (+9 Prozent), Fisch (+17 Prozent) und Eier (+39,1 Prozent) verzehrt, hingegen stagnierte der Verbrauch von Rindfleisch (-2,4 Prozent)²⁸ sowie von Milch und Milchprodukten (+1,1 Prozent).

Der Ernährungswandel wurde in der zeitgenössischen Literatur u.a. damit erklärt, daß die Veränderungen in der Arbeitswelt hin zu Büroarbeiten eine Umstellung der Ernährung erforderte, da bei geistiger Tätigkeit mehr Eiweiß benötigt werde, die immer mehr zurückgehende Muskelarbeit dagegen auf eine starke Zufuhr an Kohlenhydraten angewiesen sei.²⁹

²² Berechnet nach P. Marschalk, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1984, S. 146.

²³ F. Burgdörfer, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur und landwirtschaftlicher Absatz, in: F. Beckmann u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 93.

²⁴ D.J.K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987, S. 21.

²⁵ W.H. Hubbard, Familiengeschichte. Materialien zur deutschen Familie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, München 1983, S. 125.

²⁶ Vgl. H.J. Teuteberg, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975), in: Archiv für Sozialgeschichte 19, 1979, S. 331-388 sowie R. Spree, Knappheit und differentieller Konsum während des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts in Deutschland, in: R. Fremdling u.a. (Hg.), Ressourcenverknappung als Problem der Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1990, S. 171-221.

²⁷ Diese und die folgenden Zahlen berechnet nach H.J. Teuteberg, Nahrungsmittelverzehr, S. 346 f.

²⁸ Vgl. die Berechnungen von R. Spree, a.a.O., S. 188, der aufgrund des nicht ausreichenden Vergleichs eines Vorkriegsjahres (1907) mit zwei Nachkriegsjahren (1927/28) z.B. zu dem Ergebnis kommt, der Rindfleischkonsum sei gegenüber der Vorkriegszeit um 35 Prozent angestiegen.

²⁹ F. Beckmann, Landwirtschaftliche Absatzfragen, S. 151.

Ausschließlich physiologische - und aus heutiger Sicht ohnehin nicht zutreffende - Interpretationsansätze konnten die vielfältig veränderten Ansprüche allein nicht erklären: So äußerten sich die gestiegenen Ansprüche der Verbraucher u.a. darin, daß "vom Konsumenten in stärkerem Maße als früher auch Wert auf einwandfreie Beschaffenheit und ansprechende Aufmachung gelegt (wurde)".³⁰ Ebenfalls unterlag der Geschmack während der Weimarer Republik einem Wandel, so daß beispielsweise nur noch Kartoffeln der Sorte "Industrie" gut zu verkaufen waren. Die Nachfrageveränderung zuungunsten der alten weißfleischigen Kartoffelsorten, die vor allem im Osten angebaut wurden, vollzog sich in einer West-Ost-Bewegung, d.h. die gelbfleischige "Industrie" setzte sich zuerst im Ruhrgebiet durch.³¹ Insgesamt war der Nahrungsmittelkonsum bis zur Wirtschaftskrise von wachsendem Wohlstand geprägt und läßt sich dementsprechend mit R. Spree "als eine Niveauanhebung interpretieren".³²

Die Veränderung des Konsumverhaltens wurde durch die nach dem Krieg weiter zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen ("Neue Frau") sowie durch die einsetzende Rationalisierung der Hausarbeit beschleunigt.³³ Die zunehmende Berufstätigkeit erhöhte die zeitliche Belastung der Frauen, da sie im Regelfall weiterhin den Haushalt führten. Deshalb bevorzugten sie beim Einkauf Waren, die nicht erst durchsucht und überprüft werden mußten, sondern in gleichbleibender Qualität angeboten wurden. Zunehmende Verstädterung und eine veränderte Architektur beeinflussten auch die Konsum- und Kaufgewohnheiten. Der Anteil der in Großstädten lebenden Deutschen vergrößerte sich von 16,2 Prozent im Jahr 1900 auf 21,3 Prozent und 26,8 Prozent in den Jahren 1910 bzw. 1926.³⁴ Der Verstädterungsprozeß veränderte den Weg, den die Agrarprodukte zum Verbraucher nahmen. Der Direktverkauf verlor gegenüber dem Absatz über den Lebensmittelhandel an Bedeutung, in den großen Ballungszentren bildeten sich entsprechende Großeinkaufsgesellschaften aus. Erschwerend für die ostdeutsche Landwirtschaft wirkte sich auch die deutsche Binnenwanderung von Ost nach West aus. Schon vor dem Ersten Weltkrieg verlor der deutsche Osten mehr als zwei Millionen Menschen durch diesen sich fortsetzenden Wanderungsprozeß. Damit verlagerte sich das Nachfragepotential zunehmend in Richtung des industrialisierten Westen Deutschlands, der leichter von den Niederlanden oder Belgien als vom deutschen Osten aus zu beliefern war.

Die während der Weimarer Republik von der Architektin G. Schütte-Lihotzky entwickelte Einbauküche für städtische Wohnungen veränderte ebenfalls die Anforderungen an Nahrungsmittel. Die sog. "Frankfurter Küche" sah z.B. für einige Nahrungsmittel (Zucker, Erbsen, Haferflocken etc.) 2-Pfund-Schütten vor.³⁵ Obwohl diese Behältergröße den Hausfrauen letztlich zu klein war, deutete sich der Einfluß der beginnenden Normierung von Wohnungen und Möbelstücken auf den Lebensmitteleinkauf an. Aufkommende Zentral-

30 *Bischoff*, Marktgemäße Speisekartoffellieferung, in: Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung 1, 1930/1931, S. 280.

31 Vgl. Bericht über den 2. Lehrgang für landwirtschaftliche Absatzfragen, veranstaltet vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften -Raiffeisen- e.V. in Verbindung mit der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat vom 23. bis 27. Februar 1932, Berlin 1932, S. 182-184.

32 *R. Spree*, a.a.O., S. 189.

33 *D.J.K. Peukert*, a.a.O., S. 101-106 sowie *S. Giedion*, a.a.O., S. 566-572.

34 *P. Marschalk*, a.a.O., S. 181.

35 *Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e.V.*, Bericht über die Versuchssiedlung in Frankfurt a.M.-Praunheim, Sonderheft 4, Berlin 1931, S. 25.

heizungen und fehlende Kellerräume führten im Zusammenspiel mit der Verkleinerung der Familien z.B. bei Kartoffeln dazu, daß die städtischen Verbraucher die früher übliche Praxis des Einkellerns häufig aufgaben und das ganze Jahr über kleinere Mengen kauften.³⁶ So waren bis 1930 die Einkellerungen, auch infolge eines nach der Inflation gleichmäßig hohen Angebotes, rückläufig. Infolge der Weltwirtschaftskrise (gesunkene Kaufkraft, neue Inflationsängste) nahmen die Einkellerungen 1931 wieder zu; die Reichsbahn stellte daher im Herbst des Jahres 111.700 Waggons gegenüber 89.100 Waggons 1930 für Kartoffeltransporte zur Verfügung.³⁷

Auf den Handel als Bindeglied zwischen den landwirtschaftlichen Produzenten und den städtischen Konsumenten soll an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden. Während 1907 22 Prozent aller Beschäftigten im Tertiären Sektor arbeiteten, waren es 1933 bereits 31 Prozent.³⁸ Von Sprechern der Landwirtschaft wurde dieses Wachstum kritisiert. Der Handel sei überbesetzt und insbesondere der Zwischenhandel stelle eine unnötige Kostenbelastung der Waren "zu Lasten der Erzeuger und Verbraucher" dar.³⁹ So seien die Handelsspannen, d.h. die Differenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen bei landwirtschaftlichen Produkten, von 52 Prozent vor dem Krieg auf 75 Prozent zwischen 1924/25-1929/30 angestiegen.⁴⁰ Das hier angedeutete Problem der Gewinnspanne - die Frage des "gerechten Gewinns" für den Handel - verschärfte sich während der Weimarer Republik zunehmend, da der Gesamterlösanteil des Handels sich gleichzeitig mit der Zunahme des Überangebotes am Agrarmarkt steigerte. Während 1924/25 die Handelsspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis 63 Prozent betrug, waren es 1928/29 bereits 92 Prozent und 1929/30 sowie 1930/31 102 Prozent.⁴¹ Die Lasten sinkender Verbraucherpreise wurden somit vor allem von den landwirtschaftlichen Produzenten getragen.

Die angebliche "Überbesetzung des Handels"⁴² war zum Teil Folge des Wachstumsprozesses des Tertiären Sektors, hervorgerufen durch die zunehmende Verstärkung, den abnehmenden Grad der Selbstversorgung sowie durch neu entstehende Bereiche des Handels, z.B. Warenhäuser und Kühlhauslager. Daß die beklagten "Überbesetzungen" im Handel auch wirklich vorkamen, zeigt das Beispiel der Berliner Milchkleinhändler, deren Zahl von 4.000 im Jahr 1913 auf 4.600 im Jahr 1926 zunahm, obwohl ihr täglicher Umsatz mit 185 l Milch pro Händler vergleichsweise niedrig war.⁴³ Auch als Folge dieser ungünstigen Struk-

³⁶ *Bischoff*, a.a.O., S. 281.

³⁷ *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, Beobachtungen des Kartoffelmarktes, S. 13 f.

³⁸ *G. Ambrosius/W.H. Hubbard*, Sozial- und Wirtschafts-geschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 61.

³⁹ *W. Seedorf*, Beiträge zur landwirtschaftlichen Marktlehre in Deutschland, in: *Landwirtschaftliche Jahrbücher* 69, 1929, S. 795.

⁴⁰ *E. Lang*, Landwirtschaftliches Marktwesen, in: *L. Elster (Hg.)*, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Bd. 2, Jena 1932, S. 897.

⁴¹ *J. Diel/A. Vogel*, Preisspannen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, in: *F. Beckmann u.a. (Hg.)*, Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 726.

⁴² *J. Hirsch*, Stellung und Bedeutung des Handels in der deutschen Volkswirtschaft, in: *B. Harms (Hg.)*, Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, Bd. 2, Berlin ²1929, S. 83-115, Zitat S. 83.

⁴³ Vgl. Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, II. Unterausschuß, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft, Bd. 15, Die Lage der deutschen Milchwirtschaft, Berlin 1931, S. 22. Ein "ordentlicher", d.h. eine Familie ausrei-

tur im Milchkleinhandel hatte Berlin eine sehr hohe Handelsspanne, der Verbraucherpreis lag hier 1928 um 11,5 Pfg. über dem Erzeugerpreis, während diese Differenz in 59 anderen deutschen Städten durchschnittlich 8,2 Pfg. betrug und normalerweise zwischen 7 und 9 Pfg. pendelte.⁴⁴ Diese Unterschiede führten dazu, daß im Interesse der Landwirtschaft eine Umstrukturierung des Milchhandels mit dem Ziel, die Unkosten im Handel zu senken und dadurch die Erlöse der Landwirtschaft zu erhöhen, gefordert wurde.⁴⁵

Die Differenzen zwischen Handel und Agrarwirtschaft betrafen nicht nur die Verteilung des Gewinns, vielmehr warfen die Landwirte dem Handel vor, daß er unseriös arbeite und kein vertrauenswürdiger Partner sei. Dabei wurde vor allem der Kartoffelhandel von landwirtschaftlichen Vertretern kritisiert. Immer wieder griffen sie den Verlade- und insbesondere den Kommissionshandel an, da hier Händler auftraten, die mangelhafte Ware ohne Rücksicht auf den Preis verkauften und so das allgemeine Preisgefüge durcheinander brachten.⁴⁶ In den Berichten über die Praktiken des Kartoffelhandels war daher die Rede vom "Eindringen von Elementen, die vom Kartoffelhandel nichts verstehen", und von "unrealen Handelsfirmen", denen "das Handwerk dadurch gelegt werden (konnte), daß die Inhaber der Staatsanwaltschaft übergeben und in Haft genommen wurden."⁴⁷

Demgegenüber warf der Handel den Landwirten vor, die schlechten Preise für ihre Produkte seien vor allem die Folge einer mangelhaften Qualität, die den Anforderungen der Verbraucher nicht mehr gerecht werde. Die Mängel wurde z.B. bei Kartoffeln nur teilweise am Produkt selbst festgemacht (z.B. weißfleischige Kartoffeln), mehr kritisierte der Handel die fehlende Sorgfalt bei der Auslese und Verpackung der Ware. Während im Handel "das Vertrauen zu den holländischen Exportkartoffeln ein fast grenzenloses" sei, rechnete man bei deutschen Lieferungen ständig mit Mängeln wie Braunfäule oder starkem Erdbesatz.⁴⁸ Deshalb waren die Kartoffelhändler im Ruhrgebiet nicht bereit, deutsche Ware gesackt zu beziehen, da sich lose Ware besser kontrollieren ließ. Ständig bemängelt wurde die schlechte Sortierung der Kartoffeln aus Ostdeutschland, womit ihre Vermarktung zusätzlich zum Problem der Weißfleischigkeit erschwert wurde.⁴⁹ Außerdem litt der ostdeutsche Kartoffelbau an einer mangelhaften Koordination, die sich gegenüber der niederländischen, belgischen, aber auch westfälischen und rheinländischen Konkurrenz in zu langen Lieferfristen und in unpünktlichen Lieferungen ausdrückte. Diese organisatorischen Schwächen der Lieferanten führten dazu, daß die kurzfristig lieferfähigen ausländischen Genossenschaften die

chend unterhaltender Milchhandel sollte in den zwanziger Jahren einen Tagesumsatz von wenigstens 300 l Milch aufweisen, vgl. F. Beckmann, Die deutsche Milchwirtschaft, in: ders. u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 284.

44 Berechnet nach Enquete-Ausschuß, a.a.O., S. 82-83.

45 F. Beckmann, Die deutsche Milchwirtschaft, S. 281-284.

46 Vgl. Bericht über den 2. Lehrgang für landwirtschaftliche Absatzfragen, S. 190 sowie *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, Beobachtungen des Kartoffelmarktes, S. 25.

47 *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, Beobachtungen des Kartoffelmarktes, S. 10.

48 *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet*, Einrichtung, Arbeitsgebiet und Beobachtungen der Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet in Essen, Essen 1928, S. 16.

49 *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, Beobachtungen des Kartoffelmarktes, S. 19.

verspäteten Lieferungen ersetzen, so daß die rückständigen ostdeutschen Kartoffeln bei ihrem Eintreffen auf einen gesättigten Markt trafen. Die vielfach beklagten "Kartoffelschwemmen" waren somit auch die Folge einer mangelhaften Lieferfähigkeit der ostdeutschen Kartoffelanbaugebiete.⁵⁰

Mitbrauen gegenüber deutschen Produkten gab es auch im Bereich der Molkereiprodukte, hier wirkte sich der mit ca. 63 Prozent hohe Anteil der "Bauernbutter",⁵¹ d.h. Butter, die nicht in einer Molkerei hergestellt wurde, negativ aus. Dem Markt wurde keine einheitliche Qualität zur Verfügung gestellt, wodurch Margarine und Importbutter eine qualitativ überlegene Konkurrenz in bezug auf Einheitlichkeit und Güte waren.⁵² Die gleichmäßige Qualität, der gegenüber Butter wesentlich niedrigere Preis und die geschickt aufgebauten Verteilungssysteme ließen die Großeinkaufsgenossenschaften der Industriegebiete bereits im Kaiserreich zu Hauptkunden der Margarineindustrie werden.⁵³ In der Weimarer Republik stieg der Pro-Kopf-Verbrauch der billigen Margarine (einschließlich Speiseöl) von 4,6 kg (1909/13) auf 10,2 kg in den Krisenjahren 1932/33 nochmals deutlich an.⁵⁴ Dieser Verkaufserfolg war auch das Ergebnis einer etwa 1905 mit "ungeheure(m) Aufwand" einsetzenden Reklame, die gerade die gleichbleibende Qualität anpries.⁵⁵

Mit der Bildung von Konsumvereinen verschärften sich die Absatzprobleme der deutschen Landwirtschaft. In Deutschland gab es während der Weimarer Republik mehr als 1.200 Konsumgenossenschaften. Diese waren in zwei Zentralvereinen - dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, und dem Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln, - zusammengeschlossen, die insgesamt ca. vier Millionen Familien versorgten.⁵⁶ Ohne Berücksichtigung der sich weitestgehend selbstversorgenden landwirtschaftlichen Familien erfaßten die Konsumvereine ein Drittel der insgesamt 12 Mio. Familien außerhalb der Landwirtschaft.⁵⁷ Mit diesen Verbrauchervereinigungen erreichte die Nachfrageseite des Agrarmarktes eine so große Konzentration, daß die zum Zentralverband deutscher Konsumvereine gehörende Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) u.a. wöchentlich 50 t Butter per Telefonat einkaufte.⁵⁸ Der Umsatz der beiden Einkaufsgesellschaften, GEG und Gepag (Großeinkaufs- und Produktions-A.G., zum Reichsverband deutscher Konsum-

⁵⁰ Odenthal, Erfahrungen auf dem Kartoffelmarkt, in: Ruhr und Rhein 11, 1930, S. 819.

⁵¹ Bericht über den 2. Lehrgang für landwirtschaftliche Absatzfragen, S. 114. In den Niederlanden wurde Butter dagegen bereits zu 92 Prozent von Molkereien hergestellt, vgl. J. Frost, Die aktuellen Fragen der Agrarpolitik, München 1932, S. 13.

⁵² K. Brandt, Die Gestaltung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Rahmen einer Erfolg versprechenden Agrarpolitik, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher 71, 1930, S. 34.

⁵³ H.J. Teuteberg, Die Begründung der Ernährungsindustrie, in: ders. u. G. Wiegmann (Hg.), Unsere tägliche Kost, Münster 1986, S. 297.

⁵⁴ Berechnet nach H.J. Teuteberg, Nahrungsmittelverzehr, S. 346 f.

⁵⁵ K. Schlegel-Mathies, Anfänge der modernen Lebens- und Genußmittelwerbung: Produkte und Konsumgruppen im Spiegel von Zeitungsannoncen, in: H.J. Teuteberg (Hg.), Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters, Münster 1987, S. 304.

⁵⁶ W. Seedorf/P. Hesse, Grundriß der landwirtschaftlichen Marktlehre für Landwirte, Volkswirte, Kaufleute, Verwaltungsbeamte, Landwirtschaftliche Schulen und Studierende, Berlin 1932, S. 197.

⁵⁷ W.H. Hubbard, a.a.O., S. 133 f.

⁵⁸ F. Beckmann, Standardisierung als genossenschaftliche Methode, in: ders. u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 774.

vereine, Köln, gehörend), betrug 1930 495,2 Mio. bzw. 74 Mio. RM.⁵⁹ Ein weiteres Beispiel für die Entwicklung großer Handelsgesellschaften ist der Edeka-Verband, der 1907 gegründet wurde. Diesem Verband schlossen sich bis 1914 insgesamt 126 Einkaufsgenossenschaften an, eine Zahl, die bis 1923 auf 578 anstieg, während 1929 noch 399 Genossenschaften dem Verband angehörten.⁶⁰ Deutlich zeigte sich, wie stark die Nahrungsmittelknappheit der Kriegs- und Nachkriegszeit Zusammenschlüsse auf der Nachfrageseite gefördert hatte.

Während sich im Handel bzw. auf seiten der Konsumenten ein Konzentrationsprozeß vollzog, blieb in der deutschen Landwirtschaft ein zu klein strukturiertes Genossenschaftssystem erhalten, das zudem in mehrere Verbände gespalten war.⁶¹ Der Krieg hatte sowohl einen weiteren Ausbau der Bezugs- und Absatzgenossenschaften gestört, als auch die notwendige Entwicklung der Molkereien zu größeren Einheiten verhindert.⁶² Von den 1927 insgesamt 9.304 durch eine Enquete befragten Molkereien besaßen lediglich 536 Großmolkereien eine jährliche Verarbeitungskapazität von mindestens 2.500 t Milch.⁶³ Bleiben die kleinsten Molkereien bis zu einer Produktionskapazität von 100 t Milch pro Jahr unberücksichtigt, so verarbeitete eine Molkerei im Deutschen Reich ca. 870 t Milch pro Jahr. Die daraus herstellbaren 24 t Butter⁶⁴ genügten den wöchentlichen Bestellungen der GEG nicht einmal zur Hälfte. Dieses Beispiel verdeutlicht die strukturellen Unterschiede zwischen Großhandel und Konsumvereinen auf der einen und den deutschen Produzenten von Lebensmitteln auf der anderen Seite. Demgegenüber hatte es in den nördlichen Niederlanden und in Dänemark bereits Konzentrationsprozesse im Molkereiwesen gegeben, so daß dort die durchschnittliche Verarbeitungsmenge einer Molkerei ca. 4.050 bzw. 3.050 t Milch betrug bis hin zu Großmolkereien mit Verarbeitungskapazitäten von 20.000 t. Durch den Zusammenschluß dieser ohnehin schon großen Molkereien im Exportbereich standen den deutschen Großabnehmern handlungsfähige Einheiten gegenüber. Das Problem der zu kleinen deutschen Molkereien zeigte sich ebenfalls im Investitionsbereich. Die kleinen Molkereien, die im Normalfall mit höheren Unkosten belastet waren, konnten ihren in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen hohen Investitionsbedarf nicht befriedigen; dadurch nahmen sie an den "Errungenschaften der modernen Molkereitechnik" nicht teil, wodurch ein "technische(r) Ausbau der Betriebe verhindert" wurde.⁶⁵ Die genossenschaftliche Organisation erschwerte diesen Ausbau zusätzlich, da die Mitglieder ständig zwischen kurzfristigem Eigennutz (hoher Milchpreis) und dem langfristigen Wohl der Genossenschaft (Bildung von

59 K. Brandt, Strukturwandlungen in der Weltlandwirtschaft seit 1914 und ihr Einfluß auf die Lage der deutschen Landwirtschaft, in: F. Beckmann u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 70 f.

60 Vgl. H. Probst, Der deutsche Nahrungsmittel-Großhandel, Murnau 1934, S. 63 f.

61 Vgl. K. Ritter, Rationalisierung in der Landwirtschaft, in: L. Elster/A. Weber (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Ergänzungsband, Jena 1929, S. 789.

62 Johannsen, Genossenschaftswesen im allgemeinen, in: Fr. von Braun/H. Dade (Hg.), Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege, Berlin 1918, S. 166 f. u. 172 f.

63 Enquete-Ausschuß, a.a.O., S. 22.

64 Bei einem angenommenen Verbutterungsgrad von 75 Prozent und einem Vollmilch-Butter-Verhältnis von 27:1 berechnet nach ebd., S.22, 59, 165.

65 F. Beckmann, Die deutsche Milchwirtschaft, S. 267-269 (Zitat: 267).

Investitionskapital) wählen mußten. Diese Entscheidung richtete sich spätestens mit fallenden Milchpreisen gegen eine Modernisierung der genossenschaftlichen Molkereien.

Faßt man die Lage am deutschen Agrarmarkt während der Weimarer Republik zusammen, so fällt *erstens* als Folge fehlenden Bevölkerungswachstums, zurückgewonnener heimischer Produktionskraft und wachsenden Importdruckes eine verschärfte Konkurrenzsituation auf dem Agrarmarkt auf; *zweitens*, daß Handel und Verbraucher aufgrund des erweiterten Angebotes an Nahrungsmitteln qualitativ höhere sowie neue Ansprüche stellten; *drittens*, daß diese Ansprüche und die Anforderung der Ballungsräume nach schneller Lieferung und großen, einheitlich sortierten Partien von der ausländischen Importware eher erfüllt wurden; *viertens*, daß die Vermarktung deutscher landwirtschaftlicher Produkte keine zeitgemäßen Strukturen aufwies. Der gegenüber der Vorkriegszeit von 15,7 Prozent (1909/13) auf 23,2 Prozent (1926/30) gestiegene Anteil ausländischer Produkte⁶⁶ an den verzehrten Lebensmitteln läßt erkennen, welcher Handlungsbedarf bestand, um die deutsche Landwirtschaft wieder konkurrenzfähig zu gestalten.

II. Die Diskussion neuer Vermarktungswege

Um der neuen Marktsituation gerecht werden zu können, waren Veränderungen in der Produktion, der Verteilung und Vermarktung notwendig. Ebenso mußten marktbeobachtende Stellen aufgebaut werden, um die veränderten Wünsche der Verbraucher erkennen zu können.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren deutschen Agrarprodukte der ausländischen Ware qualitativ noch nicht unterlegen, vielmehr wurde dänische Butter in Deutschland als "schleswig-holsteinische Butter" oder "pommersche Butter" verkauft.⁶⁷ In der Qualitätskontrolle waren die 1886 in Ostpreußen, 1889 in Brandenburg und 1899 in Schleswig-Holstein eingeführten Butterprüfungen vorbildlich.⁶⁸ Erst um die Jahrhundertwende begann in den exportorientierten Agrarländern ein organisatorischer Wandel, dem die deutsche Landwirtschaft nicht zu folgen vermochte. Dieses "Zurückbleiben" wurde u.a. durch die Zersplitterung der deutschen Landwirtschaft (kleine Genossenschaften und Molkereien, dezentrale Behördenstruktur etc.) und den Umstand, daß Deutschland kein Exportland für Agrarerzeugnisse war, verursacht. Die Segmentierung der Kompetenzen in wissenschaftliche, verwaltungsmäßige und politische Arbeits- und Entscheidungsbereiche verhinderte in Deutschland den Ausbau einer reichseinheitlichen, möglichst zentralen Struktur landwirtschaftlicher Qualitätskontrollen, Marktuntersuchungen und Verkaufsorganisationen. Nur zögernd versuchte man, eine Zentralisierung der landwirtschaftlichen Einrichtungen zu erreichen. So begannen u.a. im

⁶⁶ H. Eisig, Der Verbrauch von Nahrungsmitteln in Deutschland vor und nach dem Krieg, in: F. Beckmann u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 142.

⁶⁷ Vgl. K. Ritter, Rationalisierung in der Landwirtschaft, in: L. Elster/A. Weber (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Ergänzungsband, Jena 1929, S. 773. Daß die deutsche Landwirtschaft am Ende des 19. Jahrhunderts nicht durch Rückständigkeit gegenüber den Agrarexportländern geprägt war, belegen z.B. die nach dem Vorbild der deutschen "Landwirtschaftlichen Versuchsstationen" 1890 in den Niederlanden gegründeten "landbouw-proefstationen" für Düngewesen, Züchtung und Fütterung, vgl. J. Bieleman, Geschiedenis van de landbouw in Nederland 1500-1950. Veranderingen en verscheidenheid, Meppel, Amsterdam 1992, S. 236.

⁶⁸ W. von Altrock, a.a.O., S. 493.

Bereich der Milchwirtschaft 1908 die Planungen für eine Reichsanstalt für Milchwirtschaft, deren Umsetzung 1913 vom Reichstag verlangt wurde.⁶⁹ Doch durch den Krieg und die Nachkriegszeit wurden solche Projekte einer agrarwissenschaftlichen Zentralisierung unterbrochen. Erst 1922 wurden in Kiel und Weihenstephan zwei Forschungsanstalten für die Milchwirtschaft gegründet, womit man jedoch hinter dem Ansatz einer zentralen Reichsmilchanstalt zurückblieb.

Das nach dem verlorenen Krieg in der gesamten deutschen Wirtschaft entstehende Interesse an den neuartigen Produktionsabläufen in der amerikanischen Industrie, im Handel etc. (Taylorismus, Fordismus) erfaßte auch den landwirtschaftlichen Bereich.⁷⁰ Durch eine kostengünstigere Produktion sollte die Konkurrenzfähigkeit aller Wirtschaftsbereiche erhöht werden, auch um - unter dem Eindruck des Versailler Vertrages - die Außenhandelsbilanz positiver zu gestalten und verlorenen Wohlstand zurückzuerlangen. Die Rationalisierung im Bereich der Landwirtschaft sollte beträchtliche volkswirtschaftliche Gewinne durch ein Zurückdrängen der hohen Agrarimporte ermöglichen. Deshalb wurden während der Weimarer Republik vermehrt Studienreisen in die USA vorgenommen und die amerikanischen Vermarktungsmethoden in Dissertationen und Aufsätzen analysiert.⁷¹ Um den erwünschten Aufschwung der deutschen Landwirtschaft zu erreichen, orientierte man sich in der theoretischen Marketingdebatte und bei der praktischen Vermarktung pflanzlicher Produkte an den USA. Im Bereich der Veredelungsprodukte waren vor allem die holländische und dänische Landwirtschaft beispielgebend. Dies bedeutete, daß sich die deutsche Landwirtschaft in der Entwicklung neuer Absatzstrategien an dem jeweiligen Hauptlieferland bzw. Hauptkonkurrenten orientierte.⁷² Insofern ist es interessant, den Vorsprung der Agrarexportländer - vornehmlich am Beispiel der USA und der Niederlande - sowie die deutsche Rezeption ausländischer Vermarktungsstrukturen zu untersuchen.

a) Die Standardisierung

Die *Standardisierung*, d.h. der Versuch, die naturgemäße Verschiedenheit und Vielfalt (Sorten, Witterung, Bodenverhältnisse) der Agrarerzeugung durch produktsortierende und klassifizierende Maßnahmen auszugleichen, erhielt nach dem Ersten Weltkrieg eine große Bedeutung für den Agrarhandel. Der Versuch, den Anforderungen des Großhandels entsprechend landwirtschaftliche Produkte in gleichbleibender Qualität und großen Partien auf den

69 W. Tornow, a.a.O., S. 124 f.

70 Vgl. Th.P. Hughes, Die Erfindung Amerikas. Der technologische Aufstieg der USA seit 1870, München 1991, S. 287-297.

71 Eine Studienreise in die USA unternahm während der Weimarer Republik u.a. die landwirtschaftlichen Professoren Brinkmann, Roemer, Seedorf, Aereboe. Ein bekannter Weimarer Agrarwissenschaftler beurteilte die Amerikareisen 1955 - nunmehr aus marxistischer Sicht - sehr kritisch: "In der Nachkriegszeit breitete sich in Europa die Amerikapsychose schnell aus. Eine Wallfahrt von gelehrten und ungelehrten Wirtschaftlern aus Industrie, Landwirtschaft, Banken und Verkehrswesen begann, um das 'amerikanische Wirtschaftswunder' an Ort und Stelle zu bestaunen. Man wollte dem mächtigen Kreditgeber nacheifern.", K. Ritter, Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus, 1. Halbband, Berlin 1955, S. 269. Gegen den zeitgenössischen Vorwurf des "Amerika-Rummels" wehrte sich in seinem Vorwort Th. Brinkmann, Aus dem Betrieb und der Organisation der amerikanischen Landwirtschaft, I. Teil, in: BÜL, NF, 5. Sonderheft, Berlin 1927.

72 Vgl. K. Ritter, Staatshilfe oder Selbsthilfe zur Linderung der Agrarnot?, Berlin³ 1928.

Markt zu bringen, wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts in einzelnen Staaten der USA sowie in den, den englischen und deutschen Markt beliefernden, westeuropäischen Agrarexportstaaten unternommen. Das Streben nach einheitlicher Qualität wurde in den USA vor allem durch die wachsende Verstädterung und die Westwanderung der Landwirtschaft gefördert, da die einzelnen Betriebe immer größer, spezialisierter und marktorientierter wurden. Urbanisierung und landwirtschaftlicher Wanderungsprozeß führten dazu, daß Erzeugergebiete und Verbraucherzentren immer weiter voneinander entfernt lagen und der Handel über weite Entfernungen deutlich zunahm.⁷³ Dieser Prozeß verstärkte sich mit der Spezialisierung landwirtschaftlicher Großregionen auf einzelne Produkte. Für derartige "landwirtschaftliche Ballungszentren" erhielten Vermarktungsfragen ein hohes Gewicht. Die in diesen Räumen entstehende Nahrungsmittelindustrie förderte die Vereinheitlichung landwirtschaftlicher Produkte, da sie nunmehr nur noch einen industriellen "Rohstoff" darstellten. Eine gleichbleibende Qualität dieser Rohstoffe ermöglichte reibungslose industrielle Fertigungsprozesse und sicherte ein uniformes Endprodukt.⁷⁴ Parallel zum landwirtschaftlichen Konzentrationsprozeß in den USA stiegen Dänemark und die Niederlande zu europäischen Zentren der Tierproduktion auf, die ihren Absatz in England und Deutschland fanden. Durch die Einführung staatlicher und freiwilliger Butterkontrollen erlangten diese europäischen Agrarexportstaaten auf dem Gebiet der Standardisierung von Veredlungsprodukten bereits 1901 eine Vorreiterrolle.⁷⁵ In beiden Ländern wurden die Buttermarken 1904 bzw. 1906 zu staatlich kontrollierten Marken umgestaltet. Diese dienten gleichzeitig als Exportkontrolle, da nur noch Butter mit der "Lurmarke" bzw. der "Reichsbuttermarke" exportiert werden durfte. Vor dem Krieg waren ähnliche Qualitätsmarken für Butter noch in Schweden und in Finnland in Anwendung; für Käse gab es dagegen vor 1914 in keinem Land eine Qualitätsmarke.⁷⁶

Die Debatte über die Standardisierung von Produkten nahm in den USA seit 1910 breiten Raum ein. Es entwickelte sich für die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte ein Marketing-Forschungsbereich.⁷⁷ Dadurch wurde der von einzelnen Verkaufsgenossenschaften begonnene Standardisierungsprozeß zwischen 1910 und 1920 deutlich beschleunigt. Durch einen Kongreßbeschluß von 1913 wurde das *Bureau of Markets* (später: *Bureau of Agricultural Economics*) eingerichtet. Damit verfügte das amerikanische Landwirtschaftsministerium über die organisatorischen Voraussetzungen, um Bundesstandards für landwirtschaftliche Produkte und deren Verpackungen aufzustellen.⁷⁸ Die bundesweite Standardisierung sollte den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten für die Produzenten und Händler sowie den Einkauf des Endverbrauchers erleichtern.⁷⁹ Dessen Vorteil sollte darin bestehen, daß er die Waren nicht mehr genau überprüfen mußte. Der Standardisierungsprozeß wurde somit als

⁷³ Th. Brinkmann, a.a.O., S. 37.

⁷⁴ Vgl. zur Industrialisierung des Schlachtprozesses in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts S. Giedion, a.a.O., S. 238-277.

⁷⁵ Vgl. W. von Altmann, a.a.O., S. 473-481.

⁷⁶ Vgl. Anhang in O. Jüngst, Planmäßige Absatzgestaltung in der Landwirtschaft, Berlin ²1929, S. 73-135.

⁷⁷ K. Ritter, Absatz und Standardisierung landwirtschaftlicher Produkte, Berlin ²1926, S.21.

⁷⁸ K. Ritter, Produktion und Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika an Gartenerzeugnissen, in: BüL, NF, 29. Sonderheft, Berlin 1931, S. 176.

⁷⁹ Vgl. T.N. Carver, Standardization in Marketing, in: Quarterly Journal of Economics 31, 1917, S. 341-344.

wirtschaftliche Modernisierung angesehen, der die Arbeitsteiligkeit vorantrieb und es dem einzelnen ermöglichte - z.B. durch Zeitersparnis beim Einkauf -, sich vollkommen auf seine eigene Tätigkeit zu konzentrieren.

Nachdem zunächst für Baumwolle Handelsstandards eingeführt wurden, entstand 1916 mit dem *Grain Standard Act* das Rahmengesetz für die Getreidestandardisierung. Dieses Gesetz gab dem amerikanischen Landwirtschaftsministerium die Möglichkeit, *Standards* und *Grades* bundeseinheitlich einzuführen.⁸⁰ In einem sich über zehn Jahre hinziehenden Standardisierungsprozeß entstanden z.B. für Weizen nach den Kriterien Sommer- oder Winterweizen, hartem oder weichem Weizen sowie Durum- und Weißweizen fünf verschiedene Handelsklassen (*Classes*).⁸¹ Die exakten Klassifizierungen machten Vor-Ort-Kontrollen des Käufers ebenso wie das Versenden von Musterproben überflüssig. So konnten Handelsgeschäfte per Telefon und damit schneller sowie über weitere Entfernungen getätigt werden.⁸² Die für Roggen, Gerste und Hafer aufgestellten Güteklassen waren weniger genau ausgearbeitet,⁸³ was auf die überragende Bedeutung des Weizens als Handelsgetreide hinweist. Der Standardisierungsprozeß erfaßte während der Kriegszeit in den USA weitere Produkte und insbesondere Produktverpackungen.⁸⁴ Die Entwicklung der Güteklassen und Verpackungsnormen griff während des Krieges von den Vereinigten Staaten auf Kanada und die westeuropäischen Agrarexportstaaten über. In der Nachkriegszeit entstand so peu à peu eine "Standardisierungswelle",⁸⁵ die einen immer größeren Anteil der Produkte erfaßte und zunehmend die Agrarmärkte beeinflusste. Nach und nach führten die europäischen Länder Marken mit bestimmten Qualitätsanforderungen für landwirtschaftliche Produkte ein. So gab es beispielsweise in den baltischen Staaten seit 1920/21, in Norwegen seit 1920, in Irland seit 1924, in der Sowjetunion seit 1927 sowie in Polen und Ungarn seit 1928 Buttermarken.⁸⁶ In den Niederlanden gründeten die Erzeuger von Gartenbauprodukten zusammen mit zwei großen Händlerorganisationen und dem Landwirtschaftsministerium 1924 das *Uitvoer-Controle-Bureau voor Groenten, Fruit en Aardappelen* (U.C.B.), ein Unternehmen, das die einwandfreie Qualität und damit den Absatz der holländischen Exportware auf den stärker umkämpften Märkten sichern sollte.⁸⁷ Das U.C.B. übernahm die Kontrolle der Exporte und vergab eine staatlich geschützte Marke, mit deren Hilfe nachträgliche Kontrollen der einzelnen Erzeuger zur Qualitätssicherung möglich wurden.

80 W. Kruse, Die deutsche Landwirtschaft und die Handelsklassengesetzgebung, Diss. Berlin 1934, S. 30.

81 Weitere Abstufungen (*Grades*), die anhand verschiedener Kriterien (z.B. Hektolitergewicht, Feuchtigkeitsgehalt, Sortenreinheit etc.) vorgenommen wurden, ergänzten diese Einteilungen. Insgesamt entstanden dadurch 70 verschiedene Qualitätsstufen, die eine genaue Einstufung fast aller Weizensorten ermöglichen, vgl. O. Jüngst, a.a.O., S. 116 f.

82 Vgl. die telefonischen Bestellungen der großen Konsumgenossenschaften S. 21 und Th. Brinkmann, a.a.O., S. 57 f.

83 Vgl. O. Jüngst, a.a.O., S. 117-121.

84 1912 wurden Behältergrößen für Äpfel, 1915 für andere trockene Früchte und Gemüse und 1916 für Trauben, Beeren, Gemüse festgelegt, vgl. K. Ritter, Produktion und Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika an Gartenbauerzeugnissen, in: BüL, NF, 29. Sonderheft, Berlin 1931, S. 176 ff.

85 Die Fortschritte der Standardisierung, in: Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung 2, 1931/1932, S. 355.

86 Vgl. Anhang in O. Jüngst, a.a.O., S. 73-135.

87 J. Keudel, Die Bedeutung der Veiling als Mittel zur Rationalisierung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Diss. Dessau 1931, S. 6 u. 12 f.

Die deutsche Landwirtschaft war in der Nachkriegszeit zunächst so stark vom Ziel der Produktionssteigerung geprägt, daß erst nach 1924 mit einer Standardisierung begonnen wurde. In der Weimarer Republik führte die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein die erste Qualitätsmarke für Butter ein, um mit der dänischen Butter konkurrieren zu können. Dieses Agrarerzeugnis eignete sich besonders für eine Standardisierung, da einerseits die Verderblichkeit des Produktes eine Nutzung moderner Molkereitechnik angebracht erschienen ließ, andererseits relativ große Mengen qualitativ guter Molkereibutter zur Verfügung standen. Denn man ging davon aus, daß die höherwertige Ware schon vor der Standardisierung einen ungefähren Marktanteil von ca. 20 Prozent haben müsse, wenn die Einrichtung von Handelsklassen erfolgreich sein sollte.⁸⁸ Butter war in Deutschland eines der wenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, das diese Voraussetzungen erfüllte. Aufgrund der früheren Tradition einer Butterkontrolle, der umfangreichen Milchviehhaltung, der ungünstigen Lage zu den Verbraucherzentren sowie der unmittelbaren dänischen Konkurrenz fiel Schleswig-Holstein die Vorreiterrolle zu. Zusätzlich erleichterten der mit zwei Dritteln recht große Anteil der Genossenschaftsmolkereien an der Gesamtzahl der Molkereien, der hohe Grad der Verbutterung (85,3 Prozent) und die ausreichende Größe der Molkereien (durchschnittlich 993 t Milch/Jahr) die Einführung einer Buttermarke im Norden Deutschlands.⁸⁹ Der wirtschaftliche Erfolg der schleswig-holsteinischen Butter und die Absicht, zumindest für Preußen eine einheitliche Buttermarke aufzubauen, führten zur Aufstellung der "Richtlinien für die einheitliche Regelung des Markenschutzes für Molkereierzeugnisse" durch die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer im November 1926. Die Richtlinien orientierten sich deutlich an den dänischen und holländischen Verfahren. Die Buttermarke sollte nur dann verliehen werden, wenn die Butter u.a. aus pasteurisierter Milch hergestellt, einen Wassergehalt von unter 18 Prozent aufwies, nicht mit Anilinfarben gefärbt und nur durch Kochsalz konserviert wurde. Genauso mußten ausschließlich neuwertige Fässer und echtes Pergamentpapier als Verpackungsmaterial dienen.⁹⁰ Damit bot die Markenbutter Handel und Verbrauchern eine deutlich bessere und vor allem gleichmäßigere Qualität. Die Markenqualität der Butter sollte in einem DLG-Prüfverfahren festgestellt und danach laufend kontrolliert werden. Da zunächst auf Reichsebene keine Buttermarke durchzusetzen war, bedeutete die preußische Einheitsbuttermarke einen deutlichen Fortschritt. Gleiche Ausfüh-

⁸⁸ W. Kruse, a.a.O. S. 30.

⁸⁹ In Schleswig-Holstein waren 1912 annähernd 10 Prozent aller Bauern einer Molkereigenossenschaft angeschlossen. Einen ähnlich hohen genossenschaftlichen Organisationsgrad erreichten nur Pommern, Sachsen und Hannover, vgl. S. Merl, Das Agrar-genossenschaftswesen Ostdeutschlands 1878-1928. Die Organisation des landwirtschaftlichen Fortschritts und ihre Grenzen, in: H. Reif (Hg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1994, S. 295 f. Verbutterungsgrad und Molkereigröße nach *Enquete-Ausschuß*, a.a.O., S. 24, 141-152. Dagegen verbutterten die Molkereien im Reichsdurchschnitt 77,7 Prozent, ihre durchschnittliche Verarbeitungsmenge betrug 769 t Milch/Jahr. Dabei gab es ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Molkereien in Bayern verarbeiteten durchschnittlich 346 t Milch/Jahr, in Württemberg waren es sogar nur 322 t. Demgegenüber betragen die Vergleichszahlen für Oldenburg 1.699 t, für Westfalen 1.638 t, für Pommern 1.384 t, für Preußen insgesamt 1.039 t.

⁹⁰ Vgl. K. Ritter, Rationalisierung, S. 790 f. Die Bestimmungen für die dänische Exportbutter der "Lurmarke" legten fest, daß Butter aus pasteurisierter Sahne ohne Verwendung von Anilinfarben herzustellen war und daß nur Kochsalz als Konservierungsmittel benutzt und ein Wassergehalt von 16 Prozent nicht überschritten werden durfte. Die Qualität wurde durch Stichproben überprüft, vgl. O. Jüngst, a.a.O., S. 78.

rungsbestimmungen und eine einheitliche Banderole der Buttermarken - in die das jeweilige Provinzwappen eingesetzt wurde - ermöglichten einen hohen Bekanntheitsgrad. Durch die Einführung der Banderole mit den preußischen Farben und dem stilisierten Adler sowie die Markenkontrolle der halbstaatlichen Landwirtschaftskammern wurde das Ansehen der Einheitsbuttermarke zusätzlich unterstützt. Die Einführung der Butterkontrollen durch die Landwirtschaftskammer war dabei freiwillig, die Molkereien wurden weder gezwungen Markenbutter herzustellen, noch wurden ihnen Verkaufseinschränkungen auferlegt, wenn sie nicht an den Kontrollen teilnahmen. Nachdem die teilnehmenden schleswig-holsteinischen Molkereien mit der Markenbutter am Hamburger Markt gute Erfolge erzielten, wurde die preußische Einheitsbuttermarke 1927 in den Provinzen Hannover, Ostpreußen und Westfalen eingeführt. In Oldenburg orientierte man sich dagegen direkt an den holländischen Bestimmungen und führte bereits 1926 eine äußerst erfolgreiche Buttermarke ein, die hohe Verkaufspreise erzielte. Demgegenüber erreichten die in der Regel durch zu kleine Milchviehbetriebe und Molkereien geprägten süddeutschen Länder keine einheitlichen Durchführungsbestimmungen. In Baden, Bayern und Württemberg wurden eigene Buttermarken eingeführt, deren Markenzeichen sich optisch deutlich voneinander unterschieden. Bis 1930 hatte die Markenbutter in Deutschland lediglich einen Marktanteil von 11,3 Prozent erreicht.⁹¹ So beteiligten sich selbst in Schleswig-Holstein von insgesamt 802 Molkereien nur 258 Molkereien an den Butterprüfungen. Damit zeigte sich die Problematik einer freiwilligen Standardisierung. Während die Butterimporte aufgrund der zunehmenden Exportkontrollen immer stärker als Markenware auf den deutschen Markt drängten, produzierten sogar in Schleswig-Holstein nicht einmal die Hälfte aller Molkereien Markenbutter. Eine einheitliche und der ausländischen Ware ebenbürtige Güte hatten selbst diese Markenerzeugnisse teilweise nicht, so daß der niederländische und dänische Qualitätsvorsprung in vielen Fällen bestehen blieb.

Die eher Veredelungsprodukte betreffenden Standardisierungsbemühungen erfaßten neben der Butter vor allem Eier und Kartoffeln.⁹² Allein die Möglichkeit besserer Preise ließ die Standardisierung dieser Produkte sinnvoll erscheinen. Außerdem mußte die deutsche Landwirtschaft auf den großen westdeutschen Märkten mit den, zunehmend die Ansprüche des Handels an die Agrarprodukte prägenden, ausländischen Standardprodukten konkurrieren. Ebenso wie bei Milch machten bei der Eierzeugung die hygienischen Anforderungen an das Produkt die Einführung von Qualitätsnormen zusätzlich sinnvoll. Gerade die Eierstandardisierung brachte jedoch den ersten Fehlschlag bei der Einführung von Qualitätsmarken in Deutschland. Die Problematik bestand darin, daß nur eine einzige Region, Oldenburg, eine dem ausländischen Eierangebot gegenüber konkurrenzfähige Struktur besaß. Die dort tätigen Genossenschaften belieferten vor allem das Ruhrgebiet und hatten frühzeitig moderne Vermarktungsformen (v.a. zeitgemäße Verpackungen) eingeführt. Bereits seit 1901 bestand ein Zentralverband der Eierverkaufsgenossenschaften, und 1908 führte man ein eigenes Markenzeichen ein.⁹³ Diese Region bildete jedoch eine Ausnahme: Aussehen, Verpackung und Sortierung fanden ansonsten nur selten die Beachtung der deutschen Erzeuger. Den Märkten stand kaum hochklassige deutsche Ware zur Verfügung, so daß auch die von

91 W. von Alrock, a.a.O., S. 495-501.

92 Vgl. W. Seedorf/P. Hesse, a.a.O., S. 157 f.

93 Vgl. H. Baldewein, a.a.O., S. 26-46.

der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer 1928 voreilig durchgesetzte Einführung des *Deutschen Frischeies* "mehr Schaden als Nutzen" verursachte.⁹⁴ Der unzureichende Aufbau der 17 errichteten Absatzzentralen führte dazu, daß weder der Einkaufshandel ausgeschaltet werden konnte, noch ausreichende Erzeugerpreise erreicht wurden. Die geringe Auslastung der Eierabsatzzentralen, die insgesamt 1930 nur 4,3 Prozent der deutschen Eierproduktion erfaßten, steigerte die Kostenbelastung.⁹⁵ Damit war der Aufbau eines reichsweiten Eierabsatzsystems zunächst an einer unzureichenden Vorbereitung gescheitert. Deutlich zeigte sich die Notwendigkeit, sowohl den Bedarf des Marktes als auch die landwirtschaftliche Produktion genau zu analysieren.⁹⁶

Auch bei Kartoffeln war die Einführung einer "Sonderklasse" innerhalb der Berliner Vereinbarungen von 1930 ein Fehlschlag. Die sehr hohen Anforderungen dieser Gütestufe führten dazu, daß nur wenige Kartoffelerzeuger zu diesen Bedingungen liefern wollten und daher zu wenig Verkaufware zur Verfügung stand. Erfolgreicher war die Gründung des "Hannoverschen Markenkartoffel-Verbandes", der einen Zusammenschluß von Erzeugern und Saatgutgemeinschaften darstellte. Die Landwirtschaftskammer Hannover kontrollierte die Markenkartoffelproduktion, wobei die Bestimmungen, verglichen mit den Berliner Vereinbarungen, weniger streng waren.⁹⁷ Besondere Bedeutung erlangte die Kennzeichnung der Kartoffelsäcke mit Markenanhängern und die Einführung der kleinen Kartoffeltüten, die als 2,5 und 5 kg Packungen in den Handel gebracht wurden und dem veränderten Kaufverhalten entsprechen sollten.⁹⁸ Da nur geringe zusätzliche Gewinne bei der Vermarktung von Tütenkartoffeln möglich waren, bestand der Vorteil der Markenkartoffel vor allem in wesentlich niedrigeren Reklamationsraten durch den Handel.⁹⁹ Ebenso waren die standardisierten Produkte bei Absatzstockungen gegenüber unkontrollierter Ware besser abzusetzen.¹⁰⁰ Der mit der Weltwirtschaftskrise einsetzende Kaufkraftverlust führte jedoch gerade bei den teureren Tütenkartoffeln zu Absatzproblemen.

94 W. Kruse, a.a.O., S. 30 f.

95 Vgl. H. Rubens, Absatzreserven am Deutschen Eiermarkt, Diss. Berlin 1932, S. 50.

96 Das Scheitern des Deutschen Frischeies wurde von den Gegnern einer zu schnellen Standardisierung immer wieder als Argument gebracht. Auch fehlt in keiner zeitgenössischen Dissertation oder sonstigen Arbeit zum Thema der Standardisierung dieses Beispiel und eine Begründung, warum das Markenei scheiterte, vgl. u.a. W. Kruse, a.a.O., S. 30 f., F. Reichardt, a.a.O., S. 18.

97 Während bei der Berliner Sonderklasse jeder einzelne Mangel (z.B. Überschreitung des Anteils von 2 Prozent leichtbeschädigter Knollen) den Handel zur Annahmeverweigerung berechtigte und keine Gesamtoleranz existierte, sahen die Markenkartoffelverbände eine Gesamtabweichung von 10 Prozent für fremde Sorten, Erdbesatz, Beschädigungen und Krankheiten vor. Erst wenn dieser Schwellenwert überschritten wurde vermarktete man die Kartoffeln nicht mehr als Markenkartoffeln, vgl. M. Philippi, Die Standardisierung von Kartoffeln, in: Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung 3, 1932/1933, S. 191-208.

98 Bischoff, a.a.O., S. 286 f.

99 Bericht über den 2. Lehrgang für landwirtschaftliche Absatzfragen, S. 189-192.

100 Für die landwirtschaftlichen Erzeuger zahlte sich der Mehraufwand für die Sortierung nur begrenzt aus, sie erhielten ca. 0,50 bis 1,- RM/50 kg mehr gegenüber dem normalen Speisekartoffelverkauf (Kartoffelpreis für Speisekartoffeln 1930 zwischen 3,50 und 7 RM/50 kg). Hamburger Hotels und Reedereien zahlten zwar noch 1931 einen Zuschlag von 0,80 RM für Markenkartoffeln, insgesamt aber deckte der höhere Preis lediglich den Mehraufwand, da für Sortieren, Absacken und Mehrabfall Kosten von etwa 0,60 bis 0,70 RM entstanden, vgl. ebd.

Dem Hannoverschen Markenkartoffelverband gehörten insgesamt 1.400 Kartoffelerzeuger an, die 1928 120 Waggon, 1929 250 Waggon und bis November 1930 280 Waggon Markenkartoffeln zum Versand brachten.¹⁰¹ Verglichen mit den 1.982 Waggon belgischer und niederländischer Kartoffellieferungen 1930¹⁰² erscheinen die Lieferungen des Markenkartoffelverbandes gering. Seine Bedeutung lag in der Vorbildfunktion für die Gründung anderer Verbände und der Aufstellung gesetzlicher Handelsklassen. So gründete man in den preußischen Provinzen Westfalen, Sachsen, Schlesien sowie in den Freistaaten Lippe, Sachsen-Württemberg und Bayern ebenfalls Verbände zur Erzeugung von Markenkartoffeln. Zusammen mit dem hannoverschen Verband bildeten diese Erzeugervereinigungen die "Arbeitsgemeinschaft Deutsche Markenkartoffelbewegung". Nun ersetzten einheitliche Anhänger mit der Bezeichnung "Deutsche Markenkartoffel" die verschiedenen Markenkennzeichen, dies stellt einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einführung reichseinheitlicher Standards für landwirtschaftliche Produkte dar.

Wie die Beispiele der Produkte Butter, Eier und Kartoffeln jedoch zeigten, gelang es der deutschen Landwirtschaft nicht, die gesamte Erzeugung auf freiwilliger Basis durch die Standardisierung zu einer einheitlichen Qualitätsproduktion umzubauen. Der Anteil der deutschen Markenware blieb gegenüber den durch die Exportkontrollen geschlossen auf einem hohen Qualitätsniveau stehenden Auslandswaren zu gering. Die deutsche Markenware war für den Konsumenten häufig überhaupt nicht zu kaufen bzw. ihm gar nicht bekannt.

Mit der zunehmenden Verschärfung der landwirtschaftlichen Absatzkrise versuchte daher die deutsche Agrarpolitik immer mehr die Absatzstrukturen zu beeinflussen und umzugestalten. Das Problem der Standardisierung wurde im Rahmen des "Landwirtschaftlichen Notprogramms" von 1928 deutlich angesprochen. Neben der finanziellen Konsolidierung des Agrarsektors sollte in der "Hauptsache die Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse", u.a. durch die Erzeugung "hinreichender Mengen marktgängiger Ware", erreicht werden.¹⁰³ In der Denkschrift gab der Reichsernährungsminister zu, "daß in den letzten Jahren die Markt- und Absatzfragen gegenüber den technischen Fragen der Erzeugung in der Landwirtschaft zu Unrecht vernachlässigt worden" seien, daher sollten insgesamt 60 Mio. RM zur Verbesserung der Absatzverhältnisse zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag sollte die Errichtung von Schlachthöfen und Marktstützungsaktionen ebenso fördern wie die schon erwähnten Eierabsatzzentralen und die Einführung einer Markenproduktion. Die Standardisierungsmaßnahmen sollten aus dem 30 Mio. RM Fonds zur "Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse" finanziert werden. Dabei erfaßte das Notprogramm die Produkte Milch ("Ausbau des Milch-, Butter- und Käsemarkenkontrollsystems"), Eier ("Schaffung eines Markenschutzes für das deutsche Frischei"), Obst und Gemüse ("Förderung ... einer marktfähigen Qualitäts- und Standardware") und Kartoffeln ("Züchtung hochwertiger einheitlicher krebsestere deutscher Speisekartoffeln").¹⁰⁴

101 Bischoff, a.a.O., S. 285.

102 *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, Beobachtungen des Kartoffelmarktes, S. 11.

103 Vgl. M. Schiele, Denkschrift über das landwirtschaftliche Notprogramm und seine Ausgestaltung, in: Verhandlungen des Reichstages, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 430, Anlage Nr. 218, Berlin 1928.

104 M. Schiele, Denkschrift, S. 14 f.

Daß auch mit diesem Programm keine kurzfristigen Erfolge zu erzielen waren, zeigte die "Grüne Woche" im Jahr 1931. Auf der verbraucherorientierten Landwirtschaftsschau warb man zwar für Markenkartoffeln durch "ausgezeichnete Ware (und) hübsche, wirksame Plakate", ein Bezug von Markenkartoffeln war allerdings zu diesem Zeitpunkt in Berlin nicht möglich.¹⁰⁵ Bei einem ebenfalls zu dieser "Grünen Woche" durchgeführten Preisausschreiben sollten die Verbraucher fünf verschiedene Marken landwirtschaftlicher Erzeugnisse wiedererkennen. Während die durchführende Zeitschrift ("Grüne Post", 3 Mio. Leser) normalerweise bei ähnlichen Preisausschreiben mindestens 20.000 Einsendungen erhielt, nahmen an diesem Preisausschreiben nur 985 Leser teil, von denen noch 141 ungültige Zuschriften einsendeten.¹⁰⁶ Von den einzelnen Marken war lediglich die Honigmarke des Deutschen Imkerbundes etwas bekannter, die o.g. Hannoversche Markenkartoffel war dagegen nur 35 Einsendern ein Begriff. In vielen Zuschriften wurde bedauert, daß man überhaupt keine Markenware kaufen könne.

Der sich hier andeutende, zu langsame Aufbau einer Markenproduktion führte dazu, daß immer häufiger Forderungen nach einer gesetzlichen Regelung bzw. staatlichem Zwang gestellt wurden. Agrarwissenschaftler lobten ausdrücklich die Handlungsfähigkeit, mit der in autoritären Staaten Qualitätsnormen und Exportkontrollen durchgesetzt wurden. So zählte man Italien - angeblich "infolge seiner staatlichen Eigenart zu durchgreifenden Maßnahmen hervorragend befähigt"¹⁰⁷ - zusammen mit Polen zu den "fortschrittliche(n) Ländern", weil die Exportkontrollen nicht nur die Ausfuhr nichtstandardisierter Ware unterbanden, "sondern den widerspenstigen Exporteur sogar mit schwerer Strafe (4 Wochen Gefängnis, N.R.) beleg(t)en".¹⁰⁸ Auch für die deutsche Agrarpolitik stellte sich zunehmend die Frage, ob nicht in erhöhter Druck auf die Produktion ausgeübt werden mußte, um marktgerechte Waren zu erhalten. Der Staat, der zunächst nur wenig Einfluß auf die Standardisierung nahm, übernahm immer mehr die Aufgabe, den Standardisierungsprozeß durch direkte Maßnahmen zu beschleunigen und durchzusetzen. So leitete die Reichsregierung dem Reichstag 1930 einen Handelsklassengesetzentwurf zu, der allerdings aufgrund der Reichstagsauflösung vom 16. Juli 1930 nicht mehr verabschiedet wurde. Dieser Gesetzentwurf sollte endlich ein in anderen Ländern schon vorhandenes Rahmengesetz für die Produktion landwirtschaftlicher Markenware schaffen. Der Handelsklassengesetzentwurf wurde nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages erneut eingebracht und zusätzlich dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt.¹⁰⁹ Der für die Regierung Brüning ungünstige Ausgang der Septemberwahlen sowie der dringende Handlungsbedarf führten dazu, daß das Handelsklassengesetz und seine Ausführungsbestimmungen per Notverordnungen des Reichspräsi-

¹⁰⁵ Bericht über den 2. Lehrgang für landwirtschaftliche Absatzfragen, S. 166.

¹⁰⁶ F. Reichardt, a.a.O., S. 58 f.

¹⁰⁷ Die Fortschritte der Standardisierung, S. 355.

¹⁰⁸ F. Beckmann, Standardisierung als genossenschaftliche Methode, in: *ders. u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik*, Teil I, Berlin 1932, S. 778. Auf S. 776 zählte der Autor dagegen Polen noch zu den "Ländern der Halbkultur", die rigorose polnische Gesetzgebung hatte ihn anscheinend so stark beeindruckt, daß Polen sich innerhalb zweier Buchseiten in ein fortschrittliches Land verwandelte.

¹⁰⁹ Vgl. W. Kruse, a.a.O., S. 28 ff.

denten in Kraft traten.¹¹⁰ Die Festlegung der Handelsklassen orientierte sich stark an den amerikanischen *Standards*; den amerikanischen *Grades* entsprechend wurden die Güteklassen eingerichtet.¹¹¹ Durch relativ scharfe Güteklassenbestimmungen sollte z.B. bei Weizen die naturgegebene geringere Qualität gegenüber amerikanischem Herkünften ausgeglichen werden.¹¹² Das Grundproblem des deutschen Weizens - die bereits erwähnte geringere Backeignung aufgrund fehlender Kornhärte und zu niedrigen Proteingehaltes - war so jedoch nicht zu beseitigen. Dies konnte nur durch die langfristige Züchtung von Weizensorten - d.h. Durumweizensorten - mit guter Mahl- und Backfähigkeit und einem hohen Aufmischwert erreicht werden. Außerdem zeigte sich, daß die strengen Anforderungen der Verordnung von den Weizenanbauern nicht zu erfüllen waren. Daher wurden die neuen Güteklassen des Getreidehandelsklassengesetzes etwas weiter gefaßt. Nunmehr galten 0,5, 0,75 und 1 Prozent Fremdanteile in den jeweiligen Handelsklassen noch als zulässig. Die besondere Bedeutung der Getreidestandardisierung lag darin, daß sie die Lagerhaltung durch die neugebildete Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft (DGH) - und damit die Beileihung und Börsennotierung landwirtschaftlicher Produkte - erleichterte.

Für Kartoffeln entstanden mit der Verordnung vom 3. Dezember 1932 Handelsklassen. Sie orientierten sich mit den beiden Klassen "Sonderklasse" und "Handelsklasse" an den Berliner Vereinbarungen und den Bestimmungen der Markenkartoffeln. Die Standardisierungsbestimmungen griffen während der Weimarer Republik noch auf die Gebiete der Eierzeugung und der Milchproduktion - hier diente der Standardisierungsprozeß auch zur Neuordnung der Milchverteilung - über, zu einem vorläufigen Abschluß kam die Standardisierung erst im Nationalsozialismus.¹¹³

Festzuhalten bleibt, daß die Standardisierung in Deutschland erst nach weitgehender Überwindung der Kriegsfolgen in der deutschen Landwirtschaft diskutiert wurde. Agrarwissenschaftler und -politiker sahen in der Standardisierung eine Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft zu rationalisieren und konkurrenzfähig zu machen. Die Standardisierung versprach volkswirtschaftlichen Gewinn, da das im Agrarsektor vorhandene Kapital an Boden, Tierbestand und Arbeitskräften besser genutzt werden konnte. Vor allem sollte die Standardisierung den qualitativen Vorsprung (gleichmäßige Qualität, bessere Handelbarkeit) der ausländischen Importe ausgleichen, um den Konkurrenzdruck der Agrarexportländer auf den deutschen Markt abzufedern. Die Standardisierungsversuche standen in enger Beziehung zur gesamtwirtschaftlichen Rationalisierungsbewegung der 20er Jahre. Die einzelnen Standardisierungsverordnungen waren stark an den Bestimmungen der Agrarexportstaaten ausgerichtet. Der zunächst freiwillige Standardisierungsprozeß setzte zu spät ein und war nicht umfas-

110 Vgl. zum Handelsklassengesetz die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Achter Teil, Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft. Kapitel V: Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse, RGBl. I, 1930, S. 517, 602 f.

111 Vgl. A. Schindler, Die Standardisierung und die Reform des Absatzes deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse, in: F. Beckmann (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 746-748.

112 Während z.B. der Anteil an Fremdkörpern (inkl. Unkräuter) in den fünf amerikanischen Weizengraden 0,5, 1, 2, 3 und 5 Prozent betragen durfte, waren es in den drei deutschen Güteklassen nur 0,3, 0,4 und 0,5 Prozent, vgl. W. Kruse, a.a.O., S. 57.

113 W. von Altrock, a.a.O., S. 501.

send genug, so daß er keinen Verdrängungseffekt zuungunsten der ausländischen Konkurrenz erzielte. Eine umfassende Standardisierung wurde durch die zunächst fehlende Zentralisierung erschwert. Das verstärkte staatliche Engagement ab 1928 vermochte noch einheitliche Rahmenbedingungen für eine standardisierte Erzeugung aufzustellen, eine umfangreiche, hochwertige Markenproduktion wurde während der Weimarer Republik jedoch nicht mehr erreicht. Weil der überwiegende Teil der deutschen Produktion weiterhin unsortiert und von schwankender Qualität war, konnten die Agrarimporte nur durch Schutzzölle vom deutschen Markt verdrängt werden.

b) Die genossenschaftliche Vermarktung

Die Standardisierung der Produkte allein reichte ohnehin nicht aus, den Handel dazu zu bringen, die ausländischen Importe durch deutsche Waren zu ersetzen. Um die in den Ballungszentren entstandenen zentralen Märkte mit ihren großen Handelsunternehmungen bedienen zu können, war der Aufbau moderner *Vermarktungsstrukturen* - inklusive eines Konzentrationsprozesses - durch die Landwirtschaft notwendig. Diese Neustrukturierung galt als unabdingbare Voraussetzung, um die Vorteile standardisierter Waren auszunutzen.¹¹⁴ Sowohl in den europäischen Agrarexportländern wie auch in den USA hatten sich nach 1900 bis zur Weltwirtschaftskrise große Absatzgenossenschaften und -gesellschaften herausgebildet, die den Anforderungen der Ballungszentren nach einheitlicher Qualität und großen Mengen nachkommen konnten.¹¹⁵ Aufgrund der schon angesprochenen Konzentrationsprozesse in der landwirtschaftlichen Erzeugung entstanden in den USA besonders große Absatzgenossenschaften. War die Phase von 1900-1915 die eigentliche Gründungszeit des amerikanischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, so konstituierten sich die Großgenossenschaften erst nach 1915. Bis 1923 stieg die Zahl der Genossenschaftsmitglieder um das Dreifache, der Umsatz nahm um 246 Prozent zu.¹¹⁶ Typisch für die amerikanischen Großgenossenschaften war eine fortgeschrittene Spezialisierung: Häufig brachten sie nur ein Produkt - teilweise mit erheblichem Werbeaufwand - auf den Markt. Die große Bedeutung des Fernhandels förderte die zentralen Absatzgenossenschaften, die vor allem im Getreidehandel ab 1920 häufig mit dem Poolsystem arbeiteten. Sowohl in Kanada als auch in den USA entstanden Weizenpools, die durch Angebotskonzentration und Lagerhaltung eine Preissteuerung versuchten. Während in Kanada der zentrale Weizenpool erheblichen Einfluß gewann,¹¹⁷ kontrollierten die Pools in den USA nicht einmal 1/10 der Ernte.¹¹⁸ Und

¹¹⁴ K. Ritter, Staatshilfe, S. 104.

¹¹⁵ Vgl. K. Ritter, Agrarwirtschaft, 1. Halbband, S. 278-282.

¹¹⁶ 1923 tätigten die Genossenschaften 60 Prozent des Getreideverkaufs, ca. 20-25 Prozent des Absatzes an Molkereiprodukten, 10 Prozent des Eierabsatzes, 50 Prozent des Tabakumsatzes, ca. 15 Prozent des Schlachtviehhandels und etwa 40 Prozent des Obstabsatzes der Vereinigten Staaten, vgl. Th. Brinkmann, a.a.O., S. 46 f. Besonders große Genossenschaften entstanden mit den *Sun Maid Raisin Growers* und dem *California Fruit Growers Exchange* in Kalifornien, die ausschließlich mit Rosinen bzw. Zitrusfrüchten handelten und Jahresumsätze von 30,8 bzw. 48,6 Mio. US-Dollar erzielten, ebd., S. 119.

¹¹⁷ Der kanadische Pool kontrollierte ca. 20 Prozent des Weltweizenexportes, vgl. K. Brandt, Strukturwandlungen, S. 41. Insgesamt konnte der kanadische Pool den Markt aber nicht entscheidend beeinflussen, vielmehr ersetzten andere Weizenexportstaaten die von Kanada zurückgehaltenen Weizenmengen, vgl. Ch.P. Kindleberger, a.a.O., S.93.

obwohl einige Zusammenschlüsse den Handel wieder einstellten,¹¹⁹ war das deutsche wissenschaftliche und politische Interesse an den Weizenpools aufgrund der eigenen Getreideüberschüsse relativ groß. Mit der Gründung der DGH und dem Aufkauf des Scheuer-Konzerns durch das Deutsche Reich versuchte man, ein ähnliches System in Deutschland aufzubauen.

In den Niederlanden entwickelten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die ersten Absatzgenossenschaften, die den Export tierischer Erzeugnisse (Butter, Eier, Käse) und von Gartenbauprodukten (Blumen, Gemüse, Obst) organisierten.¹²⁰ In Friesland gründeten sieben Molkereigenossenschaften 1898 eine gemeinsame Absatzorganisation, um eine gegenseitige Konkurrenz auf dem englischen Markt zu vermeiden. Die Molkereien stellten jeweils 25 Prozent ihrer Produktion der *Friesche Coöperatieve Zuivel export vereenigen* (Frico) zur Verfügung, die diese dann auf den ausländischen Märkten vermarktete. Allerdings löste die gemeinschaftliche Vermarktung der Genossenschaften den privaten Exporthandel nicht völlig ab. Dieser konnte sich wegen seiner größeren Flexibilität behaupten. Die Bedeutung der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse lag in der Bereitstellung eines großen und geschlossenen Angebotes. Dieses Angebot für die ausländischen Märkte wurde u.a. durch den Aufbau zentraler genossenschaftlicher Versteigerungen (*veiling*) hervorgebracht. Auf dem Gebiet der Eierproduktion fanden z.B. erste Eierauktionen (*eiermijnen*) 1900 in Maastricht und 1904 in Roermund statt.¹²¹ Insgesamt entstanden drei Zentralen, denen 200 Genossenschaften mit 10.000 Eiererzeugern angeschlossen waren.¹²²

Das Versteigerungssystem wurde in den Niederlanden ebenfalls bei Milchprodukten und besonders erfolgreich bei Gartenbauerzeugnissen angewandt. Von den 1928 insgesamt bestehenden 188 Veilingsvereinigungen waren 133 mit einem Gesamtumsatz von 100 Mio. hfl. in der *Groep Veilingsvereenigen uit den nederlandschen Tuinbouwraad* zusammengeschlossen.¹²³ Diese Vereinigung vertrat die Erzeuger in der schon erwähnten Ausfuhrkontrolle, dem U.C.B. Ebenso wie die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeuger oder kleinere Sammelgenossenschaften waren selbst die zentralen Auktionsplätze noch auf bestimmte Produkte spezialisiert. Mit den Größenordnungen dieser Auktionszentralen war allerdings ein

118 *Th. Brinkmann*, a.a.O., S. 90 f.

119 Während die Weizenpools 1924/25 noch 836.000 t handelten, waren es 1927/28 nur noch 370.000 t. Dies zeigt die Begrenztheit der Versuche, den großen Handelsunternehmen gleichwertige Zusammenschlüsse gegenüberzustellen. Zahlen berechnet nach *J. Booth*, *The Marketing of Grain by Farmer-Owned Associations in the United States*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 32, 1930, S. 259.

120 Vgl. *I.J. Brugmans*, *Paardenkracht en Mensenmacht. Sociaal-economische Geschiedenis van Nederland 1795-1940*, 's-Gravenhage 1961, S. 299-303.

121 *I.J. Brugmans*, a.a.O., S. 301.

122 Bei den wöchentlich stattfindenden Versteigerungen kamen allein in Roermund - neben Leeuwarden Hauptlieferant für das Ruhrgebiet - zur Zeit der Weimarer Republik ca. 1 bis 5 Mio. Eier zum Verkauf. Allein an diesem einen Auktionsort wurden 1927 insgesamt 144,6 Mio. Eier versteigert, vgl. *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, *Einrichtung, Arbeitsgebiet und Beobachtungen*, S. 51-55. Zum Vergleich: In ganz Deutschland erfaßte der genossenschaftliche Reichsverband nur 214 Mio. Eier, in den folgenden Jahren waren es annähernd 500 Mio. Stück, s. *Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften -Raiffeisen-* e.V. 3, 1932, S. 29; 4, 1933, S. 24; 5, 1934, S. 6.

123 Vgl. *J. Keudel*, a.a.O., S. 4 u. 52.

Abschluß des Zentralisierungsprozesses erreicht.¹²⁴ Die gewaltigen Mengen waren aus "verkaufs-, verkehrs- und betriebstechnischen Gründen" kaum noch zu steigern.

In Deutschland dagegen war das Genossenschaftswesen klein strukturiert, durch den Krieg finanziell geschwächt und auf vielen Tätigkeitsfeldern überhaupt nicht präsent.¹²⁵ Ein Grundproblem des deutschen Genossenschaftswesens bestand in der Konzentration auf die Kreditorganisation und den Bezug von Produktionsmitteln, während Absatzsysteme im Gegensatz zum Ausland nur in geringem Umfang aufgebaut wurden. Die deutschen Bauern hatten sich 1914 im Durchschnitt zu 45 Prozent einer Genossenschaft angeschlossen, wobei die Einbindung in eine Kreditgenossenschaft (je nach Region ca. 20-40 Prozent) überwog, eine gemeinsame Vermarktung außer bei Milchprodukten dagegen kaum stattfand.¹²⁶ Aufgrund der relativ weit verbreiteten Molkereigenossenschaften lagen die genossenschaftlichen Vermarktungsanteile bei Milch (1/3), Butter (2/5) und Käse (2/5) relativ hoch, ohne daß die Vergleichszahlen amerikanischer Genossenschaften im Getreidehandel und der dänischen und holländischen Genossenschaften bei Vieherzeugnissen erreicht wurden.¹²⁷ Zusätzlich erschwerte die Konkurrenz des "Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften" mit dem "Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften", die u.a. durch landbundeigene Genossenschaften noch verschärft wurde, den Aufbau günstiger genossenschaftlicher Strukturen.¹²⁸ Während 8.000 Genossenschaften dem Raiffeisenverband angehörten, hatte der Generalverband 12.000 Mitgliedsgenossenschaften, die anderen Genossenschaften besaßen dagegen nur lokale Bedeutung und waren kleineren Verbänden oder überhaupt keinem Verband angeschlossen.¹²⁹

Die Rückständigkeit der deutschen landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften läßt sich am Beispiel des Raiffeisenverbandes Brandenburg gut aufzeigen.¹³⁰ Wie im gesamten Deutschen Reich war die genossenschaftliche Molkereistruktur Brandenburgs schon vor der Weimarer Republik weitestgehend ausgebildet, von den insgesamt 76 Molkereien des Raiff-

124 Die vor allem auf Kohlgemüse spezialisierte zentrale Veiling Broek op Langendijk verkaufte u.a. jährlich ca. 16.000 t Rotkohl, 14.000 t Wirsing, 11.000 t Weißkohl, 11.500 t Kartoffeln und 1.5 Mio. Stück Blumenkohlköpfe. Die größte niederländische Versteigerungsgenossenschaft in Breda verkaufte pro Jahr etwa 3.400 t Himbeeren, 2.000 t Erdbeeren, 500 t schwarze Johannisbeeren, aber auch 1.300 t Rosenkohl. Auf anderen Auktionsplätzen wurden 6 Mio. Salatköpfe, 2.000 t Tomaten, 2 Mio. Stück Blumenkohl und 4,5 Mio. Gurken jährlich umgesetzt, *J. Keudel*, a.a.O., S. 16.

125 Vgl. zur finanziellen Lage *F. Ehrenforth*, Das landwirtschaftliche Kreditwesen, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 43, 1925, S. 182.

126 *S. Merl*, a.a.O., S. 295 f. Unter den insgesamt 1918 existierenden 29.552 landwirtschaftlichen Genossenschaften gab es 18.183 Kreditgenossenschaften, 3.588 Molkereigenossenschaften, 3.116 Bezugs-genossenschaften und 4.665 andere Genossenschaften, vgl. *K. Ritter*, Agrarwirtschaft, 1. Halbband, S. 203, 278.

127 In Dänemark, dessen Genossenschaftswesen als vorbildlich organisiert galt, waren 90 Prozent aller Milcherzeuger Genossenschaftsmolkereien angeschlossen, die 95 Prozent der Milch verarbeiteten und vermarkteten. Das gleiche traf auf den Gebieten der Eierzeugung und der Schweinehaltung zu, vgl. *Bollert*, Landwirtschaftliche Lebensfragen, H. 1, Berlin 1928, S. 45-50.

128 Vgl. *S. Merl*, a.a.O., S. 319 f.

129 Vgl. *H. James*, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988, S. 245.

130 Zahlen für den Raiffeisenverband ber. nach *Brandenburgischer Provinzialverband ländlicher Genossenschaften - Raiffeisen - e.V. zu Berlin (Hg.)*, Verzeichnis der am 1. Januar 1932 angeschlossenen Genossenschaften, Berlin 1932, S. 4-39.

eisenverbandes waren bereits 57 vor 1919 gegründet worden. Dagegen versuchten die brandenburgischen Landwirte ihre Organisationsstruktur auf dem Gebiet der Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Vieh- und Eilverwertungs-genossenschaften und der Genossenschaften zur Verwertung pflanzlicher Produkte während der Weimarer Republik auszubauen. Zwischen 1919 und 1931 wurden in der Provinz 47 solcher Genossenschaften gegründet. Die schon während des Kaiserreichs existierenden 23 Genossenschaften waren ohnehin vor allem zur Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse (16) - in der Mehrzahl Stärke- und Zuckerfabriken, Brennereien - gebildet worden. Vieh- und Eilverkaufsgenossenschaften waren in Brandenburg vor 1919 fast unbekannt. Den lediglich drei Genossenschaften aus dieser Zeit standen 18 Neugründungen zwischen 1926 und 1931 gegenüber. Von den sieben Eilverwertungsgenossenschaften betrieb keine einzige eigene Sammelstellen.¹³¹ So setzten die Eilverwertungsgenossenschaften 1930 bei insgesamt 4,98 Mio. Hühnern in Brandenburg auch nur 1,63 Mio. Eier ab.¹³² Insgesamt zeigte das brandenburgische Genossenschaftswesen einen regional unterschiedlich hohen Grad der Organisation. Während der Regierungsbezirk Potsdam noch eine relativ gute Organisationsstruktur aufwies, gab es im Südosten Brandenburgs kaum Genossenschaften, in einigen Kreisen gab es allenfalls eine Genossenschaftsmolkerei. Zudem gerieten die brandenburgischen Landwirte zunehmend gegenüber dem Konsumzentrum Berlin in die Defensive. Seit 1915 waren in Berlin 13 neue private Großmolkereien gegründet worden, die 70 Prozent des Milchverbrauchs in der Hauptstadt kontrollierten und zunehmend Milch von außerhalb Brandenburgs verarbeiteten.¹³³ Von diesen 14 Molkereien hatten zwei eine Produktionskapazität von 2.500-5.000 t Milch/Jahr, zehn verarbeiteten jährlich über 5.000 t Milch, während von den insgesamt 88 genossenschaftlichen Betrieben Brandenburgs nur 28 über 2.500 t Milchlieferung hatten.¹³⁴

Diese strukturellen Probleme - kein "Genossenschaftsnetz", zu kleine Genossenschaften - gab es im gesamten deutschen Reich, betrafen aber - mit Ausnahme Pommerns - vor allem den deutschen Osten. Gerade dort waren jedoch Absatzstrukturen wie z.B. in den Niederlanden notwendig, um das Problem der Marktferne auszugleichen. Daher forderten Politiker und Agrarwissenschaftler nach dem Krieg, "wesentliche Um- und Anbauten an dem Gebäude des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens" vorzunehmen und "das Genossenschaftswesen in Deutschland an Haupt und Gliedern (zu) reformier(en)".¹³⁵ Die Weimarer Agrarpolitik förderte dementsprechend den Neuaufbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auch finanziell: Das landwirtschaftliche Notprogramm von 1928 sah eine weitreichende Unterstützung des Genossenschaftswesens vor. Um eine Zentralisierung zu erreichen, wurde die Bewilligung von 25 Mio. RM für die Genossenschaften von der Errich-

131 Vgl. Jahrbuch Raiffeisen 3, 1932, S. 136 f.

132 Ebd., Hühnerbestandsangabe aus dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 70 f. Demgegenüber wurden in der Provinz Pommern bei einem Hühnerbestand von 3,86 Mio. Stück 23,4 Mio. Eier durch 252 Sammelstellen genossenschaftlich verwertet, ebd.

133 Vgl. *Enquete-Ausschuß*, a.a.O., S. 22 u. 278.

134 In Brandenburg gab es 1927 insgesamt 239 Molkereien, die zu 36,8 Prozent genossenschaftlich organisiert waren, vgl. *Enquete-Ausschuß*, a.a.O., S. 24 u. 112.

135 A. Hugenberg, *Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1927, S. 113; K. Ritter, *Rationalisierung*, S. 789.

lung eines Einheitsverbandes abhängig gemacht.¹³⁶ Unter staatlichem Druck fusionierte zuerst 1928 der Genossenschaftsverband des Reichslandbundes mit dem Raiffeisenverband, und am 30. Februar 1930 bildeten die beiden großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände den "Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen - e.V."¹³⁷ Damit war zwar die organisatorische Spitze im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen hergestellt, die Gesamtzahl der Absatzgenossenschaften ließ sich aber so ebenso wenig positiv verändern wie ihr zu kleinstrukturierter Aufbau. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Bewilligung von 12,6 Mio. RM Krediten für zentrale genossenschaftliche Viehabsatzorganisationen im Rahmen des Notprogramms ein eher geringer Betrag. Die Frage, ob ein Genossenschaftswesen "von der Spitze oder vom Boden aus organisiert werden soll",¹³⁸ hatte sich, vom Staat erzwungen, zugunsten der Entwicklung von oben nach unten entschieden, ohne daß ein entscheidender Durchbruch in der Vermarktung erreicht wurde. Während die Zahl der den zentralen Organisationen angeschlossenen Molkereigenossenschaften in der Weimarer Republik kontinuierlich anwuchs, stagnierte die Entwicklung bei den Bezugs- und Absatzgenossenschaften nach einem kurzfristigen Anstieg bis 1926. Die genossenschaftlich verarbeitete Milchmenge stieg zwischen 1925 bis 1933 entsprechend um 130 Prozent an, hingegen steigerte sich die genossenschaftliche Kartoffel- und Getreidevermarktung nur um insgesamt 60 Prozent.¹³⁹

Gleichzeitig veränderten sich auch die von den einzelnen Genossenschaften verarbeiteten Mengen. Sowohl die Molkereigenossenschaften wie die Bezugs- und Absatzgenossenschaften durchliefen nur einen geringen Konzentrationsprozeß. Im Mittelwert stieg die Verarbeitungsmenge der Molkereien von 950 t Milch 1925 auf 1.297 t Milch 1933. Die Absatzgenossenschaften vermarkteten 1925 durchschnittlich 412 t Kartoffeln und Getreide gegenüber 583 t Kartoffeln und Getreide 1933.¹⁴⁰ Insgesamt erfaßten die dem Reichsverband angeschlossenen Genossenschaften ungefähr 5 Prozent der Marktproduktion bei Kartoffeln (1925/33) und 46 Prozent der an Molkereien gelieferten Milch (1927).¹⁴¹ Die gesamte

136 Der Zeitpunkt für die Zusammenführung der Genossenschaftsverbände unter staatlichem Druck war äußerst günstig, da die Genossenschaften durch die Inflation ihren finanziellen Spielraum verloren hatten und die Bank des Raiffeisenverbandes u.a. durch zweifelhafte Kreditgeschäfte Verluste von 56 Mio. RM zu verzeichnen hatte, also einer dringenden Sanierung bedurfte, vgl. *M. von Braun*, Weg durch vier Zeitepochen. Vom ostpreußischen Gutsleben der Väter bis zur Weltraumforschung des Sohnes in Amerika, Limburg 41965, S. 184 f. u. *E. Varga*, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Vierteljahresberichte 1922-1939, hg. von *J. Goldberg*, Bd. 4, Berlin 1977, S. 992.

137 Vgl. zur Entwicklung der Genossenschaften *M. von Braun*, a.a.O., S. 178-195.

138 *Th. Brinkmann*, a.a.O., S. 50.

139 Berechnet nach Tab. 2: Die Entwicklung des Absatzes, S. 38.

140 Berechnet nach ebd. Die tatsächlichen Werte lagen wahrscheinlich höher, da nicht jede Absatzgenossenschaft mit Kartoffeln und Getreide handelte.

141 Berechnet nach Tab. 2: Die Entwicklung des Absatzes, S. 38, *Enquete-Ausschuß*, a.a.O., S. 9 u. 25, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 77. Die Prozentzahlen liegen teilweise noch etwas höher, da nicht alle Genossenschaften den zentralen Verbänden angeschlossenen waren. So hatte die Gesamtzahl aller genossenschaftlichen Molkereien 1927 einen Anteil von 64 Prozent an der an Molkereien gelieferten Milch. Die Steigerungszahlen der angelieferten Milchmenge in Tab. 2: Die Entwicklung des Absatzes, S. 38, erklären sich daher z.T. auch aus dem Anschluß einzelner Genossenschaften oder kleinerer unabhängiger Verbände an die zentralen Organisationen. Da ein erheblicher Teil der Milch während der Weimarer Republik ohne molkereimäßige Erfassung an die

genossenschaftliche Vermarktung hatte einen Handelsanteil bei Getreide von ca. 15-16 Prozent, bei Rindern und Schweinen von ca. 7 Prozent und bei Eiern von ungefähr 7 Prozent.¹⁴² Angesichts der im Vergleich zu modernen Agrarexportstaaten außer bei Milch sehr niedrigen genossenschaftlichen Marktanteile waren die während der Weimarer Republik erreichten Steigerungsraten viel zu gering, um den Absatz deutscher Agrarprodukte auf Kosten der ausländischen Konkurrenz stabilisieren zu können. Damit blieb der Konkurrenzvorsprung der ausländischen Vermarktungsorganisationen bestehen und erleichterte ihnen vor allem den Produktabsatz in den Ballungsräumen. Die zunehmenden Schutzzölle und die sinkende Kaufkraft trafen jedoch auch die gut organisierten Absatzstrukturen der Agrarexportstaaten, so daß sie - wie die Länder mit unrentablen Agrarstrukturen - gezwungen waren, die Landwirtschaft durch staatliche Eingriffe zu stabilisieren.

Tabelle 2: Die Entwicklung des Absatzes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften während der Weimarer Republik

Jahr	Bezugs- und Absatzgenossenschaften ^{a)}				Molkereigenossenschaften ^{b)}		
	Berichtende Genossenschaften	Wert des Gesamtabsatzes (in 1.000 RM)	Abgesetzte Mengen an		Berichtende Genossenschaften	Wert des Gesamtabsatzes (in 1.000 RM)	Angelieferte Vollmilch
			Getreide (in t)	Kartoffeln (in t)			
1913	2.216	68.240,7	425.139,8	39.444 ^{c)}	2.243	269.499,1	2.666.592,5
1920	2.888	805.150,9	548.355,2	691.968,9	2.259	-	1.200.156,7
1925	2.720	-	749.190,5	372.963,3	2.482	376.927 ^{d)}	2.358.575,5
1926	3.516	219.270,5	976.730,0	290.250 ^{c)}	2.579	472.588,7	2.885.570,6
1927	3.438	240.900,8	921.390,5	314.246,2	2.671	527.468,2	3.303.221,4
1928	3.506	249.094,6	950.284,0	222.980,6	2.828	637.485,7	3.651.108,4
1929	3.468	290.429,0	1.532.656,4	392.169,1	3.040	698.600,9	3.958.640,0
1930	3.313	261.327,9	1.274.510,7	314.471,6	3.144	651.895,7	4.447.251,3
1931	3.405	273.065,0	1.284.389,2	379.603,1	3.421	630.647,5	4.699.073,8
1932	3.224	231.749,0	1.276.260,5	393.571,0	3.564	535.543,0	5.032.353,0
1933	3.098	246.339,0	1.474.662,7	331.744,1	4.182	599.788,0	5.424.820,0

a) Bezugs- und Absatzgenossenschaften des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaft und des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, ab 1928 Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen - e. V.

b) Molkereigenossenschaften des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Meiereiverbandes für Westholstein und des Molkerei-Revisionsverbandes für Brandenburg, Pommern, Sachsen, Mecklenburg.

c) Nur Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

d) Ohne Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1926 bis 1935.

Verbraucher abgegeben wurde, hatten die Genossenschaften insgesamt einen Marktanteil von ca. 1/3, vgl. S. 31 f.

c) Die Marktforschung

Die Institutionalisierung der Marktforschung sollte die landwirtschaftlichen Märkte für die Agrarpolitik und die landwirtschaftlichen Produzenten vorhersehbar sowie beherrschbar machen und damit die Standardisierung und den Neuaufbau des Genossenschaftswesens ergänzen. Analog zum amerikanischen *Bureau of Markets* wurden in vielen europäischen Ländern Institute zur Marktbeobachtung und Qualitätskontrolle gegründet, um Veränderungen auf den Märkten und die Anforderungen der Konsumenten analysieren zu können. So entstanden in Großbritannien 1917 zum Zweck der Lebensmittelkontrolle das *Food Investigation Board* in Cambridge und 1919 das *Agricultural Economics Research Institute*, ein Marktforschungsinstitut in Oxford.¹⁴³

Innerhalb der deutschen Agrarwissenschaften hatte Max Sering schon vor dem Ersten Weltkrieg eine stärkere Beobachtung der internationalen Agrarmärkte gefordert, um auf die zunehmende weltweite Verflechtung der Landwirtschaft reagieren zu können. Serings Anregung, die agrarische Konkurrenz stärker zu beachten, fanden jedoch im Kaiserreich keine Zustimmung.¹⁴⁴ Ansätze einer Marktforschung entstanden 1911 durch die Gründung einer "Marktbeobachtungs- und Preisberichtsstelle" beim Deutschen Landwirtschaftsrat, jedoch fehlte ihr der Kontakt zu staatlichen Stellen und zur Forschung. Nach dem Ersten Weltkrieg nahmen die deutsche Agrarwissenschaft und -politik die Neuerungen im landwirtschaftlichen Marktwesen aus den Agrarexportstaaten kaum auf. Zunächst war der Agrarsektor von den schon erwähnten Problemen - Ertragssteigerung, Siedlungsdebatte und Finanzprobleme (Zölle, Steuern) - geprägt.¹⁴⁵ Die Hungererfahrungen des Ersten Weltkrieges und Revanchegedanken ließen zudem autarkistische Argumente in die agrarpolitischen Diskussionen einfließen. Wie wenig Bedeutung man der Marktbeobachtung zunächst beimaß, belegt die "aus Mangel an Aufgaben" erfolgte Auflösung des Ausschusses für Absatzfragen durch die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft im Herbst 1925.¹⁴⁶ Selbst Friedrich Aereboe, dessen Bedeutung für die landwirtschaftliche Marktforschung immer wieder betont wird,¹⁴⁷ maß im Vorwort seines agrarpolitischen Lehrbuchs noch 1928 der Steuerproblematik vor der Zollfrage die höchste Priorität bei.¹⁴⁸

143 W. Tornow, Die Entwicklungslinien der landwirtschaftlichen Forschung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung ihrer institutionellen Formen, Hiltrup 1955, S. 118 u. 138.

144 Ebd., S. 138.

145 Selbst M. Sering, der sich 1924 zum Freihandel bekannte, hoffte mit einer neuen deutschen Agrar- und Handelspolitik, Deutschland "in der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln unabhängig zu machen", M. Sering, Referat Schutzzoll oder Freihandel?, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 170, Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart 24.-26. September 1924, München 1925, S. 169.

146 W. Seedorf, Marktlehre, S. 809.

147 Vgl. A. Hanau, Friedrich Aereboe als Initiator der landwirtschaftlichen Marktforschung, in: Friedrich Aereboe. Würdigung und Auswahl aus seinen Werken aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Geburtstages, Hamburg 1965, S. 162-198 u. G. Schmitt, Zur frühen Geschichte der landwirtschaftlichen Marktforschung in Deutschland, in: ders. (Hg.), Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland, München 1967, S. 31.

148 F. Aereboe, Agrarpolitik. Ein Lehrbuch, Berlin 1928, S. XIII. Die Konjunkturforschung behandelte Aereboe auf lediglich sieben Seiten des insgesamt fast 600seitigen Standardwerkes im Rahmen landwirtschaftlicher Zoll- und Preisproblematik.

Die Rezeption der amerikanischen Marktforschungsdebatte und Standardisierungsbewegung zwischen 1910 und 1925 war das Ergebnis einer Studienreise zwischen April und September 1925 von Theodor Brinkmann, dessen Bericht darüber schon mehrfach zitiert wurde.¹⁴⁹ Er schilderte die Umstrukturierung des Handels mit Agrarprodukten, den Aufbau zentralisierter Verkaufsgenossenschaften und die zunehmende Funktion der Reklame für den Absatz von Agrarprodukten in den USA. Der Bericht war von großer Bedeutung, da die Reise vom Reichslandwirtschaftsministerium und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft unterstützt worden war und die Ergebnisse so die Spitzen der deutschen Landwirtschaft erreichten. Die Vermarktungsmethoden in der amerikanischen Landwirtschaft wurden u.a. auch von Kurt Ritter, Berater des Deutschen Landwirtschaftsrates, intensiv thematisiert.¹⁵⁰ Ritter hielt zunächst einen durch freien Handel gesteigerten Industrieexport für wünschenswert, da er die herausragende Bedeutung der Industrie für Deutschland anerkannte. Als Mittel, die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft zu erhöhen, sah er bis zur Agrarkrise u.a. die Rezeption ausländischer Vermarktungsmethoden an.¹⁵¹

Die ersten agrarwissenschaftlichen Arbeiten Weimarer Zeit, die landwirtschaftliche Marktfragen thematisierten, wurden noch an einzelnen Hochschulinstituten, z.B. an F. Aereboes Lehrstuhl für landwirtschaftliche Betriebslehre und an M. Serings 1921 gegründetem Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen, verfaßt. Die bekannteste Dissertation, Arthur Hanau "Prognose der Schweinepreise"¹⁵², entstand am 1925 gegründeten Institut für Konjunkturforschung, das die gesamte Wirtschaft untersuchte und unter anderem ein Referat für Landwirtschaft besaß.¹⁵³ Weiterhin wurden Probleme des landwirtschaftlichen Marktes am Institut für landwirtschaftliche Betriebs- und Landarbeitslehre unter der Leitung von W. Seedorf in Göttingen bearbeitet. Dabei waren vor allem die auf statistische Mängel hinweisenden Forschungen von P. Hesse zum landwirtschaftlichen Warenfluß auf dem inneren deutschen Markt von Bedeutung. Zusammen mit P. Hesse verfaßte W. Seedorf 1932 das erste und grundlegende Lehrbuch der landwirtschaftlichen Marktlehre.¹⁵⁴ Während das mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit verbundene RKTL die Mechanisierung der Landwirtschaft fördern sollte, führte die enge Verflechtung der landwirtschaftlichen Standardisierung mit dem Rationalisierungsprozeß der gesamten deutschen Wirtschaft dazu, daß sich auch das RKW mit den Absatzproblemen des Agrarsektors auseinandersetzte.¹⁵⁵

149 Vgl. Fußnote 71.

150 Vgl. zum folgenden *K. Ritter*, Absatz, S. 1-13.

151 Eine Schutzzollpolitik zugunsten der Landwirtschaft betrachtete Ritter aufgrund des verlorenen Krieges zunächst für unmöglich. Dagegen hielt er Erziehungszölle oder strategische Zölle für durchaus sinnvoll und notwendig, vgl. *K. Ritter*, Zum Problem der Agrarzölle in Deutschland, Tübingen 1924.

152 *A. Hanau*, Die Prognose der Schweinepreise, in: Vierteljahresshefte zur Konjunkturforschung, 2. Sonderheft, Berlin 1927.

153 Vgl. *W. Tornow*, a.a.O., S. 138 f.

154 *W. Seedorf/P. Hesse*, Grundriß der landwirtschaftlichen Marktlehre für Landwirte, Volkswirte, Kaufleute, Verwaltungsbeamte, Landwirtschaftliche Schulen und Studierende, Berlin 1932.

155 Die vielbeachtete Studie zu den landwirtschaftlichen Absatzproblemen von *O. Jüngst*, Planmäßige Absatzgestaltung in der Landwirtschaft, Berlin 1928, entstand im Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) des RKW. Zur Rationalisierung der Deutschen Wirtschaft vgl. *R.A. Brady*, The Rationalisation Movement in German Industry. A Study in the Evolution of Economic Planning, New York 1974 (Neudruck der Erstauflage Berkeley 1933). Zum RKTL vgl. *W. Jacobeit*, Das "Reichskura-

Die im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms festgestellten Versäumnisse auf dem Gebiet der Marktbeobachtung verdeutlichten die Notwendigkeit wissenschaftlicher Marktforschung. Zwar wurde im Notprogramm die Notwendigkeit zentraler landwirtschaftlicher Marktforschungsinstitute nicht ausdrücklich erwähnt, die finanzielle Unterstützung des wissenschaftlichen Forschungsbereichs jedoch zugesagt. Die reichsweite Kompetenz des 1920 erstmals gebildeten Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft förderte die Etablierung zentraler Marktforschungsinstitute. Die beiden großen Marktforschungsinstitute wurden ein Jahr nach der Verabschiedung des Notprogramms durch das Reich und durch Preußen gegründet. Während es sich bei der Bildung der am Reichsernährungsministerium angegliederten Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen unter der Leitung von F. Baade um eine Neugründung handelte, entstand das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung an der landwirtschaftlichen Hochschule Berlin aus dem früheren Institut für Getreideveredelung.¹⁵⁶

Durch die Gründung und Institutionalisierung der neuen Forschungsrichtung der landwirtschaftlichen Marktlehre wurde ein agrarwissenschaftlicher Generationswechsel gefördert. Zur Gruppe der jüngeren, sich mit der Marktforschung beschäftigenden Agrarwissenschaftler gehörten unter anderem F. Baade (geb. 1893), K. Ritter (geb. 1894), A. Hanau (geb. 1902), E. Woermann (geb. 1899) und K. Brandt (geb. 1899). K. Brandt war ein typischer Vertreter dieser agrarwissenschaftlichen Forschergeneration. Er arbeitete zunächst bei der deutschen Domänenbank und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse jeweils als Leiter der betriebswirtschaftlich-landwirtschaftlichen Abteilung. 1928 wurde K. Brandt Geschäftsführer der "Studiengesellschaft für die Milchversorgung Berlins" und erarbeitete in dieser Stellung Analysen und Berichte über die Struktur des Berliner Milchmarktes. Mit gerade 30 Jahren wurde er Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung und damit auch erster Inhaber eines Lehrstuhls für landwirtschaftliches Marktwesen an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin.¹⁵⁷ Während die Arbeiten der Reichsforschungsstelle sich mit dem Problem der Handelsspanne auseinandersetzten, hatte das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung als Arbeitsschwerpunkt die Standardisierung.¹⁵⁸ Aufgrund des Zusammenhangs zwischen Markenartikeln und Reklame beschäftigte sich das Institut auch mit der Agrarwerbung und versuchte, diese in der deutschen Landwirtschaft populär zu machen. Insgesamt hatte das Brandt-Institut 1930 elf wissenschaftliche und zwölf "technische" Mitarbeiter.¹⁵⁹ Der "ideenreiche" K. Brandt konnte sein Institut bis 1933 noch weiter ausbauen und u.a. A. Hanau vom Institut für Konjunkturforschung an sein eigenes Institut abwerben.¹⁶⁰ Nach 1933 wurde der gesamte Bereich der marktwirtschaftlichen Forschung von der nationalsozialistischen Führung aufgelöst.

¹⁵⁶ W. Seedorf, Marktlehre, S. 811.

¹⁵⁷ Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.), Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. 1, Berlin 1930, S. 199.

¹⁵⁸ A. Hanau/E.S. Schlange, Die landwirtschaftliche Marktforschung in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg, in: BüL, NF 30, 1952, S. 290.

¹⁵⁹ Informationen über das Institut, in: Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung I, 1930, 2. Heft, Vorblatt.

¹⁶⁰ R. Plate, Arthur Hanau, in: H.E. Buchholz/G. Schmitt/E. Wölken (Hg.), Landwirtschaft und Markt. Arthur Hanau zum 80. Geburtstag, Hannover 1982, S. 9.

Durch A. Hanau Arbeit über das Wechselspiel zwischen Preis und Produktionszahlen im Schweinesektor und den dadurch entstehenden zyklischen Schwankungen erhielt die deutsche Marktforschung einen beträchtlichen Aufschwung, da Märkte beherrschbar erschienen.¹⁶¹ In seiner Dissertation hatte Hanau eingehend die Faktoren der Schweinezyklen untersucht und gefolgert, daß "jederzeit ein begründetes Urteil über die Marktlage gewonnen werden" könne und die Schwankungen durch eine Marktprognose ausgeglichen werden sollten.¹⁶² Um diese Schwankungen auszugleichen, wurden aufgrund der Arbeit vierteljährliche Schweine-zählungen eingeführt, die durch eine Kommission - der auch Hanau angehörte - u.a. für die landwirtschaftlichen Erzeuger ausgewertet wurden.¹⁶³ Die von Hanau für den Schweinesektor erfolgreich angewandten statistischen Methoden wurden auf andere Agrarmärkte (Baumwolle, Häute und Leder) übertragen.¹⁶⁴ Er selbst versuchte - allerdings ohne Erfolg - für den Schlachtrindermarkt ähnliche Gesetzmäßigkeiten zu finden.

Die Erforschung der landwirtschaftlichen Marktverhältnisse an Universitäten und Instituten ergänzten u.a. die ab 1926 errichteten Verbindungsstellen des Deutschen Landwirtschaftsrates. Diese Institutionen sollten die Beziehungen zwischen Industrie, Handel und Landwirtschaft verbessern, die großen deutschen Absatzzentren beobachten und die Erzeuger und Verbraucher beeinflussen, um mehr deutsche Agrarprodukte abzusetzen. Zuerst entstand im Ruhrgebiet die Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer bei der Industrie- und Handelskammer in Essen, danach folgten Stellen in Hamburg (1928), Leipzig (1929) und Frankfurt a.M. (1929).¹⁶⁵ Diese Verbindungsstellen sollten das traditionelle Bündnis zwischen dem Agrarsektor und der "sich der Landwirtschaft wesensverwandt" fühlenden Schwerindustrie erneuern.¹⁶⁶ Die Schwerindustrie versuchte, zusammen mit den Verbindungsstellen den Rückgang der Einkellerungen aufzuhalten, indem sie den Bezug von deutschen Winterkartoffeln logistisch, finanziell und propagandistisch unterstützte.¹⁶⁷ Durch ihre Berichte wiesen die Verbindungsstellen auf Mißstände in der landwirtschaftlichen Vermarktung hin. Teilweise vermochten sie auch den Handel für einen vermehrten Bezug deutscher Waren zu gewinnen. Insgesamt gesehen waren die Verbindungsstellen ein interessanter Versuch, direkte Beziehungen zwischen Erzeuger- und Absatzgebieten herzustellen, aufgrund der geringen finanziellen Ausstattung¹⁶⁸ und ihrer nur kurzen Existenz hatten sie lediglich eine sehr begrenzte Wirkung.

161 Ähnliche konjunkturstatistische Untersuchungen hatte es zuerst in den USA gegeben, vgl. *M. Ezekiel*, Preisvorhersage bei landwirtschaftliche Erzeugnissen, Bonn 1930.

162 *A. Hanau*, Die Prognose der Schweinepreise, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 18. Sonderheft, Berlin ³1930.

163 *R. Plate*, a.a.O., S. 9.

164 *G. Schmitt*, Zur frühen Geschichte der landwirtschaftlichen Marktforschung in Deutschland, in: *ders.* (Hg.), Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland, München 1967, S. 32 f. u. *E. Woermann*, Arthur Hanau, in: *G. Schmitt* (Hg.), Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland, S. 8.

165 *T. von Wilmowsky*, Entstehung, Tätigkeit und Zukunftsaufgaben der Verbindungsstellen des Deutschen Landwirtschaftsrates. Vortrag auf der Vortragsveranstaltung der Verbindungsstelle Leipzig des Deutschen Landwirtschaftsrates am 9. Januar 1933, Berlin 1933, S. 5 f.

166 *T. von Wilmowsky*, a.a.O., S. 5. Freiherr von Wilmowsky war stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp und Mitinitiator der Verbindungsstellen.

167 *Verbindungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer*, Einrichtung, Arbeitsgebiet und Beobachtungen, S. 18-20.

168 *T. von Wilmowsky*, a.a.O., S. 12 f.

Nimmt man das Erscheinungsjahr der Dissertation Hanaus (1927) und das Gründungsjahr der beiden Marktforschungsinstitute in Berlin (1929) als die entscheidenden Eckdaten der landwirtschaftlichen Marktforschung in Deutschland wird deutlich, daß die während der Weimarer Republik gewonnenen Erkenntnisse die damalige Krisensituation nicht mehr positiv beeinflussen konnten. Während W. Asmis die Verbraucher und die Wirtschaft noch 1930 aufforderte, der Landwirtschaft für die Erneuerung der Produktion insgesamt einen Zeitraum von zehn Jahren (1925-1935) einzuräumen¹⁶⁹, gab der Druck der weltweiten Agrarkrise anderen agrarischen Ordnungskonzepten den Vorzug. Noch vor der Etablierung des Dritten Reiches wurde mit der Abkoppelung des deutschen Nahrungsmittelmarktes vom Weltmarkt durch Zollschränken und staatliche Handelsmonopole begonnen. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Devastation der Agrarmärkte und der kurzfristig nicht zu erreichenden praktischen Umsetzung wissenschaftlicher Konzepte gewannen die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Marktforschung erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Bedeutung.

III. Schlußbemerkung

Diese Studie untersuchte den deutschen Nahrungsmittelmarkt und die Absatzbedingungen für die Landwirtschaft nach 1918. Dabei konnten sowohl Veränderungen in der Nahrungsmittelnachfrage als auch neue ausländische Vermarktungsmethoden und die Entwicklung der deutschen Marktforschung während der Weimarer Republik dargestellt werden. Insgesamt gesehen waren seit der Jahrhundertwende natürliche Produktionsbedingungen, Renten-, Zins- und Steuerlasten oder züchterische Fähigkeiten nicht mehr alleinentscheidend für den unternehmerischen Erfolg in der Landwirtschaft. Zunehmend definierte der Agrarmarkt die Existenzsituation einer immer stärker in die arbeitsteilige Industriegesellschaft eingebundenen Landwirtschaft.

Der deutsche Agrarmarkt wurde während der Weimarer Republik durch ein abgeschwächtes Bevölkerungswachstum, fortgesetzte Urbanisierung und deutliche Kaufkraftschwankungen bestimmt. Aufgrund stagnierender Bevölkerungszahlen wuchs der Markt für Agrarprodukte nach 1918 nicht mehr kontinuierlich an. Gleichzeitig veränderten sich die Konsumgewohnheiten der städtischen Verbraucher zugunsten einer "modernen" Ernährung. Während weniger Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchte verzehrt wurden, nahm der Konsum an tierischen Produkten zu. Unterstützt von steigendem Wohlstand verschoben sich die Ansprüche der städtischen Verbraucher in Richtung kleinerer Verpackungsgrößen und besserer Qualität. Dieser Prozeß beschleunigte sich ab 1925 durch ein vergrößertes Angebot und steigendem Wohlstand, fand jedoch mit der Wirtschaftskrise ein abruptes Ende.

Der Konkurrenzdruck auf dem deutschen Agrarmarkt verschärfte sich zwischen 1925 und 1928, da eine anwachsende Eigenproduktion mit zunehmenden und qualitativ hochwertigen Importen zusammentraf. Bei gleichzeitig sinkender Kaufkraft der Verbraucher erhöhte sich der Importdruck nochmals gegen Ende der Weimarer Republik. Aufgrund günstigerer Produktionsbedingungen besaßen die ausländischen Agrarexportstaaten Wettbewerbsvorteile, die Vermarktungsmaßnahmen wie Markenware, Exportkontrollen und größere Verarbeitungs- und Handelskapazitäten noch verstärkten. Dieser Konkurrenzvorsprung hatte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis 1925 herausgebildet, so daß eine Ursache für die

¹⁶⁹ Vgl. W. Asmis, Die Arbeiten der deutschen Landwirtschaft zur Förderung des Absatzes ihrer Erzeugnisse auf den heimischen Märkten, in: Ruhr und Rhein 11, 1930, S. 814.

mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit deutscher Agrarprodukte in einer verfehlten Agrarpolitik während des Kaiserreichs zu sehen ist. Während der Weimarer Republik erhöhte sich die Überlegenheit der ausländischen Konkurrenz, da die Importe zu immer größeren Teilen als standardisierte Ware auf den umkämpften deutschen Agrarmarkt gebracht wurde.

Da nach 1918 zunächst die Steigerung der Produktion im Vordergrund stand, nahm die deutsche Landwirtschaft neue ausländische Vermarktungsmethoden nur zögernd wahr. Diese verlangsamte Rezeption verschärfte die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft, die im Absatzbereich schließlich deutlich hinter Agrexportländern wie den USA oder den Niederlanden zurücklag. Erst ab 1924 wurden insbesondere die Vermarktungsmethode der Standardisierung und die modernen Absatzgenossenschaften thematisiert. Und erst gegen Ende der 20er Jahre entstanden in Deutschland nach ausländischen Vorbildern landwirtschaftliche Marktforschungsinstitute. So konnte der Agrarmarkt in der kurzen Zeitspanne bis 1933 nicht mehr beeinflusst werden. Die agrarpolitische Umsetzung der teilweise grundlegenden Arbeiten der Weimarer Agrarmarktforschung über Mechanismen landwirtschaftlicher Märkte erfolgte daher größtenteils erst nach 1945. Aufgrund seiner späten Etablierung erreichte der neue Forschungsbereich eine hohe personelle Kontinuität in den Agrarwissenschaften und der Agrarpolitik von Weimar bis in die Bundesrepublik.¹⁷⁰

Der Versuch, die Standardisierung als "Allheilmittel" gegen die ausländische Konkurrenz und die eigene Unrentabilität einzusetzen, schlug fehl. Weder stand für eine hinreichende Standardisierung genügend Zeit zur Verfügung, noch konnten so die natürlichen Nachteile der deutschen Agrarproduktion wettgemacht werden. Im Genossenschaftsbereich wurde der Vorsprung ausländischer Vermarktungsorganisationen ebenfalls nicht ausgeglichen. Der Marktanteil deutscher Absatzgenossenschaften blieb genauso gering wie der bäuerliche genossenschaftliche Organisationsgrad; daher waren die deutschen Absatzgenossenschaften auch weiterhin kein gleichwertiger Partner für den Großhandel der Ballungsräume. Ebenso wie die freiwilligen Maßnahmen erhöhten auch die staatlichen Unterstützungen der Standardisierung und des Genossenschaftswesens kurzfristig kaum die Marktfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, so daß der Konkurrenzvorsprung ausländischer Anbieter während der gesamten Weimarer Republik bestehen blieb.

WIKIPIEDIA

Kontroversen über den Luxus im ausgehenden 18. Jahrhundert

Von Rainer Wirtz (Oberhausen, Konstanz)

In keiner Epoche der deutschen Geschichte wurde mehr über den Luxus diskutiert als im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Das zentrale Thema dieser Diskussion war die Frage nach der Schädlichkeit oder Unschädlichkeit des Luxus. Die Zeitgenossen waren entweder tief betroffen, sogar angewidert, wie sich luxuriöse Lebensart und die entsprechenden Produkte von der Fürstenresidenz über die Stadt bis auf das Land verbreiteten oder aber sie sahen darin einen Fortschritt der Sitten und der Ökonomie, der schließlich auch noch vielen Beschäftigung bot. Gewiß wurden Phänomene des Luxus zu verschiedenen Zeiten immer wieder thematisiert, in Deutschland etwa seit dem 14. Jahrhundert, doch die in den Augen der Zeitgenossen geradezu wahnhafte Verfeinerung des täglichen Lebens blieb der Zeit nach 1763, nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges vorbehalten. Aus Paris, einer der Kapitale des Luxus, berichtet ein Zeitgenosse: "Jeder ist verrückt, der Luxus bis zum Äußersten vorgezogen und ganz gewiß ist halb Paris ruiniert, während die andere Hälfte das Gaunerhandwerk betreibt."¹

Und der große Chronist der französischen Hauptstadt in der vorrevolutionären Zeit, Louis Sébastien Mercier, entdeckt die Leere, die hinter dem Lebensstil der Oberschichten seiner Zeit stand: "Die Reize sind nicht mehr befriedigt, sondern abgestumpft, und an die Stelle einer pikanten Abwechslung treten bizarre Aufwendungen, die nur den Dégout mit sich führen; das ist der Grund, warum alles wechselt, die Mode, die Trachten, die Sitten, die Sprache, ohne Sinn und immerfort. Die reichen Leute sind bald an dem Punkt angelangt, nichts mehr zu fühlen. Ihre Einrichtungen sind eine Wechseldekoration; ihre Kleidung eine tägliche Fron, ihre Mahlzeiten eine Parade. Und der Luxus quält sie, glaube ich, wie die Not die Armen quält."²

Über die Neureichen, die *nouveau riches*, schien der Luxus wie eine verheerende Krankheit gekommen zu sein. Im ausgehenden Ancien Régime ist man sich bewußt, daß in einem bisher nicht da gewesenen Ausmaß Verschwendung vorherrscht, sei es nun im Essen und Trinken, in der Kleidung, in Möbeln, Bauten oder in Festen. Es war aber ebenso wenig zu übersehen, wie die Adligen das feinste Mehl benutzten, um ihre Perücken zu pudern, während die Armen kein Brot für ihre Kinder hatten und von Wurzeln lebten.

Und dem Deutschland des 18. Jahrhunderts stellt rückblickend der Kulturhistoriker Karl Biedermann auch kein gutes Zeugnis aus: Wenn schon das 17. Jahrhundert ein Jahrhundert des Luxus und der Luxusverbote war, so steigerte sich das 18. Jahrhundert in einen Taumel des Leichtsinns. Die zeitgenössischen Kritiker sahen sich veranlaßt, diesen gesellschaftlichen Zustand in Begriffen von Psychopathologie zu fassen, um den um sich greifenden Drang und Hang zum Luxus angemessen zu beschreiben: von Sucht und Manie ist bei ihnen die Rede. Das Problem des zunehmenden Luxus wurde meist moralisierend angegangen, was in Anbe-

¹ zit. n. W. Sombart, *Liebe Luxus und Kapitalismus. Über die Entstehung der modernen Welt aus dem Geist der Verschwendung*, Berlin, 1983, S. 87f. Taschenbuchausgabe der 2. Auflage von 'Luxus und Kapitalismus', München, Leipzig 1922.

² Louis Sébastien Mercier, *Tableau de Paris*, 1783, Ch. 573, hier zitiert nach W. Sombart, a.a.O., S. 89.

tracht des Verhältnisses von Reichtum und Armut, von Verschwendung und Knappheit nicht sehr verwundern kann. Betont mokant nennt Werner Sombart eine derartige Annäherung an das Problem "ethische Nationalökonomie". Er hatte sich im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert ausführlich mit der Entstehung des "modernen Kapitalismus" beschäftigt, insbesondere mit der Beziehung von Luxus und Kapitalismus; sein Buch über dieses Thema erlebt bis heute Neuauflagen. Für Sombart hat man in der wissenschaftlichen Betrachtung das ganze Luxus-Problem schlichtweg erschlagen, indem zwei Fragen auf einmal aufgeworfen wurden: was denn Luxus eigentlich sei und ob er mehr nütze oder schade. Solch eine doppelte Fragestellung hat nach Sombart die gleiche Qualität, wie die Frage, ob die Brünetten oder die Blondinen hübscher seien und ob es mit der Welt immer besser oder schlechter werde. Wörtlich führt er aus: "Dem Luxusproblem ist man mit dem ganzen ethischen Pathos des braven und genügsamen Bürgers zuleibe gegangen und hat es mit Hilfe moralisierender Raisonements kurz und klein erörtert."³

Über die Beziehung von Luxus und Markt dagegen hätte man nicht nachgedacht. Denn dann stoße man erst auf die Kernfrage nach der Entstehung des Kapitalismus aus dem Luxus. Die Frage enthält bereits die Sombartsche These, die - wie so oft - "nur" noch belegt werden mußte. Man kann es richtig nachfühlen, wie Sombart die Sympathie für den Gegenstand Luxus und den damit verbundenen gehobenen Lebensstil gefangen hält, wie ihn das Reich des guten Geschmacks und der feinen Sitten einnimmt - und in der Tat wird ja das, was zu bestimmten Zeiten als Luxus bezeichnet wurde, im nachhinein als Kulturfortschritt gefeiert, sei es nun die Wasserspülung oder die Straßenbeleuchtung. Aber genau dieser Drang zum Feineren im Leben, der Luxus schließlich zum allgemeinen Komfort werden läßt, veranlaßt Sombart, seine These von der Entstehung des Kapitalismus aus dem Luxus noch näher zu begründen. Denn wer sorgte für die Verfeinerung, zog die Germanen von den Bärenfellen in die Federbetten, entwickelte Sinn für Mode, sagte was und wie es sich gehört? Die Frauen. Die Sinnproduzenten des Luxus, also genauer die Geschmacksstifterinnen, waren nach Sombart die Frauen. An herausragender Stelle das "Weibchen" bei Hof, die Maitresse, die Konkubine. Und so ist denn aus einer illegitimen Liebe das legitime Kind Luxus hervorgegangen, das seinerseits den Kapitalismus in die Welt setzte. So war es nach Sombart, aber war es auch wirklich so? Oder wird hier "ethische Nationalökonomie" durch kulturgeschichtliche, ja anthropologisch eingefärbte, ersetzt?

Die Maitressenwirtschaft am französischen Hof liefert Sombart einprägsame Beweise für seine These und auch in deutschen Residenzen wurde derartiges beklagt oder bewundert. Nur nach den Voraussetzungen für die Verschwendungssucht, die sich eine Madame de Pompadour oder du Barry leisten konnte, fragte Sombart nicht, nämlich nach den wirtschaftlichen Grundlagen der höfischen Kultur als Zentrum allen öffentlichen Lebens, um das sich strikt reglementiert in Stände das Staatsvolk scharf. In einer solchen Welt ging ein gewisser Zwang zum Luxus, eben zu höfischer Repräsentation, vom Hofe selbst aus. Der Aufwand illuminierte letztendlich ein absolutistisches Herrschaftssystem. So kann man dann auch den allergrößten Luxus einer Maitresse in diesem System dahin deuten, daß durch sie und ihre Ausgaben der Glanz eines Sonnenkönigs nur noch erhöht wurde in der Konkurrenz des Repräsentierens.

3 W. Sombart, a.a.O. Geburt des Kapitalismus aus dem Luxus, S. 140; vgl. ders. Der moderne Kapitalismus, Bd. 2, Leipzig 1902, S. 291.

Diese Konkurrenz blieb keineswegs auf den Hof beschränkt, an die Stelle der Maitresse am Hof trat im reichen Bürgertum das verschwenderische Luxus-Weibchen, das durch ihr Bemühen um jeden Preis á la mode zu sein prestigeträchtige vordere Plätze einer repräsentativen Öffentlichkeit zu erkämpfen versuchte. Überhaupt stoßen wir auf endlose klischeehafte Belege über den Hang zum Luxus speziell bei Damen.

Über die Wiener schreibt z. B. 1789 das Journal "Der neue deutsche Zuschauer": "Die Luxuriösität dieses Volkes zeigt sich nicht weniger in Putz und Pracht, die besonders unterm weiblichen Geschlechte bis zur höchsten Ausschweifung gestiegen sind. Viele ansehnliche Familien werden dadurch täglich zugrunde gerichtet..."⁴

Eine luxuskritische Abhandlung lamentiert 1776 seitenlang über den Luxus der Frauenzimmer, der von den Kleidern über Schmuck bis zu den abenteuerlichsten Frisuren reichte, ohne Rücksicht auf Gestalt und Kopf, die es herzurichten galt. Die Klage endet mit der Feststellung, daß "überhaupt die Liebe zur Pracht beim Frauenzimmer wirklich die ausschweifendste ist und eine solche Leidenschaft, welche manchen verheuratheten Manne wegen ungeheurn, kaum erschwinglichen Unkosten nicht selten tiefsinnige Grillen in den Kopf setzen muß."⁵ Die Moden, besonders des weibliche Geschlechts, sind nach Meinung vieler modekritischer Zeitgenossen geeignet, "ganze Familien schließlich sogar Völker ins Verderben zu stürzen."⁶

Daß die Modesucht mit einer gewissen Herzlosigkeit einhergeht, wird mit Behauptungen wie der folgenden belegt: die Damen heute seien Zierpuppen, das Zerbrechen einer ausländischen Porzellantasse rühre sie mehr als der Beinbruch eines Domestiken. Ja, die Männer würden bestimmt weniger verschwenderisch sein, wenn, die Weiber nicht wären, welche über geselligen Annehmlichkeiten mehr zu sagen hätten. Für die Damen mußte alles á la reine sein, schreibt 1787 das "Journal der Moden". Am besten sollte den Kleidern noch Paris oder London aufgeprägt sein. Das wiederum führte zu der Aufforderung, die Frauen sollten nicht im ausländischen Flitterstaat herumlaufen, vielmehr den deutschen Kunstfleiß ermuntern. Sie würden sonst den Staat zugrunderichten.

Im unklaren lassen die Kritiker, ob die Frauen erst die Luxusproduktion auf den Plan riefen, oder ob es eine Produktion von bestimmten Produkten gab, denen vor allem die Frauen auf den Leim gingen. Begründeten also die Bedürfnisse des Luxusweibchens erst die Luxusindustrie? Vieles spricht heute für die gegenteilige Annahme, daß nämlich von Seiten der Produktion mögliche Bedürfnisse ausgelotet bzw. geweckt wurden, um dann befriedigt zu werden. In diesem Sinn hat der Frankfurter Rechtshistoriker Michael Stolleis die Sombartsche "Weibchen-Theorie" in Verdacht, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Darüber hinaus stellt er fest, daß sich die rechtliche Stellung der Frau vom 17. Jahrhundert bis zur Französischen Revolution kaum verändert hat, die großen Verschwenderinnen also eine Ausnahmestellung in der Gesellschaft einnahmen. Und er meldet noch einen Zweifel an, der sich auch in zeitgenössischen Berichten gut belegen läßt, ob es nämlich allein die Frauen waren, die dem eitlen Tand verfallen sind. Ein Professor Lorenz Hübner, weiland Sprach-

⁴ Der neue deutsche Zuschauer oder Archiv, Bd. 1, H. 1, 1789, S. 47.

⁵ L. Hübner, Abhandlung von dem Luxus oder schädlichen Prachte, Burghausen 1776.

⁶ Stellvertretend für viele ähnlich argumentierende Schriften sei hier genannt: Luxus und Modesucht von ihrer lächerlichen Seite, und nach ihren schrecklichen Wirkungen auf Völker- und Familienglück durch warnende Beyspiele geschildert von einem Wittwer, Leipzig u. Frankfurt 1799.

meister an dem kurfürstlichen Gymnasium Burghausen, in Bayern, wettet in seiner Abhandlung von 1776 gegen den Luxus: "Unsere jungen Herrchen empfinden unmännlichen Geschmack am Putze; sie lieben die Veränderung der Moden; sie sind ganz frauenzimmerlich, ganz weiblich, ganz heickel, und zärtlich; sie putzen sich eben so lange, wo nicht länger vor ihrem Nacht-Tische als die meisten Damen; sie sind so stolz auf einen gut frisierten, wohl gepuderten Kopf... - Jegliche Witterung, jeglicher kleiner Frost, jegliche Nässe ist ihnen unerträglich, und verursacht Catahr, und erbärmliches Schnuppen; sie lieben Hypochondrie, Vapeurs, Humeurs, Kopfschmerzen, Koliken, und hundert andere kleine Mitleid erweckende Kränklichkeiten:... "7 und so weiter. Kurz, ein hypochondrischer, geckenhafter "Softie" war für Hübner das Mannsbild im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts.

Die wechselnden Modeerscheinungen und die Geckenhaftigkeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts geben gewiß viel Stoff her, um gegen manchen Spleen der Zeitgenossen zu Felde zu ziehen. Doch genau in dieser Phase der massiven Luxuskritik wurden die seit dem späten Mittelalter bekannten Luxusverbote mehr und mehr gelockert, wenn nicht gar ganz aufgehoben. Hinter der ganzen Diskussion über das Für und Wider des Luxus verbergen sich grundsätzlichere gesellschaftliche Probleme als die oberflächlichen Phänomene wechselnder Moden. Denn nach 1760 wurde an den Luxusverboten offenbar, an den aufgehobenen wie an den bekräftigten, daß hier eine gesellschaftliche Ordnung, die ständisch reglementiert den Bürgern ihre Plätze in der gesellschaftlichen Hierarchie zuwies, sich auf dem Rückzug befand. Mehr als drei Jahrhunderte lang war oft bis ins kleinste Detail festgelegt, wer welchen Aufwand betreiben durfte. In Kleiderordnungen und Aufwandsgesetzen wurde bestimmt, wer einen goldenen Knopf am Rock haben durfte und wie eine Hochzeit zu feiern war, wie man eine Beerdigung zu begehen hatte und wie eine Kindstaufe ausgestaltet werden durfte. "Dieser immer steigende Luxus in Wohnung und Kleidung griff weiter und weiter um sich und breitete sich wie eine ansteckende Krankheit allmähig auch in bürgerlichen Kreisen aus."⁸ So liegt es auf der Hand, daß der Ruf nach landesväterlicher Fürsorge ergeht, durch Verordnungen den Konsum weiterhin zu regeln. Ein Korrespondent von Schölzers "Staatanzeigen" ruft aus, "möchte doch bei uns, wie bei den Römern, ein Poilizeigesetz vorhanden sein, worin allen Müttern verboten wäre, ihren Kindern vor dem 15. Jahre Silber oder Gold, Spitzen oder Blonden, taffetne Kleider u. dgl. zu geben..."⁹

Aufwandsgesetze und Kleiderordnungen wurden aus verschiedenen Motiven erlassen. Zunächst sollte die sündhafte Verschwendung, die Hoffart gebannt werden, neben dieser religiösen sozialen Disziplinierung ging es auch um die Erhaltung der ständischen Ordnung, ganz im Sinne der Fürsorge einer "guten Policey", die jedem das Seine zuweist und das Gemeinwesen wie den Bürger vor Ruin schützt. Je mehr sich eine merkantilistische Wirtschaftspolitik durchsetzte, die auf eine positive Handelsbilanz abzielte und den Handel und Verkehr im Lande selbst fördern wollte, desto mehr wurde der Erlaß von Luxusverboten

7 L. Hübner, a.a.O., S. 20.
 8 K. Biedermann, Deutschland im 18. Jahrhundert, Bd. 2, Neudruck der 2. Aufl. Leipzig 1880, Aalen 1969, S. 534.
 9 Ders., a.a.O., S. 535 Vgl.: allgemein zu Kleiderordnungen: V. Baur, Kleiderordnung in Bayern vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, München, 1975, und M. Stolleis, Artikel 'Luxusverbote' in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 1977.

auch durch volkswirtschaftliche Motive bestimmt. Import- und Konsumverbote sollten Arbeitsplätze schaffen oder beschützen.

Für den Erlanger Historiker Michael Stürmer kam in den Kleiderordnungen des 18. Jahrhunderts letztlich noch das Bestreben zum Ausdruck, eine aus den Fugen gehende gesellschaftliche Hierarchie zu festigen, sie augenfällig zu machen und damit symbolisch zu bekräftigen. Einig ist man sich heute darüber, daß Luxusverbote weder die Erosion der alten ständischen Ordnung aufgehalten haben, noch die Entfaltung eines unerhörten bürgerlichen und feudalen Luxus verhinderten. Stolleis fügt noch hinzu, daß sie vermutlich diesen Prozeß nicht einmal zu verlangsamen mochten.

Wir sollten daher im 18. Jahrhundert vor allem den Protektionismus und die demonstrative Stützung einer gefährdeten gesellschaftlichen Hierarchie in den Luxusverboten sehen, denn die, die es eigentlich anging, Adel und reiches Bürgertum wurden durch viele Sonderregelungen in ihrer Prachtentfaltung bestärkt, der Fürstenluxus ausdrücklich legitimiert. Und die faktische Kontrolle der Luxusverbote erwies sich obendrein über die Jahrhunderte hinweg als unmöglich. Diese Einsicht gewann 1783 neben vielen seiner Zeitgenossen auch der Kurfürst von Mainz, der zu seinem Bedauern sehen mußte, wie übertriebener Luxus auch die Klasse der Kurfürstlichen Räte und Diener erfaßte. Seine kurfürstliche Gnaden gedachte nicht gegen dieses gefährliche Unwesen mit Gesetzen und Vorschriften vorzugehen, er wünschte im Gegenteil die Unterdrückung des Luxus durch eigene Einsicht und Bescheidenheit.

In den handels- und verkehrspolitisch fortgeschritteneren Flächenstaaten England und Frankreich hatte man deshalb Luxusverbote bereits ein Jahrhundert früher aufgehoben als in Deutschland. Selbst noch 1840 sah sich Rotteck in dem von ihm und Welcker herausgegebenen Staatslexikon in seinem Artikel 'Luxus' genötigt, gegen die tyrannischen Luxusgesetze Stellung zu nehmen. Und die im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts immer häufiger werdenden Luxussteuern setzen ja ein stilles Einverständnis mit dem Luxus und seinen zu steuernden Phänomenen voraus, seien es nun eine zahlreiche Dienerschaft, Hunde, vierspännige Kutschen oder bestimmte Produkte einer Luxusindustrie. In diesem Wandlungsprozeß, im Übergang von Luxusverboten zu Luxussteuern, drückt sich die Anerkennung des Luxus als einer Triebkraft ökonomischer Entwicklung aus.

Gerade damit aber tut sich so etwas wie eine gesellschaftspolitische Zwickmühle auf. Das Ancien Régime verschaffte sich sozusagen mit seiner demonstrativen Verschwendung noch einmal Glanz und Anerkennung, gleichzeitig aber unterminierte es seine eigenen Grundlagen, indem gewaltige Geldströme vom Hof und Adel in bürgerliche Taschen flossen, in Luxusgewerbe und -industrien. Das Privileg des höfischen Adels, sich alles leisten zu können, wurde unterhöhlt, weil er aus Gründen der Herrschaftsrepräsentation meinte, sich alles leisten zu müssen. Die Luxusartikel wurden nun durch den Kapitalfluß vom Adel zum Bürgertum auch für Bürgerliche erschwinglich, sie verloren zunehmend ihre Funktion, soziale Unterschiede vor Augen zu führen, obwohl sie dies doch gerade tun sollten. Die prestigeträchtigen Markenartikel des ausgehenden 18. Jahrhunderts waren Seide aus Krefeld oder Lyon, Porzellan aus Meißen, Silber aus Augsburg und Möbel aus Neuwied. Soziales Prestige konnte sich auf den Kauf dieser Dinge gründen. Kleider machen Leute, der Diener in Seide und Spitzen war nicht mehr von seiner Herrschaft zu unterscheiden. Die in absolutistischer Überzeugung von Gott gewollte ständische Ordnung geriet so aus den Fugen, indem eben nicht der angeborne oder verliehene gesellschaftliche Status den zulässigen

Aufwand bestimmte, sondern das individuelle Vermögen, in diesem Jahrmarkt der Eitelkeiten mithalten zu können: Das In-Szene-Setzen von Staatsräson etwa in Versailles aber auch in deutschen Residenzen forderte seinen Preis. Die soziale Differenzierung wurde ja gerade wegen der nachdrängenden *nouveau riches* immer schwieriger. Zum Wesen des Luxus gehört es aber, nicht für jedermann zu haben zu sein und möglichst viele auszuschließen - letztlich durch weitere Steigerung des Aufwands, durch noch höhere Qualität der zum demonstrativen Konsum angeschafften Produkte. Als im nachrevolutionären Frankreich 1793/94 der gesamte Fundus des Ancien Régime versteigert wurde, da wurde bewußt in Kauf genommen, daß die Preise für Luxusartikel zusammenbrachen, so daß diese Auktionen wenig einbrachten. Nur so konnte aber die Staffage der höfischen Kultur ihrer Magie entzaubert werden, indem sie zu Plunder degradiert wurde. Der Dekor einer politischen und kulturellen Herrschaft wurde als Talmi entlarvt.

Nicht nur die Umschichtung von Kapital mit allen sozialen Konsequenzen rührte an das System der ständischen Gesellschaft, auch die Luxusgüterproduktion um ein höfisches Zentrum führte zu hochgradiger Qualifizierung, zu Handwerken außerhalb der Zünfte. Am Beispiel einzelner Produktionsstätten läßt sich zeigen, daß sich unter ihren Besitzern unternehmerisches Denken breit machte. Michael Stürmer führt als Musterbeispiel die Möbelwerkstatt David Roentgens in Neuwied an.¹⁰ Ähnlich wie die Manufakturen für Porzellan oder Seide, die gegründet worden waren um Importe so gering wie möglich zu halten, kannten die Hofhandwerker auch Rationalisierung, Arbeitsteilung und Risikostreuung. Im Unterschied zu den Manufakturen, waren sie aber einer "Ökonomie der Qualität" verpflichtet. Sie arbeiteten so für die Selbstdarstellung des Adels und gleichzeitig lösten sie sich von dem mit der Adelherrschaft verbundenen politischen und gesellschaftlichen System durch konsequente Rationalisierung und Ansätze einer Industrialisierung. Im Gegensatz zum zünftischen System des Alten Handwerks wurde Luxus als Triebfeder der Nachfrage, des technischen Fortschritts und des Exports, als Mittel der Beschäftigungspolitik von den Staatswissenschaftlern des 18. Jahrhunderts ausdrücklich gebilligt; dies war der anständige oder auch produktive Luxus. Mannheim und Umgebung bekamen 1781, als der Hof nach München umzog, zu spüren, was es bedeutete, wenn der Antrieb des Luxus auf einmal entzogen wurde. "Eine sichtbare Freudlosigkeit war über die Stadt verbreitet", wußte der zwei Jahre zuvor an das Mannheimer Nationaltheater gekommene Iffland zu berichten, "viele Gewerbe des Luxus standen still, mehrere gingen ein; von Fabriken zu Frankenthal verlosch eine nach der andern; mehrere zur Ruhe gesetzte Hofdiener, welche dem Hofe nicht nach München folgen konnten oder mochten, schränkten sich sehr ein; Einschränkung war die allgemeine Losung".¹¹

Auf einen weiteren Widerspruch zwischen absolutistischer Selbstdarstellung und Luxus Handwerk macht der französische Historiker Robert Mandrou aufmerksam. Die Handwerker und Künstler in Paris hatten einen doppelten Absatzmarkt, einmal für das höfische Gepränge, zum andern für die reichen Pariser und - bei der damals herrschenden Frankomanie - auch für ausländische Kunden aus Adel und Bürgertum. Sie selbst begannen Kleidung, Möbel, schließlich Lebensformen zu entwickeln, die man als den Sieg des städtischen

10 M. Stürmer (Hg.), Herbst des Alten Handwerks, München 1979, S. 237f.

11 A.W. Ifflands dramatische Werke, 1. Bd.: Meine theatralische Laufbahn, Leipzig 1798, S. 108-111. zit. n. M. Stürmer, a.a.O., S. 256f.

Geschmacks über das höfische Zeremoniell bezeichnen kann. Die Kleidung wurde bequemer und tragbarer, die Möbel waren auf die komfortable Stadtwohnung zugeschnitten. Es waren Lebensformen, die sich von den Institutionen einer absoluten Monarchie gelöst hatten. Die Normen der französischen Hauptstadt gaben den Ton für das übrige Europa an, es hatte so etwas wie eine Emanzipation des Geschmacks vom Hof stattgefunden.

Es geht bei der Diskussion über Luxus Ende des 18. Jahrhunderts also um mehr als um den eingangs erwähnten Modetaumel der Frauen und die Geckenhaftigkeit der Männer. Und es geht auch um mehr als feines Porzellan, erlesene Möbel oder die vermeintlich wohltuende Wirkung einer Schildkrötensuppe. Über Jahrhunderte hinweg läßt sich zeigen, daß Luxus in all seiner Ausprägung an bestimmte gesellschaftliche Schichten gebunden war bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht ausweisen sollte. Als Beispiel für die negative Wirkung von Luxus wird immer wieder der Verfall des Römischen Reiches herangezogen. Insofern tauchten Luxus und die sozialen Abgrenzungen durch Luxusprodukte vergleichsweise konstant in der Geschichte der Menschheit auf: bis heute, könnten wir mit Thorstein Veblens "Theorie der feinen Leute" und Pierre Bourdieu "Die feinen Unterschiede" sagen.¹² Urmotiv dabei ist der Wunsch, dem anderen etwas voraus zu haben, oder - in der Sprache der Quellen "den Nächstbarn mit dem eigenen Glanz verdunkeln zu wollen". Insofern wäre dann der Luxus eine Art zwangsläufiger Krankheit des Ancien Régime, die ihren Ausdruck darin findet, daß der gesellschaftlich produzierte "Überfluß" in Form von Verschwendung hinausgeworfen wird, ob gut oder schlecht, schädlich oder nützlich, produktiv oder unproduktiv soll hier dahin gestellt bleiben. Aber wir haben es ja nicht mit einem zeitlos gleichmäßigen Luxus zu tun, sondern wir können am Vorabend der Französischen Revolution eine unerhörte Ausweitung der Luxusproduktion und -konsumtion beobachten, die alle Schichten erfaßt, ja selbst bis auf das Land vordrängt. Luxus, der bisher die gesellschaftlichen Grenzlinien markiert hatte, trug nun dazu bei, eben diese Linien zu verwischen. Überkommene gesellschaftliche Orientierungen gehen verloren, wenn Diener und Herr nicht mehr zu unterscheiden sind. Welche neuen Orientierungen aber weisen einen Weg aus dem Dilemma? Über die Ausgestaltung und mögliche Steuerung der politisch und sozial aufbrechenden altständischen Gesellschaft wurde gestritten, an den Phänomenen des Luxus ließ sich über Elend und Segen dieses Aufbruchs streiten.

Das Elend war neben dem Luxus mit Händen zu greifen, viele der traditionellen Handwerke, Schreiner, Schneider, Schuster, fanden kein Auskommen mehr. Einige Kritiker der damaligen Gesellschaft beschworen eine malthusianische Situation. Das heißt, das Elend ihrer Zeit sei auf das im Vergleich zum Bodenertrag viel zu schnelle Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Die Handwerke seien übersetzt, lautete die ständige Klage; der Preisverfall durch die Magazine und Manufakturen der auf auf Vorrat arbeitenden Handwerker tat ein übriges. Denn sie konnten im Gegensatz zu den auf Bestellung arbeitenden Werkstätten einzelner Meister ihre Arbeitskraft gleichmäßiger und ökonomischer einsetzen und zudem für potentielle Kunden ein sofort lieferbares Warenangebot präsentieren. Schließlich hatte der Modeluxus die Manie für alles Ausländische soweit getrieben, daß gleich gute Ware des lokalen Handwerks nicht akzeptiert wurde. Und dies alles noch bei steigenden Lebensmittelpreisen. "Eine nicht geringe Ursache des Verfalls der Nahrung", schreibt ein Senator

¹² Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt a.M. 1984. Thorstein Veblen, *Theorie der feinen Leute* (the theory of the leisure class, N.Y. 1899), München 1981.

Weiss aus Speyer 1795, "liegt in der Erfindung so vieler Maschinen, die den Händen das Brod raubt..."¹³

Es war dies die Industrialisierung vor der Industrialisierung, die sich bemerkbar machte; mit dem Begriff eines Forschungskonzepts ausgedrückt: die Protoindustrialisierung, die vor allem auf dem Weg über die Verlags- oder Heimindustrie auf den Markt drängte.¹⁴ Strukturkrise nennt man so etwas heute: in scheinbar unbeweglichen Zunftzwängen befangen, dem ein dynamisches marktorientiertes Luxusgewerbe gegenüberstand, das auch noch die Spitze des technischen Fortschritts darstellte und obendrein exportintensiv war.

Ein wesentliches Problem stellte aber die enge Verflechtung des Luxusgewerbes und der Manufakturen mit der sich selbst zelebrierenden politischen Kultur des Spätabolutismus dar: also politisch rückwärtsgewandt in den ökonomisch-technischen Fortschritt, und dabei gleichzeitig durch die sozialen Konsequenzen dieses Fortschritts eben dieses politische System unterminierend. Welche sozialen Kosten durften durch diesen Prozeß entstehen? Wieviel Nahrungs- und Arbeitslose wollte man in Kauf nehmen? Oder sollte die ganze Entwicklung angehalten werden, zugunsten eines einfacheren Lebens? Im Problem des Luxus stoßen die Fragen gesellschaftlicher Moral und ökonomischen Nutzens aufeinander. Die Ähnlichkeit mit Problemen unserer Zeit ist durchaus vorhanden, nur sollten wir mögliche Parallelen zu einer Politik der Konsumförderung oder asketischer Lebensführung mit aller gebotenen Vorsicht ziehen.

Die Stellungnahmen der Vergangenheit fielen meist recht eindeutig aus. In der "Abhandlung über Handel und Luxus" aus dem Jahr 1792 wurde für die einfache Lebensart der Provinz plädiert gegen das Leben in den Hauptstädten, die nichts weiter seien als die Säugammen des Luxus. Es wurde ein Sittengemälde skizziert, das den Luxus als den Verderber aller Sitten darstellte; er verweichliche die Menschen, nehme dem Volk Mut und kriegerischen Geist. Andererseits übten die Prachtgesetze zuviel Zwang aus. Geld regiert die Welt, könnte man aus dieser Studie, die so ziemlich alle Klischees der Luxuskritik enthält, folgern. Denn sprichwortartig heißt es: *Dem Luxus gehe die Habsucht, der Achtung das Geld voraus*. Das schlichte Landleben wäre also das Wahre. In einer anderen Studie kommt alles Übel von außen, etwa die Verweichlichung der guten alten deutschen Sitten durch Römer oder Franzosen. Der Luxus als solcher wurde für undeutsch gehalten, das Einfallstor dieser Unsitten waren die Großstädte. Großstadtfeindlichkeit und die Vorstellung einer agrarisch-güngsamen germanischen Nationalkultur prägten einen großen Teil der Luxuskritik. Es galt also mit dem überkommenen Guten und Schönen wieder den Sinn für die, so wörtlich, "erstorbene Simplizität" zu wecken. Es waren die Substantive des Tadels, die die Kritiker heranzogen: Unmäßigkeit, Weichlichkeit, Unordnung, Müßiggang und Wollust wurden mit

13 Johann Adam Weiß, Preisschrift über die Vortheile und Nachtheil der Zünfte und Gilden, und über Verbesserung oder gänzliche Aufhebung derselben, in: Verhandlungen und Schriften der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe, Bd. 3, Hamburg 1795, S. 186-233, zit. n. Stürmer, a.a.O., S. 330. Ähnlich im Bemühen um Wirtschaftsförderung: Ueber die Aufwandsgesetze. Sammlung einiger Schriften, welche bey der Aufmunterungsgesellschaft in Basel eigeloffen sind, über der Frage: In wie fern ist es schicklich dem Aufwande der Bürger, in einem kleinen Freystaate, dessen Wohlfahrt auf Handel gegründet ist, Schranken zu setzen?, Basel 1781.

14 P. Kriedte u. a., Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerblich Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977.

Luxus assoziiert. Viele Aufklärer jener Zeit folgerten daraus, man müsse das Volk zu einfacher Lebensart erziehen, und, das gehörte dazu, zum Kauf inländischer Produkte.

Da ja Luxusverbote bekanntermaßen wenig fruchteten und auch der Idee des freien Bürgers zuwiderliefen, blieb letztendlich nur der Appell an die herrschenden Schichten übrig, ein Beispiel für die Mäßigung zu geben, so wie es unter anderem Pestalozzi 1781 in einem Preisausschreiben der Baseler Aufmunterungsgesellschaft¹⁵ getan hat, heute würden wir das eine Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung nennen. Allerdings ließ Pestalozzi im Gegensatz zu manch anderen Luxuskritikern seine Stellungnahme vergleichsweise offen, indem er auch Mut zu Fabriken fordert. Die Kritiker aus der physiokratischen Richtung, wie Schlettwein, für die Produktivität letzten Endes nur in Grund und Boden und damit in der Landwirtschaft lag, sind da entschlossener in der Bekämpfung dessen, was sie für Luxus halten. Die Debatte über die Schädlichkeit der neuen und sich schnell verbreitenden Genußmittel wie Kaffee, Tee, Zucker, Tabakrauchen wurde von ihnen immer wieder angeheizt. Hier kamen ihnen Konsumverbote ganz gelegen, und wenn sie nicht durchsetzbar waren, dann sollte man wenigstens tragische Geschichten über unmäßigen Kaffeegenuß in die viel gelesenen Hauskalender einrücken, oder auch verbreiten, daß Kaffee hämorrhoidale Beschwerden verursachte, wenigstens sollte die Obrigkeit ihr Mißfallen über die Verirrung des Volkes bezüglich der Genußmittel ausdrücken.

Die Einsicht in die richtige, maßvolle, gesunde Lebensweise sollte gefördert werden, denn entsprechend der medizinischen Ansichten der Zeit wurde dem Luxus nachgesagt, er entnerve den Körper und ließe die kräftigsten Säfte des Lebens erstarren. Konsequenterweise wurde versucht, die Lebenswelt der Menschen des späten 18. Jahrhunderts zu pädagogisieren: vermeintlich alte Tugenden sollten wieder belebt und Verständnis für neue Verhaltensanforderungen geweckt werden. Die zahlreichen Erziehungsschriften veranlassen den Tübinger Pädagogen Ulrich Hermann völlig zu recht, das 18. Jahrhundert auch als das pädagogische zu bezeichnen. "Das Handbuch der Moral für den Bürgerstand" von Carl Friedrich Bahrdt aus dem Jahr 1789 macht die Gratwanderung dieser Volksaufklärer deutlich. Ihm ging es darum, die Bürger zu Pünktlichkeit, Ordnung, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, zur Vermeidung von Geiz und Luxus zu erziehen. Im "industriösen Bürgersinn", wie es in der damaligen Sprache heißt, sollen traditionelle Verhaltensmuster und neue Anforderungen an Verhalten und Mentalität versöhnt werden. Anforderungen, die durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen hervorgerufen waren.

Die Freunde des Luxus, wie sie etwa im "Journal für Fabrik, Manufaktur, Handlung und Mode" zu Wort kamen, wiesen darauf hin, daß der Luxus zumeist in einem gehässigen Licht dargestellt wurde. Denn für sie bestand Luxus "unstreitig in der Verfeinerung des sinnlichen Geschmacks in Dingen, welche zum Bedürfnis, zur Bequemlichkeit und Verschönerung des Lebens gehören", heißt es in diesem Journal 1794.¹⁶

Ihrer Auffassung nach war er *das* Mittel des Fortschritts, weil er neue Technologien, neue Produkte entwickelt habe und für den Kapitalumlauf Sorge. Luxus sei immer ein Förderer der bildenden Künste und Wissenschaften gewesen; mit anderen Worten ein "Beförderungsmittel" der Bildung und Glückseligkeit eines Volkes, das nur durch unvorsichtige und wahnsinnige Menschen in Mißkredit gebracht worden sei. Jede Einschränkung des

¹⁵ Ueber die Aufwandsgesetze, Basel 1781.

¹⁶ Journal für Fabrik, Manufaktur, Handlung und Mode, Junius 1794, S. 403.

Luxus sollte vermieden werden. Die Ausrottung des Luxus würde gar bedeuten, die Menschheit in den Stand der ungebildeten Natur zurück zu versetzen. Die Befürworter und Gegner des Luxus zeigen hier, wie mit Hilfe des aufklärerischen Gedankenguts ihrer Zeit einmal für, einmal gegen den Luxus argumentiert werden kann.

Besonders angeheißt wurde die Diskussion um das Für und Wider des Luxus bereits 1706 mit der Bienenfabel des englischen Schriftstellers Bernard de Mandeville, deren Untertitel lautet: *Private Laster dienen öffentlichem Wohlstand*.¹⁷

Nach der Fabel lebte ein Bienenvolk mit allen menschlichen Lastern und Ungerechtigkeiten, bis einige Bienen sahen, wie ungerecht und unmoralisch ihre Bienenwelt war. Diese Einsicht führte schließlich zu einer moralischen Wende, nach der die Bienen gemäß den Maßstäben der Bedürfnislosigkeit und Gerechtigkeit lebten. Handel und Wandel kamen damit aber zum Erliegen, die Arbeit verminderte sich und damit auch die Bevölkerung. Das derart geschwächte Bienenvolk wurde von Feinden angegriffen und trotz tapferer Gegenwehr aufgerieben. Wenige, denen die Flucht gelang, lebten glücklich in einem Baum weiter. Soweit die Fabel. Blanken Zynismus und einen verkommenen Rationalismus mußte sich Mandeville vorwerfen lassen. Sein Name wurde in *men-devil*, Menschheits-Teufel verballhornt. Dennoch fanden seine Vorstellungen zahlreiche Anhänger. Voltaire ist einer der prominentesten Verteidiger des Luxus mit seiner "Apologie du Luxe", die 1736 erschien.

Ihn zitiert rund vierzig Jahre später sein Landsmann Pinto in seiner 'Théorie du luxe',¹⁸ mit der er u.a. beweisen wollte, wie notwendig Luxus für die Wohlfahrt eines Staates sei. "Der Überfluß ist eine höchst notwendige Sache" heißt das bei Voltaire entlehene Motto, das er seinem Buch voranstellte.

Die Notwendigkeit des Luxus, Laster hin oder her, wurde am häufigsten damit begründet, daß, wenn es ihn nicht gäbe, es allen nur noch schlechter ginge. Luxus muß sein, wenn die Reichen nicht viel verschwenden, werden die Armen verhungern, behauptet eine französische Quelle. Bei dem Engländer Defoe lesen wir: Das Laster der Verschwendung ist gewiß schädlich für den einzelnen Menschen, nicht aber für den Handel. Das Resultat der Diskussion faßte David Hume 1753 sehr klar zusammen: Guter Luxus ist gut, schlechter Luxus ist zwar ein Laster, ist aber immer noch besser als Faulheit, die wahrscheinlich an seine Stelle treten würde, wenn er wegfiel.¹⁹

Dies alles waren Einsichten, denen sich selbst die französische Nationalversammlung Anfang 1790, gerade ein halbes Jahr nach der Revolution, nicht entziehen konnte. Auf einen Antrag zur Befreiung der Lebensmittel von allen Steuern und für eine kräftige Besteuerung aller Luxusgüter gab es unwilliges Murren. Die Durchsetzung einer solchen Maßnahme würde doch nur dem Volk und der Industrie schaden. Dieses Argument ist ganz geläufig, geht es doch um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Nur am Rande sei hier vermerkt, daß die

17 B. Mandeville, Some Fables after the Easie. A familiar Method of Monsieur de la Fontaine, London 1703. s. Dt. Ausgabe von W. Euchner (Hg.), Die Bienenfabel, Frankfurt 1968. O. Bobertag (Hg.), Mandevilles Bienenfabel, München 1914.

18 Pinto, Theorie du Luxe ou Traité dans lequel on entreprend d'établir que le Luxe est un ressort non seulement utile, mais meme indispensablement nécessaire á la propriété des Etats, 2. Vol., 1771.

19 D. Hume, Of refinements in the arts, Essays ed. 1753, II, S. 19 ff.; ders., Vermischte Schriften über die Handlung, Manufakturen und die anderen Quellen des Reichthums und der Macht eines Staates, Hamburg, Leipzig 1754. Vgl. L. Bauer/H. Matis, Geburt der Neuzeit, München 1988, S. 387 und 454.

Modifarbe in dieser Zeit couleur de bastille war, ein brauner Grundton in großen Rechtecken grau durchwirkt, Mauerwerk sollte das Muster darstellen.

Damals wie heute richteten sich Hoffnungen darauf, daß eine gezielte Steigerung des Konsums sich auch positiv für die sozial Schwächeren auswirkt. Ähnlichkeiten mit einer gegenwärtigen neokonservativen Wirtschaftspolitik, die in einer Art Sickertheorie davon ausgeht, daß der durch gesteigerten Konsum angeregte wirtschaftliche Aufschwung schließlich alle erreicht, scheinen nahezuliegen. Nur sollte man, wenn solche Parallelen gezogen werden, nicht übersehen, daß Luxus und Luxuskonsum sicherlich ein wesentlicher gesellschaftlicher Faktor geworden ist, der aber auch alle die ausgrenzt, die nicht daran teilhaben können.²⁰

Der Streit über Luxus im ausgehenden 18. Jahrhundert, die verschärfte Wahrnehmung von Protzerei, Verschwendung, nötigem oder unnötigem Konsum, das Beurteilen und Verurteilen des individuellen Konsums spiegelt die Verunsicherung einer bis dahin regulierten Gesellschaft wieder, in der immer mehr die Art und der Umfang des privaten Konsums dem öffentlichen Regelsystem entzogen wird. Es tun sich die Widersprüche auf, die die Anfänge einer Konsumgesellschaft inmitten einer ständisch gegliederten Gesellschaft hervorrufen, einer Gesellschaft, die sich gerade in dieser Situation durch demonstrativen Konsum ihrer Oberschichten behaupten will, gleichzeitig aber durch die Möglichkeit vieler zu gehobenen Konsum infrage gestellt wird.

Sind wir damit wieder bei der Ausgangs- und Kernfrage nach der Geburt des Kapitalismus aus dem Luxus angelangt? Bei aller Leistung von Luxusgewerbe, Luxusindustrie und Handel sollte man die selbstgewählten Schranken dieser Produktion einer 'Ökonomie der Qualität' nicht übersehen, durch die sie schließlich in ihre Krise getrieben wurde. Die Nachfrage nach dem wertvollen, auf Qualität gearbeiteten Einzelstück - und damit die Blüte des Luxusgewerbes - ging von einem begrenzten Kundenkreis aus und verdankte sich einer bestimmten gesellschaftspolitischen Konstellation des Ancien Régime, in der diese Kunden das politische Überleben ihres Systems unter anderem mit der gezeigten Art des Repräsentierens im demonstrativen Konsum zu sichern suchten. Am Luxus vorbei bildete sich eine Massenproduktion für Güter des täglichen Bedarfs, vor allem für Textilien. So hat der Luxus gewiß dem entstehenden Kapitalismus das Bett bereitet, indem er die Bildung neuer Märkte förderte, für ihn Handelswege erschlossen wurden, seinetwegen Kapital umverteilt wurde. Aber war er auch noch Vater der Produktion, oder wurden mit allen möglichen Luxusprodukten Wünsche getestet und so einige Produkte durchgesetzt, andere nicht? Blicken wir von der heutigen Art der Bedarfsweckung zurück, so spricht vieles für letztere Annahme, daß schließlich von der Produktion her der Bedarf nach Luxusprodukten geweckt, geprüft und befriedigt wurde.

Damit soll die sozialpsychologische Komponente des Luxus gar nicht außer acht gelassen werden, nämlich daß er nicht nur für Exklusivität und Eitelkeit steht, sondern auch für soziales Prestige und Erfolg. So ist der Luxus für viele ein Traum, den es zu realisieren gilt. Trifft es nicht auch heute zu, was ein Zeitgenosse des 18. Jahrhunderts feststellte, daß nämlich der Erwerb von Luxus viel anregender sei als die Beschaffung des Notwendigen?

²⁰ Vgl. Spiegel 48, 1986, Die Lust auf den Luxus, S. 230-241.

Die Reaktion der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft auf die Bankenkrise von 1931¹

Von Karin Lehmann (Berlin)

Als noch während der zyklischen Krise im Sommer 1931 in Deutschland eine Bank- und Kreditkrise ausbrach, waren außer anderen deutschen Bankiers auch Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft (im folgenden: DD-Bank) im In- und Ausland sehr aktiv, um die Schäden zu begrenzen. Sie war damals die bedeutendste deutsche Großbank. Ende 1929, nach der Fusion der Deutschen Bank mit der Direction der Disconto-Gesellschaft, verfügte sie über eine Bilanzsumme von mehr als 5,5 Mrd. RM. Das entsprach etwa 40 Prozent der Bilanzsummen aller Berliner Großbanken.²

Für den Verlauf der Krise war es von Bedeutung, was von den Leitungen der Großbanken im Rahmen ihrer geschäftlichen Möglichkeiten zu ihrer Überwindung getan wurde. Vorstandsmitglieder der DD-Bank nahmen auch über Verbände aktiven Einfluß, so über den Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes (im folgenden CDBB), in welchem das Vorstandsmitglied G. Solmssen von 1930 - 1933 Vorsitzender war, und über die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung). Dort war ein anderes Vorstandsmitglied, E. Mosler, Vorsitzender.

Ein so einschneidendes Ereignis wie diese Krise warf die Frage auf, welche Ursachen ihm zugrunde lagen und welche Schlußfolgerungen aus ihm zu ziehen waren.³ Die Reichsregierung griff mit vielfältigen Maßnahmen in das Bankwesen und die Kreditbeziehungen ein. Wie diese Eingriffe zustande kamen und welchen Anteil verschiedene Interessenten aus Politik und Wirtschaft an ihrem Entstehen hatten, ist eine schon oft gestellte Frage.⁴

Das Anliegen dieses Beitrags ist es, anhand archivalischer Quellen annähernd nachzuzeichnen, welche Auffassungen es in der DD-Bank zu den Ursachen der Krise und zu den Schritten, die zu ihrer Überwindung notwendig waren, gegeben hat, wie sie auf die Entscheidungen von Reichsbank und Regierung einwirkte, und umgekehrt, wie sie diese Entschlüsse reflektierte. Es sollen außerdem noch einige Vorstellungen über die Lösung einiger wichtiger im Bankwesen herangereifter Probleme, so über Kreditkontrolle und Zinshöhe, analysiert werden.

Der Fortgang der Krise hatte auch bei der DD-Bank bis Ende 1930 zu einer Umsatzschrumpfung und zum Rückgang der Bilanzsumme geführt. Besonders in den letzten Mona-

¹ Der Deutschen Bank und der Berliner Handels- und Frankfurter Bank danke ich für die Möglichkeit, ihre Archivbestände einzusehen.

² Berechnet nach: Geschäftsbericht der DD-Bank für 1933 und Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975, hg. v.d. Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M. 1976, S. 74.

³ Über die Konsequenzen der Reaktion von Bankiers, Industriellen, der Reichsbank und der Regierung siehe H. James, Reactions to the Depression and Banking Crisis in Interwar Germany; in: H.G. Schröter/C.A. Wurm (Hg.), Politik, Wirtschaft und internationale Beziehungen, Mainz 1991.

⁴ Siehe H.E. Priester, Das Geheimnis des 13. Juli, Berlin 1932; K.E. Born, Die deutsche Bankenkrise 1931, München 1967, u. M. Nussbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978.

ten des Jahres 1930 hatten sich die Kreditoren aus dem In- und Ausland erheblich verringert, was der Vorstand in erster Linie auf politische Einwirkungen zurückführte.⁵ O. Schlitter, ebenfalls Vorstandsmitglied, äußerte sich im Februar 1931: "Nun bitte ich zu bedenken, dass ein grosser Teil der Kredite, welche die deutsche Bankwelt der deutschen Wirtschaft gewährt, Auslandsgelder sind. Seit dem Ausfall unserer Wahl im September (beträchtliche Stimmengewinne der NSDAP und der KPD - K.L.) sind nach und nach insgesamt grosse Beträge dieser Auslandsgelder von den deutschen Banken zurückgezogen worden, und diese waren und sind ihrerseits genötigt, soweit sie nicht selbst grössere Devisenreserven hatten und haben, die Kredite in fremden Valuten von ihren Kunden zurückzuziehen. Es ist möglich, dass der Abfluß der ausländischen Gelder infolge verbesserter innerpolitischer Situation sich verlangsamt oder sogar aufhört, oder dass wir neue Kredite vom Ausland bekommen. Es sind Fühlungen nach der Richtung hin im Gange."⁶

Ebenfalls aus dem Februar 1931 datiert die vom gleichen Manne getroffene Feststellung, daß der Tiefpunkt der Krise überwunden sei.⁷ Dies traf nicht zu, wie sich bald herausstellte.

Nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Mai 1931 verstärkte sich der Abfluß von Kapital aus Deutschland. An den ausländischen Börsen sanken die Kurse deutscher Wertpapiere. Ende Mai nahm das Tempo ausländischer Kreditabzüge zu, nachdem von zwei großen Konzernen, dem Warenhauskonzern Karstadt und dem Versicherungskonzern Nordstern, bekannt wurde, daß sie mit Liquiditätsproblemen kämpften. Taktisch unkluge Verlautbarungen der Reichsregierung trugen überdies zu einer weiteren Beunruhigung ausländischer Gläubiger bei. Auch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland war stark an den Abflüssen beteiligt. Um ihre Devisenbestände zu schützen, erhöhte die Reichsbank den Diskontsatz von 5 auf 7 Prozent. Allein in den beiden Monaten Mai und Juni 1931 hatte sie fast ein Drittel ihres Bestandes an Gold und Devisen abgeben müssen.⁸ Die Gold- und Devisendeckung der Reichsbanknoten war in der Zeit von Ende Mai bis Mitte Juni 1931 von ca. 60 Prozent auf ca. 48 Prozent gesunken.⁹ Nach dem Zusammenbruch des Nordwollekonzerns nahm dann der Devisenabfluß drastisch zu. Die Darmstädter und Nationalbank (Danatbank), die Dresdner Bank sowie die J.F. Schröder Bank in Bremen hatten diesem Konzern umfangreiche Kredite eingeräumt und gerieten nun selbst in Schwierigkeiten. Durch den sich erneut verstärkenden Abfluß von Gold und Devisen wurde die Reichsbank vor die Frage gestellt, entweder den Geschäftsbanken die für die Rückzahlung von gekündigten Auslandskrediten erforderlichen Devisen zu verweigern oder die im Reparationsabkommen vorgegebene Deckungsgrenze der Reichsmark zu unterschreiten.

Das Moratorium, welfens der Präsident der USA, Hoover, für politische Schulden verkündete, verschaffte der Reichsbank eine kleine Atempause. Doch bereits Ende Juni setzten erneut starke Geldabflüsse ein, was zum Teil auf die zögerliche Haltung Frankreichs, dem Moratorium zuzustimmen, zurückzuführen war, teils sich auch aus den Mißerfolgen der Reichsbank erklären läßt. Sie hatte sich um einen internationalen Rediskontkredit bemüht.

5 Geschäftsbericht für 1930, S. 13.

6 Bundesarchiv Koblenz, Abteilungen Potsdam (im folgenden: BArch P), Deutsche Bank, Bd. 24341, Bl. 309 f. Schlitter an Niehues 6.2.1931.

7 Ebenda.

8 Konjunkturstatistisches Handbuch 1933, S. 126 u. 149.

9 Born, S. 74.

Es war zu spät, als das Hoover-Moratorium am 7.7.1931 in Kraft trat. Es konnte nicht mehr verhindert werden, daß Auslandsgläubiger ihre Kredite abberiefen, und vor allem nicht, daß auch die inländischen Kunden ihre Einlagen bei Banken und Sparkassen kündigten.

Am 9. Juli signalisierte die Danatbank den anderen Großbanken offiziell ihre Zahlungsunfähigkeit, und auch die Dresdner Bank mußte zwei Tage später sich zahlungsunfähig erklären. Um eine vollständige Paralyse des Bank- und Kreditsystems zu verhindern, griffen Reichsbank und Reichsregierung mit sehr weitgehenden Maßnahmen ein. Sie hatten schon seit Anfang Juli mit führenden Bankiers in engem Kontakt gestanden. Auch zwischen den Bankiers gab es Fühlungen.

Die wichtigsten unmittelbaren staatlichen Maßnahmen waren die Verordnung von Bankfeiertagen, die Einrichtung der Akzept- und Garantiebank, welche gegenüber der Reichsbank Bürgschaften für Wechsel der Banken und Sparkassen übernahm, und die Devisenzwangswirtschaft. Hinzu kamen Bemühungen der Reichsbank und der Regierung, einen Konsens mit den Regierungen und Zentralbanken anderer Länder und mit der Bank for International Settlements zu finden, sowie seit Herbst 1931 Maßnahmen zur Rekonstruktion des Bankenapparates.

Im Bericht des Vorstandes der DD-Bank für 1931 wurde die Zuspitzung der Krise reflektiert. Die Bedeutung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und die Rückwirkung von Antikrisenmaßnahmen auf internationale ökonomische Beziehungen wurde dabei hervorgehoben. Es heißt: "Die Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die aus ihr entstandene Unzufriedenheit der Massen verursachte in fast allen Ländern eine Schwächung der Stellung der Regierungen. Staatliche Maßnahmen erzielten oft nur Augenblickswirkungen und konnten um so weniger etwas Dauerhaftes zur Überwindung der Weltkrise beitragen, als dabei die nationalen Gesichtspunkte in einer Weise entscheidend waren, daß die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Welthandelsländern nur noch weiter erschwert wurde. Die Lösung der weltwirtschaftlichen Fragen, von der die Wohlfahrt der Länder heute so entscheidend abhängt, ist noch mehr als in den vorausgegangenen Jahren zum politischen Problem geworden."¹⁰

I. Die Entwicklung der DD-Bank in der Krise

Die Bilanzsumme der DD-Bank nahm erst seit 1931 ab. Der Rückgang setzte sich auch noch 1932 und 1933 fort. Interessant ist jedoch, daß sie ihren Anteil an der zusammengefaßten Bilanzsumme der Berliner Großbanken schon 1932 steigern konnte. Daraus kann man schlußfolgern, daß die übrigen Kreditinstitute mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten.

Die Umsätze der Bank entwickelten sich in der Krise rückläufig. Obwohl sich in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seit dem II. Halbjahr 1932 ein Aufwärtstrend abzeichnete, kam die Schrumpfung des Umsatzes der DD-Bank erst 1933 zum Stillstand. Vor allem die Devisenbewirtschaftung und der weiter anhaltende Rückgang des Außenhandels hatten 1933 zu einem weiteren Abflachen des Devisen- und Remboursgeschäftes geführt.

Die Veränderungen in den Aktiven und Passiven lassen sich auf das Verhalten der Kundschaft sowie auf staatliche Maßnahmen zur Reorganisation des Bankenapparates und auf

¹⁰ Geschäftsbericht für 1931, S. 13.

Dispositionen der Geschäftsleitung zurückführen. Der Kreditorenbestand betrug 1929 4.729 Mill. RM und 1933 nur noch 2.610 Mill. RM. Im Jahre 1929 waren davon insgesamt 1.823 Mill. RM in ausländischem Besitz, und bei 1.406 Mill. RM handelte es sich um Fremdwährung. 1933 hatten die ausländischen Kreditoren sich auf 403 Mill. RM verringert, davon waren nur noch 273 Mill. RM in fremder Währung.¹¹

Das meiste davon unterlag dem Deutschen Kreditabkommen, also den Stillhaltevereinbarungen. Der Rückgang der Währungsgelder ist nur teilweise durch Rückzahlungen zu erklären. Ein anderer Teil verminderte seinen Wert durch Kursrückgänge von Dollar und Pfund Sterling.

In einem Material, das im CDBB für die 1933 durchgeführte Bankenquete ausgearbeitet wurde, wurde versichert,¹² daß die aus den schwebenden Auslandsverpflichtungen bei plötzlicher Rückforderung drohenden Gefahren von den Banken rechtzeitig erkannt worden sind. Es heißt dort, daß sie die ihnen von ausländischen Banken eingeräumten Kreditfacilitäten systematisch herabgeschraubt und die ihnen gesetzten Limite nur noch teilweise ausgeschöpft haben. Der Abbau der Auslandsverschuldung setzte bereits im März 1930 ein. Die Rembourskredite, welche der DD-Bank im Ausland zur Verfügung standen, wurden im Frühjahr 1931 durch Kündigungen um ca. 16 Prozent gekürzt.¹³ Ihr Ausnutzungsgrad, der 1929 und 1930 ca. 55 Prozent betragen hatte, lag 1931 nur noch bei ca. 35 Prozent.¹⁴ In den folgenden Jahren gingen die benutzten Rembourskredite noch weiter zurück - entweder aufgrund von Rückzahlungen oder von Kursrückgängen fremder Währungen.

1931 und 1932 überstiegen die Forderungen in fremden Währungen die Valutaverpflichtungen der DD-Bank. 1933 hielten sich beide Positionen die Waage.

Die Abgänge an Kreditoren waren Anlaß, bei den Kunden auf Rückzahlung von Krediten zu drängen. An diesem Punkt begann sich eine der Schwächen des deutschen Kreditmarktes auszuwirken. Die Banken hatten kurzfristig geborgte Mittel langfristig weitergegeben bzw. es hatte sich im nachhinein die Langfristigkeit der Anlage herausgestellt. Die Kunden waren nicht in der Lage, zum Termin oder in der geforderten Höhe zurückzuzahlen. Hierzu äußerte sich E. Mosler, Vorstandsmitglied der DD-Bank, bei einer Anhörung als Sachverständiger vor dem Untersuchungsausschuß für das Bankwesen: "Man war sich namentlich unter dem Schutze der damals herrschenden Bankfeiertage darüber klar und bei sehr vielen Banken und Bankgeschäften darüber im reinen, daß es unmöglich sei, diese Gelder jetzt einfach aus der Wirtschaft herauszuziehen, und zwar um deswillen nicht, weil man die Wirtschaft damit in Verlegenheit bringen und damit eine weitere Verringerung des Geschäftsbetriebs, eine weitere Schrumpfung der Wirtschaft herbeiführen müsse..."¹⁵

Von Ausnahmen abgesehen sei man nur an zahlungsfähige Debitoren herangetreten. Auch aus Anweisungen des Filialbüros an die Zweigniederlassungen bzw. aus Aktennotizen, die im Juli 1931 abgefaßt wurden, geht hervor, daß zwar verstärkt auf eine Mobilisierung der

11 Wenn nicht anders angegeben, basieren diese und die folgenden Zahlen auf den Geschäftsberichten für die entsprechenden Jahre.

12 BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21676, Bl. 271 f. "Materialien zur Geschichte des privaten Bankgewerbes in der Nachkriegszeit".

13 BArch P, Deutsche Bank, Bd. RA 614, Bl. 144 f. Rembours-Abteilung v. 24.5.1934.

14 Berechnet nach ebenda.

15 BArch P, Deutsche Reichsbank, Bd. 6927, Bl. 136, Mosler, Sitzung des Untersuchungsausschusses für das Bankwesen 23.11.1933.

Die Reaktion auf die Bankenkrise von 1931

gegebenen Kredite gedrängt wurde und daß die Filialen an die Kunden herantreten sollten, aber von einer sofortigen Kündigung sollte Abstand genommen werden.¹⁶ Der Debitorenbestand der DD-Bank betrug am Ende des Jahres 1929 ca. 3.103 Mill. RM. 1931 war er auf ca. 2.325 Mill. RM gesunken. Bis Ende 1935 hatte sich der Bestand gegenüber 1929 auf die Hälfte verringert. Vor allem in den Jahren 1930 und 1931 hatte der Abbau der Debitoren nicht Schritt mit der Abberufung der Kreditoren gehalten. Erst 1932 näherte sich das Tempo des Abbaus beider Bilanzposten einander an.

Bereits nach der Fusion mit der Disconto-Gesellschaft wurden neue Gesichtspunkte für die Bearbeitung von Krediten ausgearbeitet. Alle Konsortialkredite wurden im Sekretariat behandelt, außerdem noch alle Kommunalkredite, deren Charakter über kurzfristige Überbrückungs- und Geschäftskredite hinausging. Bei den sonstigen Krediten war dem Sekretariat Kenntnis zu geben, wenn Quotenfragen im Finanzierungsgeschäft tangiert wurden oder wenn sich aus dem Kreditgeschäft später ein Emissionsgeschäft ergeben würde.¹⁷ Später, im Mai 1930, wurde veranlaßt, daß alle neuen Kredite von 1 Mill. RM aufwärts dem Generalsekretariat täglich zur Kenntnis zu geben sind.¹⁸

Die Kontrolle durch das Kreditbüro der Zentrale wurde im Oktober 1930 verschärft. Unter anderem sollten, wo möglich, Kredite abgebaut, Valuten-Bar-Kredite nur bei Rückzahlung von 20 Prozent des Betrages verlängert werden. Außer Saisonkrediten wurden keine neuen Kredite mehr vergeben und Kommunalkredite streng kontrolliert.¹⁹ In der Bankenkrise gab es dann genaue Anweisungen zur Mobilisierung von Krediten durch Wechsel.²⁰ Die Krise jedoch bedingte bis einschließlich 1932 erhebliche Rückstellungen und Abschreibungen an Krediten. Erst 1933 begann sich die Situation zu ändern. "Auf der einen Seite gibt wachsender Geschäftsumfang vielen Unternehmungen Veranlassung, nunmehr auf bei den Banken in Reserve gehaltene eigene Mittel zurückzugreifen und darüber hinaus sich um neuen Kredit zu bemühen. Auf der anderen Seite hat die wirtschaftliche Erholung aber noch nicht den Punkt erreicht, in dem die Steigerung der Geschäftstätigkeit und mit ihr die Verbesserung der Gewinne und Einkommen oder private Kapitalbildung bei den Banken in Gestalt zunehmender Einlagen sich niederschlägt. Es ergibt sich hieraus, daß für eine gewisse Übergangszeit der Tendenz wachsender Debitoren eine solche schrumpfender, zum mindesten aber noch nicht wachsender Kreditoren gegenübersteht."²¹

In den Krisenjahren hatte sich auch die Fälligkeit der fremden Mittel verändert. 1931 waren fast die Hälfte der fremden Mittel der DD-Bank innerhalb von 7 Tagen und fast weitere 30 Prozent bis zu 3 Monaten fällig gewesen.²² Hinzu kam, daß insgesamt bei der Vergabe Großkredite überwogen hatten. Als Sicherung hatten häufig Effekten gedient, deren Verwertbarkeit in der Krise durch den Rückgang der Kurse beeinträchtigt worden war.

Die Liquidität nahm ab. Die Barliquidität betrug Ende 1929 9,2 Prozent und sank bis Ende 1932 auf 6,7 Prozent, die erweiterte Barliquidität von 29,7 Prozent für 1929 ging auf

¹⁶ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 24046, Bl. 143, 234 ff.

¹⁷ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21136. Sekretariatsinstruktionen über Kredite, passim.

¹⁸ Ebenda, Bl. 24.

¹⁹ Ebenda, passim.

²⁰ Ebenda, Bl. 33.

²¹ Geschäftsbericht für 1933.

²² Berechnet nach: Geschäftsbericht für 1931.

11,7 Prozent im gleichen Zeitraum zurück, und die Gesamtliquidität von 41 Prozent für 1929 betrug 1932 nur noch 31 Prozent.²³

Auf der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der DD-Bank im März 1932 wurde dem Antrag des Vorstandes stattgegeben, das Grundkapital der Gesellschaft mit rückwirkender Kraft für die Bilanz per 31.12.1931 von 285 Mill. RM auf 144 Mill. RM herabzusetzen. Es wurde dabei Gebrauch von einer Verordnung des Reichspräsidenten über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form gemacht, die Teil des staatlichen Krisenmanagements war. Die Herabsetzung geschah in folgender Weise: Von den der Bank gehörenden Aktien in Höhe von nom. 105 Mill. RM wurden nom. 33 Mill. RM eingezogen und vernichtet. Der andere Teil des Aktienkapitals von 180 Mill. RM wurde auf 72 Mill. RM herabgesetzt, und den Aktionären wurden dafür neue Aktien ausgehändigt. Die noch im Besitz verbliebenen Aktien in Höhe von nom. 72 Mill. RM wurden "gemäß einem zwischen einem Konsortium unter Führung der Deutschen Treuhand-Gesellschaft und der Gesellschaft (d.h. der DD-Bank - K.L.) abgeschlossenen Vertrage vom 19. März 1932 zum Preise von 115 Prozent,... an das Konsortium verkauft".²⁴ Dieses war verpflichtet, nom. 36 Mill. RM Aktien zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen. Die Deutsche Golddiskontbank übernahm Aktien in Höhe von nom. 50 Mill. RM und Industriekreise übernahmen 22 Mill. RM.²⁵ Im Jahre 1933 setzte die DD-Bank ihr Kapital erneut herab, nachdem sie ein Grundstück an das Reich veräußert hatte und als Gegenwert dafür unter anderem nom. 14 Mill. RM eigene Aktien aus dem Besitz der Deutschen Golddiskontbank zurückerhielt.²⁶ Um diesen Betrag verringerte sich also schon 1933 die Beteiligung der Deutschen Golddiskontbank. 1933 betrug das Aktienkapital der DD-Bank nur noch 130 Mill. RM. Der Reservefonds betrug 1933 25,2 Mill. RM gegenüber 160 Mill. RM 1929.

Es fragt sich, wie hoch die Verluste der DD-Bank in der Krise waren und wie diese gedeckt werden konnten. Nach einer 1934 in der Reichsbank angestellten Berechnung betragen die Abschreibungen insgesamt 482 Mill. RM, davon waren ca. 360 Mill. RM Abschreibungen und Rückstellungen auf Debitoren, 75 Mill. RM auf Effekten und 30 Mill. RM auf Zinsen und Gebühren. Die Bank deckte etwa 425 Mill. RM Verluste aus eigener Kraft. Mit Hilfe der öffentlichen Hand wurden 57 Mill. RM gedeckt.²⁷ Für die Dresdner Bank sowie die Commerz- und Privat-Bank mußte der Staat weitaus mehr aufwenden. Nur die Berliner Handels-Gesellschaft war in der Lage, selbst ihre Verluste auszugleichen.

Die Aktienübernahme durch die Deutsche Golddiskontbank war nicht die einzige Form der Hilfe. Die DD-Bank übertrug einen Teil ihrer ausstehenden und nicht realisierbaren Forderungen auf die Tilgungskasse für gewerbliche Kredite (Tilka). Diese war 1932 gemeinsam von Reichsbank und Deutscher Golddiskontbank gegründet worden. Die Banken konnten Forderungen bei ihr einbringen und diese als Aktiva in ihren Bilanzen einsetzen.

²³ Berechnet nach den Geschäftsberichten für 1929 und 1932.

²⁴ BArch P, Zulassungsstelle an der Berliner Börse, Bd. 1179, Bl. 264. Protokoll 23.3.1932.

²⁵ M. Pohl, Konzentration im deutschen Bankwesen (1848-1980), Frankfurt a.M. 1982, S. 388.

²⁶ Geschäftsbericht für 1933, S. 10.

²⁷ BArch P, Deutsche Reichsbank, Bd. 6918, S. 136 ff. "Die Krisenverluste im privaten und öffentlichen Bankwesen" 20.1.1934.

II. Kreditkontrolle und Zinsabbau

Weitere Schritte zur Überwindung der Bankenkrise wurden sowohl von staatlicher Seite als auch von den Banken in den Monaten nach Beendigung der unmittelbaren Krisenereignisse unternommen. Kapital- und Geldmarkt blieben aber noch sehr lange gestört. Für die Reorganisation des Bankwesens war die Aktienrechtsreform, die im September 1931 als Notverordnung verkündet wurde, von Bedeutung. Sie enthielt Einschränkungen zum Erwerb eigener Aktien und Vorschriften zur Rechnungslegung und Kontrolle.

Seit August 1931 bereitete die Reichsregierung die Einführung einer Bankenaufsicht vor und berief ein Sachverständigenkomitee, dem unter anderen Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft und der Großbanken angehörten. Mitglieder des Komitees waren auch die früheren Finanzminister Rudolf Hilferding und Bernhard Dernburg. Besonders Dernburg richtete eine Reihe scharfer Vorwürfe an die Adresse der Banken²⁸, die auch später in der Bankenquete wiederholt wurden.

Im September 1931 wurde dann, ebenfalls durch eine Notverordnung, eine Aufsicht eingeführt, und dazu wurden zwei Institutionen geschaffen, ein Kuratorium für das Bankgewerbe bei der Reichsbank und der Reichskommissar für das Bankgewerbe, der dem Reichswirtschaftsminister zugeordnet wurde. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte gegenüber dem CDBB auf einer Bankenaufsicht bestanden.²⁹

Ende September 1931 nahm der Ausschuß des CDBB zu dieser Notverordnung Stellung, die seiner Meinung nach weitgehende Eingriffe in das Bankwesen enthielt. In diesem Zusammenhang äußerte er sich auch über die Ursachen der Krise: "Es wurde (vom Ausschuß des CDBB - K.L.) die Ansicht vertreten, dass es sich hier um ein reines Gelegenheitsgesetz handele, dessen Erlassung auf einer grundsätzlich missverständlichen Beurteilung der Vorgänge und Entwicklungen beruhe, die zu den Ereignissen des Juli geführt haben. Die allgemeine Illiquiditätskrise, welche damals eingetreten sei, habe ihre Ursache nicht in den Verlusten, die einzelne Bankunternehmungen durch Missgriffe in der Kreditgewährung erlitten hätten, sondern zu einem viel wesentlicheren Teile darin, dass durch Fehler der öffentlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Bankdebtoren, industrieller und kommerzieller Unternehmungen, namentlich aber auch der Gemeinden und Länder zerstört worden sei und dass die Restriktionspolitik der Reichsbank in der Krisen-Epoche auch den vorsichtigst geleiteten Bankinstituten die Möglichkeit genommen habe, dem Ansturm der ausländischen und inländischen Kreditoren zu widerstehen."³⁰

Die Eingriffe waren aber dann nicht so tief, wie vom CDBB befürchtet. Bereits auf der ersten Sitzung des Kuratoriums für das Bankgewerbe am 8.10.1931³¹ wurde festgelegt, daß der Bankenkommissar grundsätzlich davon absehen soll, in privatrechtliche Beziehungen zwischen Banken und Kreditnehmern einzugreifen. Er sollte die allgemeine Kreditpolitik unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflussen. Mit Rücksicht auf die schwierige

²⁸ Vgl. *Born*, a.a.O. S. 156 ff.

²⁹ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21662, Bl. 253. Bericht. Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des CDBB 1.9.1931.

³⁰ BArch P, Bd. 21665, Bl. 39 f. Bericht. CDBB 30.9.1931.

³¹ Vgl. BArch P, Deutsche Reichsbank, Bd. 6925, Bl. 83. Tewaag (CDBB), "Die Zerrüttung des Geld- und Kapitalmarktes".

Lage des Kreditgewerbes und wegen möglicher unerwünschter wirtschaftspolitischer Rückwirkungen wurde auf weitergehende Maßnahmen verzichtet.

Seit Herbst 1931 wurden im privaten Bankgewerbe die Kräfte aktiver, die auf eine Selbstregulierung des Kreditmarktes hinwirkten. So faßte zum Beispiel der Ausschuß des CDBB im Dezember den Beschluß, die Mitgliedschaft im Centralverband von der Bereitschaft abhängig zu machen, sich einer Revision der Depotbestände zu unterziehen.³²

Im Mittelpunkt der Bemühungen standen Kontrollen über Kredite und kartellmäßige Absprachen über Zinsen und Provisionen. Die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) und der CDBB setzten sich dafür ein, auch andere Spitzenverbände der Kreditinstitute einzubeziehen.

Aus den Quellen geht hervor, daß bereits 1928 in der Stempelvereinigung überlegt wurde, eine Stelle zur Kontrolle von Krediten zu schaffen. Damals überwogen die Bedenken. Einige Banken hatten unliebsame Reaktionen ihrer Kunden befürchtet. Man glaubte auch nicht, daß ein zuverlässiges Bild der Kreditvergabe entstehen konnte, da nicht alle inländischen und schon gar nicht alle ausländischen Gläubiger erfaßt werden konnten. Aber in der DD-Bank war man schon 1930 davon überzeugt, daß man über diese Bedenken hinwegkommen konnte. Jedoch neigte man eher dazu, als Kontrollmaßnahme die Revision der kreditnehmenden Firmen einzuführen.³³

Anderthalb Jahre später war man auch im Vorstand der DD-Bank zu der Auffassung gekommen, daß die Einrichtung einer zentralen Kreditkontrolle von erheblichem Nutzen für die Zukunft sein könne.³⁴ Da auch andere, in der genutzten Quelle nicht konkret genannte Seiten eine Kreditkontrollstelle befürworteten, beabsichtigte Mosler, die Angelegenheit in der Stempelvereinigung erneut zur Diskussion zu stellen.³⁵ Dem Schreiben wurden die bereits 1928 aufgestellten Grundsätze beigelegt.³⁶ Danach war die Stelle als eine zentrale Einrichtung für ganz Deutschland gedacht, um die von inländischen, gewerbsmäßigen Darlehnsgebern gewährten Kredite von einer bestimmten Höhe an möglichst vollzählig zu erfassen. Die Mitglieder sollten verpflichtet werden, ihr Namen und Sitz der Kunden mitzuteilen, denen sie Kredite in irgendeiner Form, gleichgültig in welcher Währung und unabhängig davon, ob gedeckt oder nicht, im Betrag von 100.000 RM und mehr gewährt hatten. Auch die Zahl der inländischen, gewerbsmäßigen Kreditgeber sollte angegeben werden, von denen das Mitglied wußte, daß sie dem gleichen Schuldner Kredite gewährt hatten, welche die angegebene Grenze überschritten.

Die Kreditkontrollstelle sollte zu strengster Diskretion verpflichtet werden. Auskünfte habe sie nur an ihre Mitglieder zu erteilen und "nur über solche Kreditnehmer, bezüglich deren das betreffende Mitglied gemeldet hat, dass es selbst bereits einen Kredit von RM 100.000.- oder mehr gegeben habe."³⁷ Die Auskunftspflicht erstreckte sich jedoch nur auf die Zahl der vorliegenden Kreditverbindungen.

32 BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21663, Bl. 106. CDBB. Brief an seine Mitglieder 21.3.1932.

33 BArch P, Bd. 24186, Bl. 16 f. Blinzig 4.8.1930.

34 BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21663, Bl. 77. Stempelvereinigung an CDBB 11.2.1932.

35 BArch P, Berliner Handels-Gesellschaft, Bd. 15041, Bl. 130. Mosler u. Keßler an Mitglieder der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers 30.1.1932.

36 Anlage zu ebenda, Bl. 131-133.

37 Ebenda, Bl. 132.

In den Grundsätzen war daran gedacht worden, alle Mitglieder des Reichsanleihe-Konsortiums und dessen Unterbeteiligte, also auch öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, zum Beitritt zur Kontrollzentrale aufzufordern. Von der Zustimmung der Mitglieder des Konsortiums sollte auch die Konstituierung einer solchen Kontrollstelle überhaupt abhängig gemacht werden. Ausdrücklich hieß es auch: "Die Aufnahme von ausländischen Kreditinstituten als Mitglied kommt nicht in Frage."³⁸ Man gedachte, ein Vorstandsmitglied der Bank des Berliner Kassen-Vereins mit der Leitung zu betrauen.

Die Aussprache in der Stempelvereinigung im Februar 1932 ergab, daß die 1928 erhobenen Bedenken inzwischen weggefallen waren. Die Stempelvereinigung richtete also an den CDBB die Bitte, daß dieser mit allen am Zinsabkommen beteiligten Spitzenverbänden verhandle, und fügte wiederum Grundsätze bei, die aber gegenüber denen von 1928 erheblich modifiziert worden waren.³⁹

So sahen die Grundzüge von 1928 nur die Meldung von gewährten Krediten vor, 1932 von zugesagten und gewährten. 1928 wäre die effektive Höhe der gewährten Kredite nicht mitzuteilen gewesen. Auch interessierte damals nicht die Art des Kredits. Dagegen sahen die Grundsätze von 1932 vor, daß die effektive Höhe der Kredite getrennt nach a) Bar-, Akzept- und Rembourskrediten (in einer Summe), b) Diskontkrediten und c) nach Avalkrediten zu melden sei.

Die Grenze, von der an Kredite meldepflichtig waren, sowie die Frage der Deckung blieben 1932 gegenüber 1928 unverändert.

Dagegen sollte die Auskunftspflicht der Kontrollstelle erheblich erweitert werden. War 1928 vorgesehen, daß lediglich die Zahl der ihr aus vorliegenden Meldungen bekannt gewordenen anderen Kreditverbindungen an Mitglieder weitergegeben werden sollte, so sollte sie 1932 verpflichtet werden, über Zahl und Gesamtbetrag in jeder der oben genannten Kreditgruppen zu informieren.

Auch der Kreis der vorgesehenen Mitglieder wurde verändert. Neben inländischen Banken und Bankfirmen, einschließlich der öffentlich-rechtlichen, waren 1932 auch die Spitzenverbände, die am Zinsabkommen beteiligt waren, vorgesehen. Eine Mitgliedschaft ausländischer Kreditinstitute kam wiederum nicht in Frage. Die Informationen sollten nur unter den am Zinsabkommen beteiligten Spitzenverbänden ausgetauscht werden.

Am 20.4.1932 kam es zu einer Besprechung der Stempelvereinigung mit anderen regionalen Bankenvereinigungen.⁴⁰ Mosler wies die Teilnehmer darauf hin, daß auch von staatlicher Seite und auch von der Reichsbank erheblicher Wert auf die Evidenzzentrale gelegt werde. Die Meinungen waren unterschiedlich. M.M. Warburg, i.Fa. M.M. Warburg & Co., Hamburg, sprach sich für eine Bilanzprüfung als Voraussetzung für Kredite aus. Er wiederholte seine Bedenken von 1928. Die Kontrolle durch eine Zentrale sei zu lückenhaft. Andere Teilnehmer waren zwar grundsätzlich für die Schaffung einer Kontrollstelle, betonten aber, daß die gewonnenen Informationen öffentlichen Stellen nicht zugänglich gemacht werden sollten. Das war dann auch der Grund, weshalb das private Bankgewerbe die Initiative in der ganzen Angelegenheit ergriffen hatte. Es wurde in dieser Beratung beschlossen, daß die Nichtberliner Bankenvereinigungen noch einmal die Sache prüfen sollten. Die Diskussion unter Ban-

³⁸ Ebenda.

³⁹ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21663, Bl. 77-79.

⁴⁰ Ebenda, Bl. 137-139. Bericht über die Sitzung vom 20.4.1932.

In den Grundsätzen war daran gedacht worden, alle Mitglieder des Reichsanleihe-Konsortiums und dessen Unterbeteiligte, also auch öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, zum Beitritt zur Kontrollzentrale aufzufordern. Von der Zustimmung der Mitglieder des Konsortiums sollte auch die Konstituierung einer solchen Kontrollstelle überhaupt abhängig gemacht werden. Ausdrücklich hieß es auch: "Die Aufnahme von ausländischen Kreditinstituten als Mitglied kommt nicht in Frage."³⁸ Man gedachte, ein Vorstandsmitglied der Bank des Berliner Kassen-Vereins mit der Leitung zu betrauen.

Die Aussprache in der Stempelvereinigung im Februar 1932 ergab, daß die 1928 erhobenen Bedenken inzwischen weggefallen waren. Die Stempelvereinigung richtete also an den CDBB die Bitte, daß dieser mit allen am Zinsabkommen beteiligten Spitzenverbänden verhandele, und fügte wiederum Grundsätze bei, die aber gegenüber denen von 1928 erheblich modifiziert worden waren.³⁹

So sahen die Grundzüge von 1928 nur die Meldung von gewährten Krediten vor, 1932 von zugesagten und gewährten. 1928 wäre die effektive Höhe der gewährten Kredite nicht mitzuteilen gewesen. Auch interessierte damals nicht die Art des Kredits. Dagegen sahen die Grundsätze von 1932 vor, daß die effektive Höhe der Kredite getrennt nach a) Bar-, Akzept- und Rembourskrediten (in einer Summe), b) Diskontkrediten und c) nach Avalkrediten zu melden sei.

Die Grenze, von der an Kredite meldepflichtig waren, sowie die Frage der Deckung blieben 1932 gegenüber 1928 unverändert.

Dagegen sollte die Auskunftspflicht der Kontrollstelle erheblich erweitert werden. War 1928 vorgesehen, daß lediglich die Zahl der ihr aus vorliegenden Meldungen bekannt gewordenen anderen Kreditverbindungen an Mitglieder weitergegeben werden sollte, so sollte sie 1932 verpflichtet werden, über Zahl und Gesamtbetrag in jeder der oben genannten Kreditgruppen zu informieren.

Auch der Kreis der vorgesehenen Mitglieder wurde verändert. Neben inländischen Banken und Bankfirmen, einschließlich der öffentlich-rechtlichen, waren 1932 auch die Spitzenverbände, die am Zinsabkommen beteiligt waren, vorgesehen. Eine Mitgliedschaft ausländischer Kreditinstitute kam wiederum nicht in Frage. Die Informationen sollten nur unter den am Zinsabkommen beteiligten Spitzenverbänden ausgetauscht werden.

Am 20.4.1932 kam es zu einer Besprechung der Stempelvereinigung mit anderen regionalen Bankenvereinigungen.⁴⁰ Mosler wies die Teilnehmer darauf hin, daß auch von staatlicher Seite und auch von der Reichsbank erheblicher Wert auf die Evidenzzentrale gelegt werde. Die Meinungen waren unterschiedlich. M.M. Warburg, i.Fa. M.M. Warburg & Co., Hamburg, sprach sich für eine Bilanzprüfung als Voraussetzung für Kredite aus. Er wiederholte seine Bedenken von 1928. Die Kontrolle durch eine Zentrale sei zu lückenhaft. Andere Teilnehmer waren zwar grundsätzlich für die Schaffung einer Kontrollstelle, betonten aber, daß die gewonnenen Informationen öffentlichen Stellen nicht zugänglich gemacht werden sollten. Das war dann auch der Grund, weshalb das private Bankgewerbe die Initiative in der ganzen Angelegenheit ergriffen hatte. Es wurde in dieser Beratung beschlossen, daß die Nichtberliner Bankenvereinigungen noch einmal die Sache prüfen sollten. Die Diskussion unter Ban-

³⁸ Ebenda.

³⁹ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21663, Bl. 77-79.

⁴⁰ Ebenda, Bl. 137-139. Bericht über die Sitzung vom 20.4.1932.

kiers dauerte offensichtlich noch längere Zeit an. Schließlich wurde im Reichsgesetz über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934⁴¹ festgelegt, daß die Kontrolle an eine staatliche Instanz gebunden wurde. Die Kreditinstitute hatten die Kreditteilnehmer, deren Gesamtverschuldung bei dem einzelnen Kreditinstitut im Laufe eines Monats eine Million RM überstieg, sowie die von ihnen am Monatsende genommenen Kredite dem Reichskommissar für das Kreditwesen anzuzeigen.

Die Vorschriften über die Meldungen der Kreditnehmer an den Reichskommissar sowie über die Genehmigungspflicht für bestimmte Kredite durch den gesamten Vorstand und den Aufsichtsrat hielten sich nach Auffassung des Vorstands der DD-Bank in den "Grenzen des in unserer Organisation Möglichen und Erträglichen"⁴².

Auch die Bestrebungen, das Zinsniveau zu senken und zu neuen Zinsvereinbarungen zu gelangen, zogen sich lange hin. Dabei ging es vor allem um die Fragen, welche Folgen staatlich verordnete Maßnahmen für den Kreditmarkt haben konnten, zu welchem Zeitpunkt die Zinsen gesenkt werden sollten, wodurch die Banken geringere Zinseinnahmen kompensieren könnten, und um die Gleichbehandlung öffentlich-rechtlicher Banken, d.h. vor allem der Reichs-Kredit-Gesellschaft und der Preußischen Staatsbank (Seehandlung).

Bevor es zu gesetzgeberischen Maßnahmen kam, wurde die Zinsfrage in den an ihr interessierten Bankierskreisen diskutiert. In der DD-Bank trafen sich am 10.11.1931 Oscar Wassermann, Sprecher des Vorstands der DD-Bank, die Vorstandsmitglieder Mosler, Schlitter und Solmssen mit leitenden Männern der Berliner Handels-Gesellschaft, der Commerz- und Privatbank, der Darmstädter und Nationalbank, der Reichs-Kredit-Gesellschaft und des Bankhauses Mendelssohn & Co.⁴³ Wassermann informierte über die Zinssenkungspläne der Regierung und fragte, ob seitens der Banken, wenn es zu einer einheitlichen Auffassung gegenüber diesen Plänen käme, eine Initiative zur Abwehr ergriffen werden solle. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft unterbreitete den Anwesenden Thesen, in denen sie vor den negativen Folgen einer mit staatlichem Zwang durchgesetzten Herabsetzung der Zinsen unter anderem für die Kreditwürdigkeit im Ausland, die Sparneigung und Kapitalbildung im Inland eindringlich warnte.⁴⁴

Die Industrie- und Handelskammer Berlin hatte ebenso wie ein Sonderausschuß der Hypothekenbanken die Pläne bereits abgelehnt⁴⁵. Wie Solmssen darlegte, war der Ausgangspunkt für die geplanten staatlichen Eingriffe die Situation in der Landwirtschaft und am Grundstücksmarkt gewesen. Er verwies auf Informationen aus der Reichskanzlei, wonach die Absichten der Regierung nicht so weit gehen sollten, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt worden sei. Er sprach sich für Vereinbarungen der Banken über eine Normierung der Habenzinsen aus, die durch gesetzlichen Zwang gegenüber Außenseitern durchgesetzt werden sollten. Loeb, vom Bankhaus Mendelssohn & Co., sah die Realisierung dieses Vorschlages als schwierig an. Er war für individuelle Vereinbarungen. Von seiten der Darmstädter und

41 RGBI I, S. 1203.

42 BArch P, Deutsche Bank, Bd. 24285, Bl. 75. Rummel u. Mosler an Leiter der Filialen/Kopfstellen 11.12.1934.

43 BArch P, Berliner Handels-Gesellschaft, Bd. 15211, unfoliiert. Niederschrift über die Bankenbesprechung v. 10.11.1931.

44 Ebenda, Anlage (Thesen der Reichs-Kredit-Gesellschaft).

45 Ebenda, Niederschrift der Bankenbesprechung v. 10.11.1931.

Nationalbank kam der Einwand, daß es gefährlich sei, wenn Banken von sich aus zum damaligen Zeitpunkt eingestehen würden, daß überhaupt eine Senkung ihrer Zinsansprüche möglich sei. Wassermann nannte die Gesichtspunkte, die damals für die Möglichkeit einer Zinssenkung sprachen. Das waren unter anderen die völlige Absperrung des deutschen Geld- und Kapitalmarktes vom Ausland und die geschlossenen Börsen. Er setzte den Anwesenden auch auseinander, daß aus politischen Gründen eine Preissenkung nicht mehr allein durch Lohn- und Gehaltskürzungen zu schaffen war. Insgesamt einigten sich die Teilnehmer auf eine Ablehnung des Zinssenkungsprojekts der öffentlichen Hand. Wie Wassermann zusammenfassend darstellte, war jedoch hinsichtlich "positiver Ersatzvorschläge" keine Einigung erzielt worden, und "es sei überhaupt fraglich, ob es Sache des privaten Kreditbankgewerbes sei, Vorschläge bezüglich der Sanierung der Landwirtschaft oder einzelner Landschaften usw. zu machen."⁴⁶

Auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband lehnte prinzipiell eine Zwangskonversion festverzinslicher Werte ab. Da er jedoch eine Zinssenkung als im volkswirtschaftlichen Interesse liegend anerkannte, schlug er Absprachen unter den Partnern des Wettbewerbsabkommens im Kreditwesen unter Hinzuziehung der Reichsbank vor. Um den Absprachen Verbindlichkeit zu verleihen, sollten sie jedoch Gegenstand einer Notverordnung oder eines Gesetzes werden.⁴⁷

Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung, der am 23.11.1931 zu seiner Schlußsitzung in der Reichskanzlei zusammengetreten war, sprach sich ebenfalls für eine Senkung der Zinsen aus. Doch auch er setzte sich für freie Vereinbarungen der Kreditgeber ein. Seiner Meinung nach sollte die Reichsregierung den Abschluß solcher Absprachen mit Nachdruck fördern.⁴⁸ Eine Kommission des CDBB erarbeitete Ende November 1931 Grundsätze für Vereinbarungen zwischen den Verbänden des Kreditgewerbes.⁴⁹ Hierin wurde nochmals die Einmischung politischer Behörden abgelehnt.

Die Notverordnung vom 8.12.1931 betraf dann Anleihen mit einer Laufzeit von mindestens einem Jahr und legte die Senkung der Zinsen für festverzinsliche Werte von 8 Prozent auf 6 Prozent fest. Im Januar 1932 wurde zwischen den Spitzenverbänden der Kreditinstitute ein Mantelvertrag abgeschlossen. Als erstes wurden die Habenzinssätze gesenkt. Er sah für die von den Banken hereingenommenen Gelder Höchstsätze vor. Das heißt, daß es sowohl staatlich verordnete als auch privatwirtschaftliche Regulierungen gab.

Die späteren Reaktionen auf diese Maßnahmen, vor allem die Diskussionen in der Bank-enquete lassen erkennen, daß mit der Notverordnung vom 8.12.1931, welche den Kapitalmarkt betraf, die Probleme überhaupt nicht gelöst waren. So urteilte 1939 Carl Friedrich Goetz, Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank und zugleich Vorsitzender des Kapitalmarktausschusses der Deutschen Reichsbank: "Die am 1. Januar 1932 durchgeführte Zinskonversion der festverzinslichen Papiere von meist 8 Prozent auf 6 Prozent hat nicht die erhofften Wirkungen. Bei der Wiedereröffnung der Börse im April 1932 liegt die Effektivverzinsung der 6 prozentigen Rentenwerte immer noch über 12 Prozent. Die Kapitalneubil-

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21665, Bl. 48. Vorstand des CDBB 11.11.1931. Anlage: Maßnahmen zur Regelung der Zinspolitik.

⁴⁸ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 24047, Bl. 87-95. Bericht 23.11.1931.

⁴⁹ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21663, Bl. 33 ff. CDBB Notiz 21.11.1931.

dung ist nach wie vor minimal, so daß sich keine Möglichkeit für Neuemissionen eröffnet, sondern nur einige Umtauschemissionen...⁵⁰ Ende 1932 kam der CDBB zu der Einschätzung⁵¹, daß er stärker als zuvor in die Gestaltung von bankgewerblichen Zinskonditionen eingeschaltet wurde. Er wirkte mit bei Abkommen der Spitzenverbände. Durch die staatliche Normierung der Vereinbarungen konnten sie auch auf öffentliche Banken, Sparkassen und Genossenschaften ausgedehnt werden. Früher konnten Außenseiter nicht an Absprachen der Bankenkartelle gebunden werden. Damit sei das seit 1928 existierende Wettbewerbsabkommen unter staatliche Autorität gestellt worden. Der CDBB sah jedoch einen sehr großen Nachteil der Zwangseingriffe darin, daß Unterschiede in der Struktur, in den lokalen Verhältnissen, in der historischen Entwicklung, im Aufgabenkreis und in der Technik nicht berücksichtigt wurden. Er kritisierte auch, daß der Staat, der an den Geldmarkt unmittelbar herantrat, die von ihm selbst den Kreditinstituten auferlegten Höchstsätze überbot. Einen weiteren wichtigen Mangel sah er im Fehlen von Regelungen, die eine Verbindung des Geldmarktes mit Entwicklungen am Kapitalmarkt herstellten, ferner im Fehlen von Maßnahmen gegen den illegalen Geldhandel.

Eine weitere Senkung der Konditionen für Kredite wurde von verschiedenen Mitgliedern der Stempelvereinigung im Laufe des Jahres 1933 von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht. Sie forderten von der Regierung die steuerliche Gleichstellung der öffentlichen Kreditinstitute, eine Steuererleichterung für Kreditinstitute als Ausgleich für den Wegfall der Industriebelastung, die grundsätzliche Anerkennung, daß Abschreibungen auf Debitoren, die in der Krise erfolgen mußten, auf einen längeren Zeitraum verteilt werden konnten, sowie einen Ausgleich für Unkosten, die den Banken für eine Verkleinerung des übersetzten Kreditapparates entstehen würden⁵².

Der Gesetzgeber wurde also seitens der Banken stärker gefordert, um die von ihnen im Habenzinsabkommen getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen und um die Rentabilität der Banken "wiederherzustellen".⁵³.

Die geschäftliche Entwicklung des Bankwesens litt auch noch Ende 1933 nach wie vor unter der anhaltenden Enge des Kapitalmarktes. Im Geschäftsbericht der DD-Bank für 1933 findet sich die vorsichtige Einschätzung, daß die Effektenmärkte, insbesondere die Rentenmärkte, sich wieder belebt hätten, und es wird festgestellt: "Damit ist die Zinssenkung für langfristiges Kapital eingeleitet..."⁵⁴

Die Anstrengungen zur Senkung des Zinsniveaus hatten sich 1933 vor allem auf landwirtschaftliche Kredite und auf die Umschuldung der Gemeinden gerichtet.

Es zeigte sich in der Bankenquete, daß es kein Einvernehmen zwischen Reichsbank und privatem Bankwesen über das Ausmaß der Zinsregulierung durch den Staat gab. Mosler warnte dort Ende 1933 erneut vor zu starken Staatseingriffen, fand dagegen Worte des

50 BArch P, Deutsche Bank, Bd. 20995, Bl. 46. Reichsbank. Kapitalmarktausschuß 28.11.1939.

51 BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21676. Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe. Bankenquete, Bl. 317 f. Materialien.

52 BArch P, Berliner Handels-Gesellschaft, Bd. 15259, Bl. 273-276 (Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers. Niederschrift. 13.5.1933) u. ebenda, Bl. 306-317 (Vereinigung...Niederschrift. 21.6.1933).

53 Ebenda.

54 Geschäftsbericht für 1933, S. 9.

Lobes für die Offenmarktpolitik der Reichsbank⁵⁵, die ihr erst seit Oktober desselben Jahres per Gesetz zugestanden worden war. Im Generalsekretariat der DD-Bank kursierte 1934 eine Information, derzufolge Mosler im Zusammenhang mit beabsichtigten administrativen Zinssenkungen Hjalmar Schacht gegenüber, der seit 1933 Präsident der Reichsbank war, die Marginalie Friedrich des Großen erwähnte: "Das muss alles von selber geschehen. Denn wenn es befohlen wird, dann fällt das Vertrauen weg."⁵⁶

III. Auf der Suche nach Ursachen und Schlußfolgerungen

In die Vorbereitung und Durchführung der Bankenquete waren die Spitzenverbände der Wirtschaft, die Reichsbank, Vertreter der Ministerialbürokratie und Theoretiker einbezogen. Der CDBB brachte selbst Gesichtspunkte für die Befragungen ein. Banker der DD-Bank waren als Sachverständige bzw. Referenten vorgesehen. Die DD-Bank hatte unmittelbar nach der Bankenkrise dem CDBB eine Denkschrift zugeleitet. Aus ihr wird in einem Material ausführlich zitiert, das der CDBB für die Enquete erarbeitete.⁵⁷ Man kann daraus entnehmen, daß bereits in den Wochen der Bankenkrise als Ursache für das Desaster neben außenpolitischen Faktoren innenpolitische und binnenwirtschaftliche Gründe gesehen wurden. Die Reparationen wurden als Ursache für das hohe Zinsniveau angegeben. Es heißt dort auch, daß eine Reihe von wirtschaftspolitisch schweren Fehlern, zum Beispiel in der Steuerpolitik, die Kapitalbildung in Deutschland verhindert und Kapitalflucht bewirkt hatte. Der Anlaß für eine "überstürzte" Rationalisierung wurde in der Lohnpolitik gesehen. Dadurch wurde die Nachfrage nach Kapital in die Höhe getrieben. Nach Auffassung der Autoren des zitierten Materials mußte sich diese Entwicklung auch bei den Banken auswirken. Kritik wurde an der Politik der Reichsbank geübt. Das Festhalten der Reichsbank an den Deckungsgrundsätzen für die Reichsmark während der Krise bedeutete, "dass in entscheidender Stunde die Notenbank sich versagen musste, als letzte Liquiditätsgarantie der Banken zu fungieren."⁵⁸ Es wird dann weiter die Ansicht vertreten, daß die Krise in dem Augenblick überwunden war, als die Reichsbank mit dem schematischen Deckungsprinzip die Restriktionen aufgab und genügend Zahlungsmittel zur Verfügung standen.

Über die Konsequenzen dieses Schrittes hatten sich E. G. von Stauss, Vorstandsmitglied der DD-Bank, und O. Jeidels, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, bereits im Juli 1931 unterhalten. Das Reichsbankgesetz schrieb bei Unterschreitung der Deckungsgrenze eine Heraufsetzung des Diskontsatzes vor. Doch, wie Jeidels ermittelte, brauchte der Satz nicht soweit erhöht zu werden, daß die Wirtschaft durch die Zinslast erdrosselt würde, denn es "kann sogar auf Grund des eigenen Goldbestandes der Reichsbank, ohne Hinzurechnung der aus den Rediskontkrediten stammenden geliehenen Goldmengen, die erforderliche Geldzirkulation in Deutschland bequem aufrecht erhalten werden, ohne zu unerträglichen Zinssätzen zu führen... Die (in der BHG errechneten - K.L.) Zahlen scheinen mir doch zu

⁵⁵ BArch P, Deutsche Reichsbank, Bd. 6929, Bl. 322 f. Untersuchungsausschuß für das Bankwesen 19.12.1933.

⁵⁶ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21669, Bl. 443 a (Generalsekretariat 10.3.1934).

⁵⁷ BArch P, Deutsche Bank, Bd. 21676. Vgl. Anmerkung 12.

⁵⁸ Ebenda, Bl. 275.

beweisen, dass die vielfach ausgesprochene Behauptung, dass die Reichsbank am Ende ihrer Leistungsfähigkeit wäre, unzutreffend ist."⁵⁹

Nicht nur die Vertreter der DD-Bank, sondern auch andere Sachverständige und Referenten erklärten während der Enquete das Ausmaß der Krise mit Veränderungen, die in den zwanziger Jahren auf dem Kreditmarkt in Deutschland vor sich gegangen waren. Hierzu ist festzustellen, daß geschäftliche Fehldispositionen der Banken eine Rolle bei der Krise gespielt haben. Aber diese Fehldispositionen wogen so schwer, weil die Struktur und die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes, das Verhältnis der Zinsen für kurz- und langfristige Gelder sich ungünstig entwickelt hatten. Hinzu kam, daß die Industrie finanziell eigenständiger geworden war, d.h. es hatten sich große Industriefirmen etabliert, die Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hatten.

Die in der Öffentlichkeit vor allem von rechtsradikaler Seite erhobene Forderung nach Verstaatlichung der Banken wurde in der Enquete zurückgewiesen. Das unmittelbare Ergebnis war das Kreditwesengesetz, das neben Bankenaufsicht, Berichtspflicht und Anzeigepflicht für Großkredite auch Lizenzzwang und Risikostreuung vorsah. Die Banken konnten auch zur Haltung von Liquiditätsreserven verpflichtet werden. Dies waren größtenteils Ziele, die auch von seiten der DD-Bank formuliert worden waren und die zum Teil nicht erst, nachdem die Bankenkrise auch ihr einen Schock versetzt hatte, als Problem erkannt wurden. Ihre Leiter betonten darüber hinaus mehrfach, daß es notwendig war, die Kosten der Bankgeschäfte zu senken.

Es zeigt sich, daß in der Zeit nach der Bankenkrise, die für die Überwindung ihrer Folgen gebraucht wurde, die DD-Bank wiederholt Initiativen startete und aktiv sowohl auf Vereinbarungen, die das Bankgewerbe selbst traf, als auch auf die gesetzliche Normierung Einfluß nahm. Dabei versuchte sie, den Staatseinfluß in Grenzen zu halten. In Anbetracht der Situation allerdings, die im Sommer 1931 herrschte, und der komplexen Verflechtung interner und externer Entwicklungen ist es sehr fraglich, ob es eine Alternative zu den staatlichen Eingriffen gegeben hat.

Von Jens Jäger (Hamburg)

I. Ein Blick in die "black box"

Die Photographie gehört zu den erfolgreichsten Innovationen des 19. Jahrhunderts. Innerhalb von nur zwanzig Jahren entstand eine neue, florierende Industrie mit in England allein über 2500 Beschäftigten in mehreren hundert Photoateliers. Nicht berücksichtigt wurden dabei jene Unternehmen, die direkt oder indirekt von dem neuen Gewerbe abhingen: Kamera- und Zubehörhersteller, Optiker, chemische Betriebe. Sowohl in Hinsicht seiner Wertschöpfung als auch im Hinblick auf Impulse, die von ihm auf andere Gewerbebranche ausgingen, ist das Photogewerbe so gut wie nicht systematisch untersucht worden.¹ Gemessen an den Steigerungsraten der Beschäftigten gehörte die Photographie zu den dynamischsten Gewerben überhaupt.² Seit 1841, dem Gründungsjahr der ersten Photoateliers in Europa und den USA, hatte deren Zahl stetig zugenommen. Um 1860 waren Photoateliers schon alltägliche Erscheinungen im Straßenbild jeder größeren Stadt.

Interesse an der Photographie zeigten bisher vornehmlich Kunsthistoriker, Technikhistoriker³, Literaturwissenschaftler und Soziologen.⁴ Dies nicht zuletzt deswegen, weil Photographie nur in Bezug auf Kunst oder Technik oder bestimmte wahrnehmungsgeschichtliche Themen von Bedeutung erschien.⁵ Wirtschaftsgeschichtlich hat die Photographie bisher kein

1 Ansätze zu solchen Forschungen liegen z.B. für England vor. Vgl. *D.E.H. Edgerton*, *Industrial Research in the British Photographic Industry 1879-1939*, in: *J. Liebenau (Hg.)*, *The Challenge of new Technology: Innovation in British Business since 1850*, Aldershot 1988, S. 106-134 (Business History Series) und *M. Prichard*, *The Rise of British Photographic Manufacturing 1839-c.1862*. Sources and Trends, in: *ders. (Hg.)*, *Technology and Art. The Birth and Early Years of Photography*, Bath 1990, S. 57-65.

2 Für England liefern die Census Reports seit 1851 Daten zu den Beschäftigtenzahlen. In diesem Jahr ist die sicherlich zu niedrige Zahl von 51 angegeben, 1861 waren es gut 2500 Personen und 1871 schon 4715. Diese Zahlen belegen das absolute Wachstum dieser Branche, und auch relativ zum Bevölkerungswachstum wuchsen diese Beschäftigtenzahlen.

3 Die Geschichte der Photographie als Technik im engeren Sinne ist schon früh untersucht worden. Zu nennen ist hier insbesondere *J. M. Eder*, *Geschichte der Photographie*, 4. Aufl., Halle/S. 1932. In der neueren Technikgeschichte ist dieses Interesse aber wenig ausgeprägt vgl. z.B. *W. König/W. Weber*, *Netzwerke und Strom 1840-1914*, Berlin 1990 (=Propyläen Technikgeschichte Bd. 4), S. 226-8 u. 527-531, gehen zwar kurz auf die Photographie ein, geben aber nur wenig mehr als eine knappe Erfindungsgeschichte.

4 Ein sehr wichtiger Beitrag von soziologischer Seite bildet: *P. Bourdieu u.a.*, *Eine illegitime Kunst*, Frankfurt a.M. 1981; *H. Scheurer*, *Zur Kultur- und Mediengeschichte der Fotografie*. Die Industrialisierung des Blicks, Köln 1987, repräsentiert eher einen neuen deutschen literatur- und kulturgeschichtlichen Ansatz; einen Überblick über anthropologische bzw. volkskundliche Arbeiten ist zu finden bei *R. N. Masteller*, *Photography as popular Culture*, in: *T. Inge (Hg.)*, *Handbook of American Culture*, Bd. 2, Westport-London 1980. Einen guten Literaturüberblick gewährt *G. Plumpe*, *Der tote Blick*. Zum Diskurs der Photographie in der Zeit des Realismus, München 1990 (zugl. Habil. Bochum).

5 Die Literatur zur Photographie ist trotz allem recht umfangreich. Unter den Historikern wäre besonders Alf Lüdtko zu nennen mit seinen Arbeiten zur Industriephotographie sowie *K. Tenfelde (Hg.)*, *Bilder von Krupp*. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter, München 1994.

Interesse gefunden,⁶ wohl nicht zuletzt auch deswegen, weil kaum quantifizierbare Daten über Kosten und Erlöse,⁷ Faktoreinsatz und Kapitalausstattung vorliegen. Ebensowenig kann Photographie beanspruchen, im Rahmen eines Führungssektors⁸ ein besonders auffälliges Gewerbe gewesen zu sein. Ein Blick auf dieses besonders dynamische, neue Gewerbe im 19. Jahrhundert erscheint aber aus mehreren Gründen interessant. Zunächst sind die kleineren Gewerbebezüge, die aber im Bewußtsein zeitgenössischer Beobachter den technischen Fortschritt ebenso symbolisierten wie die Dampfmaschine und die Eisenbahn, von der Forschung vergleichsweise weniger beachtet worden. Ihr kumulierter Beitrag am Wachstum und der Dynamik der Wirtschaft im 19. Jahrhundert dürfte aber beachtlich sein. Für Karl Marx zählte Photographie zu jenen Gewerben, die "entweder direkt auf der Grundlage der Maschinerie oder doch der ihr entsprechenden allgemeinen industriellen Umwälzungen" entstanden seien.⁹ Am Beispiel der Photographie kann auch gezeigt werden, welche außerökonomischen Faktoren - gerade in der Einführungsphase zu Beginn ihrer Diffusion - in hohem Maße für den Erfolg der Innovation beitrugen. Außerdem läßt sich gut dokumentieren, welche gesellschaftlichen Prozesse die Wahrnehmung der Photographie zusätzlich steuerten. Und schließlich kann auch dargelegt werden, wie der gesellschaftliche Diskurs Ziel und Richtung der technischen Fortentwicklung der Photographie beeinflusste. Ihr Beitrag ist von der bisherigen Forschung unterschätzt worden.

Das Wachstumspotential und die Konkurrenzfähigkeit von einzelnen Branchen, Sektoren und ganzen Volkswirtschaften werden in Abhängigkeit zu ihrer Innovationsfähigkeit gesehen.¹⁰ Während jedoch in der Wirtschaftswissenschaft und in der Wirtschaftsgeschichte vornehmlich über die technisch-organisatorischen Voraussetzungen und die wirtschaftlichen Folgen von Innovationen nachgedacht wird, werden jene Faktoren, die hier eingehend dargestellt werden, meist weniger ausführlich untersucht. Ist die historische Innovationsfor-

6 Vgl. Anm. 1. Hinzuweisen ist jedoch auf *L. Hoerner*, Das Photographische Gewerbe in Deutschland 1839-1914, Düsseldorf 1989 und *ders.*, Die Einführung der Photographie in den Metropolen und in der Provinz 1839-1860, in: *B. von Dewitz/R. Matz (Hg.)*, Silber und Salz: Zur Frühzeit der Photographie im deutschen Sprachraum 1839-1860, Köln 1989, S. 88-115.

7 Im Jahr 1862 schätzte Joseph Avenstein die Ertragsleistung der etwa 2000 in der Photographie Beschäftigten in Österreich auf jährlich 3 Millionen Gulden; diejenige der gut 2500 in England in der Photographie Beschäftigten auf 4,2 Millionen Gulden und diejenige der etwa 3000 in Frankreich in der Photographie Beschäftigten auf 5 Millionen Gulden. Die Zahlen sind entnommen: *U. Pohlmann*, "Harmonie zwischen Kunst und Industrie". Zur Geschichte der ersten Photoausstellungen (1839-1868), in: *Dewitz/Matz (Hg.)*, Silber und Salz, S. 506.

8 Als wichtigste Gewerbebezüge gelten gemeinhin für das 19. Jahrhundert das Textil-, Metall- und Baugewerbe. Vgl. *T. Pierenkemper*, Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert, München 1994, S. 21ff.

9 *K. Marx*, Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. 1 [Hamburg 1883], in: MEGA Bd. 8, Berlin (Ost) 1989, S. 433. Neben der Photographie nannte Marx Gaswerke, Telegraphie, Dampfschiffahrt und Eisenbahnwesen. Grundlage der Beobachtungen waren die Beschäftigtenzahlen aus der englischen Volkszählung von 1861.

10 Der technische Fortschritt wurde schon zu Beginn der Wirtschaftswissenschaften als wichtiger Faktor, besonders aber von Joseph A. Schumpeter als bedeutender Faktor in der Generierung und Beschleunigung wirtschaftlichen Wachstums gesehen. Vgl. auch: *Pierenkemper*, Gewerbe und Industrie, S. 97. Pierenkemper betont ebenfalls die große Bedeutung der "wissenschaftlich-technischen Revolution" für die Expansion der Wirtschaft im 19. Jahrhundert, vgl. ebda., S. 8.

schung in den letzten Jahrzehnten ständig erweitert worden, so ist dies für die Diffusion weniger der Fall.¹¹

Die Diffusion von Innovationen ist keineswegs selbstverständlich. Die Bereitschaft von Unternehmern, Innovationen zu übernehmen, wird meist als Kosten/Nutzen-Kalkül aufgefaßt,¹² was sicherlich einen guten Teil von Diffusionsprozessen erklären kann. Ein solcher Ansatz läßt sich nur schwer auf die Analyse einer Basisinnovation und deren Diffusion anwenden.¹³ Die Bereitschaft mit einem neuen Produkt oder technischen Verfahren auf den Markt zu treten, stützt sich lediglich auf die Annahme, daß ein genügend großes Nachfragepotential auf Konsumenten- bzw. Produzentenseite vorhanden ist. Die Größe dieses Potentials hängt u.a. davon ab, ob eine Innovation hinlänglich bekannt gemacht wird, Vertrauen in sie bzw. das neue Produkt gesetzt und ein genügend großer Kreis an Erstkäufern gefunden werden kann. Ein weiterer Faktor, der den Umfang des Nachfragepotentials mitbestimmt, ist sicherlich auch die Akzeptanz einer Innovationen in der Bevölkerung und damit auch bei potentiellen Abnehmern und Anwendern. Selten ergibt sich die Ablehnung oder positive Aufnahme einer Technik, Maschine oder eines Verfahrens allein aus deren praktischen Eigenschaften. Die Einstellung gegenüber einer neuen Technik ist von vielen nicht-ökonomischen Faktoren abhängig. Ihre Bewertung hängt davon ab, welchen Stellenwert Individuen oder Gruppen ihr gegenüber der Gesellschaft und ihrer Umwelt einräumen. Wird eine Innovation als unerwünscht oder gefährlich eingestuft, so wird sie weniger leicht angenommen, angewendet und diffundiert als eine "ungefährlichere" Alternative, unabhängig davon, ob sie objektiv betrachtet "gefährlich" ist oder nicht. Eine Untersuchung historischer Innovations- und Diffusionsprozesse, die diesen Voraussetzungen Rechnung tragen will, wird sich also kaum auf eine enge Sicht der Innovations- oder Erfindungsgeschichte beschränken können, eine Forderung, die schon vor Jahren im Rahmen einer Neuorientierung der Technikgeschichte erhoben wurde,¹⁴ sondern vielmehr möglichst viele Aspekte berücksichtigen müssen. Auf eine Klärung dieser Rahmenbedingungen zielt der vorliegende Aufsatz.¹⁵ Es wird im folgenden vorgeführt werden, welche Faktoren für die Innovation und

¹¹ Vgl. *N. Rosenberg*, Inside the black box. Technology and economics, Cambridge 1982, S. 19ff. Auch was z.B. die Verbreitung der Dampfmaschine in den deutschen Staaten betrifft, ist dies noch nicht erschöpfend untersucht worden, vgl. aber: *R. Banken*, Die Diffusion der Dampfmaschine in Preußen um 1830, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1993/2, S. 219-248.

¹² Diese Auffassung findet sich z. B. bei *A. Paulinyi*, Die Umwälzung der Technik in der Industriellen Revolution zwischen 1750 und 1840, in: *ders./U. Troitzsch*, Mechanisierung und Maschinisierung 1600 bis 1840, Berlin 1991 (= Propyläen Technikgeschichte Bd. 3), S. 465.

¹³ Vgl. *G. Erdmann*, Elemente einer evolutorischen Innovationstheorie, Tübingen 1993 (= Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften Bd. 80), S. 3. "Gerade Basisinnovationen, die mehr als kleine Verbesserungen bringen, entziehen sich der Optimierungslogik des individuellen Erwartungsnutzenmodells." Einen Überblick über die theoretischen Modelle, die Diffusion von Innovationen zu erfassen, liefert *J.S. Metcalf*, The diffusion of innovation: an interpretative survey, in: *G. Dosi/Ch. Freeman/R. Nelson u.a. (Hg.)*, Technical Change and economic theory, London 1988, S. 560-589.

¹⁴ Vgl. *U. Troitzsch/G. Wohlauf*, Einführung, in: *dies. (Hg.)*, Technikgeschichte. Historische Beiträge und neuere Ansätze, Frankfurt a.M. 1980, S. 10ff.

¹⁵ Ebda. In diesem Zusammenhang ist auf Plumpes Arbeit (vgl. Anm. 4) hinzuweisen, die die Verbindung zwischen ästhetischem, juristischen und literarischen Diskurs im Falle der Photographie hervorhebt. Die Untersuchung Plumpes zeigt, wie sehr sich die Diskurse gegenseitig beeinflussen und so die Auffassung von dem, was in den Augen der Zeitgenossen Photographie ausmachte, steuerten.

Diffusion der Photographie wichtig waren und unter welchen Voraussetzungen und Bedenken Photographie als Technik und neues Gewerbe akzeptiert wurde.

Wenn also die Einführungsphase der Photographie (d.h. etwa 1839 bis 1845/50) auf den folgenden Seiten einer Untersuchung unterzogen wird, so dürften sich in der Beurteilung der Photographie auch Argumentationsmuster finden lassen, die auf eine allgemeinere Haltung zu Innovationen, Technik und Maschinenwesen verweisen könnten.

Werfen wir zunächst aber einen Blick auf die Entwicklung des Gewerbes, wie es sich anhand der Zunahme an kommerziellen Photoateliers ableiten läßt. Der Kapitalaufwand zum Betrieb eines Ateliers läßt sich nur schwer schätzen, folgte man der Auffassung eines bayerischen Regierungsbeamten, so war dieser gering. "Wollten die zur Förderung industrieller Zwecke bestimmten Fonds noch zu Darlehen an Photographen verwendet werden, dann würde die Schaar hungriger Künstler bald ins Handelsministerium wallfahrten. Ausser den Kosten für Anschaffung einer Camera Obscura [die] sich etwa auf 200 - 250 fl. belaufen, braucht ein Photograph sehr wenig für den Betrieb seines Geschäftes; der Aufwand für ein Bild, welches 2 fl 42 kr. bis 15 fl kostet, beträgt höchstens 8 kr."¹⁶ Diese Einschätzung aus dem Jahr 1856 läßt jedoch außer acht, daß weit mehr als nur eine "Camera Obscura" notwendig war, um erfolgreich ein Atelier zu führen. Neben den Kosten für Miete, Chemikalien, Ausstattung und Personal mußte auch geworben werden. Allein die Miete konnte im Innenstadtbereich erhebliche Summen verschlingen, wie z.B. in Hamburg. Dort mußte der Daguerreotypist Ludwig Schulz für sein Atelier in bester Lage nebst darüberliegender Wohnung 1848/49 allein 2.000 Mark Miete im Jahr aufbringen.¹⁷ Ein guteingeführtes Atelier hatte einen nicht unbeträchtlichen Wert. Im Juli 1857 wurde ein solches in Hamburg für 6.000 (preußische) Taler zum Verkauf angeboten. Es hieß, daß es den ungeteilten Beifall des Publikums, besonders der "haute volée" genieße.¹⁸ Ein Photoatelier band nicht unerhebliche Summen. Auf diesem Hintergrund gewinnen die in Schaubild 1 aufgeführten Daten weiteres Gewicht.

Photographie sei hier als eine Basisinnovation verstanden. Eine Photographie wird dementsprechend als ein im wesentlichen neues Produkt aufgefaßt, verglichen mit den anderen damaligen Verfahren, bildliche Darstellungen, wie Gemälde, Zeichnungen, Stiche, Lithographien etc., anzufertigen. Deutlich wird in der Graphik, daß es nach einer ersten Gründungswelle etwa zehn Jahre dauerte, bis die Zahl der Photostudios stark anstieg. Neben gesamtwirtschaftlichen Ursachen spielte hier gewiß auch die fortlaufende technische Verbesserung der Verfahren eine große Rolle.¹⁹ Auch über 1860 hinaus wuchs das Gewerbe absolut und relativ zur Zahl der Bevölkerung, wie an den seit 1875 durchgeführten reichsweiten

16 *Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeit*, MH 7514, Entwurf des Antwortschreibens an den Photographen Ludwig Petz. Weitere Anträge auf Unterstützung, Kredit- oder Darlehensgewährung von Photographen an das Ministerium oder die Krone sind in den folgenden Jahrzehnten verschiedentlich eingegangen, aber immer abschlägig beantwortet worden, vgl. *Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeit*, MH 7511.

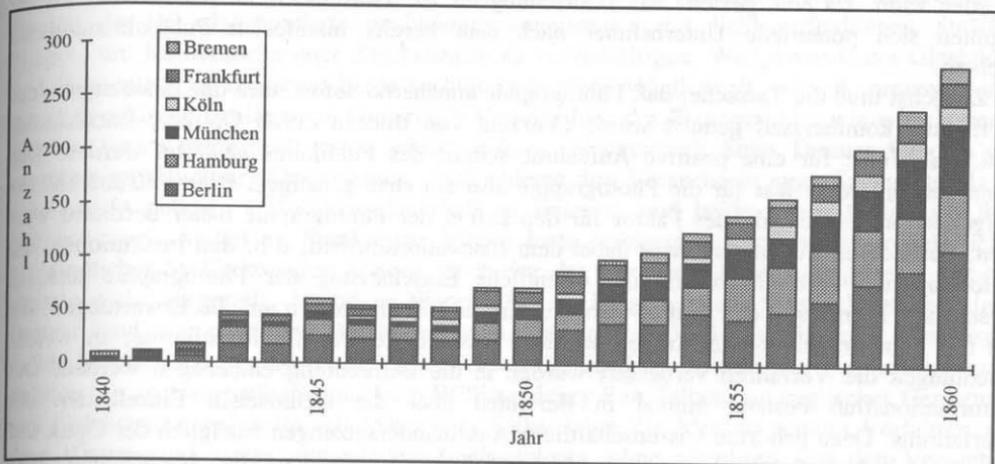
17 *Hamburger Staatsarchiv, Bürgermilitär, Umschreibebücher*, 341-3, bc 17, Band 13 [1848/49], f.22.

18 *Photographisches Journal* 8, 1857, S. 16.

19 Es ist vielfach beobachtet worden, daß es meist nicht einzelne Innovationen sind, die zu radikalen Veränderungen führen, sondern die Summe der Verbesserungen der ursprünglichen Innovation, die sie erst ökonomisch wirksam werden lassen, vgl. *Rosenberg, Inside*, S. 7f.

Volks- und Gewerbezahlungen nachgewiesen werden kann. Hier kommt es indes auf die Initialphase dieses Wachstums an, denn in ihr wurde die Weichenstellung vorgenommen.²⁰

Schaubild: Studiobestand in deutschen Großstädten 1840-1860



Quelle: Eigene Darstellung nach Ludwig Hoerner, Die Einführung, S. 80f.

Um den Erfolg der Photographie erklären zu können, schlug W.G.L. DeHaas eine soziokulturelle Erklärung des Nachfrageumfangs vor. Einerseits habe die Photographie den aufsteigenden Schichten die Möglichkeit gegeben, Porträts von sich anfertigen zu lassen, was Symbol ihrer sozialen Bedeutung gewesen sei, andererseits habe es als Produkt gegenüber der Porträtmalerei viele Vorteile.²¹ DeHaas Ansatz bietet jedoch nur eine allzu knappe Erklärung für die Zusammenhänge zwischen sozialem Wandel und technischer Innovation, hat aber den Vorteil die Nachfrage als wichtigen Faktor zu berücksichtigen sowie das Problem der Entstehung und Verbreitung von Innovationen nicht auszuklammern.²² Schließlich bestimmen nicht allein ökonomische Gründe wie z.B. Produktivitätssteigerung, Kostensenkung, Qualitätssteigerung usw. über Erfolg oder Mißerfolg einer Innovation, sondern auch das soziokulturelle "Klima"²³. Das gilt insbesondere für ganz neue Produkte und Verfahren. Dort ist für Unternehmer nicht eine mögliche Produktivitätssteigerung oder ein optimaler

²⁰ Zur Entwicklung vgl. Hoerner, Das Photographische Gewerbe. Die Dynamik des Gewerbes mag das Beispiel Mecklenburg-Schwerin verdeutlichen: 1862 gab es dort 27 Photostudios; 1875 bereits 65. Gab es 1862 je 100.000 Einwohner 4,9 Photostudios, so waren es 1875 schon 11,4 je 100.000 Einwohner. Die Daten von 1862 sind dem *Grossherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Staatskalender 1863*, Teil I, Schwerin 1862, S. 124ff. entnommen. Die Daten für 1875 stammen aus der Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 34, Teil 2, Berlin 1879.

²¹ W.G.L. DeHaas, Technology as a subject of comparative studies: The case of photography, in: Comparative Studies in Sociology and History 21, 1979, S. 362-371.

²² Vgl. Rosenberg, Inside, oder auch die Kritik an gängigen Innovationsmodellen von D. C. Mowery/N. Rosenberg, Technology and the pursuit of economic growth, Cambridge 1989, bes. S. 3ff.

²³ Zuletzt betont von J. Mokyr, Technological Inertia in Economic History, in: Journal of Economic History 52, 1992, S. 325-338. Mokyr argumentiert, daß eben dieses soziokulturelle Klima mit über den technologischen Erfolg von Gesellschaften entscheidend ist.

Einsatz der Produktionsfaktoren Motivation für die Einführung einer Innovation, sondern die Innovation selbst schafft neue Unternehmen. Der Anreiz dazu kann jedoch nur entstehen, wenn mit einer positiven Aufnahme durch die intendierten Käuferschichten gerechnet werden kann. Da eine gezielte Marktforschung im 19. Jahrhundert nicht betrieben wurde, mußten sich potentielle Unternehmer nach dem bereits manifesten Publikumsinteresse richten.

Zunächst muß die Tatsache, daß Photographie annähernd sofort nach der Bekanntgabe der Erfindung kommerziell genutzt wurde (Verkauf von Bildern durch Optiker, Buchhändler u.ä.), als Indiz für eine positive Aufnahme seitens des Publikums gewertet werden. Das Publikumsinteresse war für die Photographie also ein eher günstiges. Dieses Klima soll im folgenden als entscheidender Faktor für den Erfolg der Photographie näher bestimmt werden. Besonderes Augenmerk wird dabei dem Innovationsumfeld, d.h. den Institutionen, die Informationen verbreiteten und die öffentliche Einschätzung der Photographie lenkten, geschenkt. Ferner soll der Einfluß von Gegnern und Befürwortern auf die Erwartungen, die an die Photographie herangetragen wurden, was letztlich auch mitbestimmte, in welche Richtungen die Verfahren verbessert wurden in die Betrachtung einbezogen werden. Der Informationsfluß bestand einmal in Berichten über die technischen Einzelheiten des Verfahrens. Dazu gehörten wissenschaftliche Auseinandersetzungen bezüglich der Optik und der chemischen Eigenschaften des Lichts. Zweitens wurden die Nachrichten über Photographie durch die Debatte um die urheberrechtlichen Konsequenzen bestimmt, anders formuliert, ob Photographien geschützt werden sollten, also geistiges Eigentum eines Autors sein konnten. Drittens war die Frage, ob Photographie ein künstlerisches Medium sei, eng damit verknüpft. Schließlich muß, viertens, noch bedacht werden, daß Photographie als Technik in den Bereich einer Auseinandersetzung um das Maschinenwesen im 19. Jahrhundert fiel und somit wieder nur innerhalb der Diskussion um eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung ihren Platz fand.

II. Das Bekanntwerden der Photographie - Innovationsumfeld und Erwartungen

Der Wunsch, die Gegenstände der äußeren Natur schnell und exakt festzuhalten, ist nicht erst im 19. Jahrhundert entstanden. So hat Tiphaigne de la Roche (gest. 1774) in seinem Buch "Giphantie oder die Erdbeschreibung" die Idee eines Spiegels entwickelt, mittels dessen man alles, was sich darin zeigte, festhalten konnte.²⁴ Tatsächlich waren den Zeitgenossen de la Roches sowohl die Silbersalze als auch die Camera Obscura bekannt, zwei wichtige Elemente der Photographie, aber an eine Verbindung beider dachte noch niemand. Seit dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts waren dann wirklich alle Voraussetzungen gegeben, um ein technisches Verfahren zur Reproduktion beliebiger Gegenstände der Natur zu entwickeln. Lichtempfindliche Substanzen waren bereits seit langem bekannt, das Prinzip der Kamera ebenfalls und die Herstellung optischer Gläser hatte einen enormen Aufschwung genommen.²⁵ Doch aus dem Vorhandensein der Zutaten darauf zu schließen, daß die Erfin-

24 W. Baier, Quellendarstellungen zur Geschichte der Fotografie, München 1980, S. 5f.

25 M. Daumas (Hg.), Les techniques de la civilisation industrielle (Histoire Générale des Techniques Bd. 5), Paris 1979, S. 263 betont jedoch zu Recht, daß ohne entsprechende Qualität optischer Gläser Photographie, wie sie heute verstanden wird, nicht möglich war. Dieses sei erst im zweiten Viertel des 19. Jhs. möglich geworden.

dung der Photographie zwangsläufig gewesen wäre, wäre ein Fehlschluß. Entscheidend war vielmehr, daß bald nach der Jahrhundertwende an verschiedenen Orten an Verbesserungen von Reproduktionstechniken gearbeitet wurde.

Nicéphore Niépce in Frankreich und Thomas Wedgwood in England experimentierten zu Beginn des 19. Jahrhunderts unabhängig voneinander mit lichtempfindlichen Stoffen: Niépce, um Kupferstiche oder Zeichnungen zu vervielfältigen, Wedgwood, um Glasbilder und Silhouetten zu kopieren. Beide suchten nach einer Möglichkeit, schnell, preiswert und genau graphische Vorlagen zu kopieren.²⁶ Von der Idee der Photographie, wie wir sie heute kennen, waren beide noch einen Schritt entfernt. Wedgwoods Sohn Thomas forschte gemeinsam mit Humphry Davy weiter, doch endeten ihre Versuche in einer Sackgasse, da es ihnen nicht gelang, ihre Bilder dauerhaft zu fixieren, und beide gaben schließlich ihre Versuche auf. Anders in Frankreich: Niépce hatte erfolgreich Kupferstiche mittels lichtempfindlicher Stoffe kopieren können, doch war das Verfahren äußerst langwierig und bei weitem nicht ausgereift. Nachdem Niépce 1829 in Jacques Louis Mandé Daguerre einen Partner fand, der nach einer Methode suchte, naturgetreue Vorlagen für seine Illusionsgemälde herzustellen, verlagerte sich die Zielrichtung der Experimente von der reinen Reproduktion hin zu Naturaufnahmen. Auch William Henry Fox Talbot, ein englischer Gentleman und Gelehrter, entwickelte seit Mitte der 1830er Jahre die Idee zu seinem Verfahren auf dem Hintergrund seines mangelnden Zeichentalents, ohne allerdings von den Versuchen Wedgwoods und Davys zu wissen.

Ohne weiter die Geschichte der Erfindungen nacherzählen zu wollen, ist es wichtig festzuhalten, daß die Idee, mittels optisch-chemischer Methoden das Bild der äußeren Natur festzuhalten, aus dem Geist einer Vereinfachung von Kopier- und Reproduktionsverfahren entstand. Talbot berichtete zwar, daß es ihm zunächst um ein Hilfsmittel ging, Landschaften festzuhalten, die er nicht hatte zeichnen können, doch sein erstes öffentlich vorgestelltes Verfahren (von ihm "photogenic drawing" genannt) diente auch zur kameralosen Kopie von Zeichnungen, Stichen oder Gegenständen. Die Idee, mittels der Silbersalze und einer Kamera Aufnahmen nach der Natur zu machen, rückte erst langsam in den Vordergrund. Um es abzukürzen: Als schließlich Daguerre (Niépce war 1833 verstorben) und Talbot - in Reaktion auf erste Berichte über Daguerres Erfindung aus Paris - ihre Verfahren Anfang 1839 der Öffentlichkeit vorstellten, hatten sie sich zwar von ihren Ausgangsvorstellungen entfernt, nicht aber vollends gelöst. Wichtig ist weiterhin, daß die Erfindung zwar bis zu einem gewissen Grade zeitgebunden war, aber keinesfalls allein aus der einsetzenden Industrialisierung und dem Aufstieg des Bürgertums heraus erklärt werden kann, wie es einige Autoren tun.²⁷ Auch der Hinweis auf eine sich verändernde Wahrnehmungsstruktur²⁸ sowie

²⁶ M. Daumas (Hg.), *L'expansion du machinisme (Histoire Générale des Techniques Bd. 3)*, Paris 1968, S. 778: "Et c'est ainsi que, par des recherches relatives à la gravure, une extraordinaire invention vit le jour..." Autoren, die sich mit der Photographie allein befaßten, verloren diese Tatsache schnell aus dem Blick.

²⁷ So G. Freund, *Photographie und bürgerliche Gesellschaft. Eine Kunstsoziologische Studie*, München 1968 (zuerst als Diss., Paris 1936, eine spätere Ausgabe u.d.T. *Photographie und Gesellschaft*, Reinbek 1979, ist eine starke Überarbeitung); auch implizit bei B. Busch, *Belichtete Welt. Eine Wahrnehmungsgeschichte der Fotografie*, München 1989.

²⁸ Etwa in der Form, daß von der Renaissance bis zur Photographie eine geradlinige Entwicklung in der Wirklichkeitsdarstellung konstruiert wird, die einer strengen kausalen Abfolge gehorcht.

sich verändernde Bildbedürfnisse, besonders im Zusammenhang mit einer positivistischen Weltanschauung im 19. Jahrhundert, sind als Erklärung für den Zeitpunkt der Erfindung der Photographie oft wiederholt worden, aber keinesfalls überzeugend. Ursula Peters weist in ihrer Studie nach, daß realitätsgetreue Darstellungen sowohl bei Bildnis als auch in der Landschaftsmalerei bereits im 18. Jahrhundert (bzw. seit der Renaissance) zunehmend geschätzt und nachgefragt wurden.²⁹ Bis zu einem gewissen Grade muß demnach der Zeitpunkt für jede Innovation, die auf privatem Forschen und Experimentieren beruht, als zufällig betrachtet werden. Es hätte zwanzig Jahre früher, aber auch zwanzig Jahre später sein können. Es war aber günstig für die öffentliche Anteilnahme an der Photographie, daß um 1840 Maschinenwesen wie Naturwissenschaft bereits einen relativ festen gesellschaftlichen Rang einnahmen. Daher ist es besonders interessant auf diesem Hintergrund zu betrachten, wie Daguerre und Talbot verfahren, um ihre Erfindungen zu publizieren.

Beide wählten den Weg über angesehenere wissenschaftliche Institutionen, um ihre Erfindungen bekanntzugeben. Daguerre, vermittelt durch François J.D. Arago, bei der Académie des Sciences in Paris; Talbot bei der Royal Society, deren Mitglied er war. Beide Vereinigungen hatten den besten wissenschaftlichen Ruf und Verbindungen nicht nur zur gesamten gelehrten Welt, sondern auch, auf informelle Weise zur Politik. Arago z.B. war ein bekannter Physiker und gleichzeitig Abgeordneter in der Chambre des Députés. Bei der Royal Society wiederum waren nicht nur Wissenschaftler und Forscher, sondern auch Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens Mitglieder. Gestärkt durch höchste wissenschaftliche Autorität und die Patronage der gesellschaftlichen Elite, erfuhren die ersten photographischen Verfahren breite öffentliche Anerkennung, wobei Daguerres Verfahren aufgrund der außerordentlichen Qualität der Bilder schnell dominant wurde.

Bemerkenswert dabei ist Daguerres und Aragos Weitsicht bei der Berücksichtigung möglicher Kritik. In dem parlamentarischen Verfahren, das im Sommer 1839 schließlich zum Ankauf der Erfindung durch den französischen Staat führte, wurden Gutachten vorgelegt, die die Verlässlichkeit, die einfache Handhabung (was nicht ganz stimmte) und den allgemeinen Nutzen der Erfindung betonten. Auch von seiten eines anerkannten Malers, Paul Delacroix, ließ sich Arago bestätigen, was für ein nützliches Hilfsmittel für Künstler die Daguerreotypie (so wurde das Verfahren genannt) sei.³⁰ Talbot konzentrierte sich in seinem ersten Vortrag auf wissenschaftliche Anwendungen. Er wies darauf hin, daß seine Erfindung "...a new proof of the value of the inductive methods of modern science" darstelle.³¹ Abbildungen nach der Natur hielt er für die ungewöhnlichste Anwendung seines Verfahrens und schließlich waren dazu auch ein bis zwei Stunden Belichtungszeit notwendig.

Da die Presse oft Auszüge aus den Verhandlungen wissenschaftlicher Vereinigungen veröffentlichte, wurde eine breite Öffentlichkeit erreicht. Doch Talbots "photogenische Zeichnungen", einfache Kontaktkopien, konnten gegen die feinen, detailreichen und darum faszinierenden Daguerreotypien nicht bestehen. Erst nach 1841, als Talbot mit der Kalotypie, die Grundlage des Negativ-Positiv-Verfahrens schuf, wurde auch sein Verfahren - zögerlich zwar - kommerziell, besonders aber von Amateuren, genutzt. Daguerre versandte 1839 Pro-

29 U. Peters, Stilgeschichte der Fotografie in Deutschland 1839-1900, Köln 1979.

30 Vgl. Baier, Quellendarstellung, S. 76f. u. 117, der Auszüge aus den Comptes Rendues des Séances de l'Académie des Sciences übersetzt zitiert.

31 Zit. nach The Athenaeum, 9.2.1839, S. 115.

ben seines Verfahrens u.a. an Leopold I. v. Belgien, Ludwig I. v. Bayern, an Metternich und Ferdinand I. v. Österreich.³² Alexander v. Humboldt, der sich Anfang 1839 in Paris aufhielt, erreichten zahlreiche Bitten um Informationen aus den deutschen Staaten. Er äußerte sich auch ausgesprochen lobend über die Entdeckung, wie aus seinen Briefen an Herzogin Frederike v. Anhalt-Dessau und Carl Gustav Carus, Naturforscher, Maler, Philosoph und Leibarzt des sächsischen Königs, hervorgeht.³³ Auch dieses wurde von der Presse vermerkt und es war ein geschickter Schachzug des Erfinders, sich auf diese Weise zu empfehlen. So hat nicht nur die Besonderheit der Erfindung zu deren Popularität verholfen, sondern auch das Geschick Daguerres, die Öffentlichkeit dafür zu interessieren. Zusammengekommen führte dies dazu, daß bereits 1839 in Europa und den USA photographische Verfahren praktiziert und mit ihnen experimentiert wurde. Einerseits wurde versucht die Empfindlichkeit des Verfahrens zu steigern, andererseits die belichteten Platten chemisch so zu behandeln, daß mit ihnen gedruckt werden konnte. Auch an der Verbesserung der Objektive wurde nun verstärkt gearbeitet. Das Innovationsumfeld war also ein günstiges. Die Diffusion wurde über angesehenere wissenschaftliche Institutionen eingeleitet, flankiert durch die gezielte Suche nach Unterstützung durch die führenden gesellschaftlichen Kräfte.

III. Debatten um die Photographie - Informationsströme und Meinungsbildung

1. Befürworter

Das Echo von Wissenschaft und gesellschaftlicher Elite war äußerst positiv³⁴, und dies zeigte sich in der Presse, noch bevor mehr als nur eine Handvoll Menschen überhaupt photographische Bilder gesehen hatten. Die Berichte konzentrierten sich zunächst auf Daguerres Verfahren. In der Augsburger Allgemeinen Zeitung hieß es, dem Bericht Aragos folgend, mit dem er am 7.1.1839 die Daguerreotypie vor der "Académie des Sciences" vorgestellt hatte: "Es ist eine an sich schöne Sache und ein wahrer Triumph des Menschen, daß er sich so zum Herren der Natur macht, aber die Anwendungen dieser Erfindung werden sich erst ins Unendliche entwickeln".³⁵ Auch über die Qualität und mögliche Anwendungsfelder wurde berichtet: "Man erhält also keine Nachahmung mehr sondern die absolute und vollkommene Wahrheit". Bilder von Dokumenten, Monumenten, Ansichten und Reproduktionen von Kupferstichen sowie Porträts, Mikroskopbilder und Vervielfältigungen seien zu erwarten.³⁶ Dieses wurde ganz im Vertrauen auf die Berichte aus Frankreich geschrieben, denn nirgends außerhalb des Ateliers von Daguerre hatte ein Mensch eine Daguerreotypie bis dahin gesehen. Ebenso positiv blieb der Ton der Berichte übers ganze

³² Das Pfennig-Magazin, Nr. 245, 9.11.1839, S. 355.

³³ Baier, Quellendarstellung, S. 116.

³⁴ Die in der älteren Forschung oft zitierte Bemerkung aus einem "Leipziger Anzeiger", daß die Daguerreotypie "Teufelswerk" und eine "Gotteslästerung" darstelle, hat sich als nicht authentisch herausgestellt, wie Wolfgang Kemp überzeugend nachgewiesen hat. Vgl. W. Kemp, Theorie der Photographie, Bd. I, München 1980, S. 68. Das dieses immer wieder zitiert wird, liegt daran, daß Walter Benjamin es in seinem Essay "Kleine Geschichte der Photographie" [1931] in: *ders.*, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt a.M. 1977, S. 48, anführte.

³⁵ Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 21, 21.1.1839, Beilage, S. 163.

³⁶ Ebda.

Jahr.³⁷ Arago hatte in der "Académie" sowohl das Verfahren an sich als auch mögliche Anwendungsfelder vorgestellt. Er erwähnte, wie die Bilder aussähen (wie Bleistiftzeichnungen, Kupferstiche oder Aquatinta-Radierungen), wie schnell sie entstünden und daß Reisende und insbesondere Wissenschaftler davon profitieren könnten. Er räumte jedoch auch ein, daß die mechanische Genauigkeit der Daguerreotypie monoton werden könnte und daß nichts erwartet werden dürfte, was nur menschlicher Geschmack und menschliches Genie hervorbringen könnten.³⁸ Vor der "Chambre des Députés" behielt er diese Gliederung bei, erweiterte sie aber noch, was die Anwendungsmöglichkeiten betraf.³⁹ Dieser Bericht, neben einem ähnlichen, den der Chemiker und Physiker Joseph Louis Gay-Lussac vor der Pairskammer abgegeben hatte, gab das Muster für die späteren Berichte und Pressemitteilungen ab. Betont wurden die Genauigkeit, der Detailreichtum und die Richtigkeit der Abbildung sowie das ans Wunderbare grenzende Verfahren an sich. Die Erwartungen an die Erfindung waren entsprechend hoch.

Sowohl Arago für Daguerre als auch Talbot legten mit ihren Berichten und Gutachten Apologien der neuen Erfindung vor, die gleichsam vermuteter Kritik von vornherein den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Das ist nur verständlich auf dem Hintergrund zweier bereits laufender Debatten, einerseits um das Maschinenwesen und andererseits um die Kunst. Zu berücksichtigen ist auch, wie Wissenschaft und Technik eingeschätzt wurden (dies sei hier, der Einfachheit halber, im Rahmen des Abschnitts über das Maschinenwesen mitbehandelt). Da es zu weit führen würde, diese Diskussionen in ihrer Breite darzulegen, möchte ich mich vornehmlich auf dasjenige beschränken, was unmittelbar mit Photographie zusammenhängt. Im Gegensatz zu anderen Innovationen, z.B. Eisenbahn und elektrischer Telegraphie, die ebenfalls seit den 1830er Jahren öffentlich diskutiert wurden,⁴⁰ ist zu beachten, daß Photographie sowohl in ihren Produkten als auch in ihrem Produktionsprozeß weitaus verbreiteter war als die eben genannte Innovationen. Der Bürger mochte zwar mit der Eisenbahn fahren, nicht jedoch eine eigene herstellen. Es war ihm hingegen freigestellt, wenn er über die notwendigen Mittel verfügte, sich eine Daguerreotypieausrüstung zu kaufen, das Verfahren zu erlernen und es entweder zum privaten Gebrauch oder als Erwerbsquelle zu nutzen. Kurz: Es gab mit den Jahren eine wachsende Anzahl von Personen, die in jeder Beziehung mit der Photographie vertraut waren und ein fachkundiges Publikum darstellten, das auch selbst in die öffentliche Diskussion eintreten konnte.

37 Vgl. Hamburger Correspondent, 21.1.1839, S. 6; Altonaer Mercur, 17.7.1839, S. 733; Das Pfennig-Magazin, Nr. 312, 23.3.1839, S. 90f.

38 The Athenaeum, 26.1.1839, S. 69: "Of course this want [künstlerischer Wirkung] exists: but the fault lies not with the machine, but with those who expect from it that which human taste and genius alone can accomplish." Arago spielte wohl auf Sorgen an, die Photographie könne der Kunst schädlich sein.

39 F. Arago, Das Daguerreotyp oder die Erfindung Daguerres, die mittels der Camera Obscura und des Sonnenmikroskops auf Flächen dargestellten Lichtbilder, Stuttgart 1839; und: L. Jacques Mandé Daguerre, Daguerre's ausführliche Beschreibung seiner großen Erfindung oder die Kunst, auf die beste Art die so merkwürdigen Lichtbilder zu verfertigen, übers. v. e. Deutschen Physiker, Stuttgart 1839 machten das Verfahren sowie Aragos Ausführungen in deutscher Übersetzung greifbar.

40 Abgesehen von 1839, wurde über diese Erfindungen weitaus mehr und regelmäßiger in der Presse berichtet. Dies dürfte aber immer bei Großtechniken der Fall sein.

2. Erstes Problemfeld: Kunst

Die Kunst, so kann verallgemeinernd gesagt werden, entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einem sehr wichtigen Faktor in der bürgerlichen Kultur. Entsprechend wuchs die Nachfrage nach Reproduktionen von und Informationen zu Kunstwerken. Der Einfluß der Photographie auf die Kunst erfolgte auf zwei Ebenen. Zum einen auf dem Feld der Reproduktion, also der Verbreitung von Kunst, auf der anderen Seite über die Diskussion um den Kunstwert photographischer Bilder an sich. Diese Ebenen überschneiden sich zwar in der Praxis, aber eine getrennte Betrachtung macht hier die unterschiedlichen Interessensphären anschaulich.

Oft wurde in der Presse Photographie als Mittel begrüßt, Kupferstiche, Zeichnungen, Gemälde, Skulpturen usw. getreu kopieren zu können und damit die Unzulänglichkeiten bisheriger Reproduktionsmöglichkeiten zu überwinden.⁴¹ Dies war schon länger ein Motiv der Forschung gewesen, das schließlich die Erfindung der Photographie begünstigte. Auch Arago hatte die Möglichkeit, das Medium zu diesem Zweck zu verwenden, in seiner Rede hervorgehoben. Der Wunsch nach möglichst genauen und preiswerten Reproduktionen von Kunstwerken jeder Art verdient vom Standpunkt der Kunst (und Bildung) hier besondere Beachtung, denn er reflektiert das Anwachsen der Bedeutung, die der Kunst beigemessen wurde,⁴² wie auch die sich wandelnden Bildungsvorstellungen. So wuchs die Bedeutung des Interesses an den Schönen Künsten auch gemessen an dem Anteil der Publikationen zu diesem Thema an der Gesamtanzahl der verlegten Titel. Bereits 1800 lagen solche Titel mit 21,5 Prozent an der Spitze (1740 war es noch die Theologie mit 38,5 Prozent).⁴³ Vielfach wurde die Hoffnung geäußert, mit Hilfe der Kunst die Menschen moralisch zu erziehen. In der "Deutschen Vierteljahrsschrift" wurde 1839 bemerkt, daß "es gewiß kein geringes Zeugnis für den Erfindungsgeist unserer Zeit [ist], und für deren Bestimmung, die Liebe zur Kunst und zum Schönen in immer größeren Kreisen zu verbreiten, aber vielleicht auch zu verflachen."⁴⁴ Kritische Töne, wie sie im eben zitierten Nachsatz anklagen, sind selten, normalerweise wurde keinerlei "Verflachung" in der Liebe zur Kunst erwartet, sondern im Gegenteil die Erhebung derjenigen, denen Kunst bisher nicht in Form von Reproduktionen zugänglich war.⁴⁵ Sir David Brewster sprach noch Ende der 1850er Jahre von einem "humanisierenden" Effekt der Photographie - und zwar nicht nur in Form von Kunstreproduktionen, sondern allgemein von jeder Photographie, die etwas Vertrautes oder Schönes darstellte. Bemerkenswert ist dies insofern, als daß er diese Meinung in dem Artikel über Photographie in der achten Auflage der Encyclopaedia Britannica vertrat.⁴⁶ Zwei Schwierigkeiten mußten jedoch überwunden werden, damit Photographie als Reproduktionsmittel

⁴¹ So berichtete die Deutsche Vierteljahrsschrift sinngemäß in ihrer ersten Meldung über die Daguerreotypie in H.2, 1839, S. 311 in der diese Erfindung mit der des Öldrucks durch Liepmann und der der Galvanoplastik durch Jakobi (beides Reproduktionsverfahren) auf eine Stufe gestellt wurde. In H.4, 1839, S. 360 wurde über Lerebours Reproduktion von Rembrandtstichen in Paris berichtet.

⁴² Vgl. Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866, 5. durchges. Aufl. München 1991, S. 533ff.

⁴³ E. Lersch, Die Bedeutung der alten und neuen Medien für Wirtschaft und Gesellschaft, in: H. Pohl (Hg.), Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, Göttingen 1989 (VSWG Beih. 87), S. 470f.

⁴⁴ Deutsche Vierteljahrsschrift, 1839/2, S. 311f.

⁴⁵ Zum expandierenden Markt für Kunstreproduktionen vgl. A. Dyson, Pictures to Print. The Nineteenth Century Engraving Trade, London 1984.

⁴⁶ D. Brewster, Photography, in: Encyclopaedia Britannica, 8. Aufl., Bd. 17, Edinburgh 1859, S. 544-554.

wirklich in der erwünschten Form dienen konnte. Reproduzierbarkeit und höhere Empfindlichkeit für Farben bzw. Grautöne.

Im "Deutschen Kunstblatt" wurde 1850 berichtet, daß "Photographie [...] weit eher eine Wissenschaft als eine Kunst" sei und im gleichen Artikel war auch zu lesen, daß Photographie doch eher eine "vervielfältigende Kunst" sei.⁴⁷ Doch um als solche den bisherigen Reproduktionsverfahren (Stich, Lithographie etc.) Konkurrenz machen zu können, mußte ein Verfahren entwickelt werden, um Photographien zu einem möglichst günstigen Preis reproduzieren zu können. Die Daguerreotypie leistete dies nicht. Zwar konnte damit eine exakte Kopie hergestellt werden, aber eben nur eine einzige. Daher wurde an verschiedenen Orten an Verfahren gearbeitet, die belichteten Daguerreotypieplatten dergestalt zu manipulieren, daß sie mittels Ätzung als Druckplatten genutzt werden konnten.⁴⁸ Solche Versuche wurden allgemein begrüßt, und man erhoffte sich nur Vorteile von einem solchen Verfahren. Kontrovers diskutiert wurde es nicht. Das Positiv-Negativ-Verfahren Talbots wiederum genügte zunächst nicht den qualitativen Ansprüchen, und die massenweise Produktion von Abzügen war zudem teuer. Schließlich bestand Ungewißheit über die Haltbarkeit der Abzüge. Befürchtungen, die Photographie würde eventuell zu einer Verflachung der Liebe zum Schönen führen, wurden ebenfalls geäußert, doch bei weitem seltener und auch weniger vehement (s.o.). Als Reproduktionsmittel konnte die Photographie in eine ganze Reihe von Verfahren eingeordnet werden, die eine feste Position innerhalb der Kunst (und der Bildung) innehatten. In diesem Rahmen war von ihr nichts Schlechtes zu erwarten. Reproduktionen von als qualitativ hochwertig geltenden Kunstwerken (z.B. der Rembrandtzeichnungen) guter Qualität fanden immer die Gnade der Kritik, und das versprach die neue Methode.

Die Abbildung "nach der Natur" war der Aspekt der Photographie, der zu ausgedehnten Debatten führte, insbesondere in bezug auf Bildnisse. Naturabbildungen hatten Arago und Gay-Lussac als Anwendungsgebiet der Erfindung erwähnt, wenn auch nicht an prominenter Stelle, sondern eher beiläufig oder im Zusammenhang mit einem höheren Ziel, wie etwa der Abbildung der Hieroglyphen in Ägypten. Ganz ähnlich bei Talbot. Wenn, dann war es der Reisende, von dem erwartet wurde, sich besonders für die Photographie zu interessieren. Die ferne Landschaft, das Ungewöhnliche, das Pittoreske war der Abbildung würdig, nicht das normale Straßenleben. Daguerre sah das anders. Gerade die Straßenszene leistete hervorragende Überzeugungsarbeit, was die Genauigkeit der Daguerreotypie betraf. Seine Ansicht des Boulevard du Temple in Paris gehörte zu seinen Ausstellungsstücken, und ein Exemplar schickte er z.B. an Ludwig I. von Bayern. Solche Straßenansichten luden ein zu Entdeckungsreisen mit dem Vergrößerungsglas, das immer neue Details erkennen ließ. Die Gesamtansicht eines solchen Bildes war im Prinzip gewöhnlich und dazu noch durch die lange Belichtungszeit keineswegs der normalen Seherfahrung gleich. Statt bevölkerter Straßenzüge gab es lediglich die Häuser und Straßen zu betrachten - Menschen oder Fahrzeuge fehlten. Trotzdem, die Faszination lag nicht in der Thematik, sondern in den Eigenschaften

47 Deutsches Kunstblatt, hg. von F. Eggers, vom 17.6.1850, S. 186. Der Artikel befaßt sich mit der Photographie auf Papier im Vergleich zur Daguerreotypie.

48 So arbeiteten Donné in Paris, Auer in Wien und Berres in Wien schon 1839/40 an solcherlei Verfahren, ohne jedoch jemals Druckplatten zu erhalten, die den Charakter der Daguerreotypie wiedergaben und haltbar genug waren, um höhere Auflagen damit herzustellen. Vgl. dazu Hamburger Correspondent, 3.3.1841, S. 5.

der Abbildung selbst begründet. Diese Faszinationskraft blieb nur so lange erhalten, wie die Erfindung etwas Besonderes blieb, das der Beschreibung in der Presse würdig war.

Andererseits wurde früh darüber spekuliert, welchen ästhetischen Wert Photographien (bzw. Daguerreotypien) haben könnten. Die Aufmerksamkeit der Journalisten bewegte sich weg von der begeisterten Berichterstattung über die Leistungsfähigkeit der Photographie in der Naturabbildung hin zu mehr ästhetisch und wissenschaftlich inspirierter Beurteilung. Wissenschaftliche Kriterien wie Präzision, Exaktheit usw. waren besonders zweckmäßig, wenn es um photographische Reproduktionen von Kunstwerken ging, wobei die Schnelligkeit des Verfahrens dort nur eine untergeordnete Rolle spielte. Kritik wurde nur laut in bezug auf die ästhetischen Möglichkeiten der Photographie, dort also, wo sie scheinbar in eine rein menschliche Domäne eindrang. Eine gewisse Unruhe machte sich unter Künstlern und Kupferstechern breit, als Berichte von der Erfindung in die Zeitungen kamen. Mancher Journalist fühlte sich dazu veranlaßt, die Künstler zu beruhigen. Die Spekulationen über die Leistungsfähigkeit der Erfindung machen deutlich, worin diese Befürchtungen bestanden. Warf ein damaliger Leser einen Blick in das Brockhausche Conversationslexikon zum Stichwort "Lichtbilder" so konnte er im letzten Absatz lesen: "Wenn man aber Photographien, welche im äußersten Falle doch nichts als die genauesten Copien sein können, künstlerischen Werth zugeschrieben und der Landschafts- und Architekturmalerei den Untergang prophezeit hat, so zeugt dieses, abgesehen von der Unmöglichkeit gefärbte Photographien zu erzeugen, nur davon, daß man keinen richtigen Begriff von Kunst und Kunstwerk überhaupt hatte".⁴⁹ Es war die Sorge, daß eine Maschine eine der vornehmsten Fähigkeiten des Menschen, nämlich sich künstlerisch ausdrücken zu können, ersetzen könnte. In Verbindung mit einem am Geniegedanken geknüpften Kunstbegriff bestanden kaum Schwierigkeiten, der Photographie jeglichen "wirklichen" Kunstcharakter abzusprechen: "Die Kunst selbst,..., wird durch die Entdeckung nicht verlieren, vielmehr gewinnen; aber die bloßen mechanischen Copierer werden um ihr Brod größtentheils kommen."⁵⁰ Schon im September 1839 meldete der "Altonaer Mercur", daß die Vedutenmaler in Paris nun aufatmeten, denn: "...Natur, wo sie sich selbst conterfeit, [wird es] immer an dem Zauber [fehlen]..., den die Kunst, der auch ein anderes Reich als das irdische, erschlossen ist, allein zu verleihen vermag."⁵¹ Eduard Kolloff, Mitarbeiter des "Kunstblatts", mühte sich bereits Ende September 1839, die Unterschiede zwischen mechanischer, die er zwar lobte, und künstlerischer Naturreproduktion aufzuzeichnen. Die Daguerreotypie habe "hohen scientificischen, aber nur bedingten künstlerischen Werth" meinte er; sie verhalte sich zur Kunst wie der Homunculus zum Menschen. Phantasie, Geist und Gabe der Beobachtung habe die Daguerreotypie nicht, denn "der Daguerreotyp ... schreibt die leblose Natur ab."⁵² Kolloffs Auffassung ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Er sprach von der Daguerreotypie wie von einem autonomen, selbsttätigen Instrument; es war nicht der Photograph hinter der Kamera, der die Natur aufnahm, sondern "der Daguerreotyp" selbst. Die Aufgabe, die Künstler und Maschine gleichermaßen zu lösen hatten, war die Natur aufzuzeichnen, insofern glichen sie sich. Doch dies verursachte be-

⁴⁹ 'Lichtbilder', in: Conversationslexikon der Gegenwart, 3. Bd., Leipzig 1840, S. 307.

⁵⁰ Hamburger Correspondent, 26.7.1839, S. 4.

⁵¹ Altonaer Mercur, 10.9.1839, S. 937, Übernahme eines Artikels aus der "Preussischen Staatszeitung".

⁵² [Eduard Kolloff], Der Daguerreotyp [sic], in: Kunstblatt, Nr. 77, 24.9.1839, S. 307.

trächtliches Unbehagen, nicht nur bei Kolloff. Während wahre Kunst das Genie des beseelten und phantasievollen Künstlers zur Voraussetzung hatte, konnte die Maschine qua definitionen nicht leisten. Kurz, weil die Daguerreotypie maschinell war, konnte sie unmöglich künstlerisch sein. Eine solche Argumentation baute auf einem bestehenden Denkschema auf, das als Mensch-gegen-Maschine-Denken bezeichnet werden kann.⁵³ Gerade, was sonst an der Photographie faszinierte, ihre Exaktheit, ihre Detailtreue, ihre wissenschaftliche Grundlage diente nun dazu, sie zu kritisieren. Dies war nicht folgenlos. Da es den Photographen nicht gelang, ihren schöpferischen Beitrag an der Bildentstehung ausreichend zu begründen (zu sehr waren sie selbst in der Auseinandersetzung mit dem Maschinenwesen befangen), kamen sie auch nicht in den Genuß des Urheberrechts. Auch wurde 1845 in Schlesien die Photographie aufgrund ihres überwiegend mechanischen Charakters als Gewerbe klassifiziert, da es "nicht für die Ausübung einer Kunst, sondern nur für eine ... mechanische Thätigkeit zu erachten ist" und somit die professionellen Photographen gewerbesteuerpflichtig seien.⁵⁴ Hier hatte die Ablehnung technischer Hilfsmittel negative finanzielle Folgen für jene, die sich ihrer bedienten. Dabei ist nicht zu vergessen, daß das soziale Ansehen unter einer solchen "Abqualifizierung" litt. Vom Selbstverständnis her mochten sich viele Photographen nicht als einfache Gewerbetreibende betrachten (vor allem, wenn sie aus anerkannten Berufen zur Photographie umgesattelt hatten). Dies und die oben angedeuteten materiellen Folgen forderten den Widerstand seitens der Photographen heraus. Die Auseinandersetzung, ob Photographie denn Kunst sei, nahm zu und dauert im Prinzip noch heute an. Interessant ist dabei, daß es nur um einen bestimmten Anwendungsbereich des Mediums Photographie ging, während sich in der Reproduktion und der wissenschaftlichen Nutzung der Photographie keine derartigen Auseinandersetzungen entwickelten, aber immer von der Photographie an sich gesprochen wurde und wird.

3. Zweites Problemfeld: Maschinenwesen

Für die Zeit um 1840/50 wurde in der Forschung zur Haltung gegenüber der Technik im allgemeinen von König/Weber festgestellt: "... die Begegnung der meisten Menschen mit der neuen Technik [war] von vornherein ambivalent: faszinierend dort, wo es gelungen war, die Kräfte der Natur nutzbar zu machen, beklemmend dort, wo sie menschliche und tierische Kräfte scheinbar mühelos um ein Vielfaches übertraf, rücksichtslos, wo unrentable Herstellungsverfahren beibehalten wurden".⁵⁵ Aus anderem Blickwinkel formulierte Otfried Scholz in seiner Untersuchung der zeitgenössischen Literatur und von Arbeiterautobiographien, daß eine "weit verbreitete Dämonisierung der Maschinen" anzutreffen war.⁵⁶ Die Reaktionen auf die Maschine Photoapparat und die damit verbundene maschinelle Herstellung von Abbildern lassen sich demnach nur verstehen, wenn diese Aspekte in eine Diskussion mit einbezogen werden. Bei ihrer Einführung erregte die Photographie am Ende der 1830er und in den folgenden Jahren große Aufmerksamkeit. Nicht nur aufgrund ihrer Neuheit, sondern

⁵³ Vgl. *Plumpe*, *Der tote Blick*, S. 42.

⁵⁴ *Hamburger Correspondent*, 18.6.1845, S. 4, eine Mitteilung des Amtsblatts der Königlichen Regierung in Breslau referierend.

⁵⁵ *König/Weber*, *Netzwerke und Strom*, S. 13.

⁵⁶ *O. Scholz*, *Arbeiterselbstbild und Arbeiterfremdbild zur Zeit der Industriellen Revolution*, Berlin 1980, S. 30.

auch, weil ihre Anwendung auf vielen Gebieten des täglichen Lebens zu erwarten war. Dabei entstanden gerade in dem Zusammenhang mit der Maschinenfrage auch Kontroversen darüber, ob bestimmte Anwendungen positive oder negative Konsequenzen haben würden. Zunächst herrschte in wissenschaftlichen Kreisen großer Optimismus, was die Photographie anging. Nicht nur schien das Problem verlässlicher Abbildungen für Publikationen, wissenschaftlichen Austausch und Vorträge endlich einer Lösung nahe, sondern man sah in der Erfindung auch ein neues Experimentiergerät zur Erforschung des Lichts und optischer Phänomene. Die Erforschung weiterer lichtempfindlicher Stoffe und der chemischen Zusammenhänge, die die Photographie erst ermöglichten, beschäftigte viele Wissenschaftler in Europa wie Nordamerika. Außerdem war es noch niemandem gelungen, eine befriedigende Erklärung dessen zu finden, was da mit den versilberten Kupferplatten geschah. Arago selbst gab dies in seinem Gutachten vor der "Chambre des Députés" zu. Daneben wurde mit photographischen Verfahren zur Aufzeichnung von Wetterdaten⁵⁷ und für geographische Messungen experimentiert.⁵⁸ Diese Anwendungsfelder wurden nicht in Frage gestellt; als wissenschaftliches Instrument wurde die Photographie ohne nennenswerte Kritik sehr schnell anerkannt. Von hier kamen Impulse zur weiteren technischen Verbesserung der Verfahren. Außerdem kam niemand auf den Gedanken, daß sie den Wissenschaftler ersetzen könne, was aber bezüglich der Künstler geäußert wurde. Die Präzision und Schnelligkeit des Verfahrens entsprachen wissenschaftlichen Anforderungen und wirkten zudem faszinierend. Zwar muten heute Belichtungszeiten von fünf Minuten wie eine Ewigkeit an, doch um 1840 war dies von geradezu atemberaubender Schnelligkeit. In rascher Abfolge wurde das Verfahren weiter verfeinert. Die Belichtungszeiten sanken um 1841/42 bis an die Sekundengrenze; die Qualität der Objektive, Chemikalien und Apparaturen stieg bei gleichzeitig fallenden Preisen, doch Photographie blieb ein Luxus für wenige.

Von dieser Dynamik war auch der wissenschaftliche Diskurs der Photographie durchzogen. Viele erstrangige Köpfe arbeiteten an direkt oder indirekt von der Photographie ausgehenden Problemstellungen: Sir John F.W. Herschel in England, François Arago in Frankreich, Samuel B. Morse in den USA, Josef Petzval in Österreich. Auch Justus Liebig in Deutschland beschäftigte sich zeitweise damit.⁵⁹ Bei diesem Personenkreis standen die physikalischen wie chemischen Eigenheiten des Verfahrens im Vordergrund. Für die so hergestellten Bilder interessierten sie sich, wenn überhaupt, nur am Rande. Wiederholt waren photographische Verfahren Gegenstand von Vorträgen bei den Jahresversammlungen der "Versammlung Deutscher Ärzte und Naturforscher" (so 1839 bis 1844; 1845 zum ersten Mal wieder nicht) und regionaler gewerblicher und polytechnischer Vereine.⁶⁰ Auch in späteren Jahren wurde viel mit photographischen Verfahren experimentiert und die Ergebnisse veröffentlicht. Eine Fachpresse für Photographie entstand in Deutschland ab 1854, in Eng-

⁵⁷ Hamburger Correspondent, 8.6.1839, S. 5, über Robert Mallets Versuche, selbstaufzeichnende Meßinstrumente herzustellen.

⁵⁸ Hamburger Correspondent, 3.12.1839, S. 3, eine Meldung der Schlesischen Zeitung über entspr. Versuche in Breslau aufnehmend.

⁵⁹ Vgl. *Baier*, Quellendarstellung, S. 496.

⁶⁰ Vgl. Amtlicher Bericht über die Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, [wechselnde Erscheinungsorte und fortlaufende Jahre] 1840ff. Zu anderen Vereinen vgl. beispielsweise *Werner Neite*, Die Photographie in Köln 1839-1870, in: *Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins* 46, Köln 1975, S. 103f. Ähnliches ist nachgewiesen für Hamburg, München und Hannover.

land ab 1853. Dies erleichterte den Austausch Photointeressierter untereinander und machte Spezialwissen zugänglicher. Das kam den Praktikern, d.h. den Berufsphotographen, ebenso zugute wie den Wissenschaftlern. In diesen Zeitschriften dominierte die "wissenschaftliche" Form der Auseinandersetzung mit der Photographie.⁶¹ Es bleibt festzuhalten, daß eine technisch-wissenschaftliche Sprache - und somit Beurteilungskriterien aus diesen Bereichen - auch über die fachinterne Diskussion um Photographie hinaus eine große Rolle spielte.

IV. Bestimmungsgründe für die Innovation und Diffusion der Photographie

Zeitgenössische Beobachter haben die schnelle Verbreitung der Photographie mit Verwunderung registriert. Gleichsam aus dem Nichts entstand innerhalb von zwanzig Jahren ein neues Gewerbe (vgl. Schaubild 1). Scheinbar waren hier die freien Marktkräfte am Werk, die im ungehinderten Spiel von Angebot und Nachfrage das Wachstum des Gewerbes vorantrieben. Ziel, Richtung und konkrete Ausformung des Angebots und der Nachfrage wurden durch die Informationslage und die hier aufgezeigten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Maschinenwesen, Kunst und Wissenschaft bestimmt. Für die Innovation und folgende Diffusion war daher bestimmend:

1. Die intensive Suche nach neuen, besseren Reproduktionstechniken in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einerseits und das wissenschaftliche Interesse für Licht und Optik andererseits schufen ein vorteilhaftes Innovationsklima.

2. Da die Erfindung der Photographie eng mit Forderungen nach einer verbesserten Reproduktionstechnik zusammenhing, wurde entsprechend zunächst besonders an Verbesserungen der Photographie zu Reproduktionszwecken gearbeitet.

3. Gerade das Interesse wissenschaftlicher Institutionen und führender Forscher an der Photographie bürgte für die Verlässlichkeit der Informationen. Dadurch wurden auch regionale und lokale gewerbe-, polytechnische und wissenschaftliche Vereine angeregt, sich der Erfindung zu widmen. Gleichzeitig wurde das öffentliche Interesse dadurch geweckt. Die enge Verbindung zwischen wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Elite ebnete den Weg für eine erfolgreiche Einführung des neuen Produktes auf dem Markt.

4. Die freie Zugänglichkeit von Informationen über die neue Technik und deren Fortentwicklung war für die Innovation von entscheidender Bedeutung. Immerhin war die Daguerreotypie zwar in Frankreich entwickelt worden, aber die unternehmerische Umsetzung erfolgte *gleichzeitig* in den meisten großen Städten Europas und Nordamerikas.

5. Die Einführung der Photographie über die wissenschaftliche Welt richtete die Aufmerksamkeit auf jene Eigenschaften der Photographie - Exaktheit, Technizität, Detailgenauigkeit, Authentizität -, die zwar als Desiderat für Abbildungstechniken galten, im allgemeinen jedoch nicht mit künstlerischer Tätigkeit verbunden wurden.

6. Die Wünsche der gesellschaftlichen Elite waren demnach auch bestimmend für die Ausrichtung des Angebotes.

7. Die technisch-wissenschaftliche "Kinderstube" der Photographie bedingte jedoch, daß an ihrem künstlerisch-ästhetischen Wert gezweifelt wurde. In Anbetracht damaliger Kunsttheorie, die stark auf die geniale und handwerklich ausgefeilte Künstlerpersönlichkeit aus-

⁶¹ Im Photographischen Journal, hg. von Wilhelm Horn, 1854ff. bestand die Mehrzahl der Beiträge aus Mitteilungen zu technischen und phototheoretischen Abhandlungen. Selten einmal wurden Berichte zu Anwendungsfeldern und Ästhetik der Photographie gebracht.

gerichtet war, konnten photographische Bilder nur einen sehr geringen künstlerischen Status erringen. Dies hatte drei Folgen: Zum ersten wurde damit dem Photographen der Status eines Künstlers abgesprochen, seine Produkte blieben zunächst urheberrechtlich ungeschützt. Zum zweiten wurde über kurz oder lang in fast allen deutschen Staaten Photographie gewerbesteuerpflichtig. Drittens wurde versucht, die Ausstattung der Bilder dem damaligen Kunstverständnis anzupassen (Kolorierung, später Retusche, aufwendige Rahmung, Ausstattung des Photostudios als "Künstleratelier"), und nur entsprechende malerische Sujets allein für aufnahmewürdig zu halten.

8. Der maschinelle Charakter der Photographie hat unter den potentiellen Kunden auch eine gewisse Reserviertheit hervorgerufen, das Wachstum des Gewerbes verzögert und eine stärkere Ausrichtung der Photographen auf die künstlerischen Aspekte (s. 7.) ihrer Arbeit, aber auch ihres Habitus erzeugt. Gleichwohl war die Ablehnung technisch-wissenschaftlicher Methoden der Produktion in den 1840er Jahren nicht allgemein verbreitet, ein gewisser Stolz auf technische Leistungen war vorhanden und glich bestehende Abneigungen aus.

Es hat sich gezeigt, daß Verlauf und Geschwindigkeit von Innovation und Diffusion der Photographie in starkem Maße von den soziokulturellen Bedingungen abhingen, die um 1840 wirksam waren. Da Photographie in einen Bereich eingriff, der von maschinellen Einflüssen frei gehalten werden sollte, ergaben sich einige Probleme bei ihrer Einführung. Hier wurde aber eine Nische gefunden, die zwischen Kunst und Wissenschaft einen Bereich schuf, in dem sie sich entfalten konnte. Was wäre gewesen, wenn nicht anerkannte Institutionen für die Photographie eingetreten wären; wenn das wissenschaftliche und öffentliche Interesse in eine andere Richtung orientiert gewesen wäre? Wahrscheinlich hätte die Phase zwischen Invention und Innovation länger gedauert und auch die Diffusion hätte weitaus mehr Zeit in Anspruch genommen. Vor dem Hintergrund einer eher schwachen Konjunkturlage in den 1840er Jahren war es überaus wichtig, potentielle Erstkunden positiv zu beeinflussen und zum Kauf zu bewegen, sich ihren Wünschen weitgehend anzupassen. Erst als dies gelang, war die Voraussetzung für eine raschere Verbreitung der Photographie gegeben. Gerade in der kritischen Phase zwischen Innovation und Diffusion sind die hier angeführten Bedingungen die wichtigsten Faktoren für die Verbreitung der Photographie gewesen. Unverzichtbar für bereitwillige Unternehmer, die sich in der Photographie versuchen wollten, und ebenso unverzichtbar für potentielle Kunden, die sich so ein Bild von dem machen konnten, was ein Photograph zu leisten imstande sein würde. Dabei kam es nicht allein auf die Existenz der Information an, sondern, ebenso wichtig, auch auf deren Qualität und normative Kraft. Fabelhafte, unzuverlässige, unglaubwürdige und ablehnende Informationen hätten der Photographie und ihrer Diffusion entscheidend geschadet. Die Bestimmungsgründe für Innovation und Diffusion der Photographie können nicht allgemein auf Innovationen des 19. Jahrhunderts übertragen werden. Überprüfenswert für andere Innovations- und Diffusionsprozesse im 19. Jahrhundert erscheint jedoch die Informationslage, die institutionelle Absicherung, die Rolle der gesellschaftlichen Elite sowie die Haltung gegenüber dem Maschinenwesen.

Forschungs- und Literaturberichte

Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945. Bemerkungen zum Forschungsstand

Von Rüdiger Hachtmann (Berlin)

'Rationalisierung' war als - meist höchst unbestimmtes - Schlagwort zwar keineswegs auf den industriellen Betrieb beschränkt, sondern fungierte besonders in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre als eine Art Zauberformel, die auch politisch-gesellschaftliche Probleme zu lösen vorgab. Materieller Kern (oder zumindest Ausgangspunkt) der Rationalisierungsdebatten der zwanziger und dreißiger Jahre waren jedoch zumeist spezifische Aspekte der innerbetrieblichen 'Modernisierung', namentlich die verschiedenen Formen und die spezifischen deutschen Probleme der Fließfertigung sowie - damit unmittelbar verknüpft - die (gleichfalls) aus den USA importierten 'wissenschaftlichen' Arbeits- und Zeitstudien, außerdem die verschiedenen Arbeitsbewertungssysteme. 'Fordismus' und 'Taylorismus' zielten in ihren verschiedenen Varianten nicht nur auf fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Veränderungen. Ihnen parallel lief eine neue Personalpolitik, spezifische Ausformungen der betrieblichen Sozialpolitik und (weitere) 'moderne Sozialtechniken'. Diese drei Problemkreise - fertigungstechnische, arbeitsorganisatorische und soziale 'Rationalisierung' - stehen deshalb nicht zufällig im Zentrum neuerer Untersuchungen.¹

I. Die Frühgeschichte des deutschen Taylorismus und Fordismus (1900 bis 1925)

Die Einführung von Systemen fließender Fertigung und ebenso die konzeptionelle (Weiter-)Entwicklung und Anwendung der in den USA 'erfundenen' Arbeits- und Zeitstudien setzten nicht schlagartig Mitte der zwanziger Jahre ein. 'Fordismus' und 'Taylorismus' besitzen eine längere Vorgeschichte. In den vier wichtigsten neueren Darstellungen der Geschichte der Rationalisierungsbewegung bis 1933, der Dissertation *Jürgen Bönigs* über die Einführung von Fließarbeit in Deutschland bis 1933, der Dissertation *Heidrun Homburgs* über Rationalisierung und Industriearbeit bei Siemens von der Jahrhundertwende bis 1939, der Studie *Thomas von Freybergs* zur industriellen Rationalisierung des Maschinenbaus und der Elektroindustrie in der Weimarer Republik und schließlich dem von einem Historiker-Kollektiv noch zu DDR-Zeiten verfaßten dritten Band des Handbuchs über die 'Geschichte der Produktivkräfte 1917/18 bis 1945', wird auch die Vorgeschichte dieser beiden wichtig-

¹ Die im folgenden vorgestellten Arbeiten werden vor allem unter diesen Aspekten und nicht in ihrer häufig weiter ausgreifenden thematischen Breite vorgestellt. Im Vordergrund der Ausführungen stehen zudem die Zweige der *verarbeitenden* Industrie. Auf die Eisen- und Stahlindustrie kann hier nicht weiter eingegangen werden, zumal dort die produktionsbezogenen Rationalisierungsprozesse in mancherlei Hinsicht einen ganz anderen Charakter besaßen. Namentlich die wichtigen Studien von *Th. Welskopp*, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, und von *C. Kleinschmidt*, Rationalisierung als Unternehmensstrategie. Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets zwischen Jahrhundertwende und Weltwirtschaftskrise (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 1), Essen 1993, wurden deshalb für den vorliegenden Aufsatz nicht berücksichtigt.

sten Stränge der Rationalisierungsbewegung ausführlicher in den Blick genommen.² Enttäuschend besonders im Vergleich zur differenzierten und auch theoretisch anspruchsvollen Untersuchung Homburgs ist dagegen die von *Wilfried Feldenkirchen* verfaßte Unternehmensgeschichte der Firma Siemens für den Zeitraum 1918 bis 1945; Feldenkirchen beschränkt sich in puncto Rationalisierung auf knappe, überdies allzu pauschalisierende Bemerkungen und gelangt über bekannte Ergebnisse nicht hinaus.³

Namentlich *Bönig* geht ausführlich auf die Frühgeschichte der Fließfertigung ein: Formen fließender Fertigungssysteme seien schon Ende des 18. bzw. Mitte des 19. Jahrhunderts in US-amerikanischen Mülereien und Bäckereien praktiziert worden. Bei Ford und ebenso in den Chicagoer Schlachthöfen, die Ford als unmittelbares Vorbild dienten, knüpfte man also nur an ältere Formen an. Darüber hinaus räumt *Bönig* mit dem Vorurteil auf, daß das berühmte Modell T von Ford bereits von Anbeginn (seit 1908) am Fließband montiert worden sei; erst 1913/14 wurden in den Ford-Werken sukzessiv Fließbandsysteme eingeführt.⁴ Wie in den USA waren auch in Deutschland nicht der Fahrzeugbau oder die Elektroindustrie, sondern Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Vorreiter,⁵ ohne daß von ihnen allerdings bis zum Ersten Weltkrieg größere Ausstrahlung auf andere Zweige der verarbeitenden Industrie ausging. Ganz ähnlich verhielt es sich mit der tayloristischen Seite der Rationalisierung. So gab es in einigen Unternehmen - *Heidrun Homburg* nennt in ihrer wichtigen Arbeit mehrere Betriebe der Siemens-Schuckert-Werke - zwar gleichfalls bereits vor dem Ersten Weltkrieg "Anläufe", "mit Hilfe von Zeit- und Bewegungsstudien, von planmäßiger Arbeitsunterteilung, -vorbereitung, -anweisung und gezielter Arbeiterauslese zu taylorisieren."⁶ Diese Versuche blieben jedoch selbst innerhalb des Siemens-Konzerns auf wenige Werke beschränkt und entfalteten über das Unternehmen hinaus bis 1914 offenbar keine größere Wirkung.

Der Krieg veränderte die Situation in mehrfacher Hinsicht. Erstens begannen die für die Bewaffnung der Armeen zuständigen Militärdienststellen in Zusammenarbeit mit der Großindustrie vor dem Hintergrund der Materialschlachten an der Westfront einen Bedingungsrahmen für bestimmte Aspekte der überbetrieblichen Rationalisierung zu schaffen, indem sie im letzten Kriegsjahr überbetriebliche Rationalisierungs-Institutionen wie den 'Normenausschuß der Deutschen Industrie' und den 'Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung' einrichteten und auf diese Weise die Voraussetzungen für den Übergang zur standardisierten Massenfertigung zu schaffen suchten. Diese neuen Einrichtungen verschwanden nach 1918 nicht in der Versenkung, sondern bildeten gewissermaßen den institutionellen Grundstock für die

2 *J. Bönig*, Einführung von Fließarbeit in Deutschland bis 1933. Zur Geschichte einer Sozialinnovation, 2 Bde. (= Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1), Münster 1993; *H. Homburg*, Rationalisierung und Industriearbeit: Arbeitsmarkt, Management, Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900-1939 (= Schriften der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 1), Berlin 1991; *Th. von Freyberg*, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a.M. 1989; *R. Berthold u.a. (Hg.)*, Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: 1917/18 bis 1945, Berlin (Ost) 1988.

3 *W. Feldenkirchen*, Siemens 1918 - 1945, München 1995, bes. S. 224-233.

4 Vgl. *Bönig*, Bd. 1, S. 42 f., 59 ff.

5 Namentlich *Bahlsen* und *Maggi* hatten bereits um die Jahrhundertwende Fließanlagen installiert. Vgl. ebd., Bd. 2, S. 618 f., 623, sowie Geschichte der Produktivkräfte, Bd. 3, S. 76.

6 *Homburg*, S. 277, 412, 421.

betriebliche wie überbetriebliche Rationalisierungsbewegung der zwanziger Jahre.⁷ Zweitens prägte der Krieg tiefgreifend die Mentalitäten. Ohne die Erschütterung der deutschen Gesellschaft durch den Ersten Weltkrieg wäre eine so breite Rationalisierungsdiskussion, wie sie dann Anfang der zwanziger Jahre einsetzte, und vor allem eine so weitgehende Akzeptanz der Fließarbeit (bis weit in die organisierte Arbeiterbewegung hinein) kaum denkbar gewesen. "Die tausendfache Erfahrung des Schlachtens" habe, so stellt Böinig fest, die "Schwelle gesenkt, die zu gewaltsamer Beherrschung anderer überschritten werden muß", und zudem eine Verinnerlichung "militärischer Disziplin" zur Folge gehabt. "Militärische Einübung und Abstumpfung" wiederum bildeten "gewisse verhaltensmäßige Vorbedingungen" für die Einführung der Fließarbeit als extrem fremdbestimmter Arbeits- und Produktionsform.⁸

Erhöht wurde die Akzeptanz von 'Rationalisierung' und 'Fließarbeit' dadurch, daß es nach Krieg und Revolution für mehrere Jahre nicht zu einer politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung kam, sondern die Entwicklungen sich bis 1923/24 weiter zuspitzten. Für die breite Resonanz, die Schlagworte wie 'Rationalisierung' und 'Fließarbeit' in der öffentlichen Diskussion erhielten, waren die materiellen Entwicklungen 1919 bis 1923 nicht ausschlaggebend. Denn die waren eher bescheiden: Fließfertigungssysteme kamen zunächst nicht in größerem Maßstab zur Anwendung. Lediglich im Bereich der Arbeits- und Zeitstudien wurden bereits existierende Verfahren in 'Gemeinschaftsarbeit' zwischen elektroindustriellen und Maschinenbau-Unternehmen weiterentwickelt, wie Heidrun Homburg gezeigt hat.⁹ 1922 wurden dann Kurse für Stückzeitrechner in Berlin, seit 1923 auch andernorts eingerichtet - Aktivitäten, die dann 1924 in die Gründung des 'Reichsausschusses für Arbeitsstudien und Arbeitszeitermittlung' mündeten. Wichtig waren die krisenhaften Konstellationen 1919 bis 1924 für Entstehung und Entwicklung der Rationalisierungsbewegung vor allem deshalb, weil sie die Suche nach einer systemkonformen ideologischen Alternative zu den Utopien der revolutionären Arbeiterbewegung dringlich werden ließen. Und die fand sich in Gestalt und Werk des Rationalisierungs-Messias' Henry Ford. Fords 'Mein Leben und Werk', die Bibel der 'Modernisierer' der deutschen Industrie, kam 1923 in einer politisch denkbar günstigen Situation auf den Markt. In diesem Jahr steuerte die Inflation ihrem Höhepunkt zu; verschärft wurde die wirtschaftlich-finanzpolitische Krise durch politische Entwicklungen und Ereignisse, die Staat und Gesellschaft in ihrer Substanz zu bedrohen schienen (Ruhrbesetzung, separatistische Bestrebungen, Hitler-Putsch usw.). Nach der Stabilisierung der Währung und der 'Beruhigung' der politischen Lage mußte Fords "Verbindung der neuen Produktionstechnik mit einer Wirtschaftsphilosophie, die Allen technischen Fortschritt, Gewinn und Beteiligung an der Erträgen versprach, unwiderstehlich erscheinen." Nicht nur zahllose Unternehmer und Ingenieure, auch Teile der Gewerkschaften (so betont Böinig in Anschluß an ältere Untersuchungen) faszinierte die Ford-Ideologie, weil sie "die Revolution durch Aussöhnung der Interessen auf der Grundlage des bestehenden Wirtschaftssystems zu verhindern versprach".¹⁰

7 Vgl. Freyberg, S. 292 f., 297 ff.; Homburg, S. 256 ff.; Böinig, Bd. 1, S. 90-95.

8 Vgl. Böinig, Bd. 1, S. 89.

9 Vgl. Homburg, S. 291 ff.

10 Vgl. Böinig, Bd. 1, S. 103, 134, 147 ff.; Bd. 2, S. 694.

II. 'Rationalisierung', 'Fließarbeit' und 'Gemeinschaft' als Zauberformeln und Nebelkerzen

Wirkungskraft entfaltet die Fordsche Rationalisierungs-Ideologie, weil sie sich (wie Freyberg ausführte) zweier, plausibler "Vermittlungsschleifen" bediente. "Die eine Vermittlungsschleife - für die Masse als Konsument - nimmt ihren Ausgang bei der Preisverringerung, führt über die Absatzvergrößerung zur Umsatzvergrößerung, gewinnt einen Überschuß zur Investierung, was zur Vergrößerung des konstanten Kapitals und zur Verbesserung der Methoden führt und schließlich ein neues Optimum bei Verringerung des Preises ermöglicht [...]. Die andere Vermittlungsschleife - für die Masse der Lohnempfänger - nimmt ihren Ausgang bei Lohnerhöhungen, führt über die Steigerung der Kaufkraft der Massen" zur Steigerung des Absatzes.¹¹

Freyberg macht in diesem Zusammenhang höchst spannende Bemerkungen zur "Psychologie des Schlagwortes".¹² Es sei keineswegs ein Mangel des Schlagwortes 'Rationalisierung' - und, so könnte man ergänzen, anderer Schlagwörter wie 'Fließfertigung' oder 'wissenschaftliche Betriebsführung' - , "daß ihm die klaren Konturen einer eindeutigen Definition fehlen, sondern es ist eine seiner Existenzbedingungen." Es war vielmehr bewußtes Kalkül, wenn H. Hinnenthal, Mitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit (RKW) und damit zugleich Propagandist der Rationalisierungsbewegung, auf die Frage, was Rationalisierung sei, antwortete: Sie sei ein "Schlagwort, welches für alles steht, was zur Wiederherstellung des Gleichgewichts" diene. "Treffender, weil nichtssagender, läßt sich 'Rationalisierung' wohl nicht mehr bestimmen", kommentiert Freyberg diese bewußte Ausdünnung des Begriffs zur Leerformel. Die Unbestimmtheit des Begriffs hat(te) System. "Rationalisierung ist verflochten mit einer eigentümlichen, neuen Form von Öffentlichkeit, mit einer 'Bewegung'; Rationalisierung ist ein Schlagwort, ein Zauberwort; ist eine Fahne, unter der man sich versammelte, eine Botschaft, der man glaubte." Es wird zum "erlösenden Wort", "zur Projektionsfläche für zahllose Zuschreibungen, Sehnsüchte und Verschleierungen, wird zur Zauberformel, die den Spuk beendet, zum Traum, der von den Alpträumen des Krieges und der Inflation befreit, [...] zum Fieber, das Gesundheit für alle bringt [...]. Das Schlagwort 'Rationalisierung' steht im Zentrum der Allgemeinwohlformel der Jahre 1925 bis 1939. [...] Die 'Rationalisierung' verzaubert den kapitalistischen Produktionsprozeß zur 'Dienstleistung' an der Allgemeinheit. [...] Das Schlagwort 'Rationalisierung' erklärt den allgemeinen Wohlstand und den sozialen Frieden zum innersten Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktion." Es sei, so Freyberg weiter, "die verblüffende Leistung der Rationalisierung als Allgemeinwohlformel und als Bewegung, daß sie den verschiedensten, zum Teil antagonistischen Interessengruppen die Möglichkeit bot, sich unter dem gemeinsamen 'Dach' einer generellen Legitimation zu versammeln und ihre diversen partikularen Interessen in eine gemeinsame Konsensformel einzutragen [...]. Die Rationalisierungsformel wird identisch mit der allgemeinen Vernunft." Wirkungsmacht kann die Zauberformel freilich nur gewinnen, weil sie mit der Massenfertigung verknüpft wird und auf das Vorbild USA rekurrieren kann. Die Attraktivität Fords, betont Freyberg, beruhe

¹¹ Freyberg, S. 313.

¹² Der Ausdruck "Psychologie der Rationalisierung" geht auf eine Rede des 'Papstes' der frühen Betriebswirtschaft Eugen Schmalenbach zurück. Zum folgenden vgl. Freyberg, S. 305-320 (inkl. Zitate).

darauf, "die massenhafte Produktion und die massenhafte Propaganda" zu verbinden. Beides zusammen habe aus 'Rationalisierung' erst "das Schlagwort einer Bewegung" gemacht.

Wenn ein führender Propagandist des Rationalisierungs-Gedankens wie Hinnenthal von "Wiederherstellung des Gleichgewichts" als Ziel der 'Rationalisierung' spricht, dann zielt dies, in Anlehnung an Ford, auf das 'soziale Gleichgewicht', das durch die Arbeiterbewegung und die Revolution angeblich gestört worden sei. Rationalisierung, so charakterisiert Freyberg die zugrunde liegende Programmatik, wolle dieses Gleichgewicht (wieder-)herstellen. "An die Stelle von 'Klassenkampf' und einer 'Kampfeinstellung seit Generationen' solle Gemeinschaftsarbeit treten." Der 'weiße Sozialismus' wird zur zugkräftigen Alternative zum 'roten Sozialismus' der revolutionären Arbeiterbewegung. Auf der Ebene der politischen Ideologie wirkt die terminologische Nebelkerze 'Rationalisierung' sogar so weit, daß (wie Detlev Peukert festgestellt hat) zeitweilig der Eindruck entstehen konnte, es sei möglich, beide miteinander zu verschmelzen, die "sozialdemokratischen Konzepte von 'Wirtschaftsdemokratie' im 'organisierten Kapitalismus' mit der Ingenieursutopie von Rationalisierung".¹³

Eine ganz ähnliche Funktion wie der Begriff 'Rationalisierung' besitzt der Begriff 'Gemeinschaft' und daraus abgeleitete Termini wie 'Werksgemeinschaft', 'Betriebsgemeinschaft' und 'Volksgemeinschaft'. Die 'Werksgemeinschaft', nach 1933 durch die 'Betriebsgemeinschaft' ersetzt, ist "ein Kind der 20er Jahre". Der "harte Kern der Werksgemeinschaftsbewegung" verstand - wie *Gertraude Krell* in ihrer Untersuchung über 'vergemeinschaftende Personalpolitik' ausführt - "'Werksgemeinschaft als Organisationsform', die eine überbetriebliche Interessenvertretung von 'Kapital' und 'Arbeit' überflüssig macht. Werksgemeinschaft im engeren Sinne steht damit in der Tradition der 'Vaterländischen Arbeitervereine' und der 'Werkvereine' der Vorkriegszeit".¹⁴ Nicht zufällig hatte der 'Gemeinschafts'-Begriff in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre parallel zum 'Rationalisierungs'-Begriff Konjunktur. Die Anhänger der Werksgemeinschafts-Idee bekannten sich (wie Krell hervorhebt) "zu den Taylorschen Grundsätzen arbeitsorganisatorischer Rationalisierung und zur Mechanisierungspolitik Henry Fords." Beide Schlagworte sollten soziale Antagonismen überdecken. Während der 'Rationalisierungs'-Begriff darüber hinaus noch eine ganze Reihe weiterer betriebs- und volkswirtschaftlicher Implikationen hatte, war diese Funktion beim 'Gemeinschafts'-Begriff eindeutiger.

Im Gegensatz zur 'Rationalisierung', die als politisch-wirtschaftlicher Kampfbegriff seit 1929/30 in Verruf geriet, überstand der mit ökonomischen Konnotationen nicht besetzte 'Gemeinschafts'-Begriff die Krise als Schlagwort unbeschadet. Es ist kein Zufall, daß zwar seit 1935/36 in der betrieblichen Praxis 'rationalisiert' wurde wie nie zuvor, der Terminus 'Rationalisierung' als Schlagwort und Zauberformel jedoch keine Renaissance erlebte (trotz einiger Ansätze auch nicht als 'deutsche Rationalisierung'). Er wurde von Fachwissenschaftlern und betrieblichen Praktikern zwar weiterhin verwandt, jedoch eher sparsam. Statt dessen trat seit 1933 der 'Gemeinschafts'-Begriff in den Vordergrund. Mit dem 'Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit' vom Januar 1934 und dem dort zentralen Begriff der

¹³ D. J. K. Peukert, *Max Webers Diagnose der Moderne*, Göttingen 1989, S. 75.

¹⁴ G. Krell, *Vergemeinschaftende Personalpolitik. Normative Personallehren, Werksgemeinschaft, NS-Betriebsgemeinschaft, Betriebliche Partnerschaft, Japan, Unternehmenskultur*, München 1994, S. 85 ff. Das folgende Zitat: ebd., S. 114.

'Betriebsgemeinschaft' wurden - wie Krell resümiert - "all die Vorstellungen" der Werks-gemeinschaftsbewegung der zwanziger Jahre Wirklichkeit. Umgekehrt wäre ohne die 'Vorarbeit' dieser Bewegung der Gemeinschafts-Begriff unter 'Betriebsführern', Arbeitswissenschaftlern, Betriebswirtschaftlern, Arbeitsrechtlern usw. als Kernelement der nationalsozialistischen Betriebsverfassung nicht so schnell eingeführt worden. Das bezieht sich nicht nur auf die breite Akzeptanz, die der Gemeinschafts-Begriff in den eineinhalb Jahrzehnten der Weimarer Republik gefunden hatte, sondern zielt auch auf die inhaltlichen Implikationen. Neben den sozialharmonischen Intentionen und antirepublikanischen Konnotationen, die dem Begriff von vornherein zugrunde lagen, hatte die Werksgemeinschaftsbewegung - darauf weist Krell gleichfalls hin - auf ihrer "Suche nach 'neuer Gemeinschaft' und 'organischer Zusammenfügung'" auch bereits "rassistisches und völkisch-nationales Gedankengut entwickelt und verbreitet".¹⁵

Wie sehr der dann vor allem nach 1933 nicht zuletzt mit Blick auf die industrielle Arbeitswelt strapazierte 'Gemeinschafts'-Begriff und 'Rationalisierung' als propagandistisches Schlagwort zusammengehören, hebt - neben Freyberg und Krell - *Matthias Frese* in seiner Dissertation hervor, und zwar exemplarisch für die 'Betriebsgemeinschaft', die Zentralkategorie des nationalsozialistischen Arbeitsrechts. Während in der älteren Forschung meist die ideologische und scheinbar antiquierte Seite dieses Begriffs betont wird, konstatiert Frese, daß das der 'Betriebsgemeinschaft' zugrunde liegende "Organisationskonzept" auf "der modernen betriebssoziologischen Forschung [basiere], die die Ergebnisse der amerikanischen Taylor-Ford-Diskussion rezipierte und auf die deutschen Betriebe anwandte." Der Begriff der 'Betriebsgemeinschaft' habe keineswegs nur der ideologischen Verschleierung gedient, sondern sei (so könnte man ergänzen) zugleich fordistisch gemeint gewesen, indem er den politisch-rechtlichen Rahmen für Leistungssteigerungen auf Basis moderner Fertigungstechnik und Arbeitsorganisation einerseits und für eine in erster Linie von den einzelnen Unternehmen getragene "gleichzeitige Befriedigung der sozialen Grundbedürfnisse der Arbeitnehmer" abgeben sollte. "Die in der Arbeitsverfassung des 'Dritten Reiches' festgeschriebene Betriebsgemeinschaft kann daher als eine auf den Ergebnissen der zeitgenössischen Betriebs- und Industriosociologie fußende technokratisch-kapitalistische Wirtschaftsführung bezeichnet werden."¹⁶

Auch *Tilla Siegel* und *Thomas v. Freyberg* konstatieren in ihrer Untersuchung über die 'industrielle Rationalisierung' unter dem Nationalsozialismus', daß im 'Dritten Reich' "der Begriff Rationalisierung nicht mehr so richtig in Mode gekommen" sei. Selbst das RKW, in der Weimarer Republik im Zentrum der Rationalisierungs-Propaganda, gebrauchte das alte Schlagwort "mit großer Vorsicht". 'Rationalisierung' und 'Gemeinschaft', das zweite Schlagwort, das bereits während der Weimarer Republik in den Mittelpunkt der betriebsbezogenen Ideologisierung rückte, sind nicht identisch, auch wenn sie in bestimmter Hinsicht auf das gleiche zielen. Nachdem der Terminus 'Rationalisierung' durch die Weltwirtschaftskrise diskreditiert war, mußte ein anderes zugkräftiges Schlagwort her. Das in Verruf geratene Zauberwort 'Rationalisierung' wurde (so stellen Siegel/Freyberg fest) "durch den

15 Zitate: Ebd., S. 118 ff.

16 *M. Frese*, Betriebspolitik im 'Dritten Reich'. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939 (= Forschungen zur westfälischen Regionalgeschichte, Bd. 2), Paderborn 1991, S. 449 f.

Begriff 'Leistungssteigerung' verdrängt, der bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft auf dem 'Gipfel schlagwortmäßiger Aktualität' bleiben sollte.¹⁷ Nicht selten wurden außerdem 'Gemeinschaft' und 'Leistungssteigerung' zusammengezogen, zur "Leistungsgemeinschaft".¹⁸ "Dieser Wandel in der Terminologie verdankt sich nicht nur der Eindeutschung von Fremdwörtern, die sich insbesondere in den ersten Jahren [nach der NS-Machtergreifung] großer Beliebtheit erfreut hatte. Leistungssteigerung beinhaltete zwar Rationalisierung, war aber zugleich mehr und weniger als Rationalisierung." Die arbeitsorganisatorische und fertigungstechnische Seite, die jedenfalls mit Blick auf die Industrie in erster Linie mit dem Begriff 'Rationalisierung' assoziiert wurde, trat in den Hintergrund, die Disziplinierung und die - häufig durch Terror bzw. Drohung mit Terror erzwungene - Steigerung der Arbeitsleistung über Intensivierung und Verlängerung der Arbeitszeiten trat in den Vordergrund. Zwar wurde häufig "die Leistung im Sinne von Ausbringung gesteigert, aber Rationalisierung [im engeren Sinne] war das nicht." Vor allem im Zweiten Weltkrieg, und hier wiederum besonders beim 'Arbeitseinsatz' ausländischer Arbeitskräfte war in vielen Fällen "die schiere Gewalt das Mittel, um aus ihnen Leistung herauszupressen."¹⁹ Auf diesen NS-spezifischen Aspekt von 'Rationalisierung' wird noch genauer einzugehen sein.

Während der Weimarer Republik war 'Rationalisierung' vielleicht das wichtigste Schlagwort, aber doch nur eines unter mehreren, ein anderes Schlagwort war 'Fließfertigung'. Dieser Begriff diente gleichfalls dazu, soziale Herrschaft zu kaschieren. Böning zeigt, wie die von staatlich-industrieller Seite zum Zweck der Rationalisierungspropaganda gegründeten Institutionen, namentlich der 'Ausschuß für Fließfertigung', und die dahinter stehenden, 'modernisierungsfreundlichen' Interessengruppen eine Strategie verfolgten, die man mit der heutigen Redewendung 'Begriffe besetzen' charakterisieren könnte: Sie suchten nach "allen Regeln der sozialen Kunst und Wissenschaft" die neue Form des "Produktionszwanges" durchzusetzen, indem sie "ihr einen schönen Namen", nämlich die unverfängliche Bezeichnung 'Fließfertigung', "zu geben, sie gefällig zu definieren [und] ein aufnahmeberechtigtes Klima in der Öffentlichkeit zu schaffen verstanden".²⁰ 'Begriffe besetzen' konnte und kann man freilich nur, wenn man über entsprechende publizistische und politische Macht verfügt. Nach dem Ende der Inflation waren in dieser Hinsicht die Verhältnisse geklärt. Die Großindustrie verfügte nicht nur über die politische, sondern auch über die ökonomische und soziale Macht, "die es ihr erlaubte, in allen kommenden Krisen die Kosten nach unten abzuwälzen".²¹

17 T. Siegel/Th. von Freyberg, Industrielle Rationalisierung unter dem Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1991, S. 320 f.

18 Vgl. G. Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933 - 1936/37 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 546), Frankfurt a.M. 1993, S. 33 ff.; R. Hachmann, Industriearbeit im 'Dritten Reich'. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 82), Göttingen 1989, S. 161 f.

19 Siegel/Freyberg, S. 321; vgl. auch T. Siegel, Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: H. Mommsen (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 97-224, hier: S. 128 f.

20 Vgl. Böning, S. 15, 113-118, 169 f., 207 f.

21 Vgl. Freyberg, S. 311.

III. Die goldenen zwanziger Jahre und die Grenzen der Rationalisierung (1925 bis 1933)

Die wiedergewonne wirtschaftliche Stärke erlaubte der verarbeitenden Industrie überdies, Rationalisierungskonzepte (begrenzt) in die betriebliche Praxis umzusetzen. In welcher Weise und in welchen Dimensionen die fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung in der verarbeitenden Industrie Fuß faßte, hat Homburg für die Elektroindustrie (vor allem Siemens) untersucht. Freyberg nimmt gleichfalls Siemens als den führenden, elektroindustriellen Konzern in den Blick und geht außerdem ausführlich auf die Entwicklungen im Maschinenbau, namentlich im Werkzeugmaschinenbau, ein. Bönig wiederum breitet vor dem Leser gleichsam lexikalisches Wissen über die quantitativen und qualitativen Dimensionen der Fließfertigungspraxis in allen verarbeitenden Branchen aus, das an konkreten Details die 'Geschichte der Produktivkräfte' in mancherlei Hinsicht noch überbietet. Alle Autoren kommen in zentralen Fragen zu ähnlichen Ergebnissen:

Der breiten Rationalisierungsdiskussion bzw. -propaganda entsprach keine ebensolche betriebliche Rationalisierungspraxis.²² Wie wenig die Fließfertigung im Deutschen Reich Fuß gefaßt hatte, macht die (vermutlich zutreffende) Schätzung Bönigs deutlich, daß um 1930 lediglich "grob 80 000 Fließ- und Bandarbeitsplätze in der gesamten Industrie" eingerichtet worden seien; dies war "ein Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 50 Personen und noch nicht einmal ein halbes Prozent aller in Gewerbebetrieben Entlohnerten."²³ Innerhalb der verarbeitenden Industrie spielte die Elektroindustrie in puncto fertigungstechnischer und arbeitsorganisatorischer Rationalisierung eine Vorreiterrolle, innerhalb der Elektroindustrie wiederum die dominierenden Konzerne Siemens & Halske, Siemens-Schuckert und AEG.²⁴ In der übrigen verarbeitenden Industrie gelangten Fließfertigungssysteme bis 1933 nur relativ selten zur Anwendung. Dies gilt sowohl für den von Freyberg

22 Dies galt selbst für das in puncto Fließfertigung führende Unternehmen, die Siemens-Schuckert-Werke. Erst seit 1936/37 erreichten die fertigungstechnischen Rationalisierungsmaßnahmen in den Werken der SSW "ein Ausmaß, das einem qualitativen Bruch mit der bisherigen Herstellungspraxis gleichkam". Vgl. *Homburg*, S. 476, 479, 490, 492 u.ö.; ferner *Feldenkirchen*, S. 228. Auch Peukert betont, daß "die Rationalisierungsbewegung der 20er Jahre lautstark und resultatlos, zukunftsweisend weil gegenwartsarm, pläneschmiedend weil praxisfremd" gewesen sei (*Peukert*, S. 78). Zu Opel, dem im Fahrzeugbau in puncto führenden Unternehmen vgl. vor allem *A. Kugler*, *Arbeitsorganisation und Produktionstechnologie der Adam Opel Werke (von 1900 bis 1929)* (= Veröffentlichungsreihe des Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung/Arbeitspolitik des Wissenschaftszentrums Berlin), Berlin 1985; zu den Rationalisierungsprozessen in anderen Unternehmen der Automobilindustrie (namentlich Daimler-Benz) vgl. *M. Stahlmann*, *Die erste Revolution in der Autoindustrie. Management und Arbeitspolitik von 1900 - 1940*, Frankfurt a.M. 1995; *B. P. Ballon*, *Mercedes in Peace and War. German Automobile Workers, 1903-1945*, New York 1990.

23 *Bönig*, Bd. 2, S. 699.

24 Zu den Rationalisierungsprozessen in der Elektroindustrie im einzelnen vgl. *Homburg*, bes. S. 291-304, 426-528; *Bönig*, S. 209-346; *Freyberg*, S. 181-258; ferner *Geschichte der Produktivkräfte*, Bd. 3, bes. S. 60 ff.; *Feldenkirchen*, S. 226 ff.; *W. Zollitsch*, *Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 88), Göttingen 1990, S. 21 ff. Während Freyberg nur die Verhältnisse bei Siemens, Homburg darüber hinaus auch die bei AEG thematisiert, untersucht Bönig außerdem ausführlich die diesbezüglichen Entwicklungen in der Akkumulatoren-Fabrik (Berlin-Hagen), bei Osram, bei Bosch und einer Reihe anderer elektrotechnischer Unternehmen.

und Bönig untersuchten Maschinenbau²⁵ als auch für den von Bönig und (in mehreren Aufsätzen) von Anita Kugler untersuchten Fahrzeugbau.²⁶

Die beschränkten Absatzmöglichkeiten und - in den meisten Zweigen der verarbeitenden Industrie - ein geringer Grad an Konzentration setzten der betrieblichen Rationalisierungsbewegung in Deutschland von vornherein enge Grenzen. Resultat war ein gewissermaßen spezifisch 'deutscher (oder europäischer?) Weg' der Rationalisierung und - auf der fertigungstechnischen Ebene - das Nebeneinander sehr unterschiedlicher Formen der Fließfertigung. Während in den USA ein rasch wachsender, riesiger Absatzmarkt die Anwendung von Fließbandsystemen in quasi 'reiner' Form erlaubte, waren die Unternehmer in Deutschland - und (das wäre noch genauer zu untersuchen) vermutlich überhaupt in Europa - zu einem flexiblen Agieren gezwungen, um die "Balance zwischen markt- und produktionsökonomischen Anforderungen" zu halten.²⁷ Die unterschiedlichen, häufig schlechten Absatzchancen, und nicht etwa technologische Rückständigkeit, ließen in den verarbeitenden Industrien eine ganze Palette unterschiedlichster Fließfertigungssysteme entstehen, die vom lediglich arbeitsorganisatorisch hergestellten Arbeitsfluß ohne ein die verschiedenen Produktionsprozesse verknüpfendes Transportband über diverse Zwischenstufen bis hin zur eigentlichen Fließbandarbeit reichten und - da es zumeist lediglich möglich war, in kleinen Serien zu produzieren - zur Entwicklung eigenartiger Fließfertigungssysteme wie der 'wechselnden Fließarbeit' führen konnten.²⁸

Die Einführung der Fließfertigung und die zur Anwendung gelangenden Fließfertigungssysteme mußten in starkem Maße auch die Entwicklung der Werkzeugmaschinen beeinflussen. In welcher Weise dies bis 1929/33 geschah, hat Freyberg untersucht: Vorherrschender Werkzeugmaschinentyp war - und blieb - die sog. *Universalwerkzeugmaschine*, d.h. eine Werkzeugmaschine, die die Fähigkeit besitzt, "die verschiedensten Arbeiten an den verschiedensten Arbeitsstücken" auszuführen. Ihr gegenüber steht idealtypisch die sog. *Einzweck- oder Sonderwerkzeugmaschine*; dieser Werkzeugmaschinentyp war (und ist) zwar billiger, robuster und einfacher zu bedienen, jedoch "nur für ein ganz bestimmtes Arbeitsteil" einsetzbar. An sich wären für die Fließfertigung auf den Arbeitsfluß abgestimmte, einfachste Sondermaschinen adäquat gewesen. Dies hätte freilich Massenfertigung in großem Stil und lange Laufzeiten für ein einzelnes Produkt vorausgesetzt. Massenfertigung war vor dem Hintergrund der begrenzten Absatzmärkte jedoch eher die Ausnahme als die Regel.

²⁵ Zu den Rationalisierungsprozessen im Maschinenbau im einzelnen vgl. Freyberg, S. 55-180; Bönig, Bd. 1, S. 347-501.

²⁶ Zu den Rationalisierungsprozessen im Fahrzeugbau im einzelnen vgl. vor allem Bönig, Bd. 1, S. 402-572; Kugler, Arbeitsorganisation; dies., Von der Werkstatt zum Fließband. Etappen der frühen Automobilproduktion in Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 13, 1987, S. 304-339. Wie sehr der deutsche Fahrzeugbau - als der neben der Elektroindustrie in puncto Fließfertigung noch innovativste Industriezweig - im europäischen Maßstab hinterherhinkte, zeigte sich daran, daß (wie Bönig ausführte), lange bevor in deutschen Automobilunternehmen die neue Fertigungsmethode Eingang fand, fließfertigungsähnliche Produktionsstrukturen in den französischen und italienischen Automobilwerken (Peugeot, Citroën, Berliet, Renault, Morris, Fiat u.a.) eingeführt wurden. Vgl. Bönig, Bd. 1, S. 421-428.

²⁷ So Freyberg (resümierend), S. 392.

²⁸ Vgl. hierzu bes. die systematische Zusammenfassung ebd., S. 149 f., 158. Zu den Überkapazitäten als Folge der Rationalisierungsbewegung bereits während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre vgl. H. A. Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, bes. S. 34, und die dort genannte ältere Literatur.

Speziell für die Fließfertigung konzipierte Einzweckmaschinen kamen deshalb nur in Ausnahmefällen zum Einsatz; dominant blieb zwar weiterhin der Typus der Universalwerkzeugmaschine. Allerdings gewannen für die Bereiche der verarbeitenden Industrie, in denen Fließfertigung eingeführt wurde, angesichts der makroökonomischen Rahmenbedingungen "spezifisch deutsche Entwicklungslinien im Werkzeugmaschinenbau" an Gewicht, nämlich die Entwicklung von Werkzeugmaschinentypen, die Elemente von der Universal- wie der Einzweckmaschine vereinigten ("reduzierte" Universalmaschinen", "um 'Zutaten' erweiterte Einzelwerkautomaten").²⁹ Der Flexibilisierung der Fließfertigung entsprach also der Einsatz (begrenzt) flexibler Werkzeugmaschinen.

Der Einbruch der Weltwirtschaftskrise brachte auch die betriebliche Rationalisierungsbe-
wegung zum Stillstand. Sichtbarster Ausdruck der Rationalisierungskrise war, daß zahl-
reiche Fließbänder wegen mangelnden Absatzes stillgelegt werden mußten. Der Zusammen-
bruch der betrieblichen Rationalisierung (so betont Freyberg) markiert auch die Grenzen der
'Rationalisierung' als ideologisiertem Kampfbegriff, der 'Rationalisierung' als Bewegung.
"Hunger und Arbeitslosigkeit widerlegten die Versprechungen der Rationalisierungsformel."
Die "Fordsche Prosperitätsspirale von Massenproduktion und Massenkonsum" kippte um in
eine "Depressionsspirale" im doppelten Sinn.³⁰

IV. Fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung 1933 bis 1945

Ab 1934 wich die wirtschaftliche Depression der Rüstungskonjunktur. In puncto Rationali-
sierung konnten die Werksleitungen dort anknüpfen, wo sie 1930/31 aufhören mußten. Daß
es in den letzten Vorkriegsjahren und erneut seit Ende 1941 zu einem Rationalisierungss-
chub kam, ist in der Forschung unbestritten. Mit Einsetzen der Rüstungskonjunktur fielen
die Barrieren weitgehend fort, die namentlich der breiten Einführung der Fließfertigung bis
1933 im Wege gestanden hatten. Die Absatzfrage zumindest für die Produktionsgüter- und
Rüstungsindustrie war 'gelöst', die Produktionskapazitäten ausgelastet. Die Massenfertigung
- in erster Linie, aber nicht allein - von Rüstungsgütern bildete eine wesentliche Bedingung
für fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung im großen Maßstab.
Hinzu traten als weitere Voraussetzungen die nicht zuletzt auch auf staatlichen Druck hin
forcierten Bemühungen, die Normierung von Produktteilen voranzutreiben und die Vielzahl
an Produkttypen zu reduzieren. Zwar waren in dieser Hinsicht insbesondere seit 1938 und
1941 zumindest nominell beträchtliche Erfolge zu verzeichnen. Kompetenzwirrwarr, Fehl-
planungen und andere staatlich-organisatorisch bedingte Defizite und Friktionen ließen
jedoch nicht nur die Rüstungsproduktion vor allem in den ersten Kriegsjahren stagnieren
(wie namentlich *Richard James Overy* unlängst hervorgehoben hat).³¹ Sie behinderten auch

²⁹ Vgl. *Freyberg*, bes. S. 59, 70 ff., 73, 106 ff.

³⁰ Ebd., S. 366, 392. Zur zeitgenössischen Diskussion der Rationalisierungskrise vgl. auch *H. A. Winkler*,
Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933,
Bonn 1987, S. 87 ff.

³¹ Vgl. *R. J. Overy*, Rationalization and the 'Production Miracle' in Germany, in: *H.-E. Volkmann (Hg.)*,
Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München
1995, S. 457-487, bes. S. 459-463 (geringfügig gekürzte Fassung aus: *ders.*, War and Economy in the
Third Reich, Oxford 1994, S. 343-375); zur Normierung, Typenverringering sowie (weiteren)

die betrieblichen 'Modernisierungs'-Schritte. Daran änderten auch (das hat *Dietrich Eichholtz* im dritten Band seiner umfassenden und mit zahlreichen, bisher unbekanntem Quellen gespickten Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft dargestellt) die letzten verzweifelten Versuche zur Straffung der Speerschen Rüstungsorganisation und die weiterhin halbherzigen Kompetenzklärungen im letzten Kriegsjahr grundsätzlich nichts.³²

All diesen Hindernissen zum Trotz waren die Rationalisierungserfolge während der NS-Zeit dennoch beachtlich: Vor allem in den Werken großer Unternehmen wurden die bis 1933 zumeist lediglich vereinzelt 'Fließinseln' ausgeweitet, in offenbar nicht wenigen Fällen die gesamte Fertigung nach dem Fließprinzip organisiert und die verschiedenen Abteilungen mit Hilfe vollautomatischer Bänder eng verzahnt.³³ Den zeitgenössischen Fachzeitschriften ist außerdem zu entnehmen, daß Fließfertigungssysteme auch in Branchen in wachsendem Maße Anwendung fanden, die bis dahin von 'Fordismus' und 'Taylorismus' verschont geblieben waren.³⁴ Unklar ist freilich, ob die Fließfertigung zum industrieweit dominierenden Produktionsprinzip wurde oder weiterhin Standards der Einzelfertigung den Produktionsalltag beherrschten. Hier wären, neben branchen- und regionalspezifischen Differenzen, von der zukünftigen Forschung auch Unterschiede zwischen den Betriebsgrößenklassen stärker in den Blick zu nehmen. Bisher wurden - dank der besseren archivalischen Überlieferung - vornehmlich Großbetriebe untersucht. Wie stark die Rationalisierungsbewegung in mittleren und kleinen Unternehmen Fuß fassen konnte, ist dagegen weitgehend unbekannt.³⁵

produktionstechnischen Rationalisierungen durch unmittelbare Interventionen überbetrieblicher Institutionen, in den letzten Kriegsjahren namentlich des 'Jägerstabes' vgl. vor allem *D. Eichholtz*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 2: 1941-1943, Berlin 1984, bes. S. 297-304, Bd. 3: 1943-1945, Berlin 1996, bes. Kapitel I.3, I.4; allgemein ferner *Freyberg/Siegel*, S. 205-216; *Hachtmann*, Industriearbeit, S. 71-74, 77 f.; *Overy*, Rationalization, S. 475 f.

³² Das sog. Rüstungswunder, d.h. das Phänomen, daß die Produktion für viele wichtige Waffengattungen erst im Herbst 1944 ihren höchsten Stand erreichte, erklärt sich nach *Eichholtz* aus mehreren Faktoren, nämlich erstens der "Konzentration der Regulierungsgewalt über die Kriegswirtschaft beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion und bei seinem Industriemittelstand". Zweitens kamen 1944 die umfangreichen Investitionen 1942 und 1943, "Erweiterungskapazitäten und neue Großwerke, zum Beispiel für Panzer und Sturmgewehre", drittens Rationalisierungsanstrengungen und besonders Typenbeschränkungen, "Entfeinerung" und "Entrümpelung" der Produktion, viertens die "verstärkte Konzentration auf bestimmte Sektoren der Rüstung" sowie fünftens schließlich Umschichtungen in den Produktionskapazitäten vom zivilen auf den rüstungsindustriellen Produktionssektor zum Tragen; vgl. *Eichholtz*, Bd. 3, Kapitel II.1. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch *Overy*.

³³ Vgl. Geschichte der Produktivkräfte, Bd. 3, S. 76; *Kugler*, Werkstatt, S. 336; *Hachtmann*, Industriearbeit, S. 75 f.; *K.-H. Roth*, Der Weg zum guten Stern des 'Dritten Reiches': Schlaglichter auf die Geschichte der Daimler-Benz AG und ihrer Vorläufer (1890-1945), in: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im 'Tausendjährigen Reich' (= Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3), Nördlingen 1987, S. 155, 219, 230 f.

³⁴ Vgl. *Hachtmann*, Industriearbeit, S. 76.

³⁵ Vgl. hierzu die Hinweise bei *A. Lüdtk*e, "Ehre der Arbeit": Industriearbeiter und Macht der Symbole. Zur Reichweite symbolischer Orientierungen im Nationalsozialismus, in: *ders.*, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 327 ff. *Lüdtk*e freilich verallgemeinert seinerseits unzulässig, wenn er behauptet, auch "ab Mitte der 1930er Jahre" seien die "Standards der Einzelfertigung" eindeutig dominierend, Massenfertigung und Fließarbeit

Gewissermaßen als Fortsetzung der Freybergschen Arbeit über die Weimarer Republik haben Thomas v. Freyberg und Tilla Siegel, die in diese Untersuchung auch die Ergebnisse älterer eigener Arbeiten einbringt, die Rationalisierungsbewegung im Werkzeugmaschinenbau und der Elektroindustrie ausführlicher in den Blick genommen. Die Verhältnisse in beiden Industriezweigen stellen zwar in puncto Rationalisierungsbewegung - das ist auch der Arbeit von Homburg zu entnehmen - Ausnahmefälle dar, da die Elektroindustrie auch im 'Dritten Reich' ein Vorreiter in Sachen Rationalisierung blieb, während umgekehrt der Werkzeugmaschinenbau aufgrund einer zwar "quantitativ hohen, zugleich aber qualitativ extrem wechselnden Nachfrage" weiterhin lediglich eine "Strategie der vorsichtigen und elastischen Annäherung an die fließende Fertigung" betrieb.³⁶

Trotzdem lassen sich über ihre Untersuchung die strukturellen Grenzen der Rationalisierungsbewegung im Dritten Reich schärfer konturieren; denn "die Werkzeugmaschine [bildete] das technische Zentrum aller Industriezweige".³⁷ Die Struktur der Werkzeugmaschinen, vor allem des dominierenden Typus', spiegelt - mit zeitlicher Verschiebung - die Produktionsstrukturen der verarbeitenden Industrien wider. Bis Kriegsende haben (so weisen Siegel/Freyberg nach) die der Massenfertigung angemessenen Spezialwerkzeugmaschinen in der deutschen Industrie nur eine periphere Rolle gespielt. Das breite Mittelfeld an Werkzeugmaschinen, das die Funktionen beider Grundtypen miteinander zu vereinbaren suchte, wurde auch nach 1936 nicht zugunsten der der Massen(fließ)fertigung eigentlich adäquaten 'Einzweckmaschinen' aufgelöst, sondern - auf Kosten des Anteils 'traditioneller' Universalmaschinen - vielmehr ausgeweitet. Der bis 1929/30 beobachtbare Trend setzte sich seit 1933 verstärkt fort: Universalwerkzeugmaschinen wurden durch "Spezialvorrichtungen und Einzweck-Zutaten" auf die Massenfertigung umgerüstet oder es wurde deren ursprüngliche Funktionsvielfalt abgespeckt, Einzweckautomaten dagegen um weitere Funktionen angereichert.³⁸ Auch während des Dritten Reiches konnten die makroökonomischen Barrieren, die einer Dominanz von Einzweckautomaten in der verarbeitenden Industrie entgegenstanden, nicht vollständig überwunden werden. Zwar beschleunigte die Produktion von Kriegsgütern die Ausweitung der Massenfertigung und darauf basierender Rationalisierungsinitiativen. Zugleich erforderten jedoch die rasch wechselnden Rüstungsprogramme, nicht ausgereifte Waffentechniken sowie fehlende Koordination zwischen den überdies zersplitterten militärischen und wirtschaftlichen Planungsbehörden immer wieder und nicht selten in schneller Abfolge eine Neuorganisation der Produktionsprozesse - und damit nach wie vor eine "große Einsatzbreite und vielseitige Verwendbarkeit" der Werkzeugmaschinen.³⁹ Manche Unternehmer mögen sich darüber hinaus bereits auf "zu erwartende Absatzbedingungen nach

peripher geblieben. Daß allerdings die Dimensionen der fertigungstechnischen Rationalisierungsbewegung selbst während des Zweiten Weltkrieges nicht überschätzt werden sollten, betont auch Eichholtz: "Modernste Fließfertigung gab es freilich nur in wenigen neuen Werken" selbst der fertigungstechnisch führenden Luftfahrtindustrie; vgl. *Eichholtz*, Bd. 3, Kapitel II.3.

³⁶ Vgl. *Homburg*, bes. S. 476 ff., 490 ff., 527; *Siegel/Freyberg*, S. 267-277, 322-368.

³⁷ *Freyberg*, S. 55.

³⁸ Vgl. *Siegel/Freyberg*, S. 150 f., 168, 216-222, 243 ff.

³⁹ Vgl. ebd., bes. S. 150 f., 236 (Zitat).

Kriegsende" eingestellt, von vornherein also eine flexible Umstellung auf zivile Nachfrage ins Auge gefaßt und deshalb Universalmaschinen bevorzugt haben.⁴⁰

Hinzu trat noch ein weiterer Faktor: Der Werkzeugmaschinenbau wurde von den Rationalisierungsschüben während des 'Dritten Reiches' offenbar überrascht. Er war auf eine verstärkte Nachfrage nach Einzellmaschinen nicht eingestellt. Schon nach Verkündung des 'Vierjahresplanes', seit 1937/38, war der Bedarf an Sondermaschinen, die in der Regel keine Facharbeiterqualifikationen, sondern nur relativ kurze Anlernzeiten erforderten, gestiegen, besonders in neuen, rüstungswichtigen Industriezweigen wie etwa dem Flugzeugbau. Seit dem Scheitern der Blitzkriege und der Verschärfung des Arbeitskräftemangels um die Jahreswende 1941/42 vergrößerte sich die Schere zwischen Bedarf und Angebot dramatisch. 'Eigentlich' - so *Bertrand Perz*, dessen Studie über den österreichischen Rüstungskonzern Daimler-Steyr-Puch und das Konzentrationslager Melk auch wichtige Hinweise zur wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und (damit) des 'Altreichs' seit 1941 enthält - sollte die "rationalisierte Produktionsweise mit Spezialwerkzeugmaschinen der deutschen Rüstungsindustrie eine effiziente Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte ermöglichen, auf die man durch die gewaltsame 'Neuordnung' Europas ungehinderten Zugriff bekommen hatte. Bisher nicht in den industriellen Produktionsprozeß integrierte Menschen konnten so in den modernsten Industrien mit einem minimalen Arbeitsaufwand effizient eingesetzt werden. Sie waren damit in einer Zeit für die Industrie verfügbar, wo inländische Arbeitskräfte nurmehr begrenzt zur Verfügung standen. Das hieß aber auch, daß der Aufbau von Betrieben wie der F[lugmotorenwerke] O[stmark GmbH] von der ausreichenden Lieferung der relativ einfach zu bedienenden Spezialwerkzeugmaschinen abhängig war. Nur so konnte mit dem nur notdürftig angelernten oder umgeschulten Arbeitskräftepotential produziert werden. Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie war [jedoch] der Nachfrage, die der Krieg mit sich brachte, nicht gewachsen". Zusätzlich behinderten "externe Faktoren die Bestellung der für die Taktstraßen der FO unbedingt erforderlichen Spezialwerkzeugmaschinen. Aufgrund einer Unterbrechung des Handelsabkommens mit der Schweiz", auf deren Maschinenbauunternehmen man wegen der Lieferprobleme deutscher Betriebe zurückgriff, "wurden dort bestellte Maschinen zunächst nicht ausgeliefert. [...] Wegen dieser Hindernisse wurde vorübergehend [sogar] die Möglichkeit erörtert, zuerst mit einer provisorischen Einzelfertigung von Motoren zu beginnen und erst allmählich auf die Großserienfertigung überzugehen. Das hätte aber ein völliges Abgehen vom Konzept einer durchrationalisierten Fließfertigung bedeutet." Dazu wollte oder konnte man sich zwar nicht entschließen. Aber das Defizit an Werkzeugmaschinen, die auf die Fließfertigung abgestimmt waren und von unqualifizierten ausländischen Arbeitskräften bedient werden konnten, zog eine tiefgreifende Krise der 'Flugmotorenwerke Ostmark' (die in dieser Hinsicht vermutlich stellvertretend für viele andere Unternehmen standen) nach sich, die im Frühjahr 1943 dann zur Ablösung der Werksleitung führte.⁴¹ Das Chaos in der

⁴⁰ Dies galt offenbar besonders für den Werkzeugmaschinenbau (vgl. ebd., S. 275 f.), wo allerdings auch Einzelfertigung und (bestenfalls) kleine Serien die Regel waren. Bei Daimler-Benz in Genshagen - und vermutlich auch anderen Werken der Fahrzeugindustrie - kamen dagegen moderne Spezialwerkzeugmaschinen in großem Maßstab zur Anwendung; vgl. *Ballon*, S. 240, ferner ebd. S. 246.

⁴¹ *B. Perz*, Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk (= Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich, Bd. 3), Wien 1991, S. 114 ff.

ökonomischen Planung, d.h. die fehlende bzw. unzureichende Abstimmung zwischen den einzelnen Unternehmen, den militärischen Stellen und den für die Rüstungswirtschaft zuständigen Institutionen, dürfte die produktionsökonomischen Effekte der innerbetrieblichen Rationalisierung weitgehend zunichte gemacht haben. Wichtig ist in diesem Kontext auch, daß der 'Fremdarbeiter-Einsatz' vom NS-Regime in den dann realisierten Dimensionen nicht von vornherein geplant, von NS-Ideologen nur widerwillig akzeptiert wurde⁴² und damit auch die 'Notwendigkeit' der Einbindung zahlloser unqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in komplexe Fließfertigungssysteme, die wiederum die vermehrte Installation von Einzweckmaschinen voraussetzten, nicht absehbar war.

Einen ganz anderen Aspekt (überbetrieblicher) industrieller Rationalisierung hat u.a. *Gerhard Kratzsch* im Rahmen einer umfassenderen regionalhistorischen Untersuchung über die Rolle der bisher wenig beachteten Gauwirtschaftsberater der NSDAP genauer in den Blick genommen: die Stilllegung nicht rüstungswichtiger, unrentabler, fertigungstechnisch veralteter Betriebe. Gau- und Kreiswirtschaftsberater (GWB/KWB) scheinen die von den zentralstaatlichen Institutionen angeordnete Schließung kriegswirtschaftlich nicht wichtiger Werke häufig gebremst und vielfach faktisch regelrecht sabotiert zu haben. Ähnlich wie die Deutsche Arbeitsfront (DAF), mahnte der Gauwirtschaftsapparat wiederholt eine "behutsame Realisierung der Aktionsziele" bei Stilllegungsaktionen an; die von oben angeordneten Stilllegungsmaßnahmen seien "zu rigoros". In offenbar zahlreichen Fällen gelang es dem GWB, von anderen Institutionen ins Auge gefaßte Betriebsschließungen wieder rückgängig zu machen. Dort, wo sich Stilllegungen nicht vermeiden ließen, suchten die GWB/KWB die Wirkungen für die betroffenen Arbeitskräfte sozial abzufedern. Deutlich wird durch die Untersuchung Kratzschs, daß die Gauwirtschafts- und Kreiswirtschaftsberater samt Dienststellen als Gliederungen der Partei in erster Linie die Stimmung an der 'Heimatfront' im Auge hatten und deshalb häufiger Stilllegungen zu verhindern oder zumindest aufzuschieben trachteten. Folgt man den Ausführungen Kratzschs, hatten die Gau- und Kreiswirtschaftsberater außerdem nicht zuletzt die Interessen der mittelständischen Unternehmen im Auge. So erhoben sie den ja nicht unbedingt falschen Vorwurf, es sei "überall bemerkbar, daß die Großindustrie die Rationalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen dazu benutzen will, langgehegte Wünsche wegen Beseitigung lästiger Konkurrenz oder sonstiger strittiger Dinge zu verwirklichen."⁴³ Die Ergebnisse Kratzschs für Westfalen wird man vermutlich verallgemeinern dürfen: Wenn die Stilllegungsaktionen (wie *Dietrich Eichholtz* gezeigt hat) auch während der Ära Speer vielfach ins Leere liefen und nicht die Anzahl an Arbeitskräften rekrutiert werden konnten, die man sich erhoffte,⁴⁴ dann waren hierfür offenbar nicht zuletzt

42 Vgl. hierzu grundlegend *U. Herbert*, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des 'Ausländer-Einsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985, bes. S. 53 ff., 88 ff., 137-147.

43 *G. Kratzsch*, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung - "Arisierung" - Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Bd. 27), Münster 1989, S. 343 f., 353-473. Zitate: S. 360, 369. Zu den von Kratzsch ausführlich thematisierten Aufgabenbereichen der Gauwirtschaftsberater gehören neben der Beteiligung an Stilllegungsaktionen - bzw. im Kontext der "Mitwirkung an der Kriegswirtschaft" - u.a. die "Entjudung" der mittelständischen Wirtschaft (S. 112-310), ferner die Unterstützung von Aktivitäten zur "Bodenforschung und Erzsuche" im Rahmen der Autarkiepolitik des 'Dritten Reiches' (S. 311-338).

44 Vgl. hierzu vor allem *Eichholtz*, Bd. 2, S. 229-232.

die Wirtschaftsberater der Gaue bzw. Kreise der NSDAP verantwortlich. Gleichwohl sollte man die mittelbar modernisierenden Effekte der kriegswirtschaftlichen Stilllegungsaktionen nicht unterschätzen. So wie während der Weltwirtschaftskrise zumeist (allerdings nicht immer) veraltete, nicht mehr konkurrenzfähige Industriebetriebe in Konkurs gingen, die fertigungstechnisch und arbeitsorganisatorisch führenden dagegen eher überlebten, so ging die Industrie auch aus den Stilllegungsaktionen des Krieges 'moderner' hervor.

V. Die 'Modernisierung' der Lohnsysteme

Neue Fertigungstechniken und grundlegende Veränderungen der Arbeitsorganisation bedingen einschneidende Wandlungen der Entlohnungssysteme. Dieses Thema ist inzwischen gut erforscht. Die Stückzahlen bzw. die Zeiten, in denen bestimmte Arbeitsgänge zu verrichten waren, wurden 'tayloristisch' vorgegeben oder durch die Bandgeschwindigkeit erzwungen; an die Stelle des traditionellen Akkords trat der Zeit(studien)akkord bzw. der Penumlohn.⁴⁵ Die - wenn auch modifizierte - Beibehaltung des 'Akkords' sowie die Einführung des Prämienlohns, der für das Erreichen eines Arbeits'pensums' gezahlt wurde, verweisen zugleich auf den noch 'unfertigen' Charakter der Fließfertigung während der Weimarer Republik und während des 'Dritten Reiches': Den Beschäftigten blieben Möglichkeiten, das Produktionsergebnis zu beeinflussen; Lohnanreize mußten weiterhin ein möglichst reibungsfreies 'Fließen' und Ineinandergreifen der Arbeitsgänge garantieren.⁴⁶ Nicht zufällig gewann der Gruppenakkord, der den Selbst-Zwang zu 'optimaler' Arbeit auf die ganze Gruppe ausweitete und den einzelnen weit stärker als beim Individualakkord unter Druck setzte mitzuziehen, in den zwanziger und dreißiger Jahren sogar noch an Bedeutung.⁴⁷ Wie sehr dem Leistungsgedanken bei der Entlohnung weiterhin Raum gegeben wurde, hat *Martin Rüter* exemplarisch für Kölner Unternehmen herausgearbeitet. "Eine durch individuelle Lohnanreize gesteigerte Leistung", so kann Rüter am Beispiel einzelner Werke nachweisen, "brachte nicht nur ein höheres Produktionsvolumen, sondern auch eine beträchtliche Senkung des Lohnkostenanteils mit sich."⁴⁸ Folgt man seinen Ausführungen, wurde ein erheblicher Teil der Produktivitätssteigerungen weniger durch technisch-organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen als vielmehr durch Ausweitung und elastische Anwendung der Akkordentlohnung, ferner durch Beseitigung der Akkordschere erzielt.

⁴⁵ Für die Weimarer Republik vgl. z.B. die inzwischen fast 'klassische' Darstellung von *R. Schmiede/E. Schudlich*, Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1978; ferner *Homburg*, S. 291-304; *Bönig*, S. 181-198.

⁴⁶ Vgl. *Bönig*, S. 696; *Hachtmann*, Industriearbeit, S. 171-175.

⁴⁷ Vgl. *A. Lüdike*, Arbeit, Arbeitererfahrungen und Arbeiterpolitik. Zum Perspektivenwandel in der historischen Forschung, in: *ders.*, Eigen-Sinn, S. 376; *Hachtmann*, Industriearbeit, S. 185 f. In - bis 1945 - einzelnen Fällen wurde darüber hinaus für Facharbeiter, die mit Kontroll- und Überwachungstätigkeiten befaßt waren oder sonstwelche, vergleichsweise vielseitige Tätigkeiten auszuführen hatten, eine neue Lohnform eingeführt, die in den sechziger und siebziger Jahren unter dem Begriff 'Kontraktlohn' oder 'eingefrorener Akkord' bekannt geworden ist. Vgl. *M. Rüter*, Zur Sozialpolitik bei Klöckner-Humboldt-Deutz während des Nationalsozialismus: "Die Masse der Arbeiter muß aufgespalten werden", in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 33, 1988, bes. S. 108 ff.

⁴⁸ *M. Rüter*, Arbeiterschaft in Köln 1928-1945 (= Kölner Schriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 16), Köln 1990, S. 286; vgl. auch ebd., bes. S. 267 f.

Nicht nur die Lohnformen wurden Wandlungen unterzogen. Stärker noch veränderte sich die Bemessungsgrundlage der Löhne. Nicht zufällig wurden in der metallverarbeitenden Industrie Berlins, zu der u.a. die elektrotechnische Industrie gehörte, bereits seit 1919 die dort beschäftigten Arbeitskräfte nicht mehr - wie bisher und in den anderen Industriezweigen auch weiterhin üblich - entsprechend ihrer *Qualifikation*, sondern entsprechend ihrer jeweils ausgeübten *Tätigkeit* in die Grundlohngruppen eingestuft.⁴⁹ Sinnvoll erschien die Ersetzung der qualifikations- durch die tätigkeitsbezogene Einstufung deshalb, weil die - zumeist im Handwerk - erworbene Qualifikation immer weniger den konkreten Anforderungen entsprach, die in der durch Rationalisierungsprozesse arbeitsorganisatorischer und fertigungstechnischer Natur sich rasch verändernden industriellen Fertigung erwartet wurden. Zur Grundlage der Einstufung in die verschiedenen Lohngruppen wurde das vom US-Amerikaner Charles Bedaux entwickelte Arbeitsbewertungsverfahren bzw. dem verwandte Systeme. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges zunächst nur im Berliner Industrieraum sowie einzelnen weiteren Unternehmen wie z.B. der von Rütger ausführlicher untersuchten Klöckner-Humboldt-Deutz AG angewandt,⁵⁰ wurde seit 1942 dann ein in erster Linie von den Organisationen der Industrie entwickeltes und von der DAF mitgetragenes 'summarisches' Arbeitsbewertungsverfahren in allen Branchen der metallverarbeitenden Industrie eingeführt. Unter anderem *Marie-Luise Recker* und *Tilla Siegel* haben Entstehungsgeschichte und Umsetzung des 'Lohnkataloges Eisen und Metall' ausführlich untersucht.⁵¹ Statt in drei wurden die Arbeiter nunmehr mit Hilfe des Arbeitsbewertungsverfahrens in acht Lohngruppen eingeteilt, die Grundlöhne und ebenso die Effektivverdienste weit stärker als zuvor auseinandergezogen, mithin also auch die interne Differenzierung der Arbeiterschaft verstärkt. Frauen und Fremdarbeiter wurden nicht nur in die untersten Lohngruppen eingestuft; darüber hinaus erhielten Arbeiterinnen von vornherein etwa 25 Prozent weniger ausgezahlt als ihre männlichen Kollegen. Die Lohnabzüge schließlich der 'Fremdarbeiter', namentlich der 'Ostarbeiter', waren von vornherein so hoch angesetzt, daß eine unmittelbar leistungsstimmulierende Funktion davon kaum ausgehen konnte.⁵²

49 Anfangs war die Zuordnung der einzelnen Arbeiter zu den verschiedenen Lohngruppen noch sehr pauschal und grob; auch im Berliner Industrieraum kamen 'echte' Arbeitsbewertungsverfahren offenbar erst in den dreißiger Jahren zur Anwendung; vgl. *Homburg*, S. 561-566.

50 Vgl. *Rütger*, Arbeiterschaft, S. 361 f.

51 *M.-L. Recker*, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 29), München 1985, S. 223-242; *T. Siegel*, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin, Bd. 57), Opladen 1989, S. 181-209; *dies.*, Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland, in: *C. Sachse u.a.*, Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin, Bd. 41), Opladen 1982, S. 54-139, hier: S. 95 ff.; *dies.*, Rationalisierung statt Klassenkampf, S. 124-128. Vgl. außerdem *W. F. Werner*, Bleib übrig! Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft (= Düsseldorf Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 9), Wuppertal 1983, S. 224-233; *Hachmann*, Industriearbeit, S. 210-223; *ders.*, Thesen zur Modernisierung der Industriearbeit in Deutschland 1924 bis 1944, in: *F. Bajohr (Hg.)*, Nationalsozialismus in Norddeutschland (= Forum Zeitgeschichte, Bd. 1), Hamburg 1993, S. 414-451, zum LKEM: S. 422-426.

52 Vgl. *Siegel*, Leistung, S. 186 ff.; *dies.*, Wenn Frauen gebraucht werden. Ein Lehrstück aus dem Nationalsozialismus, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 29, 1991, S. 67-78, hier: S. 73 f.; *Recker*, S. 239.

Die Vorarbeiten zum LKEM begannen zwar bereits vor Kriegsbeginn. Unmittelbar angestoßen wurde die Einführung des Lohnkataloges jedoch - wie andere, überbetriebliche Formen staatlich induzierter Rationalisierung ab 1941/42 auch - durch die Kriegswende. In der Perspektive des NS-Regimes war der Erfolg des LKEMs, in erster Linie die kurzfristige Mobilisierung von 'Leistungsreserven', so groß, daß (wie vor allem Recker ausführlich skizziert) die Einführung vergleichbarer Lohngruppenkataloge auch für die meisten anderen Branchen ins Auge gefaßt wurde, vor dem Hintergrund der weiteren politisch-wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nicht mehr realisiert werden konnte.⁵³ Mit der Ausweitung des Zeitstudienakkords und der Einführung des Arbeitsbewertungsverfahrens im Rahmen des LKEM (so resümiert Siegel ihre Darstellung der 'lohnordnenden Maßnahmen' im Kriege) sei nur besonders sichtbar geworden, welch hohen Stellenwert 'Leistung' generell innerhalb des NS-Systems gehabt habe. "Nach den Anfängen in der Weimarer Republik hat die nationalsozialistische 'Leistungsgemeinschaft' (und ihr Krieg) einiges dazu beigetragen, daß der Leistungsgedanke und der Leistungslohn in der 'Leistungsgesellschaft' der Bundesrepublik zu ihrer Blüte kamen". Nicht zufällig bildete der LKEM "die Grundlage der meisten Tarifverträge in der Metallindustrie der fünfziger Jahre."⁵⁴

VI. Fließfertigung als "Ausbeutungsinnovation"

Die innerbetriebliche technisch-organisatorische Rationalisierung - und ebenso die 'Modernisierung der Lohnsysteme - zielte nicht allein darauf ab, die Produktivität zu erhöhen und die Produktionskosten zu senken. Sie sollte außerdem zur Pazifizierung der Belegschaften beitragen. Nicht erst seit 1933, sondern von Anbeginn war die betriebliche Rationalisierungspolitik von herrschaftstechnischen Gesichtspunkten geprägt. Dazu gehört zunächst das Motiv, mit Hilfe der fertigungstechnischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung die Personalpolitik und den "Arbeitsvollzug" im Unternehmen (so zeigt Homburg am Beispiel Siemens) von den überbetrieblichen Arbeitsmarktkonstellationen und damit von "'störenden' externen Einflüssen" zu entflechten. Den gleichen Gesichtspunkten folgte die Gründung der (spätestens 1918 gescheiterten) wirtschaftsfriedlichen Werkvereine sowie die in den zwanziger Jahren erheblich ausgebaute betriebliche Sozialpolitik des Siemens-Konzerns. Alles in allem (so läßt sich der Dissertation vom Homburg entnehmen) war diese Strategie, sich vom überbetrieblichen Gesamtarbeitsmarkt abzukoppeln und einen einzelbetrieblichen Teilarbeitsmarkt zu schaffen, nur von Teilerfolgen gekrönt.⁵⁵

Wichtiger noch als die Abschottung der Belegschaften nach außen, die nur begrenzt möglich blieb, war die Kontrolle des einzelnen, "der Verlust selbst bescheidener Dispositionsspielräume in der Gestaltung des Arbeitsablaufs", die (so Homburg) mit der "Verwissenschaftlichung der Betriebsführung" einherging.⁵⁶ Entwicklung und Siegeszug der 'wissenschaftlichen Betriebsführung' erklären sich nicht zuletzt vor diesem Hintergrund. Wie sehr "'controll' - innere und äußere - das zentrale Motiv in Fredericks W. Taylors Leben und Werk" gewesen ist, zeigt *Gertraude Krell* in ihrer Dissertation, in der es um das Frauen- bzw. überhaupt Menschenbild der Arbeitswissenschaft und das Selbstverständnis der

⁵³ Vgl. ebd., S. 242-250.

⁵⁴ *Stiegel*, Leistung, S. 209; vgl. auch ebd., S. 123.

⁵⁵ Vgl. *Homburg*, bes. S. 18, 252. Zu den wirtschaftsfriedlichen Werkvereinen ebd., S. 386-402

⁵⁶ Ebd., S. 577.

Arbeitswissenschaftler geht. Sie sieht Taylors 'wissenschaftliche Betriebsführung' wesentlich in dessen individueller Sozialisation begründet: "Wärme und emotionale Zuwendung gaben Emily und Franklin Taylor [die Eltern] ihrem Nachwuchs [...] nicht. Dafür gab es etwas anderes, das in ihrer Erziehung die entscheidende Rolle spielte: die Forderung nach bedingungsloser Unterordnung unter die elterliche Autorität. [...] Jeder Eigen-Sinn, jeder Eigen-Wille des Kindes mußte streng bestraft werden. 'Arbeit, Drill und Disziplin'" seien "die Kennzeichen der Erziehung im Hause Taylor" gewesen. Und in Anlehnung an Theweleit: "Wie bei den soldatischen Männern dient auch bei Taylor die Arbeit zur Bewältigung psychischer Probleme. Um seine innere Unordnung im Zaum zu halten, schaffte er sein System von Verhaltensvorschriften - für sich und andere. Das erklärt die übergroße Bedeutung, die für ihn 'controll' hat - Selbstbeherrschung und zugleich Beherrschung der Dinge und Menschen um ihn herum."⁵⁷ Taylor repräsentierte offenbar einen bestimmten, den 'soldatischen' Männertypus. Krell wirft die rhetorische Frage auf: "Gibt es in bestimmten historischen und gruppenspezifischen Zusammenhängen einen typischen Sozialcharakter, und gibt es - was schon eine zweite Frage ist - eine für diesen Sozialcharakter typische Praxis, bzw. wie prägt dieser Sozialcharakter die Wirklichkeit und wie wird er wiederum durch diese geprägt?" Sie bejaht die erste Frage - während die zweite sozusagen Forschungsprogramm bleibt - und konstatiert: "Was die soldatischen Männer bedrohlich finden, ist [...] die 'Lebendigkeit des Realen'. Diese Lebendigkeit, die sie bedroht, zerstören sowohl Taylor als auch die faschistischen Männer - wengleich auf unterschiedliche Weise! - und errichten neue Ordnungs-Systeme." Zwar sei die "Praxis des Scientific Managements nicht faschistisch, aber [sie ist] auf ihre Weise ebenfalls zerstörerisch. Sie bedeutet [...] Abbau von Leben. Aus der entlebendigten Realität baut sie eine neue Ordnung, die des One Best Way."⁵⁸ Man muß den Ausführungen Krells nicht in jeder Hinsicht zustimmen, obgleich sie gerade mit Blick auf die Zwischenkriegszeit erhebliche Plausibilität besitzen. Aber auf jeden Fall werfen ihre Bemerkungen zu Taylor neue Perspektiven auf und machen deutlich, daß der 'psycho-historische' Ansatz selbst auf dem Gebiet der Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte fruchtbar sein kann.

Was Krell für den Taylorismus konstatiert, gilt in bestimmter Hinsicht stärker noch für den 'Fordismus'. Er trieb die bereits von Taylor intendierte "Degradierung des menschlichen Arbeitsvermögens zum Anhängsel der Maschinerie"⁵⁹ jedenfalls für große Arbeiterschichten auf die Spitze und verändert die betroffenen Arbeiter selbst. Ein "Gutteil der Attraktivität der Fließfertigung" liegt (so betont auch Freyberg) "darin, daß hier mit technisch-organisatorischen Mitteln die Arbeit derart in ein Zeitmaß gezwungen wird, daß die Leistung gleichsam 'sich selbst' überwacht und weder absinken noch zunehmen kann, ohne daß es sofort auffällt." 'Rationalisierung', "als wachsende Arbeitszerlegung, als Zerstörung ganzheitlicher Arbeitsvollzüge, als Parzellierung beruflicher Qualifikation", entpuppe sich als "Angriff des Managements auf die Kontroll-, Dispositions- und damit auf die Handlungsspielräume der [...] Arbeiter über ihre Arbeitsprozesse." Freyberg wertet deshalb "die Fließarbeit [als] technokratische[n] Versuch, das große Feld betrieblicher Konflikte - das der Auseinandersetzungen um die Kontrolle über den Arbeitsprozeß - technisch-organisatorisch

57 G. Krell, Das Bild der Frau in der Arbeitswissenschaft, Frankfurt a.M. 1984, S. 189 bzw. 199.

58 Ebd., S. 194 f.

59 Ebd., S. 155.

zu 'lösen'. Die gleiche Funktion der Fließfertigung hat auch Bönig im Auge, wenn er die Einführung der fließenden Fertigung als "Herrschaftstechnik" und "Ausbeutungsinnovation" bezeichnet.⁶⁰ Allerdings blieb die totale Einbindung der Fließbandarbeiter in den Produktionsprozeß schon deshalb "bestenfalls ein Leitbild", da infolge der makroökonomischen Restriktionen die Fließfertigung während der Weimarer Republik - und abgeschwächt auch im 'Dritten Reich' - 'unfertig' blieb.

Wie reagierten nun die Betroffenen, die Arbeiter, auf die Einführung der "Ausbeutungsinnovation" Fließarbeit? Die bisher besprochenen Arbeiten können hierauf keine befriedigende Antwort geben, da sie im wesentlichen auf den zeitgenössischen Zeitschriften, der Fachliteratur sowie Schriftwechseln, Denkschriften etc. der Werksleitungen basieren, die Fließfertigung also aus der Perspektive 'von oben' thematisieren. Hinweise, wie zumindest Teile der Arbeiterschaft die betriebliche Rationalisierung 'gesehen' haben, enthalten das Handbuch von *Heinrich August Winkler* über die Geschichte der Arbeiterbewegung in den 'Goldenen Zwanzigern' der Weimarer Republik und die Studie von *Wolfgang Zollitsch* über die Arbeiterbelegschaften in Großbetrieben während der Weltwirtschaftskrise und der ersten Phase des 'Dritten Reiches'. Während Winkler vor allem den rationalisierungskritischen Stimmen innerhalb der Arbeiterschaft Raum gibt,⁶¹ zeigt die von Zollitsch vorgenommene exemplarische Sichtung der zeitgenössischen Arbeiterpresse, daß es neben kritischen Stimmen offenbar auch zahlreiche Rationalisierungsbefürworter innerhalb der - gewerkschaftlich organisierten - Arbeiterschaft gab. Das Fließband wurde als wesentlicher Teil des 'technischen Fortschritts' offenbar wie eine Art Naturprozeß, dem man "ausgeliefert" war und "nichts entgegensetzen" konnte, hingenommen oder gar begrüßt: "Die Fließarbeit ist ein Fortschritt, auch für den Arbeiter", meinte z.B. ein von Zollitsch zitiertes DMV-Mitglied in einem Leserbrief Anfang 1929. Nicht die Fließarbeit und die "eintönige Arbeit" stand im Mittelpunkt des Interesses und der Kontroversen, sondern die "Verdienstmöglichkeit": "Einen guten Akkordverdienst zieht jeder einer schlecht bezahlten, aber geistesanregenden Arbeit vor", erklärte z.B. ein Vertrauensmann des Christlichen Metallarbeiterverbandes für sich und "meine fünfzig bis sechzig Kollegen", bei denen er "die gleiche Beobachtung gemacht" habe. Konflikte gab es deshalb offenbar nur selten wegen der Einführung von Fließarbeit. "Ständige Spannungen und Kontroversen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung ergaben sich [vielmehr] bei der Festlegung von Akkordrichtsätzen und Zeitvorgaben für einzelne Fertigungsschritte", resümiert Zollitsch seine freilich nicht 'flächendeckende' Sichtung der Arbeiterpresse.⁶²

Der Passivität (vermutlich) der großen Mehrheit der Fließ(band)arbeiter entsprach die Passivität der Gewerkschaften. In einem Resümee älterer Arbeiten stellt Freyberg fest, "daß die Gewerkschaften nur in der Rationalisierungsdebatte der zwanziger Jahre eine aktive Rolle spielten. Bei der Planung, Konzipierung und Durchführung jedoch der industriellen Rationalisierungsstrategien - ob betrieblicher oder überbetrieblicher Art - waren die

60 Freyberg, S. 166 ff., 173, 195 ff., 211, 214; Bönig, Bd. 1, S. 37 f.

61 Winkler, Schein der Normalität, S. 66-70.

62 Zollitsch, Zitate: S. 37 ff. Auch Freyberg (S. 372) hat "kaum Hinweise auf eine Widerstandsbewegung von seiten der Belegschaften" gegen die verschiedenen Aspekte der betrieblichen Rationalisierung entdeckt. Einschränkend ist hier freilich festzustellen, daß die Sicht 'von unten' auf die Rationalisierungsbewegung noch weitgehend ein Forschungsdesiderat ist.

Gewerkschaften kaum beteiligt. Ihre Bedeutung lag hier in ihrer Passivität. Ihre Rolle bestand darin, keine Rolle zu spielen." Eine "Rationalisierungspolitik im Sinne einer aktiven Intervention der Gewerkschaften in die industriellen Rationalisierungsprozesse" habe es "nicht gegeben. Letztlich erfüllten die Gewerkschaften in den zwanziger Jahren kaum mehr als die propagandistische Funktion, den allgemeinen Rationalisierungskonsens ihren Mitgliedern gegenüber, aber auch vor der Öffentlichkeit zu begründen und so zu stabilisieren. [...] Am wichtigsten [sei] die innergewerkschaftliche Orientierungs- und Erziehungsarbeit gegenüber 'der Basis'" gewesen.⁶³ Freyberg trifft sich in diesem Urteil mit Bönig, der allerdings eine aktivere Rolle der Gewerkschaften behauptet. Ein "Teil der Gewerkschaften" wandelte sich "unmittelbar" zum "Propagandisten" der Rationalisierungsbewegung, "um die deutschen traditionalistischen Unternehmer auf eine Weise zu modernisieren, die [die] grundsätzliche Ablehnung der Ford-Methoden ausschloß."⁶⁴ Bönig weist darüber hinaus darauf hin, daß die Gewerkschaften sich "in den Jahren 1925/26 [auf] den Abwehrkampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, die Angriffe der Unternehmer auf [die staatliche] Sozialpolitik und [die] Steuerbelastung" konzentrierten und deshalb "eher bereit [waren], die Fließbandfertigung als eine technische Rationalisierung zu akzeptieren". Hinzu kam, "daß die Fließbandarbeit ein anderes [nämlich das weibliche] Geschlecht, eine andere Qualifikation und eine andere Generation zu treffen schien als diejenigen, die das Rückgrat der gewerkschaftlichen Organisation bildeten."⁶⁵

VII. Das weibliche Rationalisierungsproletariat

Der Blick der historischen Forschung für 'Geschlechtercharaktere' und in diesem Zusammenhang für die Diskriminierungen von Frauen im industriellen Arbeitsprozeß ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten erheblich geschärft worden. 'Geschlechtergeschichte' und die Thematisierung des 'Blicks der Männer' auf 'die Frau' ist kein 'Sonderforschungsbereich' mehr, sondern (fast) zur Selbstverständlichkeit geworden. Das gilt auch für die hier vorgestellten Untersuchungen zur 'Rationalisierung' und zu den sozialen Folgewirkungen der arbeitsorganisatorischen und fertigungstechnischen Innovationen der zwanziger und dreißiger Jahre.

Die geschlechtsspezifische Diskriminierung der Arbeiterinnen wurde von den 'Rationalisierern' der Weimarer Republik nicht erfunden, sie ist weit älter. Aber die Einführung namentlich der Fließfertigung schrieb diese Diskriminierung fest. Denn es waren vornehmlich Frauen, die an die Bänder gesetzt wurden (Elektro-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie etc.). Gerechtfertigt wurden die geschlechtsbezogene Personalpolitik und Arbeitsplatzzuweisungen, indem Geschlechtscharaktere konstruiert wurden. Arbeitswissenschaftler und Werksleitungen behaupteten, 'rationalisierte' Arbeitsplätze seien für Frauen geeigneter; denn Arbeiterinnen zeichneten sich angeblich durch geringere Monotonieempfindlichkeit,

63 Freyberg, S. 371 ff. Vgl. außerdem Freybergs plausible Ausführungen zur in der Struktur der traditionellen Arbeiterbewegung begründeten, "tiefliegenden Affinität der Gewerkschaftsbewegung mit relevanten Aspekten der Rationalisierungsbewegung" ebd., S. 375-381, sowie ähnliche Feststellungen Bönigs (oben, Anm. 10).

64 Vgl. Bönig, Bd. 1, S. 134, 147 ff.; Bd. 2, 694 f.

65 Vgl. ebd., S. 694 f. Eine weitgehende Kritiklosigkeit gegenüber zentralen Aspekten der Rationalisierung konstatiert auch Homburg, S. 579-586.

größere Fingerfertigkeit, Desinteresse an Technik wie überhaupt an nicht-einförmiger Industriearbeit aus. Repetitive Teilarbeiten, also sowohl 'taylorisierte' als auch 'fordisierte' Arbeitsplätze seien den Frauen deshalb angemessen.⁶⁶ Daß sich die geschlechtsspezifische Diskriminierung der Arbeiterinnen während des 'Dritten Reiches' fortsetzte und der Kern des Rationalisierungsproletariats weiblichen Geschlechts war, ist für die neuere Forschung inzwischen fast ein Allgemeinplatz. Das NS-Regime konnte auch in dieser Hinsicht nicht nur an bereits kräftig entwickelte Traditionen anknüpfen und sie weitgehend bruchlos fortführen. Auch die 'Erfinder' und personellen Träger dieses Aspekts der 'Rationalisierungsbewegung', die Arbeitswissenschaftler, blieben - vor wie nach 1933 und übrigens ebenso vor wie nach 1945 - überwiegend dieselben. Allerdings veränderten sich die bestehenden Vorurteilsstrukturen insofern, als sie stärker als zuvor biologistisch und rassistisch aufgeladen wurden.⁶⁷

Rassismus und industrielle Frauenarbeit stürzten die Nationalsozialisten freilich auch in ein Dilemma: Erhaltung, Entfaltung und 'Aufartung' der 'arischen Rasse' standen im Zentrum der NS-Ideologie und hatten immer auch handlungsleitende Funktion. Die Rolle der 'deutschen Mutter' und Hausfrau, die auch die Arbeiterinnen zu spielen hatten, kollidierte in den Lebenskonzepten der Nazis mit lohnabhängiger Beschäftigung in der Industrie. Dieses Konzept, daß die Frauen an Heim und Herd gehörten, blieb für führende Nationalsozialisten, namentlich Hitler selbst, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges handlungsleitend und erklärt im übrigen wesentlich, warum Frauen selbst in den letzten Kriegsjahren nicht im möglichen Ausmaß für industrielle Arbeit mobilisiert und - quasi als Zwischenlösung - Teilzeitarbeitsplätze für Frauen in großem Maßstab geschaffen wurden.⁶⁸ Ideologische Vorbehalte des NS-Regimes änderten freilich nichts an der Tatsache, daß sich tatsächlich zwischen 1933 und 1939/45 die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen erhöhte. Darüber hinaus blieben Frauen in zunehmendem Maß für längere Zeit und nicht mehr nur bis zur Heirat bzw. dem ersten Kind in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen. Ebenso wuchs der Anteil der älteren Arbeitnehmerinnen. Daraus läßt sich schließen, daß - entgegen den Intentionen des NS-Regimes - nach 1933 Frauen stärker als zuvor (in des Wortes vielschichtiger Bedeutung) 'proletarisiert' wurden.⁶⁹

Stand bei den deutschen Frauen der körperliche Schutz zwecks Erhaltung der Gebärfähigkeit aus rassistischen Gründen im Vordergrund - nicht zufällig wurde der Mutterschutz für

⁶⁶ Ausführlich hierzu vor allem: *Krell*, Bild der Frau.

⁶⁷ Vgl. zu dem ganzen Komplex die Pionierstudien von *A. Tröger*, Die Frau im wesensgemäßen Einsatz, in: Frauengruppe Faschismusforschung, Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1981, S. 246-272, sowie *dies.*, Die Planung des Rationalisierungsproletariats. Zur Entwicklung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und des weiblichen Arbeitsmarkts im Nationalsozialismus, in: *A. Kuhn/J. Rüsen (Hg.)*, Frauen in der Geschichte. Beiträge zur Sozialgeschichte der Frauen, Bd. 2, Düsseldorf 1982, S. 245-313; außerdem *Siegel*, Leistung, bes. S. 104; *dies.*, Wenn Frauen gebraucht werden, S. 68 ff.; *dies./Freyberg*, S. 119-125.

⁶⁸ Vgl. ausführlich *R. Hachmann*, Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936-1944/45, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19, 1993, S. 332-366, bes. S. 354 ff., 359 ff.

⁶⁹ *Ebd.*, S. 335 ff.

deutsche Arbeitnehmerinnen mit Gesetz vom 17. Mai 1942 erheblich ausgebaut⁷⁰ -, galt dies für die 'Fremdarbeiterinnen', vor allem die 'Ostarbeiterinnen' nicht. Für sie galten keine Arbeitsschutzbestimmungen und kein Schwangerschaftsschutz; Fremdarbeiterinnen wurden häufig an Fließbändern eingesetzt und nicht selten mit schwersten und schmutzigsten Arbeiten beschäftigt. Darüber hinaus wurden bei polnischen und sowjetischen Arbeiterinnen Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisierungen skrupellos praktiziert, da die Reproduktion ihrer 'Rasse' nicht erwünscht war.⁷¹ *Gisela Bock* hat angesichts der unbeschreiblichen Arbeits- und Lebensbedingungen der osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen die These aufgestellt, daß während des 'Dritten Reiches' und besonders sichtbar während des Zweiten Weltkrieges "die Rassenpolitik gleichsam die unabhängige Variable, die Frauenpolitik [dagegen] eine von der Rassenpolitik abhängige Variable" war.⁷²

VIII. Rationalisierung der Bürotätigkeiten und Feminisierung der Angestellten

Wenn von einem 'weiblichen Rationalisierungsproletariat' gesprochen wird, bleibt häufig unbeachtet, daß nicht nur die Arbeiterinnen, sondern auch die weiblichen Angestellten Objekte betrieblicher Rationalisierung waren. *Michael Prinz* hat in seiner Studie über Rolle und Selbstverständnis der Angestellten während der Weimarer Republik und des 'Dritten Reiches' ausgeführt, daß seit Mitte der dreißiger Jahre auch Bürotätigkeiten zunehmend in arbeitswissenschaftliche Arbeitsplatzanalysen einbezogen wurden, nach ergonomischen Gesichtspunkten gestaltete Möbel in die Büros Einzug hielten und etwa der traditionelle Stehpult ausrangiert wurde. Der Deutsche Normenausschuß betrieb die Standardisierung des Schriftwechsels, indem er etwa Normformulare für die Geschäftskorrespondenz erstellte. Zugleich wurde die Sprache vereinfacht und vereinheitlicht; z.B. fielen traditionelle Anrede-, Höflichkeits- und Ehrerbietungsformeln weg. Die Verbreitung der "Baustein-Korrespondenz" vertiefte zugleich die innerbetriebliche Arbeitsteilung, weil sie "die Delegation der Teilaufgaben von den Vorgesetzten hin zu den ausführenden Kräften [ermöglichte], ohne daß freilich dabei deren Dispositionsspielraum zunahm." Besonders veränderten sich die Arbeitsplatz- und Tätigkeitsprofile in der Buchhaltung, da dort "immer stärker auf Lochkartenverfahren zurückgegriffen wurde. Die Normierung der Arbeitsinhalte bildete ihrerseits die Voraussetzung für den Einsatz von Datenverarbeitungsmaschinen. Funktionen, wie die der Rentabilitätskontrolle des Kapitals [...], wurden in wachsendem Umfange in den rationalisierten Großbetrieben der Rüstungsindustrie durch angelernte Maschinenangestellte wahrgenommen." Indessen galt für die Rationalisierung der Angestellten-Tätigkeiten im Grundsatz das gleiche wie für die Rationalisierung der Fertigungsstrukturen und Arbeitsprozesse in den Kernbereichen industrieller Produktion: "Grundsätzlich neue Entwicklungen in

70 Vgl. *C. Sachse*, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Hamburg 1990, S. 47-52, 249; *Hachmann*, Industriearbeiterinnen, S. 354 f.

71 Vgl. *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 207 f., 247 ff., 280, 293; (zur Zwangssterilisation von 'Ostarbeiterinnen'): *G. Bock*, Gleichheit und Differenz in der nationalsozialistischen Rassenpolitik, in: Geschichte und Gesellschaft 19, 1993, S. 297 f., sowie (als Fallstudie) *B. Vogel*, "Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen", Braunschweig, Broitzemer Straße 200 (= 1999. Kleine historische Bibliothek, Bd. 3), Hamburg 1989.

72 *Bock*, S. 308.

der Verwaltung sind in den dreißiger Jahren nicht zu erkennen. Der Durchbruch lag hier bereits in den zwanziger Jahren." Was in den zwanziger Jahren nur vereinzelt praktiziert wurde, fand zehn Jahre später offenbar in großem Maßstab Anwendung; der Prozentsatz der beispielsweise an Datenverarbeitungsmaschinen beschäftigten Angestellten scheint, vermutet Prinz, "erheblich gestiegen" zu sein.⁷³

Bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ging (so Prinz) "mit der Mechanisierung, Routinisierung und fortschreitenden Arbeitsteilung die verstärkte Ausbreitung der Frauenarbeit in den Angestelltenberufen Hand in Hand."⁷⁴ Damit wurde ein Trend festgeschrieben, der bereits 1914 einsetzte und - wenn man von Heidrun Homburg präsentierte einzelbetriebliche Ergebnisse verallgemeinern kann - in den letzten beiden Jahren des Ersten Weltkrieges einen ersten Höhepunkt erreichte: ein stark steigender Anteil von Frauen unter den Angestellten. Was zunächst eine kriegsspezifische Entwicklung zu sein schien, war tatsächlich ein langfristiger Trend: "Das Vordringen der Frauen in Angestelltenpositionen überdauerte die extremen Kriegsbedingungen. Im Unterschied zur Arbeiterschaft erwies sich der Rückgriff der Werksleitung auf Frauen für Angestelltentätigkeiten in deutlich schwächerem Maße als Notbehelf oder nur vorübergehende Erscheinung"⁷⁵ - allen auch von Gewerkschaften und Angestelltenverbänden unterstützten Versuchen zum Trotz, den Frauenanteil unter den Angestellten im Zuge der Demobilisierung zu senken.⁷⁶ "Zu den spezifischen Bedingungen, die einem starken Abbau weiblicher Angestellter entgegenstanden, ja ihre Weiterbeschäftigung und vermehrte Rekrutierung erforderlich machten, zählten die inflationäre Währungsentwicklung sowie die zunehmende Verschriftlichung der Betriebsführung, welche mit der 'Verwissenschaftlichung' einherging. Die vermehrt anfallenden Schreib- und Rechenarbeiten in Werkstatt und Büro blähten den Verwaltungsapparat auf; der hohe Anteil mehr oder weniger 'mechanisch' zu verrichtender Routinearbeiten schlug sich in der absolut und relativ starken Präsenz weiblicher Angestellter nieder." Wenn dennoch der Anteil von Frauen unter den Angestellten (vorerst) nicht steil nach oben ging, sondern stagnierte, teilweise wohl auch etwas schrumpfte, dann lag dies (gleichfalls) an der "Rationalisierungswelle seit 1924". Vor allem Frauen bekamen (so Homburg) "den scharfen Wind zu spüren", der einsetzte, nachdem auch Büros und Angestelltentätigkeiten in die Rationalisierungsaktivitäten einbezogen wurden. "Mit der Systematisierung und Mechanisierung des innerbetrieblichen Transportwesens ging die Einsparung von Botinnen- und Laufmädchen-Tätigkeiten einher. Die [im Elmo-Werk der Siemens-Schuckert-Werke] fahrplanmäßig verkehrenden Elektrokarren wurden z.B. auch für den Postumlauf, für die regelmäßige Beförderung des anfallenden Schrift- und Zeichengutes und für die Getränkeversorgung eingesetzt. Noch gravierender, auch im Hinblick auf die Menge der davon betroffenen Frauen, wirkten sich

⁷³ M. Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 30), München 1986, Zitate: S. 202 f. Zur Ausweitung der Zahl der frühen Datenverarbeitungsmaschinen (Hollerith-Maschinen mit Lochkarten) seit 1933 vgl. auch G. Aly/K.-H. Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984, S. 16-20.

⁷⁴ Prinz, Mittelstand, S. 14.

⁷⁵ Homburg, S. 535.

⁷⁶ Vgl. hierzu vor allem S. Rouette, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg (= Reihe "Geschichte und Geschlechter", Bd. 6), Frankfurt a.M. 1993, zur Position der Angestelltenverbände bes. S. 153-161.

die technischen und organisatorischen Neuerungen zur 'Rationalisierung des Maschinenschreibens' sowie die Mechanisierung und schließlich 'Elektrifizierung' der Büroarbeit aus, die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre forciert wurde.⁷⁷ Siemens und die von Homburg exemplarisch skizzierten Verhältnisse waren freilich eher die Ausnahme als die Regel - selbst mit Blick auf Großunternehmen. Bis Ende der zwanziger Jahre hatte die 'Taylorisierung' der Bürotätigkeiten in den meisten Unternehmen vermutlich noch kaum Fuß gefaßt sind jedenfalls die von ihr ausgehenden Wirkungen auf der Ebene hochaggrierter Daten schwer nachzuweisen. Die Krise - als Endpunkt der ersten Rationalisierungswelle in Deutschland - und die zwischen 1933 und 1936 durch "politische Auflagen verzögerte" Einstellung von weiblichen Angestellten ließen deren Anteil an der Gesamtheit der Angestellten sogar um einige Prozente zurückgehen; "der Trend zu ihrer vermehrten Einstellung [konnte] aber nicht rückgängig gemacht werden", aller "politische[n] Diskriminierung der Frauenerwerbstätigkeit unter dem Nationalsozialismus" zum Trotz.⁷⁸

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und vor allem während des - von Homburg nicht mehr untersuchten, dagegen von Prinz ausführlicher thematisierten - Zweiten Weltkrieges wuchs das weibliche Angestellten-'Proletariat' in einem bis dahin unbekanntem Maße. Die "Feminisierung der Angestellten" wurde zu einem Massenphänomen. Verantwortlich für diese "augenfälligste strukturelle Veränderung der Angestelltenschaft" (Prinz) war nicht allein die Einziehung der männlichen Angestellten an die Front und ein entsprechend großer Bedarf an weiblichen Ersatzkräften, sondern (folgt man Prinz) ebenso der Drang der Frauen "in die attraktiven Angestelltenberufe". "Attraktiv" können diese Arbeitsplätze freilich nur im Vergleich zu den Tätigkeiten gewesen sein, die Frauen als Arbeiterinnen in den unmittelbaren Produktionsprozessen ausübten. Ganz ähnlich wie dort wurden nämlich auch die für Frauen 'reservierten' Angestelltenfunktionen taylorisiert, hielt die Monotonie verstärkten Einzug in die Büros. "Die beschleunigte Feminisierung" der Angestelltenschaft während des Zweiten Weltkrieges (so konstatiert Prinz trocken) "gab den Anstoß zu verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich etwa durch Zerlegung komplexer Tätigkeiten und ihre Verteilung auf halbtags-beschäftigte weibliche Kräfte oder durch Standardisierung, Normierung und Mechanisierung einfacher Bürotätigkeiten." Analog den Veränderungen in der Arbeiterschaft wurden hierarchische Trennlinien im Angestelltenbereich gleichfalls entlang der Geschlechtszugehörigkeit - im Arbeiterbereich außerdem entlang der nationalen, 'rassischen' Zugehörigkeit - gezogen. Dabei ist weniger daran zu denken, daß der technische Angestellte weiterhin männlichen Geschlechts blieb, während Frauen unter kaufmännischen und Büroangestellten dominierten. Wichtiger war noch, daß der Einstieg der Frauen in Angestelltenfunktionen den Aufstieg vieler Männer beförderte. "Das massenhafte Einströmen betriebsfremder, häufig noch anzulernender weiblicher Angestellter wertete zwangsläufig das 'Kontenwissen' und die Betriebserfahrung der zurückgebliebenen älteren männlichen Angestellten auf und ermöglichte diesen das Einrücken in Vorgesetztenstellungen. [...] Nicht die Proletarisierung der Angestelltenschaft als ganzer, sondern die verstärkte Hierarchisierung entlang der Geschlechtergrenzen erscheint damit als das Hauptkennzeichen des Feminisierungsprozesses während des Krieges." Innerhalb der (niedereren) Angestelltenschaft traten Frauen an die Stelle der an die Front eingezogenen Männer. Die "Feminisierung der

77 Homburg, S. 537 ff.

78 Jedenfalls bei Siemens: vgl. ebd., S. 536 und 540.

Büros [bildete] ein funktionales Äquivalent für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Produktion".⁷⁹ In der Tat: Deutsche Arbeitnehmer wurden seit 1942 in stetig wachsender Zahl zu Soldaten gemacht; in die dadurch freigewordenen niederen Angestelltenfunktionen rückten deutsche Frauen, in die unqualifizierten Arbeiterfunktionen rückten in erster Linie ausländische Arbeitskräfte - beiderlei Geschlechts - ein. So wie die wachsende Zahl weiblicher Angestellter die Rationalisierungsprozesse im Büro beschleunigte und ihnen eine bestimmte Richtung gab, so mußte der 'Einsatz' von 'Fremdarbeitern' Auswirkungen auf die hier unter dem Oberbegriff 'Rationalisierung' zusammengefaßten Strukturveränderungen in den betrieblichen Produktionsprozessen nach sich ziehen.

IX. 'Sklavenarbeit' und Rationalisierung

Das Verhältnis von 'Fremdarbeiter-Einsatz' und Rationalisierung ist systematisch leider bisher nur ansatzweise erforscht. Immerhin lassen sich neueren Arbeiten wichtige Hinweise entnehmen, in welcher Weise der massenhafte Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in der deutschen Industrie die betriebliche Rationalisierungsbewegung beeinflusste. Fließfertigung und 'Fremdarbeiter-Einsatz' schlossen sich nicht aus, im Gegenteil: Unternehmen, die - wie das Volkswagenwerk bei Fallersleben, die Flugmotorenwerke Ostmark oder andere Werke vor allem des Fahrzeugbaus und der Flugzeugindustrie - in den letzten Vorkriegsjahren oder während des Krieges gewissermaßen aus dem Boden gestampft wurden, beschäftigten (angesichts der Arbeitsmarktlage: zwangsläufig) in weit überdurchschnittlichem Maße ausländische Arbeitskräfte; zugleich waren sie fertigungstechnisch und arbeitsorganisatorisch nach modernsten Gesichtspunkten konzipiert. Mit dem VW-Werk, so hat *Hans Mommsen* in einem Zwischenbericht über das von ihm geleitete Projekt zur Erforschung der Geschichte dieses, bis 1945 der DAF gehörenden Unternehmens ausgeführt, wollte man die "amerikanische Automobilproduktion - d.h. die modernste Massenfertigung der Welt - kopieren; das reicht von der äußeren Anlage des Werkes, die der des Filialunternehmens von Detroit (Dearborne) entspricht, bis hin zur technischen Ausstattung der Maschinenparks." Der technische Direktor des VW-Werkes glaubte gar, "mit den eigenen Produktionsanlagen an die Spitze der technologischen Entwicklung gelangen und die Amerikaner noch übertreffen zu können."⁸⁰ Probleme in der Perspektive der Werksleitungen machten, soweit sich dies angesichts des unentwickelten Forschungsstandes sagen läßt, anscheinend weniger die Disziplinierung der Fremdarbeiter, sondern vielmehr Defizite in der technischen Ausstattung, namentlich der Mangel an Einzeckwerkzeugmaschinen.⁸¹

⁷⁹ Zitate: *Prinz*, Mittelstand, S. 242 f.

⁸⁰ *H. Mommsen*, Zwangsarbeit und Konzentrationslager bei den Volkswagenwerken, in: 'Deutsche Wirtschaft', Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für Industrie und Behörden, *hgg. von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur*, Hamburg 1991, S. 222 f.; vgl. außerdem *L. Budraß/M. Grieger*, Die Moral der Effizienz. Die Beschäftigung von KZ-Häftlingen am Beispiel des Volkswagenwerks und der Henschel Flugzeug-Werke, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1993/2, S. 95 f. In den Studien von *K.-J. Siegfried*, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk, Frankfurt a.M. 1988, und *ders.*, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M. 1987, wird die hier vor allem interessierende fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Seite der Rationalisierung keiner systematischen Analyse unterzogen.

⁸¹ Vgl. oben, S. 223.

Ließ sich also der nach rassistischen Kriterien organisierte 'Fremdarbeiter-Einsatz' weitgehend reibungsfrei in die Rationalisierungsbewegung einpassen? Wie sinnvoll war es generell in der Sicht der weiterhin nach Profitekriterien arbeitenden industriellen Unternehmen, ausländische Arbeitskräfte statt deutscher Arbeiter an den Bändern zu beschäftigen? Aus mehreren Gründen ist gegenüber einer Position Skepsis angebracht, die davon ausgeht, daß unfreie Arbeit, Rassismus und Rationalisierungsbewegung sich komplikationslos vereinbaren ließen und die Unternehmen nur profitiert hätten: Obwohl die Löhne der ausländischen Arbeitskräfte, nach nationaler Zugehörigkeit gestaffelt, meist weit unter den Verdiensten deutscher Arbeiter lagen, war die Beschäftigung von 'Fremdarbeitern' in der Perspektive der Unternehmen ausgesprochen teuer. Zwar wurden ihnen "Miet- und Verpflegungskosten vom Lohn abgezogen, doch damit waren die Aufwendungen, die die Betriebe in Rechnung stellten, nicht vollständig abgedeckt - zumal noch Kosten für beispielsweise Verwaltung, Luftschutz, 'Entwesung' und Bewachung hinzukamen." "Daß uns Ausländer sehr viel mehr Kosten machen als deutsche Arbeiter", stand für Manager beispielsweise des Siemens-Konzerns außer Frage; für sie stellte sich deshalb selbst 1942 noch die Frage, ob die "weiter steigende Ausländerzahl [...] wirtschaftlich überhaupt noch vertretbar" sei.⁸² Rentabilitätsberechnungen über den Einsatz von Zwangsarbeitern, die Feldenkirchen auf Basis von Unterlagen des Siemens-Archivs angestellt hat, bestätigen, daß der auf außerökonomischer Gewalt basierende 'Arbeitseinsatz' für die einzelnen Betriebe oftmals in hohem Maße verlustbringend gewesen ist.⁸³

Darüber hinaus trugen bestimmte Aspekte der Rationalisierung dazu bei, daß der von den Nazis quasi von außen in die Arbeitswelt hineingetragene Rassismus - genauer: die nach 'Rassen' abgestufte Wertigkeit und (damit) die angeblich unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte - aufgeweicht und faktisch ad absurdum geführt wurde. Besonders deutlich wird dies an den vom 'Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitspädagogik' durchgeführten Eignungstests. Dieses Institut, das dem DAF-'Amt für Betriebsführung und Berufserziehung' unterstand, entwickelte seit 1941/42 Tests für die "Ausländerauslese", die - wie *Ulfried Geuter* gezeigt hat - "zum Teil auf der Grundlage der amerikanischen Intelligenztests aus dem Ersten Weltkrieg (army alpha- und beta-test)" beruhten. In "der bis dahin größten psychologischen Testaktion" wurden auf diese Weise "400 000 deportierte Arbeiter in 1100 Werken untersucht. [...] Noch 1944 gab das Institut 148 360 Formulare zur 'Grobauslese fremdvölkischer Arbeitskräfte und Kurzserie für deutsche Frauen' aus [...] und arbeitete in 15 Lehrgängen alleine 394 Angehörige verschiedener Betriebe in das Verfahren ein".⁸⁴ Bemerkenswert sind diese Tests deshalb, weil sie - unter dem Druck des Arbeitskräftemangels - mit dem rassistischen Schema partiell brachen und, statt auf 'Volkszugehörigkeit', in erster Linie auf das Individuum abstellten.

Wenn in der industriellen Praxis über die hohen Kosten, die ausländische Arbeitskräfte angeblich verursachten, geklagt und das vom NS-Regime vorgegebene rassistische Schema tendenziell unterlaufen wurde, dann sagt dies über die Kernfrage des Verhältnisses von

⁸² Zit. nach: *Siegel/Freyberg*, S. 391 f.

⁸³ *Feldenkirchen*, S. 210. Feldenkirchen standen auch Unterlagen zur Verfügung, die anderen Nutzern des Siemens-Archivs bisher verschlossen blieben.

⁸⁴ Vgl. *U. Geuter*, Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1988, bes. S. 253 f., 298.

'Rationalisierung' und 'Fremdarbeit' noch nicht viel aus: War die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, von denen die meisten mit zunehmender Dauer des Krieges in sklavenähnlichen Verhältnissen gehalten wurden, wirklich produktiv oder war sie nur eine - vorübergehende - 'Notlösung', zu erklären allein aus dem gravierenden Mangel an Arbeitskräften? Ist außerökonomischer Zwang, wie er den betrieblichen Alltag der Fremdarbeiter auch nach 1942 trotz Prämien, Anlernprogrammen etc. weiterhin beherrschte, grundsätzlich mit der Struktur moderner, industriekapitalistischer Industrien vereinbar oder auf Dauer eher dysfunktional? Eine Antwort auf diese Frage läßt sich vermutlich am ehesten finden, wenn man die am schärfsten terrorisierte und 'versklavte' Arbeiterschicht in den Blick nimmt - die KZ-Häftlinge. Zwar war nur eine Minderheit der KZ-Häftlinge in der industriellen Fertigung beschäftigt. Die meisten von ihnen wurden bei extrem schweren und anstrengenden Bauarbeiten, bei den Untertage-Verlagerungen von Industrieanlagen in den letzten Kriegsmonaten etc. eingesetzt; im Vergleich zu den zivilen 'Fremdarbeitern' und Kriegsgefangenen blieb die Zahl der KZ-Häftlinge im industriellen 'Arbeitseinsatz' selbst 1944/45 gering. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß in den typischen Arbeitsbedingungen und Produktionsstrukturen dieser Arbeiterschicht, gerade weil sie einem extremen Vernichtungsdruck ausgesetzt war, die Grundtendenz der NS-spezifischen Rationalisierungsbewegung gleichsam ihren (zynisch formuliert) 'reinsten' Ausdruck findet. Eine Diskussion des seit 1942 - bzw. (wenn man die scharfen politischen und rechtlichen Restriktionen bedenkt, denen auch die deutsche Arbeiterschaft ausgesetzt war) in gewisser Weise schon seit 1933 - eingeschlagenen 'deutschen Wegs' der Rationalisierung am 'Beispiel' der KZ-Häftlinge bietet sich außerdem deshalb an, weil in den letzten Jahren in dieser Hinsicht zwei sich ausschließende Extrempositionen formuliert wurden. Darüber hinaus machen neuere Arbeiten, vor allem die Monographien von *Bertrand Perz* und *Florian Freund*⁸⁵

85 *Perz*, Projekt Quarz; *ders./F. Freund*, Das KZ in der 'Serbenhalle'. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt (= Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich, Bd. 1), Wien 1987; *F. Freund*, Arbeitslager Zement. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung (= Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich, Bd. 2), Wien 1989. Zum Einsatz von Häftlingen bei Daimler-Benz vgl. jetzt auch *B. Hopmann/M. Spoerer/B. Waitz/B. Brüninghaus*, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994, S. 345-442. Während Hopmann u.a. unvoreingenommen und kritisch den Einsatz von Häftlingen bei Daimler-Benz thematisieren, ist in der Arbeit von *Feldenkirchen* eine apologetische Tendenz nicht zu übersehen. So werden z.B. als Beleg für die "Auffassung von menschenwürdiger Behandlung", wie sie für die Siemens-Führung angeblich charakteristisch gewesen sei, "spätere Aussagen der Unternehmensleitung" nach dem Krieg herangezogen, für die Anforderung von Häftlingen dagegen "einzelne Mitglieder der Unternehmensführung" und für "Mängel bei Unterbringung und Verpflegung der Zwangsarbeiter" ausschließlich "kriegsbedingte Versorgungsengpässe" verantwortlich gemacht. Feststellungen der Unternehmensleitung von einer "vorbildlichen Einrichtung der Werkstätten" im KZ Ravensbrück, in das Siemens Teile seiner Fertigung auslagerte, stellt *Feldenkirchen* die "weitgehend einheitlichen" Aussagen ehemaliger weiblicher Häftlinge, die Arbeitsverhältnisse in der Ravensbrücker Siemens-Werkstatt seien "scheußlich und entwürdigend" gewesen, lediglich gegenüber. Eine kritische Analyse der Siemens-Selbstdarstellung sucht man vergeblich. Man findet nur den Hinweis, anderswo sei es schlimmer, bei Siemens die Verhältnisse "noch am besten zu ertragen" gewesen. Vgl. *Feldenkirchen*, S. 203-211 sowie den umfangreichen, höchst aufschlußreichen Anmerkungsapparat zu diesem Kapitel S. 546-555, Zitate: S. 204, 207, 211. Zu weiteren lokal- und regionalhistorischen Arbeiten, die den 'Ausländereinsatz' im Zweiten Weltkrieg thematisieren vgl. den Überblick von *H.-U. Ludewig*, Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg: Forschungsstand und Ergebnisse regionaler und lokaler Fallstudien, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 31, 1991, bes. S. 566-577.

sowie Vorträge, die auf einem von der 'Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur' veranstalteten Symposium in Hamburg Ende August 1988 gehalten wurden und in einem Aufsatzband zusammengefaßt vorliegen,⁸⁶ eine empirische Überprüfung der beiden Extrempositionen jedenfalls ansatzweise möglich.

Die eine Extremposition wird von *Karl-Heinz Roth* repräsentiert. Er hat die These aufgestellt, "daß auch unter den Bedingungen modernster kapitalistischer Großtechnologie Sklavenarbeit profitabel verwertet werden kann, wenn man sie nur in eine nach Graden der Unfreiheit rassistisch abgestufte Belegschaftspyramide einbaut." Die I.G. Auschwitz habe "keiner Verfallsperiode des kapitalistischen Weltsystems angehört."⁸⁷ Die Gegenposition hat *Wolfgang Sofsky* formuliert: Er bestreitet mit guten Gründen, daß es sich bei der von Häftlingen ausgeübten Arbeit überhaupt um Sklavenarbeit gehandelt habe. Die den KZ-Häftlingen abgezwungene "Arbeit sollte die Menschen beschädigen, ihre Widerstandskraft brechen. Sie war kein Mittel des Überlebens, sondern [ein Mittel] der absoluten Macht und des Terrors." Daran habe auch die "begrenzte Ökonomisierung der Arbeit" grundsätzlich nichts geändert. "Zur Umstellung des Terrors auf Sklaverei fehlte [...] eine grundlegende Reorganisation der Kompetenzen [der Lager-SS], eine Aufhebung terroristischer Gewohnheiten und eine radikale Veränderung der Machtfiguration. Entscheidend ist also nicht, ob ein Funktionswechsel propagiert wurde, sondern daß die Organisationsstruktur des Konzentrationslagers nicht so umgestellt wurde, daß die Arbeit von einem Mittel zum Zweck der Macht hätte werden können." Die "Rationalität" der von der Lager-SS ausgeübten und repräsentierten "Macht widerspricht der konventionellen Ökonomie der Zwangs- und Sklavenarbeit grundlegend." Auch wenn Häftlinge in der industriellen Fertigung beschäftigt wurden, sei "die Gewalt kein Mittel zur Arbeit, [sondern] die Arbeit ein Mittel der Gewalt" geblieben.⁸⁸

Dennoch kam es zum 'Arbeitseinsatz' von KZ-Häftlingen in der industriellen Fertigung. Entscheidend dafür war die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Eingesetzt wurden Häftlinge vor allem in den Industrien, die mit der Umstellung auf einen lange dauernden Abnutzungskrieg stark expandierten und keinen Stamm an 'alteingesessenen' Facharbeitern besaßen. Diese Unternehmen, neben der Panzer- und Raketenherstellung, der chemischen Industrie namentlich die Flugzeugproduktion, verfügten außerdem über den besten Zugang zu den entscheidenden militärischen und staatlichen Stellen und konnten auf politischem Wege die Zuteilung der aus den Konzentrationslagern rekrutierten Zwangsarbeiter durchsetzen.⁸⁹

⁸⁶ 'Deutsche Wirtschaft'.

⁸⁷ *K.-H. Roth*, I.G. Auschwitz. Normalität oder Anormalität eines kapitalistischen Entwicklungssprungs?, in: 'Deutsche Wirtschaft', S. 90. Der Aufsatz von Roth ist bereits vorher veröffentlicht worden, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts (1999), 1989/4, S. 11-28, Zitat: S. 27.

⁸⁸ *W. Sofsky*, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt a.M. 1993, S. 193-225 (Zitate: S. 193, 196, 198 f.). Weit abgewogener, da nach Phasen und Formen des 'Arbeitseinsatzes' differenzierend, dagegen: *U. Herbert*, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der "Weltanschauung" im Nationalsozialismus, in: *D. Diner (Hg.)*, Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1987, S. 198-236, bes. S. 204 ff., 219, 233 ff. Auf die strukturellen Schranken des KZ-Systems, die "alle Versuche zuständiger SS-Repräsentanten und der Monopole zu seiner Ökonomisierung" zu einer "nicht lösbaren Aufgabe" machten, hat bereits *Dietrich Eichholtz* hingewiesen; vgl. *Eichholtz*, Bd. 2, Zitat: S. 223.

⁸⁹ Vgl. *Freund/Perz*, KZ in der 'Serbenhalle', S. 12, 65 ff., 73; *Freund*, Arbeitslager Zement, S. 16, 43 f.; *Perz*, Projekt Quarz, S. 81.

Zuerst, seit Spätherbst 1941, wurden Häftlinge in den dem KZ Sachsenhausen benachbarten Heinkel-(Flugzeug-)Werken Oranienburg eingesetzt, in den letzten Kriegsjahren schließlich 6000 Häftlinge. Der Junkers-Konzern beschäftigte im Herbst 1943 1300, Messerschmitt zum gleichen Zeitpunkt 3500 bis 3600 Häftlinge. Auch die seit 1942 errichteten Flugzeugwerke wie die Wiener Neustädter Flugzeugwerke, die Flugmotoren Ostwerke in Wien, BMW in München-Allach und Klöckner in Gurein setzten Häftlinge in ähnlichen Größenordnungen ein; alle diese Werke produzierten zugleich "nach neuesten Fertigungsmethoden". Anfang 1944 waren schließlich etwa 36 000 KZ-Häftlinge in zahlreichen Betrieben der Luftfahrtindustrie tätig.⁹⁰ "Weitgehend automatisierte und mechanisierte Fertigungen" sollten, so zeigt Perz in seiner Studie über Daimler-Steyr-Puch und das Konzentrationslager Melk, nicht nur Arbeitskräfte einsparen, "sondern vor allem die Heranziehung eines kurzfristig angelegerten Arbeitskräftepotentials ermöglichen. Die Taktstraßen in den neuen Werken und Abteilungen wurden von vornherein mit Spezialwerkzeugmaschinen ausgestattet, die für die Massenfertigung mit angelegerten Arbeitskräften geeigneter waren."⁹¹ *Bernard P. Ballon* bestätigt dies für Daimler-Benz (Genshagen) und resümiert: "The move from skilled metalworkers to concentration camp inmates for fitting together the components of Daimler-Benz motors is symbolic of the changes in the labor process in the German motor building industry during a half-century which was marked in production technology by the accomplishments of men like Taylor and Ford."⁹²

Auch nach *Rainer Fröbe* und den von ihm zitierten Industriemanagern zwang der Einsatz von Häftlingen geradezu zur Ausweitung der Fließbandproduktion. Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang besonders Äußerungen des Flugzeugmotorenexperten William Werners von der Auto Union AG, der sich während langer USA-Aufenthalte einen Ruf als *der* Fließbandexperte erworben hatte. Seine von Fröbe referierte Argumentation, die er Mitte Oktober 1943 Göring vortrug: Bei dem in der Motorenfertigung "augenblicklich noch stark handwerklich geprägten Produktionsverfahren entstände derzeit ein hoher Verlust an

⁹⁰ Vgl. vor allem *R. Fröbe*, Der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Industrie, in: 'Deutsche Wirtschaft', S. 38, 44; *ders.*, "Wie bei den alten Ägyptern." Die Verlegung des Daimler-Benz Flugmotorenwerkes Genshagen nach Obrigheim am Neckar 1944/45, in: Das Daimler-Benz Buch. Ein Rüstungskonzern im 'Tausendjährigen Reich', hgg. von der *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Nördlingen 1987, S. 400 f.; ferner *Herbert*, Arbeit und Vernichtung, S. 229; *Hopmann u.a.*, S. 358; *Eichholz*, Bd. 3, Kapitel II.2. *Sofsky* (S. 205, 211) nennt außerdem Munitions- und Textilbetriebe, in denen Häftlinge an Bändern produzieren mußten. Ein Sonderfall war VW: Zwar plante die Werksleitung, die vorhandenen Konkurrenz Nachteile durch die Rekrutierung von "KZ-Häftlingen und jüdischen Arbeitskräften auszugleichen". Sie kamen jedoch offenbar nicht in dem intendierten Umfang in der eigentlichen Produktion zum Einsatz. Noch zwischen April 1944 und dem Kriegsende wurden von den "etwa 7000 KZ-Häftlingen", die für "Belange des Volkswagenwerkes" beschäftigt wurden, "die Mehrheit bei Baumaßnahmen" eingesetzt. (*Budraß/Grieger*, S. 98, 107.)

⁹¹ *Perz*, Projekt Quarz, S. 61. In der ansonsten sehr materialreichen und schonungslosen Studie von *Hopmann u.a.* über Daimler-Benz finden sich nur wenige beiläufige Bemerkungen zu der Frage, wie 'modern' die Arbeitsplätze waren, an denen Häftlinge beschäftigt wurden. Ihnen ist zu entnehmen, daß auch hier KZ-Häftlinge überwiegend am Fließband arbeiteten (z.B. S. 52 f., 387) - soweit sie in der Fertigung und nicht bei Bauarbeiten eingesetzt wurden. Keine konkreten Hinweise zu den Arbeitsplatzstrukturen und -bedingungen, unter denen Siemens KZ-Häftlinge beschäftigte, finden sich bei *Feldenkirchen*; (vgl. bes. S. 206 f., 209 f.).

⁹² *Ballon*, S. 243.

Arbeitszeit durch unerlaubte Pausen, kurzfristige Abwesenheit am Arbeitsplatz usw. Diese unproduktive Zeit steigere sich zudem mit der Zahl der Ausländer und ungelerten Kräfte in der jeweiligen Werkshalle. Vordringliches Gebot der Stunde sei daher die Einführung der Fließbandfertigung nach amerikanischem Modell." Denn im Unterschied auch zu den in Deutschland noch häufig praktizierten lückenhaften, also 'unfertigen' Formen der Fließfertigung habe die 'amerikanische Fabrikation' folgenden Vorteil (so Werner wörtlich): "Da ist es wie in der Montage: wenn einer weggeht, steht die ganze Arbeit still. Bei [einem] solchen System kann ich den Ausländer wirklich zu 100-prozentiger Arbeit zwingen." Bei Produktionsstockungen war der 'Übeltäter' leicht auszumachen und - als KZ-Häftling - terroristisch zu 'bestrafen'. Ein führender Manager eines anderen Flugzeugwerkes hatte angesichts dieser 'Vorteile' bereits ein Jahr zuvor festgestellt: "Es ist für uns keine Frage mehr, ob wir irgendwo Fließarbeit anwenden wollen oder nicht. [...] Für uns kann es sich nur um die Frage handeln: Bis wann bringen wir *alles* zum Fließen und wie bringen wir es noch *besser* zum Fließen".⁹³

Das Fließband war also insbesondere als "Ausbeutungsinnovation" attraktiv: Es reduzierte die Spielräume des einzelnen Arbeiters (Häftlings); die an den Bändern beschäftigten Arbeiter ließen sich leichter überwachen und disziplinieren als die in der noch stark handwerklich geprägten Einzel- oder Serienfertigung beschäftigten Arbeitskräfte. Die Dominanz von Kontrolle und Terror schloß freilich nicht aus, daß auch den Häftlingen gegenüber ein perfides System der Leistungsanreize praktiziert wurde. Im Konzentrationslager Ebensee z.B. wurden seit November 1943 Prämienscheine an Häftlinge ausgegeben, "die sich durch Fleiß, Umsichtigkeit, gute Führung und besondere Arbeitsleistung" auszeichneten. Sie durften mit den Prämienscheinen in der Lager-'Kantine' Zigaretten und für das Überleben notwendige, zusätzliche Nahrung "einkaufen". Von den Heinkel-Werken in Oranienburg waren ähnliche "Bonus-Scheine" bereits früher an die dort beschäftigten Häftlinge des KZ Sachsenhausen ausgegeben worden.⁹⁴

Ein vor allem in der Perspektive der Unternehmer grundlegendes Problem des Einsatzes von KZ-Häftlingen in der industriellen Fertigung war, daß außerökonomische Gewalt hier noch stärker in den Vordergrund trat als bei ausländischen Zivilarbeitern oder gar bei deutschen Arbeitern. Mit dem Einsatz der Häftlinge erhöhte sich beispielsweise bei BMW "die Zahl der im werksinternen Sicherheitsapparat eingesetzten Personen um ein Drittel."⁹⁵

93 Zitiert nach: Fröbe, Einsatz, S. 37, 44 f. Vgl. außerdem F. Pingel, Häftlingszwangsarbeit. Zum Verhältnis von Profit, Produktion und Rassenideologie in der nationalsozialistischen Wirtschaft, in: 'Deutsche Wirtschaft', S. 141-152, hier: S. 148. Auch in der Raketenrüstung unter Tage war Fließbandproduktion geplant; vgl. Perz/Freund, KZ in der 'Serbenhalle', S. 82.

94 Freund, Arbeitslager Zement, S. 44, 236, 253; vgl. außerdem Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 228 f.; F. Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978, S. 132 f., 283 f.; Hopmann u.a., S. 354, 359; ferner z.B. die (knappe und insgesamt wenig befriedigende) Überblicksdarstellung von M. R. Hrdlicka, Alltag im KZ. Das Lager Sachsenhausen bei Berlin, Opladen 1992, S. 86. Auch Feldenkirchen erwähnt Prämien, die Siemens weiblichen Häftlingen des KZs Ravensbrück zahlte. Statt dann jedoch die Siemens'sche Unternehmenspolitik einer kritischen Würdigung zu unterziehen, konstatiert Feldenkirchen lediglich lakonisch, über die "Bedeutung und Verwendungsmöglichkeiten" der Prämien, die bei Überschreitung der vorgegebenen Stückzeiten gewährt wurden, gingen "die Meinungen zwischen den ehemaligen Häftlingen und den ehemaligen Siemensmitarbeitern deutlich auseinander". (Feldenkirchen, S. 206 f.)

95 Fröbe, Einsatz, S. 45 f.

Ebenso stark sollte der unproduktive Überwachungsapparat in der Raketenrüstung (V1/V2), wo gleichfalls sehr viele Häftlinge in der Fertigung beschäftigt wurden, aufgebläht werden; hier wurde ein Verhältnis von "1:5, höchstens 1:10" ins Auge gefaßt.⁹⁶ Angesichts des allgemeinen Arbeitskräftemangels nimmt es nicht wunder, daß sich die Rekrutierung des Wachpersonals nicht leicht gestaltete: "In der ersten Jahreshälfte lag vielfach die größte Schwierigkeit bei dem geplanten Häftlingseinsatz in der Rüstungsproduktion darin, daß trotz aller Anstrengungen keine Wachmannschaften zu bekommen waren", faßt Fröbe ein Ergebnis seiner Untersuchungen zusammen.⁹⁷ Die "ständige Ausweitung des betriebsinternen Terror- und Überwachungssystems" war in der Sicht der Industrie also nicht deshalb ein Problem, weil sie moralisch 'anrüchig' war, sondern weil sie einen riesigen Überwachungsapparat erforderte, der enorm kostenträchtig war. 'Sinnvoll' war der Einsatz von KZ-Häftlingen, von der Position der Unternehmer aus betrachtet, nur, weil sonst keinerlei Arbeitskräfte mehr zu bekommen waren und die Betriebe selbst nicht für die Folgen des 'Arbeitseinsatzes' aufkommen mußten: "Sämtliche 'Sozialkosten'", so hat *Falk Pingel* betont, "lagen bei der SS, schwerkranke Häftlinge kamen zurück in die Lager und wurden nicht mehr auf Firmen-Einsatzlisten geführt; eine Altersversorgung gab es für die Betriebe nicht. Erst diese arbeitsteilige Regelung hat wohl den Betrieben die weitgehende Akzeptanz der Zwangsarbeit möglich gemacht und sie von den sozialen Folgelasten und der Ersatzbeschaffung entlastet, die selbst Sklavenhaltung notwendig macht."⁹⁸

Die Frage nach der ökonomischen "Funktionalität des Terrors" ist dennoch nicht eindeutig zu beantworten: "In einer Krisensituation, die die 'Produktion um jeden Preis' forderte, wirkte sich die Schreckensherrschaft der SS [...] für die Industrie in einigen Betrieben durchaus funktional aus, beispielsweise bei der drakonischen Bestrafung von Fluchtversuchen und der rücksichtslosen Forcierung des Arbeitstempos." Andererseits, so Fröbe weiter, hatten "die oft noch nach dem 'Dachauer Modell' Theodor Eickes geschulten Wachmannschaften [...] keinerlei Anreiz, sich der inneren Logik der Industrie - kalkulierbarer Verschleiß der Arbeitskraft zwecks kalkulierbarer Produktion - anzupassen". Sie praktizierten weiterhin zumeist den für die Konzentrationlager typischen willkürlichen, uneingeschränkten Terror.⁹⁹ 'Ökonomisch dysfunktional' war der Einsatz von Häftlingen außerdem, weil die meisten von ihnen "aufgrund der katastrophalen Bedingungen, unter denen sie zu leben hatten, nicht die Arbeitsleistung von Zivilarbeitern" erbrachten.¹⁰⁰ Vielleicht hat die Frage nach der 'ökonomischen Funktionalität' des Häftlings-Einsatzes vielfach gar nicht die entscheidende Rolle gespielt; ein weiteres, namentlich für den Raketenbau 'zugkräftiges Argument' für den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen war nämlich, daß über sie die Geheimhaltung besser zu 'garantieren' war.¹⁰¹

Die empirischen Studien zum industriellen 'Arbeitseinsatz' von KZ-Häftlingen deuten darauf hin, daß die Extrempositionen Sofskys wie Roths gleichermaßen zu verwerfen sind.

96 *Perz/Freund*, KZ in der 'Serbenhalle', S. 73.

97 *Fröbe*, Einsatz, S. 51.

98 *Pingel*, Häftlinge, S. 100.

99 *Fröbe*, Einsatz, S. 51. Vgl. auch *H. Kaienburg*, "Vernichtung durch Arbeit". Der Fall Neuengamme, Bonn 1990, bes. S. 288.

100 Vgl. *Perz*, Projekt Quarz, S. 368.

101 Vgl. *Perz/Freund*, KZ in der 'Serbenhalle', S. 80.

Ein grundlegendes Problem der - im übrigen äußerst anregenden - Studie von Sofsky ist, daß bei ihm 'Konzentrationslager' zu einer Art Idealtypus gerinnt und historische Entwicklungen ausgeblendet oder unzulässig relativiert werden.¹⁰² So sehr es ihm auf der einen Seite gelingt, grundlegende Charakteristika der 'Arbeit' von KZ-Häftlingen prägnant 'auf den Punkt' zu bringen, so sehr überzieht er gleichzeitig, wenn er ihr jegliche ökonomische Funktionalität abspricht. In anderer Weise überzogen und zugleich verharmlosend ist umgekehrt die Position Roths, die Auschwitz zum 'kapitalistischen Normalfall' macht. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in der industriellen Fertigung markiert vielmehr einen Sonderfall, der nur vor dem Hintergrund der konkreten historischen Konstellationen - einer Situation des extremen Arbeitskräftemangels, in der die Häftlinge das einzige, noch geliebte Arbeitskräftereservoir darstellten - zu erklären ist. Auch wenn man 'Rationalität' und 'Modernität' von ethischen und politischen Normen löst und als wertfreie Begriffe verwendet, war der Einsatz von Häftlingen nicht 'rational' oder gar wegweisend.¹⁰³ Denn nach Kriterien ökonomischer 'Rationalität' - das zeigen die vorgestellten Studien deutlich - war der Einsatz von Häftlingen unproduktiv und im Vergleich zur Beschäftigung von Zivilarbeitern letztlich auch 'zu teuer'. Eine offene Frage bleibt allerdings, ob die geringere Arbeitsproduktivität der Häftlinge durch die innere Struktur der Häftlingsarbeit oder durch den äußeren Rahmen - durch die trotz der Speerschen Industriellen Selbstverwaltung letzten Endes chaotische, wenig effiziente Organisation der NS-Ökonomie und den Zerfall der Infrastruktur in den beiden letzten Kriegsjahren - bedingt war.

"Die Entscheidung, Zwangsarbeiter einzusetzen, scheint primär an wirtschaftlich-technischen Effizienzgesichtspunkten und Zwängen orientiert gewesen zu sein [...]. Die Motive für den Einsatz von Fremdarbeitern waren in den wenigstens Fällen ideologisch-rassistisch".¹⁰⁴ In der Tat kommt man in der Analyse des Zwangsarbeitereinsatzes nicht weiter, wenn man in Unternehmern und Managern besonders perfide Nazis oder eine unmittelbare Deckungsgleichheit von Unternehmerinteressen und nationalsozialistischem Rassismus vermutet. Die zitierte Feststellung Feldenkirchens darf freilich nicht apologetisch gewendet werden. Denn so wenig die meisten 'Betriebsführer' aus politisch-ideologischen Motiven heraus Häftlinge anforderten und beschäftigten, so wenig legten sie andererseits moralische und ethische Skrupel an den Tag, wenn Zwangsarbeit betriebswirtschaftlich

102 Sofsky orientiert sich außerdem zu sehr an Auschwitz (das als Konzentrations- bzw. Arbeitslager eher ein Sonderfall war) und an der Phase 1941-1944; insbesondere bis 1938 herrschten in den KZs vielfach ganz andere Verhältnisse, als er suggeriert. Zu Recht insistiert z.B. Freund darauf, daß "in jeder Phase der nationalsozialistischen Herrschaft die Konzentrationslager eine spezielle Funktion innerhalb des Herrschaftsgefüges" besaßen und "zu keiner Zeit einen 'Staat im Staate'" darstellten; vgl. *Freund*, Arbeitslager Zement, S. 14.

103 Zur Kritik an Roths Prämissen und seinem impliziten 'Modernisierungskonzept' vgl. auch *N. Frei*. Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: *Geschichte und Geschichte* 19, 1993, bes. S. 369 ff., S. 375. Der Begriff 'Modernisierung' greift viel weiter als 'Rationalisierung' und steht deshalb hier nicht unmittelbar zu Diskussion. Nicht ganz unproblematisch scheint mir freilich auch Freis Position: So prägnant seine Kritik an *Roth/Aly* und *Zielmann/Prinz* ist, so überzogen ist m.E. seine Ansicht, daß die Kategorie 'Modernisierung' mit "ethischen Normen und politischen Optionen" verbunden werden muß, also in jedem Fall *positiv* aufgeladen werden sollte (S. 375). Damit begibt man sich der Möglichkeit, die der 'Moderne' immer auch inhärenten "Verwerfungen" (*Peukert*) systematisch in den Blick zu nehmen.

104 *Feldenkirchen*, S. 211.

unverzichtbar zu sein schien. An die Stelle 'der einfachsten Prinzipien der Menschlichkeit' trat tendenziell eine "Moral der Effizienz", resümieren *Lutz Budraß* und *Manfred Grieger* ihren Aufsatz über die Beschäftigung von KZ-Häftlingen im Volkswagenwerk und in den Henschel Flugzeug-Werken. "Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge spielten dabei eine vollkommen untergeordnete Rolle. Es gibt keinerlei Hinweise, daß die Kooperation mit der SS und die Ausbeutung von Häftlingsarbeitern von der Unternehmensleitung des Volkswagenwerkes zum Gegenstand selbstreflektierender Erwägungen gemacht wurde. Vielmehr findet man eine bedrückende Akzeptanzhaltung vor, die die Lebenslage von gesellschaftlich oder rassistisch Ausgegrenzten ohne weitere Rücksichtnahmen der ökonomischen Prosperität des Unternehmens unterordnete."¹⁰⁵ Abgeschwächt galt das, was Budraß/Grieger vor allem für den "Vorreiter" Volkswagenwerk konstatieren, auch für die meisten anderen Unternehmen.¹⁰⁶ In den Augen mancher Unternehmer mag ein auf Rassismus basierender 'Arbeitseinsatz' überdies funktional gewesen sein, weil er die Belegschaften schärfer als zuvor in hierarchisierte Schichten aufspaltete. Aber abgesehen davon, daß der Rassismus von außen hineingetragen wurde, nämlich *die* entscheidende ideologische Vorgabe des NS-Regimes war, ließ sich die pseudowissenschaftlich legitimierte und politisch erzwungene Verknüpfung von angeblich feststehender 'rassistischer Wertigkeit' und der Zuweisung spezifischer Arbeitsplätze immer weniger durchhalten. Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall, daß ausgerechnet ein von der DAF getragenes Institut - das 'eigentlich' den ideologischen Vorgaben des Nationalsozialismus viel stärker verpflichtet war als industriennahe Einrichtungen - mit seinen Eignungstests auf das Individuum abstellte und damit die nach rassistischen Kriterien vorgenommene Zerteilung des Arbeitsmarktes letztlich ad absurdum führte.

Auch fertigungstechnisch war der Einsatz von Häftlingen in der Produktion anscheinend eher eine Sackgasse. Zwar mag er die 'Rationalisierung' insofern begünstigt haben, als er die Durchsetzung der Fließbandfertigung in den neuen Industrien beschleunigte. Zugleich aber dürfte er den Sprung hin zur (Teil-)Automatisierung, dem nächsten Schritt der fertigungstechnischen Rationalisierung 'nach' der Fließfertigung, verzögert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht haben. Es waren nicht zufällig weniger moralische Skrupel als vielmehr die Furcht, die "Effektivität der hochrationalisierten Produktion" könne leiden, die Opel als das im Fahrzeugbau fertigungstechnisch führende Automobilunternehmen veranlaßte, allen Arbeitsmarktengpässen zum Trotz keine KZ-Häftlinge zu beschäftigen.¹⁰⁷ Auch wenn eine endgültige Antwort angesichts der sehr unterschiedlichen Unternehmensstrategien und der bisher kaum erforschten Genesis der jeweiligen Unternehmensentscheidungen für oder gegen den Häftlingseinsatz noch aussteht, so ist doch zu vermuten, "daß industrielle Produktion, die technisch den Standards des zwanzigsten Jahrhunderts entsprach, nicht *auf Dauer* auf Tötungsabsicht oder der Anwendung willkürlicher Brutalität basieren kann."¹⁰⁸

105 Vgl. *Budraß/Grieger*, Zitate: S. 103, 135.

106 Vgl. *Herbert*, Arbeit und Vernichtung, S. 236.

107 Vgl. *A. Kugler*, Die Behandlung feindlichen Vermögens in Deutschland und die 'Selbstverantwortung' der Rüstungsindustrie. Dargestellt am Beispiel der Adam Opel AG von 1941 bis Anfang 1943, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts (1999), 1988/2, S. 67.

108 *Budraß/Grieger*, S. 135.

Eignungstests, Anlernverfahren und damit begrenzte 'Aufstiegs'-Möglichkeiten selbst für 'Ostarbeiter' und KZ-Häftlinge änderten nichts an der Tatsache, daß sich seit 1942 in erster Linie nach rassistischen Kriterien gestufte Belegschaftshierarchien herausbildeten, an deren unterem Ende die intern wiederum nach 'Rasse' und anderen Stigmatisierungen gestaffelten KZ-Häftlinge standen. An der Spitze blieben die - seit 1941/42 häufig zusätzlich in Kontrollfunktionen aufgerückten - deutschen Facharbeiter. Nicht erst seit der Kriegswende suchte das NS-Regime den 'deutschen Facharbeiter' politisch an sich zu binden. Bereits relativ kurze Zeit nach der 'Machtergreifung' waren die angestrengten Versuche unübersehbar, vor allem die hochqualifizierten Arbeitskräfte deutscher Staatsangehörigkeit - die zugleich den personellen Kern der vor 1933 dem Nationalsozialismus feindlich gesinnten organisierten Arbeiterbewegung gebildet hatten - in das Gesellschaftssystem des Dritten Reiches' zu integrieren. Ein Hebel, an dem diese Bemühungen ansetzten, war der auch für sozialdemokratische und kommunistische Facharbeiter typische Berufsstolz.

X. Der Wandel des Berufsbildes des (männlichen) Facharbeiters im Zuge der betrieblichen Rationalisierung und das Ideologem von der 'deutschen Wertarbeit'

Daß den deutschen Männern innerhalb der Produktionsprozesse die komplexeren, anspruchsvolleren "Maschinenarbeiten" zugewiesen wurden, hatte Tradition. Die Mitte der zwanziger und erneut Mitte der dreißiger Jahre einsetzende Rationalisierungsbewegung änderte hieran grundsätzlich nichts. "Die ständige technische und arbeitsorganisatorische Umrüstung der Arbeitsplätze, die Einführung moderner, zunehmend komplexer Maschinenaggregate, die Steigerung der Arbeitsgeschwindigkeit und der Präzisionsanforderungen veränderten zwar die Arbeitsinhalte, ließen aber darüber hinaus neue Berufsprofile und Qualifikationserfordernisse entstehen und begründeten in den Betrieben neue Abhängigkeiten von der Umsicht, Geschicklichkeit, Berufserfahrung und Einsatzbereitschaft der Arbeiter, die letztlich über den wirtschaftlichen Erfolg der Rationalisierung mitentschieden."¹⁰⁹ (Männliche) Facharbeiter hatten also kaum eine Statusminderung zu fürchten, auch wenn sie durch die Rationalisierungsprozesse "aus dem unmittelbaren Fertigungsprozeß an dessen Ränder" verdrängt,¹¹⁰ d.h. vor allem mit Aufsichts- und Wartungsfunktionen betraut wurden.

Wie wichtig Handfertigkeit und Geschicklichkeit für das Selbstverständnis der Facharbeiter waren, wie gut der Stolz auf "Qualitätsarbeit" mit nationalen Identifikationen verknüpft werden konnte und wie wenig die 'Erziehungsarbeit' der organisierten Arbeiterbewegung vor der politischen Instrumentalisierung des Stolzes auf "deutsche Wertarbeit" durch konservative bzw. rassistisch-faschistische Bewegungen schützte, hat *Alf Lüdtke* in zwei Aufsätzen ausführlicher skizziert. Die mit unterschiedlichsten Erfahrungen und Deutungen besetzte Symbolformel von der "deutschen Qualitätsarbeit" wirkte bereits vor dem Ersten Weltkrieg vielfach identitätsbildend. Nach dem Krieg sollte die Formel "deutsche Qualitätsarbeit" den "industriellen Wiederaufstieg, zugleich die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter und ihrer Familien ermöglichen" und wurde mit dieser Stoßrichtung "von Gewerkschaftsführern wie von Industriebossen, von Technikern und Betriebsräten" verwendet. "Deutsche Qualitätsarbeit" hatte nicht nur nationale Konnotationen. Dieses Schlagwort besaß außerdem

109 *Homburg*, S. 566; vgl. auch ebd., S. 580.

110 *Freyberg*, S. 126.

eine klassenübergreifende Komponente, indem es implizit "deren Bedeutsamkeit für das 'große Ganze'" ansprach.¹¹¹ Beide Aspekte wurden von Unternehmerseite wie von national-konservativen, der Wirtschaft nahestehenden Einrichtungen bewußt aufgenommen und namentlich vom 'Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung' gezielt gegen die organisierte Arbeiterbewegung gewendet.¹¹² Darüber hinaus, so merkt Lüdtker an, "korrespondierte diese Symbolik auch mit den herrschenden Geschlechterrollen: Der 'Qualitätsarbeiter' verkörperte das Idealmaß des männlichen 'Ernählers'. [...] Die Bewertung der Frauenarbeit an sogenannten Männerarbeitsplätzen im ersten Weltkrieg, mehr noch die ebenso zügige wie offenbar geräuschlose Rückkehr zu den alten Verhältnissen und Hierarchien in der Demobilisierung 1919 zeigten die Prägekräft des Symbols: Frauen nahmen hin, daß viele Felder der Erwerbsarbeit ihnen wieder verschlossen waren."¹¹³

Bemerkenswert waren nicht nur die tiefe Verwurzelung, sondern auch die politische Breite und die Langzeitwirkung der Formel. Sie überdauerte offenbar alle historischen Brüche ziemlich unbeschadet: "Die Eindringtiefe des Symbols 'deutscher Qualitätsarbeit' war weder an ökonomische Prosperität oder Depression, noch an politische Regimes gebunden. Auch die Grenzen der politischen Lager machten hier keinen besonderen Eindruck."¹¹⁴ Der Nationalsozialismus brauchte sich der verschiedenen Bedeutungsinhalte nur zu bedienen. Die immer wiederkehrende Verwendung des Begriffes "deutsche Qualitätsarbeit", die dann vor allem seit 1942 noch zusätzlich eine rassistische Aufladung und Zuspitzung erfuhr, erleichterte (wie Lüdtker etwas umständlich formuliert) "das Hinnehmen des Nationalsozialismus durch Arbeiter und Arbeiterinnen, zumal in der Rüstungs- und Kriegsproduktion." Integrativ wirkten nicht zuletzt "die öffentlichen Respektsbezeugungen gegenüber Qualitätsarbeit und Qualitätsarbeitern" durch die NS-Propaganda, die jeder "auf sich persönlich beziehen" konnte.¹¹⁵ Ob allerdings unter den Arbeitern "Hinnahme und auch Mitmachbereitschaft dominierten", wie Lüdtker behauptet, muß dahingestellt bleiben. Bei derartigen, allzu vorschnellen Verallgemeinerungen bleibt unberücksichtigt, daß 'die Arbeiter' während des 'Dritten Reiches' keine Möglichkeit besaßen, Widerspruch zu artikulieren - weder gemeinsam noch individuell. Das tut seinen Ausführungen zur "deutschen Wertarbeit" jedoch keinen Abbruch.¹¹⁶

111 Lüdtker, "Ehre der Arbeit", S. 307-310, 314-319; *ders.*, Arbeit, S. 400-409, Zitate: S. 402, 404.

112 Vgl. ebd., S. 310, sowie (ausführlich zum DINTA) Frese, Betriebspolitik, S. 10-24, 252-258 u.ö. (und die dort genannte ältere Literatur).

113 Lüdtker, Arbeit, S. 404.

114 Ebd., S. 405.

115 Lüdtker, "Ehre der Arbeit", S. 330.

116 Auch sein Hinweis, daß das "Mitmachen" im Krieg von vielen als Form "deutscher Qualitätsarbeit" aufgefaßt wurde, ist bedenkenswert. (Lüdtker, Arbeit, S. 405 f.)

XI. 'Soziale Rationalisierung'

Facharbeiter wurden traditionell von seiten der Unternehmen besonders stark umworben. Wichtigstes Instrument, sich einen Stamm an qualifizierten Fachkräften zu schaffen und zu erhalten, war die betriebliche Sozialpolitik. Vor allem über den Werkswohnungsbau (so zeigt *Carola Sachse* am Beispiel des größten deutschen Elektrokonzerns) suchten nicht zuletzt auch die innerhalb der Rationalisierungsbewegung führenden Unternehmen eine "neue funktionale Betriebselite" an sich zu binden. Über die Platzierung der betriebseigenen Wohnungen sollten darüber hinaus "einige der 'betriebswichtigen' Angestellten und Arbeiter in ständiger Rufbereitschaft in Werksnähe wohnen, um auftretende Störungen des 'Produktionsflusses' jederzeit beseitigen zu können."¹¹⁷

Der Werkswohnungsbau war nur ein Aspekt betrieblicher Sozialpolitik. Ein weiterer gewann seit den zwanziger Jahren zunehmend an Gewicht: die 'betriebliche Familienpolitik'. Sie wurde (wie *Sachse* überzeugend darlegt) zum Kern einer in den zwanziger Jahren einsetzenden 'sozialen Rationalisierung'. Der Erste Weltkrieg, als eine rasch wachsende Zahl von Frauen in der Industrie als Arbeiterinnen beschäftigt wurde, markierte den "Übergang von einem eher äußerlichen Zugriff auf die Familie zu ihrer inneren Zurichtung auf den industriellen 'Produktionsfluß'". Familie und Fabrik wurden unmittelbarer als zuvor miteinander verknüpft. Auch die private Lebensführung wurde Kriterien der 'Rationalisierung' unterworfen; die "Rationalisierung der Daseinsgestaltung" sollte die im engeren Sinne "industrielle Rationalisierung" ergänzen. Sie sollte gleichfalls nach dem Prinzip eines optimalen 'Produktionsflusses' organisiert werden und damit durch den "menschlichen Faktor" innerhalb des Produktionsprozesses ausgelöste Hemmungen "entstören", mithin auch von dieser Seite zur Optimierung der Fließfertigung und des "Produktivitätsfortschritts" beitragen.¹¹⁸ Eingeschlossen war in dieses Konzept die Propagierung und Verfestigung der für die moderne, bürgerliche Kleinfamilie charakteristischen geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen, die in proletarischen Schichten noch in der Zwischenkriegszeit nicht fest verwurzelt waren. Daß die außerbetriebliche Lebensführung in diesem Sinne 'rationalisiert' wurde, dafür hatten (so *Sachse*) vor allem die Werksfürsorgerinnen zu sorgen. Die insgesamt geringe Zahl von gut hundert Werksfürsorgerinnen, die während der Weimarer Republik in der Industrie beschäftigt wurden, zeigt freilich, daß die von *Sachse* für Siemens geschilderten Verhältnisse selbst auf die meisten anderen Großunternehmen nicht zu verallgemeinern waren, sondern eher Vorbild-Charakter besaßen. Wenn nach 1933 aus den Werksfürsorgerinnen unter dem Einfluß der DAF sukzessive 'Betriebliche Sozialarbeiterinnen' wurden, dann war dies keine bloße Umbenennung: Erstere hatte hauptsächlich Ehefrauen und Mütter als Zielgruppen im Auge; die Tätigkeit der letzteren war vor allem auf die im industriellen Produktionsprozeß stehenden Frauen zugeschnitten. Obgleich die Soziale Betriebsarbeit aus der Werksfürsorge entstanden war, verfolgten beide nicht identische Zwecke: Die Werksfürsorge und die dort betriebene Familienpolitik war von produktionspolitischen Motiven

117 *Sachse*, Siemens, S. 246 f.; vgl. auch ebd., S. 158, 168 f.

118 Zitate: ebd., S. 27 f., 35.

geprägt; die Soziale Betriebsarbeit orientierte darüber hinaus auf "Rassenhygiene und Arbeitspädagogik zur sozialpolitischen Absicherung nationalsozialistischer Kriegspolitik."¹¹⁹

Die Differenzierung der Arbeitskräfte in höhere oder mindere 'Wertigkeiten' war freilich keine 'Erfindung' der Nationalsozialisten, sondern wurde (so Sachse) bereits "im Zuge der seit 1919 anhaltenden Rationalisierung der Sozialpolitik bei Siemens zu ihrem hervorstechenden Merkmal. 'Menschenauslese' war der gemeinsame Kern aller 'sozialen Rationalisierung'." Allerdings folgte die 'Auslese' in dem Großunternehmen nicht rassistischen, sondern personalpolitischen und sonstigen, betriebswirtschaftlich funktionalen Kriterien. Da das NS-Regime und insbesondere die DAF als die "eigentliche Trägerin der nationalsozialistischen Sozialpolitik" "an die Stelle der statusspezifischen die rassenhygienische Selektion" setzen und die betriebliche Sozialpolitik in die nationalsozialistische Rassenpolitik einbeziehen wollten, gleichgültig ob dies produktionsökonomisch funktional oder dysfunktional war, blieben Konflikte zwischen beiden Seiten nicht aus.¹²⁰

XII. Die Rolle der Deutschen Arbeitsfront

Die DAF suchte noch eine ganze Reihe weiterer Hebel anzusetzen, um auf die verschiedenen Aspekte von 'Rationalisierung' Einfluß zu nehmen. Dazu gehören die Aktivitäten des bereits Ende November 1933 gegründeten DAF-Amtes '*Schönheit der Arbeit*' (ASdA), die u.a. von *Matthias Frese* und (auf allerdings nur sehr schmaler Quellenbasis) von *Chup Friemert* ausführlicher skizziert werden.¹²¹ In seinen konkreten Aktivitäten griff das ASdA "zum einen auf umfangreiche industrie- und betriebssoziologische Forschungen, vor allem aber auf die psychotechnischen Programme der Weimarer Republik zurück, die im wesentlichen die Optimierung der Arbeitsvorgänge und der Arbeitsproduktivität durch betriebliche Erholungseinrichtungen und die Gestaltung des Arbeitsplatzes, aber auch durch autoritäre innerbetriebliche Strukturen im Auge hatten." Seit 1935 startete dieses DAF-Amt an die einzelnen Betriebe adressierte "Aufklärungsaktionen" wie 'Gutes Licht - Gute Arbeit', 'Grün in die Betriebe', 'Gesunde Luft im Arbeitsraum', 'Warmes Essen im Betrieb' u.a.m. "Das Regime erkannte in den ASdA-Initiativen ein billiges Mittel, um Lohnstopp und Arbeitszeiterhöhung zumindest ideell auszugleichen, [...] die Arbeitsmoral zu heben"¹²² und zugleich negative Aspekte der Rationalisierungsbewegung, etwa die Monotonie repetitiver Teilarbeiten im Kontext der Ausweitung der Fließfertigung, abzufedern.

Das ASdA stieß in eine Lücke, die entstanden war, nachdem die organisierte Arbeiterbewegung gewaltsam zerschlagen und mit ihr auch die Betriebsräte beseitigt worden waren, die zuvor häufig die Gewerbeaufsicht als die 'eigentlich' zuständige staatliche Institution in die Betriebe gerufen hatten, um die Arbeitsbedingungen zu überprüfen. Im Unterschied zur Gewerbeaufsicht besaß das ASdA zwar keine Exekutivgewalt, konnte jedoch über die aufla-

119 Vgl. ausführlich ebd., S. 78-89, Zitat: S. 89, sowie vor allem *dies.*, Hausarbeit im Betrieb. Betriebliche Sozialarbeit unter dem Nationalsozialismus, in: *dies.* u.a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung, S. 209-274.

120 Zitate: ebd., S. 52, 59, 248.

121 *Frese*, Betriebspolitik, S. 333-351; *C. Friemert*, Schönheit der Arbeit. Produktionsästhetik im Faschismus, München 1980.

122 *Frese*, Betriebspolitik, S. 342; vgl. auch *Zollitsch*, S. 133 f.

genstarke DAF-Presse erheblichen Druck auf die einzelnen Unternehmen ausüben.¹²³ Dennoch kam es nach den anfänglichen Rivalitäten zu "einer weitgehend störungsfreier Zusammenarbeit" zwischen dem DAF-Amt und der personell überdies schlecht ausgestatteten Gewerbeaufsicht. Schärfere Konflikte gab es mit Großunternehmen: Zwar stimmten Industrie und ASdA in den grundsätzlichen betriebspolitischen Zielen überein. Indessen fürchteten die Unternehmer das Amt und dessen Aktivitäten als Hebel der DAF, die ihnen im 'Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit' gewährte innerbetriebliche Autonomie zu unterlaufen. Die von Frese untersuchten Großunternehmen nahmen deshalb "zwar die Anregungen des ASdA gern auf [...], gingen aber auf das DAF-Amt selbst nicht ein. Gleichzeitig betonten alle die Tradition und die bisher erbrachten Leistungen, in deren Kontinuität sie die Neuerungen verstanden wissen wollten."¹²⁴ Daß das Amt 'Schönheit der Arbeit' traditionelle betriebliche Sozialleistungen als Erfolg auf das eigene Konto verbuchte, war ein Aspekt, ein anderer, daß sie Arbeiten, die notwendig waren, um nach den Jahren der Krise überhaupt die Produktion wieder aufnehmen zu können, als Resultat der eigenen Aktivitäten hinstellte.¹²⁵ Vielfach handelte es sich (folgt man Friemert) bei den Erfolgen von 'Schönheit der Arbeit' also um eine Art politisch-propagandistischer Hochstapelei.¹²⁶

Der nicht zufällig unmittelbar nach Verkündung des 'Vierjahresplanes', am 29. August 1936, von Hitler ausgerufenen und von der DAF veranstaltete "*Leistungskampf der deutschen Betriebe*" diente weniger der betrieblichen Sozialpolitik um ihrer selbst willen als vielmehr "der Realisierung der technischen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundsätze der politischen Führung", konstatiert Frese, der sich auch diesem öffentlichkeitswirksamen 'Wettkampf' der DAF ausführlich zugewendet hat.¹²⁷ Zwar entschied sich während der ersten "Leistungskämpfe" die Frage, ob ein Betrieb als "NS-Musterbetrieb" ausgezeichnet wurde, in starkem Maße danach, ob und in welchen Dimensionen ein Unternehmen betriebliche Sozialleistungen gewährte. Indessen verschoben sich innerhalb des Kriterienkatalogs schon bald die Gewichte. Bereits beim zweiten Leistungskampf 1938/39 und dann insbesondere während des Zweiten Weltkrieges "rückten immer die Leistungs- und Rationalisierungskriterien gegenüber sozialpolitischen Zielsetzungen in den Vordergrund." 1940/41 wurden im Kriterienkatalog schließlich "Arbeitsdisziplin, keine Bummelschichten [...]" und "höchstmögliche Leistung" als entscheidende Bewertungsmaßstäbe angeführt. Während die DAF in Großunternehmen wie Krupp, der GHH oder Siemens ihren mit dem Leistungskampf der Betriebe bezweckten "Kontrollanspruch" nicht durchsetzen konnte, scheinen sich die Unternehmer kleinerer Betriebe mit der DAF arrangiert zu haben. Daß "die Arbeitnehmer auf die Verleihung einer Auszeichnung nicht" positiv ansprachen, kann kaum überraschen; denn sie sahen sich "nunmehr doppeltem Druck von Unternehmer und DAF ausgesetzt, wenn beispielsweise die Höhe der Bummelschichten und des Ausschusses entscheidend für die

123 Vgl. Friemert, S. 93 f.

124 Frese, Betriebspolitik, S. 334, 339, 344.

125 Vgl. Friemert, S. 102.

126 Vgl. ebd., S. 108. Ziemlich unkritisch dagegen Lüdtko, "Ehre der Arbeit", S. 320 ff.

127 Frese, Betriebspolitik, S. 421-434, hier: S. 421. Zur Parallelität von Vierjahresplan und Leistungskampf der Betriebe vgl. auch J. Reulecke, Die Fahne mit dem goldenen Zahnrad: Der Leistungskampf der Betriebe, in: ders./D. Peukert (Hg.), Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981, S. 245-269, hier: S. 250 f.

Vergabe oder Nichtvergabe einer Auszeichnung wurde".¹²⁸ In der Sache selbst zogen Industrie und DAF hier wie auch in anderen Fragen¹²⁹ an einem Strang; beiden ging es vorrangig um "die Leistungssteigerung der Beschäftigten". Wenn ihr Verhältnis zueinander trotzdem das gesamte 'Dritte Reich' über in starkem Maße gespannt blieb, dann lag dies daran, daß (so faßt Frese zusammen) die "schwer im voraus berechenbare Riesenorganisation den Drang hatte, durch immer neue Aktivitäten ihren nicht genau definierten Aufgabenbereich zu erweitern." Der Betrieb habe "einen Fokus für die auch in anderen Teilen des Regimes zu beobachtenden Kompetenzkonkurrenzen zwischen den verschiedenen Herrschaftsträgern" dargestellt.¹³⁰

Im 'Leistungskampf der Betriebe' und (so stellt Frese fest) stärker noch im '*Reichsberufswettkampf*', der seit 1936 alljährlich von der DAF ausgerichtet wurde, habe "ein Strukturprinzip nationalsozialistischer Betriebspolitik wie auch der Politik des NS-Regimes insgesamt", nämlich der "Wettbewerb als permanenten Anreiz zur Leistungssteigerung", einen sichtbaren Ausdruck gefunden. Die von diesen u.ä. Wettkämpfen ausgehenden Folgewirkungen beeinflussten nachhaltig Sozialverhalten und politische Mentalität der Industriearbeiterschaft. Denn "die Wettbewerbe lösten den einzelnen Arbeitnehmer aus den solidarischen Zusammenhängen am Arbeitsplatz und förderten die Vereinzelung."¹³¹ Sie zementierten insofern, was in der arbeitsorganisatorischen und fertigungstechnischen Rationalisierung strukturell angelegt war und durch eine auf Einkommensdifferenzierung und individuelle Leistungsanreize orientierte Lohnpolitik des NS-Regimes und der Betriebe zusätzlich abgestützt wurde.

Wodurch wurden die zahlreichen Tätigkeitsfelder der DAF zusammengebunden? Wer entwickelte die strategischen Konzepte, nach denen die verschiedenen Aktivitäten der DAF entwickelt und aufeinander abgestimmt wurden? Als entscheidende Institution innerhalb der Arbeitsfront entpuppte sich dessen 'Arbeitswissenschaftliches Institut' (AWI), dessen Arbeit Karl-Heinz Roth unlängst ausführlicher thematisiert hat. Das AWI entwarf theoretische Konzepte und ideologische Vorgaben, die für die Gesamtorganisation der DAF handlungsleitend werden sollten und vielfach auch wurden.¹³² Interessant in diesem Zusammenhang ist u. a. Roths Skizze der personellen Zusammensetzung des AWI, in dem "traditionell sozialisierte Sozialreformer", ehemalige Angehörige der "revisionistischen Arbeiterbewegung" und "junge Aufsteiger" zu einer partiell produktiven Einheit verschmolzen werden konnten. Von erheblichem Gewicht (im doppelten Sinne des Wortes) waren die zahllosen Denkschriften der Mitarbeiter des AWI zu allen möglichen sozialen, ökonomischen und sonstigen gesell-

128 Frese, Betriebspolitik, S. 425 bzw. 432 ff.; vgl. auch *ders.*, Vom "NS-Musterbetrieb" zum "Kriegs-Musterbetrieb". Zum Verhältnis von Deutscher Arbeitsfront und Großindustrie 1936-1944, in: W. Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München 1989, S. 382-401; Siegel/Freyberg, S. 101 f.; Siegel, Rationalisierung statt Klassenkampf, S. 115 f.; Hachtmann, Industriearbeit, S. 257 f.

129 Z.B. bei den von Frese gleichfalls ausführlicher dargestellten Bemühungen um Vereinheitlichung der industriellen Berufsausbildung; vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 264-311.

130 Ebd., S. 452.

131 Ebd. S. 411-420, hier: S. 411.

132 Vgl. K.-H. Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im "Dritten Reich". Eine methodisch-historische Analyse am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, München 1993, S. 142, 184 f.

schaftlichen Problemen, zum Teil publiziert in den dickleibigen Jahrbüchern des Instituts. Für den auch im Vergleich zu anderen NS-Zeitschriften auffälligen Verzicht auf namentliche Kennzeichnung der meisten Einzelbeiträge des AWI präsentiert Roth eine plausible Erklärung: Er habe die Produkte des AWI "als eine autoritative Kundmachung erscheinen [lassen], hinter der nicht Einzelpersonen standen, sondern eine undurchdringliche [...] Machtgruppe"; zugleich habe der Verzicht auf ein individuelles Copyright dem einzelnen Verfasser "persönlichen Schutz" vor externer Kritik und Repression gewährt. Im selben Zusammenhang macht sich freilich der Hang Roths zur Übertreibung und Dämonisierung des DAF-Institutes bemerkbar, etwa wenn er das AWI zu einem "erratischen und grauen Block tayloristischer Wissensproduktion" aufplustert.¹³³ Das ändert jedoch nichts daran, daß seine Ausführungen darüber, wie stark das AWI auch in das Netz traditioneller sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Institutionen integriert war und wie sehr es sich bemühte, diese an den Nationalsozialismus ideologisch anzubinden und hier selbst eine Spitzenposition einzunehmen, aufschlußreich sind.¹³⁴

Andererseits ist die Darstellung Roths in mehrfacher Hinsicht problematisch: Er glaubt, im AWI das 'Hirn' des großindustriellen Kapitals gefunden zu haben. Das AWI sei "ein gesamtgesellschaftliches Rationalisierungsinstitut" gewesen, "eine Agentur, die die gesamten Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse zugunsten eines schrankenlos gemachten kapitalistischen Verwertungsprozesses transformieren sollte."¹³⁵ Er stilisiert das AWI zu einem Institut, das die heutige moderne Wissenschafts- und Forschungspraxis vorweggenommen habe: Es sei eine "interdisziplinäre Forschungsanstalt" gewesen, habe eine "universale Sozialwissenschaft" angestrebt und sei "unheimlich produktiv" gewesen.¹³⁶ So richtig es ist, daß sich die DAF und ebenso andere Herrschaftsträger des 'Dritten Reiches' in mancherlei Hinsicht am fordistischen Modernisierungs-Konzept orientierten, so irreführend ist seine Feststellung: "Der Unterschied zu den USA war nur, daß in NS-Deutschland ein Modell des forcierten unternehmerischen Klassenkampfes mit hoheitlichen Funktionen ausgestattet und mit entsprechender Radikalität auf die gesamtgesellschaftliche Sphäre übertragen worden ist."¹³⁷ Als sei die Herrschaft der Nationalsozialisten nur eine besonders effektive, 'moderne' Form politischer Herrschaft auf sonst allgemein-üblicher industriekapi-

133 Zitate: ebd., S. 187 ff.

134 Vgl. ebd., S. 129 f. Spannend namentlich für die an der eigenen Geschichte interessierten professionellen (Sozial-)Historiker sind außerdem die Ausführungen Roths zur Genesis, personellen Zusammensetzung und Arbeitsweise der Abteilung 'Geschichte der Arbeit' des AWI (S. 148-182).

135 Ebd., S. 121 f.

136 Ebd., S. 131, 141. Es ist in diesem Zusammenhang wohl kein Zufall, daß Michael Prinz in der Taschenbuchausgabe des von ihm und Rainer Zitelmann herausgegebenen Sammelbandes Roth "wichtige Einsichten und neue Informationen" attestiert und ihn offenbar zu einer Art Kronzeugen des von ihm und Zitelmann vertretenen Modernisierungskonzeptes macht. Vgl. *M. Prinz*, Nachwort zu: *ders./R. Zitelmann (Hg.)*, Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1994, S. 346, Anm. 18.

137 *Roth*, Intelligenz, S. 123. Zur Orientierung an den 'amerikanischen Verhältnissen' vgl. *R. Hachtmann*, "Die Begründer der amerikanischen Technik sind fast lauter allemannisch-schwäbische Menschen" - Nazi-Deutschland, der Blick auf die USA und die 'Amerikanisierung' der industriellen Produktionsstrukturen im 'Dritten Reich', erscheint in: *A. Lüdike/I. Marbolek/ A. von Saldern (Hg.)*, Amerikanisierung? Die Mehrdeutigkeit moderner Lebensformen in Deutschland (1920er bis 1950er Jahre), Washington D.C. 1996.

talistischer Basis gewesen. Es ist kein Zufall, daß der Rassismus von Roth, wenn überhaupt, dann nur beiläufig angesprochen und als handlungs- sowie theorieleitendes Motiv des NS-Regimes - und ebenso der DAF und des AWI - bagatellisiert wird.

Folgerichtig muß er außerdem, um seine These von einem zentral gelenkten Industriekapitalismus halten zu können,¹³⁸ nicht nur die Polykratiethorie verwerfen, sondern auch die massiven Konflikte zwischen der DAF und der industriellen Unternehmerschaft bzw. den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft bagatellisieren.¹³⁹ Stattdessen spricht er - mit sehr dünnen Belegen - von "den sich seit 1935/36 aufeinander zubewegenden Technokratiengruppen der Wirtschaft und der DAF". Unter Federführung des AWI "entwickelte die [dort beschäftigte] Intelligenz zusammen mit den Führungsgruppen der DAF und der Wirtschaft neuartige Methoden und Planungsmodelle, die den Sozialimperialismus der traditionellen Eliten reaktivierten und ihm zu einer bislang unbekanntem politischen Brisanz verhalfen. Es war eine Synthese von älteren und neuen Formen hochentwickelter Klassenherrschaft". Damit tut er dem AWI und der DAF zu viel der Ehre an. Denn bei Lichte gesehen, waren die 'Forschungsergebnisse' des AWI meist eher dürftig. Von "insgesamt starken Verwissenschaftlichungstendenzen", wie sie den NS-Herrschaftsapparat und hier wiederum besonders das AWI gekennzeichnet habe,¹⁴⁰ wird man kaum sprechen können. Das AWI war weniger ein Theorie- als vielmehr ein Ideologieproduzent, der die insgesamt inkonsistente NS-Ideologie partiell vereinheitlichen und praxisbezogen gestalten wollte. Wohl um von seiner These vom "wissenschaftlich unheimlich produktiven" Institut, das moderne kapitalistische Entwicklungen antizipiert habe, nicht abrücken zu müssen, hat Roth die Publikationen des AWI - von Ausnahmen abgesehen - nicht systematisch analysiert. Dort, wo er es tut, bestätigt sich eher die Dürftigkeit der vom AWI betriebenen 'Wissenschaft'. Außerdem fehlt eine Rezeptionsgeschichte der Publikationen des AWI. Es reicht nicht aus, die "Millionenaufgabe" einzelner Publikationen des AWI zu konstatieren.¹⁴¹ Auch der Funktionsapparat der DAF zählte bekanntlich nach Millionen: Verstaubten die Schriften des Instituts ungelesen in den Regalen der DAF-Leute? Wer las die Publikationen überhaupt? Wurden die dort propagierten 'Theorien' umgesetzt, besaßen sie eine handlungsleitende Funktion?¹⁴²

138 Nur nebenbei sei bemerkt, daß dieser Theorieansatz (entgegen dem Selbstverständnis Roths) kaum als marxistisch bezeichnet werden kann: Folgt man Marx, braucht industrielles Kapital kein externes 'Hirn', um effizient funktionieren zu können. Kapitalismus ist eine (je nach spezifischen, historischen Konstellationen modifizierbare) ökonomische Struktur und keine gigantische Verschwörung.

139 Vgl. Roth, Intelligenz, S. 124, 126. Auch seine Kritik der Positionen zahlreicher Autoren, daß die DAF einem 'Verbandsimperialismus' gehuldigt habe, ist nicht stichhaltig. Denn der Terminus 'Verbandsimperialismus' meint nicht inhaltliche Beliebigkeit - "Leerlauf", wie Roth unterstellt -, sondern folgte (wie sich gerade am Beispiel der DAF zeigen läßt) zugleich immer auch bestimmten inhaltlichen Zielvorgaben. Vgl. ebd., S. 126 f.

140 Zitate: ebd. S. 123, 185, 188 f.

141 Ebd., S. 189.

142 Grob-schlächtere Raster finden sich bei Roth auch anderswo. So wenn er einer simplifizierenden, eigentlich überwundenen Agententheorie das Wort redet, indem er die DAF zu einem "Instrument der politischen Herrschaft des Kleinbürgertums" macht, "das die ökonomische Diktatur des Monopolkapitals verdeckt", und behauptet, bei der DAF handele es sich um die "politische Herrschaft der Kleinbourgeoisie über die Arbeiterklasse". (Ebd., S. 115, 119 f.) Roth zwängt DAF und AWI in ein Schema, in das diese nicht hineingehören.

Zu einer Überbewertung der Rolle des AWI kann Roth nur kommen, weil er die Eigendarstellung und Selbststilisierung dieses Instituts für bare Münze nimmt und nicht grundsätzlich kritisch hinterfragt.¹⁴³ Die ungeheure Papierflut, die von diesem Institut ausging, suggeriert einen Stellenwert, den das Institut tatsächlich nicht besessen hat. Erwähnt, aber nicht systematisch reflektiert, wird von Roth, daß die Publikationswut des AWI immer auch Resultat des Druckes war, die eigene Existenz zu legitimieren. Die personelle Größe des AWI wiederum war eher Ausdruck der Finanzstärke der DAF, die als größte Massenorganisation des 'Dritten Reiches' über riesige Einnahmen verfügte (jährlich mehr als eine halbe Milliarde RM) - während traditionelle sozialwissenschaftliche Einrichtungen keinen Zugang zu dieser sprudelnden Geldquelle besaßen.

Bis 1939 ist die Politik der DAF und ihrer Suborganisationen inzwischen recht gut erforscht, auch wenn selbst für diese Zeit eine neuere Gesamtdarstellung der DAF fehlt. Die Zeit des Krieges ist dagegen mit Blick auf die DAF in mancherlei Hinsicht ein Forschungsdesiderat geblieben. Lediglich das Arbeitswissenschaftliche Institut, der 'Kriegsleistungskampf der Betriebe',¹⁴⁴ ihre Beteiligung an der Konzipierung und Umsetzung des 'Lohnkataloges Eisen und Metall' sowie die Pläne für ein 'Sozialwerk des Deutschen Volkes' können als relativ gut untersucht gelten. Dem 'Sozialwerk' hat *Marie-Luise Recker* in ihrer Studie über die nationalsozialistische Sozialpolitik während des Zweiten Weltkrieges einen hohen Stellenwert eingeräumt und dessen einzelne Elemente (Lohnneuordnung, Berufslenkung und -bildung, Gesundheitswesen, Altersversorgung und Sozialer Wohnungsbau) einer eingehenden Analyse unterzogen. Zu Recht sieht Recker die hauptsächliche Aufgabe des 'Sozialwerks' in seiner "Propagandafunktion". Es hatte "Unmut unter den Erwerbstätigen über die verlängerte Arbeitszeit oder die steigenden Arbeitsanforderungen aufzufangen oder auch

- 143 Auch in anderen Arbeiten findet sich die Tendenz, Eigendarstellungen und besonders politische Absichten, die die DAF mit einzelnen ihrer 'Inszenierungen' verband, relativ umstandslos zur empirischen Realität zu verklären - allerdings unter ganz anderen Vorzeichen als bei Roth: Masseninszenierungen und alltägliche Symbolpraktiken hätten, so suggeriert beispielsweise Lüdtko, zu einer weitgehenden "Hinnahmebereitschaft" und sogar positiven Identifikation mit zumindest zentralen Aspekten der NS-Herrschaft geführt. Vgl. *A. Lüdtko*, Wo bleibt die "rote Glut"? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: *ders.*, *Eigen-Sinn*, S. 266 ff.; *ders.*, "Ehre der Arbeit", bes. S. 299 ff., 331 ff.; ähnlich auch *M. Prinz*, *Moderne Elemente in der Gesellschaftspolitik*, in: *ders./Zitelmann*, *Nationalsozialismus und Modernisierung*, S. 316 f.; *M. Schneider*, *Nationalsozialistische Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des 'Dritten Reiches'*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 31, 1991, S. 538 f. Lüdtko u.a. beziehen sich dabei wesentlich auf die Untersuchungen von *E. Heuel*, *Der umworbene Stand. Die ideologische Integration des Arbeiters im Nationalsozialismus 1933-1935*, Frankfurt a.M. 1989 (folgendes Zitat: S. 573 ff.). Sie übersehen jedoch, daß Heuel lediglich die "ideologischen Formierungsbemühungen" namentlich der DAF in den Blick nimmt und sich in in seinen Schlußbemerkungen ausdrücklich "gegen die falsche Hypostasierung ideologischer Integrationsweisen zum Medium gelungener totalitärer Formierung" wendet. Ob und inwieweit "der Nationalsozialismus auf breiter Front in das Denken und Fühlen seiner proletarischen Adressaten einzubrechen vermochte", wurde von Heuel nicht untersucht.
- 144 *Frese*, *Kriegsleistungskampf*. Den z.Zt. besten Überblick über Selbstverständnis, Politik und (Miß-)Erfolge der DAF im 2. Weltkrieg gibt *R. Smelser*, *Hitlers Mann an der 'Arbeitsfront'*. Robert Ley. Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 257-291; vgl. außerdem *ders.*, *Eine "braune Revolution"?* Robert Ley, *Deutsche Arbeitsfront und sozialrevolutionäre Konzepte*, in: *Michalka*, *Zweiter Weltkrieg*, S. 418-429, hier: S. 422 ff.

einen Anreiz zur Steigerung der Arbeitsleistung zu bieten".¹⁴⁵ Inwieweit diese Intention aufging, ist auch nach der Lektüre der Arbeit Reckers schwer zu entscheiden. Problematisch an der Darstellung Reckers ist allerdings, daß sie die "Rassenpolitik ausklammert". Denn diese "berührte" nicht nur die "sozialpolitische Sphäre" (wie Recker verniedlichend meint);¹⁴⁶ sie prägte sie grundlegend. Die Struktur der staatlichen Sozialpolitik seit 1933 und schon gar von 1939 bis 1945 bleibt unverstanden, wenn sie vom nationalsozialistischen Rassismus getrennt wird. Das hält Recker zwar nicht gänzlich durch. Der 'Fremdarbeiter-Einsatz', der ohne die rassistischen Vorgaben ja nicht zu denken ist, wird von ihr durchaus thematisiert. Dennoch bekommt ihre Arbeit durch das weitgehende Ausklammern der NS-Rassenpolitik ein gewisse Schlagseite.

Noch weitgehend unerforscht ist die konkrete Politik der DAF gegenüber den Fremdarbeitern geblieben, obwohl in vielen Darstellungen inzwischen thematisiert wurde, daß für die DAF der Rassismus immer handlungsleitend gewesen ist und bereits in den Jahren 1939 bis 1941 - als der massenhafte 'Einsatz' von Fremdarbeitern noch keineswegs auf der Tagesordnung stand - Ideologeme formuliert und Konzepte entwickelt wurden, wie angeblich erblich bedingte Eigenschaften der verschiedenen 'Rassen' mit den jeweils unterschiedlichen Produktionsprozessen zu vereinbaren waren. Daß dieser zentrale Tätigkeitsbereich der DAF 'seinen' Historiker noch nicht gefunden hat, ist um so erstaunlicher, als schon länger bekannt ist, daß die Arbeitsfront Ende 1942 vom 'Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz' mit der 'Betreuung' der Fremdarbeiter-Lager beauftragt wurde. Gegen Kriegsende überschrieb ihr außerdem Speer ziemlich weitgehende Kompetenzen bei der Koordinierung der betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen. Lediglich einigen Lokal- und Regionalstudien läßt sich entnehmen, daß trotz der Anhäufung formaler Kompetenzen der faktische Einfluß der DAF auf die 'Fremdarbeiter-Betreuung' und den industriellen 'Arbeitseinsatz' eher begrenzt ist. Hinzuweisen ist hier vor allem auf die breit angelegte Studie von *Walter Struve* über den Aufstieg und die Herrschaft des Nationalsozialismus in der mitteldeutschen Kleinstadt Osterode. Die Deutsche Arbeitsfront, so ein Ergebnis seiner Untersuchungen zum 'Arbeitseinsatz', habe "die Vorrechte der Firmenleitung" gegenüber den Fremdarbeitern wie den Belegschaften generell "ernsthaft" auch während des Krieges zu keinem Zeitpunkt in Frage stellen können.¹⁴⁷ Ebenso wenig ist bisher die Beteiligung der Arbeitsfront an den inner- und überbetrieblichen Disziplinierungsmaßnahmen seit 1939

145 *Recker*, S. 151, ähnlich auch *Roth*, AWI, S. 173 f. Zum 'Sozialwerk des deutschen Volkes' vgl. ausführlich *Recker*, bes. S. 98-108, 121-127; außerdem *Prinz*, Mittelstand, S. 296-321; *R. Smelser*, Die Sozialplanung der Deutschen Arbeitsfront, in: *Zitelmann/Prinz*, Nationalsozialismus, S. 71-92.

146 *Recker*, S. 12.

147 Vgl. *W. Struve*, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945, Essen 1992, S. 430-443, Zitat: S. 441; ferner Hinweise bei *Hopmann u.a.*, S. 81, 150, 214, 224, 227, 251; *Siegfried*, Leben der Zwangsarbeiter, S. 93 ff. Zur Genesis der 'Fremdarbeiter-Betreuung' durch die DAF vgl. *K. Linne*, Die Deutsche Arbeitsfront und die internationale Freizeit- und Sozialpolitik, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts (1999), 1995/1, S. 65-81. Zu den verschiedenen Aspekten der 'Fremdarbeiterbetreuung' der DAF, den formalen Kompetenzen wie auch ihren - zumeist erfolglosen - Versuchen, sie umzusetzen, vgl. außerdem die knappe Skizze bei: *R. Hachmann*, Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg, erscheint in: *D. Eichholtz* (Hg.), Studien zur Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1996.

systematisch untersucht worden. Die Darstellungen von Recker u. a., die sich in erster Linie auf die sozialpolitischen Versprechungen der DAF beziehen, lassen leicht übersehen, daß (so eine Feststellung Freses) "unter den Bedingungen des Krieges die Aktivitäten der DAF jeglichen Schein sozialen Engagements" verloren,¹⁴⁸ und alle Aspekte der 'Leistungssteigerung' für die DAF absolute Priorität gewannen - einschließlich der Anwendung außerökonomischer Gewalt. Hinweisen etwa von *Wolfgang Franz Werner* ist zu entnehmen, daß die DAF an der Ausübung terroristischer Gewalt in den Betrieben unmittelbar beteiligt war.¹⁴⁹ Dieses Feld genauer zu erforschen, wäre im Kontext der Rationalisierungsdiskussion nicht zuletzt deshalb wichtig, weil als Indikator für die Ausweitung und Effektivität der innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen gern die Erhöhung der Arbeitsproduktivität herangezogen wird - diese jedoch nicht zuletzt auch durch Drohung mit unmittelbarer, physischer Repression erzwungen wurde.¹⁵⁰

Umstritten bleibt, wie erfolgreich die DAF war. Frese hat in den Schlußbemerkungen seiner Untersuchung der Betriebspolitik der DAF festgestellt, daß "die Arbeitsfront ihrer doppelten Funktion für das Regime in keiner Weise gerecht geworden [ist]. Weder konnte sie die für die kriegerischen Ziele erforderliche Disziplin und Leistungssteigerung in den Betrieben durch ihre sozialpolitischen Aktivitäten garantieren, noch wurde sie von den Belegschaften als Interessenvertretung anerkannt."¹⁵¹ *Ronald Smelser* hat in seiner Biographie des Chefs der Arbeitsfront dieses Urteil bestätigt: Die "hochfliegenden Träume Leys" und ebenso der DAF scheiterten "nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen." Namentlich die letzten Kriegsjahre seien für die DAF eine Zeit "allgemeinen Abstiegs" gewesen.¹⁵² Roth wiederum hat hier die Gegenposition formuliert, wenn er feststellt: "Die Funktionselite der DAF hat in den letzten Kriegsjahren eindrucklich unter Beweis gestellt, wie unentbehrlich sie für das Funktionieren der Rüstungsmaschinerie geworden war." Sie habe auch "in den besetzten Gebieten wesentlich dazu bei[getragen], daß die Krisenstäbe der Diktatur bis in die letzten Kriegswochen funktionsfähig blieben."¹⁵³ Zwar verallgemeinert Roth hier unzulässig.¹⁵⁴ Aber die These vom durchgängigen Mißerfolg der DAF ist gleichfalls zu pauschal und muß nach mehreren Seiten hin relativiert werden: Auszunehmen sind von der Feststellung, daß die DAF die vom NS-Regime gestellten Aufgaben nicht auszufüllen vermochte, die Aktivitäten des Amtes 'Schönheit der Arbeit', die Freizeit- und Urlaubsorganisationen der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude' - Frühformen der Freizeitindustrie und des Massentourismus, die in der Arbeiterschaft offenbar breiten Anklang

148 *Frese*, Betriebspolitik, S. 454.

149 Vgl. *Werner*, S. 179, 321-324; vgl. auch *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 301,438; *Eichholtz*, Bd. 2, S. 251.

150 Diesen Aspekt der Rationalisierung während der NS-Zeit haben *Freyberg/Siegel*, S. 21f., 77-95, ausführlicher thematisiert.

151 *Frese*, Betriebspolitik, S. 454. Ähnlich vernichtend auch das Urteil von *Morsch*, S. 380.

152 *Smelser*, Hitlers Mann, S. 278, 302.

153 *Roth*, Intelligenz, S. 124.

154 Vor allem überbewertet er den Übertritt einiger fähiger Funktionäre der DAF wie Hupfauer oder Schmeer in die Organe der 'Wirtschaftlichen Selbstverwaltung'. Daraus darf nicht auf eine Unentbehrlichkeit der "Funktionselite der DAF" geschlossen werden. Roth selbst konstatiert für die Zeit ab 1942 einen rapiden Bedeutungsverlust des AWIs - nach ihm der 'Kopf' der DAF. Vgl. ebd., S. 133, 148.

fanden¹⁵⁵ - , die Vorarbeiten der DAF und ihres Arbeitswissenschaftlichen Instituts für den 'Lohnkatalog Eisen und Metall', der 'Leistungskampf der Betriebe', nach Frese "insgesamt die bedeutendste Schöpfung der DAF bis 1939 zur dauernden Mobilisierung und Leistungssteigerung der Betriebe und der Beschäftigten",¹⁵⁶ sowie schließlich die von der DAF ausgehenden Bemühungen um Vereinheitlichung der industriellen Berufsausbildung unter ihrem organisatorischen Dach und der gleichfalls von ihr initiierte "Reichsberufswettkampf".

XIII. "Eigen-Sinn", "negative Integration" und "widerspenstige Betriebsgemeinschaft": NS-Herrschaft, Rationalisierung und Arbeiterverhalten

Dennoch dürfte Frese Recht haben, wenn er einen grundsätzlichen Mißerfolg behauptet - gemessen an dem ihr 1933/35 gestellten 'Erziehungsziel', die Arbeiterschaft in das Gesellschaftssystem des 'Dritten Reiches' zu integrieren. Wenn sich innerhalb der Arbeiterschaft kein (politisch motivierter oder 'quasi-gewerkschaftlicher') Massenwiderstand regte und vermutlich viele Arbeiter sogar nationalsozialistische und rassistische Ideologeme übernahmen und verinnerlichten, dann konnte dies nicht in erster Linie die DAF als Erfolg verbuchen. Von entscheidender Bedeutung war - das wird in der neueren Literatur häufig vernachlässigt - der unkalkulierbare Terror des nationalsozialistischen "Maßnahmenstaates" (Ernst Fraenkel), der sich, nimmt man die Sozialschichten in der Blick, bis 1944 vor allem gegen die Arbeiterschaft richtete. Mit der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und der Beseitigung der Betriebsräte besaßen die Industriearbeiter keine Interessenorgane und kein politisch-soziales Sprachrohr mehr.

In diesen Zusammenhang ist auf den von *Günther Morsch* in die Diskussion gebrachten Begriff der 'negativen Integration' zu verweisen. In seiner quellengesättigten Monographie über 'Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft', die leider nur die Phase 1933 bis 1936/37, also die Zeit vor Beginn des ersten, während des Dritten Reichs beobachtbaren Rationalisierungsschubs, umfaßt, nimmt Morsch den von Groh u.a. für die Kaiserzeit verwendeten Begriff zur Charakterisierung der Grundhaltung der Arbeiterschaft während der NS-Zeit auf. 'Negative Integration' sei dadurch definiert, "daß eine im Grund oppositionell gegenüber dem Regime eingestellte Arbeiterschaft durch indirekte, teilweise sogar den Intentionen der herrschenden Gruppen widersprechenden Machttechniken dazu gebracht wird, ihre Aggressionen nicht soweit über den Punkt hinauswachsen zu lassen, an dem sie in revolutionäre Aktionen hätte umschlagen können." 'Negative Integration' diene insofern der Stabilisierung von politischer Herrschaft. Zu den "Machttechniken", die (wie Morsch im einzelnen belegen kann) unter zahlreichen Arbeitern "Gleichgültigkeit, Desinteresse, Apathie oder Ignoranz gegenüber dem öffentlich-politisch Leben im 'Dritten Reich'" als den Kernelementen der 'negativen Integration' hervorriefen, gehörten neben offener und verdeckter Repression, der Bindekraft des Hitler-Mythos und eines neuen, "auf

155 Vgl. hierzu *Frese*, Betriebspolitik, S. 371-403 sowie die älteren Arbeiten von *W. Buchholz*, Die nationalsozialistische Gemeinschaft 'Kraft durch Freude', (Diss.) München 1976; *H. Spode*, Der deutsche Arbeiter reist. Massentourismus im Dritten Reich, in: *G. Huck (Hg.)*, Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980, S. 281-307; *ders.*, Arbeiterurlaub im Dritten Reich, in: *Sachse u.a.*, Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung, S. 275-328.

156 *Frese*, Betriebspolitik, S. 433.

militärische Stärke und Weltgeltung gegründeten Nationalstolzes"¹⁵⁷ sicherlich auch die hier unter dem Begriff Rationalisierung zusammengefaßten, neuen betrieblichen Strategien und Mechanismen, einschließlich der inzwischen gut erforschten inner- und überbetrieblichen Lohnpolitik.¹⁵⁸ Der Terminus 'negative Integration' trägt nach meinem Eindruck zur Charakterisierung der Mentalität weiter Teile der Arbeiterschaft allerdings nur für die erste Phase der NS-Herrschaft, den Zeitraum bis etwa 1938/39. Für die Folgejahre wird man wohl eher von (zumindest partiell) positiver Integration sprechen müssen.

Fraglich ist allerdings, ob derartige Feststellungen, die immer nur Trends bezeichnen und in ihrer Pauschalität häufig unzulässig nivellieren, wirklich weiterhelfen. Alf Lütke hat unter dem Begriff 'Eigen-Sinn' ein Konzept entwickelt, das der inneren Widersprüchlichkeit im Denken und Handeln des *einzelnen* Arbeiters, vor allem aber dem Bedürfnis, sich äußeren Zumutungen, gleichgültig ob sie von der Unternehmensleitung oder (nach 1933) von der DAF und anderen Institutionen des NS-Regimes kamen, zu entziehen, gerecht zu werden versucht. Eigen-Sinn nach der Beschreibung von Lütke ist ein Phänomen der Industrialisierung, datiert also weit vor dem Beginn der Rationalisierungsbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre. Mit der betrieblichen Anwendung tayloristischer und fordistischer Prinzipien scheint 'Eigen-Sinn', folgt man Lütke, jedoch an Bedeutung gewonnen zu haben. Als Eigen-Sinn werden von ihm diejenigen Verhaltensmuster und "Ausdrucksformen" des einzelnen Arbeiters bezeichnet, die sich nicht auf "Widerstand", sondern auf "Abstand" gegenüber "Zumutungen 'von oben'" richteten. Es ging darum, durch Herumgehen, Kurzgespräche, "momentanes Abtauchen" und Tagträume "Spielräume für Erholung und 'eigenen' Rhythmus" zu schaffen und auszuschöpfen, ohne sich zu den Anordnungen eines Vorgesetzten in direkten Widerspruch zu setzen oder der 'Produktionslogik' entgegenzustellen. Eigensinnige Verhaltensweisen okkupierten "'Raum' und 'Zeit' für sich selbst [...]"; im eigensinnigen Handeln konnten die Beteiligten die Zumutungen und Zwänge der Fabrik auf Distanz bringen, zumindest für Augenblicke." Charakteristisch für Eigen-Sinn, so Lütke weiter, war "die eher unauffällige Sicherung der eigenen Sphäre in alltäglicher Praxis." "Orientierungen und Verhaltensweisen [...] blieben mehrschichtig". Grundsätzlich wurde Eigen-Sinn weder "durch Zeitkontrollen am Fabrikator oder am Arbeitsplatz [noch] durch [den] politischen Terror im Faschismus ausgeschaltet." Selbst in Zeiten extremer Repression blieb Eigen-Sinn "ein Element des Arbeiterverhaltens".¹⁵⁹ Abgesehen davon, daß die Kategorie Eigen-Sinn auf diese Weise Gefahr läuft, zu allgemein und damit beliebig zu werden, dürften sich durch die konkrete Struktur sowohl der betrieblichen Rationalisierungsbewegung als auch der NS-Herrschaft die Richtungen von Eigen-Sinn verändert haben und die Räume und Möglichkeiten für eigensinniges Verhalten eingengt worden sein.

157 Zur 'negativen Integration' vgl. *Morsch*, S. 210-242, 364-397, Zitate: S. 10, 391.

158 Zu den Wirkungen der inner- und überbetrieblichen Lohnpolitik auf Sozialverhalten und Mentalität der Industriearbeiter vgl. vor allem *D. Peukert*, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, bes. S. 129-140; *Siegel*, Leistung; *Hachtmann*, Industriearbeit. Zum Teil kamen seit 1933 auch nur ältere 'Trends' im Arbeiterverhalten stärker zum Durchbruch. Hierzu und zu weiteren Aspekten, die 'Entpolitisierung', Apathie und Resignation erklären, vgl. *U. Herbert*, Arbeiterschaft im "Dritten Reich". Zwischenbilanz und offene Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft 15, 1989, S. 320-360, bes. S. 323 ff., und die dort genannte Literatur.

159 *Lütke*, "Ehre der Arbeit" bzw. *ders.*, Arbeit, Zitate: S. 256 f., 266, 269, 376 ff.

Politischer Widerstand, aktive Resistenz war Eigen-Sinn jedenfalls nicht, eher - im Sinne von Morsch und in der Perspektive des Regimes - Ausdruck 'negativer Integration'. "Im Hinblick auf die Ebene (oder Arena) von formaler und organisierter Politik" implizierte Eigen-Sinn "abwartende Skepsis über 'die da oben'." Faktisch lief dies auf passive "Hinnahme von Herrschaft" hinaus.¹⁶⁰ Auch der für die NS-Zeit typische Rückzug großer Teile der Arbeiterschaft in die Privatsphäre, der freilich wohl schon vor 1933 angelegt war und die Herrschaft der Nationalsozialisten eher stabilisierte als in Frage stellte, kann als allerdings ausweichende Form des Eigen-Sinns interpretiert werden, als eine der wenigen, noch gebliebenen Möglichkeiten, sich den Zumutungen des Regimes zu entziehen.

Auf die Feststellung, daß zwar "Nischen übrig[blieben], in denen Menschen sich weitgehend normal verhalten konnten, mit Resistenz und Opposition das Verhalten in diesen nicht gleichgeschalteten Räumen bzw. innerhalb des polykratischen Machtgestrüpps wenig oder nichts zu tun" hatte, läuft auch die von *Klaus-Michael Mallmann* und *Gerhard Paul* breit angelegte, empirische Studie über Herrschaft und Alltag im Saarland hinaus.¹⁶¹ Vorstellungen wie die Roths, der immer noch ein seit 1936/37 angeblich rapides "Anwachsen der politisch unorganisierten Arbeiteropposition" beobachtet haben will und "völlig neuartige Formen des 'negativen' Klassenbewußtseins der informellen Verweigerung" entdecken zu können glaubt,¹⁶² qualifizieren sie zu Recht als "Wunschprojektionen". "Nicht der Gegensatz von Konsens und Dissens, von Anpassung und Widerstand war für das Verhalten unter dem Hakenkreuz charakteristisch, sondern das abgestufte Ja, das abgestufte Nein und deren Melange." Ähnlich wie Morsch, Peukert u.a. - auch Mason in seinen letzten Aufsätzen - konstatieren sie außerdem: "Weder die total gleichgeschaltete nationalsozialistische Betriebsgemeinschaft noch der Klassenkampf in den Betrieben entsprachen der historischen Wirklichkeit. Vielmehr kristallisierte sich immer deutlicher das Gespenst einer 'widerspenstigen Betriebsgemeinschaft' heraus, das soziale Konflikte nicht leugnet und zugleich der Rechts- und Propagandafunktion der Betriebsgemeinschaft eine begrenzte Funktion zuspricht."¹⁶³

Diese Feststellung, so richtig sie ist, bleibt indessen zu abstrakt und deshalb letztlich unbefriedigend. Über die Schattierungen im Arbeiterverhalten je nach Geschlecht, Qualifikation, Betriebsgröße, Region etc. ist bisher noch wenig bekannt. Die bisherigen Untersuchungen werfen eher Schlaglichter; verallgemeinerbar sind sie nur begrenzt. Untersucht wurden bisher fast ausschließlich Großunternehmen. Wie sah die Situation in den kleineren und mittleren Betrieben aus? Während der (Ruhr-)Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, außerdem erhebliche Teile metallverarbeitende Industrie (vor allem Elektroindustrie, Maschinenbau und Fahrzeugproduktion), partiell auch die chemische Industrie recht gut erforscht sind, sind die nicht unmittelbar für die Rüstung relevanten Branchen, vor allem die Konsumgüterindustrie, aber auch das Baugewerbe u.ä. noch weitgehend eine tabula rasa. Wünschenswert - und, da die Archive inzwischen weitgehend zugänglich sind, auch realisierbar - wären weitere Lokal- und Regionalstudien, vor allem über die Industriegebiete in Mitteldeutschland (spätere DDR) und die heute zu Polen gehörenden, ehemaligen preußi-

160 Ebd., S. 266.

161 *K.-M. Mallmann/G. Paul*, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Widerstand und Verweigerung im Saarland, Bd. 2, Bonn 1991, Zitat: S. 414.

162 Vgl. *Roth*, Intelligenz, S. 24, 111, 125.

163 *Mallmann/Paul*, Zitate: S. 355, 415. Vgl. auch ebd., S. 353-363, 378 ff.

schen Ostprovinzen. Vielleicht ließe sich auch ein theoretisch fundiertes (methodisch freilich schwer zu knüpfendes) Netz empirischer Indikatoren entwickeln, das die Verhaltensmuster der Arbeiter in den einzelnen Regionen, Branchen etc. vergleichbar macht (Krankenstand, sonstige Formen des Absentismus, Fluktuationsraten nach Geschlecht und Qualifikation, Streiks, Einweisungen in Arbeitslager etc.).

Auch die Frage, ob die Struktur des NS-Regimes die industrielle Rationalisierung eher befördert oder gehemmt hat, ist nach wie vor offen. Abgesehen davon, daß die verschiedenen Ebenen der Rationalisierung genauer in den Blick genommen werden müssen, wäre hier nicht nur stärker nach Branchen, Betriebsgrößen etc., sondern auch nach den verschiedenen Phasen der NS-Herrschaft zu differenzieren. Ausgangspunkt künftiger Forschung könnte eine These *Hans Mommsens* sein. In einem Aufsatz über den 'Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung' hat er behauptet, "die Ersetzung des auf dem Prinzip der Kompetenztrennung und Arbeitsteilung beruhenden modernen bürokratischen Anstaltsstaates durch einen personalen Herrschaftstypus, der auf unbedingtem Gehorsam einer verschworenen Gefolgschaft beruhte, stellte eine rückwärtsgewandte Utopie dar" und habe sich letztlich auch wirtschaftlich als dysfunktional erwiesen. "Die Innovationsschübe, die der Übergang zur nationalsozialistischen Diktatur auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet freisetzte, wurden rasch durch die Unfähigkeit wettgemacht, die in den Untergrund gedrängten Rivalitäten zwischen den Produzenten und der sie jeweils favorisierenden Gauleitungen einerseits und den in sich zersplitterten militärischen und wirtschaftlichen Planungsbehörden [andererseits] zu kontrollieren." Kennzeichnend sei ein "fortschreitender Effizienzverlust des Regimes" gewesen.¹⁶⁴

Das ändert allerdings nichts daran, daß das NS-Regime der fertigungstechnischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung und hier namentlich der Fließfertigung auf breiter Front zum Durchbruch verhalf, nachdem dieses 'moderne' Produktionssystem während der Weimarer Republik lediglich in eher kümmerlichen Ansätzen zur Anwendung gelangte. Umgekehrt trug die 'Rationalisierung' zur Stabilisierung der Herrschaft der Nationalsozialisten bei. Denn - das zeigen die hier besprochenen Arbeiten eindrucksvoll - Taylorismus und Fordismus zerstören gewachsene soziale Kommunikationsstrukturen, erleichterten die Kontrolle 'von oben' und ließen einer 'Gegenmacht von unten' kaum eine Chance. An die Stelle solidarischer Verhaltensmuster traten Vereinzelung und individuelles Streben nach sozialem Aufstieg. Aus der 'Klasse' wurde - tendenziell - eine atomisierte, amorphe Masse. Die durch den rüstungskonjunkturellen Aufschwung und die Rationalisierungsbewegung bedingte Neuzusammensetzung der Belegschaften und schließlich der Krieg mit seinen vielschichtigen sozialen Folgewirkungen besiegelten diesen Prozeß.

164 *H. Mommsen*, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: *W. H. Pehle (Hg.)*, Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt a.M. 1990, hier: S. 33, 41, 43.

From The History of Society to Social History? The Development of Social History in Norway

Von Jan Eivind Myhre (Trondheim)

I. Introduction

The birth of modern Norwegian social history took place around 1970, according to many contemporaries as well as later historians. Speaking at the centenary celebration of the Norwegian Historical Association, Edvard Bull and Sivert Langholm launched a programme for the future direction of Norwegian historical research.¹ Their appeal for a social history was heeded by the large post-World War II generation which inundated the universities from the late 1960s. They envisioned a history of powerless people, of the small societal units, of relations between age groups (Bull); in other words a history from below, "micro-history", studied with theories and methods borrowed from the social sciences (Langholm)².

In 1970, Langholm, on behalf of the Department of History at the University of Oslo, initiated a large social history project.³ Graduate students rushed to the project, as well as to the offices of Bull and other historians providing supervision of social history theses. The intellectual climate of the 1970s, in Norway as elsewhere in Western Europe or North America, provided a fertile soil for the seeds of social history to grow. The number of Norwegian social history dissertations climbed from less than five per year in the fifties and slightly more than five in the sixties to an annual average of almost 30 in the peak years 1974-83. Their share of all history theses rose from 10-20 per cent in the fifties and sixties to a peak of more than 40 per cent in the early eighties.⁴

Seen from a distance of 25 years, however, the upsurge of social history from around 1970 was in some respects a *rebirth* of the discipline. Social topics and social viewpoints had a longstanding tradition in Norwegian historiography. Norwegian *society* and the *people* of Norway had often been at the focus of the classical works; the *state* was not allowed to

1 E. Bull, Historisk vitenskap foran 1970-årene, in: Historisk tidsskrift 1970/3, p. 245-259 and S. Langholm, Periferi og sentrum i historieforskningen, in: Historisk tidsskrift 1970/3, p. 260-270. The Association was actually founded in December 1869, but the celebration did not take place until January 1970.

2 Particularly evident in S. Langholm, The Historian, the Sociologist - and the Third Man, in: (Svensk) Historisk tidskrift 1972/4, p. 474-489; S. Langholm, Historie på individnivå, in: Historisk tidsskrift 1974/3, p. 243-272; S. Langholm, The Christiania Project - historians investigate the making of urban society, in: Research in Norway 1976, p. 49-57; S. Langholm, On the Scope of Micro History, in: Scandinavian Journal of History 1976/1, p. 1-24.

3 S. Langholm, The Christiania Project; S. Langholm, Historie på individnivå; J.E. Myhre, The Christiania Study, in: Industrial Buildings and Dwellings 1978/2, p. 25-33.

4 W.H. Hubbard, History Theses in Norway, 1945-90: A Note on Numbers and Subject-Matter, in: Historisk tidsskrift 1992/1, p. 3-10. Of all social history theses, working-class studies, women's history and historical demography (mobility and family history) loomed particularly large. "Theses" refers to the cand. philol. (hovedfag) degree. The theses may be placed somewhere between an American M.A. and a Ph.D. In length they are between 100 and 400 pages.

dominate the historical field.⁵ This may help to explain the relative absence of resistance to the new trend from the old regime of the Norwegian historical establishment. Yet Langholm had interpreted Bull's view as a revolutionary clarion call, intending to "liberate social history from the dominance of political history." In a sense, there was not that much to conquer. I intend to show, however, that there were several undeniably new themes and approaches. They were significant enough to make the years around 1970 a watershed in Norwegian historiography, despite the fact that the new social history was slow to become institutionalized in the Norwegian university system.

A major theme in this article is the comparison of the older social historical tradition with the new movement of the last short generation. The salient points in this discussion of the development of Norwegian social history are the following:

(a) The *societal background* and social relevance of Norwegian historiography has always been important. Three aspects in particular concern us here: Modern nationalism pointed to the epochs, societal strata and social groups relevant in the formation of Norwegian national identity. The labour movement, and the radical thrust of the 1970s, inspired much of the work identified as social history.

(b) Norwegian historians have long had a commitment to *total history*, in this connection denoting *local history* and general works on *national history*. Local history has a long tradition as a scholarly endeavour, the ambitions regarding total history being bent towards social rather than political history. Large commissioned works of national history (ranging in length from eight to fifteen volumes) have been published every twenty years throughout the twentieth century. In addition, there are textbooks and smaller works of national syntheses.

(c) Although a fairly strong current of social history has existed in Norwegian historiography for more than a century, the *theoretical foundations* have changed considerably. Generally speaking, social history has become more theoretical over time, with greater refinement and a higher level of consciousness concerning *method*. Inspiration from the social sciences and the humanities has been increasingly common, and foreign impulses have become more pronounced.

(d) The writing of social history has been a means of coming to grips with *larger societal processes*, such as urbanization, industrialization, democratization, modernization or the emergence of welfare states and societies. The competing approaches are economic and in particular, political. Langholm's project "defines itself as *social historical*, and aims in particular at studying changes in social structure during the process of *industrialization*."⁶

(e) I have so far deliberately avoided any attempt at *defining* "social history". Defining the concept has its own history which is itself a part of the historiography. Historians have has at various times perceived social history in different ways. One is its subject matter: powerless people, the working classes, or social groups in general. The subject is also seen

5 O. Dahl, Norsk historieforskning i det 19. og 20. århundre, Oslo 1990; P. Maurseth, Mellom Seip og Bull. Tilbakeblikk på en jubileumsdebat, in: P. Fuglum/J. Simensen (eds.), Historie nedenfra. Festskrift til Edvard Bull på 70-årsdagen, Oslo 1984, p. 138-149 and F. Sejersted, Den truede idyll. Om de vekslende perspektiver i studiet av moderne norsk historie, in: S. Langholm et al (eds.), Den kritiske analyse. Festskrift til Ottar Dahl på 70-årsdagen den 5. januar 1994, Oslo 1994, p. 229-249 have made this point with varying emphasis.

6 S. Langholm, Historie på individnivå, p. 244.

as a moral or political project ("from below"), by the level or sphere of society in question ("social conditions", everyday life, work conditions, private life, social relations, social occasions and the like) and by the approach it offers to history in general (the social structure as the basic grasp in understanding society as a whole). These various perceptions have guided my identification of social history where authors offer no explicit views as to what kind of history they were writing.

II. The Primacy of Society

1. Nationalism and marxism as social history: Koht and Bull

In 1915 the Christiania newspaper *Tidens Tegn* published an obituary of the German historian Karl Lamprecht. The author was Edvard Bull (1881-1932), later to become professor at the University of Christiania (Oslo). He endorsed Lamprecht's historical perspective, and in particular his broad conception of what history was about. For Lamprecht, history was not confined to the politics of the national state: it should deal with "culture in the very widest sense of the word, all manifestations of human lives, spiritual, material and social."⁷

Bull's colleague and contemporary Halvdan Koht (1873-1965), shared Bull's viewpoints in many respects⁸. Koht also advocated an historical science focusing on economic and social problems, dealing with ordinary people as well as statesmen, and approaching society in a structural way. Neither Bull nor Koht aimed at taking the full consequences of Lamprecht's programme, but both departed clearly from the ethnographic orientation of many 19th-century Norwegian historians. The Rankean brand of political history never dominated Norwegian historiography.

Bull and Koht drew inspiration from Sombart and Marx as well as Lamprecht. Both grew up in a nationalist radical-liberal environment. Bull moved in a marxist direction quite early, while Koht had a rather loose relationship to marxism. From a marxian standpoint, they took slightly different courses. Bull, a medievalist and local historian, undertook detailed and almost rigidly empirical studies of economic structure in medieval Norway and of religious orientation among ordinary Norwegians. The influence of Sombart is most apparent in his three-volume study of the town of Oslo from the 11th to the 18th century. Here he follows the German in dividing the inhabitants into two groups: people exercising economic functions for the surrounding world and therefore serving as founders of the town (*Städtegründer*), and people filling purely local functions, the town occupiers (*Städtefiller*).

Koht seemed less close to the sources than Bull. His best-known social-historical interpretation is given in the title of a long article from 1910: "Peasant against burgher in modern Norwegian history"⁹. This applied the marxist theory of class struggle to pre-industrial Norwegian society in the 19th-century nationalist Norwegian tradition. The burghers, predecessors of the bourgeoisie, were alien to Norwegian society in early modern times, being of mainly Danish and German extraction. The most eminent historian of this nationalist tradition was Johan Ernst Sars (1835-1917). Sars' famous synthesis of Norwegian history from

7 E. Bull, Professor Karl Lamprecht, in: J. Schreiner (ed), *Historie og politikk*, Oslo 1933 (1915), p. 17. All translations are by J.E.M.

8 On Bull and Koht, see O. Dahl, *Norsk historieforskning* and 1974 and I. Skobba, *Edvard Bull d.e. og jakten på den egentlige historien*, Main thesis (hovedoppgave), University of Oslo 1994.

9 H. Koht, *Bonde mot borgar i nynorsk historie*, in: *Historisk tidsskrift* 1910.

the Middle Ages through the 19th century was that the (freeholding) peasants were the bearers of Norwegian identity through centuries under foreign masters (nobles, burghers, civil servants). The decline of the indigenous nobility in the late Middle Ages, which left the country open to foreign dominance, was turned into a democratic advantage in the 19th century when a degree of political independence was achieved. Norway had no aristocracy, and the leading class of higher civil servants, which had by now gone native, ruled in the name of the people, that is the peasants. In the second half of the century, the peasants themselves seized political power, through the liberal coalition whose institutional expression was the *Venstre* party.

Sars cannot reasonably be labelled a social historian. His prime interest was in political institutions and ideas; the common people are viewed at a safe distance. His synthesis, however, built on the development of social structure, and social groups formed the major categories. Bull, and especially Koht, rearranged the groups and their relationships in a marxist direction. Furthermore, their knowledge of the everyday life of Norwegians in the past was both wider and deeper than that of Sars and other 19th-century historians, even though economic conditions and mentalities were much more prevalent in their works than other, "social" conditions.

What the three had in common was a *structural* view of history, and this separated them from several earlier and contemporary historians. Sars was the first self-acclaimed positivist of the Norwegian historical profession. Koht was more oriented towards classes than Bull, while the reverse was the case with other structural phenomena. Bull explicitly endorsed comparisons in historical research. Jens Arup Seip, a proponent of actor-oriented history, in 1940 criticized Koht and Bull for leaving individual actors out of history.¹⁰ This was rather unjustified in the case of Koht.

All three were also *evolutionists*, with clearly discernable *teleological* traits. Sars showed more than an element of whiggery in that he saw the Norwegian peasant-based liberal democratic movement as the zenith of history. Koht and Bull were prominent labour politicians, and both became foreign ministers in the inter-war years. They regarded the attainment of socialism or social democracy as the goal and meaning of history. This is much more apparent in the scholarly works of Koht than those of Bull.

2. Social narratives and social structures: Steen and Holmsen

The next generations of social historians, still *avant le lettre*, disposed of teleological elements, whether nationalist or socialist, while keeping the structural viewpoints. Clearly visible from around 1930, the new tendencies involved a preoccupation with larger social configurations (such as types of societies), yet was at the same time firmly empirical. In a sense, the new approach was sociological, though without most of the concepts used by sociologists.

The principal figures were Sverre Steen (1898-1983), whose writings mainly cover the 16th to the 19th centuries, and Andreas Holmsen (1905-1989), a medieval and early modern historian. Both produced general Norwegian national history as well as works of local history and monographs and articles devoted to more specific problems. Although they differed in some respects, Steen being the great narrator and Holmsen the more analytic researcher,

10 I.A.Seip, Problemer og metode i norsk middelalderforskning, in: Historisk tidsskrift 1940.

they both believed that structure, or large categories, must have priority to actors in historical explanation.

In a review of Jens Arup Seip's 1945 book on the crisis of the civil servant regime in the 1870s (*Et regime foran undergangen*), Steen notes that the problem seems to boil down to a conflict between two men, Stang and Broch, and doubts that it is historically correct to pose the problem this way. Individuals "mirror" systems rather than make them, Steen states, criticizing Seip for placing too much emphasis on individual actors.¹¹

In a programmatic article of 1940, Holmsen attempted to pin down what was new as follows: an "essentially direct study of the continuous historical reality arising from and around the lives and activities of social groups and whole societies."¹² A key word is *direct*. Interest in structural phenomena was nothing new, Holmsen admitted, but these had mainly been studied indirectly, through events and individuals, as in the cases of Sars and Koht. A direct study, he asserted, involved the scrutiny of structure-registering sources like tax records, censuses, fine records, property registers, military files and the like. Holmsen wanted to study reality as "historical structure", concentrating on the stable factors in history. For this he found local studies particularly suitable.¹³

Holmsen distinguished between three structural elements. There are the structural *function*, satisfying societal needs; the structural *matter (stoff)*, e.g. institutions, and finally the set of *attitudes* towards function or matter adapted by social groups or the society at large. All three elements contribute to structural continuity, but in different ways and at different speeds. Holmsen makes the point that social institutions, for instance, may persist even when the social needs which gave rise to them cease to exist.

These lines of thought were presented to support what Holmsen called the *retrospective* method: the procedure of extrapolating backwards into ages devoid of sources. Holmsen and several older contemporaries such as Asgaut Steinnes (1892-1973) were interested in economic and social aspects of Norwegian agrarian society in the Middle Ages, particularly as seen through settlement history. While neither agrarian studies nor structural studies were new to Norwegian historical research in the 1930s¹⁴, it is not difficult to identify the origins of some of Holmsen's ideas. Marc Bloch had attended the Sixth International Congress of the Historical Sciences in Oslo in 1928. He was also invited (with Alfons Dopsch) to the Institute for Comparative Research in Human Culture in 1929, to help launch the Institute's new programme Comparative Studies in the Cultural Conditions of Rural Society. Bloch's Oslo lectures were later revised and published as *Les caractères originaux de l'histoire rurale française*, published by the Institute.¹⁵

The influence of the Annales school on Norwegian historiography before the 1980s was felt mainly through Holmsen and was restricted to the field of pre-modern history. Holmsen

11 After E. Edding, "Brytningstider" - Sverre Steens syn på historisk utvikling, Main thesis (hovedoppgave), University of Oslo 1983, p. 108.

12 A. Holmsen, Nye metoder innen en særskilt gren av norsk historieforskning, in: Historisk tidsskrift 1940, p. 27-28.

13 T. Fagerbakk, Om å gå bakover. Andreas Holmsen i norsk lokalhistorisk forskning, Main thesis (hovedoppgave), University of Tromsø 1989.

14 The Institute for Comparative Research in Human Culture (*Institutt for sammenlignende kulturforskning*) was established in 1922. Edvard Bull was one of the main initiators.

15 O. Dahl, Norsk historieforskning, p. 272.

acquired many followers through his settlement studies and particularly through the Nordic Deserted Farms Projects of the 1960s and 1970s. Major figures here were Jørn Sandnes (1926-) and Helge Salvesen (1947-). The Institute of Comparative Cultural Research initiated research on the mountain dairy farm institution (the *seter*), the farmstead and social institutions in rural Norway. Most results were of economic rather than social historical interest, however.

Steen's endeavours were rooted in a somewhat diluted marxist tradition. He was well versed in a wide variety of quantitative sources such as censuses and land registers, and often employed them, but he never did so in a large-scale or systematic fashion. He certainly shared with his teachers Bull and Koht the broad view of what history was about. Neither Steen nor his contemporaries harboured the contempt for political history entertained by so many foreign colleagues of the "new history" school. The same was true of his predecessors, although Bull once spoke rather condescendingly of the "great man"-view of history, and Holmsen was criticized for playing down the role of politics in his textbook on Norwegian history before 1660. These interwar Norwegian historians were masters of synthesis, even without the teleological element. Steen's major syntheses are his four volumes of Norwegian history from 1500 to 1814, a couple of local histories, and some books on early 19th century Norway.¹⁶

Steen broke with the nationalist tradition. In his account of the 1814 liberation, forces outside Norway (Great Power politics) played a more important role than nationalistic sentiments and the efforts of the Norwegians. The concept of class, on the other hand, was important in his 1930s account of Norwegian history in the 16th, 17th and 18th centuries. This relates how Denmark-Norway developed a capitalist economy led by the town burghers. The king, whose source of income changed from land returns to customs and taxation of commerce, allied with the emerging bourgeoisie to brush the nobility aside and make himself an absolute monarch (1660). "Towards the end of the 16th century," Steen writes, "we can clearly discern the structure of the capitalist society where economic class divisions conquer social estate divisions." Towards the end of the 17th century, according to Steen, "the old estate society turned into a class society".¹⁷ The main criteria are clearly economic, although Steen is well aware that social structure is also constituted by non-economic factors. The estate society/class society formula was to prove influential in the social historiography of the 1950s and 1970s, albeit in a different version.

Sverre Steen's most lasting concept, however, is the dual one of "the self-contained society" and "the money(ed) society" (*selvforsyningsamfunnet og pengesamfunnet*). These two societal forms co-existed in the early decades of 19th-century Norway. The moneyed society referred to the towns and a small sector of rural Norway, the self-contained society to the rest. Obviously, economic criteria played an important part in defining the two societies, but

16 S. Steen, *Det norske folks liv og historie gjennom tidene*, vols. IV (1500-1640, 1935), V (1640-1720, 1930), VI (1720-1770, 1932) and VII (1770-1814, 1933), Oslo 1930-35; S. Steen, *Kristiansands historie. I fredens århundre 1814-1914*, Oslo 1948; S. Steen, *Det gamle samfunn. Det frie Norge*, vol 4, Oslo 1957.

17 S. Steen, *Det norske folks liv og historie gjennom tidene*, vols. IV (1500-1640, 1935), p. 248 and V (1640-1720, 1930), p. 171. In Norwegian: "økonomisk klassesdeling seirer over social standsdeling" (1935) and "Det gamle stendersamfunn var blitt et klassesamfund" (1930).

the essence of the two societal forms was as much social and mental, or indeed cultural, as economic. The concepts were introduced in a 1957 book which triggered a debate on the nature of pre-industrial Norwegian rural society (see below). At the same time it gave the whole pre-modern and pre-industrial Norway a designation: "The Old society" (*Det gamle samfunn*), identical with the title of the book.

Sverre Steen was above all interested in the larger forms of society or culture. His narrative structure, however, was not as ambitious as his concepts may indicate. At times, the concepts seem to serve as pictures of momentary descriptions rather than as help towards larger theoretical constructions.¹⁸ On the other hand well-defined historical problems he traced more analytically and systematically in some shorter articles. In an article about "times of rupture" (*brytningstider*) in history he discusses problems of continuity and change. In a classic piece on voluntary associations and Norwegian democracy in the 19th century, he launched the so-called "vacuum-hypothesis" (*tomromshypotesen*). This suggests that the associations arose mainly as a consequence of the tearing up of older social bonds.¹⁹

3. The 1950s - a social historical thrust

Steen's book on the old society was published towards the end of a fertile decade for Norwegian social history. A new generation, born mainly between 1910 and 1920, produced a number of pathbreaking books and articles in the fifties. In the small Norwegian academic community, they had all been students of Steen, or to a lesser degree, of Koht or Holmsen. Yet other influences led them away from the broad narrative style of Steen, and towards narrower and more specific problems. Their inspiration came from the social sciences, mainly of the American brand, and their offshoots in anglo-saxon historiography. The task was not to offer a broad narrative of Norwegian societal development, but to explain phenomena like emigration to the United States (Semmingsen), the rise of the Norwegian industrial working class (Bull), the changing character of Norwegian social structure and social relations during the 19th century (Mykland, Mannsåker), or even the nature of the historians' endeavours in dealing with these problems (Dahl, Bull).

Ingrid Semmingsen's (1910-1995) major contribution to historiography is her account of Norwegian emigration to overseas in the period from 1825 to 1915 through a number of monographs and articles.²⁰ Her two volumes on emigration published 1941 and 1950, and especially the second volume on the period of mass emigration (1865-1915), offer a blend of old style narrative account (when describing the phenomenon) and analysis (where the historical variations are explained structurally). The analytical part was moderately quantitative. She relied solely on public statistics, but her approach was to prove a model for a number of quantitative studies in the 1970s and 1980s.

18 O. Dahl, Innledning til, in: Hundre års historisk forskning, Oslo 1970, p. 17.

19 S. Steen, De frivillige organisasjoner og det norske demokrati, in: Historisk tidsskrift 34, 1948, p. 581-600; S. Steen, Brytningstider, in: Tusen års norsk historie, Oslo 1958 (1938).

20 I. Semmingsen, Utvandringen til Amerika 1866-73, in: Historisk tidsskrift 31, 1938, p. 237-279; I. Semmingsen, Veien mot vest. Utvandringen fra Norge, Oslo 1941 & 1950; I. Semmingsen, Emigration from Scandinavia, in: Scandinavian Economic History Review XX, 1972, p. 45-60; I. Semmingsen, Nordic Research into Emigration, in: Scandinavian Journal of History 1978/2, p. 197-129; I. Semmingsen, Norway to America: a history of the migration, Minneapolis 1978 (Norwegian original: Drøm og dåd. Utvandringen til Amerika, Oslo 1975).

Semningsen's account of the causes of emigration necessarily involved an analysis of various demographic, economic or social traits characterizing Norwegian society in the second half of the 19th century. A more synthetic version of the development of the Norwegian social structure was presented in 1954 in a long article entitled "The Dissolution of Estate Society in Norway".²¹ The title was given in advance and not chosen by Semningsen herself. As there were no estates in 19th century Norway in the socio-political meaning of the term, she was compelled to reject the assumption inherent in the title, but she took the opportunity to analyse the nature of Norwegian social change during this epoch.

The concept of an "estate society" might be understood in purely sociological terms, as a society where vertical social ties of loyalty and dependence prevailed, and where social mobility was severely restricted in practice, though not in theory. Steen described this structure in "The Old Society", without using the term. He summed it up with the phrase: "Everyone looked upwards, as far as the eye could see."²² Knut Mykland's (1920-) monograph on Trondheim in the 19th century traces the history of the dissolution of estate society in the abovementioned sense of the word, and relates that the contours of a class society were clearly discernible by 1880.²³

In his eloquent narrative of Norway's third largest urban society, Mykland is silent about the source of his theoretical inspiration. This is not the case with Dagfinn Mannsåker's (1916-1994) dissertation on the Norwegian clergy in the 19th century, subtitled "studies in social history".²⁴ In the center of the book, which treats the social origins of the clergymen, he draws widely on contemporary literature on social stratification. This was a fairly new phenomenon and it prompted the young historical methodologist Ottar Dahl (1924-) to reflect upon the nature and scope of social history in a well-known article. "Social history", Dahl writes, "will attempt to treat all relevant aspects of human social life in context, and especially the way it manifests itself in larger units or 'social groups' and in their mutual relationship."²⁵

The social group which interested the younger Edvard Bull (1914-1986) was the Norwegian working-class and its multifarious sub-groups. He began his career as an historian of labour politics in both the labour parties and the trade unions. Through labour protection policies he soon moved to the conditions of the workers themselves, whether at work, at home or at leisure. In the years following 1950 he led a large-scale project which collected workers' biographies. The outcome was 2700 interviews or written autobiographies from c. 1700 workers, mainly factory hands, construction workers and crofters. The crofters' biog-

21 I. Semningsen, *The Dissolution of Estate Society in Norway*, in: *Scandinavian Economic History Review* 1954, p. 166-203.

22 S. Steen, *Det gamle samfunn*, p. 275.

23 K. Mykland, *Trondheim bys historie. III. Fra Søgaden til Strandgaten 1807-1880*, Trondheim 1955; R. Danielsen, *Trondheim bys historie IV. Det nye bysamfunn 1880-1914*, Trondheim 1958 takes the Trondheim society into the 20th century (1880-1914) with a similar emphasis on the social make-up of urban society.

24 D. Mannsåker, *Det norske presteskaptet i det 19. hundreåret. Sosialhistoriske studiar*, Oslo 1954.

25 O. Dahl, *Noen teoretiske problemer i sosialhistorien*, in: *Historisk tidsskrift* 1955, p. 185-203. Also in: *Hundre års historisk forskning*, Oslo 1970, p. 334-349, p. 185. In the original: "Sosialhistorien ... vil behandle såvidt mulig alle relevante sider av menneskenes felleskapsliv i sammenheng, først og fremst slik som dette manifesteres i større enheter eller 'sosiale grupper' og deres innbyrdes forhold."

ographies were collected by Ingrid Semmingsen.²⁶ Bull's crowning effort was his 1958 book, "Workers' communities during the industrial break-through", in which he compared the workers' environments in three different industrial towns during the last decades of the 19th century. He particularly looked at the workers' social and geographic background, their age, their housing conditions, and the leadership of the factories (e.g. whether paternalistic or not). He was especially interested in investigating whether an element of displacement (recent migration, renting instead of owning a house, unmarried status, rational non-paternalistic management, general unsettled environment) predisposed workers to antagonistic behaviour towards the management. This indeed seemed to be the case.²⁷

By the end of the 1950s quite a few of the characteristics normally associated with social history had been taken up by Norwegian historians. Whole societies or communities had been given a *social* designation, i.e. they were defined generally in social terms (Steen, Mykland, Danielsen). Systematic (quantitative) studies of social structure as both means and ends of analysis had been employed (Dahl, Semmingsen, Mannsåker, Bull). History was increasingly seen from below (Bull, Semmingsen).

4. The 1960s: Dominance of political history

Parallel to this social historical thrust, however, ran a strong line of more traditional political history, represented above all by Jens Arup Seip (1905-1992) and some of his students. It must be remembered that "The Old Society" was one of six volumes in a series on early 19th-century Norwegian history which Steen called "The liberated Norway" (*Det frie Norge*). The other five volumes were political in a rather narrow sense. In the decade or so after 1958, political history seemed decidedly to hold the upper hand in Norwegian historiography. One of the big projects was the history of the Norwegian Parliament, *Stortinget*, prepared for its 150th anniversary in 1964. A new nine-volume History of Norway was traditionally political in its main perspective.²⁸ Some of the pioneers of the fifties turned to political history, and the new generation of promising historians started their careers in political history. In medieval history, the structural school of Holmsen was challenged by Knut Helle. In 1964 Holmsen remarked, not without a certain resignation, that "it is political history - the history of political thoughts and actions - which are the subject of historians harbouring full self-respect". He states, indirectly referring to Seip, that his preoccupation with structures did not imply a disparagement of the action perspective. The two ought to co-habit peacefully.²⁹ As late as 1970, in a collection of articles from *Historisk tidsskrift* to celebrate its hundred years of existence, social history was poorly represented. Steen and Semmingsen (!) were represented by essays on political history³⁰

26 A selection of autobiographies were edited by Bull and Semmingsen in a series of volumes entitled *Arbeidsfolk forteller* (Workers tell).

27 E. Bull, *Arbeidermiljø under det industrielle gjennombrudd*, Oslo 1972 (originally published 1958).

28 None of the most renowned historians joined the project, however, and this made it different from all four other similar projects in the 20th century.

29 A. Holmsen, *Menneske, mønster og masse i historien*, in: *Historisk tidsskrift* 1966, p. 330-339, p. 331-337. The article is based on a lecture from 1964.

30 Hundre års historisk forskning.

The reversion to political history alone in the sixties is hard to explain. Bull was in 1958 severely criticized for uncritical use of sociological "content analysis" in an otherwise pioneering book. He turned to African history and published little social history during the decade. Seip's influence was strongly felt throughout the profession, not as an anti-social history pressure, but as an invitation to political history. Seip's agenda for historical research in the future was published in 1970, alongside those of Bull and Langholm.³¹ He acknowledged a long-term tendency in the historical profession towards interest in mass phenomena and historical regularities. He pointed to the expansion of sociology and political science (which experienced a golden age in Norway in the 1960s), and he hinted at a new tendency among history graduates to quantitatively study past electoral behaviour. Yet Seip predicted (and indeed wished) another direction for the future of history. Economic and social mass phenomena, he wrote, have tended since the 19th century tended to petrify (*stivne*) into institutional arrangements, parties, associations, companies and the like. The study of these arrangements, Seip held, might shed light on the underlying phenomena and thus act as a peep-hole. However, institutions do much more than merely reflect underlying economic and social realities; they influence these realities, to produce norms and ideologies and to exercise *political control*, a central concern of Seip's. From this perspective, Seip predicted a shifting in interest from the social and economic to the political, from the peripheral to the central and from the study of the many to the study of the few. His words did not fall on fertile ground. In the following two decades the programme Bull and Langholm, focusing on the social field of study, preferring the many to the few and concentrating on the peripheral in terms of power, made considerable gains within the profession.

III. Social History becomes a Discipline. 1970 and beyond.

1. Signs of the times

In 1974 and 1981 Jens Arup Seip published *Utsikt over Norges historie I & II*, his masterly synthesis of Norwegian history in the 19th century. Although essentially an institutional and political history, the influence of recent works in social history was quite evident, particularly in the sections on popular movements and the social basis of different interest groups. In his outline of volume III, in informal circulation from 1985 and published posthumously, the social historical inspiration was even more pronounced.³²

Between 1976 and 1979 a 15-volume history of Norway was published by Cappelen under the general editorship of Knut Mykland. We face the task, Mykland stated in the introduction, of "writing history as a history of society (*samfunnshistorie*) in the widest sense of the word", including "politics and administration, population development and economic development, social structure and cultural forms."³³ The editor stressed the importance of local variations (the geographical periphery being included by employing local historical works as sources), the necessity of giving ample space to ethnic minorities (Lapps and Finns), and of seeing history from below (the viewpoint of the suppressed, the poor, the nameless). The emphasis on population history is justified by the global population problem. Mykland pro-

31 J.A. Seip, *Historieforskningen i fremtiden*, in: *Historisk tidsskrift* 1970/3, p. 271-285.

32 J.A. Seip, *Flerpartistaten i perspektiv*, in: *Nytt Norsk Tidsskrift* 3-4/1994, p. 203-220.

33 K. Mykland (ed.), *Norges historie*, vol. 1-15, Oslo 1976-1979; 1976 p. 7.

claimed the demise of the idea of progress in history, and as a consequence, perhaps, the work was founded in "no particular philosophy of history" (*historieoppfatning*). If nothing else, this was a token of the fall of teleology in Norwegian social historiography. The grand old man of social history, Edvard Bull, wrote the last two volumes. His account of Norwegian history since World War II was divided into two parts. The first, covering the fifties and the sixties, was entitled "The Confident Growth" (*Den tillitsfulle vekst*), while the seventies, less confidently, was named "The New Insecurity" (*Den nye utryggheten*).³⁴

The two publications were strong proof of the social historical turn taken by much of the Norwegian historical profession in the 1970s. Its hallmarks were many: The practitioners of social history were the first generation to actually name themselves *social* historians. The approach to the study of social phenomena was decidedly structural, and often quantitative, going far beyond their predecessors in the 1950s. There was a much more deliberate and varied use of social theory than two decades earlier; sociology was the main supplier³⁵, with political science, economics and geography as minor contributors (anthropology came later). As late as 1966, only one practicing historian in Norway had studied sociology.³⁶

There was a considerable importation of inspiration from historians abroad, and in particular from Great Britain, the United States, France and Sweden. Some research was organized in projects (in itself a new phenomenon), favouring case studies, and employing micro-historical methods.³⁷ As in many other countries, the rise of social history was tied to a social and political commitment on behalf of the hitherto "invisible" in history.³⁸ The study of particular social groups and small geographical units soon spilled over to the study of larger socio-economic processes, such as urbanization, economic modernization, the rise of class society and the foundations of a welfare state.

Langholm, Bull, and the new generation of historians which followed them, recognized their indebtedness to Steen and the other representatives of the "history of society" tradition. Steen's interest in the social aspects of society, however, went hand in hand with a strong commitment to political history, as in his six-volume account of Norway between 1814 and 1840. One may go as far as to claim that the crowning product of the historical narrative was to describe the government. With the new generation, the *social historians*, social perspectives and issues were allowed to stand on their own feet, or even to predominate in a general historical account. They represented a historiographical break with the past, quantitatively and qualitatively, as will be shown below.

34 E. Bull, Norge i den rike verden. Tiden etter 1945. Norges historie, vol. 14, Oslo 1979.

35 S. Langholm, The Historian, the Sociologist - and the Third Man.

36 G. Hernes, Tsarens strømper. Om historie og sosiologi, in: Kontrast 1966/2. To earn a degree, Norwegian students had to study three subjects of at least one year's duration each.

37 S. Langholm, Historie på individnivå; S. Langholm, On the Scope of Micro History.

38 See e.g. Studier i historisk metode 1981, E. Bull, Retten til en fortid. Sosialhistoriske artikler, 1981; J.E. Myhre, Urbaniseringen i Norge under industrialiseringens første fase ca. 1850-1914, in: G.A. Blom (ed), Urbaniseringsprosessen i Norden, vol 3, Oslo 1977, p. 9-93 and Langholm's preface to J.E. Myhre/J.S. Østberg (red.), Mennesker i Kristiania. Sosialhistorisk søkelys på 1800-tallet, Oslo 1979.

2. The Ullensaker & Christiania projects

A striking feature of Norwegian historiography is how variations in access to sources, in relations to neighbouring disciplines and in traditions within the discipline tend to bring forth different historical problems in different epochs. The social history of the Middle Ages has tended to become the history of settlement patterns. In the early modern period, efforts outside the spheres of politics and economy have to a large degree been directed towards population history. The 20th century has been almost exclusively the domain of political and economic history, particularly after World War II. The golden epoch for social historians, therefore, has been the 19th century. Following Steen's call to study periods of disruption, scholars and graduate students embarked on studies of social change in town and country during the most intensive period of Norwegian industrialization, modernization and urbanization; that is in the two generations from 1850 to 1914, and in some cases even a bit longer.

"The development of Norwegian society, c. 1860-1900" was the formal title of a project initiated at the Department of History in Oslo in 1970, led by Sivert Langholm (1927-). The project had two parts, nicknamed "The Ullensaker project" and the "Christiania project" after the two localities investigated, one rural and one urban.³⁹ These projects produced four books⁴⁰, a number of articles, around 30 unpublished theses on the two localities, and around another 20 on related topics in other municipalities. Organizing historical research as a collective endeavour was in itself a novelty. Students prepared sources for common use and supervised each other. In addition to having the sense of participating in a genuinely new, *social historical*, effort, this contributed to an *esprit de corps*, and this found response in wider professional circles.

Four distinguishing traits of the project should be mentioned. Firstly, the theses were mainly case studies. Ullensaker, a parish around 50 kilometers northeast of Oslo, was chosen because it was thought to be fairly representative of a larger number of local municipalities in the southeast of Norway, and not because the parish itself was of particular interest. This could not, of course, guarantee the general application of the findings, so a number of comparative studies were undertaken for other parishes. They concentrated mainly on two problems: overseas emigration and the popular thranite labour movement around 1850.

Secondly, the project focused on large societal processes such as the proletarianization of the countryside, the intrusion of the market into agriculture and rural social relations, the two exoduses leading from country to city and from both country and city to America⁴¹, industrialization in the cities and the rise of class society.

39 The original title of the project: "Norsk samfunnsutvikling c. 1860-1900"; S. Langholm, *Historie på individnivå* and S. Langholm, *The Christiania Project*.

40 T. Pryser, *Klassebevegelse eller folkebevegelse? En sosialhistorisk undersøkelse av thranittene i Ullensaker, Oslo 1977*; J.E. Myhre, *Sagene - en arbeiderforstad befolkes 1801-1875, Oslo 1978*; J.E. Myhre, *The Christiania Study*, in: J.E. Myhre/J.S. Østberg (red.), *Mennesker i Kristiania*; S. Langholm, *Elitenes valg. Sosial avstand og politisk oppslutning blant Christianiavelgerne i 1868, Oslo 1984*.

41 Ingrid Semmingsen created another social-historical stronghold in close cooperation with the Ullensaker and Christiania projects. Emigration studies were intimately interwoven with studies of social and economic structure in both town and countryside. Among Semmingsen's students combining demography with social history are A. Svalstuen, *Tinns emigrasjonshistorie, Oslo 1972*; E. Niemi, *Oppbrudd og*

A third trait was that Christiania, Norway's leading city in size and importance, was not chosen for its representativeness, but as the presumed locale for new tendencies in social structure. These were investigated through a number of studies on the rise (and fall) of social groups, but also by study of new institutional tendencies and urban topographical structure.

The last point concerns method. To a large degree, this research took the form of collective biographies, ensuring that the individual became the combination unit of the different variables, a main characteristic of "micro-history", as defined by Langholm.⁴² Prosopography entailed handling large amounts of data taken from censuses, church records and the like. The Ullensaker and Christiania projects were among the first to employ computers for this purpose without losing sight of larger historical questions.

Although the main thematical objective of the two projects was "to study, in particular, changes in *social structure* during the industrialization process", they are more aptly described as a "micro-historical experiment".⁴³ To answer larger societal, structural questions, Langholm wanted to turn to the *individual historical actors*, the common men and women of the past, and to investigate their contribution. These actors, however, seldom speak to us through the sources, but their actions and other details are available through a multitude of scattered documents: births, marriages, deaths, migrations, work, tax, crime, association membership etc. To combine these properties (or variables) at the level of the individual offers several advantages.

First, a more accurate description of social processes is possible. One avoids, for instance, the so-called ecological fallacy. Second, the reconstruction of complete life courses may show how larger social processes interfered with individual actor's lives, and how these processes are connected in these lives. Third, tracing individuals with names may yield a sense of identification with the common actors of the past. Langholm held that micro-history was necessary, among other things, "to rescue the common people of the past, their conditions and choices, strategies and fates, from the grey and contourless anonymity of macro-correlations and split aggregates (*spaltede aggregater*)".⁴⁴ In this statement there was an implicit critique of some contemporary, mainly international, social science history. At the same time Langholm anticipated the accusations of remoteness made in the eighties and nineties against what passed as social history in the preceding decades.

3. Other centers of social history

The University of Trondheim, comprising Edvard Bull and his students, was another center of social history. Between 1974 and 1977, they undertook a large-scale collection of oral history from Trondheim and the surrounding counties, interviewing farmers, fishermen, workers and even some middle-class representatives. From this source emanated a kind of "Alltagsgeschichte", as in Dagfinn Slettan's (1941-) book on domestic servants and farm-

tilpasning. Den finske flyttingen til Vadsø 1845-1885, Vadsø 1977 and A. Engen (ed.), Utvandringa - det store oppbrotet, Oslo 1978.

42 S. Langholm, On the Scope of Micro History.

43 S. Langholm, Historie på individnivå, p. 244, 243.

44 S. Langholm, Historie på individnivå, p. 258.

hands in Verdal, a locality in Trøndelag.⁴⁵ The approach was not as much structural as empathetic, using oral evidence as the main source. The project "Rural society in dissolution" (*Bondesamfunn i oppløsning*), led by Bull, Slettan and Kjell Haarstad (1935-) between 1980 and 1986, carried the study of the modernization process in the Norwegian countryside through inter-war years and well into the post World War II period, using oral evidence as well as a host of other sources.⁴⁶ Bull and his followers carried social history in a more anthropological direction, influenced by E. P. Thompson, continental historians of mentalities and the international oral history movement. However, there were no polemical exchanges with the somewhat more structurally oriented students in other quarters.⁴⁷

The social historical surge was by no means restricted to these projects or indeed to Oslo and Trondheim. Bergen became a stronghold of population history. The new University of Tromsø (1972) in Northern Norway was populated by young historians graduating from the southern universities, as were the six or seven district colleges (*distriktshøgskoler*) which taught history from the mid-seventies. In point of fact, the two oldest and biggest universities proved to be the weakest links in the Norwegian social history network in the 1980s, as tenured university jobs in Oslo and Bergen became very scarce after around 1973.

The large number of graduates from social history and related sub-disciplines instead turned to the market for commissioned historical research, a market they both took advantage of and help to expand. Commissioned local history was by no means a novelty to the profession. Some of the country's most prominent historians, including the elder and younger Bulls, Steen, Holmsen, Mykland, Rolf Danielsen (1922-), Kåre Lunden (1930-) and Knut Helle (1930-), first qualified as professional historians through local history.

Resorting to local history and other commissioned work became commonplace for the generations graduating in the seventies and eighties. Towns, rural parishes, public and private institutions, businesses, trade unions, private associations: the market seemed to be almost insatiable with employers willing to pay historians one, two or even five years' salaries to have histories written, and usually leaving the authors quite free to approach the task as they chose. And many chose to do social history, or general history with a social bent. Particularly evident in local history works, this is also clearly discernible elsewhere. The history of the Housewives' Association became the history of housework, while the history of the Teachers' Union became the story of the teaching profession.⁴⁸ Social historical approaches, therefore, formed a considerable part of the total output of historical research at a time when the sub-discipline was poorly institutionalized in the two largest of Norway's four universities.

45 D. Slettan, Dreng og taus i Verdal. Eksperiment med en kollektiv sjølbioografi, Oslo 1978.

46 D. Slettan (ed.), *Bondesamfunn i oppløsning? Trønderske bondesamfunn 1930-1980*, Lesja 1989

47 J. Sandnes, Totalhistorie og mentalitetshistorie, in: Heimen 1981/1, p. 561-570; D. Slettan, Minner og kulturhistorie. Teoretiske perspektiver, Trondheim 1994; I. Kaldal, Alltagsgeschichte og mikrohistorie, Trondheim 1994; I. Kaldal, Arbeid og miljø ved Follafoss Tresliperi og Ranheim Papirfabrikk 1920-1970, Trondheim 1994; H.W. Andersen, Mennesker, meninger og medlemmer - En skisse av nye muligheter for en kulturhistorie, in: H W Andersen et al, *Clios tro tjener*. Festskrift til Per Fuglum, Trondheim 1994, p. 13-44. The influence from German historical scholarship, very much wanting after World War II, seemed to be gaining ground again from the 1980s.

48 A.J. Avdem/K. Melby, *Oppe først og sist i seng*. Husarbeid i Norge fra 1850 til idag, Oslo 1985; G. Hagemann, *Skolefolk*. Lærernes historie i Norge, Oslo 1992.

4. "The Big Change" and other themes and controversies

In 1942 the novelist and cultural critic Inge Krokann wrote an essay called "Shedding of skin in rural society" (*Det store hamskiftet i bondesamfunnet*), known in English as "The Big Change".⁴⁹ An earlier attempt by Holmsen to open a debate had come to nothing.⁵⁰ Krokann's essay, together with Steen's "The Old Society" from 1957 and Stein Tveite's (1930-) critique of Steen in 1959, formed the basis of the debate itself. It lasted about a decade from the late 1960s on. The main protagonists were Kjell Haarstad, the political scientist Øyvind Østerud (1944-), Jørn Sandnes, Tore Pryser (1945-) and Hans Try (1934-1990), with Steen's and Tveite's works looming in the background.⁵¹ The starting point was Steen's contention that Norwegian peasants, before 1850, aimed at being self-sufficient, while Tveite held that they simply stuck to what was most profitable. Østerud, following Chayanov's theory of the peasant economy, claimed that, while Norwegian peasants might be quite market-oriented, their primary goal was to serve the needs of the farm household. They aimed to keep the farm safe for the heir and future generations, or in other words had a "subsistence-orientation". The debate became a social historical one because questions of mentality, household structure, social organisation etc. entered into the question of how Norwegian peasants coped with economic, social and cultural challenges from around 1850. A pertinent question arose: if a farmer is an agricultural capitalist, when did Norwegian peasants become farmers?

The Trondheim project of the 1980s on the dissolution of rural society addressed this question. Slettan concluded that Norwegian rural society, despite considerable changes in technology and organization, remained very much the same in its "way of life" until as late as about 1960. The small family farm was the basic unit, unspecialized production continued, and the familial organization of work was stable. In short, a definite rural way of life persisted.⁵² This way of life has been much cherished by Norwegian historians, politicians and the public in general since the early 19th century. It may well account for the importance attached by the profession to the debate on the nature of the Norwegian peasant/farmer, which forms the core of the "Big Change" discussion.

The discussion of how rural Norway shedded its skin in the generations following 1850 was based almost solely on evidence from the southern part of the country. The northern parallel was the debate about the fisherman-peasant household and its place in Northern Norwegian society. This controversy, too, was related to contemporary political questions from the 1960s. It revolved around the thesis put forward by the antropologist Ottar Brox

49 I. Krokann, *Det store hamskiftet i bondesamfunnet*, Oslo 1976 (1942) with an afterword by Tore Pryser.

50 A. Holmsen, *Kulturskiftet i Noreg kring midten av 19. hundrdaaret*, in: *Syn og Segn* 1933. Also in *Gard, bygd, rike*, 1966.

51 Ø. Østerud, *Nytt perspektiv på det store hamskifte*, in: *Historisk tidsskrift* 1975/2, p. 120-129; Ø. Østerud, *Agrarian Structure and Peasant Politics in Scandinavia*, Oslo 1978; K. Haarstad, *Bondenæringer i støpeskjeen. Strukturendringer i jordbruket i Selbu 1850-1900*, Oslo 1976; K. Haarstad, *Perspektiver på hamskiftet*, in: *Historisk tidsskrift* 1976/1, p. 113-124; H. Try, *Gardsskipnad og bondenæringer. Sørlandsk jordbruk på 1800-tallet*, Oslo 1969; H. Try, *Sosial holdningsendringer i norske bygdesamfunn på 1800-tallet*, in: *E. Hovland (ed.)*, *Folket, bygda og historia*, Oslo 1977, p. 39-52; A. Holmsen, *Før bonden ble forretningsmann*, Oslo 1982; Heimen 1977/1, articles on "Det store hamskiftet" by J. Sandnes, H. Try, T. Pryser and K. Haarstad.

52 D. Slettan (ed.), *Bondesamfunn i oppløsning?*

(1932-) that 1) the household combination of fisherman and peasant has long been a backbone of society in Northern Norway, and that 2) it remains a viable adaptation in contemporary society, and thus deserves to be protected from many of the excesses of economic modernization.⁵³

Edvard Bull's monograph on the rise of the working class in the wood-processing industries of Østfold - "Norway's most industrialized county"⁵⁴ - inspired social historical research in at least three directions more than half a generation after its publication. The first question concerned the physical formation of the industrial working class. Even in a predominantly rural country like Norway, factories were to a considerable degree staffed by town-dwellers, contrary to earlier opinion, while other working-class jobs were left to the migrants from the countryside.⁵⁵

Langholm's students placed the formation of classes, professions and other social groups at the core of the social processes they wished to study and therefore of social history itself. This entailed extensive studies in social and geographic mobility, a theme particularly suited to the methods of micro-history. The changing of both rural and urban society in 19th-century Norway was thus explored through the formation and dissolution of groups such as manufacturing workers (both men and women), artisans, domestic workers, land owners, freeholders, cottars, telegraphers, industrial entrepreneurs, prostitutes and members of various organizations.⁵⁶

The second direction this research took concerned the living conditions of the members of the new working class. Bull's view was quite optimistic. Industrialization improved the living conditions of Norwegian workers, in both the long and the short run. The only exceptions to the long-term improvement of living conditions in Norwegian society may have been the dreadful conditions prevailing in the east side of Oslo (Christiania) for a couple of decades around the middle of the 19th century, before industrialization reached any proportions in the city⁵⁷, and the situation of the unemployed section of the population between the

53 N. Aarsæter/R. Nilsen/J.E. Reiersen (eds.), *Folkemakt og regional utvikling*, Oslo 1982; O. Brox, *Nord-Norge: Fra allmenning til koloni*, Oslo 1984; E.-A. Drivenes, *Fiskarbonden og gruveslusk*, Oslo 1985.

54 E. Bull, *Arbeidermiljø under det industrielle gjennombrudd*, p. 15.

55 J.E. Myhre, *Sagene - en arbeiderforstad befolkes 1801-1875*; J.E. Myhre/J.S. Østberg (red.), *Mennesker i Kristiania*.

56 E.g. J.E. Myhre/J.S. Østberg (red.), *Mennesker i Kristiania*; B. Gjerddåker, *Geografisk og sosial mobilitet i Ullensaker på 1800-tallet. Ein kohort-analyse*, Main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1974 and B. Gjerddåker (ed.), *På flyttefot. Innanlands vandring på 1800-talet*, Oslo 1981; A.J. Øhren, *Arbeiderne ved Kværner Brug 1869-1885. En sosialhistorisk undersøkelse*, Main thesis (hovedoppgave), University of Oslo 1977; L. Thue, *Framveksten av et industriborgerskap i Kristiania 1840-1875*, Main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1977; E. Strømberg, *Telegrafistene 1855-1890. En gruppe offentlige funksjonærer vokser fram*, main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1977; A. Schiøtz, *Prostitusjonen i Kristiania ca. 1870-1890*, Main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1977; E. Schruppf, *Tjenestepikespørsmålet i Kristiania. Tjenestepikenes kår og organisering ca. 1880-1900*, Main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1978; F. Olstad, *Medlemmene i Christiania Arbeidersamfund 1864-1896*, Main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1978; E. Myhre, *Generasjonsskifte eller transaksjon? Om handlingsmønstre og normer når jord skiftet eier i Ullensaker på 1800-tallet*, main thesis (hovedoppgave) University of Oslo 1990.

57 Housing conditions in particular were bad. J.E. Myhre, *Hovedstaden Christiania. Oslo bys historie*, vol 3, 1814-1900, Oslo 1990.

two world wars. Several detailed studies, mainly by economic historians, have supported Bull's view.⁵⁸ Even when factors other than real wages and housing conditions are taken into account, the general picture of improvement stands firm. Bull did not doubt that the movement from cottar or servant to factory operative meant a step upwards in living conditions. This may have been because Norway did not urbanize too fast; Norwegians perhaps enjoyed the benefits of being second- (or third-) round industrializers but first-round creators of welfare provisions.

The third direction of social historical scholarship deriving from Bull examined levels of consciousness. Under which circumstances did the physical aggregation of workers turn into a conscious collective of workers? What kind of consciousness can we talk about? Bull himself tested his father's hypothesis that the radicalism of the Norwegian labour movement from about 1911 reflected the uprootedness of Norwegian workers, which in turn came from a particularly rapid industrialization in the preceding decades.⁵⁹ After comparing three different towns the younger Bull concluded that factors such as migration (and especially long-distance migration), single marital status and a newly built environment predisposed workers to radicalism.

Other scholars have looked more closely at the conditions and processes of work, particularly those associated with the Bergen-based centre for the study of work conditions. These historians blend technological and other conditions at the work-place with more traditional sociological variables and produce important findings about working-class culture.⁶⁰ Studying working-class culture in a factory setting of necessity involves touching upon industrial relations and therefore contributing to the history of the labour movement. Quite a few historians of the working-class have gone one step further and written books on the labour movement, the principal examples being Bull, Pryser, Øyvind Bjørnson (1950-), Finn Olstad (1950-) and Knut Kjeldstadli (1948-).

In general, social history in Norway has not suffered from the tendency of its counterpart in other countries to isolate itself from political history. The merging of the two is evident not only in the field of labour history c. 1880-1940. It also occurs in the many studies of the social bases of the pre-industrial and early socialist Thrane movement of around 1850⁶¹, in

58 J. Ramstad, Kvinnelønn og pengeøkonomi. En studie av kvinners lønn i tekstilindustrien i Kristiania ca. 1850-1910, Bergen 1982; K.B. Minde/J. Ramstad, The Development of Real Wages in Norway 1730-1910, in: Scandinavian Economic History Review 1986, p. 90-121; K.B. Minde, Levestandarden i Norge 1750-1914, in: G. Karlsson (ed), Levestandarden i Norden 1750-1914, Reykjavik 1987, p. 46-66. For overviews, see T. Bruland, Levekår under det industrielle gjennombrudd. Working paper 52, TMV-sentret, Oslo 1992 and J.E. Myhre, Research into Norwegian Living Conditions in the Period 1750-1914, in: Scandinavian Economic History Review 1986, p. 159-166.

59 E. Bull, Arbeiderbevegelsens stilling i de tre nordiske land 1914-1920, in: Tidsskrift for arbeiderbevegelsens historie 1976/1, p. 3-28. First time in Norwegian as a pamphlet, Oslo 1922, in German: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den drei skandinavischen Ländern 1914-1920, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 10, 1922, S. 329-361.

60 K. Kjeldstadli, Jertid. Fabrikkssystem og arbeidere ved Christiania Spigerverk og Kværner Brug fra om lag 1890 til 1940, Oslo 1989; Ø. Bjørnson, Den nye arbeidsdagen. Bedriftsledelse og arbeidere ved Stordø kisgruber 1911-1940, 1987.

61 T. Pryser, Klassebevegelse eller folkebevegelse?; T. Pryser (ed.), Thranerørsla i norske bygger, Oslo 1977.

Langholm's study of the urban electorate of 1868, and in a number of syntheses of local and national history.

5. The study of societal processes

It would certainly be an exaggeration to state that Norwegian history has fragmented into parochial discourses about very limited subjects, the fate attributed to much American social history. There is, however, some distance between the broad societal scope of Sverre Steen's narratives and the relatively limited topics taken up by historians in the 1970s and 1980s. Yet the level of precision, in constructing concepts and in the framing of questions, has increased vastly. On the other hand, most social historians in recent decades place their research within the framework of larger social processes. Some of the central questions on the character of Norwegian modernization, industrialization and "the big change" have been mentioned.

A central problem in the transition from "the old society" to a modern one has been the nature of social relations and indeed of social structure itself. What were the characteristics of the estate society as opposed to its successor, the class society? Quite a few of the historians mentioned above have contributed, directly or indirectly, including Steen, Semmingsen, Dahl, Mykland, Langholm, Pryser and Myhre. Around 1980, Kjeldstadli and Olstad summarized the various positions taken, while at the same time expressing their own views.⁶² Kjeldstadli elegantly summed up the main attributes of estate society (*standssamfunnet*) as "standstill", "distance" and "household" (*stillstand, avstand, husstand*). He called for a more marxian inspired analysis of modes of production, with more specific investigations of work relations and of the uses of capital. Olstad, like most of Langholm's students, maintained the primacy of social relations (e.g. "vertical" or "horizontal" relations), and held that social factors may have strong explanatory power even in economic matters.

The study of urbanization is another field, whose major practitioner is Jan Eivind Myhre (1947-), author of a number of articles on urbanization in general.⁶³ Whereas much research has been devoted to rural settlement studies, "The Big Change" and related agrarian problems, overseas emigration, and industrialization and its problems, the societal process of urbanization has received scant attention, at least for the modern period. This may be because towns and urban societies have not been considered genuinely Norwegian in the samme way as its rural counterpart. Anti-urbanism has occasionally pervaded sections of Norwegian intellectual life, with the towns being seen as the seat of the political elites and of imported culture. This attitude has been reinforced by the strong centralization of urban Norway - and indeed of Norway in general - on the capital of Christiania. An important goal

62 K. Kjeldstadli, *Standssamfunnets oppløsning*, in: *Kontrast* 77, 1978/7, p. 50-61; F. Olstad, *Standssamfunn, klassesamfunn og historisk forskning*, in: *Historisk tidsskrift* 1980/4, p. 406-413.

63 J.E. Myhre, *Urbaniseringen i Norge etter første verdenskrig*. *Historica IV, Foredrag vid det XVIII Nordiska historikermøtet Jyväskylä 1981*, *Studia Historica Jyväskylänsia* 27, Jyväskylä 1983, p. 157-170; J.E. Myhre, *Tilnærminger til byhistorien*. På leting etter de urbane variabler, in: *Historisk tidsskrift* 1987/2, p. 180-195; J.E. Myhre, *The Nordic countries*, in: R. Rodger (ed.), *European Urban History: Prospect and Retrospect: 170-190*, Leicester 1993; J.E. Myhre, *Urbaniseringen i Norge*; See also G.A. Blom (ed.), *Urbaniseringsprosessen i Norden*, vol 1-3, Oslo 1977; E. Lorange/J.E. Myhre, *Urban Planning in Norway*, in: Th. Hall (ed.), *Planning and Urban Growth in the Nordic Countries*, Oslo 1991, p. 116-166; E. Niemi/H. Tjelmeland (eds.), *Nyere byhistorie i Norden*, Tromsø 1992.

for the late 19th century rural-based political opposition, with its associated so-called countercultures, was therefore to conquer the capital and the other major towns: politically, socially and culturally. The venture proved fairly successful.⁶⁴

A considerable proportion of urban history in Norway has accordingly been produced as a by-product of industrialization studies.⁶⁵ The major contribution, however, takes the form of town biographies, written as commissioned local histories. The most valuable include the multi-volumed histories of Oslo, Bergen, Trondheim and Tromsø. They tend to be rather social-historical in character, and to view their respective cities as particular kinds of social entities, to be compared with other cities. Mykland's account of Trondheim's transition from an estate society to a class society in the 19th century is one example. Another is Kjeldstadli's history of how two deep social cleavages of early 20th century Oslo - between employers and workers, and between natives and migrants (the urban and the rural) - were partly overcome by mid-century.

6. Critiques

Around 1970, modern Norwegian social history had a comparatively easy rebirth. Social viewpoints had a solid tradition in Norwegian historiography. Social history after 1970 did not raise a barrier between itself and traditional political history, and the social historical enterprise was endorsed or even initiated, by some of the profession's major figures.

Yet critiques arose, partly from within and partly from outside the discipline. It revolved around the question of the *autonomy* of social history, and posed the question whether the discipline had (or needed) a clear *focus*. It asked whether the *structural* domination should prevail.

In an article published in the *Festschrift* to Bull i 1984, Per Maurseth (1932-), a student of Seip, who occupied Bull's chair, reviewed the Bull/Langholm/Seip debate from 1970.⁶⁶ He criticized the program of Bull and Langholm for striving for autonomy, particularly from the political sphere. This was both undesirable and unworkable, Maurseth held, for at least two reasons. Autonomy would create isolated "social" sub-fields, and it would reduce our capacity for explanation by separating cause and effect when social phenomena are isolated. The record of Norwegian social history since 1970 shows, in my opinion, that such an isolation did not take place. Advances in the empirical approach in the social sphere has not led Norwegian historians to look only for "social" causes. An important improvement has rather been the identification of social causes of political phenomena. Maurseth advocated, following Hobsbawm's and Le Goff's articles in *Daedalus* 1971, that political history is seen as a social-historical field, which was exactly what Langholm did in his 1984 book, and many others with him. No one wished to rule out political history. The problem to the generation of the 1970s was that the ultimate questions in history prior to 1970 seemed to be defined as political. Why should they not be social?

64 J.E. Myhre, Hovedstaden Christiania; K. Kjeldstadli, Den delte byen. Oslo bys historie, vol 4, 1900-1948, Oslo 1990.

65 J.E. Myhre, Sagene - en arbeiderforstad befolkes 1801-1875 and J.E. Myhre/J.S. Østberg (red.), Mennesker i Kristiania are good examples.

66 P. Maurseth, Mellom Seip og Bull.

Many social historians claim that historical syntheses may be constructed on a social basis. However, except for a few syntheses in local history, modern Norwegian social history has not managed to become a history of society. Its centrifugal effects on Norwegian historical writing have perhaps been stronger than its centripetal effects.

One explanation for this may be a lack of focus in the field. If social history is characterized either by using a certain set of methods, or by being an empirical field, or by employing a specific approach, what is the core of social history? Francis Sejersted (1936-) has criticized social history for failing to give history meaning through a concentration on unplanned consequences of uncoordinated mass behaviour, and on writing about people as victims of historical forces.⁶⁷ In order to put meaning back into history, Sejersted recommends focusing on institutions, particularly political ones.

While these critiques may have some substance, they overlook the tremendous engagement on behalf of invisible and oppressed social groups that has pervaded much social history in the recent decades. This can never become a definitory aspect, however. They perhaps also overlook social history's capacity for studying social institutions in the widest sense, thereby making the historian's endeavour meaningful, through a focus on the struggle for social identity fought by all people in the past.⁶⁸

The last critical note concerns the social historians' alleged propensity to study structures more than actors. Some Norwegian social history in the 1970s was clearly quantitative and structurally inclined, but it is debatable indeed whether historians lost sight of individuals. The record tends to show that this was not the case, as indicated above.⁶⁹ The tendency of the 1980s, and particularly of the 1990s, has been to play down the quantitative aspect, and to put meaningful actions in the forefront.⁷⁰ The agenda for Norwegian social historians in the coming years seems to be to reconcile actor-oriented and the structural approaches, the active and the passive aspects of human behaviour.

67 F. Sejersted, *Politikk og kultur. Om den politiske histories fall og vekst*, in: *Demokratisk kapitalisme*, Oslo 1993 and F. Sejersted, *Den truede idyll. Om de vekslende perspektiver i studiet av moderne norsk historie*, in: S. Langholm et al. (eds.), *Den kritiske analyse. Festskrift til Ottar Dahl på 70-årsdagen den 5. januar 1994*, Oslo 1994, p. 229-249.

68 J.E. Myhre, *Den norske historiske kultur. Om sammenheng og fragmentering i norsk historieforskning*, in: *Historisk tidsskrift* 1994/3.

69 J.E. Myhre, *Urbaniseringen i Norge*; S. Langholm, *Historie på individnivå* and S. Langholm, *The Christiania Project*.

70 D. Slettan, *Minner og kulturhistorie. With Andersen: H W Andersen et al, Clios tro tjener. Festskrift til Per Fuglum; K. Kjeldstadli, Struktur, norm, interesse - om historikernes behov for en handlingsteori*, in: *Historisk tidsskrift* 1991/1, p. 50-61.

Autorenverzeichnis

Bielemann, Jan, Dr.ir., Dozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Agrargeschichte der Landwirtschaftlichen Universität Wageningen; Promotion 1987 mit einer Studie über die Geschichte der Landwirtschaft in der holländischen Provinz Drenthe 1600-1910; jüngste Publikation: *Geschiedenis van de landbouw in Nederland 1500-1950. Veranderingen en verscheidenheid*, 1992.

Gavignaud, Geneviève, Professorin für Neuere Geschichte an der Université Paul Valéry, Montpellier III; Publikationen u.a.: *Propriétaires-Viticulteurs en Roussillon. Structures-Conjonctures Société XVIII-XXe Siècles*, 2 Tomes, Paris 1983. *Les Campagnes en France, XIX et XXème Siècles*, 2 Tomes, Apt 1990.

Hachtmann, Rüdiger, geb. 1953 in Celle/Nds., 1986 Promotion, 1995 Habilitation; Assistent am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin. Veröffentlichungen: „Industriearbeit im Dritten Reich. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen 1933 bis 1945“ (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 82), Göttingen 1989; „Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution“, erscheint voraussichtlich: Berlin/Bonn 1997, außerdem zahlreiche Aufsätze vor allem zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands 1929 bis 1945, zum nationalsozialistischen Arbeitsrecht, zum Vormärz und zur deutschen bzw. europäischen Revolution von 1848.

Jäger, Jens, geb. 1965, studierte Geschichte an der Universität Hamburg. Promotion zum Dr. phil 1995 über die Entwicklung und gesellschaftliche Funktion der Photographie im 19. Jahrhundert. Zur Zeit Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg.

Lehmann, Karin, geb. 1937. Studium der Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte in Berlin (1956-1961). Mitarbeiterin des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (1961-1991). Im Wissenschaftler-Integrationsprogramm 1992-1993 bei der KAI e.V. und seit 1994 an der Humboldt-Universität. 1965 Dr. rer. oec. 1980 Promotion B. Forschungen zur Finanz- und Bankengeschichte des 20. Jahrhunderts.

Myhre, Jan Eivind, born 1947, professor of history, University of Trondheim, 1994-1996 professor of modern history, University of Oslo, from 1996 regular visiting professor, University of Tromsø, from 1991 among his books are: "Sagene - en arbeiderforstad befolkes 1801-1875, Oslo 1978", "Bærum 1840-1980, Oslo 1982", "Hovedstaden Christiania. Oslo bys historie, vol 3, 1814-1900, Oslo 1990", "Barndom i storbyen, Oslo 1994", "Oslo - spenningen by, Oslo 1995" (with Knut Kjeldstadli). Contributor to journals and anthologies in England, Germany and France, in addition to the Scandinavian countries. Main fields of scholarship: social history, urban history, local history, history of childhood, historiography.

Nonn, Christoph, Dr., Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Köln; Forschungsschwerpunkte: Deutsches Kaiserreich, Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren;

jüngste Publikation: Verbraucherprotest und Parteiensystem im Wilhelminischen Deutschland (demn. Düsseldorf 1996).

Pomp, Rainer, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin; arbeitet an einer Dissertation über Bauern und Großgrundbesitzer in Brandenburg während der Weimarer Republik.

Reif, Heinz, Professor für Neuere Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin; Forschungen zur Adels- und Elitengeschichte, Stadt- und Industrialisierungsgeschichte, sowie zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft vom 18. bis zum 20. Jahrhundert.

Rüße, Norwich, Studium der Geschichte und Biologie an der Technischen Universität Berlin, Staatsexamen; zur Zeit Doktorand und Stipendiat des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte (Münster); arbeitet an einer vergleichenden Studie über die westfälische und niederländische Landwirtschaft zwischen 1920 und 1960.

Wirtz, Rainer, Professor, Dr., geb. 1942, Studium der Geschichte, Politische Wissenschaften, Germanistik und Soziologie in Heidelberg und im Ausland. Wiss. Ang. und Hochschulassistent an der Universität Konstanz, Promotion 1979, Lehr- und Forschungsaufenthalte in Frankreich, der Schweiz und Schweden, 1984 Ernennung zum stellv. Direktor des Landesmuseums für Technik und Arbeit, Habilitation 1987, 1993 Ernennung zum apl. Professor an der Universität Konstanz und zum Direktor des Rheinischen Industriemuseums (Landesmuseum für Industrie- und Sozialgeschichte). Publikationen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, zu Methodenfragen der Geschichtswissenschaft und zum Museums- und Ausstellungswesen.

Gesellschaft und Wirtschaft des Römischen Reiches im 3. Jahrhundert

Studien zu ausgewählten Problemen

Herausgegeben von KLAUS-PETER JOHNE

1993. 404 Seiten – 10 Tafeln – 170 mm x 240 mm
Gb, DM 194,- / öS 1.513,- / sFr 180,-
ISBN 3-05-001991-3

Bereits erschienen

Ein vergleichbares Werk fehlte bislang. Das Buch führt seine Leser in eine der interessantesten Epochen in der Geschichte des Altertums:

Das 3. Jahrhundert n. Chr. war das Zeitalter der großen Krise des Römischen Reiches. Die Autoren gehen wesentlichen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft in einzelnen ausgewählten Bereichen nach. Viele der gängigen Vorstellungen werden durch die vorgelegten Ergebnisse korrigiert.

Aus dem Inhalt:

- Die archäologischen Quellen zur Entwicklung der Villenwirtschaft (Gerda von Bülow)
- Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat (Klaus-Peter Johne)
- Zum Kollegienwesen: Die Berufsvereine in Handwerk und Handel (Volker Weber)
- Zu Problemen von Stadt und Stadtentwicklung im Römischen Reich während des 3. Jahrhunderts (Hagen Fischer)
- Kaiser, Senat und Ritterstand (Klaus-Peter Johne)
- Die Munizipalaristokratie (Volker Weber)
- Das Kaiserporträt im 3. Jahrhundert (Detlef Rößler)
- Zusammenfassung der Ergebnisse (Klaus-Peter Johne)

Bestellungen richten Sie bitte an
Ihre Buchhandlung.



50 Jahre
Akademie Verlag

Augsburger Handelshäuser im Wandel des historischen Urteils

Herausgegeben von JOHANNES BURKHARDT

(Colloquia Augustana, Band 3.

Herausgegeben von Jochen Brüning und Johannes Burkhardt)

1996. 427 Seiten – 7 Abb. – 170 mm x 240 mm

Hc, DM/sFr 68,- / öS 530,-

ISBN 3-05-002653-7

Die Fugger und andere Augsburger Handelshäuser haben zentrale Bedeutung in der frühmodernen Wirtschaftsgeschichte und darüber hinaus für die Politik und Kultur Europas und die europäische Expansion. Eine internationale Expertentagung, veranstaltet vom Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg, hat die Wandlungen des Urteils über fünf Jahrhunderte von der Selbstdarstellung bis in die jüngste Forschungsentwicklung verfolgt.

Aus dem Inhalt:

Gut vor Ehre oder Ehre vor Gut? Zur sozialen Distinktion zwischen Adels- und Kaufmannsstand in der Ständeliteratur der Frühen Neuzeit – „Die Tag und Nacht auff Fürkauff trachten“. Augsburger Großkaufleute des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts in der Beurteilung ihrer Zeitgenossen und Mitbürger – Das Bild der Fugger in der Reichsstadt Augsburg und in der Reiseliteratur – Die Ehre der Fugger. Zum Selbstverständnis einer Familie – Die Fuggerfaktoren Hörmann von und zu Gutenberg. Werte und Normen einer kaufmännischen Familie im Übergang zum Landadel – „Voll Feuerdrang nach ausgezeichneter Wirksamkeit“ – die Gebrüder von Obwexer, Johann Heinrich von Schüle und die Handelsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert – Diener und Herren. Zur Anatomie großer Unternehmen im Zeitalter der Fugger – Problematik und zeitgenössische Kritik des Verlagssystems – Der Beitrag der Hutten-Papiere zur Beurteilung des Venezuela-Unternehmens der Welser-Kompanie im 16. Jahrhundert – Kooperation und Konkurrenz. Augsburger Kaufleute in Antwerpen – Fugger und Taxis. Der Anteil Augsburger Kaufleute an der Entstehung des europäischen Kommunikationssystems – Fuggerkorrespondenzen 1560-1600. Zu einem laufenden Editionsprojekt – Kritik und Anerkennung. Die Fugger in der deutschen Historiographie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – Anna Barbara Gignoux (1725-1796, Kattunfabrikantin oder Mäzenin? Zur Entstehung einer Augsburger Legende – Zum Selbstverständnis des ehemals handeltreibenden Augsburger Patriziats im 19. Jahrhundert

Bestellungen richten Sie bitte an
Ihre Buchhandlung.



50 Jahre
Akademie Verlag

Augsburger Eliten des 16. Jahrhunderts

Prosopographie wirtschaftlicher und politischer Führungsgruppen 1500-1620

Bearbeitet von MARK HÄBERLEIN, ULRICH KLINKERT,
KATARINA SIEH-BURENS und REINHARD WENDT

Herausgegeben von WOLFGANG REINHARD

1996. ca. 1228 Seiten – 210 mm x 280 mm

Gb, ca. DM/sFr 398,- / öS 2.945,-

ISBN 3-05-002861-0

Das der Prosopographie zugrunde liegende Konzept geht davon aus, daß sich in der Gesellschaft der Frühen Neuzeit soziale Führungspositionen in der Zugehörigkeit zu primär ständisch definierten Institutionen manifestieren. In Augsburg gab es im Zeitraum zwischen 1500 und 1620 vier gesellschaftliche Gruppen, in denen sich die wirtschaftliche Elite der Stadt konzentrierte: das Patriziat, die Gruppe der Mehrer, die Angehörigen der Kaufleutezunft und die Mitglieder der Kaufleutestube.

Die Prosopographie versammelt 1546 Personen, die in dem genannten Zeitraum der wirtschaftlichen und politischen Führungsschicht der Reichsstadt Augsburg angehörten. Sie ist ein grundlegender Beitrag zur Erforschung frühneuzeitlicher Eliten, zur Sozialgeschichte der oberdeutschen Kaufmannschaft und – angesichts der Bedeutung Augsburgs als Handels- und Finanzmetropole des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts – zur internationalen Wirtschaftsgeschichte.

Sie wird jedem, der in einem der genannten Bereiche arbeitet, als unerläßliches Nachschlagewerk und notwendige Datengrundlage dienen.



50 Jahre
Akademie Verlag

Bestellungen richten Sie bitte an
Ihre Buchhandlung.

Bibliographie zur Geschichte der öffentlichen Finanzen in Europa in Mittelalter und Neuzeit

Herausgegeben von WERNER BUCHHOLZ

1996. ca. 400 Seiten – 170 mm x 240 mm

Hc, ca. DM/ sFr 280,- / öS 2.072,-

ISBN 3-05-003056-9

Die „Bibliographie zur Geschichte der öffentlichen Finanzen in Europa in Mittelalter und Neuzeit“ versteht sich als ein Arbeitsinstrument für Historiker und andere Wissenschaftler, vor allem Volkswirtschaftler und Betriebswirte, die in den Bereichen Wirtschaft, Finanzwirtschaft, Verfassung und Verwaltung arbeiten. Sie enthält ausführliche Sach-, Orts- und Personenregister, die eine schnelle Orientierung über die einschlägige Literatur zur Geschichte der öffentlichen Finanzen zahlreicher europäischer Länder (Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Niederlande, Belgien) ermöglicht. Der Bibliographie vorangestellt ist ein Artikel des Herausgebers zur Geschichte der öffentlichen Finanzen, der eine Übersicht und Orientierung über die Hauptlinien der Entwicklung öffentlicher Finanzen in Europa in Mittelalter und Neuzeit gibt. Dabei wird der strukturelle Zusammenhang von Wirtschaft, öffentlichen Finanzen sowie politischem Einfluß und militärischer Stärke eines Landes herausgearbeitet. Die intermediäre Funktion der öffentlichen Finanzen zwischen Wirtschaft und Politik wird als ihr allgemeines Charakteristikum in allen europäischen Ländern dargestellt. Der Berichtszeitraum geht bis 1992.



Bestellungen richten Sie bitte an
Ihre Buchhandlung.

50 Jahre
Akademie Verlag